Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest
Interdisziplinäre Doktorschule
Leiterin der Doktorschule: Prof. Mag. Dr. Ellen Bos

Martina Mirković

Bratstvo i jedinstvo.

Brüderlichkeit und Einheit ohne Gleichheit im sozialistischen Jugoslawien?

Dissertation

Betreuerin:
Univ.-Prof. Mag. Dr. Marija Wakounig, MAS

Promotionsausschuss:

Vorsitzender:
ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Dieter-Anton Binder

Gutachter:
a.o. Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Eigner
em. Univ.-Prof. Mag. Dr. Arnold Suppan

Mitglieder:
a.o. Univ.-Prof. Mag. Dr. Christoph Augustynowicz
Mag. Dr. Richard Lein

Februar 2023

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Danksagungen

Auf meinem Weg zwischen der ersten Projektidee und dem Einreichen der Dissertation bedingten sich Freude und Zweifel, Stillstand und Ausführung, Hürden und Lösungen sowie Scheitern und Gelingen immer wieder gegenseitig. Von welch unschätzbarer Bedeutung es ist, all diese Erfahrungen mit Menschen geteilt haben zu dürfen, ist, wie so oft, am Ende eines Weges noch klarer zu sehen. Mein tief empfundener Dank gilt meiner Betreuerin und Mentorin Marija Wakounig, die mich fachlich stets unterstützte, mir kritische und scharfsinnige Anregungen gab und mir zeigte, wie wichtig es ist, die eigene Arbeit stets zu hinterfragen und sich auf diese Weise weiterzuentwickeln. Neben so Vielem habe ich als Doktorandin gelernt, dass Fachwissen und Kompetenz nur eine Seite der Förderung von Nachwuchswissenshaftler*innen darstellen. Mit Marija Wakounig hatte ich zusätzlich dazu auch eine Betreuerin, auf die ich mich in menschlicher Hinsicht verlassen durfte, die mir Mut gab und mich stets dazu ermunterte, weiter zu gehen und zwar besonders dann, wenn mir Zweifel und Unsicherheit zum Gegenteil rieten.

Ein herzlicher Dank geht an meine Freundinnen und Freunde, meine Eltern und insbesondere bei meinen Geschwister Ana und Martin bedanke ich mich für ihre unermüdliche Geduld mit einer Schwester, die in den letzten Jahren deutlich mehr Unterstützung von ihnen brauchte. Bernhard Offenhauser danke ich für die zahlreichen Anregungen und Diskussionen, die in vielerlei Hinsicht in meine Doktorarbeit miteingeflossen sind.

Ich bedanke mich bei der österreichischen Austauschdienst GmbH und beim Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung für die Förderung, die es mir erlaubte, meiner Forschung mit großer Sorgfalt nachzugehen. Bei Dr. Dieter Anton Binder und Dr. Georg Kastner bedanke ich mich für einen regen Austausch und für die Aufnahme ins Doktoratskolleg. Die damit verbundenen Möglichkeiten und Erfahrungen sind für mich von unersetzlichem Wert. Ganz in diesem Sinne danke ich auch meinen Kolleginnen und Kollegen des Doktoratskollegs für die zahlreichen Gespräche, für das kollegiale Miteinander und für die Freundschaften, die daraus entstanden.

Ein ganz besonderer Dank geht an meinen Partner Stephan Kitzberger. Meine Dissertation wäre ohne seine Zuversicht und seine Hilfe eine andere geworden. Ich danke ihm für die unzählbaren Gespräche, für das Zuhören bei ebenso unzählbaren Probevorträgen und vor allem auch dafür, dass er mein Interesse an der Geschichte Jugoslawiens teilt. Eine unverzichtbare Stütze, für die ich meinen tiefen Dank ausspreche!

10.15772/ANDRASSY.2023.006

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Erklärung zur Dissertation

Hiermit erkläre ich, dass ich die beigefügte Dissertation selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel genutzt habe. Alle wörtlich oder inhaltlich übernommenen Stellen habe ich als solche gekennzeichnet.

Ich versichere außerdem, dass ich die beigefügte Dissertation nur in diesem und keinem anderen Promotionsverfahren eingereicht habe und diesem Promotionsverfahren keine endgültig gescheiterten Promotionsverfahren vorausgegangen sind.

Es läuft gegen mich kein Verfahren zwecks Aberkennung des Doktortitels bzw. es wurde mir zuvor kein Doktortitel aberkannt.

Ort, Datum_____

_____

Unterschrift

10.15772/ANDRASSY.2023.006

10.15772/ANDRASSY.2023.006

1.Einleitung *10*

1.1. Themenaufriss und Fragestellung **10**

1.2. Forschungsstand **17**

1.3. Theorien und Methoden **22**

1.4. Quellen **28**

2. Ungleichheit in Jugoslawien: Über die Entwicklung des regionalen Gefälles *31*

2.1 Die Gebiete des späteren Jugoslawiens vor 1945 ..... **31**

2.1.1. „Historische Hinterlassenschaften": „Jugoslawien" vor dem 20. Jahrhundert: **31**

2.1.2. Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen und das Königreich Jugoslawien **38**

2.2. Die (Sozialistische) Föderative Volksrepublik Jugoslawien **45**

2.2.1. Phase des „administrativen Sozialismus" **46**

2.2.1.1. Jugoslawien während und am Ende des Zweiten Weltkrieges 46

2.2.1.2. Wirtschaftliche Ausgangslage nach dem Zweiten Weltkrieg: Aufbau und Wiederaufbau – „Ni zrna žita okupatoru" 47

2.2.1.3. „Erblasten der Vergangenheit": Das Entwicklungsgefälle in der Phase des „administrativen Sozialismus" 53

2.2.3. Jugoslawischer Sozialismus: Erste Phase der Dezentralisierung **60**

2.2.3.1. Die Ausgangsposition: Tito-Stalin Bruch und die amerikanische „Keilstrategie" 61

2.2.3.2. Die Lehre des absterbenden Staates: Ideologischer Wandel in Jugoslawien 67

2.2.3.3. Die ersten Schritte auf dem „jugoslawischen Weg": die Anfänge der Selbstverwaltung 69

2.2.3.4. Die Arbeiterselbstverwaltung: Funktion, Organisation und Rechte 76

2.2.3.5. Die wirtschaftlichen Entwicklungen Jugoslawiens in den 1950er Jahren 85

2.2.3.6. Lebensstandard, Konsum und Freizeit in den 1950er Jahren 95

2.2.3.7. Innen- und außenpolitische Entwicklungen in den 1950er Jahren 100

2.2.3.8. Die Entwicklung des regionalen Gefälles und der Ungleichheit in den 1950er Jahren 109

2.2.4. Die 1960er Jahre in Jugoslawien: „Goldenes Zeitalter" und „sozialistische Marktwirtschaft" **121**

2.2.4.1. Die Entwicklungen am Beginn der 1960er Jahre: Neue Reformen und Verfassung 122

2.2.4.2. Die wirtschaftlichen Entwicklungen und die Selbstverwaltung in den 1960er Jahren 136

2.2.4.3. Arbeitslosigkeit in den 1960er Jahren in Jugoslawien 153

2.2.4.4. Die jugoslawische Außen- und Innenpolitik in den 1960er Jahren 160

2.2.4.5. Sozialgeschichte Jugoslawiens der 1960er Jahre: Eine Geschichte des „Goldenen Zeitalters" und der Kritik daran? 170

10.15772/ANDRASSY.2023.006

2.2.4.6. Die Entwicklung der sozialen und ökonomischen Ungleichheiten im Jugoslawien der 1960er Jahre 184

2.2.4.7. Die Entwicklung der persönlichen Einkommen in den 1960er Jahren 203

2.2.5. In den 1970er Jahren: Jugoslawien nach dem „Goldenem Zeitalter“ 220

2.2.5.1. Partei, Verfassung und Innenpolitik in den 1970ern 220

2.2.5.2. Das Gesetz über die vereinte Arbeit – Planung und die „Verhandlungsökonomie“ 229

2.2.5.3. Jugoslawiens Wirtschaft und Lebensstandard in den 1970er Jahren: Zwischen globaler Rezession und neuer Verfassung 236

2.2.5.4. Außenpolitik und die Blockfreie Bewegung: Ein kurzer Abriss 250

2.2.5.5. Das regionale Entwicklungsgefälle und die Ungleichheit in den 1970er Jahren 253

2.2.5.6. Auswirkungen des regionalen Entwicklungsgefälles auf das persönliche Einkommen 264

2.2.6. Die 1980er Jahre in Jugoslawien: Jahre der Desintegration 279

2.2.6.1. Die innenpolitischen Entwicklungen am Beginn der 1980er Jahre 280

2.2.6.2. Die wirtschaftliche Krise in Jugoslawien: Von politischen Blockaden und Kreditgebern 287

2.2.6.3. Die Entwicklung der Wirtschaft in den 1980er Jahren: Auswirkungen der Wirtschaftskrise 302

2.2.6.4. Sozialgeschichte Jugoslawiens in den 1980er Jahren: Umrisse einer Krise 314

2.2.6.5. Jugoslawische Außenpolitik nach Tito: Von Fortsetzungen und „Nicht-Ereignissen“ 323

2.2.6.6. Entwicklung der Ungleichheit: Eine Krise für alle? 326

2.2.6.7. Auswirkungen des regionalen Entwicklungsgefälles auf das persönliche Einkommen 335

3.Fazit und Zusammenfassung 349

4. Abstract Deutsch 360

5. Abstract English 362

6. Quellen- und Literaturverzeichnis 364

6.1. Quellen (edierte, unedierte sowie im Internet zugängliche) 364

6.2. Literaturquellen 366

7. Tabellenverzeichnis 381

8. Abbildungsverzeichnis und Diagramme 384

9. Statistischer Anhang 384

10.15772/ANDRASSY.2023.006

10.15772/ANDRASSY.2023.006

1.Einleitung

1.1. Themenaufriss und Fragestellung

„Ganz allgemein gesehen besteht Ungleichheit immer in einer Abweichung von der Gleichheit. Das ist die denkbar abstrakteste Definition des Begriffs. Die Referenzgröße ist damit die Gleichheit."[1]

„Barbie, die man im Ausland kaufen musste, entschied darüber, wer gleich und wer gleicher war. Ich war gleicher, da ich nicht nur eine Barbie, sondern zwei Barbies [hatte]."[2]

Wird letzteres Zitat als eine der möglichen „Referenzgrößen" gelesen, dann ergibt sich damit gewissermaßen eine Annäherung an eine der Lehren, die aus der Foucaultschen Diskursanalyse[3] gezogen werden kann: „Der historische Kontext bildet gewissermaßen das politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Umfeld eines Diskurses. Ohne Rückbindung eines Diskurses an diesen Kontext lassen sich zwar bestimmte diskursive Formen und Themen beschreiben, ihre Auswirkungen wie auch die Bedingungen der Wirklichkeitskonstruktion sich aber nicht erklären."[4] Ob und in welcher Weise bestimmte Formen der Ungleichheit wahrgenommen, diskutiert, analysiert und damit als Zeitzeugnisse in den Archiven hinterlassen werden, hängt maßgeblich von jenen (sozialen) Konstruktionen, Praktiken, Regeln usw. ab, innerhalb derer sich einzelne Gesellschaften wiederfinden[5]: Politische, institutionelle, wirtschaftliche, rechtliche, ideologische, religiöse, kulturelle, geschichtliche usw. Aspekte, und vor allem Machtverhältnisse[6] präg(t)en das Verständnis darüber, was „gerecht"[7] ist und was nicht; was einer gleichen Verteilung von Wohlstand entspricht und wo ihre Grenzen zu ziehen sind; wie sich Vermögen rechtfertigen sowie nicht zuletzt, wie sich Ungleichheit abbauen resp. überhaupt erst verhindern lässt.[8]

[1] Johannes Berger, Wirtschaftliche Ungleichheit. Zwölf Vorlesungen, Wiesbaden 2019, 21.
[2] Ana Tajder, Titoland. Eine gleichere Kindheit, Wien 2012, 35.
[3] Siehe dazu etwa: Michel Foucault, Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften, Frankfurt/Main 1969; – Michel Foucault, Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt/Main 1966.
[4] Gunilla Budde, Dagmar Freist, Hilke Günther-Arndt (Hgg.), Geschichte. Studium, Wissenschaft, Beruf, Berlin 2008, 165.
[5] Ebda.
[6] Reinhard Kreckel, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt/Main/New York 1997, 14.
[7] Die Begriffe Gleichheit, Gerechtigkeit usw. werden weiter unten noch besprochen. Hier sei lediglich erwähnt, dass es sich dabei um Beurteilungen bzw. gewisse Vorstellungen darüber handelt, welchen Normen eine Gesellschaft zu entsprechen hat. Siehe dazu: Berger, Wirtschaftliche Ungleichheit. – Prinzipien der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie, München 1980.
[8] Kreckel, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, 14f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Das vorliegende Dissertationsprojekt versucht, genau jene erwähnten Konstruktionen und Kontexte zu entdecken, innerhalb derer sich die soziale und ökonomische Ungleichheit im sozialistischen Jugoslawien entwickelte. Davon, wie vielfältig das Konstrukt der Ungleichheit in Jugoslawien war, zeugt das oben angeführte Zitat, wonach die Anzahl an Spielzeugen als solche empfunden wurde. Nun scheint es aus einer empirischen Perspektive einerseits unmöglich, sämtliche individuelle Wahrnehmung ungleicher Entwicklungen zu berücksichtigen. Ähnliches postuliert auch Thomas Piketty:

> „Ob Bauer oder Adliger, Arbeiter oder Industrieller, Kellner oder Bankier: Jeder erhält von seiner Warte aus Einblicke in die Lebensbedingungen bestimmter Menschen, in die Macht- und Herrschaftsverhältnisse zwischen sozialen Gruppen und bildet sich seinen eigenen Vorstellung von dem, was gerecht und was ungerecht ist. Die Frage der Verteilung der Vermögen wird immer diese sehr subjektive-psychologische, durch und durch politische und konfliktträchtige Dimension haben, die keine noch so wissenschaftliche Analyse aufheben kann.“[9]

Diese von Piketty als „sehr subjektiv-psychologisch“ beschriebene Verteilungsfrage steht demnach dem Versuch einer objektiven Messung von Ungleichheit zwar nicht gänzlich gegenüber, kann diese aber nicht restlos aufklären. Gleichzeitig erinnern aber genau diese spezifischen und individuellen Perzeptionen an die Komplexität, die es in geschichtswissenschaftlichen Forschungen zu berücksichtigen gilt, woraus sich wiederum die oben postulierte Notwendigkeit der Kontextualisierungen ergibt. Achim Landwehr machte diesbezüglich deutlich, „dass es keineswegs Ziel der historischen Diskursanalyse ist, das Subjekt der Geschichte zu vertreiben [...], womit deutlich wird, dass die Bedeutung von Praktiken in ihrer Vielfältigkeit zu berücksichtigen“ ist.[10]

Die Dissertation versucht, an diese komplexe „Vielfältigkeit“ anzuknüpfen, um die facettenreiche Entwicklung der Ungleichheit, respektive des regionalen ungleichen Gefälles sowie der ihr zugrundeliegenden Regionalpolitik[11] zu beschreiben und sie entsprechend in die Geschichte Jugoslawiens einzubetten. Dabei entstand die folgende Annäherung: Am Beginn der Untersuchung steht die Geschichte der einzelnen jugoslawischen Republiken bzw. Provinzen vor dem 20. Jahrhundert. Das regionale Entwicklungsgefälle und die damit verbundene soziale und ökonomische Ungleichheit im sozialistischen Jugoslawien begann

[9] Thomas Piketty, Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014, 15.
[10] Achim Landwehr, Historische Diskursanalyse, Frankfurt/New York 2008, 93.
[11] Zur Bedeutung der Regionalpolitik in sozialistischen Ländern siehe: Antoni Kuklinski, Social Issues in Regional Policy and Planning, Den Haag, 6; – Krzysztof Porwit, Regional Policies: A Theoretical framework, in: Antoni Kuklinski, Jan G. Lambooy (Hgg.), Dilemmas in Regional Policy, Berlin 1983, 3–12.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

nicht mit dessen Gründung 1945. Wie weiter unten noch zu lesen sein wird, waren die unterschiedlichen Erfahrungen der späteren jugoslawischen Republiken und Provinzen vor dem 20. Jahrhundert ausschlaggebend dafür, welchen Entwicklungspfad jedes einzelne Gebiet danach einschlug. Selbst wenn keines davon vor 1945 den „Übergang in die Industriegesellschaft“[12] geschafft hatte, wiesen sie unterschiedliche „geerbte Hinterlassenschaften“[13] für diesen Prozess auf.

Neben der Geschichte als ersten Aspekt der Arbeit zeigte sich, dass die Außenpolitik einen wesentlichen Einfluss auf die Regionalpolitik und damit das regionale Entwicklungsgefälle nahm – so beispielsweise der sogenannte Tito-Stalin Bruch. Hieß es in einem jugoslawischen Partisanenlied vor diesem noch „Mit Tito und Stalin, zwei heldenhafte Söhne, nicht einmal die Hölle wird uns zunichte machen [...]“, wurde das Lied nach 1948 wie folgt gesungen: „Mit Marshall Tito, heldenhafter Sohn, nicht einmal die Hölle wird uns zunichte machen [...].“[14] Mit dem Ausschluss Jugoslawiens aus der politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Gemeinschaft unter sowjetischer Führung gingen Änderungen in einem solchen Maße einher, dass eine Modifikationen der regionalen Politik notwendig wurde: Investitionen, die zuvor für den Aufbau der Infrastruktur in weniger entwickelte Gebiete geplant waren, wurden gestrichen und dorthin verlagert, wo sich die Mittel aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur schneller amortisierten – in den weiter entwickelten Regionen. Dieser erste, unmittelbare Einfluss des Tito-Stalin Bruches auf das regionale Entwicklungsgefälle war aber nur einer von weiteren, die daraus resultierten. Die darauffolgende Entscheidung der U.S.-Amerikaner, „Tito über Wasser zu halten“ [15], um so ein erneutes Abdriften in das sowjetische Lager zu verhindern, wirkte im Rahmen der damit einhergehenden Wirtschaftshilfen erneut auf das Entwicklungsgefälle. Je nach außenpolitischer Positionierung Jugoslawiens ergaben sich damit ökonomische Vor- oder Nachteile. Als sich beispielsweise 1970 US-Präsident Richard Nixon (1913–1994, Republikanische Partei) auf den Weg zu einem Staatsbesuch nach Jugoslawien machte, „warnten ihn seine Berater, Tito werde ihn zwar mit Würde und stiller Genugtuung empfangen, er möge sich aber auch auf harte Gespräche gefasst machen.“ Dieses „Urbedürfnis“, gerade stärkeren Staaten gegenüber seine Unabhängigkeit trotzig zu demonstrieren, gewinne bei Tito immer wieder die „Oberhand [...] und dann kämen die Amerikaner regelmäßig, nachdem sie von Tito eine Ohrfeige erhalten

[12] Marie-Janine Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, München 2010, 205.
[13] Thomas Eger, Das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien, Paderborn/München/Wien/Zürich 1980, 22.
[14] Vladimir Nazor, „Uz Maršala Tita“ (komponiert von Oskar Danon), zitiert bei: Ivo Banac, With Stalin against Tito. Cominformist Splits in Yugoslav Communism, Ithaca/London 1988, 8.
[15] Radina Vučetić, Die jugoslawische Außenpolitik und die jugoslawisch-amerikanischen Beziehungen in den 1960ern, in: Hannes Grandits, Holm Sundhaussen (Hgg.), Jugoslawien in den 1960er Jahren. Auf dem Weg zu einem (a)normalen Staat? Wiesbaden 2013, 17–39, hier 21.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

hatten, mit umso besseren Angeboten zurück."[16] Dass Jugoslawiens Möglichkeiten, das regionale Entwicklungsgefälle zu glätten und somit das Versprechen einer „sozial gerechten"[17] Gesellschaft einzulösen, wiederum maßgeblich von diesen „besseren Angeboten" abhängig war, veranschaulicht die Dissertation mehrmals.

Damit ist auch ein weiterer Einflussfaktor erwähnt. Jugoslawien verschrieb sich einer „sozial gerechten" und „egalitären"[18] Gesellschaft aus mehreren Gründen. Ein erster war ein ideologischer sowie Merkmal des Sozialismus und begriff sich gewissermaßen als Antithese zur „bürgerlich-kapitalistischen Warenproduktion"[19]: Gleichheit aller Mitglieder einer Gesellschaft bzw. die Schaffung gleicher Chancen für alle Menschen[20]; weshalb den ideologischen Grundfesten Jugoslawiens besondere Aufmerksamkeit in der Arbeit zukommt. Ein zweiter Grund war innenpolitischer sowie verfassungsrechtlicher Natur: Wie sollte die „Gleichberechtigung aller Völker"[21] in Jugoslawien erreicht werden, wenn eine soziale und wirtschaftliche nicht gewährleistet werden konnte? Ein Zusammenhang zwischen diesen beiden Elementen schien für Boris Kirdrić (1912–1953) unumgänglich:

> „Es leuchtet nämlich ein, dass von einer vollkommenen, endgültigen Lösung der nationalen Frage keine Rede sein könnte, wenn zwischen den Republiken in ökonomischer Hinsicht keine Gleichberechtigung herrscht [...] oder wenn anderseits die Entwicklung unserer jugoslawischen Wirtschaft nicht im Sinne und in der Richtung einer einheitlichen sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft verliefe."[22]

Zu welcher komplexen Situation die Verknüpfung dieser beiden Elemente führte, zeigt wiederum die Geschichte der jugoslawischen Innenpolitik – eine weitere Determinante der regionalen Politik. Eine zentrale innenpolitische Auseinandersetzung zog die Frage der Dezentralisierung nach sich: Jugoslawien schlug nach dem Bruch von 1948 nicht nur außenpolitisch einen neuen Kurs ein, sondern auch ideologisch, was sich unter anderem an der Implementierung der sogenannten Arbeiterselbstverwaltung (radničko

[16] Zitiert bei: Marie-Janine Calic, Tito: Der ewige Partisan, München 2020, 311. – Das gesamte Dokument findet sich online unter: https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1969-76v29/d220, 2020 Dezember 17.
[17] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 183.
[18] Holm Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen, Wien/Köln/Weimar 2014, 166.
[19] Boris Kidrić, Über den Aufbau der sozialistischen ökonomischen Struktur der FVJ. Referat auf dem 4. Kongress der KPJ, Beograd 1948, 3f.
[20] Rory Archer, Social Inequalities and the Study of Yugoslavia´s Dissolution, in: Florian Bieber, Armina Galijaš (Hgg.), Debating the End of Yugoslavia, London 2014, 135–151, hier 135; – Ian Hamilton, Yugoslavia. Patterns of Economic Activity, London 1968, 103.
[21] Artikel 9, Titel III der jugoslawischen Verfassung von 1946, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf46-i.htm, 2021 Juni 15.
[22] Kidrić, Über den Aufbau der sozialistischen ökonomischen Struktur der FVJ, 42.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

samoupravljanje/delavsko samoupravljanje/rabotničko samoupravuvanje)[23] manifestierte. Nicht mehr der „Staat", sondern die Arbeiter*innen sollten über Vorgänge des Produktionsprozesses entscheiden. Im Rahmen der „sozialistischen Demokratie"[24] sollte diese Selbstverwaltung aber auch auf andere Gebiete gesellschaftlichen Lebens übertragen werden, sodass „alle Macht vom Volke ausgeht"[25] und staatliche Institutionen letztlich „absterben".[26] Mit der Frage, wieviel Macht das Volk aber vor allem die lokalen Politiker*innen tatsächlich bekommen und der Staat abgeben sollte, entwickelte sich eine Dynamik und zog ab diesem Zeitpunkt konzentrische Kreise um sich, die auch jede weitere Dekade kennzeichneten. Welche Brisanz die Politik regionaler Ausgleichung darin erfuhr, zeigt sich am folgenden Beispiel: Als in den 1980er Jahren eine Verfassungsänderung zugunsten einer stärkeren staatlichen Intervention („Zentralisierung") geplant wurde, benutzten Kroatien und Slowenien ihre Zahlungen an die weniger entwickelten Gebiete (bzw. an den Bund, der die Zahlungen an die entsprechenden Gebiete weiterleitete) als politischen Hebel, um eben dieses Vorhaben zu blockieren. Darüber hinaus wurden die Verhandlungen über die weitere Planung der regionalen Politik durch die sukzessive Erweiterung der Befugnisse der einzelnen Republiken und Provinzen zunehmend erschwert: Das regionale politische Interesse, Vorteile für die eigene Republik/Provinz durchzusetzen, war reizvoller als der Aufruf zur „Brüderlichkeit und Einheit" (bratstvo i jedinstvo/bratstvo in enotnost/bratstvo i edinstvo). Auf diese Art wurden Geldleistungen für weniger entwickelte Gebiete zur „wirtschaftlichen Ausbeutung"[27], in deren Hintergrund nun immer öfter politische Intentionen vermutet wurden – die Regionalpolitik befand sich in einer Pattstellung.

Ein weiterer Einflussfaktor ergab sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung sowie ihres inhärenten Systems, wobei beides zu einem erheblichen Teil aus den vorher genannten Einflussfaktoren resultierte. Die finanziellen Möglichkeiten für die Beseitigung der ungleichen Entwicklung Jugoslawiens waren genauso abhängig von den (welt-) wirtschaftlichen Konjunkturen wie auch von den zahlreichen Auslandskrediten[28], die letztlich zu einer

[23] Der Begriff" Arbeiterselbstverwaltung" ist hier als direkte Übersetzung des kroatisch/serbischen Originals „radničko samoupravljanje" zu verstehen und meint nicht nur männliche Arbeiter, sondern auch weibliche. Gleiches gilt für die weiter unten verwendete Begriffe „Arbeiterräte" und „Arbeiterkollektive", die ebenfalls aus dem Original ins Deutsche übersetzt wurden.
[24] Edvard Kardelj, Die Wege der Demokratie in der sozialistischen Gesellschaft, Köln/Frankfurt am Main 1979, 98.
[25] Artikel 6, Tite II der Verfassung von 1946, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf46-i.htm, 2021 Juni 16.
[26] Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Der Antidühring, Frankfurt/Main ^{3}1971, 263.
[27] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 176.
[28] Siehe dazu etwa: Evan Kraft, Evaluating Regional Policy in Yugoslavia: 1966–1990, in: Comparative Economic Studies 34/3-4, New Brunswick 1992, 11–33, hier 14.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

übermäßigen Verschuldung führten. Da die weniger entwickelten Gebiete folgerichtig mehr von diesen Krediten benötigten, waren deren Schulden auch relativ größer, womit letztlich auch ihre wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt wurde.[29] Auch soll gezeigt werden, wie sich durch die staatliche Investitionspolitik eine bestimmte Arbeitsteilung bzw. Spezialisierung in der Produktion entwickelte, die sich immer wieder als Nachteil für die weniger entwickelten Gebiete herausstellte.

Für das Wirtschaftssystem ergaben sich folgende Umstände: Die Arbeiterselbstverwaltung hatte im Laufe der Jahrzehnte ein spezifisches Merkmal ausgebildet, das sich als Zyklus regelmäßig wiederholte: Nicht Effizienz- und Produktivitätssteigerungen waren die Ziele der sogenannten Arbeiterräte [radnički sav(j)et/svet delavcev/rabotnički sovet], sondern – so die Modelle[30] – die Erhöhung der persönlichen Einkommen. Diese Erhöhungen der Einkommen führten zu einer Preiserhöhung, auf welche die Arbeiterräte erneut mit einer Steigerung der Einkommen reagierten. Diese Vorgangsweise führte nicht nur wiederkehrend zur Inflation, sondern befeuerte auch die Diskussion um eine weitere Dezentralisierung: Griffen staatliche Behörden ein, indem sie etwa Einkommensregulationen einführten, um diesen Zyklus aufzuhalten, wurde damit aber gegen die verfassungsrechtlich verbrieften Rechte der einzelnen Republiken, Provinzen sowie Arbeitnehmer*innen verstoßen, entsprechende Entscheidungen auf lokaler Ebene zu treffen.[31] Die Tatsache, dass solche Befugnisse immer weiter regionalisiert wurden, führte letztlich auch zum Umstand, dass dem Bund nun weniger Instrumente blieben, um das Ziel „der Vereinheitlichung der materiellen Bedingungen [...] der Werktätigen“ zu erreichen.[32]

Mit den staatlichen Einkommensmaßnahmen ist der zweite inhaltliche Schwerpunkt der Dissertation angesprochen: Die hier durchgeführten Analysen betreffen nicht nur die Ursachen, Kontexte und Einflüsse auf die Ungleichheit in Jugoslawien, sondern auch eine ihrer Auswirkungen, die Einkommensunterschiede, weshalb auch der Entwicklung von Einkommen(shöhen) in Jugoslawien große Aufmerksamkeit zukommt:

> „Eine wichtige Grundlage für die Regelmäßigkeit und Dauerhaftigkeit von sozialen Beziehungen ist die Verteilung gesellschaftlich wichtiger Ressourcen, wie zum

[29] Dies entspricht der Annahme, dass höhere Entwicklungslevel einer Region auch zu größerem „Erfolg führen, gemessen an der Differenz zwischen der regionalen und durchschnittlichen Effizienz“ (positive Korrelation). Siehe dazu: Časlav Ocić, The Regional Problem and the Break-Up of the State: The Case of Yugoslavia, in: Acta Slavica Iapoinica 16, Sapporo 1998, 74–110, hier 81.
[30] Siehe dazu: Benjamin Ward, The Firm in Illyria: Market Syndicalism, in: The American Economic Review 48/4, Pittsburgh 1958, 566–589.
[31] Siehe hierfür etwa: Artikel 281 der Verfassung von 1974, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf74-i.htm, 2021 Jänner 20.
[32] Teil III der Verfassung von 1963: online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2020 Dezember 7.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Beispiel Kapital, Macht, Bildung, Einkommen. Die Verteilung dieser Ressourcen bestimmt einerseits, welche Unterschiede im Ressourcenbesitz zwischen sozialen Gruppen bestehen, und andererseits, ob daraus Vor- und Nachteile – sprich soziale Ungleichheit – erwachsen."[33]

Diese empirische Untersuchung ist somit komplementärer Bestandteil des Forschungsprojektes, in welchem versucht wird, das Ausmaß der regionalpolitischen Entscheidungen aus einer spezifischen Perspektive zu bemessen: Gab es Einkommensunterschiede im sozialistischen Jugoslawien und wie wurden diese offiziell argumentiert? Welche konkreten Ereignisse und Prozesse wirtschaftlicher, politischer, verfassungsrechtlicher Natur hatten welche Auswirkungen auf die Höhe der persönlichen Einkommen? In welchen Regionen waren diese tendenziell höher und wo niedriger? Welche Berufsgruppe konnte von bestimmten Einflussfaktoren profitieren, welche Gruppen wurden benachteiligt und schließlich, wie entwickelten sich die Einkommensunterschiede aus einer zeitlichen Perspektive? Im Rahmen der Kontextualisierungen soll damit auch deutlich gemacht werden, wie eng verbunden Innenpolitik, regionales Entwicklungsgefälle, und Einkommensunterschiede waren.

Resultierend aus den skizzierten Überlegungen der letzten Seiten, wurden die Forschungsfragen des Dissertationsprojektes nun wie folgt gewählt:

- Wie entstand und entwickelte sich die Ungleichheit im sozialistischen Jugoslawien im Sinne eines regionalen Gefälles und welche Faktoren wirkten darauf ein?
- Wie wirkte sich diese regionale Ungleichheit auf die Höhe der persönlichen Einkommen aus?

Die Gliederung der Arbeit folgt dabei in etwa obigen Ausführungen: Bevor die Entwicklungen nach 1945 berücksichtigt werden, führt ein Exkurs über die Geschichte der späteren jugoslawischen Republiken und Provinzen vor dem 20. Jahrhundert zu jenen Ausgangsbedingungen, auf Basis derer die unmittelbare Regionalpolitik festgesetzt wurde. Danach wird die Diskussion chronologisch fortgesetzt, indem in jedem Jahrzehnt die wirtschaftlichen, ideologischen, innen- sowie außenpolitischen, sozialgeschichtlichen und verfassungsrechtlichen Ereignisse und Prozesse besprochen und analysiert werden. In einem darauffolgenden Kapitel werden diese im Hinblick auf ihre spezifische Bedeutung für das regionale Entwicklungsgefälle sowie schließlich daran die empirische Beobachtung der Einkommensunterschiede – als letztes Kapitel jedes Jahrzehnts – diskutiert.

[33] Heike Solga, Justin Powell, Peter A. Berger (Hgg.), Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse, Frankfurt/Main 2009, 13f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

1.2. Forschungsstand

Die soziale und ökonomische Ungleichheit Jugoslawiens als Untersuchungsgegenstand wissenschaftlicher Arbeiten weist tatsächlich eine beträchtliche Anzahl an Publikationen auf, wovon auch die Veröffentlichungen von beispielsweise Rory Archer[34], Igor Duda[35], Vladimir Gligorov[36], Ivana Dobrivojević-Tomić[37] oder auch Patrick Hyder Patterson[38] der letzten Jahre zeigen. Ein Reiz, so etwa Eva Berković, der von diesem Thema ausgeht, ist die zugrundeliegende Ambivalenz: Der Sozialismus begriff die Ungleichheit als Relikt kapitalistischer Warenproduktion. Dieser Logik nach müsste dessen allmähliche Überwindung auch zur Überwindung der Ungleichheit führen. Dass dies aber auch Jahrzehnte nach der offiziellen Abschaffung des Kapitalismus nicht geschah, musste erklärt werden.[39] Diesen Umstand griffen mehrere jugoslawische Wissenschaftler*innen in den 1970er und 1980er Jahren auf. Der jugoslawische Jurist Radomir Lukić verwies in einem 1972 erschienenen Aufsatz darauf, dass die Ungleichheit bzw. die Ausbeutung in Jugoslawien als nichtsozialistische Phänomene betrachtet wurden, weshalb ihr keine große Bedeutung zukam. Am Beginn der 1970er Jahre seien die Ausbeutung und die „soziale Stratifikation", die daraus resultierten, in einem solchen Ausmaß gestiegen, dass eine entsprechende Untersuchung nun unausweichlich geworden war.[40] Dass die Ungleichheit in Jugoslawien als eine Abweichung vom theoretischen Ziel entstand, bekräftigte auch der jugoslawische Ökonom Marijan Korošić im Jahr 1983: „Forschungen beginnen dort, wo sich in der Theorie Probleme und offene Fragen in Bezug auf die Praxis ergeben."[41] Korošić ging in seiner Untersuchung der Annahme nach, inwieweit die ineffiziente Wirtschaft Jugoslawiens die Verbreitung von ökonomischer Ungleichheit initialisierte und kam dabei zum Schluss, dass die großen Einkommensunterschiede, insbesondere der 1980er Jahre, ökonomisch nicht gerechtfertigt[42] und in ihren Spannweiten auch nicht zu billigen waren, wobei seine Analyse sich ausschließlich auf den realwirtschaftlichen Bereich bezog (Gesundheit-, Bildung- oder auch Finanzsektor

[34] Rory Archer, Social Inequalities and the Study of Yugoslavia´s Dissolution, in: Florian Bieber, Armina Galijaš (Hgg.), Debating the End of Yugoslavia, London 2014, 135–151.
[35] Rory Archer, Igor Duda, Paul Stubbs, Social Inequalities and Discontent in Yugoslav Society, Abingdon 2016.
[36] Vladimir Gligorov, Benefits and Costs, in: Helsinki Committee for Human Rights in Serbia (Hg.), Yugoslavia from a Historical Perspective, Beograd 2017, 409–441.
[37] Ivana Dobrivojević Tomić, Prilog proučavanju životnog standarda i društvenog položaja radnika uoči privredne reforme 1965, in: Istorija 20. Veka, 1, Beograd 2020, 249–272.
[38] Patrick Hyder Patterson, Bought and Sold. Living the Losing the Good Life in Socialist Yugoslavia, New York 2011.
[39] Eva Berković, Socijalne nejednakosti u Jugoslaviji, Beograd 1988, 11.
[40] Radomir Lukić, Social Stratification as a Cause of Social Conflicts in Yugoslavia, in: International Journal of Sociology2/4, White Plains 1972, 333–363, hier 335f.
[41] Marijan Korošić, Ekonomska nejednakosti u jugoslavenskoj privredi, Zagreb 1983, 7.
[42] Ebda., 185.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

wurden ausgelassen). Weiter, die Einkommensdifferenzen stellten das schwierigste ökonomische und soziale Problem der jugoslawischen Wirtschaft dar.[43] Die bereits erwähnte Autorin Berković griff unter anderem diese Ergebnisse auf, um zu zeigen, in welchem Maße diese Unterschiede auf die soziale Ungleichheit, etwa auf dem Gebiet der Bildung, soziale Sicherheit usw., wirkten.[44] Diese Veröffentlichung ist für das Dissertationsprojekt insofern auch relevant, als die Auswirkungen der Einkommensunterschiede auf den Lebensstandard in der vorliegenden Arbeit zwar nicht ausgelassen werden, aber angesichts des hier verfügbaren Rahmens nicht *en détail* diskutiert werden können.

Zu einer anderen Einschätzung im Hinblick auf ungleich verteilte Einkommen kam der Ökonom Branko Milanović. In seiner 1990 erschienenen Dissertation über die Einkommensverteilung Jugoslawiens in den 1970er und 1980er Jahren berechnete er, dass die Verteilung der Einkommen eine moderat ungleiche war. Der entsprechende Gini-Koeffizient, der als statistisches Maß die Ungleichheit darstellen soll, betrug im Jahr 1973 0,338, im Jahr 1978 0,333 und im Jahr 1983 lag der Wert bei 0,331 – die Ungleichheit sank demnach sogar, wenn auch nur minimal.[45] Auch Howard Martin Wachtel ermittelte die Einkommensunterschiede der 1950er und 1960er Jahre und verwendete, wie im Dissertationsprojekt, die in der Quelle angegebenen Durchschnittswerte und verglich diese zwischen den Republiken (ohne Vojvodina und Kosovo) sowie zwischen den industriellen Zweigen.[46] In der 2018 erschienen Untersuchung von Nataša Kump und Filip Novokmet, in der die höchsten Einkommen in Slowenien und Kroatien auf Basis der Steuerdaten von 1960 bis 2017 untersucht wurden, zeigte sich folgende Entwicklung: Der Anteil des obersten Prozent am Gesamteinkommen in Slowenien und in Kroatien ging, ähnlich wie in anderen Ländern Europas bzw. der USA, nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich zurück. Die beiden Autor*innen berechneten weiters, dass durch die Einführung der Reformen von 1965 dieser Anteil größer und im Laufe der 1970er Jahre wieder niedriger wurde, wobei sich der Anteil des obersten Prozent in Kroatien stabiler entwickelte als das slowenische Pendant.[47]

Mittels einer Regressionsanalyse für die 1950 und 1960er Jahre zeigte Diane Flaherty auf, dass sich die Einkommenssituation der weniger entwickelten Regionen nach der Reform

[43] Ebda.
[44] Berković, Socijalne nejednakosti, 195.
[45] Branko Milanović, Ekonomska nejednakosti u Jugoslaviji, Beograd 1990, Tabela 6.1., 253f.
[46] Martin Wachtel, Workers´ Self Management and Wage Differentials in Yugoslavia, phil. Diss. Michigan 1969, 96–98.
[47] Nataša Kump, Filip Novokmet, Top Incomes in Croatia and Slovenia, from 1960s until Today, World Inequality Database. The Global Data Source, Working Paper Series 2018/8, Figure 3 and 4, 10f., online unter: https://wid.world/document/top-incomes-in-croatia-and-slovenia-from-1960s-until-today-wid-world-working-paper-2018-8/, 2021 Mai 14. – Die Untersuchung zeigt auch deutlich, dass sich die Anteile sowohl in Slowenien als auch in Kroatien nach dem Sozialismus (der sogenannten Transition) deutlich erhöhten. Ebda.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

von 1965 zu deren Nachteil entwickelte, daher die Einkommen in den 1960er Jahre ungleicher waren als vor 1965.[48]

Eine Reihe weiterer Publikationen zur Einkommensverteilung resp. zur ökonomischen Ungleichheit erschien noch zur Zeit des sozialistischen Jugoslawiens: Časlav Ocić verwendete eine Shift-Share Analyse[49], um zu zeigen, dass die weniger entwickelten Gebiete auch eine schwächere Wirtschaftsleistung erbrachten[50]; Boris Vušković untersuchte die Höhe der Einkommen auf Basis der Sektoren und innerhalb der Industrie sowie des Ausbildungsgrades am Beginn der 1970er Jahre und attestierte Einkommensdifferenzen zwischen den „produktiven" und „nicht-produktiven Sektoren"[51]; Henryk Flakierski beschrieb etwa die Auswirkungen der verschiedenen Wirtschaftsreformen Jugoslawiens auf das System der Einkommensverteilung[52]; Milan Vodopivec argumentierte in seinem Artikel, dass trotz der Arbeiterselbstverwaltung und ihres Rechts auf die Bestimmung ihrer Einkommen diese nur in der Theorie existierten[53] und die erst vor einigen Jahren erschienene Dissertation von Leonard Kukić untersuchte, ob die ungleichen Wachstumsraten der Wirtschaft auf die Kapitalintensität zurückzuführen waren.[54] Das Thema der Ungleichheit und die Frage, ob Jugoslawien eine egalitäre Gesellschaft sei, wurde auch von zahlreichen jugoslawischen Soziolog*innen ab den 1960er Jahren aufgegriffen und diskutiert. Im Fokus vieler dieser Arbeiten stand dabei das Konzept der Arbeiterklasse bzw. der verschiedenen „Schichten einer Gesellschaft". Beispielsweise identifizierte der Soziologe Mihailo Popović insgesamt vier Schichten innerhalb der jugoslawischen Gesellschaft, welche die Egalität damit *per definitionem* ausschlossen: Einer Schicht an politischen und ökonomischen Führern, eine Mittelschicht, die Schicht der Produktionsarbeiter*innen sowie schließlich die Schicht privater Eigentümer*innen (etwa Landwirt*innen).[55]

[48] Diane Flaherty, Plan, Market and Unequal Regional Development in Yugoslavia, in: Soviet Studies 40/1, Abingdon 1988, 110–124.
[49] Siehe dazu etwa: Oliver Fahrhauer, Alexandra Kröll, Die Shift-Share-Analyse als Instrument der Regional- und Clusterforschung. Passauer Diskussionspapiere, Passau 2009.
[50] Ocić, The Regional Problem, 78–83.
[51] Boris Vušković, Social Inequality in Yugoslavia, in: New Left Review 1/95, London 1976, 26–44. Vgl. dazu auch die eigenen Berechnungen, Tabelle 91.
[52] Henryk Flakierski, The Economic System and Income Distribution in Yugoslavia, New York 1989.
[53] Milan Vodopivec, Determination of Earnings in Yugoslav Firms: Can it be squared with Labor management?, in: Economic Development and Cultural Change 41/3, Chicago 1993, 623–632.
[54] Leonard Kukić, Economic Growth, Regional Development, and Nation Formation under Socialism. Evidence from Yugoslavia, phil. Diss. London 2017.
[55] Zitiert bei: Archer, Social Inequalities, 138. Siehe dazu auch: Mihailo Popović (Hg.), Društvene nejednakosti, Beograd 1987; – Ivan Janković, Vesna Pešić, Društvene Devijacije. Kritika socijalne patologije, Beograd 1988; – Djordjije Usković, Sociologija i društvena nejednakosti, Beograd 1973. Siehe dazu auch: Nada G. Novaković, propadanje radničke klase. Materijalni i društveni položaj radničke klase Jugoslavije od 1960. do 1990. godine, Beograd 2007, 109–152.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Zusätzlich dazu ist in den vergangenen Jahren auch eine Reihe an Publikationen zur sozialen Ungleichheit in Jugoslawien erschienen: Allen voran der Sammelband „Social Inequalities and Discontent in Yugoslav Society“, der schon oben erwähnten Historiker Igor Duda, Rory Archer sowie Paul Stubbs. Darin befassen sich die Autor*innen mit einer breiten Palette an Ausprägungen sozialer Ungleichheiten: So etwa Rory Archer, der sich dem ungleichen Zugang zu Wohnungen in Belgrad widmete[56] oder Isabel Ströhle, die aufzeigte, wie sich innerhalb des Kosovos ein eigenes Entwicklungsgefälle auftat.[57] Nicht ausschließlich die soziale Ungleichheit betreffend, erschien von Patrick Hyder Patterson ein Buch im Jahr 2011, in dem er beschrieb, wie sich der Besitz von Konsumgütern zwischen den Republiken unterschied bzw. dem Entwicklungsgefälle nach aufteilte.[58] Schließlich gibt es noch eine Vielzahl an Autor*innen, welche die Ungleichheit thematisierten. Hierzu gehören beispielsweise Holm Sundhaussen[59], Marie-Janine Calic[60], Sabrina P. Ramet[61], Fred Singleton und Bernard Carter[62], Joseph H. Bombelles[63], Rudolf Bičanić, Harold Lydall[64], John B. Allcock[65], Lenard J. Cohen[66], Steven Burg[67], Ian Hamilton[68] usw.

Schließlich sind noch zwei Publikationen zu erwähnen, die von Relevanz sind: Die Dissertation von Dijana Pleština[69] und die Monografie von Thomas Eger.[70] Wesentlich sind die beiden Arbeiten insofern, als sie ausschließlich das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien untersuchen: Pleština zeichnet, ähnlich wie in der vorliegenden Arbeit, die Geschichte des regionalen Entwicklungsgefälles nach und zeigt, wie die dafür verantwortlichen Politiker*innen zunächst unwillig und später unfähig waren, sich auf eine gemeinsame Agenda zu einigen, um das Ziel der Gleichheit zu erreichen. Eger wiederum hat spezifische Elemente

[56] Rory Archer, `Paid for by the workers, occupied by the bureaucrats`: Housing inequalities in 1980s Belgrade, in: Archer, Duda, Stubbs (Hgg.), Social Inequalities and Discontent, 58–76.
[57] Isabel Ströhle, Of Social Inequalities in a Socialist Society: The Creation of a Rural Underclass in Yugoslav Kosovo, in: Archer, Duda, Stubbs (Hgg.), Social Inequalities and Discontent, 112–131.
[58] Patterson, Bought and Sold, Table 1.1, 40.
[59] Holm Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen, Wien/Köln/Weimar 2014.
[60] Marie-Janine Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, München 2010.
[61] Sabrina Ramet, Die drei Jugoslawien. Eine Geschichte der Staatsbildungen und ihrer Probleme, München 2011.
[62] Fred Singleton, Bernard Carter, The Economy of Yugoslavia, New York 1982.
[63] Joseph H. Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia. 1947–1964, Stanford 1968.
[64] Harold Lydall, Yugoslav Socialism. Theory and Practice, Oxford 1984.
[65] John B. Allcock, Explaining Yugoslavia, London 2000; – John B. Allcock, Rhetorics of Nationalism in Yugoslav Politics, in: John B. Allcock, John J. Horton, Marko Milivojević (Hgg.), Yugoslavia in Transition. Choices and Constraints. Essays in Honour of Fred Singleton, New York/Oxford 1992, 276–198.
[66] Lenard J. Cohen, The Socialist Pyramid. Elites and Power in Yugoslavia, Oakville 1989.
[67] Steven Burg, Conflict and Cohesion in Socialist Yugoslavia. Political Decision Making Since 1966, Princeton 1983.
[68] Ian Hamilton, Yugoslavia. Patterns of Economic Activity, London 1968.
[69] Dijana Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia. Success, Failure and Consequences, New York 1992.
[70] Thomas Eger, Das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien, Paderborn/München/Wien/Zürich 1980.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

des Gefälles hervorgehoben, wie etwa die schon erwähnte Arbeitsteilung oder auch die Ausgangslage der einzelnen jugoslawischen Regionen nach 1945, die er als „Ökonomischen Dualismus“ bezeichnete.[71]

Angesichts dieses dichten Forschungsstandes ließe sich die Frage stellen, worin das Neue der vorliegenden Dissertation liegt, welche Lücken sie schließen kann und wie sich die Arbeit innerhalb der Forschungsliteratur verorten lässt. Was das Projekt einerseits versucht, ist, der Komplexität von Ungleichheit gerecht zu werden: Ökonomische und soziale Ungleichheit in Jugoslawien lässt sich nicht durch einen Faktor erklären, wird auch nicht durch eine Kennzahl berechnet und begann auch nicht im Jahr 1945. Selbst wenn im Rahmen dieser Arbeit nicht der Anspruch gestellt wird, sämtliche Determinanten gefunden zu haben, eingedenk der Erkenntnis, dass es „keine Tätigkeit gibt, die nicht auch diskurskonstituierend ist“[72], so ist es aber das Ziel, zu zeigen, welchen Beitrag eine breite Kontextanalyse zu den Forschungserkenntnissen beitragen kann: Das Ziel, eine „sozial gerechte“ Gesellschaft zu erreichen, war keineswegs nur von internen Elementen abhängig. Der Grund für eine solche Proklamation wurde in Jugoslawien – unter anderem – durch die Ideologie festgeschrieben und wurde als Teil der Verfassung aber zu einer innenpolitischen Agenda, die ihrerseits von beispielsweise der Außenpolitik und der Wirtschaft beeinflusst war. Es ist somit ein Versuch, eine systematische und umfassendere Geschichte über die jugoslawische Ungleichheit zu schreiben, und dabei Aspekte zu berücksichtigen, die bislang entweder kaum oder gar nicht in diesem Zusammenhang beachtet wurden.

Gleichzeitig und andererseits liefern die empirischen Ergebnisse einen wichtigen Beitrag für den bereits vorhandenen Forschungsstand. Zwar existieren bereits Berechnungen zu den persönlichen Einkommen in Jugoslawien, allerdings unterscheidet sich die hier vorgenommene Analyse durch folgende Aspekte: Es wurde darauf verzichtet, eine Einkommensverteilung mittels beispielsweise Gini-Koeffizienten vorzunehmen. Ausschließlich untersucht wurden die Einkommensunterschiede zwischen den höchsten und niedrigsten persönlichen durchschnittlichen Einkommen. Der Grund dafür liegt, erneut, in der Kontextualisierung des Gegenstandes: Die jugoslawischen Theoretiker strebten keine gleiche Verteilung der Einkommen an, viel eher wurden Einkommensunterschiede, beispielsweise aufgrund von verschiedenen Qualifikationen, als Anreiz betrachtet.[73] Dass sich nun diese Einkommensunterschiede nicht (immer) wegen ökonomischen, sondern eher politischen

[71] Ebda., 26.
[72] Landwehr, Historische Diskursanalyse, 95.
[73] Sofija Popov, Lični dohoci i inflacija troškova. Analiza kretanja cena i ličnih dohodaka u Jugoslaviji, Beograd 1983, 119.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

regionalen Anreizen ergaben, zeigen etwa die Umstände der sogenannten Elitenbildung oder auch der Einkommensunterschiede nach Republiken/Provinzen. Daher ist es das Ziel der Analyse, die durchschnittlichen persönlichen Einkommen aus jedem Sektor resp. Zweig, basierend auf den Republiken und Provinzen, mit- und untereinander zu vergleichen. Darüber hinaus unterscheidet sich die hier vorliegende Analyse auch insofern, als diese alle Sektoren bzw. Zweige und Sparten berücksichtigte[74] und dies auch über einen vergleichsweise längeren Zeitraum (1963–1989). Auf diese Art ergaben sich gleich mehrere neue Erkenntnisse über die Struktur der Einkommen, die letztlich auch deswegen von großem Nutzen sind, weil sich die historischen Ereignisse aus den vorangegangenen geschichtlichen Kapiteln damit in einen Kontext zu den Einkommensunterschieden setzen lassen sowie *vice versa*.

1.3.Theorien und Methoden

Mit den obigen Erläuterungen zu den neuen Erkenntnissen, die das Dissertationsprojekt zur Forschungsliteratur beiträgt, wurde bereits Einiges zur methodischen Vorgehensweise vorweggenommen. Demnach wurden in Bezug auf die Einkommensstruktur keine Verteilungen, sondern ausschließlich die absoluten und relativen Unterschiede zwischen den höchsten und niedrigsten Einkommen berechnet, und zwar entlang der folgenden drei Kategorien:

1.) Einkommensunterschiede zwischen den Sektoren sowie zwischen den einzelnen Zweigen auf Basis der gesamtjugoslawischen durchschnittlichen und persönlichen Einkommen;

2.) Einkommensunterschiede innerhalb der einzelnen Sektoren/Zweigen auf Basis der durchschnittlichen Einkommensdaten in den entsprechenden Republiken und Provinzen sowie

3.) Einkommensunterschiede innerhalb der Republiken und Provinzen auf Basis der durchschnittlichen Einkommensdaten in den Sektoren/Zweigen.[75]

Anzumerken ist, dass die Einkommensunterschiede nach Geschlecht nicht berücksichtigt wurden, zumal es an entsprechenden Daten in dem hier untersuchten Zeitraum fehlt. Auch

[74] So wurde nicht nur der industrielle Sektor, sondern auch der sogenannte nichtwirtschaftliche (tertiärer Sektor) untersucht, der unter anderem auch den Gesundheits-, Bildungssektor sowie die Kunst- und Kulturbranche umfasste.

[75] Sämtliche Daten und Ergebnisse dieser Untersuchungen (Tabelle 84 bis Tabelle 92) sind als statistischer Anhang der Dissertation unter dem folgenden Link aufrufbar: https://docs.google.com/spreadsheets/d/e/2PACX-1vRdwQCUOUJyYLdANzg_sVBYIsTXqhB_LWCEDPhxxZzEkinoFAg6VFgzbRyiCtuvhQTZvI2v4x5LJBtm/pubhtml.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

wurde die Höhe der persönlichen Einkommen nach Ausbildungsgrad im Statistikjahrbuch nur für die Jahre 1966 bis 1976 angegeben, weshalb diese in der vorliegenden Arbeit nur bedingt thematisiert werden.[76]

Da der Untersuchungszeitraum der Einkommensanalyse mit dem Jahr 1963 beginnt und bis einschließlich 1989 berechnet wird, lässt sich anhand der errechneten Ergebnisse auch eine zeitliche Tendenz feststellen: Wann und in welchem Zeitraum werden die Einkommensunterschiede größer und wann kleiner? In Bezug auf den Untersuchungszeitraum der Einkommensanalyse war das Statistikjahrbuch Jugoslawiens als Quelle ausschlaggebend.[77] Dieses wurde zwar auch vor 1963 jährlich herausgegeben, allerdings änderten sich jene Kategorien, unter welchen die Einkommen aus den Sektoren subsumiert wurden. So enthielten die Jahrbücher vor 1963 etwa nicht die gleichen detaillierten Angaben über die Einkommen in den einzelnen Zweigen wie in den Jahren danach.[78] Um einen Vergleich über einen größeren Zeitraum gewährleisten zu können, wurde die Analyse mit jenem Jahr begonnen (1963), ab welchem die Kategorisierungen einheitlich oder zumindest einheitlicher waren.

Das Ende der zeitlichen Untersuchung ergab sich aus der folgenden Überlegung: Mit dem Jahr 1989 wird auch das Ende des Sozialismus eingeläutet.[79] Da die Fragestellungen der Dissertation aber explizit an den Entwicklungen des Sozialismus in Jugoslawien geknüpft sind, endet mit diesem Jahr auch die vorliegende Analyse.

Die oben postulierte Notwendigkeit, verschiedene Diskurse der Ungleichheit in Jugoslawien zu berücksichtigen, ergibt sich nicht zuletzt auch aus den theoretischen Überlegungen: Die Frage nach sozialer Ungleichheit steht etwa im Zentrum der Sozialstrukturanalyse[80] als Teilgebiet der Soziologie, und sieht den Ursprung sozialer Ungleichheiten in den sozialen Beziehungen zwischen den in einer Gruppe resp. Gesellschaft lebenden Personen. Als solche nehmen sie „soziale Plätze“ (bei Hradil „soziale Lage“[81]) – etwa durch den Beruf, der Familie, Religion, Arbeitsmarkt – in dieser ein, die wiederum bestimmten

[76] Siehe dazu: George William Putnam, The Structure of Working-Class Economic Inequality under Market Socialism: A Labor Market Analysis of Blue-Collar Workers in Yugoslavia, phil. Diss. Illinois 1986, 172 und 192f. Siehe dazu auch: Tabelle 91 im statistischen Anhang, online unter: https://docs.google.com/spreadsheets/d/e/2PACX-1vRdwQCUOUJyYLdANzg_sVBYIsTXqhB_LWCEDPhxxZzEkinoFAg6VFgzbRyiCtuvhQTZvI2v4x5LJBtm/pubhtml.

[77] Savezni Zavod za Statistiku, Statistički godišnjak Federativne Narodne Republike Jugoslavije, Beograd Ausgaben 1962–1990.

[78] Siehe hierfür: Ebda., Jahrbuch 1957, Tabelle 21.3, Beograd 1956, 277.

[79] Siehe dazu das Kapitel „Die wirtschaftliche Krise in Jugoslawien: Von politischen Blockaden und Kreditgebern“, 299f.

[80] Siehe dazu: Eva Barlösius, Kämpfe um soziale Ungleichheit. Machttheoretische Perspektiven, Wiesbaden 2014, 12.

[81] Stefan Hradil, Die Ungleichheit der „Sozialen Lage“, in: Reinhard Kreckel (Hg.), Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983, 101–120, hier 111–117.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Aufgaben, Handlungen, Erwartungen und Ressourcen entsprechen. Die Sozialstrukturanalyse untersucht nun, ob bzw. in welchem Ausmaß und schließlich auch warum diese Entsprechungen sich voneinander unterscheiden und an systematische Vor- oder Nachteile gekoppelt sind; ob und weshalb etwa bestimmte Berufe durch die mit ihnen verbundenen Erwartungshaltungen, Aufgaben usw. zu strukturell verschiedenen Einkommen, Arbeitsbedingungen, Ansehen usw. führen als andere Berufe und womit diese letzten Endes zur Herausbildung sozialer Ungleichheiten beitragen bzw. diese damit begründen.[82]

Reinhard Kreckel definiert die soziale Ungleichheit mittels terminologischer Ein- und Abgrenzungen: Zunächst sei dieser Begriff von jenem der „Verschiedenartigkeit" zu trennen: „Wer von sozialer Ungleichheit spricht, spricht stets von gesellschaftlich verankerten Formen der Begünstigungen und Bevorrechtigungen einiger, der Benachteiligung und Diskriminierung anderer, jedoch nicht von deren unterschiedlicher biologischer Grundausstattung (wie etwa Geschlecht, Augenfarbe, Lebensalter usw.)."[83] Darüber hinaus unterscheidet sich soziale Ungleichheit auch von sozialer Differenzierung (durch Beruf, Sprache, Religion usw.) und zwar insofern, als diese nicht unmittelbar zu einer Begünstigung führen muss (wenngleich dies durchaus der Fall sein kann).[84] Durch diese ersten beiden Abgrenzungen ergibt sich bei Kreckel auch schon die „soziale Ungleichheit im weiteren Sinne", und damit die dritte Abgrenzung, die nämlich immer dann vorliegt, wenn bestimmte Gruppen längerfristig benachteiligt bzw. von bestimmten Aspekten des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen werden. Um es im Wortlaut Kreckels wiederzugeben: „[S]oziale Ungleichheit im weiteren Sinne liegt überall dort vor, wo die Möglichkeiten des Zugangs zu allgemein verfügbaren und erstrebenswerten sozialen Gütern und/oder zu sozialen Positionen, die mit ungleicher Macht und/oder Interaktionsmöglichkeiten ausgestattet sind, dauerhafte Einschränkungen erfahren und dadurch die Lebenschancen der betroffenen Individuen, Gruppen oder Gesellschaft beeinträchtigt bzw. begünstigt werden."[85]

Innerhalb dieser letztgenannten Abgrenzung bzw. Definition sozialer Ungleichheit lässt sich ein Konsens zu anderen Autor*innen finden und zwar in jenem Ausdruck, in welchem unterschiedlicher (ob benachteiligter oder begünstigter) Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen sowie Möglichkeiten für bestimmte Gruppen/Individuen einer Gesellschaft bestehen, die zu „vorteilhaften oder nachteiligen Handlungs- und Lebensbedingungen"[86]

[82] Kreckel, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, 15.
[83] Ebda.
[84] Siehe dazu auch: Karl Martin Bolte, Dieter Kappe, Friedhelm Neidhard, Soziale Ungleichheit, Opladen 1975.
[85] Ebda., 17.
[86] Solga, Powell, Berger, Soziale Ungleichheit, 15.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

führen.[87] Diese Begriffsdefinition ist ein breit gefasster und bedarf gerade deshalb noch weiterer und näherer Bestimmungen, die allerdings eher konzeptueller als terminologischer Natur sind. Stefan Hradil bietet hierfür die erwähnten vier Ebenen an: Determinanten, Dimensionen, Ursachen und Wirkung sozialer Ungleichheit. Determinanten meint dabei soziale Merkmale, auch als „Sozialkategorien" bezeichnet, die entweder (biologisch) zugeschrieben oder erworben werden können: Während Ersteres sich auf Geschlecht, Herkunft, Alter usw. bezieht, wird bei Letzterem davon ausgegangen, dass dieses menschliche Zutun erfordert, demnach zum Beispiel erworbene Bildung oder Beruf. Beides hat Einfluss auf jene Benachteiligungen oder Begünstigungen, welche die Grundlage von „Handlungs- und Lebensbedingungen" ausmachen.[88] Dimensionen lassen sich als die mit sozialer Ungleichheit einhergehenden Vor- und Nachteile zusammenfassen: So entsprechen etwa Berufsgruppen auch bestimmten Einkommen, Bedingungen der ausgeführten Arbeit, Herkunft, Wohn- und weitere Lebensverhältnissen, die sich als Dimensionen sozialer Ungleichheit konstituieren. Hier kann sich allerdings eine Nahtstelle an die Determinanten ergeben, sofern zum Beispiel die Herkunft einer Person (Determinante) ausschlaggebend für den späteren Bildungsweg (Dimension)[89], oder das Geschlecht (Determinante) ausschlaggebend für den Beruf (Dimension) wird.[90]

Die dritte Ebene der begrifflichen Eingrenzung verbindet die beiden ersten miteinander und beschreibt damit jene Mechanismen, die als Ursachen sozialer Ungleichheit erkannt und begriffen werden: „Dies bedeutet, dass Merkmale von Personen [...] erst dann zu Determinanten sozialer Ungleichheit werden, wenn sie über soziale Mechanismen vermittelt, systematisch mit Vor- und Nachteilen (als Dimensionen sozialer Ungleichheit) verbunden werden."[91] Was bedeutet dies? Um am erwähnten Beispiel der sozialen Herkunft anzuknüpfen, meint die Ebene der Ursache, dass es für die verschiedenen Einflüsse, welche die soziale Herkunft auf die Lebensbedingungen haben kann, auch verschiedene Konnotationen, etwa Vorurteile, in Bezug auf die spezifische Herkunft braucht. Diese setzen in nächster Folge weitere Prozesse in Gang, die folglich zu einer Dimension sozialer Ungleichheiten führen. Ein weiteres Beispiel ist das

[87] Siehe dazu etwa: Nicole Burzan, Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien, Wiesbaden 2004; – Peter A. Berger, Volker H. Schmitt (Hgg.), Welche Gleichheit, welche Ungleichheit? Grundlagen der Ungleichheitsforschung, Wiesbaden 2004; – Barläsius, Kämpfe um soziale Ungleichheit, 11.
[88] Solga, Powell, Berger, Soziale Ungleichheit, 15.
[89] Vgl. dazu auch das Konzept der Staatsbürgerschaft bei Max Weber, die als Ausdruck der Gleichheit aller Bürger*innen verstanden werden kann. Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriß der verstehenden Soziologie, Tübingen 1956; – Andreas Anter, Stefan Breuer (Hgg.), Max Webers Staatssoziologie. Positionen und Perspektiven, Baden-Baden 2007 und Manuela Boatâ, Kapital aus Staatsbürgerschaft und die globale Strukturierung des Nationalen, in Heinz Bude, Philipp Staab (Hgg.), Kapitalismus und Ungleichheit. Die neuen Verwerfungen, Frankfurt/Main 2016, 137–156, hier 138–141; – Ayelet Shachar, The Birthright Lottery. Citizenship and Global Inequality, Harvard 2009.
[90] Solga, Powell, Berger, Soziale Ungleichheit, 17f.
[91] Ebda., 19.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Geschlecht, welches nicht zuletzt im Berufsleben auf Vorurteile, Diskriminierung, Erwartungen stößt: So werden etwa (noch immer) Fähigkeiten einer Frau für eine bestimmte Berufsanstellung unter anderen Gesichtspunkten verhandelt als jene eines Mannes (z. B.: zeitliche Flexibilität als Anstellungskriterium wird bei Frauen – aufgrund der Assoziation mit Haushalt und Kindern – anders bewertet als bei Männern).[92]

Schließlich wird dieses Konzept der Annäherung an den Begriff sozialer Ungleichheit mit der vierten und letzten Ebene, den Auswirkungen, abgeschlossen und beschreibt im Sinne des Wortes die Konsequenzen, die sich aus den ersten drei Ebenen zusammensetzen. Es geht nicht nur um die Vor- und Nachteile (Dimensionen), die sich aufgrund bestimmter Determinanten und Ursachen manifestieren, sondern um weitere Auswirkungen, die Vor- und Nachteile der sozialen Ungleichheit auslösen können. Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: Die ungleiche Behandlung von Menschen bestimmter Herkunft führt etwa zu ungleichen Chancen im Bildungsweg. Dieser Nachteil führt im Folgenden zu weiteren Beeinträchtigungen, wie etwa im beruflichen Werdegang, in der Gesundheitsvorsorge oder auch in sozialen Netzwerken, die als Gegenstand der vierten Ebene untersucht resp. angeführt werden.[93] Ein Beispiel, das in diesem Kontext oft erwähnt wird, ist die Schullaufbahn der Kinder von sogenannten Akademikerfamilien, die im Vergleich zu den Kindern aus nicht-akademischen Haushalten eher das Gymnasium bzw. die Universität besuchen.[94]

Kreckel fügt der Definition der sozialen Ungleichheit noch ein weiteres Attribut zu: „strukturierte soziale Ungleichheit."[95] Damit soll zum einen betont werden, dass es sich bei diesen untersuchten Formen um langfristige und generationenübergreifende Strukturen der Begünstigung und/oder Benachteiligung handelt, zum anderen soll dieser Terminus als Abgrenzung zu den mit Karl Marx und Max Weber assoziierten Begriffen der „Klasse" und „Schichten" verstanden werden. Kreckel erachtet diese insofern als für die Ungleichheitsforschung unzureichend, als diese sich ausschließlich als „vertikale Ungleichheit" begreift.[96] Zu der „nicht-vertikalen Ungleichheit" zählt er Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts, regionale Disparitäten, Minderheiten, Arbeitslose usw., die zwar keine neuen Erscheinungen sozialer Ungleichheit seien, sich aber nicht „in die hierarchisch, vertikal strukturierte Gesellschaft einfügen [lassen], an dem sich die ältere Ungleichheitsforschung durchwegs orientiert hat."[97]

[92] Ebda., 19f.
[93] Ebda., 20.
[94] Siehe dazu etwa: Therese Büchler, Studierende aus nicht-akademischen Elternhäusern im Studium, Arbeitspapier 249 der Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf 2012.
[95] Kreckel, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, 19.
[96] Hradil, Die Ungleichheit der „Sozialen Lage", 103.
[97] Kreckel, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, 18.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Da sich die vorliegende Arbeit auch an die ökonomischen Auswirkungen annähert (Einkommensdifferenzen), soll ihr (begrifflicher) Unterschied zur ökonomischen Ungleichheit noch kurz hervorgehoben werden. Die ökonomische Ungleichheit kann einen wirtschaftlichen Ursprung und/oder Folgen ökonomischer Natur haben. „Ökonomische Ungleichheit ist damit entweder das Ergebnis von zugrundeliegenden ökonomischen Prozessen oder nimmt Einfluss darauf, wie sich diese Prozesse entwickeln."[98] Ein wesentlicher Unterschied zum Begriff der sozialen Ungleichheit liegt somit in dessen Eingrenzung. Ökonomische Ungleichheit setzt ein spezifisch ökonomisches Umfeld voraus und sucht in diesem sowohl Ursprung als auch Wirkung der Ungleichheit.[99] Zwar gilt es auch hier die Institutionen, politische Faktoren, Bildung, Wohnen, usw. als Einflussfaktoren zu untersuchen und zu beschreiben, der Fokus liegt dabei aber ausschließlich auf den wirtschaftlichen Gründen und/oder Folgen.[100] Ausschlaggebend für die Untersuchung ökonomischer Ungleichheit ist demnach die Voraussetzung, dass es Ressourcen gibt (wie etwa Einkommen, Konsum und Vermögen), die einer ungleichen Verteilung unterliegen und die zu weiteren Ungleichheiten oder ungleichen Chancen führen, wie etwa ungleiche Lebens-, Wohn-, Bildungs-, Einkaufsbedingungen.[101]

Der Begriff der ökomischen Ungleichheit konstituiert sich im Wesentlichen durch die Einschränkungen seiner Untersuchungsgegenstände und ist damit ein konkreter Aspekt der sozialen Ungleichheit, wobei – wie weiter oben angeführt – die Messung von Einkommens- und Vermögensverteilung die beiden Hauptsäulen bilden.[102] Dabei wird aus begrifflicher Sicht die ökonomische Ungleichheit um den Terminus der Verteilung erweitert: „Ungleichheit ist ein Verteilungsphänomen."[103] Es braucht Güter (oder auch Dienstleistungen), die innerhalb einer Gesellschaft verteilt werden, womit sie in den meisten Fällen gleichzeitig auch (statistisch) messbar werden.[104]

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass soziale Ungleichheit soziale Beziehungen voraussetzt, die asymmetrisch zueinander verlaufen: Je nach Merkmal, können Verhältnisse zur ein und derselben z. B. politischen Institution sich verschieden ausprägen. Dabei bewirken sie entweder eine langfristige und strukturelle Begünstigung oder Benachteiligung. Soziale und ökonomische Ungleichheiten können somit auf bestimmte Bedingungen kultureller, politischer, institutioneller, wirtschaftlicher usw. Natur zurückgeführt werden, in welcher sich sowohl

[98] Wiemer Salverda, Brian Nolan, Timothy M. Smeeding, Introduction, in: The Oxford Handbook of Economic Inequality, Oxford 2009, 3–23, hier 8.
[99] Ebda.
[100] Ebda.
[101] John E. Roemer, Equality of Opportunity, Cambridge 1998.
[102] Salverda, Nolan, Smeeding, The Oxford Handbook of Economic Inequality, 8.
[103] Berger, Wirtschaftliche Vorlesungen, 28.
[104] Ambros P. Lüthi, Messung wirtschaftlicher Ungleichheit, Berlin/Heidelberg/New York, 1981, 5.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Ursprung als auch Auswirkungen finden lassen, weshalb die Dissertation sich auch diesen Bedingungen widmet: Was verursachte die Ungleichheit vor 1945 und durch welche Faktoren wurde sie danach beeinflusst. Relevant für dieses Kapitel waren aber nicht nur diese theoretischen Ausführungen, sondern auch die historische Diskursanalyse, womit sich der Kreis zu den ersten, einleitenden Ausführungen gewissermaßen schließt: „Die historische Diskursanalyse geht grundsätzlich vom Konstruktionscharakter soziokultureller Wirklichkeiten aus und fragt vor diesem Hintergrund nach den Arten und Weisen, mit denen im historischen Prozess Formen des Wissens, der Wahrheit und der Wirklichkeit hervorgebracht werden.“[105] Zu diesem Zwecke wurden verschiedene Quellen betreffend die Innen- und Außenpolitik, die Ideologie, die Wirtschaft sowie die Sozialgeschichte gewählt („Korpusbildung“) und der Inhalt auf einen Kontext zum Untersuchungsgegenstand untersucht („Kontext- und Textanalyse“).[106]

1.4. Quellen

Als Grundlage für die Untersuchung der durchschnittlichen persönlichen Einkommen in Jugoslawien diente das erwähnte Statistische Jahrbuch Jugoslawiens. Dieses wurde ab 1955 vom jugoslawischen Statistikamt jährlich in Belgrad herausgegeben und beinhaltete offizielle Zahlen bzw. sozioökonomische Indikatoren aus den jeweiligen Vorjahren. Wie bereits erwähnt, wurden diese Angaben (Metadaten) auf Basis eines gesamtjugoslawischen sowie Republik- und Provinzdurchschnitts angegeben und für die Arbeit verwendet. Gemäß den methodischen Ausführungen in der Quelle wurde unter „persönlichen durchschnittlichen Einkommen“ folgendes verstanden: „Es sind durchschnittliche Einkommen eines Beschäftigten/einer Beschäftigten, die aus einem regulären Arbeitsverhältnis bezogen werden. Diese Einkommen umfassen neben den Einkünften tatsächlich verrichteter Arbeit auch sämtliche anderen, darauf lautendenden“[107]: Dazu zählten *per definitionem* Zuschüsse für die jährlichen Urlaube, Krankenstand bis zu 30 Tagen, Arbeitslosengeld („Warten und Verharren ohne Verschuldung der Arbeitnehmer“[108]), Zuschüsse zu Staatsfeiertagen sowie zu den Feiertagen in den Republiken, im Rückstand befindliche Einkommen, verschiedene stimulierende Zuschüsse, Prämien sowie Geldleistungen (pro Tag) während des Außendienstes.[109] Generiert wurden diese Daten durch die monatlichen Meldungen an das Statistikamt, die zumindest 70 Prozent aller Arbeitnehmer*innen aus allen Sektoren und allen Republiken/Provinzen in Jugoslawien

[105] Landwehr, Historische Diskursanalyse, 98.
[106] Ebda.; 105–126.
[107] Statistički Godišnjak Federativne Narodne Republike Jugoslavije, 1967, 49.
[108] Ebda
[109] Ebda.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

umfassten, wobei im Statistikjahrbuch angemerkt wurde, dass einige Republiken umfassender meldeten, weshalb der Wahrscheinlichkeit nach sogar 80 Prozent der Daten aller Arbeitnehmer*innen gedeckt wurden.[110] Diese sind absolute Angaben über das persönliche Einkommen, auf Basis eines Jahresdurchschnittes (Stichtag war der 30. September[111]), und wurden unter anderem angegeben für Sektoren und Zweige sowie die dazu entsprechenden Einkommen aus den Republiken und Provinzen. Begonnen mit dem Jahr 1964 (mit dem Statistikjahrbuch aus dem Jahr 1965) und beendet mit dem Jahr 1989 (Statistikjahrbuch von 1990) wurden insgesamt 25 Statistikjahrbücher durchgesehen. In einem nächsten Schritt wurden die gesammelten Daten digitalisiert und entsprechend aufbereitet, was bedeutet, dass die Angaben innerhalb eines Sektors und/oder Zweiges vereinheitlicht und allfällige Änderungen der Bezeichnungen harmonisiert wurden (beispielsweise wurde der Handel bis zum Jahr 1977 gemeinsam mit der Gastronomie als eine Kategorie geführt, danach als zwei separate usw.).

Darüber hinaus wurden für die verschiedenen Einflussfaktoren auf das jugoslawische Entwicklungsgefälle noch weitere Quellen untersucht: Für den innenpolitischen Diskurs wurden die Historiographie, wie beispielsweise Edvard Kardeljs Ausführungen über die „sozialistische Demokratie“, an deren Einführung er selbst wesentlich beteiligt war[112], Parteiprogramme, Sitzungsprotokolle, Interviews, Memoiren, Reden und öffentliche Auftritte analysiert sowie sämtliche Verfassungen und Verfassungszusätze herangezogen. Dieses Quellenkorpus wurde vor allem in den sozialgeschichtlichen Kapiteln der Dissertation um Quellen aus der Kunst und Kultur ergänzt: Romane, Filme sowie Lieder- bzw. Liedertexte. Bei den wirtschaftshistorischen Ausführungen wurde die Forschungsliteratur von den jährlichen Berichten („economic surveys“) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung als Quelle komplementiert. Für die außenpolitische Dimension als Einflussfaktor wurden Dokumente des U.S.-amerikanischen Außenministeriums („Foreign Relations of the United States“, FRUS[113]), Memoranden aus dem Archiv des Internationalen Währungsfonds[114] sowie interne Berichte der U.S.-amerikanischen Central Intelligence Agency (CIA)

[110] Ebda., 26. – Von der Meldepflicht ausgenommen war das staatliche Sekretariat für Verteidigung sowie das Sekretariat für Innere Angelegenheiten und die ihr unterstellten Organe, Ebda.
[111] Ebda., 25.
[112] Edvard Kardelj, Die Wege der Demokratie in der sozialistischen Gesellschaft, Köln/Frankfurt am Main 1979.
[113] Foreign Relations of the United States, Office of the Historian, online unter: https://history.state.gov/historicaldocuments, 2021 Juni 17.
[114] International Monetary Fund Archives, online unter: https://archivescatalog.imf.org/search/simple, 20210 Juni 17.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

verwendet.[115] Anzumerken ist an dieser Stelle, dass sämtliche Übersetzungen dieser Quellen sowie der verwendeten Literatur, sofern nicht anders angegeben, von der Verfasserin stammen.

[115] Central Intelligence Agency, Freedom of Information Act Electronic Reading Room, online unter: https://www.cia.gov/readingroom/, 2021 Juni 17.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

2. Ungleichheit in Jugoslawien: Über die Entwicklung des regionalen Gefälles

Bevor die Entwicklungen ab 1945 näher beleuchtet und diskutiert werden, soll im Folgenden ein historischer Abriss über die Zeit vor der „Vereinigung aller Südslawen“[116] einen kurzen Einblick in die Vorbedingungen bzw. in die Ausgangslage des sozialistischen Jugoslawiens geben. Denn eine Darstellung über die Geschichte der Ungleichheit in Jugoslawien bedarf einen vertiefenden Blick auf die unterschiedlichen Erfahrungen, welche die Gebiete des späteren Jugoslawiens im Laufe ihrer Entwicklungen erlebten: Spezifische Merkmale der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit entsprangen einem „historischen Erbe“[117], deren Ursachen bis in die frühneuzeitliche Epoche zurückgehen, ihre Auswirkungen sich aber bis auf jene Periode erstreckten, die in der vorliegenden Arbeit untersucht wird.[118]

2.1 Die Gebiete des späteren Jugoslawiens vor 1945

2.1.1. „Historische Hinterlassenschaften“: „Jugoslawien“ vor dem 20. Jahrhundert:

> *„Dem neuen Staat mit seinem guten Verwaltungsapparat gelang es, auf schmerzlose Art, ohne Gewalt und Erschütterungen, die Steuern und Abgaben aus dem Volk zu pressen, die ihm die türkische Herrschaft mit unvernünftigen, groben Methoden oder glattem Raub abgenommen hatte, und zwar nicht nur genauso viel, sondern mehr, nur noch schneller und sicherer.“* [119]

Passagen wie diese finden sich zahlreich in Ivo Andrićs Buch „Die Brücke über die Drina“ und beschreiben, von einer Brücke ausgehend, die Verwandlungen des bosnischen Ortes Višegrad von einer osmanischen zu einer habsburgischen Provinz, von einer Kultur zu einer anderen, die tief, wenn auch zunächst zögerlich, in die Lebensweise der Višgrader eingriff:

[116] Holm Sundhaussen, Geschichte Serbiens: 19.–21. Jahrhundert, Köln/Wien 2007, 234.
[117] Kosta Mihailović, Regional Development. Experiences and Prospects in Eastern Europe, Den Haag 1975, 1–29; – Marie-Janine Calic, Südosteuropa. Weltgeschichte einer Region, München 2016, 39, 6; – Eger, Das regionale Entwicklungsgefälle, 21–24.
[118] David F. Good, The State and Economic Development in Central and Eastern Europe, in: Alice Teichova, Herbert Matis (Hgg.), Nation, State and the Economy in History, Cambridge 2009, 133–158, hier 133.
[119] Ivo Andrić, Die Brücke über die Drina, München [7]2017, 260.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

> „Allerdings gewöhnten sich auch die Bauern schwer an die Eisenbahn. Sie benutzen sie, aber sie konnten nicht mit ihr vertraut werden und ihre sonderbaren Launen und Gewohnheiten begreifen. Im Morgenrauen stiegen sie von ihren Hügeln herab, mit dem ersten Sonnenstrahl trafen sie in der Stadt ein, und schon bei den ersten Läden fragten sie aufgeregt jeden, dem sie begegneten: 'Ist die Maschine schon fort?'"[120]

Die späteren jugoslawischen Gebiete waren im Laufe ihrer Geschichte Teile verschiedener Systeme, Kulturen und Religionen: Noch bevor sich das Osmanische oder das Habsburger Reich auf die südosteuropäischen Gebiete erstreckten, waren diese (zeitgleich) in verschiedene Herrschaftssysteme eingegliedert: So zeugen beispielsweise die kroatischen Inseln und Küstengebiete noch heute vom venezianischen Einfluss[121], Serbien und Montenegro vom Königreich Ungarn.[122] Die späteren Jahrhunderte dieser Regionen prägten vor allem das Osmanische[123] und das Habsburger Reich sowie ihre jeweiligen territorialen Ansprüche darum: Mit der Schlacht am Kahlenberg 1683[124] setzte zum einen der sukzessive Rückzug der Osmanen aus Mittel- und Südosteuropa ein, zum anderen hielten die Habsburger, nach dem Großen Türkenkrieg (1683–1699)[125] und dem Frieden von Karlowitz (Sremski Karlovci) 1699[126], weiteren bzw. erneuten Einzug in die Gebiete Ungarns, Siebenbürgens sowie Kroatien und Slawonien.[127]

---

[120] Ebda., 319f.

[121] Zum von Venedig kontrollierten „domini da mar" siehe: John R. Lampe, Marvin R. Jackson, Balkan Economic History. 1550–1950, Bloomington 1982, 52f.; – Şevket Pamuk, A Monetary History of the Ottoman Empire, Cambridge 2000, 27.

[122] Siehe dazu: Varga Szabolcs, Die Stellung Kroatiens innerhalb des Königreiches Ungarn in der Frühen Neuzeit, in: Norbert Spannenberger, Varga Szabolcs (Hgg.), Ein Raum im Wandel. Die osmanisch-habsburgische Grenzregion vom 16. zum 18. Jahrhundert, Stuttgart 2014, 53–74, hier 56–59.

[123] Siehe hierfür: Hans Georg Majer, Südosteuropa im Osmanischen Reich, in: Richard Lauer, Hans Georg Majer (Hgg.), Osmanen und Islam in Südosteuropa, Berlin/Boston 2014, 9–36; – Bülent Gökay, Der Untergang des Osmanischen Reiches und der Balkan, in: WeltTrends 6, Potsdam 1996, 36–44; – Donald Quataert, The Ottoman Empire, 1700–1922, Cambridge 2005; – Şevket Pamuk, A Monetary History of the Ottoman Empire, Cambridge 2000.

[124] Siehe hierfür: Rose Eller, Die Schlacht am Kahlenberg 1683. Die Vorgänge um die zweite Türkenbelagerung Wiens, Wien 1983.

[125] Mónika F. Molnár, Der Friede von Karlowitz und das Osmanische Reich, in: Arno Strohmeyer, Norbert Spannenberger (Hgg.), Frieden und Konfliktmanagement in interkulturellen Räumen. Das Osmanische Reich und die Habsburgermonarchie in der Frühen Neuzeit, Stuttgart 2013, 197–220.

[126] Ernst D. Petritsch, Grenz- und Raumkonzeptionen in den Friedensverträgen von Zsitvatorok und Karlowitz, in: Norbert Spannenberger, Szablocs Varga (Hgg.), Ein Raum im Wandel. Die osmanisch-habsburgische Grenzregion vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, Stuttgart 2014, 197–222.

[127] Karl Vocelka, Geschichte Österreichs. Kultur, Gesellschaft, Politik, Graz/Wien/Köln 2002, 119–123; – Ekkehard Eickhoff, Venedig, Wien und die Osmanen. Umbruch in Südosteuropa, Stuttgart 1988. – Vgl. dazu auch: Claudia Reichl-Ham, Die Türkenherrschaft 1389–1878, in: Arbeitsgemeinschaft Truppendienst, Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport Wien (Hg.), Militäroperationen und Partisanenkampf in Südosteuropa. Vom Berliner Kongress zum Ende Jugoslawiens, 74–97, hier 85f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Bedeutend im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand war auch der Berliner Kongress von 1878 und die Verhandlung über die langsame „Erosion“[128] des Osmanischen Reiches.[129] Unter anderem die Unruhen in Griechenland, in Bosnien und Serbien, Bulgarien und Montenegro[130] sowie erneute kriegerische Auseinandersetzungen zwischen dem zarischen Russland und dem Osmanischen Reich (1877-1878) führten im Jahre 1878 nach Berlin an den Verhandlungstisch. Neben den wirtschaftlichen Belangen, wie etwa der Meerenge am Bosporus, dem Zugang zum Mittelmeer sowie den damit einhergehenden Märkten, galt es auch die politischen zu verhandeln: „Das Axiom britischer Orientpolitik [...] war, die Integrität und Unabhängigkeit des Osmanischen Reiches zu erhalten, statt unabhängige Kleinstaaten auf dem Balkan zu schaffen, die womöglich in russische Abhängigkeit geraten würden.“[131] Indes sorgten sich, unter anderem, die Habsburger um ihre eigene territoriale Integrität, bei welcher Bosnien und Herzegowina eine Rolle spielte, denn im Falle einer Vereinigung der Südslawen konnte es gewissermaßen als Puffer dienen.[132]

Die Ergebnisse des Berliner Kongresses sahen unter anderem Folgendes vor: Bosnien und die Herzegowina wurden unter österreichisch-ungarische Besatzungsverwaltung gestellt, die Souveränität Serbiens, Rumäniens und Montenegros (wenngleich mit Gebietsveränderungen) wurden bestätigt, aus dem erhofften Großbulgarien wurde das Fürstentum Bulgarien, Mazedonien verblieb weiter unter der Verwaltung des Osmanischen Reiches.[133]

Was waren nun die wirtschaftlichen Folgen, welche diese territoriale (Neu-)Ordnung Europas implizierte? Wie wirkte sich jahrhundertlange Herrschaft der Osmanen und der Habsburger auf die späteren Gebieten Jugoslawiens aus? Hatten die unterschiedlichen Kulturen, Religionen, Verwaltungen und Wirtschaftsordnungen in diesem Territorium Einfluss darauf, wie sich die beginnende Industrialisierung[134] dort vollzog und wo etwa technischer Fortschritt die Rückständigkeit nicht überholen konnte? Welche ökonomischen Bedingungen

[128] Quataert, The Ottoman Empire, 56f.
[129] Ebda.
[130] Siehe dazu: Ebda., 56; – Calic, Südosteuropa, 230–233.
[131] Horst Haselsteiner, Zur Haltung der Donaumonarchie in der Orientalischen Frage, in: Ralph Melville, Hans-Jürgen Schröder (Hgg.), Der Berliner Kongress von 1878: Die Politik der Grossmächte und die Probleme der Modernisierung in Südosteuropa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1982, 228–244.
[132] Calic, Südosteuropa, 346f.
[133] Hanryk Batowski, Die territorialen Bestimmungen von San Stefano und Berlin, in: Melville, Schröder (Hgg.), Der Berliner Kongress, 51–62, hier 54–61.
[134] Merkmale einer Industrialisierung (oder auch der sogenannten Industriellen Revolution) sind unter anderem Arbeitsteilung, technischer Fortschritt, Wirtschaftswachstum sowie sektoraler Wandel (vom primären hin zum sekundären Sektor) bzw. sektorale Verteilung der Beschäftigung. Siehe dazu: Peter Eigner, Der Weg in die Industriegesellschaft, in: Markus Cerman, Franz X. Eder, Peter Eigner, Andrea Komlosy, Erich Landsteiner (Hgg.), Wirtschaft und Gesellschaft. Europa 1000–2000, Wien 2011, 104–133, hier 112.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

haben sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts ausgeformt, an welchen die jugoslawisch-sozialistische Ungleichheit anknüpfte?

Marie Jeanine Calic rekurriert auf eben diese verschiedenen Herrschaftssysteme, wenn sie deren Bedeutung für die weitere wirtschaftliche/industrielle Entwicklung zusammenfasst: Erstens sei die ökonomische Struktur der von den Osmanen besetzten Gebieten hinderlich, oder zumindest nicht förderlich für die einsetzende Industrialisierung gewesen.[135] Die feudalen Institutionen des „timar"-Systems[136], und die erhobenen Steuern und Abgaben, „haben sich nur langsam zugunsten einer größeren Mobilität von Arbeit Eigentum, Kapital und Waren veränder[t]" und damit eine „historische Erbschaft" hinterlassen.[137] Hinzu kam ein Bevölkerungswachstum, das dem starren Zunft- und Agrarsystem sowie einer stagnierenden Produktion gegenüberstand. Zweiter Aspekt, der für die weitere Entwicklung von Bedeutung war, kann unter dem Begriff der exogenen Faktoren subsumiert werden. Die Erschließung von Gebieten auf der Balkanhalbinsel durch die Großmächte diente in erster Linie eigenen ökonomischen Interessen[138]: So wurde etwa auf den von den Habsburgern besetzten Gebieten in den Eisenbahn-, Straßenbau und dem Rohstoffabbau investiert[139], allerdings mit dem Vorhaben, den eigenen Markt damit zu versorgen, wobei sich der infrastrukturelle Ausbau auch für die lokalen Bewohner*innen als zweckdienlich erwies, wie etwa das einführende Zitat aus Andrićs Buch veranschaulicht.[140]

Diese „koloniale Attitüde"[141] bekräftigt die von Lampe und Jackson ebenfalls diskutierte „Hinterlassenschaft", wonach der Habsburgermonarchie die wirtschaftliche Eingliederung der

[135] Zur Phase der „De-Industrialisierung" im Osmanischen Reich siehe: Michael Palairet, The Balkan Economies. 1800–1914. Evolution without Development, Cambridge 1997, 50–57.
[136] Das sogenannte Timar-System sah vor, dass den Offizieren (sipahi) des Sultans je ein bestimmtes Agrarland der neu eroberten Gebiete zur Verfügung steht, welches von den lokalen Bauern bebaut und genutzt werden durfte. Dieses Nutzungsrecht implizierte wiederum eine an die Offiziere zu leistende Abgabe (ösür), John R. Lampe, Yugoslavia as History. Twice there was a Country, Cambridge 2000, 20f.; – Lampe, Jackson, Balkan Economic History, 24. Siehe hierfür auch: Quataert, The Ottoman Empire, 130; – Ema Miljković, The Characteristics of the Timar System in Rumelia: The Timar System in the Border Region of Isa-Beg Ishaković (15th Century Case Study), in: Journal of Ottoman Legacy Studies 6/15, s.l. 2019, 353–361; – Pamuk, A Monetary History of the Ottoman Empire, 40f.; – Gökay, Der Untergang des Osmanischen Reiches, 38; – Calic, Südosteuropa, 85–95.
[137] Calic, Südosteuropa, 396f.; – Halil İnalcık, An Economic and Social History of the Ottoman Empire, Cambridge 1999, 3–33; – Yonca Köksal, The Ottoman Empire in the Tanzimat Era. Provincial Perspectives from Ankara to Edirne, London 2019, 3f.
[138] Hamilton, Yugoslavia, 24.
[139] Ebda., 25; – Lampe, Jackson, Balkan Economic History, 298; – Peter Jordan, Die Entwicklung des Eisenbahnnetzes auf dem Gebiet des heutigen Jugoslawiens bis 1918, in: Richard G. Plaschka, Anna M. Drabek, Brigitta Zaar (Hgg.), Eisenbahnbau und Kapitalinteressen in den Beziehungen der österreichischen mit den südslawischen Ländern, Wien 1993, 13–30, hier 13.
[140] Calic, Südosteuropa, 397 und 356.
[141] Vgl. dazu: Simon Loidl, „Europa ist zu enge geworden." Kolonialpropaganda in Österreich-Ungarn 1885–1918, Wien 2017.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

südosteuropäischen Gebiete nicht gelang.[142] Dies galt auch für die nach dem Berliner Kongress als souverän bestätigten Länder: Serbien, Montenegro und Rumänien wurden unter der Voraussetzung einer wirtschaftlichen und politischen Kontrolle seitens der Großmächte als unabhängig anerkannt. So mussten etwa die Kosten des für die Habsburgermonarchie wichtigen Ausbaus der Eisenbahn sowie der Donauschifffahrt von eben diesen Ländern (mit-)finanziert werden.[143] Wird indessen ein Blick auf Serbiens Importe nach dem Berliner Kongress gelenkt, zeigt sich, dass zwischen 1881 und 1885 knapp 70 Prozent aller Importe aus Österreich-Ungarn kamen[144] und knapp 90 Prozent der serbischen Exporte in die Monarchie flossen. Dies führte nicht nur zu einer ökonomischen Abhängigkeit, sondern auch zu einer politischen Einflussnahme Österreichs-Ungarns auf die serbische Außenhandelspolitik.[145]

Einen dritten Aspekt betont Calic als „kontingenten Faktor“: Resultierend aus den beiden oben beschriebenen Gründen hatte die Industrialisierung, im Vergleich zu westlichen Ländern, zeitverzögert eingesetzt und damit schließlich erneut zur Rückständigkeit beigetragen: „Je später in einem Land die Industrialisierung begann, desto größere Probleme hatte es aufzuholen.“[146]

Auch Thomas Eger bestätigt „Hinterlassenschaften“ und kennzeichnet diese als „ökonomischen Dualismus“ bzw. als „historisches Erbe“, der das spätere Jugoslawien in einen „vergleichsweise entwickelten Nordwesten mit ersten Ansätzen einer Industrialisierung und marktorientierter Produktion“ nördlich der Flüsse Donau, Save und Kupa von einem weniger entwickelten Südosten trennte. Diese Trennung führt Eger ebenfalls auf die beiden verschiedenen Herrschaftssysteme bzw. ihren Umgang mit den eroberten südosteuropäischen Gebieten zurück: Während, wie weiter oben erwähnt, die Habsburger etwa bereits ab dem 18. Jahrhundert zahlreiche Mittel in die Infrastruktur sowie Rohstoffindustrie Krains, Kroatiens und nach dem Berliner Kongress auch in Bosnien und Herzegowinas sowie in Serbien haben fließen lassen, investierten die Osmanen vergleichsweise wenig in ihre Provinz.[147]

Die unterschiedlichen regionalen Entwicklungen waren nach Eger auch das Resultat der langjährigen Kriegshandlungen, insbesondere im 19. Jahrhundert. Die Gebiete des späteren Sloweniens sowie die nordwestlichen des späteren Kroatiens blieben von diesen

[142] Lampe, Jackson, Balkan Economic History, 50f.; – Vgl. dazu auch: Ernst Bruckmüller, Roman Sandgruber, Concepts of Economic Integration in Austria during the Twentieth Century, in: Teichova, Matis (Hgg.), Nation, State and the Economy in History, 159–180, hier 160f.
[143] Calic, Südosteuropa 350; – Vgl. dazu auch: Danica Milić, Die ökonomische Penetration durch die Industriestaaten, in: Melville, Schröder (Hgg.), Der Berliner Kongress, 473–484, hier 478.
[144] Lampe, Jackson, Balkan Economic History, 181.
[145] John R. Lampe, Yugoslavia as History. Twice there was a Country, Cambridge 2000, 57.
[146] Calic, Südosteuropa, 397. – Siehe hierfür auch: Felix Butschek, Industrialisierung: Ursachen, Verlauf, Konsequenzen, Köln 2006, 123f.
[147] Tomas Eger, Das regionale Entwicklungsgefälle, 22; – Hamilton, Yugoslavia, 26.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

vergleichsweise verschont, was eine kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung förderte.[148] Parallel dazu lieferten diese Auseinandersetzungen auch keine Anreize dafür, die Produktion zu erhöhen bzw. zu ändern. Einen letzten Grund für die ungleiche Entwicklung sieht Eger in der späteren Abschaffung der feudalen Strukturen[149] in den südöstlichen und damit „unterentwickelten" Gebieten[150]: „Je länger der Feudalismus bestand, desto mehr verzögerte sich ökonomische Entwicklungen."[151] Darüber hinaus betonte Mijo Mirković in diesem Zusammenhang, dass die Formen des Feudalismus in den Gebieten des späteren Jugoslawiens auch unterschiedliche waren und sich je nach „spezifisch natürlicher und wirtschaftlicher Faktoren" ausbildeten.[152]

Diese regionalen Entwicklungen der späteren Teilrepubliken und autonomen Provinzen des sozialistischen Jugoslawiens lassen sich demnach auf eine Reihe von verschiedenen Erfahrungen, Herrschafts- und Wirtschaftssystemen im Laufe der Geschichte zurückführen, die den Beginn des 20 Jahrhunderts markierten. Besonders deutlich werden diese verschiedenen Einflüsse am Beispiel Bosnien-Herzegowinas: Während zur Zeit der osmanischen Herrschaft nur vereinzelt Produktion in Bergbau und Industrie verzeichnet werden konnte[153], wurden nach der Okkupation durch Österreich-Ungarn zahlreiche Fabriken neu gegründet, wie etwa die Eisenerz Miene in Vareš 1890, Kohleindustrien in Krek, Kaknju, Zenica, Banja Luka oder Jajce oder das Stahlwerk in Zenica 1882.[154] Weitere Investitionen förderten auch den Ausbau der

[148] Siehe dazu auch: Ivan Bozić, Habsburške zemlje i protivturska otpora, in: Ivan Bozić, Sima Ćirković, Milorad Ekmećić, Vladimir Dedijer (Hgg.), Istorija Jugoslavije, Beograd 1973, 148–155 sowie Sima Ćirković, Opadanje osmanlijskog Carstva i počeci istočnog pitanja, in: Ebda., 156–168, hier 167f. – Ähnlich argumentiert auch Felix Butschek für den britischen Fall, Butschek, Industrialisierung, 123.

[149] Zur Kommerzialisierung der Landwirtschaft als eine Voraussetzung für die Industrialisierung siehe: Karl Bachinger, Herbert Matis, Entwicklungsdimensionen des Kapitalismus. Klassische sozioökonomische Konzeptionen und Analyse, Wien/Köln/Weimar 2009, 16; – Erich Landsteiner, Landwirtschaft und Agrargesellschaft, in: Cerman, Eder, Eigner, Komlosy, Landsteiner (Hgg.), Wirtschaft und Gesellschaft, 178–210; – Peter Eigner, Der Weg in die Industriegesellschaft, in: Ebda., 112.

[150] Eger, Das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien, 22.

[151] Hamilton, Yugoslavia, 22. – Umgekehrt bedeutete dies nicht, dass die schon früher von den Osmanen zurückeroberten Gebiete industrialisiert waren, im Gegenteil: Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten noch etwa 85 Prozent der Bevölkerung in Kroatien-Slawonien, Bosnien sowie in den nun unabhängigen Ländern Serbien und Montenegro in agrarwirtschaftlichen Verhältnissen. Lediglich 10 Prozent arbeiteten im industriellen Sektor. Auch waren Teile Kroatiens in Istrien und Dalmatien ebenfalls in feudalen Strukturen eingebunden, und zwar in Form des Kolonats (težaština) und der Fronarbeit (kmetstvo). Lampe, Jackson, Balkan Economic History, 289.

[152] Mijo Mirković, Ekonomska Historija Jugoslavije, Zagreb 1958, 221. – Ein nächster Unterschied zwischen den unabhängigen Ländern Serbien und Montenegro auf der einen Seite sowie den zur cis- oder transleithanischen Reichshälfte gehörenden Gebiete lässt sich anhand der exportierten Güter veranschaulichen: Die protektionistische Außenhandelspolitik Österreich-Ungarns nach 1900, die den Import von Getreide erschwerte, konnte in Kroatien-Slawonien sowie der Vojvodina kompensiert werden, indem statt Getreide nun Vieh exportiert wurde. Serbiens Getreideexporte nach Ungarn wurden beinahe vollständig eingestellt, der Umstieg auf eine andere Ausfuhrstrategie schlug aufgrund mangelnder Nachfrage auf den österreich-ungarischen Märkten aber fehl. So waren etwa Serbiens Exportschlager, neben Getreide, vor allem Pflaumen, Lampe, Jackson, Balkan Economic History, 321.

[153] Palairet, The Balkan Economies, 223.

[154] Mirković, Ekonomska Historija Jugoslavije, 278.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Großproduktion in Bosnien-Herzegowina, die vor der Okkupation noch kaum vorhanden war.[155] Tatsächlich wuchs den Berechnungen Palairets nach die industrielle Produktion zwischen 1881–1913 um jährlich 12,4 Prozent, allerdings waren die daraus resultierenden Güter keineswegs für den bosnischen Inlandsmarkt, sondern beinahe zur Gänze für die ausländischen Märkte bestimmt.[156] Auch die Erträge dieser, nach der Okkupation errichteten Fabriken dienten vorrangig den wirtschaftlichen Interessen Österreichs, sodass Mirković etwa von einer „staatskapitalistischen Ausbeutung" spricht.[157]

Es war demnach auch das politische und ökonomische Kalkül der Großmächte, das einen wesentlichen Einfluss auf die weitere Entwicklung nahm: Ungünstige Handelsverträge, das Ausnutzen von Ressourcen, hohe Abgaben- und Steuerleistungen schufen Abhängigkeitsverhältnisse zu verschiedenen Zeiten, in verschiedenen Regionen und ausgehend von verschiedenen Herrschern, sodass der Beginn einer gleichmäßigen Entwicklung erschwert wurde. Die Gründe für die Verschärfung der sozialen und ökonomischen Differenzen im 19. Jahrhundert, so etwa Ian Hamilton, hatten ihren Ursprung damit in "fremder Kolonialisierung"[158], verschiedenen sozialen Systemen und ökonomischen Gesetzen der früheren Perioden.[159]

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges hatten die oben skizzierten unterschiedlichen Erfahrungen der späteren Gebiete des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen bereits jenes Gefälle initiiert, welches im Laufe des 20. Jahrhunderts prägend wurde. Laut der Schätzung des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf von David F. Godd und Tongshu Ma betrug dieses im Jahr 1910 (ausgedrückt in Internationalen Dollar) in Serbien 1.504,7, in der Vojvodina 1.732,5 in Kroatien 1.562,8 und in Bosnien und der Herzegowina 1.348,9.[160] Das Einkommensniveau (verglichen zum US-amerikanischen) sah folgendermaßen aus: In der Krain lag dieses im Jahr 1910 bei 36,1 Prozent, in Kroatien bei 31,4 Prozent, der Vojvodina bei 24,8, in Bosnien bei 27,1 und in Serbien 30,3 Prozent.[161] Oder anders formuliert: „Wohlstand und Armut waren eine Hinterlassenschaft der habsburgischen und osmanischen Herrschaft mit ihren unterschiedlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen."[162]

[155] Palairet, The Balkan Economies, 223.
[156] Etwa 86 Prozent der gesamten arbeitenden Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina arbeiteten in den exportorientierten Industrien, ebda., 219.
[157] Mirković, Ekonomska Historija Jugoslavije, 278.
[158] Hamilton, Yugoslavia, 19.
[159] Ebda.
[160] David F. Good, Tongshu Ma, New Estimates of Income Levels in Central and Eastern Europe, 1870–1910, in: Franz Baltzarek, Felix Butschek, Gunter Tichy (Hgg.), Von der Theorie zur Wirtschaftspolitik. Ein österreichischer Weg. Festschrift zum 65. Geburtstag von Erich W. Streissler, Stuttgart 1998, 147–168, hier 154.
[161] Ebda., 164.
[162] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 170.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

2.1.2. Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen und das Königreich Jugoslawien

Als „erste fundamentale Tatsache“ im neuen Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen („Kraljevstvo/Kraljevina Srba, Hrvata i Slovenaca“)[163] bezeichnete Rudolf Bičanić die Veränderung des Inlandsmarktes, und zwar der Struktur und der Größe nach: Zum einen ging mit dem Zerfall des Osmanischen und des Habsburgischen Reiches auch eine Desintegration des Marktes bzw. der vormals einzelnen ökonomischen Einheiten einher. Zum anderen bedeutete dies auch, dass sich ein gemeinsamer jugoslawischer Inlandsmarkt erst konstituieren musste, denn das Königreich erhielt mit dessen Gründung sieben verschiedene Währungs-, Steuer-, Infrastruktur- sowie Rechtssysteme.[164]

In Bezug auf die jugoslawische Marktintegration bedeuteten die verschiedenen Zugehörigkeiten dieser Gebiete vor dem Ersten Weltkrieg auch verschiedene Konsequenzen: Für die ehemals österreichisch-ungarischen Provinzen implizierte dies nicht nur eine erhebliche Reduktion der Marktgröße (von 677.000 auf 248.000 Quadratkilometer), sondern auch eine Reduktion der Kaufkraft (das durchschnittliche Einkommen lag in der österreichischen Reichshälfte bei 5.200 Dinar, in der ungarischen bei 4.400 Dinar und im neuen jugoslawischen Königreich bei circa 3.000 Dinar).[165] Umgekehrt brachte der gemeinsame Markt für beispielsweise Serbien aber eine Vergrößerung mit sich, der nach 1918 insgesamt 2,9 Millionen Menschen umfasste, was etwa einer Vervierfachung entsprach.[166] Erschwert wurden die Bestrebungen eines jugoslawischen Marktes zusätzlich dadurch, dass die nun jugoslawischen Gebiete vor 1914 kaum bis gar keine Handelsbeziehungen zueinander unterhielten. So exportierten beispielsweise Kroatiens größte Fabriken vor dem Ersten Weltkrieg 31 Prozent nach Österreich und 42 Prozent nach Ungarn, wohingegen Bosnien und die Herzegowina lediglich 5,5 Prozent und Serbien 0,4 Prozent dieser Produkte aus Kroatien importierten.[167]

[163] Beziehungsweise gab es noch vor dem Königreich zwischen 29. Oktober 1918 und 1. Dezember den Staat der Slowenen, Kroaten und Serben (Država Slovenaca, Hrvata i Srba, Država Slovencev, Hrvatov in Srbov), Arnold Suppan, Vom Jugoslawismus zu Jugoslawien, in: Arbeitsgemeinschaft Truppendienst, Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport Wien (Hg.), Militäroperationen und Partisanenkampf in Südosteuropa. Vom Berliner Kongress zum Ende Jugoslawiens, 170–173, hier 172.

[164] Dazu gehörten die ehemaligen Königreiche Serbien und Montenegro, die ehemalige ungarische Provinz Kroatien-Slawonien, die früheren österreichischen Provinzen Dalmatien, Krain sowie Teile der Steiermark (Štajerska), Kärntens (Koroška) und Istrien, vormals ungarischen Bezirke der Baranja und Bačka als Teile des Banats sowie letztlich das Gebiet Bosnien und Herzegowina, Rudolf Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, Cambridge 1973, 1f.; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 84. – Hinzu kamen sechs verschiedene Tarifsysteme sowie vier unterschiedliche Eisenbahnnetze. Siehe dazu: Lampe, Yugoslavia as History, 118. – Zur jugoslawischen Bevölkerungsstruktur sowie ihrer Entwicklung siehe: Srđan Milošević, Yugoslav Society: 1918–1991. From Stagnation to the Revolution, in: Helsinki Committee for Human Rights in Serbia (Hg.), Yugoslavia from a Historical Perspective, Beograd 2017, 349–390, hier 354f.

[165] Siehe dazu: Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 5.

[166] Ebda., 2.

[167] Ebda., – Lampe, Yugoslavia as History, 118; – Mirković, Ekonomska Historija Jugoslavije, 339.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Weiter noch, der Wert der aus Kroatien importierten Güter nach Serbien machte nicht mehr als ein Prozent des gesamten Importes aus. Ähnliches galt auch für Mazedonien, dessen Handel eher mit Saloniki als mit Zagreb oder Ljubljana geführt wurde.[168]

Neben der unterschiedlichen Ausgangslage vor und nach dem Ersten Weltkrieg hatte dieser auch verschiedene Schäden hinterlassen: Während Serbien, Montenegro und Mazedonien nicht nur am Ersten Weltkrieg beteiligt waren, sondern auch an den sogenannten Balkankriegen[169], hatte insbesondere Serbien höhere Kriegsschäden zu verbuchen als etwa Kroatien oder Slowenien[170]: Insgesamt wurde in Serbien mehr als die Hälfte der industriellen Ausstattung und ein Drittel der Anlagen zerstört[171]; die verbliebenen Industrie-Aktivitäten, die sich davor in Belgrad konzentrierten, kamen durch den Ausfall des Eisenbahnnetzes beinahe zum völligen Stillstand; die von der Weimarer Republik und Österreich zu bezahlenden Reparationen[172] kamen nur langsam bzw. verspätet an. Insgesamt, so Lampe, waren die Konsequenzen für die serbische Wirtschaft im Königreich fatal. Die Zahl der Arbeitslosen stieg in der Nachkriegszeit konstant an, Arbeitslöhne erfuhren Einbußen und konnten nicht regelmäßig und pünktlich ausbezahlt werden.[173]

Andere Erfahrungen machten hingegen die nordwestlichen Gebiete des Königreichs. Kroatien, das eines der weniger entwickelten Gebiete Österreich-Ungarns galt, fand sich im neuen Königreiche plötzlich als ein weiter entwickeltes Gebiet wieder.[174] Tatsächlich gelang es, in Zagreb das neue kommerzielle und finanzielle Zentrum Anfang der 1920er Jahre aufzubauen: Zunächst abgeschnitten vom früheren traditionellen Markt in Österreich-Ungarn, den nach 1918 protektionistische Maßnahmen bzw. Importstopps kennzeichneten, gelang es den kroatischen Händlern, Ausnahmen dieser Restriktionen und damit einen erneuten Zugang zu österreichischen, ungarischen und auch tschechoslowakischen Käufern zu erlangen.[175] Als Handelsumschlagplatz machte Kroatien damit etwa 27 Prozent des gesamten jugoslawischen Handels aus, als Finanzplatz wiederum konnten die kroatischen Banken mehr als 50 Prozent

[168] Bičanić, Economic Policy in Yugoslavia, 5.
[169] Siehe dazu: Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 66–82.
[170] Ebda., 97; – Lampe, Yugoslavia as History, 119.
[171] Lampe, Jackson, Balkan Economic Activity, 407.
[172] Insgesamt verlangte die jugoslawische Regierung circa sieben Milliarden Goldfrancs als Entschädigung, Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 97f.
[173] Lampe, Yugoslavia as History, 120. – Zu den weiteren Kriegsschäden siehe auch: Jelena Rafailović, An Economic Survey of the Kingdom of Yugoslavia, in: Jurij Mursasov, Davor Beganović, Andrea Lesie (Hgg.), Cultures of Economy in South-Eastern Europe. Spotlights and Perspectives, Bielefeld 2019, 35–56, hier 41f.
[174] Bičanić, Economic Policy in Yugoslavia, 5; – Rafailović, An Economic Survey of the Kingdom of Yugoslavia, 42.
[175] Lampe, Yugoslavia as History, 119. – So wurden etwa Leinen in der Tschechoslowakei, Wolle in Österreich, Weizen aus dem Banat, Pflüge aus der Steiermark und Salz aus der Slowakei gekauft, Bičanić, Economic Policy in Yugoslavia, 15.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

des gesamten in Jugoslawien befindlichen Kapitals verzeichnen[176]; sechs Prozent der gesamten im industriellen Sektor tätigen Belegschaft arbeitete 1923 in Zagreb und verglichen mit Belgrad produzierte Zagreb 45 Prozent mehr an industrieller Leistung (in Pferdestärke ausgedrückt).[177]

Unterschiedliche Start- und Ausgangsbedingungen begleiteten demnach den Prozess der Industrialisierung, die nun langsam Fahrt aufnahm: Während der frühen 1920er Jahre konnten zwischen 1918 und 1938 insgesamt 2.193 Fabriken errichtet werden.[178] Diese relativ hohe Anzahl an Neugründungen in der Industrie lässt sich zum einen auf die Inflationskonjunktur der frühen 1920er Jahre zurückführen. Die Nachfrage stieg gemeinsam mit dem Preis und dem Geldumlauf, sodass der daraus resultierenden Geldentwertung oftmals mit Investitionen in Sachgütern begegnet wurde.[179] Zum anderen entsprach dieser „Gründerboom" einer „autarken Industrialisierungspolitik"[180]; denn um den eigenen Markt vor Produkten der internationalen Konkurrenz zu schützen und um die Handelsbilanz zu entlasten, ging das Königreich ebenfalls zu einer protektionistischen Handelspolitik über.[181] Da somit auch der Zugang der ausländischen Zulieferer zum Beispiel aus Österreich oder der Tschechoslowakei teilweise blockiert wurde, musste die eigene Industrie diversifiziert werden, um diese relevanten Zulieferungs- sowie Konsumimporte zu kompensieren. Daraus ergaben sich sowohl die hohe Anzahl an Neugründungen als auch ein vergleichsweise hohes Anlagenkapital innerhalb der Industrie: Dieses stieg in einem Zeitraum von zehn Jahren (1919=100) um mehr als 80 Indexpunkte an, wohingegen das investierte Kapital in der Agrarwirtschaft um nicht mehr als 17 Indexpunkte wuchs.[182] Das Eisenbahnnetz wurde in den ersten zehn Jahren nach dem Krieg um 922 Kilometer ausgebaut, in der darauffolgenden Dekade kamen noch circa 300 Kilometer dazu.[183] Schließlich konnte auch die industrielle Produktion ein moderates Wachstum von durchschnittlich etwa 1,5 bis 2 Prozent jährlich erzielen, wobei das Wachstum zwischen 1920 und 1923 am höchsten war[184] und der Bergbau etwas schneller wuchs.[185]

[176] Ebda., 4. – Lampe, Jackson, Balkan Economic History, 410,
[177] Lampe, Yugoslavia as History, 152; – Burg, Conflict and Cohesion in Socialist Yugoslavia, 9.
[178] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 106.
[179] Ebda., 98.
[180] Bičanić, Economic Policy in Yugoslavia, 6.
[181] Durch diese Politik schaffte es das Königreich SHS ein Viertel aller Konsumimporte zu reduzieren und diese im Inland zu erzeugen. Damit ging aber auch eine negative Begleiterscheinung einher: Durch die Konzentration auf den Konsumsektor verpasste es „den globalen Strukturwandel zugunsten von kapital- und technologintensiven Branchen wie Elektro-, Chemie-, und Autoindustrie sowie Maschinenbau, die sich auf den Weltmärkten eine Vorreiterposition erkämpften." Calic, Südosteuropa, 465.
[182] Bičanić, Economic Policy in Yugoslavia, 6.
[183] Vladimir Dedijer, Ekonomika Kraljevine Jugoslavije, in: Ivan Bozić, Sima Ćirković, Milorad Ekmećić, Vladimir Dedijer (Hgg.), Istorija Jugoslavije, Beograd 1973, 412–426, hier 419; – Branko Petranović, Istorija Jugoslavije. 1918–1978, Beograd 1981, 154.
[184] Ebda., 154.
[185] Dedijer, Ekonomika Kraljevine Jugoslavije, 419; – Lampe, Jackson, Balkan Economic History, 408f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Schaffte das Königreich angesichts dieser Entwicklungen den industriellen „take off“? Gelang der Übergang von einer vorwiegend agrarwirtschaftlichen geprägten Gesellschaft in eine industrialisierte und damit der Aufholprozess gegenüber den Ländern Westeuropas? Das Fortschreiten der Industrialisierung wird unter anderem mit einem sektoralen Wandel, beispielsweise einer wachsenden Anzahl von Beschäftigten im Industriesektor und einer parallel dazu sinkenden in der agrarwirtschaftlichen Produktion, bemessen und gekennzeichnet.[186] Die entsprechende Statistik für das Königreich im Jahr 1921 sah wie folgt aus:

Tabelle 1: Beschäftigungsstruktur nach Sektoren, 1921

Sektor	**1929**	**1939**
Land- und Vieh- und Forstwirtschaft, Fischerei	80,4 Prozent	76,3 Prozent
Industrie	8,6 Prozent	10,7 Prozent
Handels-, Kredit- und Verkehrswesen	3,4 Prozent	4,1 Prozent
Öffentlicher Dienst, Berufsheer und Freie Berufe	4,1 Prozent	4,6 Prozent
Sonstige Berufe	3,5 Prozent	4,3 Prozent

Quelle: Mijo Mirković, Ekonomska Historija Jugoslavije, Zagreb 1958, 332 und 335.

Ausgehend von diesen Zahlen lässt sich erkennen, dass das Königreich in den 1920er Jahren von einer Industrialisierung noch deutlich entfernt war. Zwar verschoben sich die Anteile zugunsten einer höheren Anzahl an Beschäftigen in der Industrie, die große Mehrheit (über 75 Prozent) aber lebte und arbeitete in agrarwirtschaftlichen Verhältnissen, in welche, verglichen mit der Industrie, nur wenig investiert wurde.[187] Während die Landwirtschaft Anfang der 1920er Jahre ebenfalls von der Inflation profitieren konnte, hatten sich nach der Agrarkrise 1927[188] die Bedingungen maßgeblich geändert: Von diesem kurzzeitigen Boom erfasst, der nicht nur im Königreich SHS, sondern weltweit eine Überproduktion landwirtschaftlicher Güter auslöste, kam es infolgedessen zu einer massiven Senkung der agrarwirtschaftlichen Produkte

[186] Siehe dazu auch: Rainer Liedtke, Die Industrielle Revolution, Köln/Weimar/Wien 2012, 20; – Eigner, Der Weg in die Industriegesellschaft, 112.
[187] In der sogenannten Korfuer Deklaration von 1917 wurde Jugoslawien als ein „Museum agrarischer Strukturen“ beschrieben. Siehe dazu: Srđan Milošević, Yugoslav Society, 350. – Zur Korfuer Deklaration siehe Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 77f.
[188] Nicholas F. R. Crafts, Peter Fearon, Depression and Recovery in the 1930s. An Overview in: Nicholas F. R. Crafts, Peter Fearon (Hgg.), The Great Depression of the 1930s. Lessons for Today, Oxford 2013, 1–44, hier 10.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

und folglich der Preise. Dies, zusammen mit einem rasanten Bevölkerungswachstum[189] und einer nicht ebenso schnell wachsenden Produktivität[190], mündete für viele Haushalte in Überschuldung[191] und Armut.[192] „Gemessen an der durchschnittlichen europäischen Pro-Kopf-Produktion konnten über 61 Prozent der Agrarbevölkerung Jugoslawiens ihren täglichen Bedarf in der Landwirtschaft nicht decken."[193] Hinzu kam, dass König Petar I. Aleksandrović Karađorđević (1844–1921) im Jänner 1919 eine sogenannte Landreform initiierte, welche die Landwirtschaft in der Zwischenkriegszeit modernisieren sollte: Großgrundbesitz wurde konfisziert und an kleinere und besitzlose Bauern abgegeben sowie die vorhandenen Abhängigkeitsverhältnisse („kmetsvo") abgeschafft wurden. In wirtschaftlicher Hinsicht konnte diese Reform aber nicht die gewünschten Erfolge erzielen. Angesichts des Bevölkerungswachstums gab es nicht genügend Land und es fehlte bei der Vergabe der Grundstücke an Systematik, die eine Diversifikation der Bewirtschaftung gewährleistete.[194] Zudem hatte die Parzellierung der Großgrundstücke bewirkt, dass sich die „kleinbäuerliche Besitzstruktur"[195] noch weiter vertiefte, womit eine Erhöhung der Produktivität erschwert wurde.[196] Wie weiter unten noch zu sehen sein wird, wurde diese Kleinteiligkeit zum Merkmal der Landwirtschaft nach 1945 und prägte auch das Entwicklungsgefälle.

Der jugoslawische Ökonom Rudolf Bičanić unternahm im Herbst 1935 eine Reise in die „passiven Regionen", unter denen er die Lika, die Herzegowina, Westbosnien und das dalmatinische Hinterland verstand. In den entlegensten Dörfern zwischen Banja Luka, Mostar, Split und Drniš sprach er mit Personen, die „an der Grenze dessen leben, was wir als menschliche Existenz bezeichnen würden."[197] Weiters skizziert er in diesem Bericht, auf welche Weise die landwirtschaftliche Bevölkerung dieser Gebiete lebte und ihr tägliches Brot, die „pura", verdiente: Um Einkommen zu generieren, verkaufte der Bauer seine Überschüsse – sofern vorhanden – auf dem Markt. Hatte er keine Produkte, die er zum Verkauf anbieten

[189] Insgesamt wuchs die jugoslawische Bevölkerung zwischen 1920 und 1939 um knapp ein Drittel an, was demnach auch bedeutete, dass die agrarwirtschaftliche Bevölkerung zunahm, Calic, Südosteuropa, 460; – Mirković, Ekonomska Historija Jugoslavije, 336f.
[190] Zu den Hindernissen bei der Produktivitätssteigerung siehe: Arnold Suppan, Jugoslawien und Österreich 1918–1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld, München 1996, 1013.
[191] Bičanić, Economic Policy in Yugoslavia, 14. – Zur Finanz- und Deflationspolitik sowie zur Währungsstabilisierung von 1925 siehe: Ivan M. Becić, Finansijska politika Milana Stojadinovića, in: Istorija 20. Veka, 3, Beograd 2001, 125–142; – Ivan M. Becić, Finansijska politika Kraljevine SHS. 1918–1923, Beograd 2003.
[192] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 103.
[193] Ebda.; – Milošević, Yugoslav Society, 358.
[194] Bičanić, Economic Policy in Yugoslavia, 12; – Milošević, Yugoslav Society, 363; – Lampe, Yugoslavia as History, 150.
[195] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert; 103f.
[196] Ebda., – Suppan, Jugoslawien und Österreich 1918–1938, 1014.
[197] Rudolf Bičanić, How the People Live. Life in the Passive Regions. Peasant Life in Southwestern Croatia, Bosnia and Hercegovina. Yugoslavia in 1935. Research Report Number 21, University of Massachusetts, 1981, 27.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

konnte, versuchte er Arbeit zu finden und zwar zum niedrigsten Tageslohn. Im vorletzten von insgesamt 26 Kapiteln beschrieb der Beobachter ein Phänomen, das sich aus dem sinkenden Lebensstandard bzw. der zunehmenden Armut innerhalb des Agrarsektors[198] ergab: Eine neue Schicht von „Arbeiter-Bauern".[199] Wenn im eigenen Dorf keine Arbeit gefunden werden konnte, wurde im industriellen Sektor nach Beschäftigung gesucht (ein Tageslohn betrug beim „reicheren Nachbarn" etwa 6 bis 8 Dinar, Frauen bei Webarbeiten verdienten nur 3,5 bis 5 Dinar – „dies entsprach nicht einmal einer Tasse Kaffee in Zagreb").[200]

Ein detaillierter Blick auf die jugoslawische Beschäftigungsstruktur in den einzelnen Teilgebieten verdeutlicht, dass die Agrarwirtschaft zwar noch immer die primäre Einnahmequelle für die Bevölkerung war, allerdings auch, dass dieser Anteil je nach Gebiet stark variieren konnte: In Slowenien arbeiteten im Jahr 1931 insgesamt 60,6 Prozent der gesamten Bevölkerung in agrarwirtschaftlichen Verhältnissen. Demgegenüber stand etwa der Kosovo mit knapp 86 Prozent sowie der Sandžak, der mit knapp 90 Prozent den höchsten Anteil landwirtschaftlicher Arbeiter*innen hielt und damit ein Drittel mehr als in Slowenien. Auch jener Anteil der Bevölkerung, der im industriellen Sektor tätig war, zeigte damit regionale Abweichungen: In Slowenien 21,1 Prozent, in Kroatien 10,7 Prozent, in der Vojvodina 15,2 Prozent, in Serbien 8,9 Prozent, im Kosovo 4,9 Prozent, in Bosnien-Herzegowina 6,7 Prozent, in Montenegro 5,8 Prozent, in Mazedonien 9,4 Prozent und schließlich der Sandžak, der mit 3,9 Prozent den niedrigsten Anteil aufwies.[201]

In Bezug auf die Fabrik-Neugründungen im Königreich lässt sich ebenfalls ein regionales Ungleichgewicht feststellen: Von den insgesamt 2.193 errichteten Fabriken zwischen 1919 und 1938, entfielen 47 Prozent auf Slowenien, 37 Prozent auf Kroatien, 24 Prozent auf Serbien und lediglich 14 Prozent auf Mazedonien und den Kosovo. Ähnliches galt auch für die Höhe des Kapitals und die Anzahl von Arbeitsplätzen, weshalb ein Großteil der Industrie in den nordwestlichen und damit in den weiter entwickelten Gebieten errichtet wurden.[202]

Als Folge davon gab es auch beim industriellen Output ein Gefälle: Den höchsten Ertrag pro Einwohner*in erzielte Slowenien, danach Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina,

[198] Wobei auch die Einkommen der Industriearbeiter*innen sanken. Siehe dazu: Bičanić, Economic Policy in Yugoslavia, Table 2, 11.
[199] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 104; – Milošević, Yugoslav Society, 363.
[200] Bičanić, How the People Live, 133; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 104.
[201] Mirković, Ekonomska Historija Jugoslavije, 338. – Die damaligen Gebiete des Königreich Jugoslawiens in sogenannte Banovine geteilt waren, von denen es insgesamt neun gab, und die dementsprechend andere Bezeichnungen hatten: Dravska, Savska, Vrbaska, Primorska, Drinska, Zetska, Dunavska, Moravska und Vardarska Banovina. Siehe dazu: Anita Blagojević, Branka Radonić, O Ustavu Kraljevine Jugoslavije iz 1931, in: Pravni Vjesnik 28/1, Osijek 2012, 123–144, hier 137.
[202] Dedijer, Ekonomika Kraljevine Jugoslavije, 424; – Petranović, Istorija Jugoslavije, 154; – Lampe, Yugoslavia as History, 120.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

gefolgt von Mazedonien und Montenegro als Schlusslichter.[203] Welche Konsequenz eine solche ungleiche Entwicklung für die Bevölkerung hatte, zeigt zum Beispiel der Vergleich des Lebensstandards: Dieser lag für Slowen*innen mit 20 Prozent über dem jugoslawischen Durchschnitt wesentlich höher und näher am westeuropäischen, als etwa für Montenegro und den Kosovo, deren Lebensstandard eher dem türkischen Niveau entsprach.[204]

Um nun die weiter oben gestellte Frage nach einem industrialisierten Königreich wieder aufzugreifen, bleibt Folgendes festzustellen: Selbst wenn in Gebieten wie Slowenien oder der Vojvodina die Industrie ausgeprägter war als in Montenegro, Mazedonien oder dem Kosovo, konnte von einer Industrialisierung, wie sie etwa in England oder im Deutschen Bund/Zollverein bzw. Kaiserreich bereits im 18. und 19. Jahrhundert stattfand[205], nicht die Rede sein. Neben den bereits angeführten Beschäftigungsanteil in der Industrie, der zwischen 1921 und 1931 um 2,2 Prozent wuchs[206], deuten die weiteren Kennzahlen dieses Zeitraumes ebenfalls auf keinen „take off" hin: Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf stieg von 1.031 Int. Dollar im Jahr 1920 um nur 300 Int. Dollar (insgesamt 1.318 Int. Dollar) zehn Jahre später. Zum Vergleich: Das österreichische Pendant belief sich im Jahr 1920 auf 2.529 Int. Dollar und stieg bis 1930 auf 3.586 Int. Dollar an.[207] Darüber hinaus verzeichnete das Königreich SHS bzw. später das Königreich Jugoslawien hohe Schulden: Im Jahr 1925 betrugen diese 25 Milliarden Dinar, 1932 bereits 39 Milliarden Dinar. Damit wies Jugoslawien nach Griechenland den zweithöchsten Schuldenanteil in Europa zwischen den beiden Weltkriegen auf.[208] Schließlich sei nochmals die industrielle Produktion angeführt, die zwischen 1924 und 1928 mit circa 1,8 Prozent wuchs und danach stagnierte.[209] Der erhoffte sektorale Strukturwandel wurde damit erst im späteren sozialistischen Jugoslawien erreicht.[210]

---

[203] Dedijer, Ekonomika Kraljevine Jugoslavije, 425.

[204] Bruce McFarlane, Yugoslavia. Politics, Economics and Society, London 1989, 5. – Zum Aufbau des Wohlfahrtsstaates siehe: Ljubomir Petrović, Socijalna politika u Kraljevini Jugoslavije: Bilans jednog neuspeha, in: Istorija 20. Veka, 2, Beograd 2011, 119–132; – Igor Duda, Everyday Life in Both Yugoslavias. Catching up with Europe, in: Helsinki Committee for Human Rights in Serbia (Hg.), Yugoslavia from a Historical Perspective, 391–408, hier 397; – Milošević, From Stagnation to the Revolution, 374f.

[205] Siehe dazu etwa: Angus Maddison, Monitoring the World Economy 1820–1992, Paris 1995, Table 3.2., 62f.

[206] Lampe, Yugoslavia as History, Table 5.3., 153.

[207] Angus Maddison Datenbank, Historical Statistics, Statistics on World Population, GDP and per Capita GDP, 1–2008, online unter: http://www.ggdc.net/maddison/oriindex.htm, 2020August 19.

[208] Dedijer, Ekonomija Kraljevine Jugoslavije, 41; – Lampe, Jackson, Balkan Economic History, Table 11.3., 386; – Becić, Finansijska Politika Kraljevine SHS, 151–173.

[209] Dedijer, Ekonomija Kraljevine Jugoslavije, 419.

[210] Zu den Gründen für die langsame Industrialisierung im Königreich siehe: Hamilton, Yugoslavia, 75–88; – Dedijer, Ekonomija Kraljevine Jugoslavije, 413; – Gligorov, Benefits and Costs, 409–441. – Zu den Auswirkungen der „Großen Depression" in im Königreich siehe: Petranović, Istorija Jugoslavije, 157; – Suppan, Jugoslawien und Österreich 1918–1938, 1020f.; – Mihailo Vučković, Uticaj svetske privredne krize 1929–1932. na ekonomiju stare Jugoslavije, in: Vasa Čubrilović (Hg.), Svetska ekonomska kriza. 1929–1934 i njegova refleksija u zemlji jugoistočne Europe, Beograd 1976, 197–224, hier 197. – Lampe, Jackson, Balkan Economic History, 460–462; – Zdenka Simončić, Kriza u industriji Jugoslavije 1930–1934 s posebnim osvrtom na Hrvatsku, in: Čubrilović (Hg.), Svjetska ekonomska kriza., 367–386, hier 380.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Insgesamt lässt sich aber feststellen, dass auch dieses Wachstum regionale Facetten hatte und sich ungleich entwickelte: Das Königreich vereinigte Gebiete, die davor verschiedenen historischen Entitäten und damit Erfahrungen, Systemen und Entwicklungen entsprachen. Der Erste Weltkrieg traf somit nicht nur auf unterschiedliche Ausgangsbedingungen, sondern hatte auch verschiedene Auswirkungen hinterlassen, die wiederum ungleiche Entwicklungspfade für die beginnende Industrialisierung einschlugen. Tatsächlich schaffte es das Königreich nicht, dieses Gefälle zu glätten und hat es darüber hinaus durch bestimmte Maßnahmen, wie etwa den Fabrikgründungen, noch weiter vertieft. Das „historische Erbe", die „Hinterlassenschaften" der osmanischen und habsburgischen Herrschaft wurde somit nicht nur zum Kennzeichen des Ersten Jugoslawiens, sondern auch des Zweiten, sozialistischen und wurde dort noch zu einem der „konfliktreichsten Probleme"[211] und zum „zweitwichtigsten Diskussionsthema".[212]

2.2. Die (Sozialistische) Föderative Volksrepublik Jugoslawien

„Jeder Bürger ist verpflichtet, nach seinen Fähigkeiten zu arbeiten; wer der Gemeinschaft nicht gibt, kann von ihr auch nicht empfangen."[213]

Die Geschichte über die Wirtschaftsordnung bzw. -systeme im sozialistischen Jugoslawien begann bereits während der letzten Kriegsjahre: Mit genauem Blick auf das sowjetische Beispiel, etablierte sich das jugoslawische zunächst als zentralstaatlich geplantes und kontrolliertes System, innerhalb dessen Verstaatlichungen, Fünfjahrespläne und forcierte Industrialisierung konstitutive Elemente waren. Mittels verschiedener Reformen, neuer Verfassungen sowie Verfassungszusätzen, durchlief diese Ordnung im Laufe der nächsten Jahrzehnte mehrere Phasen, in denen vor allem die Ausübung der zentralen Planung Änderungen erfuhr, womit sie zu einem von mehreren Merkmalen der jugoslawischen Geschichte wurde.[214] Dass sich in diesen verschiedenen Phasen auch die Herangehensweise an die regionalen Ungleichheiten mehrmals wandelte und von Innen- und Außenpolitik, der Ideologie usw. beeinflusst wurde, soll im Fokus dieses Kapitels stehen.

[211] Sundhaussen, Geschichte Jugoslawiens und seine Nachfolgestaaten, 170.
[212] Gligorov, Benefits and Costs, 418; – Josip Mihaljevi, Social Inequalities form Workers´ Perspective in 1960s Socialist Yugoslavia, in: Revue d´études comparatives Est-Quest 5/1, 2019 Paris 25–51, hier 28.
[213] Verfassung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien von 1946, Erster Teil: Grundprinzipien, Titel V: Rechte und Pflichten der Bürger, Artikel 32, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf46-i.htm, 2020 Oktober 9.
[214] Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 41; – Deborah D. Milenkovitch, Plan and Market in Yugoslav Economic Thought, New Haven/London 1971, 54f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

2.2.1. Phase des „administrativen Sozialismus“

2.2.1.1. Jugoslawien während und am Ende des Zweiten Weltkrieges

In der Nacht vom 29. auf den 30. November 1943 fand die zweite Sitzung des Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens (Antifašističko v(ij)eće narodnog oslobođenja Jugoslavije/Antifašistični svet narodne osvoboditve Jugoslavije/Antifašističko sobranie za narodno osloboduvanje na Jugoslavija, AVNOJ) im bosnischen Jajce statt. Von insgesamt 268 Delegierten kamen 142 aus fast allen späteren jugoslawischen Teilrepubliken und Provinzen zusammen – die mazedonischen Teilnehmer konnten aufgrund der Kampfhandlungen die bosnische Stadt nicht erreichen – und beschlossen noch während des Krieges den föderalen Aufbau Jugoslawiens.[215]

Darüber hinaus brachte diese zweite Sitzung auch den AVNOJ als nun höchstes politisches Gremium bzw. das „Nationale Komitee zur Befreiung Jugoslawiens“ („Nacionalni komitet oslobođenja Jugoslavije“/„Nacionalni komite osvoboditve Jugoslavije“/„Nacionalen komitet za oslobuduvanje na Jugoslavija“, NKOJ) als provisorische Regierung hervor, womit zum einen die königliche Exilregierung abgesetzt und zum anderen Josip Broz Tito (1892–1980), nun auch Marshall, als Vorsitzender dieses Provisoriums bestimmt wurde.[216] An die Spitze der königlichen Exilregierung in London wurde inzwischen Ivan Šubašić (1892–1955), früherer Ban Kroatiens, auf Drängen Winston Churchills (1874–1965) gesetzt, in der Hoffnung, „den Kommunismus in letzter Minute doch noch verhindern zu können“[217], wenngleich Tito diesbezüglich zu beschwichtigen versuchte: „Ich unterstreiche noch einmal, dass die Führung der Volksbefreiungsarmee nur das eine und wichtigste Ziel vor sich hat: Den Kampf gegen die Besatzer und deren Helfer und die Gründung eines demokratischen, föderativen Jugoslawiens und nicht die Errichtung des Kommunismus, wie dies uns unsere Feinde unterstellen.“[218] Gleichzeitig war Tito klar, dass es für eine internationale Anerkennung Jugoslawiens mehr als rhetorische Beschwichtigungen brauchte.[219] Um sich gegen den königlichen Vertreter und Hauptrivalen Šubašić offiziell durchzusetzen, sollte dieser vorerst in die Regierung

[215] Petranović, Istorija Jugoslavije, 326f. – Zu den sogenannten AVNOJ-Beschlüssen siehe auch: Arnold Suppan, Hitler–Beneš–Tito. National Conflicts, World Wars, Genocides, Expulsions, and Divided Remembrance in East-Central and Southeastern Europe. 1848–2018, Wien 2019, 709–712; – Ramet, Die drei Jugoslawien. 225–227.
[216] Dem formalen Nachfolger König Petar II. Karadjordjević (1923–1970) wurde zudem auch die Rückkehr nach Jugoslawien untersagt, Arnold Suppan, Hitler–Beneš–Tito. Konflikt, Krieg und Völkermord in Ostmittel- und Südosteuropa, Teil 2, 2014 Wien, 1276.
[217] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 174.
[218] Zitiert bei: Suppan, Hitler–Beneš–Tito, 1278.
[219] Siehe dazu auch die Memoiren von Milovan Djilas, Jahre der Macht. Kräftespiel hinter dem Eisernen Vorhang. Memoiren 1945–1966, München 1983, 41f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

eingebunden werden. Am 16. Juni 1944 unterzeichneten Tito und Šubašić auf der Insel Vis eine erste Vereinbarung über die weitere gemeinsame Vorgehensweise, welcher am 1. November 1944 ein Beschluss über eine Interimsregierung und im März 1945 schließlich ihre Konstituierung als „Demokratische Föderative Jugoslawien" („Demokratska Federativna Jugoslavija"/„Demokratična federativna Jugoslavija", DFJ) folgte.[220]

Abgelöst wurde diese Interimsregierung erst nach dem Krieg: Im November 1945 fanden verfassungsgebende Wahlen statt, an denen neben der von Tito aufgestellten „Volksfront" („narodna vlast")[221] noch vier weitere Parteien (die Demokratische Partei, die Radikale Volkspartei, die Sozialistische Partei und ein Teil des Bauernbundes) teilnahmen, wobei die vier Oppositionsparteien aufgrund von Wahlmanipulationen schließlich zum Boykott aufriefen – „das war ihr Ende".[222] Noch im gleichen Monat wurde die Monarchie abgeschafft und die „Föderative Volksrepublik Jugoslawien" („Federativna Narodna Republika Jugoslavija"/Federativna ljudska republika Jugoslavija", FNRJ) unter der Führung Titos ausgerufen, die im Jänner 1946 auch ihre verfassungsrechtliche Legitimität erhielt.[223]

2.2.1.2. Wirtschaftliche Ausgangslage nach dem Zweiten Weltkrieg: Aufbau und Wiederaufbau – „Ni zrna žita okupatoru"[224]

Wie stand es nun wirtschaftlich um die neue Volksrepublik, welche sich der Verfassung nach aus den sechs Teilrepubliken (Mazedonien, Serbien, Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro) sowie aus den beiden autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo-Metohija konstituierte?[225]

---

[220] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 174f.; – Petranović, Istorija Jugoslavije, 349–353. – Zur genauen Zusammensetzung des Regierungskabinetts siehe etwa: Ebda., 353.

[221] Die Volksfront, vormals die „einheitliche Volksbefreiungsfront", war ein Bündnis von Kommunisten (welche ca. 90 Prozent der Volksfront ausmachten), Sozialdemokraten, Monarchisten, Bürgerlichen sowie Mitgliedern der Bauernpartei, Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 174.

[222] Ebda., 80.

[223] Vladimir Unkovski-Korica, The Economic Struggle for Power in Tito´s Yugoslavia. From World War II to Non-Alignment, London/New York 2016, 27. – Verfassung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien von 1946, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf46-i.htm, 2020 Oktober 13.

[224] „Kein Getreidekorn den Okkupatoren", zitiert bei: Petranović, Istorija Jugoslavije, 360.

[225] Ebda., – Titel I, Artikel 2 der Verfassung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien von 1946, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf46-i.htm, 2020 Oktober 13. – Kosovo-Metohija wurde tatsächlich erst in den 1960er Jahren der Status einer autonomen Provinz zugewiesen; bis dahin wurde es als autonomes Gebiet bezeichnet, Jens Reuter, Die Albaner in Jugoslawien, München 1982, 43f. – Die Teilrepubliken entsprachen dabei auch den insgesamt fünf anerkannten Nationen: der Kroaten, der Serben, der Slowenen, der Mazedonier sowie der Montenegriner. Für den Fall Bosnien-Herzegowinas wurde ein separater Status bestimmt, zumal die Zusammensetzung der Bevölkerung komplexer war. Muslim*innen erhielten den Status einer Nation im Jahre 1968. Siehe dazu: Dunja Larise, The Islamic Community in Bosnia and Herzegovina and Nation Building by muslims/Bosniaks in the Western Balkans, in: Nationalities Papers 43/2, New Haven 2015, 195–212, hier 200; – Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 15.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Verglichen mit dem wirtschaftlichen Niveau der Vorkriegszeit hatte der Zweite Weltkrieg verheerende Auswirkungen: So lag Ende 1945 die Produktion der Textilindustrie bei ca. 30 bis 40 Prozent des Vorkriegsniveaus; die Nahrungsmittelindustrie schrumpfte ebenfalls um 50 bis 60 Prozent und die Metallerzeugung auf gerade einmal 15 bis 20 Prozent.[226] Das Eisenbahnnetz sowie 77 Prozent aller Lokomotiven und 84 Prozent der Wagone wurden zerstört. Zu Schäden kam es aber nicht nur infolge der unmittelbaren Kriegshandlungen, sondern auch durch den Rückzug der Wehrmachtstruppen, die Straßen sowie Brücken bombardierten, Minen fluteten und Anlagen und Maschinen zerstörten. Insgesamt entsprachen diese Schäden etwa einem Drittel der gesamten Industrie.[227] Auch die Agrarwirtschaft wurde ähnlich hart getroffen: Werden zum landwirtschaftlichen Besitz neben den Maschinen und den Agrarflächen auch die Zugtiere und Vieh dazugerechnet, beliefen sich die Verluste auf etwa 40 bis 60 Prozent im Vergleich zum Vorkriegszustand.[228] Anders ausgedrückt: Nach dem Krieg besaßen nur 43,8 Prozent der landwirtschaftlichen Haushalte einen Pflug aus Eisen, 18,2 Prozent benutzten Pflüge aus Holz. „Alle andere verfügten nicht über die einfachsten landwirtschaftlichen Geräte."[229] Hinzu kamen auch die Kosten der Besatzung, welche sowohl die entsprechenden Regionen selber zu zahlen hatten sowie diese dazu verpflichtet waren, ihre rüstungsrelevante Produktion an die Besatzer zu entrichten. Schätzungen verweisen darauf, dass der Bedarf des nationalsozialistischen Deutschlands an Kupfer zu 45 Prozent und an Chromit zu 40 Prozent aus den jugoslawischen Minen gedeckt wurde.[230] Insgesamt beliefen sich die durch den Krieg verursachten Schäden und Verluste auf etwa neun Milliarden Dollar (ausgedrückt zur Parität von 1938) und überstiegen damit etwa Großbritanniens Verluste um etwa das 1,4-fache.[231]

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Jugoslawiens begann bereits während der letzten Kriegsjahre und noch bevor die Gebiete des „Unabhängigen Staates Kroatien" („Nezavisna Država Hrvatska", NDH), Slowenien usw. durch Titos Volksbefreiungsarmee („Narodnooslobodilačka vojska"/„Narodnoosvobodilna vojska") „befreit" wurden. Von Bedeutung war dabei die Errichtung einer zentralstaatlichen Organisation „administrativ-sozialistischen" Typs[232], die sich der konkreten Herausforderung des Wiederaufbaus annahm: Ab Oktober 1944 lag der erste Fokus auf der Erneuerung und Reparatur des Schienennetzes,

[226] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 15.
[227] George W. Hoffmann, Fred Warner Neil, Yugoslavia and the New Communism, New York 1962, 86f.; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 184.
[228] Hoffmann, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 87.
[229] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 184.
[230] Hoffmann, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 87.
[231] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 184.
[232] Branko Horvat, The Yugoslav Economic System. The first Labor-Managed Economy in the Making, New York 1976, 6f.; – Hoffmann, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 89.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

das innerhalb von etwas mehr als einem Jahr zu 75 Prozent und im Jahr darauf zu 90 Prozent wiederhergestellt wurde. Dies war eine erste Voraussetzung für das zweite Vorhaben: den raschen (Wieder-)Aufbau der Industrie, die ebenfalls binnen eines Jahres das Vorkriegsniveau knapp erreichte.[233]

Parallel dazu sollten auch „klassische sowjetische Instrumente“[234] implementiert werden, zu deren Funktionen die Verstaatlichung und die zentrale Lenkung sowie Planung der Wirtschaft zählten. Dafür boten die bereits erwähnten AVNOJ-Beschlüsse vom November 1944 eine erste rechtliche Legitimierung: Sämtliches Eigentum des Deutschen Reiches und dessen Staatsbürger*innen auf dem Gebiet Jugoslawiens, Besitz von Kriegsverbrechern, Kollaborateur*innen und Kompliz*innen wurde beschlagnahmt.[235] Ganz in diesem Sinne ließ Boris Kidrić am V. Parteikongress der Kommunistischen Partei Jugoslawiens die Teilnehmer*innen wissen, dass: „die erste Maßnahme sozialistischen Typs unserer Wirtschaft keine formale Nationalisierung war, sondern Konfiskation des Eigentums nationaler Verräter“.[236] In Summe entsprach diese erste Welle an Verstaatlichungen bereits 80 Prozent des Privateigentums der Schlüsselsektoren, etwa in der Rohstofferzeugung, den Schiffswerften oder der Bauindustrie.[237] Dieser Prozess wurde mit Hilfe der jugoslawischen Geheimpolizei („Odjeljenje za zaštitu naroda“/„Oddelek za zaščito naroda“/„Oddelenie za zaštita nacijata“, OZNA) ausgeführt, an dessen Spitze Aleksandar Ranković (1909–1983) stand.[238]

Im August 1945 folgte ein zweites Gesetz, das unter anderem die Größe landwirtschaftlichen Besitzes regelte[239], reformierte und „kolonialisierte“.[240] Letzteres sah vor, dass sogenannte Großgrundbesitzer, darunter Adelige, Klöster, Banken und Kirchen, ohne Kompensationen enteignet und deren Besitz ins Staatseigentum überführt werden.[241] Etwa 90 Prozent der so generierten Agrarflächen wurde in weiterer Folge an landlose Bauern und Bäuerinnen sowie an Veteran*innen verteilt[242], die entsprechend dem Vorbild der sowjetischen Kolchosen das Land in Arbeitskollektiven („seljačka radova zadruga“/„kmečkih delovnih

[233] Ende 1946 konnte die Industrie etwa 80 Prozent des Outputs von 1939 erzeugen, Hoffmann, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 89.
[234] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 184; – Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 90.
[235] Diesem Beschluss folgten noch während des Krieges weitere. Siehe dazu: Suppan, Hitler–Beneš–Tito, 109f.
[236] Kidrić, Über den Aufbau der sozialistischen ökonomischen Struktur der FVJ, 4.
[237] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 184; – Petranović, Istorija Jugoslavije, 358f.
[238] Hoffmann, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 91; – Calic, Tito, 184–190.
[239] Maximal durften die agrarwirtschaftlichen Flächen zwischen 25 und 45 Hektar umfassen, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 90; – Fred Singleton, Bernard Carter, The Economy of Yugoslavia, New York 1982, 104.
[240] Hoffmann, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 90.
[241] Petranović, Istorija Jugoslavije, 360f.; – Horvat, The Yugoslav Economic System, 7.
[242] *En Détail* sah die Vergabe folgendermaßen aus: Knapp 800.000 Hektar wurde einzelnen Bauern und Bäuerinnen zugeteilt, 287.000 staatlichen Bauernhöfen und der Rest ging an verschiedene Unternehmen, Institutionen oder an die Bundesforste, Singleton, Carter, The Economy of Yugoslavia, 104.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

zadruga“/„selska rabotna zadruga“) bewirtschafteten. Zu diesem Zweck wurden, ebenfalls dem sowjetischen Modell entlehnt, staatliche Agenturen eingerichtet, welche Landwirte mit einer bestimmten Quote ihrer Ernte zu fixen Preisen beliefern resp. verkaufen mussten („otkup“), die allerdings unter den marktüblichen lagen. In Verbindung mit den oftmals unrealistisch geforderten Abgabenquoten, befanden sich die jugoslawischen Landwirt*innen in einer Bredouille: Den hohen Abgaben standen niedrige Einkünfte gegenüber, was sich schließlich darin erschöpfte, dass vermehrt nur noch für den eigenen Bedarf produziert wurde, womit die Agrarproduktivität in Summe nicht gesteigert werden konnte.[243] Dieses System wurde schließlich 1946 um den Zusatz verändert, dass die verbliebenen Überschüsse auf dem Markt verkauft werden durften.[244] Insgesamt wurden laut der Schätzung von Jozo Tomasevich im Zuge dieses Eigentumstransfers Flächen in der Größe von 1,493.000 Hektar von insgesamt 168.520 verschiedener Personen konfisziert.[245]

Außerhalb der Agrarwirtschaft wurden die Verstaatlichungen um die Nationalisierungsakte von 1946 ergänzt, mithilfe derer jene Teile der Industrie, des Transport- und Bankwesens und des Großhandels ins Staatseigentum übertragen wurden, die von „nationaler Bedeutung“[246] waren. Schließlich wurde dieser Prozess durch die Verstaatlichung der verbliebenen Industriebetriebe sowie des Einzelhandels und der Gastronomie im Jahr 1948 zu einem vorläufigen Ende gebracht.[247]

Ein weiterer Aspekt des Wiederaufbaus wird in der Forschungsliteratur noch hervorgehoben: „Ohne UNNRA Hilfen in den Jahren 1945 und 1946 wäre es wahrscheinlich zu einer Massenhungersnot gekommen.“[248] Seitens der United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRAA) erhielt Jugoslawien zwischen April 1945 und Juni 1947 Waren im Wert von insgesamt 415.642 US-Dollar, für welche mehrheitlich die USA aufkamen.[249] Tatsächlich beliefen sich die Hilfszahlungen bis 1953 auf 553,8 Millionen US-Dollar, die neben der Zahlungen der Vereinten Nationen (insgesamt 419 Millionen US-Dollar) auch Direkthilfe aus den USA (CARE) sowie Spenden der Kirche, von Exil-Jugoslaw*innen

[243] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 186; – Petranović, Istorija Jugoslavije, 449.
[244] Unkovski-Korica, The Economic Struggle, 45f.; – Singleton, Carter, The Economy of Yugoslavia, 104. – Hoffmann, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 90.
[245] Joza Tomasevich, Collectivization in Eastern Europe, zitiert bei: Fred Singleton, Bernard Carter, The Economy of Yugoslavia, New York 1982, 103.
[246] Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 90.
[247] Horvat, The Yugoslav Economic System, 7; – Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 23f.; – Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 90.
[248] Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 88; – David Mayers, Destruction Repaired and Destruction Anticipated: United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRAA), the Atomic Bomb, and US Policy 1944–6, in: The International History Reviews, 38/5, Abingdon 2016, 961–983, hier 968.
[249] Ebda., 966; – Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 88; – Unkovski-Korica, The Economic Struggle, 20.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

usw. umfasste, womit Jugoslawien zum „größten europäischen Empfänger“ wurde.[250] Diese unmittelbaren Anstrengungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues wurden im Laufe von zwei Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges ausgeführt. Wirtschaftsgebäude, -anlagen und Maschinen waren wieder funktionstüchtig, die Infrastruktur einigermaßen instandgesetzt und die industrielle Produktion erreichte das Niveau der Vorkriegszeit.[251]

Die tragenden Säulen dieser ersten Phase des jugoslawischen Sozialismus waren die Verstaatlichungen resp. Konfiskationen, forcierte Industrialisierungspolitik sowie zentralstaatliche Planung, die damit dem System des „administrativen Sozialismus“[252] bzw. „administrativen Planung“[253] sowjetischen Musters entsprachen.[254] In Bezug auf Ersteres wurden die konkreten Prozesse bereits besprochen. Ein Aspekt, der bislang noch nicht berücksichtigt wurde, ist die ideologische Komponente des Staats- bzw. des Privateigentums. Die Aufhebung des Letzteren stellt dabei nicht nur die praktische Prämisse für die „Diktatur des Proletariats“ dar, sondern ist im Rahmen des Historischen Materialismus auch gleichzeitig Teil der (theoretischen) Erklärung gesellschaftlicher Veränderungen bzw. Ungleichheit:

> „Die materialistische Anschauung der Geschichte geht von dem Satz aus, dass die Produktion, und nächst der Produktion der Austausch ihrer Produkte, die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist; dass in jeder geschichtlich auftretenden Gesellschaft die Verteilung der Produkte, und mit ihr die soziale Gliederung in Klassen oder Stände, sich danach richtet, was und wie produziert und wie das Produzierte ausgetauscht wird.“[255]

In Abgrenzung zu Georg Wilhelm Friedrich Hegels (1770–1831) Dialektik[256], ist die Ursache gesellschaftlicher Entwicklung bei Karl Marx (1818–1883) und Friedrich Engels (1820–1895) nicht etwa „in den Köpfen der Menschen, sondern in Veränderungen der Produktion- und Austauschweise [...], nicht in der Philosophie, sondern in der Ökonomie“ zu suchen.[257]

[250] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 184; – Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 27; – Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 88. – Hinzu kamen noch die Reparationszahlungen aus Ungarn, Italien und Deutschland. Siehe dazu: Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 90f.
[251] Horvat, The Yugoslav Economic System, 42; – Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 90; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 196.
[252] Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 63.
[253] Milenkovitch, Plan and Market in Yugoslav Economic Thought, 60.
[254] Ebda., 54f.; – Horvat, The Yugolsav Economic System, 9; – Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 90.
[255] Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, MEW Bände 20, Stuttgart ^{3}1894, 249.
[256] Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Phänomenologie des Geistes, Berlin ^{4}2015.
[257] Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, 249.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Demnach dienten die AVNOJ-Beschlüsse sowie die beiden Nationalisierungsakte als rechtliche Legitimierung der Enteignungen, die theoretische aber lag im Marxismus.[258]

Hinsichtlich der zweiten Säule dieser Phase in Jugoslawien, der forcierten Industrialisierung, lässt sich diese anhand der dritten Säule veranschaulichen, dem Planungscharakter. Der erste Fünfjahresplan, der im Jahr 1947 eingeführt und ebenfalls dem sowjetischen Muster entlehnt war, enthielt folgende Zielsetzungen: Erhöhung des Nationaleinkommens um 16 Prozent[259], Behebung der Rückständigkeit des Landes, Entwicklung der Wirtschaft und einer nationalen Verteidigung, Aufbau des sozialistischen Sektors sowie die Erhöhung des Lebensstandards.[260]

Wie wurden die beschlossenen Ziele bzw. die Planung nun konkret umgesetzt? In der ersten Phase des „administrativen Sozialismus" unterlagen die Republiken sowie die beiden autonomen Provinzen (bzw. Region) der Bundesdirektive. Auch alle Unternehmen standen unter ihrer direkten Kontrolle als Teil der dreigliedrigen „Kette", Ministerium – Direktion – Unternehmen und wurden damit zum administrativen Bestandteil der Regierung.[261] Geplant wurden aber nicht nur die Produktion[262], deren Ablauf und Output der jeweiligen Unternehmen.[263] In den einjährigen operativen Plänen[264] wurde auch präzise festgelegt, wo diese einzukaufen bzw. zu verkaufen haben und zu welchen Preisen.[265] Auf diese Weise wurden insgesamt 16.000 Warengruppen zwischen 165 Ministerien, mehreren hundert Direktorien und deren 8.000 Unternehmen verteilt[266]; an die Konsument*innen direkt durften nur Handelsunternehmen verkaufen, wodurch die Konsumation entweder partiell oder vollständig rationiert wurde.[267] Rigide geplant wurden auch die Investitionen: Um die erwähnte Industrialisierung des Landes zu forcieren, sollten Mittel vor allem in die Elektrifizierung des Landes, die Metall-, Bergbau-, Maschinen-, Eisen- und Stahlindustrie, die Chemieindustrie

[258] Fred Warner Neal, Yugoslav Communist Theory, in: The American Slavic and East European Review 19/1, Cambridge 1960, 42–62, hier 43.
[259] Der Plan, das Nationaleinkommen um 16 Prozent zu erhöhen, erwies sich als zu ambitioniert, erreicht wurden lediglich 5,5 Prozent, Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, Table 3, 19.
[260] Ebda.; – Horvat, The Yugoslav Economic System, 45; – Singleton, Carter, The Economy of Yugoslavia, 111; – Ivana Dobrivojević Tomić, „Svi u Fabrike"! Instant Industrijalizacije U Jugoslaviji 1945–1955, in: Istorija 20. veka 2, Beograd 2009, 103–114, hier 104.
[261] Rudolf Bičanić, Economic Growth under Centralized and Decentralized Planning in Yugoslavia, in: Economic Development and Cultural Change 6/1, Chicago 1957, 63–74, hier 64.
[262] Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, 25.
[263] Bičanić, Economic Growth under Centralized and Decentralized Planning in Yugoslavia, 65.
[264] Oftmals auch kurzfristigeren Plänen wie etwa Viertjahrs-, Monatsplänen und sogar Wochen- und Tagespläne, Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 96; – Bičanić, Economic Growth under Centralized and Decentralized Planning in Yugoslavia, 64.
[265] Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 53f.
[266] Ebda., 55.
[267] Milenkovitch, Plan and Market in Yugoslav Economic Thought, 61.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

sowie in Infrastrukturprojekte fließen.[268] Neun Prozent der restlichen Investitionen entfielen im Jahr 1947 auf die Agrarwirtschaft und 21 Prozent auf das Transportwesen.[269] Verglichen mit dem Niveau der Produktion am Vorabend des Zweiten Weltkrieges sollte diese nun verfünffacht werden.[270]

2.2.1.3. „Erblasten der Vergangenheit“: Das Entwicklungsgefälle in der Phase des „administrativen Sozialismus“

Geplant wurde aber nicht nur unter Berücksichtigung der forcierten Industrialisierung, sondern auch des zweiten Zieles des Fünfjahresplanes, der Behebung der Rückständigkeit, die in einigen Republiken bzw. Regionen ausgeprägter war als in anderen.[271] Die regionale Ungleichheit, die bereits ab 1918 zu einem Merkmal der wirtschaftlichen Entwicklung des Königreiches wurde, kennzeichnete auch die Anfangsjahre des sozialistischen Jugoslawiens und markierte ein Gefälle, ausgehend von den weiter entwickelten nordwestlichen Gebieten Jugoslawiens – Kroatien, Slowenien und die Vojvodina – hin zu den weniger entwickelten südöstlichen Regionen: Montenegro, das südliche Serbien, Kosovo, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina.[272] In Wirtschaftsleistung formuliert, „erwirtschafte 1947 der reichste Landesteil (Slowenien) rund dreimal mehr als der ärmste (Kosovo) pro Kopf der Bevölkerung. Die kleine

[268] Dobrivojević Tomić, „Svi u Fabrike”!, 104.
[269] Für die weiteren Jahre siehe: Singleton, Carter, The Economy of Yugoslavia, Table 8.6., 113.
[270] Horvat, The Yugoslav Economic System, 43.
[271] In der englischsprachigen Ausgabe der jugoslawischen Statistikjahrbücher schrieb das Statistikamt: „The Yugoslav community has introduced as series of incentives with the aim to do away with inherited economic underdevelopment of individual republics and SAP Kosovo, and to prevent the widening of the gap between the developed and underdeveloped parts of the country.” Federal Statistical Office, Yugoslavia 1945–1985. Statistical Review, Beograd 1986, 25.
[272] Lydall, Yugoslavia in Crisis, 186; – Flaherty, Plan, Market and Unequal Regional Development, 100; – Singleton, Carter, The Economy of Yugoslavia, 210; – Bićanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 184. – An dieser Stelle soll betont werden, dass die Grenzen zwischen den entwickelten und weniger entwickelten Gebieten sich nicht klar und eindeutig ziehen ließen. Etwa sind Gebiete in Kroatien wie die Lika, Kordun, Dalmatien und Banjia ebenfalls Regionen, die sich aufgrund ihrer wirtschaftlichen Entwicklung nicht den weiter entwickelten zuordnen lassen konnten. Ob der genannten Schwierigkeit der genauen geografischen Eingrenzung des Entwicklungsgefälles wird sich in der vorliegenden Arbeit, zum Zwecke der Nachvollziehbarkeit sowie des Leseverständnisses, an der von Sundhaussen und Pleština genannten Einteilung und Definition orientiert, wonach Slowenien, Kroatien, die Vojvodina sowie das engere Serbien zu den entwickelten und Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Mazedonien sowie der Kosovo zu den weniger entwickelten Gebieten gehörten. Siehe dazu: Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 170; – Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 34. – Gleichzeitig muss auch hervorgehoben werden, dass die Kategorie der „weniger entwickelten Gebiete“ im Laufe der Jahrzehnte immer wieder neu definiert bzw. klassifiziert wurde, zumal mit dieser Definition auch eine spezifische Kohäsionpolitik – wie die Arbeit noch zeigen wird – verbunden war. In den unmittelbaren Anfangsjahren gab es für die Klassifizierung eines Gebietes als weniger oder unterentwickelt keine systematische Vorgangsweise. Da die Ressourcen ohnehin streng zentral akquiriert, kontrolliert und verteilt wurden, sah man dafür keine Notwendigkeit, Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 184; – Singleton, Carter, The Economy of Yugoslavia, 213f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Südprovinz erreichte kaum 50 Prozent des jugoslawischen Durchschnitts, Mazedonien 70 Prozent und Bosnien-Herzegowina 86 Prozent. Kroatien und Serbien repräsentierten etwa 100 Prozent während allein Slowenien mit 163 Prozent weit voraus lag".[273] Wiederum in Einkommen ausgedrückt, sah die Situation 1947 folgendermaßen aus: Das jugoslawische Durchschnittseinkommen lag bei 173 US-Dollar. Über diesem Durchschnitt lag Slowenien mit 272 US-Dollar gefolgt von der Vojvodina mit 216 US-Dollar. Ebenfalls überdurchschnittlich hoch war das Einkommen in Kroatien mit 182 US-Dollar. Alle anderen Republiken sowie die Provinz Kosovo lagen darunter, wobei die Spannweite mit Serbien und 171 US-Dollar begann und mit Montenegro am Ende der unteren Skala mit 74 US-Dollar endete. Dazwischen lagen Bosnien-Herzegowina mit 125 US-Dollar, Mazedonien mit 122 US-Dollar und der Kosovo mit 100 US-Dollar.[274]

Anders als das Königreich hatte sich aber nur das sozialistische Jugoslawien einer sozialen Gleichheit und „Gerechtigkeit"[275] verschrieben[276], weshalb der Beseitigung der regionalen Unterschiede besondere Bedeutung zukam[277]: Der ökonomischen Gleichheit, so die Auffassung, sollte schließlich eine soziale folgen.[278] Die unter dem Banner der „Einheit und Brüderlichkeit" aufgebaute Struktur Jugoslawiens sah deshalb nicht nur eine Gleichheit für alle Republiken und Provinzen, sondern darüber hinaus auch für alle „Werktätigen" vor.[279] Ohne wirtschaftlicher und sozialer Gleichheit, so Kidrić, könne es auch keine Gleichheit der jugoslawischen „Völker" geben.[280]

Die Festlegung auf ein solches Ziel hatte für das explizit jugoslawische Beispiel mehrere Gründe bzw. „vier Motivationen".[281] Die humanitäre ergab sich aus der Tatsache, dass einige der weniger entwickelten Regionen die Hauptlast während des „Volksbefreiungskrieges" trugen, womit diesen, aus der Sicht der KPJ, besondere Aufmerksamkeit zustand.[282] Der zweite Grund lag im „nationalen Motiv der Solidarität" und rekurrierte auf die weiter oben angegebene föderale Struktur der „Brüderlichkeit und Einheit". Ganz in diesem Sinne wurde von den

[273] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 196.
[274] Hamilton, Yugoslavia, 104.
[275] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 183.
[276] In Abgrenzung zu den beiden Königreichen wurde, aufgrund der früheren Erfahrungen, das Konzept einer gesamtjugoslawischen Nation abgelehnt und eine föderale installiert. Siehe dazu etwa: Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 180; – Robert J. Kaiser, The Equalization Dilemma in Yugoslavia, in: Geofroum 42/2, Amsterdam 1990, 261–276 hier 264.
[277] Vušković, Social Inequality in Yugoslavia, 26; – Eger, Das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien, 4; – Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 16; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 183 sowie 196.
[278] Ocić, The Regional Problem, 91.
[279] Teil III der Verfassung von 1963: online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2020 Dezember 7.
[280] Kidrić, Über den Aufbau der sozialistischen ökonomischen Struktur der FVJ, 42.
[281] Bićanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 182f.
[282] Siehe hierfür auch: Shoup, Communism and the Yugoslav National Question, 229.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Teilrepubliken eine solidarische Haltung erwartet, die etwa Hilfe für die weniger entwickelten Gebiete ermöglichen sollte. Innerhalb des sozialistischen Motives war die Verteilung des Nationaleinkommens zentral, die sich grundsätzlich nach dem Prinzip „gemäß geleisteter Arbeit" richtete[283] (das wiederum dem marxistischen entlehnt war „Jeder seinen Fähigkeiten nach"[284]). Tatsächlich benötigten die weniger entwickelten Gebiete aber höhere Anteile des Nationaleinkommens – in Form von Zuschüssen –, was wiederum nur schwer mit diesem Prinzip in Einklang gebracht werden konnte. Eine Lösung fand man in der Politik des „Aufbaus des Sozialismus", an dem eben alle Regionen und Gebiete gleichmäßig teilnehmen mussten. Damit ließen sich letztlich auch die höheren Anteile an die entsprechenden Republiken bzw. Provinzen legitimieren. Demgemäß hieß es etwa am V. Bundeskongress der KPJ 1948 in Belgrad:

> „Es ist völlig klar, dass die Volksrepublik Slowenien mit ihrem größeren Nationaleinkommen, mit ihrer größeren Arbeitsproduktivität verpflichtet ist – und für alle unsere Völker und Republiken ist das eine heilige Verpflichtung –, über die gesamtstaatliche Akkumulation und ihre Verteilung hinaus den Aufbau der rückständigen Republiken zu unterstützen."[285]

Schließlich und viertens gab es auch pragmatische Motivationen für die Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung. Es wurde argumentiert, dass die Behebung der Rückständigkeit in weniger entwickelten Gebieten zwangsläufig zum Nutzen der weiter entwickelten führen würde; dementsprechend hätte der Ausbau der Infrastruktur zur Gewinnung von Bodenressourcen im Kosovo langfristig zur Folge, dass sich der gesamtjugoslawische Markt, und damit auch die gesamtjugoslawischen Möglichkeiten ausweiten würden.[286]

Im Laufe der nächsten Jahrzehnte beriefen sich insbesondere die weniger entwickelten Gebiete auf dieses Argument. Aus diesen vier „Motivationen" ergab sich auch der konkrete Fahrplan in der unmittelbaren Nachkriegszeit: Die Lösung lag im Aufbau des Sozialismus, aber vorher noch in der Industrialisierung Jugoslawiens. Diese würde die allgemeine Rückständigkeit des Landes, die als Relikt der kapitalistischen Ordnung vorangegangener Zeiten begriffen wurde, aufheben und damit auch das Gefälle.[287] Weil aber die südöstlicheren

[283] Siehe dazu Kapitel „die politischen Entwicklungen am Beginn der 1960er Jahre: Neue Reformen und Verfassung", 128f.
[284] Karl Marx, Friedrich Engels, Das kommunistische Manifest, Stuttgart 2014.
[285] Rede von Boris Kidrić auf dem V. Parteikongress 1948 in Belgrad, in: Kidrić, Über den Aufbau der sozialistischen ökonomischen Struktur der FVJ, 45f.
[286] Bićanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 182f.
[287] Eger, Das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien, 41; – Lydall, Yugoslavia in Crisis, 187. – Boris Kidrić erwartete diesen Ausgleich im Jahr 1962, Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 171; – Hamilton, Yugoslavia, 107; – Kraft, Evaluating Regional Policy in Yugoslavia, 24.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Gebiete dafür schlechtere Ausgangsbedingungen hatten, sollte deren Industrialisierung in Form von überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten gefördert werden: Der entsprechende „Kidrić Plan“, sah wie folgt aus:

Tabelle 2: Änderung im Pro Kopf Nationaleinkommen

Region	**1947**		**n Jahr**		**1947 – n Jahr Index**
	´000 Dinar	**Index**	**´000 Dinar**	**Index**	
Slowenien	82	157	530	100	675
Kroatien	55,5	105	530	100	950
Vojvodina	68	127	530	100	775
Jug. Durchschnitt	53	100	530	100	1,000
Serbien	51	97	530	100	1.050
Bosnien-Herzegowina	40	75	530	100	1.390
Montenegro	31	59	530	100	1.700
Kosovo	38	71	530	100	1.875

Quelle: Hamilton, Yugoslavia Table 11, 139.

Ersichtlich aus dieser Tabelle werden zum einen die Anfangspositionen, in absoluten und relativen Zahlen der jeweiligen Republiken, und zwar im Vergleich zum jugoslawischen Durchschnitt (=100). An diesem Vergleich lässt sich auch die geplante Entwicklung (1947 – n Jahr Index) messen: Um zu einer gegebenen Zeit den gleichen Pro Kopf Output zu erreichen (n Jahr), müsste dieses im Kosovo um 1.875 Indexpunkte, in Montenegro um 1.700, in Bosnien-Herzegowina um 1.390 und in Serbien um 1.050 Indexpunkte steigen. Anders verhielt es sich mit den Republiken/Provinzen, die über dem Durchschnitt lagen. Der geplante Anstieg Sloweniens sollte mit 675 Punkten am niedrigsten sein, gefolgt von Kroatien mit 950 und schließlich der Vojvodina mit 775 Indexpunkten.

Dieser Planungsmechanismus würde damit das „geerbte“ Entwicklungsgefälle mit Hilfe zunächst der forcierten Industrialisierung[288] und schließlich mittels der Verteilung des Nationaleinkommens (höhere Anteile für die weniger entwickelten Gebiete) ebnen und den Ausgleich zu erzielen helfen.[289] Zur Bekämpfung der regionalen Ungleichheiten wurden auf dem V. Parteikongress noch weitere Schritte, bzw. „Grundbedingungen“[290] beschlossen:

1) Einheitliche Tarifpolitik, damit jeder Staatsangehörige den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit erhält;

[288] Eger, Das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien, 41.
[289] Lydall, Yugoslavia in Crisis, 187.
[290] Kidrić, Über den Aufbau der sozialistischen ökonomischen Struktur der FVJ, 47f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

2) Alle Teilrepubliken sollen die gleichen Möglichkeiten bei der Nutzung von Ressourcen Gebrauchswaren erhalten;
3) die Ausstattung der Volksrepubliken mit Kapital soll zu Gunsten der „maximalen Entwicklung der Produktivkräfte“ erfolgen.[291]

Autoren wie Robert J. Kaiser, Paul Shoup oder Harold Lydall betonen, dass diese Politik der Industrialisierung negative Konsequenzen auf das Entwicklungsgefälle hatte, weil dabei auf bereits bestehende Infrastruktur bzw. Industrieanlagen zurückgegriffen wurde. Die Ressourcen des Wiederaufbaus seien demnach in jenen Gebieten konzentriert eingesetzt worden, in welchen die höchsten Erträge erwartet wurden; dies waren die weiter entwickelten.[292] Berechnungen zufolge erhielten Slowenien und Kroatien zwischen 1947–1952 insgesamt 39 Prozent aller Investitionen, wovon 40,2 Prozent in die Industrie flossen. [293]

Auf politischer Ebene polarisierten die Fragen nach der gerechten Verteilung: Die Repräsentanten der weniger entwickelten Regionen argumentierten im Sinne der „Brüderlichkeit und Einheit“ und verlangten dementsprechend gleiche Chancen für den Aufbau und Entwicklung der Industrialisierung. Auf der anderen Seite begründeten die reicheren Gebiete ihren Anspruch auf größere Ressourcen damit, dass diese ihren (westlichen) Nachbarländern nach wie vor hinterherhinkten. Diesem Aufholprozess solle Priorität eingeräumt werden, bevor sie zu einer solidarischen Abgabe an die weniger entwickelten Gebiete gezwungen werden.[294] Insgesamt resultierten die Debatten über die Verteilung darin, dass nun jede Teilrepublik als eine weniger entwickelte klassifiziert werden wollte.[295]

Welche Ergebnisse konnte der erste Fünfjahresplan in Bezug auf die ungleichen Entwicklungen nun erbringen? Als Tito etwa in seiner Rede vom November 1948 in Ljubljana darauf verwies, dass „jeder Versuch unternommen wird, um den weniger entwickelten Gebieten das Aufholen mit den weiter entwickelten Republiken zu ermöglichen“[296], verwies er als Beispiel dafür auf Mazedonien, das diesbezüglich „exzellente Ergebnisse“ erreicht habe.[297] Tatsächlich zeigt ein Blick auf den Index der industriellen Produktion (Tabelle 3), dass nicht nur Mazedonien, sondern alle Teilrepubliken den ersten Schwung der Industrialisierung mitnahmen, wobei Bosnien im Jahre 1948 am schnellsten wuchs. Dennoch müsste die Antwort

[291] Ebda.
[292] Vgl. dazu auch: Dobrivojević Tomić, „Svi u Fabrike”!, 108.
[293] Lydall, Yugoslavia in Crisis, 187; – Kaiser, The Equalization Dilemma in Yugoslavia, 264; – Shoup, Communism and the Yugoslav National Question, 233.
[294] Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, 33.
[295] Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 186.
[296] Rede Titos vom 26. November 1948 auf der slowenischen Akademie der Künste und Wissenschaften, online unter: https://www.marxists.org/archive/tito/1948/11/26.htm, 2020 August 30.
[297] Ebda.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

darauf, ob die Ziele des Fünfjahresplanes erreicht wurden und beispielsweise die Produktion Bosniens und Mazedoniens um ein Vielfaches zu erhöhen, verneint werden. Mit Ausnahme Montenegros, dessen Produktion in den fünf Jahren um 90 Indexpunkte wuchs, wurden alle anderen Absichten verfehlt. Zudem führte das vergleichsweise größere Bevölkerungswachstum der weniger entwickelten Regionen dazu, dass die Differenz der industriellen Produktion pro Kopf vergrößert, anstatt verkleinert wurde.[298]

Tabelle 3: Index der industriellen Produktion (1947=100)

Republik	**1948**	**1949**	**1950**	**1951**	**1952**
Jug. Durchschnitt	125	139	143	138	136
Slowenien	124	137	141	136	137
Kroatien	123	140	140	133	1136
Serbien	124	134	139	135	126
Montenegro	122	132	179	145	212
Bosnien-Herzegowina	129	146	155	157	155
Mazedonien	125	135	141	128	134

Quelle: Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, table 6, 10.

Einen weiteren Einblick gewähren die Anteile der Volksrepubliken an der gesamten Industrieproduktion (Tabelle 4): Sowohl am Beginn als auch am Ende des Fünfjahresplans hielt Serbien mit circa 30 Prozent den höchsten Anteil. Sloweniens blieb mit 26,4 Prozent konstant, jener von Kroatien verringerte sich von 26,5 Prozent auf 25,8 Prozent sowie jener von Mazedonien um 0,4 Prozent. Vergrößert haben sich die Proportionen für Montenegro und Bosnien, wobei letzteres mit 1,8 Prozent den höchsten Zugewinn verzeichnete.

Tabelle 4: Anteile der Republiken an der Gesamtindustriellen Produktion:

Republik	**1947**	**1953**
Serbien	30,9	29,8
Kroatien	26,5	25,8
Slowenien	26,4	26,4
Bosnien-Herzegowina	11,2	13
Mazedonien	4,5	4,1
Montenegro	0,3	0,9

Quelle: Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, table 9, 36.

Selbst wenn die ambitionierten Ziele des ersten Planes nicht erreicht werden konnten, waren die Hilfszahlungen an die weniger entwickelten Gebiete stimulierend: Auf den Gebieten der

[298] Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, 37.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Gesundheitsversorgung, Kultur, Wohnen, Schulwesen usw. wurden bedeutende Fortschritte erzielt, womit der Lebensstandard dieser Regionen, verglichen mit der Vorkriegszeit, merklich angehoben wurde.[299]

Ein letzter Aspekt die Ungleichheit betreffend soll noch erwähnt werden: Die Verteilung der Einkommen in der Phase des ersten Fünfjahresplanes. Wie auf dem V. Parteitag beschlossen, wurden nicht nur Warenproduktion, -austausch und -preise besprochen, sondern auch die Einkommen. Bis zum Jahr 1952 wurden diese aus dem Staatsbudget bezahlt, in welches auch Anteile der Unternehmenseinkommen flossen.[300] Präzise Einkommensunterschiede wurden für jeden Beruf und für jeden Sektor sowie Branche festgelegt, die sich nach dem Grad der Ausbildung bzw. der Qualifikationen richteten. Zusätzlich dazu wurden auch Arbeitsziele bzw. ein „Soll" vereinbart, das es zu erreichen galt. Wurde dieses Ziel übertroffen und darüber hinaus gearbeitet, wurden entsprechende Prämien ausbezahlt.[301] Dieses zentral gelenkte und kontrollierte System der Einkommensverteilung führte in den ersten Jahren zu einem egalitären Trend: Einkommensunterschiede zwischen Branchen und verschiedenen Qualifikationen waren vergleichsweise gering. Hinzu kam, dass die Differenzen zwischen Arbeiter*innen auf der einen und Angestellten bzw. Beamten auf der anderen Seite geringer wurden und verglichen mit dem Vorkriegsniveau auch ein ähnliches Einkommensniveau erreicht wurde.[302] Aus offizieller Perspektive entstand damit ein System der Einkommensverteilung, das dem proklamierten Ziel der wirtschaftlichen Gleichheit formal zwar entsprach, aber gleichzeitig mit Schwierigkeiten verbunden war: Die festgesetzten Einkommen waren niedrig und reichten oftmals kaum zur Deckung der Grundbedürfnisse aus; Aufgrund von kaum bis gar nicht vorhandenen Anreizen[303] war die Arbeitsproduktivität niedrig und führte in weiterer Folge dazu, dass sich ein Schwarzmarkt für besonders gut ausgebildete Arbeitskräfte entwickelte, um das vorgegebene Soll zu erreichen.[304]

Als Resümee dieser ersten Nachkriegsanstrengungen schreibt Calic: „Eine Mischung aus Fortschrittsgläubigkeit, Planungseuphorie und Modernisierungsterror katapultierte die Jugoslawen [...] in eine völlig neue Ära [..,] Brüderlichkeit und Einheit bauten Brücken in dem durch Bürgerkrieg tief zerrissenen Land, und ohne entschiedene Industrialisierungspolitik wäre so manche Region der europäischen Entwicklung wohl nur im Schneckentempo

[299] Shoup, Communism and the Yugoslav National Question, 230; – Singleton, Carter, The Economy of Yugoslavia, 112.
[300] Horvat, The Yugoslav Economic System, 179; – Milenkovitch, Plan and Market in Yugoslav Economic Thought, 61; – Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 102f.
[301] Flakierski, The Economic System and Income Distribution in Yugoslavia, 3.
[302] Ebda., 4.
[303] Horvat, The Yugoslav Economic System, 179.
[304] Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 102f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

hinterhergekrochen."[305] Schließlich sei es auch der „Volksbefreiungskampf" gewesen, der ohne ausländische und vor allem sowjetische Hilfe Jugoslawien „befreien konnte und damit der neuen Volksrepublik eine besondere Legitimität verlieh".[306] Darauf, welche Bedeutung diesem Umstand in den nächsten Jahren zukam, deutet folgendes Zitat Titos an:

> „Aber heute erbauen wir allein den Sozialismus in unserem Land auf. Wir verwenden keine Schablonen mehr, sondern lassen uns von der marxistischen Wissenschaft leiten und gehen unseren Weg, wobei wir die spezifischen Gegebenheiten unseres Landes berücksichtigen."[307]

Tito verwies in dieser Rede auf den Bruch zwischen Stalin (Josif Vissarionovič Stalin, 1878–1953) bzw. Jugoslawien und der Sowjetunion, der nicht nur außenpolitisch, sondern auch ideologisch, verfassungsrechtlich und wirtschaftlich weitreichende Folgen hatte und schließlich jenen Entwicklungsprozess in Gang setzte, der im jugoslawischen „Sonderweg" und den „Dritten Weg" mündete.[308]

2.2.3. Jugoslawischer Sozialismus: Erste Phase der Dezentralisierung

„Das Gesetz über die Übergabe der Fabriken, Unternehmen usw. an die Arbeitskollektive zur weiteren Verwaltung ist die logische Folge des sozialistischen Aufbaus unseres Landes."[309]

Auf die Frage eines *New York Times* Journalisten, ob der „Titoismus" eine Ideologie sei, gab Tito eine Antwort, die im Kontext des Tito-Stalin Bruches von 1948 zu verorten ist: „Es gibt keinen Titoismus. Wir haben die Theorie von Marx und Lenin nur bestimmter in die Tat umgesetzt [...]. Es besteht keine neue Theorie, sondern lediglich die richtige Durchführung der bestehenden Theorie. Wir wenden diese Wissenschaft auf die spezifischen Gegebenheiten in unserem Lande an."[310]

---

[305] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 188.
[306] Ebda.
[307] Exposé der Rede Titos auf der ersten Sondersitzung der Nationalversammlung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien 26. Juli 1950 in Belgrad, zitiert bei: Josip Broz Tito, Der jugoslawische Weg. Sozialismus und Blockfreiheit. Aufsätze und Reden, München 1976, 134.
[308] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 106.
[309] Josip Tito Broz, Aus dem Exposé in der Ersten Sondersitzung der Nationalversammlung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien vom 26. Juli 1950 in Beograd, zitiert bei: Tito, Der jugoslawische Weg. Sozialismus und Blockfreiheit, 133.
[310] Josip Broz Tito im Interview mit der *New York Times* vom 9. November 1950, zitiert bei: Pero Damjanović, Klaus-Detlev Grothusen, Wolfgang Höpken (Hgg.), Josip Broz Tito. Ausgewählte Reden und Schriften. 1928–1979, Bd. 3, Stuttgart 1984, 133.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Nach dem Eklat von 1948 gab es drei Optionen für Jugoslawien: „Unterwerfung, Abkehr vom Sozialismus oder Wiederentdeckung des Marxismus.“[311] Wie angedeutet, wurde die letzte Option gewählt. Der „neue Weg“ Jugoslawiens musste eine Antwort und eine Reaktion auf die Vorwürfe der Sowjetunion und damit eine Alternative sein, die sowohl eine neue ideologische Legitimationsbasis lieferte als auch gleichzeitig den Marxismus/Leninismus sowjetischer Prägung ablehnte.[312] Dieser Leseart nach gab es keinen Grund, die neue Phase in Jugoslawien als „Titoismus“ zu bezeichnen, denn es war, wie im obigen Zitat Tito konstatierte, keine neue, sondern lediglich die „richtige Theorie“. Es war keine „Abweichung“ vom Marxismus, sondern dessen „richtige Durchführung.“[313]

Wie sehr sich diese Periode von der vorherigen, dem „administrativen Sozialismus“ unterschied, soll im Folgenden gezeigt werden. Beginnend mit dem Tito-Stalin Bruch als Ausgangsposition und der neu ausgerichteten theoretisch/ideologischen Implementierung, sollen darauf aufbauend auch verfassungsrechtliche, wirtschaftliche und politische Änderungen diskutiert werden. Zuletzt soll es wiederum um die Frage gehen, welche Rolle die neuen Prozesse und Entscheidungen in Bezug auf die Ungleichheit spielten. Wie wurde ab 1950 mit dem regionalen Entwicklungsgefälle umgegangen? Gab es neue, dafür vorgesehene Instrumente? Hatte die „richtige Durchführung“ andere Antworten auf das Problem der Ungleichheit zu bieten?

2.2.3.1. Die Ausgangsposition: Tito-Stalin Bruch und die amerikanische „Keilstrategie“

Die in der Forschungsliteratur genannten Gründe für das Zerwürfnis zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien sind zahlreich und reichen bis zum Zweiten Weltkrieg zurück: Von der unterlassenen Hilfsleistung seitens der Sowjetunion während des „Volksbefreiungskrieges“[314], über den Nichtangriffspakt mit dem Deutschen Reich und bis hin zu den Meinungsverschiedenheiten über die weitere Vorgehensweise der Partisanen während des Zweiten Weltkrieges.[315] Ausschlaggebend für das Zerwürfnis war zum großen Teil aber die

[311] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 106.
[312] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 194.
[313] Zitiert bei: Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 193; – Siehe dazu auch: Bogdan Denis Denitch, The Legitimation of a Revolution. The Yugoslav Case, New Haven/London 1976, 11–14.
[314] Banac, With Stalin against Tito, 15f.
[315] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 93f.; – Ramet, Die drei Jugoslawien, 248f.; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 189f.; – Jeronim Perović, The Tito-Stalin Split: A Reassessment in Light of New Evidence, Journal of Cold War Studies 9/2, Massachusetts 2007, 32–63, hier 34. – Ivo Banac verweist zudem darauf, dass die Ausrufung der provisorischen AVNOJ Regierung vom November 1943 explizit gegen Stalins Befürworten beschlossen wurde, Banac, With Stalin against Tito, 12; – Perović, The Tito-Stalin Split, 36; – Nebojsa Bjelaković, Comrades and Adversaries. Yugoslav-Soviet Conflict in 1948 A Reappraisal, in: East European Quarterly 33/1, Boulder 1999, 97–114, hier 98–100.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Außenpolitik Jugoslawiens, die dabei aus der Sicht Moskaus gegen die folgenden zwei Prinzipen verstieß: Erstens sollte die KPJ unter dem Einfluss und der Kontrolle der Sowjetunion stehen[316] und zweitens wollte Stalin in keine militärischen Konflikte mit dem „Westen" geraten.[317] Dass sich Jugoslawien nun offen gegen diese Absprache stellte, war nur ein erster von noch weiteren außenpolitischen Fauxpas, welche als die triftigsten Gründe für den Rauswurf Jugoslawiens aus dem Kominform genannt werden: Jugoslawiens Bündnisse und Verträge mit anderen südosteuropäischen Ländern, womit sich aus sowjetischer Perspektive ein neues, von Moskau unabhängiges kommunistisches Machtzentrum zu etablieren schien und die Kontrolle über Jugoslawien zu verlieren drohte.[318] Letzteres war aber nicht das einzige Ziel der jugoslawischen Bündnispolitik, denn eine Annäherung an Bulgarien, Griechenland, Mazedonien sowie Albanien adressierte gleichzeitig auch die ethnischen Probleme: Die albanische Minderheit in der kosovarischen Provinz oder auch die „historisch umstrittene und geteilte Provinz" Mazedonien.[319] Nach weiteren Auseinandersetzungen[320], den darauffolgenden „Kritischen Briefen"[321] und der Abwesenheit der KPJ und Titos von der Sitzung des Kominforms am 28. Juni 1948, dem Sank Veitstag, wurde die KPJ schließlich aus der Organisation ausgeschlossen. Die entsprechende Resolution enthielt unter anderem Vorwürfe ideologischen Inhaltes: Abkehr vom Marxismus-Leninismus, Antisowjetische Taktik, Autorität der Volksfront über die KPJ usw.[322], und rief die jugoslawischen Kommunisten auf, „ihre gegenwärtigen Führer zu einer offenen und ehrlichen Einsicht in ihre Fehler zu drängen und sie anzuweisen, [...] zum Internationalismus zurückzukehren."[323]

[316] Ramet, Die drei Jugoslawien, 248.
[317] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 94. – Zum zweiten Punkt zählte etwa Jugoslawiens Unterstützung der griechischen Kommunisten im Bürgerkrieg von 1946, Rina Kullaa, Non-alignment and its Origins in Cold War Europe. Yugoslavia, Finland and the Soviet Challenge, London 2012, 29.
[318] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 189; – Ramet, Die drei Jugoslawien, 248; – Lampe, Yugoslavia as History, 245; – Kullaa, Non-alignment and its Origins in Cold War Europe, 25; – Bjelaković, Comrades ad Adversaries, 104f.
[319] Siehe dazu: Perović, The Tito-Stalin Split, 43.
[320] Etwa wegen des Freundschaftsvertrages mit Albanien vom Juli 1946, des in Bled abgeschlossenen Vertrages zwischen Jugoslawien und Bulgarien sowie der Entsendung zweier jugoslawischen Divisionen nach Albanien, um im Falle eines Angriffes der griechischen „Monarcho-Faschisten" zu helfen. Siehe dazu: Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 97; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 189; – Perović, The Tito-Stalin Split, 42.
[321] Diese zwischen Tito und Kardelj auf der einen Seite und Stalin sowie Vjačeslav Michajlovič Molotov (1890–1986) gewechselte Korrespondenz enthielt auf der sowjetischen Seite größtenteils Vorwürfe von Opportunismus, antisowjetischer Stimmung sowie der Anschuldigung, dass die jugoslawische Führung eine „halblegale" sei: Sie würde von der Volksfront „aufgesaugt", hätte darin keine Führungsposition und verfolge auch keine Politik des Klassenkampfes (Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 189; – Kullaa, Non-alignment and its Origins in Cold War Europe, 47; – Unkovski-Korica, The Economic Struggle, 60). Tito und Kardelj versuchten zwar zu beschwichtigen, ließen es sich aber letztens Endes nicht nehmen, die eigenständige Entwicklung Jugoslawiens zu rechtfertigen, Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 100.
[322] Zu den Vorwürfen siehe: Erklärung des Zentralkomitees der KPJ anlässlich der Resolution der Resolution des Informationsbüros der Kommunistischen Parteien über die Zustände in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens vom 29. Juni 1948, in: Damjanović, Grothusen, Höpken (Hgg.), Josip Broz Tito, 73f.
[323] Zitiert bei: Ramet, Die drei Jugoslawien, 251.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Die unmittelbare Reaktion Jugoslawiens auf den Ausschluss aus der kommunistischen Gemeinschaft war ein „schwerer Schock".[324] Die jahrelangen Vorbilder, sowohl Stalin persönlich als auch die Sowjetunion, gingen verloren, infolge dessen die Legitimität der KPJ neu verhandelt werden musste.[325] Damit ging das Eingeständnis der jugoslawischen Führung einher, dass Stalin eine Gleichheit der sozialistischen Länder nicht anerkannte: „Stalin betrachtete die Jugoslawen als seine Untergebenen; die Jugoslawen dagegen glaubten, Stalins Bündnispartner sein zu können."[326] Die Jugoslawen versuchten noch zu beschwichtigten, indem sie den Vorwurf der unzureichenden Kollektivierung nochmals aufgriffen und diese ab 1948 durchzuführen begannen – das Ziel der Aussöhnung mit der Sowjetunion blieb aber unerreicht.[327]

Gleichzeitig waren die Konsequenzen der Isolation auch wirtschaftlicher Natur. Anfang 1949 wurde Jugoslawien auch aus dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW/ „Sowjet ekonomitscheskoi wsaimopomoschtschi"/„Council for Mutual Economic Assistance", Comecon) ausgeschlossen, dessen Mitglieder danach eine Handelsblockade errichteten. Eingedenk der Tatsache, dass etwa 80 Prozent des Roheisens, 60 Prozent der Petroleumprodukte, vier Fünftel des Düngermittels, nahezu alle Spezialmaschinen, Eisenbahnwagons und -lokomotiven von den Mitgliedsländern des Rates bezogen wurden, und Jugoslawien damit eine 50-prozentige Exportabhängigkeit aufwies, waren die Folgen für die industrielle Produktion, die Regionalpolitik, den Konsum sowie für den Arbeitsmarkt immens.[328]

Darüber hinaus wurde auch eine militärische Auseinandersetzung befürchtet, welche für die geplante Regionalpolitik ebenfalls folgenschwer war. Unmittelbar nach dem Bruch im Juli 1948 wurde im Kreml erwartet, dass die jugoslawische Bevölkerung bzw. die „moskautreuen Kominformisten"[329] Titos Regierung zum Sturz bringen würden. Zu diesem Zweck befanden sich mehrere Hundert Jugoslawen in der Sowjetunion, in Rumänien, in Ungarn und in Bulgarien, wo sie rekrutiert, bewaffnet und für eine Rebellion ausgebildet wurden.[330]

---

[324] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 190.

[325] Zu den darauf einsetzenden „Säuberungen" innerhalb Partei gegen die sogenannten „ibeovci", den Moskautreuen, siehe: Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 191f.; – Ramet, Die drei Jugoslawien, 252; – Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 102f; – Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 142f.

[326] Ramet, Die drei Jugoslawien, 248; – David A. Dyker, Yugoslavia. Socialism, Development and Debt, New York 2011, 49.

[327] Vgl. dazu auch: Wolfgang Höpken, Sozialismus und Pluralismus in Jugoslawien. Entwicklung und Demokratiepotential des Selbstverwaltungssystems, München 1984, 47.

[328] Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, 18, 29; – Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 144.

[329] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 191.

[330] Ramet, Die drei Jugoslawien, 254. – Wie groß die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung war, lässt sich einem Bericht der U.S.-amerikanischen Central Intelligence Agency vom 13. Februar 1951 entnehmen: „The

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Dass sowohl eine militärische Invasion als auch der völlige Stillstand der Wirtschaft abgewandt wurden, ist, unter anderem, auf den politischen, wirtschaftlichen und den ideologischen Kurswechsel in Jugoslawien zurückzuführen. Oder konkreter, der Hinwendung resp. Öffnung zu den westlichen, nicht kommunistischen Ländern und insbesondere den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich: „Die logische Lösung war, sich dem Westen zuzuwenden."[331] Von den USA erhielt Jugoslawien im Jahr 1950 Hilfe in der Höhe von 50 Millionen US-Dollar, Güter wie Zucker, Weizen, Mehl aber auch Kriegsausrüstungen.[332] Zudem wurde der Bau von neuen Anlagen unterstützt, die schweres Kriegsgerät produzierten. Militärisch sollte aber nicht nur in Form materieller Lieferungen ausgeholfen werden. Im Februar 1951 boten die USA eine Schutzgarantie im Falle des sowjetischen Angriffes auf Jugoslawien an, die schließlich im November 1951 ratifiziert wurde.[333] Selbst wenn die militärische Bedrohung dadurch nicht vollständig getilgt war und die Auseinandersetzungen bis zum Tod Stalins 1953 anhielten, so wurden damit aber die sowjetischen Kriegspläne *ad acta* gelegt.[334]

Die USA verfolgten mit dieser Unterstützung aber einen Selbstzweck, der mit dem Begriff der „Keilstrategie" („wedge strategy")[335] beschrieben wird: Den Bruch zwischen Stalin und Tito verstand die Regierung unter Präsidenten Harry S. Truman (1884–1972, Demokratische Partei) als ideologischen Riss innerhalb des kommunistischen bzw. des sowjetischen Lagers. Würde Jugoslawien bei dessen Unabhängigkeitsbestrebungen geholfen werden, könnte dies ein Exempel statuieren, welchem andere kommunistischen Länder folgen würden; demnach galt es, den „Keil" weiter zu vertiefen.[336] Der damalige Chef des US-

Kremlin aims to eliminate the Tito government, to replace it by regime subservient to the USSR, and to integrate Yugoslavia politically, economically, and strategically into the European Satellite structure." Office of National Estimates, Yugoslavia, 13. Februar 1951, online unter: https://archive.org/details/CIA-RDP79R01012A000700040039-7/page/n7/mode/2up, 2021 März 11.

[331] Bjelaković, Comrades and Adversaries, 108; – Tvrtko Jakovina, Socijalizam na američkoj pšenici. 1948–1963, Zagreb 2002, 26. – Vladimir Unkovski-Korica schreibt zudem, dass Großbritannien und Frankreich von den USA dazu „überzeugt wurden, Jugoslawien finanzielle Hilfe zukommen zu lassen". Siehe dazu: Ders., The Economic Struggle, 75.

[332] Siehe dazu auch Titos Erklärung vom August 1951 in der Parteizeitung „*Borba*" („Kampf"): Josip Tito Broz, Erklärung zu den amerikanischen Hilfsleistungen an Jugoslawien vom 11. August 1951 in *Borba*, zitiert bei: Damjanović, Grothusen, Höpken (Hgg.), Josip Broz Tito, 136.

[333] Ramet, Die drei Jugoslawien, 256f.; – Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 105; – Shoup, Communism and the Yugoslav National Question, 184; – Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 147f.; – Bjelaković, Comrades and Adversaries, 108. – Tatsächlich ließ bereits im Herbst 1949 der amerikanische Botschafter in Jugoslawien wissen, dass die USA bei einem sowjetischen Angriff nicht neutral bleiben würden, Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgstaaten, 105.

[334] Ebda.

[335] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 191.

[336] Ebda.; – Robert Niebuhr, In the Shadow of Transition: U.S.-Yugoslav Relations, 1966 to 1980, in: Martin Previšić (Hg.), Breaking Down Bipolarity: Yugoslavia´s Foreign Relations in the Cold War, München/Wien 2021, 103–124, hier 104. – Jakovina wiederum hebt hervor, dass die CIA den Bruch zwar als das bedeutendste Ereignis innerhalb der kommunistischen internationalen Bewegung der letzten 20 Jahre darstellte (im August 1948),

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Planungsstabes, George F. Kennan (1904–2005), betonte die Vorteile dieses Zerwürfnisses für die USA: „So stark wir ihn auch ablehnen, handelt Tito derzeit glänzend in unserem Interesse, den Sowjetimperialismus aus der Mitte der kommunistischen Familie heraus anzugreifen.“[337]

Diese Einschätzung stellte sich als Missinterpretation heraus, denn weder folgten dem jugoslawischen Beispiel andere Länder, noch hatte Tito vor, sich von der Ideologie des Kommunismus abzuwenden: „Wir werden uns deswegen aber nicht von der Idee des Kommunismus lossagen, genauso wenig würden wir jemals diese Idee wegen einer Unterstützung, die wir erhalten, aufgeben.“[338] Im Gegenteil: Am V. Parteikongress wurde als Reaktion auf die Vorwürfe der Sowjetunion die Volksfront abgeschafft und die Kommunistische Partei Jugoslawiens als (einzige Partei) installiert, als dessen Chef Tito mit einer Mehrheit bestätigt wurde. „Unter der Leitung des Genossen Titos und Ihres Zentralkomitees wird unsere Partei ihre leitende Rolle in der weiteren Ausbreitung unseres sozialistischen Aufbaus auch fernerhin befestigen, bis zur völligen Liquidierung der kapitalistischen Überreste in unserem Land.“[339]

Die Annäherung an die westlichen Länder hatte mit dem oben erwähnten Kurswechsel aber erst begonnen. Der Bruch mit der Sowjetunion leitete eine neue Phase in Jugoslawien ein, die ihrerseits eine Abkehr vom Nachkriegssystem bedeutete: Schritt für Schritt wurde von der rigiden Zentralplanung abgelassen und stattdessen Funktionen, Entscheidungen und Kompetenzen an niedrigere Ebenen transferiert.

Wie erläutert, bedurfte die jugoslawische Handelspolitik einen Richtungswechsel, um die wirtschaftlichen Auswirkungen des Ausschlusses abzufedern. Eine solche benötigte auch die Politik des regionalen Ausgleichs. Ein wesentlicher Grund für die Adaptionen lag in der militärischen Bedrohung, der sich Jugoslawien ausgesetzt sah. Im Fünfjahresplan nicht enthaltene Rüstungsindustrien mussten nun errichtet werden, deren Standorte nach strategischen (Entfernung zur Sowjetunion) und nicht regionalpolitischen Überlegungen gewählt wurden. Vor allem die Entfernung zu Industriezentren war ausschlaggebend: Im Falle eines Angriffes auf diese, würden die Rüstungszentren nicht betroffen sein. Gebiete, in denen die neuen Industrien entstanden, waren etwa die schwer zugänglichen Bergregionen in Zentralbosnien und -serbien sowie die Karst- (/Kras/Carso-)region.[340]

gleichzeitig vor der Erwartung warnte, dass andere Länder folgen würden, Jakovina, Socijalizam na američkoj pšenici, 31f.

[337] Zitiert bei: Calic, Tito, 234.

[338] Titos „Antworten auf die Fragen der in- und ausländischen Presse“ vom 31. Oktober 1951, zitiert bei: Damjanović, Grothusen, Höpken (Hgg.), Josip Broz Tito, 122.

[339] Kidrič, Referat auf dem V. Parteikongress der KPJ, 95.

[340] Eger, Das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien, 42; – Hamilton, Yugoslavia, 146; – Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, 29.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Einen nächsten Vorteil zogen die weiter entwickelten Regionen aus der geografischen Nähe zu den west- und mitteleuropäischen Ländern. Da sich der Handel mit diesen nun intensivierte, wurde ein wesentlicher Anteil der Handelsaktivitäten über die nordwestlichen Regionen Jugoslawiens abgewickelt, zumal die Eisenbahnlinien und die Infrastruktur bereits ausgebaut waren. Darüber hinaus erlangten jetzt auch die beiden kroatischen Häfen in Split und Rijeka an Relevanz. Dies bedeutete im Umkehrschluss, dass die Infrastrukturprojekte in den weniger entwickelten Gebieten vorerst verlangsamt oder gar gestoppt wurden. Damit ging allerdings ein Kreislauf einher, denn auch jene Projekte der Schwerindustrie, die ursprünglich für die weniger entwickelten Regionen vorgesehen waren, wurden aus Kostengründen in Gebiete verlegt, in denen eine entsprechende Infrastruktur bereits vorhanden war. Einige Konzepte aus der Nahrungs-, Textil- und Lederindustrie im pannonischen und in südöstlichen Regionen wurden gänzlich gestrichen.[341] Gestrichen wurden auch Investitionen im Kosovo deswegen, weil sich das Zerwürfnis mit der Sowjetunion unter anderem an der sogenannten „Kosovo-Frage" zuspitzte und wegen der „politischen Spannungen"[342] zwischen Jugoslawien und Albanien.[343]

Anders verhielt es sich mit Bosnien-Herzegowina: Die strategisch gute Lage sowie das Vorkommen an Rohstoffen hatte dazu geführt, dass vergleichsweise viel in die Militär- und Schwerindustrie investiert wurde und somit relativ hohe Wachstumsraten verzeichnen konnte, wenngleich diese Investitionsstruktur „zur Entwicklung einer industriellen Monostruktur" führte.[344] Insgesamt und aus einer gesamtjugoslawischen Perspektive betrachtet, waren die Nachteile für die weniger entwickelten Regionen nach 1948 aber größer. Viele jener Projekte, welche die gesamtjugoslawische Entwicklung hätten ebnen sollen, wurden verringert oder aufgeschoben, und zwar zugunsten von strategischen und kosteneffizienten Überlegungen. Gleichzeitig wurde die ökonomische Entwicklung auch im Allgemeinen gebremst. Trotz der Hilfe aus dem Ausland und der neuen Handelsverträge waren die Verluste groß, zumal der Fünfjahresplan nicht auf eine autarke Wirtschaftsentwicklung ausgelegt war.[345] In Anbetracht dieser Probleme mussten Wirtschaftsplanung und -entwicklung umstrukturiert werden.

[341] Eger, Das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien, 42f.; – Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, 29.
[342] Eger, Das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien, 42.
[343] In einem Interview mit dem *Manchester Guardian* erklärte Tito: „Wir bedauern es, dass es zu solchen Verhältnissen zwischen unserem Land und Albanien, für das Jugoslawien große Opfer gebracht hat, gekommen ist. Im Übrigen glaube ich nicht, dass Albanien von einer anderen Seite das bekommen wird, was es von Jugoslawien bekommen hat." Zitiert bei: Damjanović, Grothusen, Höpken (Hgg.), Josip Broz Tito, 122.
[344] Eger, Das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien, 42.
[345] Hamilton, Yugoslavia, 121; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 190. – Hinzu kamen Dürren im Jahr 1950 und 1952, deren Kosten auf etwa 880 Millionen US-Dollar geschätzt wurden, Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, 31.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

2.2.3.2. Die Lehre des absterbenden Staates: Ideologischer Wandel in Jugoslawien

Zu jenen Aspekten, die nun in Abgrenzung zum System des „administrativen Sozialismus“ neu konzipiert werden mussten und Jugoslawiens Regionalpolitik maßgeblich beeinflussten, gehörte die Funktion und die Legitimität des Staates. In der „Lehre des absterbenden Staates“, die ursprünglich von Engels und danach von Vladimir Il´íč Lenin (1870–1924) weiterentwickelt wurde, fanden die jugoslawischen Theoretiker rund um Edvard Kardelj jenes Argument, das als „Gegenentwurf zur Sowjetunion […], als Dementi“ präsentiert wurde.[346]

Engels ging davon aus, dass die (einzige) Funktion des Staates darin liege, eine bestimmte Klasse – die Bourgeoisie – zu schützen, indem die andere Klasse – die Proletarier – „ausgebeutet“ und „unterdrückt“ werden. Der Staat werde zum Produkt dieser Klassengegensätze und damit auch „der Gesellschaft auf [einer] bestimmten Entwicklungsstufe“.[347] Der Ursprung dieser Konstellation, in welcher sich zwei Klassen gegenüberstehen, liegt wiederum den kapitalistischen Besitzverhältnissen zugrunde. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass Besitzer der Produktionsmittel die „Kapitalisten“ seien und folglich auch die Kontrolle über die Produktion innehaben. Auf der anderen Seite steht aber die zahlenmäßig überlegenere Gruppe der Arbeiter*innen, der Produzent*innen, die durch ihre Arbeit erst jenen Wert, den sogenannten Mehrwert[348], erschaffen, der in weiterer Folge zum Wohlstand führt, an dem die arbeitende Klasse aber keinen Anteil hat. Die Lohnarbeiter*innen produzieren zwar den Mehrwert, geben diesen aber unfreiwillig an die „Kapitalisten“ ab bzw. eignen sich diese den Mehrwert an. Das Ziel sei demnach: „Wir wollen nur den elenden Charakter dieser Aneignung aufheben, worin der Arbeiter nur lebt, um das Kapital zu vermehren, nur so weit lebt, wie es das Interesse der herrschenden Klasse erheischt.“[349]

In Bezug auf die staatlichen Funktionen ergab sich aus diesen Überlegungen auch die Lösung: In einer ersten Phase, und zwar jener der „gewaltsamen Revolution“[350], müsste das Proletariat die Staatsgewalt an sich nehmen und die Produktionsmittel ins Staatseigentum übertragen. Dieser Akt „im Namen der Gesellschaft“ sei nach Engels auch gleichzeitig der letzte Akt des Staates, dessen einzige Funktion jene sei, die Klassengegensätze aufrecht zu erhalten. Nehme sich nun die Gesellschaft anstelle der Kapitalisten der Produktionsmittel an,

[346] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 192; – Neal, Yugoslav Communist Theory, 51f. – Siehe dazu auch: Engels, Der Antidühring, 262.
[347] Engels, Der Antidühring, 262; – Wladimir Ilijanowitsch Lenin, Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, München 2001, 9.
[348] Siehe dazu Kapitel „Die Ausführung der Arbeiterselbstverwaltung: Probleme, Anpassung und Änderungen in den 1950er Jahren“, 77f.
[349] Marx, Engels, Das kommunistische Manifest, 57.
[350] Lenin, Staat und Revolution, 19.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

würde es folgerichtig auch keine Klassengegensätze mehr geben; dem Staat blieben weder Funktion noch Legitimation. Entsprechend dazu müsse die Konsequenz folgende sein: „Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiet nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein, […] der Staat wird nicht abgeschafft, *er stirbt ab*.“[351]

Dieser Prozess des Absterbens vollzieht sich aber in einer Phase nach der sozialistischen Revolution. Davor und während des Aufbaus des Sozialismus braucht es noch einen Staat und es braucht auch noch Staatseigentum.[352] An diesem Übergang sahen die jugoslawischen Theoretiker nun ihre Chance auf Abgrenzung und Kritik am sowjetischen System, denn: Der sowjetische Staat starb nicht ab und er blieb jener Phase verhaftet, in der die Produktionsmittel verstaatlicht, aber nicht „der Gesellschaft“ überlassen wurden.[353] Damit war den jugoslawischen Theoretikern klar, dass die „Sowjetunion kein sozialistisches Land“ sei.[354] Im Gegenteil: Die Tatsache, dass der sowjetische Staat im Besitz sämtlicher Produktionsmittel war, hatte der Theorie nach zur Folge, dass er selbst zum Kapitalist wurde und zwar zum „ideellen Gesamtkapitalisten“.[355] Auf politischer Ebene manifestierte sich diese Entwicklung darin, dass die Sowjetunion einen verhältnismäßig großen Staatsapparat aufbaute, innerhalb dessen die KPdSU zu einer bürokratischen Schicht[356] verkam und die Verbindung zur Bevölkerung verlor.[357]

Damit war auch der zukünftige Fahrplan für Jugoslawien vorgegeben, der sich aus dem Umkehrschluss dieser Vorwürfe ableiten ließ. Das Eigentum an den Produktionsmitteln musste an die Gesellschaft übergeben werden, damit sich der jugoslawische Staat zurückziehen konnte.

[351] Engels, Der Antidühring, 263, Auszeichnungsschrift im Original.
[352] Neal, Yugoslav Communist Theory, 52.
[353] Kardelj, Die Wege der Demokratie in der sozialistischen Gesellschaft, 101; – Gal Kirn, Das Absterben des Staates in Jugoslawien: Von der Partisanenrevolution zum Marktsozialismus, in: Das Argument – Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften 317, Berlin 2016, 321–337, hier 327.
[354] Djilas, Idee und System, 195.
[355] Ebda. – Vgl. dazu auch: Engels, Der Antidühring, 260.
[356] Über den Begriff „Bürokratie“ sowie der Rekurs darauf durch Marx, Engels, Lenin und andere Theoretiker, siehe etwa: Darko Suvin, Splendour, Misery and Possibilities. An X-Ray of Socialist Yugoslavia, Leiden 2016, 323–344.
[357] Djilas, Idee und System, 195.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

2.2.3.3. Die ersten Schritte auf dem „jugoslawischen Weg“: die Anfänge der Selbstverwaltung

Das jugoslawische Parlament verabschiedete im Juni 1950 das „Grundgesetz über die Verwaltung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen“ und läutete damit das Modell der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien ein. In insgesamt 44 Artikeln beschrieb dieses Gesetz die sogenannte Übergabe der Fabriken an die Arbeiter*innen („Ach, das ist das, die Fabriken den Arbeitern!“[358]): „Fabriken, Minen, Kommunikation, Transport, Handel, Land- und Forstwirtschaft, kommunale und staatliche Unternehmen sollen im Interesse der Gemeinschaft sowie im Einklang mit staatlichen Wirtschaftsplänen von Arbeitskollektiven verwaltet werden.“[359]

Zwar wurde die Leitung von etwa 200 Fabriken bis zum Ende des Jahres an die Arbeiter*innen bzw. an die sogenannten Arbeiterräte übergeben, von einer vollständigen Umsetzung des Gesetzes konnte aber noch keine Rede sein. Zum einen waren die Unternehmen nach wie vor staatliches Eigentum und zum anderen konnten die im Grundgesetz verankerten formalen Rechte der Arbeiter*innen[360] nicht entsprechend ausgeführt werden, da „diese vom staatlich eingesetzten Direktor (mit Veto-Recht) gegängelt [wurden]; die eingeführte Arbeiterselbstverwaltung von 1950 war somit bestenfalls symbolischer Natur“[361] und sollte erst im Laufe der nächsten Dekade reell ausgeübt werden.[362]

Das Ziel der Arbeiterselbstverwaltung galt aber nicht nur der „Demokratisierung“ der Arbeitsprozesse und -produktion. Kardeljs Ausführungen nach, sollte damit auch die gesamte Gesellschaft demokratisiert werden. Dies wurde als eine spezifische Form der Demokratie verstanden, als „sozialistische Demokratie“.[363] Zusammengefasst als die „drei D“, sollten damit

[358] Dieses Zitat stammt aus der Biografie Titos von Djilas, in welcher er Tito vorwarf, dass keine einzige Idee des jugoslawischen Kommunismus von ihm selbst gestammt hätte. Er habe sich sogar gegen die Idee der Selbstverwaltung gestellt, bis diese ihm schließlich ‚vereinfacht' dargestellt wurde und er daraufhin das erwähnte Zitat entgegnete, Djilas, Tito, 105.

[359] “Basic law on the Management of State Economic Enterprises and Higher Economic Associations by Work Collectives”, Article 1, June 1950, zitiert bei: Blagoje Bošković, David Dašić, Socialist-Self Management in Yugoslavia. 1950–1980. Documents, Beograd 1980, 63. – Eine Zusammenfassung dieses Gesetzes findet sich in: Branko Horvat, Mihailo Marković, Rudi Supek (Hgg.), Selfgoverning Socialism. A Reader Vol. 1, New York 1975, 256f.

[360] Die grundlegendsten Aufgaben wurden in Artikel 27 des Grundgesetzes festgelegt. Siehe dazu: Bošković, Dašić, Solcialist Self-Managemenet in Yugoslavia, 68–70.

[361] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 108f.; – Horvat, The Yugoslav Economic System, 156.

[362] Lampe, Yugoslavia as History, 256; – Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 109.

[363] Kardelj, Die Wege der Demokratie in der sozialistischen Gesellschaft, 98; – Ders., The System of Socialist Self-Managment in Yugoslavia, in: Bošković – Dašić, Socialist Self-Maagemenet in Yugoslavia, 68–70. – Im Hinblick auf die Frage nach den Einkommensunterschieden, die in der vorliegenden Arbeit für die Jahre 1963–1989 analysiert wurden, ist die Verwendung dieses Begriffes insofern von Relevanz, als dieser dem Leninistischen entlehnt war: „Demokratie bedeutet Gleichheit [...] Gleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft in Bezug auf den

10.15772/ANDRASSY.2023.006

die jugoslawische Wirtschaft, Gesellschaft sowie die Partei de-bürokratisiert, demokratisiert und dezentralisiert werden.[364] Die „sozialistische Demokratie“ musste sich ihrer Natur nach von der Demokratie der „bürgerlichen Länder“ (später wurde diese Form der Demokratie als „politischer Pluralismus“ [365] bezeichnet) abgrenzen. Wie oben erwähnt, sollten die Interessen der gesamten Bevölkerung miteinbezogen werden: Nach Kardelj sei es gerade die Demokratie der Selbstverwaltung, die sich mit „allgemeinen Gesellschaftsinteressen identifiziert“, da die „riesige Mehrheit der Bürger“ die Arbeiter*innen seien. Umgekehrt zeichne sich die Demokratie der sogenannten bürgerlichen Gesellschaften vor allem dadurch aus, dass „Interessen der herrschenden Klasse und des Apparates ihres politischen Monopols der Macht mit den allgemeinen Gesellschaftsinteressen gleichstelle.“[366] Diese Art der Interessensverwaltung wäre eine aufgezwungene, die darin resultiere, dass Menschen entfremdet und ihre Freiheit verlieren würden.[367]

Die Aufgabe in Jugoslawien war nun, diese vielfältigen Interessen im Sinne der „sozialistischen Demokratie“ zu homogenisieren.[368] Als zweckdienlich erwies sich auch hier die Selbstverwaltung, zumal darin nicht nur die Arbeiter*innen („die größte Mehrheit der Bevölkerung“[369]) ihre Interessen ausdrücken und verfolgen könnten, sondern die gesamte Bevölkerung. Kurzum: Als Synthese gedacht, sollte die Idee der Selbstverwaltung auf alle anderen Lebensbereiche übertragen werden, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch sollte nun dezentralisiert werden.[370] Schließlich, so die Theorie, würde mit einer solch umfassenden Dezentralisierung auch ein politisches Monopol der KPJ verhindert werden, da die Verwaltung der Gesellschaft nicht mehr nur den „politischen Eliten“ obliegen würde.[371]

Mit dem erwähnten Grundgesetz über die Einführung der Selbstverwaltung wurde Anfang der 1950er Jahre das theoretische Fundament für die Ausübung der „sozialistischen Demokratie“ und der angestrebten Dezentralisierung gelegt. Was es für dessen Umsetzung noch brauchte, waren wirtschaftliche, politische und verfassungsrechtliche Reformen, die nun folgten. Im Rahmen des sogenannten „Neuen Wirtschaftssystems“ („novi ekonomski sistem“)

Besitz der Produktionsmittel, d. h. Gleichheit der Arbeit, Gleichheit des Lohnes. “ Lenin, Staat und Revolution, 104.

[364] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 192.

[365] Kardelj, Die Wege der Demokratie in der sozialistischen Gesellschaft, 101.

[366] Ebda., 101f.

[367] Ebda., 103.

[368] Höpken, Sozialismus und Pluralismus in Jugoslawien, 48.

[369] Kardelj, Die Wege der Demokratie in der sozialistischen Gesellschaft, 102.

[370] Gudrun Lemân, Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, Köln 1973, 4; – Fred Singleton, Twentieth-Century Yugoslavia, London 1976, 134f.; – Lampe, Yugoslavia as History, 260f.

[371] Wenngleich die politische Führung als „Avantgarde der Arbeiter“ ihren Beitrag leisten sollte. Siehe dazu: Kardelj, Die Wege der Demokratie in der sozialistischen Gesellschaft, 107; – Höpken, Sozialismus und Pluralismus in Jugoslawien, 48. – Zur Idee der politischen Dezentralisierung, die sich als Kernforderung im Kommunistischen Manifest wiederfindet, siehe: Marx, Engels, Das Kommunistische Manifest, 43f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

wurde mit dem Umbau des Staatsapparates auf wirtschaftlicher Ebene begonnen: Der zentralstaatliche Planungscharakter mitsamt den dazugehörigen Ministerien und Direktorien wich ab 1951 einer flexibleren Planung und Verwaltung.[372] Entsprechend dazu wurde im Dezember 1951 das „Gesetz über das Planungsmanagement der nationalen Wirtschaft" („zakon o planskom rukovođenju nacionalnom privredom") erlassen, in welchem die rigiden und detaillierten Planungsvorgaben (der sogenannten fundamentale oder Basisplan[373]) durch Verhältnisse, Relationen und sogenannte globale Proportionen (der sogenannten operative Plan[374]) ersetzt wurden. Der Fünfjahresplan wich damit dem sogenannten „Gesellschaftsplan" („društveni plan"/„socialni načrt"/„socijalen plan"). Dieser gab nun einen Rahmen auf Bundesebene vor, an welchen sich die Pläne der unteren politischen Ebenen orientieren konnten, ohne dass allerdings Konsequenzen bei Nichteinhaltung des staatlichen Planes drohten (im Gegensatz zum ersten Fünfjahresplan). Damit vollzog sich eine Verschiebung der bundesstaatlichen Einflussbereiche und Zuständigkeiten auf Republik-, Bezirks- und Gemeinde- bzw. Kommunenebene; für die Unternehmen galt nun das Territorialprinzip.[375]

Anders als in der Phase des „administrativen Sozialismus" unterstanden die Unternehmen nicht mehr direkt der Bundesregierung (in Form der oben geschilderten Dreiteilung von Ministerien – Direktorien – Unternehmen), sondern entschieden nun ein großes Stück weit autonomer. Schließlich oblag es ihnen selbst, diesen Plan entsprechend ihren eigenen finanziellen Möglichkeiten und Kapazitäten umzusetzen, allerdings unter bestimmten Auflagen[376]: Minimale Nutzung der Kapazitäten, Profite, die nun in Prozent der Lohnrechnungen kalkuliert wurden, die Bildung von Grundkapital sowie die Bestimmung darüber, wie Steuern und Budgetressourcen verteilt werden sollten.[377] Zudem konnten die Unternehmen ihr Produktionsziel nun selbst bestimmen und planen sowie sie dafür zuständig waren, die Produkte eigenständig zu verkaufen. Letzteres, und dies war ebenfalls eine Neuerung, implizierte, dass einige Preise nicht mehr bundesstaatlich festgesetzt wurden, sondern nun auf dem Markt gebildet werden sollten.[378] Indem Unternehmen also nicht mehr auf staatliche Vorgaben, sondern auf Marktsignale reagierten, sollte ein Markt und ein

[372] Die letzten Direktorien verschwanden im Jahr 1952, Horvat, Privredni sistem i ekonomska politika Jugoslavije, 14f.
[373] Deborah D. Milenkovich, Plan and Market in Yugoslav Economic Thought, New Haven/London, 1971, 81.
[374] Ebda.
[375] Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 66.
[376] Ebda., 64f., – Viktor Meier, Das neue jugoslawische Wirtschaftssystem, Zürich 1956, 56f.
[377] Branko Horvat, Privredni sistem i ekonomska politika Jugoslavije, Beograd 1970, 28f.; – Milenkovich, Plan and Market in Yugoslav Economic Thought, 82–89.
[378] Ausgenommen von dieser staatlichen Preisdiktion blieben, wie oben kurz erwähnt, Rohstoffe wie beispielsweise Eisen, Holz und bestimmte Industrieprodukte, Ward, The Firm in Illyria, 567.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Wettbewerb entstehen.[379] Wie noch zu sehen sein wird, stellte vor allem der Preismechanismus die jugoslawischen Firmen vor eine Herausforderung.

Eine Voraussetzung für das Funktionieren eines solchen Systems, in welchem es keine konkreten staatlichen Vorgaben, weniger Preisdiktionen und stattdessen einen Preismechanismus gab, ist die Profitabilität der Unternehmen. Die Kosten mussten durch Einnahmen gedeckt sowie Löhne und Gehälter ausbezahlt werden. Dass die Betriebe bzw. die Arbeiterkollektive über die Höhe der Löhne und Gehälter mitentscheiden durften, war ebenfalls ein Novum und kennzeichnete das „neue Wirtschaftssystem."[380] Das Instrument, das diese Profitabilität sicherstellen bzw. berechnen sollte, war die sogenannte „Rate der Akkumulation und Fonds" („stopa akumulacije i fondovi", AF-Rate): Das staatliche Planungsbüro, das die vormalige Planungskommission ersetzte[381], berechnete die Summe des geplanten Fonds für Löhne und Gehälter die ausbezahlt werden mussten, um wiederum den geplanten Output der einzelnen Unternehmen zu ermöglichen. Dies geschah auf Basis eines festgesetzten Mindestlohns bzw. eines durchschnittlichen Monatslohns, der mit der Anzahl der Mitarbeiter*innen eines Unternehmens multipliziert wurde.[382] Des Weiteren berechnete das Büro den Gesamtwert der dafür benötigten Investitionen (Akkumulation) und schließlich auch die soziale Konsumption (Fonds).[383] Aus dem Verhältnis dieser drei Elemente wurde letztlich die (durchschnittliche) Rate der Akkumulation und Fonds eruiert, womit ein Parameter resp. Richtwert für Preise, Profit und Löhne[384] gelegt wurde.[385] Vereinfacht formuliert, mussten die Kosten der Unternehmen nicht nur die Ausgaben decken, sondern darüber hinaus auch ein Plus erzielen, um die angesprochene Profitabilität zu garantieren; dies entsprach bzw. entspricht der Basisfunktion von marktwirtschaftlich geführten Unternehmen. Das Vakuum der vormals rigiden staatlichen Lenkung der Wirtschaft musste demnach nicht nur kompensiert werden, sondern sollte dies auch gewinnbringend tun. Da die jugoslawische Planungsbehörde diesen Mechanismus aber nicht gänzlich marktwirtschaftlichen Prozessen überließ und Bereiche wie

[379] Parbudyal Sing, Timothy J. Barkiw, Zeljan Suster, The Yugoslav Experience with Workers´ Councils, in: Labor Studies Journal 32/3, 2007 Los Angeles, 280–297, hier 283; – Milenkovich, Plan and Market in Yugoslav Economic Thought, 107.
[380] Ward, The Firm in Illyria, 567f.
[381] Horvat, Privredni sistem i ekonomska politika Jugoslavije, 29.
[382] Ebda., 29. – Dieser durchschnittliche Lohn lag bei 9.000 Dinar im Monat, Meier, Das neue jugoslawische Wirtschaftssystem, 130.
[383] Zur sozialen Konsumption siehe: Julie Fitzmaurice, Charles Comegys, Materialism and Social Consumption, in: Journal of Marketing Theory and Practice 14/4, Abingdon 2006, 287–299.
[384] Zu den konkreten AF-Raten siehe das Kapitel „Die Ausführung der Arbeiterselbstverwaltung: Probleme, Anpassung und Änderungen in den 1950er Jahren, 79. – Zur Preisformation unter dem AF-System siehe etwa: Milenkovich, Plan and Market in Yugoslav Economic Thought, 84.
[385] Ebda., 85f.; – Flakierski, The Economic System and Income Distribution in Yugoslavia, 5f. – Siehe dazu auch: Ognjen Radonjić, Miodrag Zec, Ekonomski model socijalističke Jugoslavije: saga o autodestrukciji, in: Sociologija 4/54, Beograd 2012, 695–720, hier: 703f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

die Investitionspolitik, (stellenweise) Preisbildung, Agrarwirtschaft (durch die Kollektivierung) nach wie vor regelte, brauchte es noch immer ein Planungs- und Kontrollinstrument, zu dessen Zweck die eben erläuterte AF-Rate eingeführt wurde.[386]

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass anstatt rigider Planung und Eingriffe seitens der staatlichen Behörde nun Richtwerte oder Erwartungen in die neuen Gesellschaftspläne implementiert wurden. Darüber hinaus wurde die Produktion der Betriebe um den Faktor der Profitabilität erweitert, die, so die Theorie, Anreize liefern würde, um die Erwartung und den Richtwert zu erreichen. Wenn den Unternehmen dieses nicht gelang oder sie über diese Richtwerte hinaus produzierten, folgten weder positive noch negative Konsequenzen.[387] Dies waren aber nur die konkreten Versuche der wirtschaftlichen Dezentralisierung. Wie oben konstatiert, sollten auch alle andere „Lebensbereiche" dezentralisiert und demokratisiert werden, indem eine breite und allgemeine Partizipation der Bevölkerung erwirkt werden sollte: Ähnlich wie die Arbeiterselbstverwaltung sollte die Bevölkerung auch in der Kultur, Gesundheit, Freizeit und bei sozialen Fragen ein Mitspracherecht haben, das nur dann erreicht werden konnte, wenn die Bundesorgane auch diese Kompetenzen an die niedrigeren Ebenen delegierte.[388] Warum dies geschehen musste, erläuterte Tito auf dem VII. Parteikongress der KPJ im November 1952 in Belgrad „Die unausweichliche Fortsetzung der Dezentralisierung in der Wirtschaft ist die Dezentralisierung und Reorganisation aller Organe der Regierung da jetzt, als Ergebnis des neuen wirtschaftlichen Systems, die Wichtigkeit der Bezirke als politische, wirtschaftliche und kulturelle Zentren mehr zunimmt, während die Kommunen, Gemeinden und Städte nun das Fundament des Regierungssystems sind mit dem Potential, zu territorialen sozialen Gemeinschaften – zu Kommunen – zu werden."[389]

Zum Zwecke der Ausweitung dieser „gesellschaftlichen Selbstverwaltung"[390] wurden nun Änderungen des Regierungssystems, der Institutionen, der Gerichtsbarkeiten usw. erforderlich und zwar in einem solchen Maße, dass diese eine neue „Quasi-Verfassung"[391] bedingten, die am 23. Jänner 1953 verabschiedet wurde: „Das Verfassungsgesetz über die Grundlagen der gesellschaftlichen und politischen Ordnung der Föderativen Volksrepublik

[386] Milenkovich, Plan and Market in Yugoslav Economic Thought,83; – Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 247.
[387] Ward, The Illyrian Firm, 568; – Bičanić, Economy Policy in Socialist Yugoslavia, 47.
[388] Siehe dazu etwa: Edvard Kardelj, O osnovama društvenog i političkog uređenja FNRJ, Beograd 1954, 28f.
[389] Exzerpt von Titos Report auf dem VII Kongress der KPJ in Beograd vom November 1952, zitiert bei: Bošković, Dašić, Socialist Self Management in Yugoslavia, 81. – Siehe dazu auch: Kardelj, O osnovama društvenog i političkog uređenja FNRJ, 44.
[390] Ebda.
[391] Zwar wurde mit diesem Gesetzestext die Verfassung von 1946 beinahe gänzlich aufgehoben, stellte aber keine neue Verfassung, sondern ein umfangreiches Gesetz zur Verfassung dar, Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 109.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Jugoslawien und über die Bundesorgane der Staatsgewalt“ („Ustavni zakon o osnovama društvenog i političkog uređenja Federativne Narodne Republike Jugoslavije i savezni organima vlasti“), das bereits im zweiten Artikel die „sozialistische Demokratie“ verankerte: „Alle Gewalt in der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien steht dem werktätigen Volke zu.“[392]

Ausgeführt sollte dieser Artikel folgendermaßen werden: Die Bundesversammlung als höchstes Organ, bestand bis zum neuen Verfassungsgesetz aus zwei Häusern, dem Bundesrat [„savezno (vij)eće“/„zvezni svet“/„federalen sovet“] sowie dem Nationalrat [„narodno v(ij)eće“/„nacionalni svet“/„naroden sovet“].[393] Erneuert wurde dieses Zweikammersystem insofern, als die beiden genannten zu einer Kammer zusammengelegt und um eine weitere ergänzt wurden: dem Rat der Produzenten. Damit gab es auf höchster Regierungsebene ein dezidiert politisches und ein wirtschaftliches Haus, mit Hilfe dessen die Interessen der Arbeiter*innen direkt vertreten werden sollten.[394]

Abseits der Ökonomie wurde die Dezentralisierung anderer Lebensbereiche ebenfalls in den Verfassungszusätzen gesichert, indem das Zweikammersystem nicht nur auf der Ebene der Bundesversammlung ausgeführt wurde, sondern auch in jeder weiteren darunterliegenden: Begonnen mit der Republikversammlung, danach dem sogenannten Volksausschuss („narodni odbor“/„naroden odbor“) auf Bezirksebenen sowie auf dem Volksausschuss auf Ebene der Gemeinden. Die Volksausschüsse der Bezirke und Gemeinden sollten die politische Dezentralisierung gewährleisten, indem sie nun das Recht erhielten „Geschäfte aus dem Bereich des wirtschaftlichen, kommunalen, sozialen und kulturellen Lebens und der Entfaltung der Gemeinde, der Stadt und des Bezirkes selbstständig zu regeln, die von allgemeinem Interesse für die Gemeinschaft sind […].“[395]

Schließlich blieben noch eine Reihe an Befugnissen und Funktionen über, welche die Bundesversammlung regelte. Dazu zählten laut Verfassung die Verteidigung des Landes, die Auslandsbeziehungen, Aufsicht über die gesamtjugoslawische Wirtschaftsentwicklung und über die Verfassung, Schutz der sozialistischen Gesellschaftsordnung, der Einheit und

[392] Artikel 2 des Verfassungsgesetzes von 1953, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verfgesetz53-i.htm, 2020 November 7.
[393] Siehe dazu: Artikel 25 und 26 des Verfassungsgesetzes von 1953, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verfgesetz53-i.htm, 2020 November 7. – Artikel 28 der Verfassung von 1953, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verfgesetz53-i.htm, 2020 November 7. – Des Weiteren siehe noch: Meier, Das neue jugoslawische Wirtschaftssystem, 32f.; – Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 214–216.
[394] Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 214–218; – Kardelj, O osnovama društvenog i političkog uređenja FNRJ, 55–58.
[395] Artikel 7 des Verfassungsgesetzes von 1953, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verfgesetz53-i.htm, 2020 November 7.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Gleichberechtigung der Nationen Jugoslawiens und Schutz der Unabhängigkeit und territorialen Integrität Jugoslawiens. Schließlich oblag es der Bundesversammlung auch, die verankerten Rechte der Selbstverwaltung zu gewährleisten.[396] Das höchste Regierungsorgan, das mit den Zusatzartikeln geschaffen wurde, war der Bundesexekutivrat („Savezno izvršno v(ij)eće"/„Zvezni izvršni svet"/„Sojuzniot izvršen sovet") der zusammen mit Tito als Vorsitz *de facto* Jugoslawiens Regierung bildete.[397] Der wohl aussagekräftigste Moment der politischen, wirtschaftlichen und verfassungsrechtlichen Reformen war die Umbenennung der KPJ in den „Bund der Kommunisten Jugoslawiens", („Savez Komunista Jugoslavije/„Zveza komunistov Jugoslavije"/„Sojuz na Komunistite na Jugoslavija", BdKJ). Damit sollte die neue „demokratische" Prägung der jugoslawischen Kommunisten auch nach außen tragen werden.[398]

Das Verfassungsgesetz von 1953 war demnach der Versuch, die ideologisch-theoretische Vorarbeit seit 1948 umzusetzen. Zentral war dabei der Unterschied zur Sowjetunion: Nicht die Partei sollte alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens bestimmen und kontrollieren, sondern die Bevölkerung selbst. Mit dem Gesetz von 1953 wurde schließlich auch eines der letzten Hindernisse für diese Ausübung beseitigt: Das Staatseigentum wurde (theoretisch) abgeschafft und das sogenannte Gesellschaftseigentum eingeführt. „Das gesellschaftliche Eigentum, die Selbstverwaltung der Produzenten […] und die Selbstverwaltung des werktätigen Volkes in Gemeinde, Stadt und Bezirk sind die Grundlagen der gesellschaftlichen und politischen Organisation des Staates."[399]

Mit diesen ersten Schritten der Dezentralisierung in Jugoslawien gingen umfassende Auswirkungen auf anderen Ebenen einher, die für den Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit von großer Relevanz sind: Die zunächst noch theoretische Übertragung der Fabriken an die Arbeiter*innen bedeutete auch einen Bedeutungswandel für die Gleichheit. Wenn nicht mehr staatliche Agenturen über beispielsweise das Einkommen entscheiden, sondern die Arbeiter*innen selbst, dann waren diese auch maßgeblich an der Umsetzung der Gleichheit beteiligt, zum Beispiel in Form von „gerechten" Einkommen, zumal die spätere Verfassung von 1974 in diesem Sinne explizit die Solidarität zwischen den Arbeiter*innen betonte.[400]

[396] Artikel 8 des Verfassungsgesetzes von 1953, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verfgesetz53-i.htm, 2020 November 9; – Kardelj, O osnovama društvenog i političkog uređenja FNRJ, 63–66.
[397] Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 219; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 193.
[398] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 193.
[399] Artikel 4 der Verfassung von 1953, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verfgesetz53-i.htm, 2020 November 10.
[400] Artikel 20 der Verfassung von 1974, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf74-i.htm, 2021 März 1.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

2.2.3.4. Die Arbeiterselbstverwaltung: Funktion, Organisation und Rechte

Rechte der Arbeiterselbstverwaltung

Die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung mit dem Gesetz von 1950 hatte nicht zur vollständigen Realisierung des Konzepts geführt. Nicht nur, dass die Anzahl der „übergebenen Fabriken" vergleichsweise gering war, auch hatte sich die KPJ bzw. später der BdKJ mit der Stelle des Direktors noch eine Kontrollinstanz in Form eines Veto-Rechts gesichert. Darüber hinaus wurden noch weitere Mechanismen geschaffen, mit Hilfe derer eine gewisse staatliche Lenkung möglich war: Etwa durch die AF-Rate oder die wiederkehrende Preisdiktion durch das Preisbüro. Welche Ausübungs- und Entscheidungsrechte aber waren ab 1950 grundsätzlich vorgesehen? Die Gesamtheit der Arbeiter*innen bildete das Arbeiterkollektiv und stellte insofern die Basis für alle weiteren Stufen dar, als es regelmäßig einen Arbeiterrat[401] aus seinen Reihen wählte. Dieser wiederum bestimmte einen Vorstand, der schließlich einen Direktor nominieren und aufstellen durfte. Den Arbeiterräten oblagen dabei die folgenden Aufgaben bzw. Rechte: Zustimmung zum sogenannten Basisplan sowie zum Finanzplan der Unternehmen; Ausführung des Geschäftsplans; Wahl, Entlassung und Ersatz des Vorstandes oder seiner einzelnen Mitglieder; Begutachtung des Berichts des Vorstandes sowie dessen Resolutionen zu übernehmen; Begutachtung und Evaluierung der Maßnahmen des Vorstandes sowie die Verteilung jenes Anteils des Unternehmenskapitals, der nach Abzug aller Kosten und Abgaben übrig blieb.[402]

Die Wahl des Vorstandes unterlag wiederum mehreren Bestimmungen. Je nach Größe des Unternehmens waren zwischen drei und elf Personen in den Vorstand zu wählen. Ausschlaggebend dabei war, dass mindestens drei Viertel davon direkt in der Produktion tätig oder in die „Basisaktivitäten" des Betriebes involviert sein mussten.[403]

Über beiden Organen stand der Direktor eines jeden Unternehmens, der sowohl die Planung als auch die Ausführung zu kontrollieren hatte. Ihm oblag auch das erwähnte Vetorecht: Wenn Pläne und Verordnungen des Vorstandes nicht dem Gesetz oder den lokalen

[401] Die Arbeiterräte sollten dem Gesetz nach, und je nach Größe des Unternehmens, aus 15–20 Mitgliedern bestehen und jährlich von allen Arbeiter*innen in geheimen Abstimmungen gewählt werden. Siehe dazu: Grundgesetz über die Verwaltung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen von 1950, Artikel 24, zitiert bei: Bošković, Dašić, Socialist Self-Management in Yugoslavia, 67.

[402] Ebda. – Zur Bedeutung von Fabriken als soziale Komponente siehe: Rory Archer, Goran Musić, Approaching the Socialist Factory and its Workforce. Considerations from Fieldwork in (Former) Yugoslavia, in: Labour History 58/1, London 2017, 44–66, hier 46 und 47f.

[403] Grundgesetz über die Verwaltung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen von 1950, Artikel 25, zitiert bei: Bošković, Dašić, Socialist Self-Management in Yugoslavia, 67. – Für die weiteren Kompetenzen des Vorstandes siehe: Grundgesetz über die Verwaltung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen von 1950, Artikel 27, zitiert bei: Ebda., 68.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Regulierungen entsprachen, musste der Direktor Einspruch erheben und entsprechende Änderung veranlassen.[404] Der wesentlichste Unterschied zwischen Arbeiterkollektiv und Vorstand lag in der Ausführung ihrer Tätigkeiten. Als eine Beziehung zwischen Legislative und Exekutive gedacht, erfolgte ersteres durch das Arbeiterkollektiv, während der Vorstand ausführende Tätigkeiten übernahm.[405] Letzterer behielt sich auch das Recht vor, Pläne gegebenenfalls zu ändern, zu ergänzen oder zu verwerfen, indem es Mitglieder des Vorstandes entließ und/oder ersetzte. Die ausführende Komponente des Vorstandes war es, die Verordnungen des Arbeiterrates zu verwalten und dabei die Arbeit des höchsten Exekutivorgans, den Direktor, zu kontrollieren, zumal die gesamte Verantwortung des Unternehmens bei diesem lag. Der Direktor war damit sowohl Repräsentant des Unternehmens als auch Ansprechpartner der (lokalen) Regierung und hatte damit eine vierfache Funktion inne: Er war Bürokrat, Lokalpolitiker, Manager und Exekutive zugleich.[406]

Eines der bedeutendsten Rechte der Arbeiterkollektive (und wesentlich für das Verständnis der empirischen Untersuchung dieser Arbeit) bestand in der Verteilung des Kapitals, das nach Abzug aller Kosten und Abgaben übrigblieb. Dies war jener Anteil, der als Lohn bzw. Gehalt ausbezahlt, reinvestiert und/oder gespart wurde und zu dessen Zweck die oben erläuterte AF-Rate zur Verwendung kam.[407] Bedeutend war diese Erneuerung deswegen, weil sie die (teilweise) Verwirklichung einer der zentralsten Forderungen der marxistischen Theorie darstellte: Die Abschaffung des Privateigentums und damit die Abschaffung der Ausbeutung von Lohnarbeit.[408]

Theoretisch lag dieser Forderung folgender Gedanke zugrunde: Die Klassengegensätze einer Gesellschaft ergaben sich dadurch, dass der Besitz an den Produktionsmitteln, und damit der ungleich verteilte Wohlstand, nur der bürgerlichen Klasse vorbehalten war, während hingegen den Arbeiter*innen, die mit ihrer Arbeitskraft überhaupt erst den Wohlstand schufen, nur ein geringer Teil zustand. Konkreter beschrieb Marx diesen Kreislauf als „Aneignung des Mehrwerts“, der sich, vereinfacht dargestellt, nach folgendem Muster vollzog: Der Zusammenhang zwischen Eigentum und Ausbeutung wird durch die Theorie des Mehrwertes geschaffen, der gewissermaßen als Hebelwirkung fungiert: Die Arbeiter*innen produzieren innerhalb einer gegebenen Periode mehr an Wert, als die daraus entstandenen Güter wert sind,

[404] Grundgesetz über die Verwaltung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen von 1950, Artikel 36–40, zitiert bei: Ebda., 70f.
[405] Lemân, Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, 9.
[406] Ebda., 23.
[407] Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 104; – Horvat, The Yugoslav Economic System, 180; – Hoffman, Neil, The New Yugoslav Communism, 255f.; – Milenkovich, Plan and Market in Yugoslav Economic Thought, 86; – Jan Vanek, The Economics of Worker´s Management. A Yugoslav Case Study, London 1972, 43.
[408] Marx, Engels, Das kommunistische Manifest, 55f; – Vanek, The Economics of Worker´s Management, 107.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

sie produzieren „mehr“. Als „Überschuss des Wertes des Produktes“ definiert, eignet sich der Eigentümer der Produktionsmittel eben diesen Wert an und akkumuliert damit einen Profit, während die Arbeitnehmer*innen nur jenen Teil als Lohn ausbezahlt bekommen, den sie für ihre unmittelbare „Reproduktion“ benötigen. Befänden sich die Produktionsmittel im gesellschaftlichen Eigentum, dann würde es auch die Gesellschaft sein, die über den Mehrwert verfügen, somit die Ausbeutung und die Ungleichheit beenden würde.[409] Die Arbeiter*innen würden den Mehrwert nicht nur bestimmen und erzeugen, sondern sich diesen auch selbst ausbezahlen, womit sowohl Ausbeutung und schließlich Klassengegensätze obsolet werden.[410]

In Jugoslawien sah man eben dies durch die Selbstverwaltung nun realisiert: Sämtliches Eigentum wurde der Gesellschaft übertragen und innerhalb der Arbeiterselbstverwaltung wurde dieses auch selbst verwaltet. Entsprechend dazu hieß es im einleitenden Teil der Verfassung von 1963: „Das Gesellschaftseigentum an den Produktionsmitteln schließt jegliche Rückkehr auf eine sich auf die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen stützenden System aus und [schafft] die Bedingung für die Selbstverwaltung der Werktätigen bei der Produktion sowie bei der Verteilung der Erzeugnisse ihrer Arbeit.“[411]

Die Ausführung der Rechte der Arbeiterselbstverwaltung: Probleme, Anpassung und Änderungen in den 1950er Jahren

In den ersten Jahren der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung war es das genannte AF-System, das die ideologische Komponente des Mehrwerts bzw. die Formel $y = c + v + m$[412], ausführen sollte: Die Einnahmen des Unternehmens auf dem Markt sollten in die Sparrate, die sich am Gesellschaftsplan orientierte, und in den aggregierten Lohnfonds aufgeteilt werden.[413] In der Theorie hätten die Unternehmen die Höhe der auszubezahlenden Gehälter selber bestimmt, tatsächlich übernahmen aber staatliche Behörden bis zu einem gewissen Grad diesen Vorgang, und zwar im Rahmen der AF-Rate. Mittels verschiedener Abgaben und Steuern in etwaige Fonds wurde dadurch jener Teil reguliert, der als Lohnfonds von den Arbeiterkollektiven an die Mitarbeiter*innen verteilt werden konnte. Die Rate fungierte damit als „Brücke“ zwischen einem rein marktwirtschaftlichen System und dem „administrativen

[409] Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Paderborn [2]1872, 189f.
[410] Marx, Engels, Das kommunistische Manifest, 56f.
[411] Verfassung vom 7. April 1963, Grundprinzipien, II, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2020 November 11.
[412] Wobei c das konstante Kapital, v das variable Kapital und m den Mehrwert darstellt. Ausschlaggebend für die Höhe des Profits ist die „Rate des Mehrwerts“, die sich aus dem Verhältnis zwischen dem Mehrwert und dem variablen Kapital ($\frac{m}{v}$) ergibt. Siehe dazu: Marx, Das Kapital, 187.
[413] Milenkovich, Plan and Market in Yugoslav Economic Thought, 86.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Sozialismus“ der Vorperiode in Jugoslawien.[414] Ein weiterer staatlicher Zugriff auf die Höhe der Löhne und Gehälter geschah durch die bereits erwähnte Festsetzung eines monatlichen Mindestlohnes. Über dieses Minimum hinaus und in Verbindung mit der AF-Rate, konnten die Arbeiterkollektive die Höhe der Einkommen frei bestimmen, darunter wurde jedoch ein Mindestgehalt festgesetzt, welches nicht unterschritten werden durfte.[415]

Wie hoch nun jener Teil des Unternehmenskapitals war, über das die Arbeiterräte in der unmittelbaren Phase des „neuen Wirtschaftssystems“ verfügen konnten, lässt sich anhand Tabelle 5 erkennen:

Tabelle 5: Rate der Akkumulation 1953– 1957 (Auszug)

Jahr	Prozent
1953	11,8 Prozent
1954	10,4 Prozent
1955	10,6 Prozent
1956	9,9 Prozent
1957	16,5 Prozent

Quelle: Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, 62.

Gut ersichtlich ist, dass der Anteil bei Einführung des Systems zunächst von knapp 12 Prozent auf unter zehn Prozent drei Jahre danach abnahm, wobei die Raten je nach Branche und Sparte unterschiedlich hoch waren.[416] Grund für diese Erhöhung war, dass unmittelbar nach der Verordnung von 1952 die Räte begannen, die Löhne und Gehälter für die Mitarbeiter*innen anzuheben. Ein Weg führte etwa über die Senkung von beispielsweise Produktionskosten, dessen Äquivalent als Lohn- bzw. Gehaltserhöhung berechnet wurde. Ähnliches geschah auch durch die Rationalisierung von Mitarbeiter*innen. Je weniger angestellt wurden, desto höher war der zu verteilende Lohnfonds auf die restlichen Arbeiter*innen.[417] Auch über den Qualifikationsgrad konnten die Einkommen erhöht werden, indem etwa absichtlich niedrig qualifiziertes Personal eingestellt und damit weniger Einkommen ausbezahlt wurde, womit sich

[414] Horvat, The Yugoslav Economic System, 180.
[415] Meier, Das neue jugoslawische Wirtschaftssystem, 132; – Hoffman, Neil, The New Communism in Yugoslavia, 255f. – Die Verordnung aus dem Jahr 1952 („allgemeine Verfügung über die Ausarbeitung der Lohntarife“ – „Opšte uputstvo o izradi tarifnih pravilnika“) sahen folgende Tarife vor: Für hochqualifizierte Arbeiten 30 Dinar pro Stunde; für qualifizierte Arbeiten 26 Dinar pro Stunde, für niedrigqualifizierte Arbeiten 23 Dinar pro Stunde und für nichtqualifizierte Arbeiten gab es laut Tarif 20 Dinar pro Stunde. Für Angestellte gab es andere Sätze: Hochqualifizierten standen 192 Dinar pro Tag zu, Mittelqualifizierten 192 Dinar pro Tag, Niedrigqualifizierten 165 Dinar pro Tag und für Hilfsarbeiten wurden 146 Dinar pro Tag vorgesehen. Siehe dazu: Meier, Das neue jugoslawische Wirtschaftssystem, 133.
[416] Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 104f.; – Horvat, The Yugoslav Economic System, 181; – Milenkovich, Plan and Market in Yugoslav Economic Thought, 86.
[417] Ebda., 87.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

der Lohnfonds wiederum vergrößerte.[418] Insgesamt führten die verschiedenen Praxen der Unternehmen auch zu verschieden hohen Löhnen und Gehälter für beispielsweise die gleiche Tätigkeit; eben dieses Resultat hätte mit der Verordnung von 1952 aber verhindert werden sollen.[419]

Die Konsequenz dieses Vorgehens war, den frei verfügbaren Anteil der Unternehmen zu verringern, indem verschiedene Steuern eingeführt wurden. So wurde ein progressiver Steuersatz auf den Teil des Lohns erhoben, der über dem geplanten „Überschuss" („višak") lag.[420] Eine andere Steuer betraf die verschiedenen Qualifikationsgrade, die nun ebenfalls differenziert versteuert wurden, um der gängigen Praxis, niedrigqualifiziertes Personal einzustellen, um den Rest des Lohnfonds zu erhöhen, entgegenzutreten.[421] Staatlich eingegriffen werden musste auch wegen einer indirekten Folge dieser Lohnerhöhungen. Die Preise vieler Güter und Dienstleistungen wurden seit 1952 über Angebot und Nachfrage, d.h. auf dem Markt gebildet. Dementsprechend führte jede Lohnerhöhung, als Preis der Arbeitskraft, mittels Erhöhung der Nachfrage auch zu einer Erhöhung von etwa Konsumgüterpreisen. Da die jugoslawische Wirtschaft einen Mangel an eben jenen Gütern aufwies, mussten die Einkommen der Arbeiter*innen erneut erhöht werden, was als Kreislauf zu einer Inflation führte.[422] Ein anderer davon betroffener Effekt war die Produktivität. In jenen Sektoren/Zweigen, in denen die Güterpreise erhöht wurden, stiegen auch ihre Einnahmen. Diese führten folgerichtig auch zu einer Steigerung des Lohnfonds, was letztlich in einer Lohn-/Gehaltserhöhung resultierte, ohne dass die Produktivität oder die Qualität der Güter bzw. der Arbeitsleistung zunahm.[423] Wie noch zu sehen sein wird, wiederholte sich dieser Kreislauf im Laufe der nächsten Jahrzehnte regelmäßig.

Das System der AF-Rate wurde bereits 1954 wieder ersetzt. Die staatlichen Interventionen nahmen ein solches Ausmaß an, dass sie mit der Idee der Selbstverwaltung bzw. mit dem Rückzug des Staates nicht mehr vereinbar waren.[424] Im Jahr 1954 wurde ein neues Lohnsystem eingeführt und zielte auf die erwähnten „Überschüsse" ab, d.h. auf die Abweichung der „durchschnittlichen Lohnfonds" entsprechend der AF-Rate. Anstatt mit Steuererhebungen auf diese Überschüsse zu reagieren und damit einzugreifen, sollten diese von

[418] Horvat, The Yugoslav Economic System, 181; – Flakierski, The Economic System and Income Distribution in Yugoslavia, 5.
[419] Milenkovic, Plan and Market in Yugoslav Economic Thought, 88.
[420] Wobei die Steuersätze je nach Höhe des „Überschusses" zwischen 25 Prozent und 98 Prozent variierten, Flakierski, The Economic System and Income Distribution in Yugoslavia, 5.
[421] Horvat, The Yugoslav Economic System, 181.
[422] Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 105.
[423] Milenkovic, Plan and Market in Yugoslav Economic Thought, 87.
[424] Horvat, The Yugoslav Economic System, 181.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

nun zum konstanten Teil der Lohnauszahlungen werden. Die Gewinne des Unternehmens wurden mit Einführung des neuen Systems in zwei Teile resp. auf zwei Fonds aufgeteilt: Der fixe oder reguläre „Verrechnungsfonds“ (“obračunski fond plata“) entsprach jenem Teil der Einkommen, der die Lebenshaltungskosten decken sollte, auf der Arbeitszeit basierte und der in etwa dem früheren „durchschnittlichen Lohnfonds“ entsprach. Darüber hinaus wurde ein zweiter variabler Fonds eingeführt, der „zusätzliche Lohnfonds“ („dopunksi fond plata“). Dieser wurde je nach Höhe des Unternehmensgewinnes zusätzlich zum fixen Lohn ausbezahlt – gewissermaßen als Provision – und sollte damit Anreize zur Produktivitätssteigerung liefern.[425] Dieses neue System brachte auch eine Abkehr vom sogenannten Einkommensprinzip. Während die Löhne im AF-System als Teil des Gewinnes betrachtet und berechnet wurden, wurden diese mit Einführung dieses neuen Systems nun fest vorgeschrieben; davon ausgenommen blieben die Zahlungen aus dem „zusätzlichen Fonds“, die nach wie vor vom Unternehmensgewinn determiniert wurden.[426]

Neu war auch, dass sich die staatlichen Planungsbehörden gänzlich aus der Lohnfestsetzung zurückzogen; die entsprechenden tariflichen Bestimmungen waren nun Sache der Unternehmen und als solche in einem Statut festgelegt.[427] Diese Bestimmung wurde allerdings erst 1955 eingeführt. In den Monaten davor waren staatliche Festsetzungen für die Höhe des Verrechnungsfonds nach wie vor vorherrschend. Im Konkreten behielt sich die Planungsbehörde vor, das Verhältnis der Löhne/Gehälter entsprechend der verschiedenen Ausbildungs- und Qualifikationsgrade zu definieren. Dies führte allerdings in eine Zwickmühle, denn wenn etwa die Gehälter der Geschäftsführer stiegen, musste der gesamte Lohnfonds erhöht werden, um das Verhältnis zwischen den hoch-, mittel- und nicht-qualifizierten Mitarbeiter*innen wieder herzustellen: „In der Praxis führte dies dazu, dass die Zahl der unqualifizierten Arbeiter*innen unnötig erhöht wurden.“[428]

Wenngleich es bei der Tariffestsetzung keine staatlichen Vorgaben mehr gab, musste dennoch jeder einzelne Tarif zweifach bewilligt werden: Einmal durch die lokale Gewerkschaft und einmal durch den Volksausschuss. Besonders die Gewerkschaften verstanden sich als Orientierungshilfe bzw. als Vermittlerin zwischen den Arbeiterkollektiven und den Wünschen bzw. Erwartungen der Regierung(en). Insgesamt stellte das neue System eine deutliche Verbesserung zum Vorgängermodell dar, zumal staatliche Eingriffe damit begrenzt wurden,

[425] Ebda., 181f.; – Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 105f.; – Meier, Das neue jugoslawische Wirtschaftssystem, 140f.; – Flakierski, The Economic System and Income Distribution in Yugoslavia, 6f.
[426] Lemân, Das jugoslawische Modell, 160f.
[427] Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 105f.; – Flakierski, The Economic System and Income Distribution in Yugoslavia, 6.
[428] Ebda.; – Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 106.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

wenngleich nicht gänzlich.[429] Denn nach wie vor konnte durch die Besteuerung der Unternehmensgewinne mit 50 Prozent jener Anteil reguliert werden, der sowohl als Lohn und als Provision ausbezahlt wurde.[430]

Ab 1957 wurden die Rechte und Möglichkeiten der Arbeiterräte aber erneut beschnitten: Die Arbeiterräte mussten nun bestimmte Anteile ihrer Einkommen in verschiedene Unternehmensfonds transferieren, etwa in den Fonds für Mindesteinkommen. Danach wurden auf der Basis von gesamtindustriellen Werten eigene Einkommensschemata festgesetzt, die schließlich eine Bestätigung des kommunalen Produzentenrates sowie des Gewerkschaftskomitees erforderten.[431] Aber selbst danach war die Verteilung dessen, was nach Abzügen, Steuern, Kosten usw. übrig blieb, nicht der Entscheidung der Arbeiterräte überlassen. Für den Fall, dass der „zusätzliche Lohnfonds" eine bestimmte Grenze (60 Prozent über dem festgelegten Minimum) überstieg, wurden erneut Steuern erhoben: 25 Prozent an Bundessteuer und bis zu 2,5 Prozent kommunale Steuern.[432]

Staatliche Einschnitte und Eingriffe dieser Art führten letztlich zu einer öffentlichen Diskussion in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, dessen Auftakt der erste Kongress der Arbeiterkollektive im Jahr 1957 bildete.[433] Wieviel Einfluss und Kompetenzen sollten der Bund und die Bundespartei haben? Waren diese Regulierungen mit der Idee der Selbstverwaltung noch kompatibel? War die Einteilung des Einkommens in Arbeitslohn und Gewinne nicht ein Merkmal bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften?[434] Die Arbeiterkollektive forderten vollständige Autonomie über die Einkommensverteilung ihres Unternehmens, schließlich wurde ihnen eben dieses Recht mit dem Grundgesetz verbrieft.[435]

In einer gemeinsam verabschiedeten Resolution forderte der erste Kongress der Arbeiterkollektive mehr Entscheidungsfreiheiten bei der Einkommensverteilung und größere Unabhängigkeit von den staatlichen Produktions-, Konsum- und Wachstumsplänen.[436] Der Bund der Kommunisten bzw. die obersten Regierungsinstanzen reagierten auf die Forderungen der Arbeiterkollektive, allerdings ausschließlich bezüglich einer: Die Einteilung der

[429] Dazu zählte etwa die Abschaffung der sogenannten Steuer auf den Lohnfonds, die wegen der Kompetenzen der Gewerkschaft und der Volksausschüsse nicht mehr notwendig waren, Meier, Das neue jugoslawische Wirtschaftssystem, 140f.; – Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 106f.
[430] Horvat, The Yugoslav Economic System, 182; – Dyker, Yugoslavia, 68; – Lemân, Das jugoslawische Modell, 162.
[431] Hoffman, Neil, The New Communism in Yugoslavia, 256.
[432] Ebda.
[433] Flakierski, The Economic System and Income Distribution in Yugoslavia, 7.
[434] Ebda.; – Lemân, Das jugoslawische Modell, 162.
[435] Siehe dazu das Kapitel "Erste Schritte auf dem jugoslawischen Weg: Die Anfänge der Arbeiterselbstverwaltung", 69–73.
[436] Resolution des Kongresses der Arbeiterkollektive, zitiert bei: Bošković, Dašić, Socialist Self-Management in Yugoslavia, 105–116.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Arbeiter*inneneinkommen in Löhne und Gehälter sollte weichen, da – wie die Resolution der Kongresses der Arbeiterkollektive betonte – diese Einteilung eher einem Lohnarbeitsverhältnis als der Selbstverwaltung entspreche. Ähnlich wie im AF-System wurden 1958 erneut das Einkommensprinzip und der Begriff der „persönlichen Einkommen" eingeführt: „Seitdem sind die monatlichen Einkünfte der jugoslawischen Produzenten Abschlagszahlungen auf den Anteil am Jahreserfolg, der am Ende der Rechnungsperiode ermittelt wird. Die persönlichen Einkommen sind nicht mehr Bestandteile des Ertrages."[437] Diesem Verständnis nach stellten die Mitarbeiter*innen eines Unternehmens auch kein Personal im klassischen Sinne mehr dar, die ein Recht auf Entlohnung haben. Viel eher waren sie nun Betreiber der sozialistischen Fonds, die zum Unternehmenserfolg beitrugen, womit sich ihr Einkommen nicht mehr als unabhängige Variable, sondern eine „Funktion des Verfahrens"[438] konstituierte.

Dieses System wurde mittels externer und interner Verteilung beschrieben. Erstere bezog sich auf die gesamten Bruttoeinnahmen, von welchen sämtliche Kosten des Unternehmens, Steuern sowie Abgaben an den Bund und die Abwertung abgezogen wurden. Daran anknüpfend wurde der Restbetrag intern verteilt, und zwar zwischen den Fonds der Unternehmen und jenem der Einkommen. Aus letzterem wurden schließlich noch Steuern sowie Abgaben an die Gemeinde bzw. Bezirk beglichen und das Residuum als „persönliches Einkommen" an die Arbeiter*innen verteilt. Für die interne Verteilung gab es zwei Mechanismen, anhand welcher die Arbeiterkollektive die Höhe der Einkommen bestimmten: Erstens wurde für jede Position eines Betriebes ein Punktesystem (siehe Tabelle 6) erschlossen, mittels welchem der individuelle Beitrag zum Gesamterfolg bemessen wurde. Am Ende eines jedes Betriebsjahres, und damit zweitens, wurde diese Summe der gesammelten Punkte in Geld „konvertiert" und ausbezahlt, wobei die monatlich entrichteten Einkommen Vorauszahlungen darstellten.[439]

[437] Lemân, Das jugoslawische Modell, 160.
[438] Flakierski, The Economic System and Income Distribution in Yugoslavia, 8f.
[439] Ebda., 108f. – Siehe dazu auch: Wachtel, Workers´ Self Management and Wage Differentials in Yugoslavia, 96–98.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 6: Punktesystem der Arbeiterselbstverwaltung

	Bildung	**Fähigkeiten und Erfahrung**	**Leitung**	**Verant-wortung**	**Phys. Beitrag**	**Ment. Beitrag**	**Arbeits-beding**	**Gesamt punkte**
Generalleitung	100	170	150	190	10	100	10	730
Technische Leitung	100	140	140	160	10	90	10	650
Arbeitsleitung	100	130	100	1120	10	90	40	320
Vorarbeiter	80	60	40	50	10	40	40	320
Gelernter Weber	50	40		40	35	30	40	235
Halbgelernter Spinner	30	20		20	30	10	40	150
Verkaufs-Leitung	100	130	100	140	10	90	10	580
Buchhalter	100	100	50	90	10	80	10	440
LKW-Fahrer	80	60		70	30	40	40	320
Reinigungs-kraft	20	10		10	40	10	40	130

Quelle: Rudolf Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, Cambridge 1973, Beispiel der Punktevergabe aus einer Textilfabrik in Zagreb, 109.

Um den kollektiven Beitrag zum Gesamterfolg zurechnen zu können, wurden die Unternehmen intern in „wirtschaftliche Einheiten" aufgeteilt, also etwa eine technische Einheit, die Einheit der Buchhaltung, des Transportes usw. Damit wurde auf insgesamt drei Ebenen über das Einkommen bestimmt: Über die persönliche Leistung im Unternehmen, der kollektiven in Form der „wirtschaftlichen Einheiten" sowie über die Gesamtperformance des Unternehmens.[440] Das neue System hatte damit zwar eine Forderung umgesetzt – die Abkehr vom Gewinnprinzip –, die verschiedenen Formen staatlicher bzw. externer Eingriffe wurden damit aber nicht abgeschafft. Nach wie vor mussten die Lohntarife von den kommunalen Behörden und der Gewerkschaft erst abgesegnet werden sowie auch die staatliche Regulierung mittels Steuererhebungen aufrecht blieben.[441]

Tatsächlich waren die Diskussionen über die Autonomie der Arbeiterselbstverwaltung nicht abgeklungen und konnten auch durch die Einführung des neuen Einkommenssystems 1958 nicht dauerhaft gelöst werden. Jugoslawien erlebte in den 1950er Jahren ein „Wirtschaftswunder"[442], das sich aber mehr auf die staatliche Lenkung als die betriebliche Autonomie zurückführen ließ: „Sollte dieser Pfad nun verlassen werden? [L]änder wie Jugoslawien (oder Bulgarien) bot der zentral gesteuerte Einsatz von knappen Ressourcen […]

[440] Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 109f. – Um die Auszahlung der monatlichen Einkommen zu gewährleisten, die *de facto* Vorauszahlungen des jährlichen Einkommens darstellten, wurden zwei Sicherheitsmechanismen installiert: Eine staatliche Garantie sicherte die Auszahlung für den Fall, dass ein Unternehmen nicht dazu in der Lage war. Der zweite Mechanismus war die Festsetzung eines Minimal-Einkommens, ebda.

[441] Flakierski, The Economic System and Income Distribution in Yugoslavia, 8.

[442] Jugoslavensko privredno čudo", Igor Duda, U potrazi za blagostanjem. O povijesti dokolice i potrošačkog društva u Hrvatskoj 1950-ih i 1960-ih, Zagreb 2004, 43.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

die Möglichkeit, die in der Vergangenheit schleppend verlaufene Industrialisierung gezielt voranzutreiben. Und darin waren sie ziemlich erfolgreich […].“[443]

Bevor diese Reformdiskussion näher erläutert wird, soll die wirtschafts- und sozialhistorische Entwicklung Jugoslawiens der 1950er Jahre *en détail* dargestellt und diskutiert werden. Die Praktika der selbstverwalteten Unternehmen hingen an bestimmten Mechanismen, wie etwa Preisentwicklung oder auch die Investitionspolitik, die wiederum Einfluss auf bestimmte Aspekte der Ungleichheit, vor allem der Einkommen und der Effizienz nahmen: War die erste Phase der Arbeiterselbstverwaltung erfolgreich? Welche Folgen hatte die Einführung von Marktsignalen bzw. marktwirtschaftlichen Gesetzen? Auf welchen Ebenen vollzog sich in welcher Form das erwähnte Wirtschaftswunder und nicht zuletzt: Warum war die wirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung für die Entwicklung der regionalen Ungleichheit?

2.2.3.5. Die wirtschaftlichen Entwicklungen Jugoslawiens in den 1950er Jahren

Preise

Zwischen der theoretischen Preisformation und ihrer praktischen Ausführung gab es in Jugoslawien eine deutliche Diskrepanz: Die erwähnte Einkommenserhöhung der Arbeiter*innen bedingte auf dem Markt eine Erhöhung von Preisen und Dienstleistungen, die letztendlich in einer Inflation mündete.[444] Dem ging die Preisreform von 1951/1952 voraus, welche die administrative Festsetzung der Preise durch den Preismechanismus ablöste und neue Regelungen einführte. Erstens mussten die Preiserhöhungen hoch genug sein, um den Überschuss an Geldeinnahmen absorbieren zu können. Zweitens musste eine Erhöhung der Einzelhandelspreise von industriellen Konsumgütern in Relation zu den Preisen agrarwirtschaftlicher Produkte stehen, um der damit generierten Kapitalakkumulation ein schnelles Wachstum zu ermöglichen. Die letzte Regelung bezog sich auf die Produzentenpreise, die nun weniger schnell steigen sollten, um Investitionen sowie Expansionen zu stimulieren.[445]

In der Praxis bewährte sich weder diese Strategie noch der Preismechanismus. In der ersten Hälfte des Jahres 1954 stiegen die Einzelhandelspreise um neun Prozent[446] und im darauffolgenden um fünf Prozent.[447] Theoretisch hätte eine solche Erhöhung durch Angebot

[443] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 113.
[444] Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 105; – Dyker, Yugoslavia, 71.
[445] Horvat, The Yugoslav Economic System, 175.
[446] Hoffman, Neil, The New Yugoslav Communism, 252.
[447] Horvat, The Yugoslav Economic System, 175.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

und Nachfrage ein neues Gleichgewicht schaffen müssen, aber dieser Mechanismus blieb in Jugoslawien wegen der hohen Nachfrage und des mangelnden Angebots aus.[448] Darüber hinaus funktionierte der Preismechanismus auch deswegen nicht, weil sich einige Monopole bildeten, die aufgrund des nur eingeschränkten Importes und Devisenhandels den Markt beeinflussten, anstatt der Markt die Unternehmen.[449] Die Konsequenz dieser Entwicklungen war, dass die staatlichen Bundesbehörden eingreifen mussten, um die Inflation abzuschwächen. Zu diesem Zweck wurden zunächst die Preise eingefroren und ab 1954 Deckelungen eingeführt, die im drauffolgenden Jahr mehr als die Hälfte des Wertes aller industriellen Rohmaterialen sowie Halbfertigprodukte umfassten.[450] Zusätzlich dazu wurde eine neue Bundesbehörde geschaffen, das Büro für Preise („ured za c(ij)ene“)[451], an welches die meisten geplanten Preiserhöhungen ab 1958 zu melden und zu rechtfertigen waren, beispielsweise mit Kostenerhöhungen für die Produktion.[452] Schließlich gab es noch eine indirekte Form der Preiskontrollen im Rahmen der Umsatzsteuer: Wenn mit dieser ein Gleichgewicht auf dem Markt erzeugt werden sollte, wurde die Umsatzsteuer sogleich in den Einzelhandelspreisen sichtbar. Für den Fall, dass die Preise ungerechtfertigt gehoben wurden, durften die Unternehmen die Umsatzsteuer nicht in den Preisen wiedergeben; die Steuer wirkte somit als „Strafe“ für die Unternehmen.[453]

Das Resultat dieser Eingriffe war, dass die Entwicklung der Preise in den 1950er Jahren relativ stabil blieb: Großhandelspreise variierten zwischen 96 und 99 Indexpunkten im Zeitraum zwischen 1953 und 1959 (1958=100). Auch die Einzelhandelspreise waren stabil, wenngleich diese einer höheren Fluktuation unterlagen.[454] Die Preise blieben bis zur Mitte der 1960er Jahre damit unter staatlicher Kontrolle, obgleich immer wieder versichert wurde, dass diese Eingriffe zeitlich begrenzt seien. Das Ziel war, wie der jugoslawische Vizepräsident Mijalko Todorović (1913–1999) betonte, ein System “freier Preise“.[455]

Industrie und Agrarwirtschaft

Die industrielle Produktion der 1950er Jahre in Jugoslawien wuchs tatsächlich in einem beachtlichen Ausmaß: Zwischen 1952 und 1957 betrug diese laut offiziellen Schätzungen 13,6

[448] Hoffman, Neil, The New Yugoslav Communism, 252.
[449] Ebda.
[450] Milenkovitch, Plan and Market in Yugoslavia, 108; – Dyker, Yugoslavia, 71; – Hoffman, Neil, The New Yugoslav Communism, 252. – Zu den Preisdecken siehe: Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, Table 16, 67.
[451] Wenngleich das Preisbüro nur eine „beratende Funktion“ hatte und nicht weisungsbefugt war. Siehe dazu: Neil, The New Yugoslav Communism, 254.
[452] Milenkovitch, Plan and Market in Yugoslavia, 108f.; – Hoffman, Neil, The New Yugoslav Communism, 252f.
[453] Hoffman, Neil, The New Yugoslav Communism, 254; – Milenkovitch, Plan and Market in Yugoslavia, 109.
[454] Hoffman, Neil, The New Yugoslav Communism, 254. – Detailliertere Angaben zu den Preisen siehe: Federal Statistical Review, Yugoslavia, 76–78.
[455] Zitiert bei: Hoffman, Neil, The New Yugoslav Communism, 255.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Prozent und war damit weltführend.[456] Ähnlich zur unmittelbaren Nachkriegszeit, verlief die Industrialisierung in den 1950ern aber auch nicht gleichmäßig[457]:

Tabelle 7: Jährliche Wachstumsraten in den industriellen Branchen 1952–75

Branche	(Offizieller) Index
Elektrische Energieproduktion	12,4
Kohle und Kohleprodukte	4,0
Petroleum und Petroleumprodukte	15,0
Eisenhaltige Metallurgie	11,0
Nichteisenhaltige Metallurgie	8,1
Stein, Ton und Glas	12,0
Metallprodukte	10,6
Elektrische Produkte	16,3
Chemische Produkte	16,8
Baumaterial	8,2
Sägeholz- und Holzprodukte	8,3
Papier und Papierprodukte	13,0
Textil und Textilprodukte	8,1
Fell- und Lederprodukte	8,2
Gummierzeugnisse	11,2
Nahrungsmittel	10,2
Tabakprodukte	4,0

Quelle: John H. Moore, Growth with Self-Management. Yugoslav Industrialization. 1952–1975, Stanford 1980, Table 7, 42.

Mehrere Aspekte lassen sich an dieser Tabelle ablesen. Die relativ hohen Wachstumszahlen in der Petroleum-, Metallurgie-, und der Energieproduktion deuten auf den erwähnten Fokus auf die Schwerindustrie hin. Den sogenannten Schlüssel- bzw. Basisprojekten des ersten Fünfjahresplanes wurde auch in den 1950er Jahre Priorität eingeräumt, was zu einer einseitigen Entwicklung führte, zumal am Beginn der Dezentralisierung nur ein Bruchteil der Schlüsselprojekte fertigstellt war.[458] Weiters ist erkennbar, dass sich neben diesen „traditionellen Industriebranchen“ ab etwa Mitte der 1950er Jahre auch neue entwickelten. Die industrielle Produktion von chemischen oder auch elektrischen Gütern verzeichneten, wie in Tabelle 7 ersichtlich, die höchsten Wachstumszahlen mit 16,3 bzw. 16,8 Prozent; ebenso die

[456] Mit einer jährlichen Wachstumsrate von 9,5 Prozent in der Zeit zwischen 1952 und 1971 lag Jugoslawien mit 0,1 Prozentpunkten noch vor Japan. Siehe dazu: Moore, Growth with Self-Management, table 27, 89; – Verglichen mit dem Niveau der Vorkriegszeit (1939=100) lag die industrielle Produktion in den darauffolgenden 20 Jahren bei knapp 400 Indexpunkten, was einer Verdreifachung entsprach. Siehe dazu: Hoffman, Neil, The New Yugoslav Communism, Table 16-2, 300. – Weitere Informationen zu den globalen Wachstumsraten siehe etwa: Maddison, Monitoring the World Economy,73–78; – Angus Maddison Datenbank, Historical Statistics, Statistics on World Population, GDP and per Capita GDP, 1–2008, online unter: http://www.ggdc.net/maddison/oriindex.htm, 2020 November 21. – Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, 105.
[457] Moore, Growth with Self-Management, 44.
[458] Hoffman, Neil, The New Yugoslav Communism, 303f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Nahrungsmittelproduktion mit 10,2 Prozent und die Papierindustrie mit 13 Prozent, die ab etwa Mitte der 1950er Jahre begannen, höhere Wachstumsraten zu verzeichnen.[459]

Diese Umorientierung in der Industrialisierungspolitik – von der Priorität auf die Schwerindustrie hin zu einer gesamtindustriellen Entwicklung – wird auf das Jahr 1956 datiert und lässt sich auf mehrere Ursachen zurückführen. Erstens war es in der Mitte der 1950er Jahre zu einer sehr niedrigen landwirtschaftlichen Produktion gekommen, die mit der Notwendigkeit einer höheren Leistung in der Lebensmittelproduktion einherging; zweitens verzeichnete Jugoslawien ein wachsendes Handelsbilanzdefizit.[460] Die Importe von insbesondere Konsumgüterprodukten konnten nicht durch die Exporte gedeckt werden. Weil Jugoslawien wegen des niedrigen Lebensstandards auf eben jene Konsumgüterprodukte angewiesen war, wurden andere Importe wie etwa Rohstoffe eingeschränkt, die ihrerseits aber essenziell für die hohen Wachstumsraten der industriellen Produktion waren. „Zwischen 1954 und 1955 wurde klar, dass die langsame Konsumgüterproduktion und das niedrige Level der agrarwirtschaftlichen Produktion die gesamte zukünftige Wirtschaft bremsen würden, weshalb schließlich Änderungen eingeführt wurden, um etwa die Investitionen in bestimmten Konsumgüterindustrien zu erhöhen."[461] Tatsächlich ist ein Anstieg in der Konsumgüterproduktion zu erkennen – dementsprechend stieg dieser zwischen 1950 und 1958 um 5,7 Prozent jährlich an – gleichwohl sich der Anteil der Konsumgüterindustrie an der gesamten industriellen Produktion in diesem Zeitraum verringerte: Von 30 Prozent im Jahre 1950 auf 25 Prozent acht Jahre später (siehe Tabelle 8).

Tabelle 8: Industrielle Leistung nach Produkttyp, 1938–1958

	Anteil an der Gesamtleistung			**Anstieg der Leistung**		**durchschnittl. jährliche Wachstumsrate**	
	1938	**1950**	**1958**	**1938–58**	**1950–58**	**1938–58**	**1950–58**
Insgesamt	100	100	100	244	101	6,4	9,1
Konsumgüter	34	30	25	135	56	4,6	5,7
Halbfertigware	58	57	58	225	87	6,4	8,8
Kapitalgüter	8	13	17	610	152	10,9	12,3

Quelle: Hoffman, Neil, The New Yugoslav Communism, Table 16-3, 307.

[459] Moore, Growth with Self-Management, 44; – Hoffman, Neil, The New Yugoslav Communism, 304.
[460] So betrug das Handelsbilanzdefizit im Jahr 1950 119,7 Millionen US-Dollar und erreichte drei Jahre später knapp 240 Millionen US-Dollar. In den kommenden Jahren bis einschließlich 1956 konnte das Defizit wieder verringert werden, wuchs jedoch im Jahr 1957 erneut auf 213,4 Millionen US-Dollar an (im Vergleich zum Vorjahr betrug das Defizit 122,2 Millionen US-Dollar). Siehe dazu: Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, Table 31, 102.
[461] Ebda., 116; – Hoffman, Neil, The New Yugoslav Communism, 304.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Die Bemühungen um die Erhöhung der Lebensmittelproduktion und damit des Lebensstandards manifestierten sich auch im zweiten Fünfjahresplan bzw. dem sogenannten Gesellschaftsplan, der ab 1957 in Kraft trat und die erwähnte Tendenz der Industrialisierungspolitik nun offiziell bekräftigte. Verglichen mit dem ersten Plan, erlangte die Verbesserung des Lebensstandards nun die dritt-dringlichste Priorität, anstatt die letzte wie im vorangegangenen Plan.[462] Insgesamt wurde ein Wachstum von 10,9 Prozent für diese Periode anvisiert, welches nun sogar früher als geplant umgesetzt werden konnte. Ende 1960 wuchs das Sozialprodukt um 56,6 Prozent (57,6 waren geplant); die industrielle Produktion wuchs um 66,4 Prozent (hier wurde die geplante Quote von 68 Prozent knapp unterschritten) und die agrarwirtschaftliche Produktion konnte ein Wachstum von 47,7 Prozent erreichen (geplant waren hier 42,7 Prozent).[463]

Von der erfolgreichen Umsetzung des Gesellschaftsplanes und dem Voranschreiten der Industrialisierung in Jugoslawien zeugte auch die Verteilung des Nationaleinkommens. Während sich der Anteil des Industriesektors im Laufe des Jahrzehnts vergrößerte, verringerte sich parallel dazu jener der Agrar- und Forstwirtschaft: Von knapp 35 Prozent aus dem Agrarsektor im Jahr 1952 hin zu 29,5 Prozent zu Beginn der 1960er Jahre. Aus dem industriellen Sektor stiegen die Proportionen von 21,5 Prozent in Jahr 1952 auf 29 Prozent im Jahr 1961.[464] Weiteren Aufschluss über die (erfolgreiche) Industrialisierungspolitik gibt auch die Beschäftigungsstruktur bzw. der wachsende Anteil der arbeitenden Bevölkerung[465] im industriellen Sektor.[466] Eben dieser Anteil wuchs von acht Prozent im Jahr 1953 auf 13,6 Prozent im Jahre 1961, war aber im Vergleich zu den Beschäftigten in der Landwirtschaft noch deutlich geringer. Dort arbeiteten im selben Jahr mehr als 55 Prozent der gesamten „aktiven" Bevölkerung Jugoslawiens.[467] Der Grund dafür, dass die Agrarwirtschaft noch immer prägend war, fasst Moore als „Ideologie versus Effizienz"[468] zusammen: Entsprechend der ideologischen Zielsetzung über die Abschaffung des Privateigentums, wurde der privat zu bewirtschaftende Boden (als „privater Sektor") in den 1950er Jahren auf zehn Hektar beschränkt, was wiederum die Möglichkeit auf Effizienz begrenzte. Diese befand durch die Agrarpolitik der vergangenen Jahrzehnte ohnhin auf einem niedrigen Niveau. Zusätzlich dazu

[462] Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, Table 3, 61; – Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, 116f.
[463] Ebda., 116.
[464] Siehe hierfür: Moore, Growth with Self-Management, 23.
[465] Die „ökonomisch aktive" bzw. „arbeitende" Bevölkerung umfasste *per definitionem* jene Personen, die im sozialistischen Sektor arbeiteten. Davon ausgeschlossen waren die Pensionist*innen, Invalide, Stipendiat*innen, Federal Statistical Office, Yugoslavia, 52–54; – Moore, Growth with Self-Management, 24f.
[466] Moore, Growth with Self-Management, 24.
[467] Ebda., 25. – In absoluten Zahlen betrug der industriell-aktive Anteil 8,340.000 Personen und in der Landwirtschaft 4,675.000 Personen. Siehe dazu: Federal Statistical Office, Yugoslavia, Table 3–8, 53.
[468] Moore, Growth with Self-Management, 24.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

war die Bereitschaft einer kollektiven und staatlichen Landbewirtschaftung beizutreten vergleichsweise gering (die Zwangskollektivierung war zu Beginn der 1950er abgeschafft worden). In Zahlen ausgedrückt, betrug der Anteil des Privatsektors innerhalb der Agrarwirtschaft insgesamt 85 Prozent. Den Privatsektor und damit die Produktivität zu vergrößern, war wegen des damit einhergehenden Privateigentums aber keine Option für den BKJ.[469] Ein Ausweg aus diesem Dilemma bestand ab 1957 in der aktiven staatlichen Unterstützung der Privatbesitzer, die von technischer Assistenz über die Zusammenarbeit mit den Kollektiven bis hin zur Partizipation an staatlichen Produktionsprozessen reichte. Eine direkte Folge davon war, dass die Anzahl staatlich-privater Kooperationen bei der Getreideernte etwa von 24.770 im Jahr 1957 auf über 207.000 im Jahr darauf zunahm.[470] Die Auswirkungen von unter anderem dieser Herangehensweise bedeutete tatsächlich einen höheren Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion, die mit 41 Prozent über dem Durchschnitt der Jahre 1951–1959 lag; auch in diesen Belangen wurden somit die Ziele des Gesellschaftsplanes bereits vor dessen Ablauf erfüllt.[471]

Investitionen

Als Hebel der Industrialisierungs- bzw. der Agrar- und letztlich auch der Regionalpolitik, sowohl in dieser als auch in der vorausgegangenen Planungsperiode, war die Verteilung der Investitionsmittel, deren Verwaltung bis dahin der jugoslawischen Investitionsbank oblag. Bis 1960 wurden die Investitionen zu einem großen Teil aus dem allgemeinen zentralen Bundesinvestitionsfonds entrichtet, dessen Mittel sich fast ausschließlich aus der 6-prozentigen Besteuerung der Unternehmensanlagen zusammensetzten.[472] Tabelle 9 zeigt zudem, dass neben dem zentralen Investitionsfonds auch die betrieblichen Abschreibungsfonds mit einem Anteil von 138,3 Milliarden Dinar im Jahr 1954, also etwa einem Drittel, relevant waren.[473] Zum Verteilungsinstrument dieser Mittel, zwischen 1954 und 1957, wurden die sogenannten Auktionen, welche die Mittel an die Unternehmen mit den höchst bietenden Zinsen vergab. Die Intention hinter diesem Vorgehen war, die Investitionsmittel in Einklang mit anderen

[469] Ebda.; – Hoffman, Neil, The New Yugoslav Communism, 283. – Zur genauen Anzahl der privaten Landwirtschaftsbetriebe nach Größe siehe: Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, Table 20, 80.
[470] Ähnliches galt für andere Bereiche wie der Viehhaltung, dem Pflügen, beim Dreschen usw. Siehe dazu: Hoffman, Neil, The New Yugoslav Communism, Table 15-4, 285.
[471] Ebda., 291.
[472] Bićanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 129. – In anderen Zahlen ausgedrückt beliefen sich die Abgaben der Unternehmen laut dem Bericht der OECD beispielsweise im Jahr 1961 auf 51,2 Prozent der Netto-Einkommen. Siehe dazu: Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys. Socialist Federal Republic of Yugoslavia, Paris 1966, Table 2, 11.
[473] Siehe hierfür auch: Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, 121f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Planungsinstrumenten (in diesem Fall Zinsen) zu verbinden. Dyker merkt allerdings an, dass in der Realität andere Parameter ausschlaggebend waren, etwa die strategischen Entwicklungsziele, regionale Ungleichheiten und nicht zuletzt auch ein „politischer Kuhhandel“.[474] Insbesondere auf letzteres wird weiter unten noch ausführlich eingegangen.

Tabelle 9: Die Zusammensetzung und Vergabe der Investmentfonds, 1954 und 1957

	1954		**1957**	
	Eingang	**Ausgabe**	**Eingang**	**Ausgabe**
Insgesamt	431,0	401,1	615,6	568,9
Bundesebene	128,7	153,7	167,0	171,1
Zentraler Investitionsfonds	109,0	127,4	156,4	158,0
Speziale Sozialfonds			5,3	7,8
Volksrepubliken	49,1	63,2	56,5	42,6
Investmentfonds	25,1	38,2	27,9	17,9
Wohnungsfonds			7,6	3,4
Budget	24,0	25,0	6,3	6,6
Speziale Sozialfonds			14,7	14,7
Volksausschüsse	47,9	40,1	111,4	116,9
Investmentfonds	22,9	16,1	44,0	49,5
Wohnungsfonds			45,4	45,4
Budget	25,0	24,0	7,4	7,4
Speziale Sozialfonds			14,6	14,6
Regierungsorgane und -institutionen	21,9	18,1	30,2	25,9
Wirtschaftliche Organisationen	183,3	126,0	250,5	212,4
Ressourcen zur freien Nutzung	45,1	39,8	70,7	73,2
Abschreibungsfonds	138,3	86,2	179,8	139,2

Quelle: Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, 121f.

Die Vergabe der Investitionsmittel war zugleich auch „Indikator der Prioritäten der Gesetzgeber“[475] und priorisiert wurde am Beginn der 1950er Jahre zweifelsohne die Industrie und der Bergbau[476], die einen Anteil von über 75 Prozent der Bruttoinvestitionen erhielten. Dass diese Investitionspolitik für das Entwicklungsgefälle weitreichende Konsequenzen hatte, wird angesichts der erwähnten Beschäftigungsstruktur („agrarwirtschaftlich Tätige versus Industriearbeiter*innen) weiter unten noch deutlicher.

Trotz dieser Tendenz ist auch die oben erwähnte Änderung der Industrialisierungspolitik erkennbar, die sich ab Mitte des Jahrzehnts einer gesamtindustriellen Entwicklung verschrieb. Dementsprechend sank der Anteil der Nettoinvestitionen in Industrie und Bergbau und erreichte im Jahr 1956 den vorläufig niedrigsten Wert mit 53,8 Prozent. Während sich demnach die

[474] Dyker, Yugoslavia, 73; – Hoffman, Neil, The New Yugoslav Communism, 251. – Zu den Investitionen in dieser Phase siehe: Moore, Growth with Self-Management, 109; – Hoffman, Neil, The New Yugoslav Communism 248; – Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, 120.
[475] Moore, Growth with Self-Management, 109.
[476] Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, Figure 13, 121.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Mittel für den industriellen Sektor nach 1956 verringerten, wurden jene für die Agrarwirtschaft, das Transportwesen, den Handel sowie für die staatlichen Sozialleistungen erhöht.[477]

Ein Blick auf die Verteilung der Investitionsmittel innerhalb der industriellen Sektoren verdeutlicht diesen Kurswechsel nochmals, und zwar insofern, als nicht mehr der Schwerindustrie der größte Anteil der Mittel zukam, sondern der Erzeugung elektrischer Energie mit 24 Prozent (aller Bruttoinvestitionen). Darüber hinaus zeigte sich, dass in der Zeit nach 1956 in die eisenhaltige Metallurgie beispielsweise nur noch 4,2 Prozent investiert wurden, während dieser Anteil zwischen 1952 und 1956 noch 16,2 Prozent betrug. Fast verdoppelt wurden die Mittel in der Nahrungsmittelproduktion von 4,8 auf 8,7 Prozent (die wiederum auf die oben erwähnte Handelsbilanzdefizit zurückzuführen war bzw. der Senkung der Konsumgüterimporten entsprach) sowie in der Textilindustrie, hier wurden die Mittel von 3,9 Prozent der Bruttoinvestitionen auf 6,5 Prozent erhöht.[478]

Außenhandel

Mit Einführung des Preismechanismus im Jahr 1952 wurde dieser auch im jugoslawischen Außenhandel etabliert, und zwar zu einer Parität von einem US-Dollar zu 300 Dinar. Auf Basis dieses Wechselkurses konnten Unternehmen zwar selbst entscheiden, ob und in welchem Ausmaß sie ins Ausland exportierten resp. daraus importierten, allerdings unterlagen die Unternehmen auch in dieser Hinsicht einer staatlichen Kontrolle, die sich in diesem Fall mittels verschiedener und komplizierter Koeffizienten konstituierte. Praktisch mündete dieses Koeffizienten-System in unterschiedlichen und mehreren Wechselkursen.[479] Dieses sah vor, dass die Hälfte der durch Exporte eingenommenen Devisen zur Rate von 300 Dinar abzugeben war, und die restlichen Devisen zu „freien“ Raten eingetauscht werden konnten.[480]

Im Jahr 1955 wurden neue administrative Kontrollen und Instrumente eingeführt, die den Außenhandel regulieren sollten. Die für diesen Zweck neu geschaffene „Außenhandelskammer“ sollte über den entsprechenden Ablauf Aufsicht halten.[481] Zusätzlich galten ab 1956 neue Raten, die zwischen 632 und 900 Dinar pro US-Dollar lagen. Damit wurde die Anzahl der verschiedenen Raten bzw. Koeffizienten zwar reduziert – von 36 auf elf bei Exporten und von 24 auf neun bei Importen –, eine Planung bzw. gesichertes Wissen darüber,

[477] Für die konkreten Zahlen siehe: Moore, Growth with Self-Management, 100.
[478] Moore, Growth with Self-Management, Table 31, 102.
[479] Dyker, Yugoslavia, 75; – Vladimir Pertot, Der Aussenhandel Jugoslawiens, Beograd 1961, 18.
[480] Hoffman, Neil, The New Yugoslav Communism, 258; – Dyker, Yugoslavia, 75.
[481] Ebda., 259.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

wieviel die entsprechenden Fremdwährungen in Jugoslawien wert waren, gab es nach wie vor nicht. Erst im Zuge der Reformen in den 1960er Jahren wurde dieses Problem behoben.[482]

Die Auswirkungen der neuerlichen staatlichen Eingriffe ab Mitte der 1950er Jahren zeigten dennoch Wirkung, die an der Handelsbilanz deutlich wird. Verglichen mit dem Jahr 1955 stiegen sowohl Importe als auch Exporte deutlich schneller an als in den Jahren davor. Die Ausfuhren um 70 und die Einfuhren um 53 Indexpunkte (1955=100).[483] Werden die Ausfuhren vor allem mit dem Index der industriellen Produktion verglichen, so zeigt sich, dass dem Anstieg der Exporte Jahre des rasanten Wachstums industrieller Produktion vorausgingen: „Erstmalig in der Geschichte Jugoslawiens wurde die Industrieproduktion zur Trägerin der Ausfuhrdynamik im Warenaustausch mit dem Ausland. […] Die Zunahme der Industrieproduktion ist […] vorerst das Ergebnis langjähriger Investitionen vorangegangener Jahre.“[484] Tatsächlich sah der Fünfjahresplan 1957–1962 eine knappe Verdoppelung sowie eine strukturelle Änderung des Außenhandelsvolumens vor. Hatten vor 1957 die Halbfertigprodukte noch die Hälfte aller Ausfuhren ausgemacht, sollten diese bis 1961 aus 43 Prozent Halbfertig- und 32 Prozent Fertigprodukten bestehen; für die restlichen 25 Prozent waren agrarwirtschaftliche Erzeugnisse geplant. Auch die Importe erfuhren Änderungen: Wie erwähnt, hatten Konsumgüterimporte, insbesondere Nahrungsmittel, ein Drittel der Einfuhren bis 1956 ausgemacht. Danach sollte dieser Anteil am gesamten Import um circa 20 Prozent reduziert werden, von 29,1 Prozent auf 8,5 Prozent.[485]

Letztlich betrafen all diese Maßnahmen das Handelsbilanzdefizit. Zwischen den Jahren 1954 und 1956 betrug dieses durchschnittlich 12.805 Millionen US-Dollar und erreichte im Jahr 1958 einen vorläufigen Höhepunkt im Wert von 47.984 Millionen US-Dollar. Anders formuliert: 1954 konnten 97 Prozent der Importkosten mit den Exporteinnahmen gedeckt werden. Am Ende des Jahrzehnts, im Jahr 1959, betrug dieser Anteil nur noch 69 Prozent – 31 Prozent fehlten demnach in der Bilanz.[486] Einer der wohl wesentlichsten Gründe dafür, warum Jugoslawien in den 1950er Jahren keine größere Wirtschaftskrise erlitt, resultierte in den bereits diskutierten Auslandshilfen, insbesondere jenen aus den Vereinigten Staaten. Diese lagen

[482] Ebda., 260. – Im Konkreten dienten diese Koeffizienten bei Exporten dem Währungsumtausch: Wenn etwa Güter für fremde Währungen verkauft wurden, dann dienten diese Koeffizienten der Überprüfung der Rentabilität des Geschäftes: Nahm der Koeffizient eine Zahl über eins an, sollte der Tauschhandel betrieben werden – lag dieser unter eins, so wurde vom Verkauf abgeraten. Für die Importe galt der Umkehrschluss: War der Koeffizient hoch, so sollte nicht gekauft werden – war er niedrig, sollte importiert werden, Bičanić, Economic Policy in Yugoslavia, 160.

[483] Für die genauen Angaben der Ein- und Ausfuhren siehe: Pertot, Der Aussenhandel Jugoslawiens, Tabelle 1, 14.

[484] Ebda., 22f.

[485] Hoffman, Neil, The New Yugoslav Communism, Table 17-5, 338.

[486] Die Jahre dazwischen sahen wie folgt aus: Im Jahre 1955 wurden 78 Prozent gedeckt; 1956 68 Prozent; 1957 60 Prozent; 1958 64 Prozent und 1960 konnten schließlich nur mehr 62 Prozent der Importkosten mittels der Exporte gedeckt werden, Singleton, Twentieth-Century Yugoslavia, Table 16, 144.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

zwischen 1953 und 1958 im Durchschnitt 61 Prozent über dem Wert des Handelsbilanzdefizits.[487]

Ein Aspekt soll hier noch kurz vorweggenommen werden: Nachdem Stalin im Jahr 1953 starb, begannen sich die wirtschaftlichen Beziehungen Jugoslawiens zur UdSSR zu normalisieren. Zwischen September 1955 und August 1956 wurden insgesamt fünf Verträge abgeschlossen, von welchen einige auch die Regionalpolitik betrafen. So etwa das von der Sowjetunion und der DDR 1956 unterzeichnete Abkommen, welches einen Kredit an Jugoslawien vorsah, und zwar im Wert von 175 Millionen US-Dollar. Dieser war für die Finanzierung einer ersten Aluminiumcharge von 500.000 Tonnen einer Fabrik in Montenegro vorgesehen.[488] Ein Vertrag über einen Kredit an Jugoslawien von 54 Millionen US-Dollar wurde abgeschlossen, der für den Erwerb von Kohle, Petroleum, Wolle und weiterer Rohstoffe vorgesehen war. Eine nächste Unterzeichnung sah einen Kredit von der Sowjetunion an Jugoslawien mit über 30 Millionen US-Dollar in Gold vor, der den Dinar stärken sollte. Die weitere Abmachung bezog sich auf Jugoslawiens Schulden gegenüber der Sowjetunion, die um 90 Millionen US-Dollar erlassen wurden. Auch verbesserten sich die Handelsbeziehungen zu den anderen Ländern aus dem Comecon. Mit der Tschechoslowakei wurde 1956 ein Investitionskredit von über 50 Millionen US-Dollar abgeschlossen; das Handelsvolumen mit Polen stieg von 7 Millionen US-Dollar im Jahr 1956 auf 58 Millionen US-Dollar im Jahr 1958; ähnliche Handelsbeziehungen wurden nun auch zu Ungarn, Rumänien und Bulgarien unterzeichnet, wenngleich diese später verlangsamt bzw. gestoppt wurden.[489] Global betrachtet, nahm Jugoslawiens Anteil am Welthandel zwar zu, war aber immer noch niedrig. Der Anteil am weltweiten Importhandel betrug zwischen 1957 und 1958 lediglich 0,65 Prozent und 0,44 Prozent am Exporthandel.[490] Nach wie vor von großer Bedeutung war der Handel mit den USA. So umfasste ein 1958 abgeschlossener Vertrag 62,5 Millionen US-Dollar an Jugoslawien, um damit 520.000 Tonnen Getreide, 20.000 Tonnen Baumwolle und etwa 26.000 Liter Öl aus den USA zu beziehen. Des Weiteren wurde auch ein Kredit an Jugoslawien in der Höhe von 46,9 Millionen US-Dollar vergeben, der nach 30 Jahren und zu einer Rate von vier bzw. fünf Prozent fällig wurde (abhängig von der Währung, in der die Kreditraten rückbezahlt wurden).[491]

Den hier erläuterten Zahlen nach schien Jugoslawien in den 1950er Jahre tatsächlich das oben attestierte „Wirtschaftswunder“ erlebt zu haben, wenngleich sich ein solches Wunder

[487] Ebda.
[488] Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 243f.
[489] Ebda.
[490] Ebda., 244f. und 346. – Eine detaillierte Aufstellung über den jugoslawischen Handel findet sich etwa bei Lampe, Yugoslavia as History, Table 9.2., 278.
[491] Dragan Bogetić, Jugoslavija i svetsko tržište kapitala. Američka finansijska podrška jugoslovenskim razvojnim programima krajem 50-tih godina, in: Tokovi istorije, 3, Beograd 2010, 88–101, hier 92.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

relativieren lässt[492]: Die Gegenüberstellung mit den USA oder dem Vereinigten Königreich verzerrt den Blick insofern, als diese Länder ein eher mäßiges Wirtschaftswachstum zu Beginn der 1950er Jahre aufwiesen. Werden hingegen Länder wie die Bundesrepublik, Frankreich oder auch Italien herangezogen, zeigt sich, dass deren Wachstumsraten über den jugoslawischen im Durchschnitt lagen.[493] Dass der *modus operandi* der wirtschaftlichen Entwicklung Jugoslawiens aber von schwerwiegenden Fehlern, Mängeln und Benachteiligungen begleitet wurde, „dämmerte nur den Ökonomen allmählich".[494]

2.2.3.6. Lebensstandard, Konsum und Freizeit in den 1950er Jahren

Was bedeuteten diese weitreichenden Änderungen der 1950er Jahre für den Lebensstandard der Jugoslaw*innen? Das politische Klima der 1950er Jahre stand tatsächlich in einem Gegensatz zur unmittelbaren Nachkriegszeit. Im Rahmen der Dezentralisierung wurden nicht nur den Unternehmens- und in weiterer Folge Regierungorganen eine gewisse Autonomie zugestanden. Durch Jugoslawiens Öffnung westlichen Ländern gegenüber wurde, zusammen mit dem „Wirtschaftswunder" der 1950er Jahre, nun auch gesellschaftlich ein gewisser Pluralismus zugelassen, der für die Jugoslaw*innen einen Wandel auf vielen Ebenen initialisiert: Tourismus und Freizeitverhalten, Kunst und Kultur, Konsum, Mode usw. „Ab Mitte der 1950er Jahre erlaubte das politische Klima in Jugoslawien ein Wachstum einer tiefen und komplizierten Beziehung zum Einkaufen, Ausgeben, Erwerben und zum Genießen. Das sozialistische Jugoslawien wurde langsam zu einer Konsumgesellschaft [...]."[495] Schließlich wurde sowohl im Zweiten Fünfjahresplan[496] als auch im Regierungsprogramm von 1958 der Fokus auf die Erhöhung des Lebensstandards gelegt. Dieses besagte des Weiteren, die Produktivität und damit das Einkommen zu erhöhen, um die individuellen materiellen und kulturellen Standards zu vergrößern. Schließlich garantierte das Programm auch die „maximale Befriedigung der persönlichen und kollektiven Bedürfnisse der Menschen".[497] Unter anderem wegen dieser

[492] Dyker, Yugoslavia, 93.
[493] Ebda., 95.
[494] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 198.
[495] Patterson, Bought and Sold, 2.
[496] Siehe dazu: Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, Table 3, 61.
[497] Exzerpt aus dem Programm des BKJ, zitiert in: Bošković, Dašić, Socialist Self Management, 131 sowie Igor Duda, When Capitalism and Socialism get along best: Tourism, Consumer Culture and The Idea of Progress in Malo Misto, in: Archer, Duda, Stubbs (Hgg.), Social Inequalities and Discontent in Yugoslav Society, 173–192, hier 173.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Gründe ist die „Geburtsstunde der jugoslawischen Konsumgesellschaft“[498] auf das Jahr 1958 zurückzuführen.[499]

Für Jugoslawien waren es insgesamt drei Faktoren, die auf den Lebensstandard in dieser Periode einwirkten. Erstens das Gesellschaftseigentum; zweitens die Arbeiterselbstverwaltung sowie drittens die materielle Lebensweise der Jugoslaw*innen.[500] Und tatsächlich änderte sich der Lebensstandard in den 1950er Jahren deutlich. Schlangen vor den Geschäften verschwanden ebenso wie die Ausgabe von Coupons für Mehl, Zucker, Fett und Fleisch, als das Angebot an Gütern erhöht wurde, es mehrere Geschäfte gab und neben der Quantität auch die Qualität der angebotenen Produkte zu steigen begann. [501] Wie bereits erwähnt, wurden am Anfang des Jahrzehnts die meisten Konsumartikel durch Importe bezogen. Später wurde versucht, durch Investitionen in die Konsumgüterindustrie eben diese Einfuhren zu reduzieren und gleichzeitig die eigene Produktion anzukurbeln – zwischen 1952 und 1958 wurde diese verdoppelt.[502] Die Erhöhung der Konsumgüterproduktion war aber nur eine Seite, um den Lebensstandard und den Konsum der Jugoslaw*innen zu erhöhen. Auf der andere musste auch die entsprechende Nachfrage in Form von Einkommen bzw. der Kaufkraft angekurbelt werden.

Tabelle 10: Index der Realeinkommen 1939 und ausgewählte Jahre 1951–1959

1953 = 100		**1958 = 100**	
Jahr	Index	Jahr	Index
1939	69	1956	89
1951	92	1957	96
1952	105	1958	100
1953	100	1959	111

Quelle: Neill, Hoffman, Yugoslavia and the New Communism, Table 18-1, 366.

Ersichtlich aus Tabelle 10 ist, dass die Einkommen am Beginn der 1950er Jahre stiegen (infolge der Erhöhung durch die Arbeiterräte), durch die erwähnte Inflation aber wieder sanken, bevor sie ab 1957 wieder zu steigen begannen. Offizielle Angaben der jugoslawischen Behörden

[498] Duda, When Capitalism and Socialism get along best, 173.
[499] Ebda.
[500] Josip Štahan, Životni standard u Jugoslaviji, Zagreb 1973, 7.
[501] Patterson, Bought and Sold, 3; – Duda, When Capitalism and Socialism Get Along Best, 173; – Wendy Bracewell, Eeating Up Yugoslavia. Cookbooks and Consumption in Socialist Yugoslavia, in: Paulina Bren, Mary Neuburger (Hgg.), Communism Unwrapped. Consumption in Cold War Eastern Europe, New York 2012, 169–196, hier 169; – Brigitte Le Normand, The House that Socialism built. Reform, Consumption, and Inequality in Postwar Yugoslavia, in: Ebda., 351–373, hier 352. – Vgl. dazu auch: Igor Duda, Everyday Life in Both Yugoslavias. Catching up with Europe, in: Helsinki Committee for Human Rights in Serbia (Hg.), Yugoslavia from a Historical Perspective, Beograd 2017, 391–408, hier 396. – Eine neue Form des Einkaufens boten dabei die sogenannten Selbstbedienungsläden. Der erste dieser Art eröffnete im Jahr 1956 in der kroatischen Stadt Ivanec, Duda, Everyday Life in Both Yugoslavias, 399.
[502] Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 361f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

schätzten den Anstieg der persönlichen Einkommen eines Arbeiter*innenhaushaltes (Vierpersonenhaushalt) zwischen 1954 und 1958 auf 26 Prozent und eines Angestelltenhaushaltes auf 41 Prozent. Im Jahr 1959 erhöhten sich die den Haushalten zur Verfügung stehenden Geldressourcen sogar um 27 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Kurzum: Der vermehrten Produktion von Konsumgütern stand nun auch eine entsprechende Kaufkraft gegenüber.[503]

Was sich allerdings kaum änderte, war die Struktur der Ausgaben: Die jugoslawischen Haushalte gaben noch immer mehr als die Hälfte ihrer Einkommen für Nahrungsmittel aus. Trotz des Anstieges in der Quantität und Qualität der Nahrungsmittelproduktion in Jugoslawien lag man in der Konsumption der Nahrungsmittel pro Kopf noch immer hinter dem Niveau der meisten industrialisierten Länder.[504]

Eine große Rolle in diesem Aufstieg der Konsumgesellschaft spielte die Frage nach der Behausung der jugoslawischen Staatsbürger*innen. Die monatlichen Kosten für eine Mietwohnung waren vergleichsweise gering. Für einen Vierpersonenhaushalt machten diese nicht mehr als drei Prozent der monatlichen Gesamtausgaben aus. Der Grund für die niedrigen Mietpreise ist auf die „künstliche" Preiskontrolle und -festsetzung zurückzuführen, die erst mit 1960 maßgeblich verändert wurden.[505] Bis zum Jahre 1958 wurden alle Wohnungsgebäude nationalisiert[506] und verwaltet, wobei jedem einzelnen/jeder einzelnen jugoslawischen Staatsbürger*in das Recht zugesprochen wurde, Wohnungsgebäude zu besitzen und zwar maximal zwei größere Wohnungen oder drei kleinere Wohnung.[507] Parallel dazu konnten die Wohnbedürfnisse angesichts der wachsenden Bevölkerung aber nicht befriedigt werden: In Belgrad etwa wuchs die Bevölkerung im Jahr 1956 um 14.000 Einwohner*innen, während für die ganze Stadt nur 14.735 Wohnung zur Verfügung standen. Um neue Wohnungsprojekte zu finanzieren, ging die jugoslawische Regierung 1955 zum ersten Mal dazu über, Wohnungsobjekte zu verkaufen. Arbeiter*innen wurden verpflichtet, mit einem monatlichen Anteil ihres Einkommens (ca. vier Prozent[508]) in einen entsprechenden Fonds einzuzahlen, aus welchem wiederum diese Projekte finanziert wurden. Den Baufirmen war es nun auch erlaubt,

[503] Ebda.; 365–368. – Zwischen 1954 und 1958 stiegen die Ausgaben der Haushalte insgesamt um 21,6 Prozent, wobei eine Erhöhung der Ausgaben für alle der oben aufgelisteten Gütern bzw. Dienstleistungen zu verzeichnen war; bis auf Heizung und Beleuchtung. Siehe hierzu: Ebda., Table 18-3, 367.
[504] Für Tabakwaren und Getränke, Bekleidung und Schuhe sowie für die Miete verringerten sich die entsprechenden Anteile an den Gesamtausgaben, während für den Rest ein leichter Anstieg zu sehen ist. Ebda., 371.
[505] Ebda.,
[506] Bičanić, Economic Policy in Yugoslavia, 26.
[507] Le Normand, The House that Socialism built, 355.
[508] Bei Hoffman und Neil findet sich die Angabe, dass nicht vier, sondern 10 Prozent des Einkommens zu leisten waren, Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 372.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

direkt an Einzelpersonen zu verkaufen „[...] damit wurde der Wohnraum auch zu einer Investition für Jugoslaw*innen.“[509] Diese neue Maßnahme, die 1959 auch institutionalisiert wurde, hatte zwar einen Beitrag für einen höheren Lebensstandard geleistet, indem Wohnungsmöglichkeiten staatlich gefördert und Mietpreise gestützt wurden, umfasste dabei aber nicht alle Teile der jugoslawischen Bevölkerung gleichermaßen. Denn während alle Beschäftigte im sozialen Sektor einen Beitrag ihres Einkommens in den Wohnungsfonds abgaben, hatte tatsächlich nur ein kleiner Teil davon die Möglichkeit eines Eigentumskaufs realisiert bzw. realisieren können.[510] In einer 1979 erschienen Analyse zeigte Boris Vušković etwa auf, dass die Vergabe von Wohnungen in einem Zusammenhang mit der Bildung der möglichen Wohnungsempfänger*innen stand. Demnach bekamen hochqualifizierte und höher ausgebildete Personen 13-mal mehr Wohnungen als semi-qualifizierte.[511]

Einen Aufschwung in den 1950er Jahren erlebte der Tourismus bzw. die Freizeit der Jugoslaw*innen, zumal Erholung und Freizeit auch Bestandteil der kommunistischen Ideologie waren: Die Phasen der Erholung waren demnach nicht nur dem Vergnügen, sondern auch der (Weiter-)Bildung gewidmet; der Möglichkeit, das Land und die Ideologie zu verstehen. Mit dem Begriff des „sozialen Urlaubes“ sollte dies nun umgesetzt werden.[512]

Die arbeitsrechtlichen Bestimmungen sahen ab 1946 vor, dass pro Arbeiter*in zwei Wochen bezahlten Urlaub zu genehmigen waren. Ab 1958 wurde diese Periode je nach Alter und Dienstjahren zwischen 12 und 30 Tagen im Jahr erweitert; damit wurde ein bezahlter Urlaub rechtlich verankert und musste vom Arbeitgeber ermöglicht werden. Bevor das „Wirtschaftswunder“ bzw. die „Geburt der Konsumgesellschaft“ in Jugoslawien einsetzte, brauchte es für die Idee eines „sozialen Urlaubes“ aber noch staatliche Unterstützung, um eben dies zu ermöglichen. Dabei wurde im Wesentlichen in zwei Strängen vorgegangen. Einerseits gab es „finanzielle Privilegien“[513], also Preisreduktionen sowie jährliche Urlaubszuschüsse und

[509] Le Normand, The House that Socialism built, 356.
[510] Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 373; – Le Normand, The House that Socialism built, 356; – Einblick in die Missstände bei der Wohnungsvergabe gibt die Analyse von Mihaljevi, der an Tito adressierte Briefe untersuchte. Siehe dazu: Mihaljevi, Social Inequalities from Workers´ Perspective, 35. – Auch Rory Archer führt an, wie die Politik der Wohraumverteilung zu noch mehr Ungleichheiten führte, ders., `Paid for by the workers, occupied by the bureaucrats`: Housing inequalities in 1980s Belgrade, in: Archer, Duda, Stubbs (Hgg.), Social Inequalities and Discontent, 58–76, hier 59f; – Ders., The Moral Economy of Home construction in late Socialist Yugoslavia, in: History and Anthropology 29/2, London 2018, 141–162, hier 142; – Ivan Magdalenić, Urbanizacija i socijalna diferencijacija s posebnim osvrtom na prostoru segregaciju unutar gradova, in: Sociologija i prostor: časopis za istraživanje prostornog i sociokulturnog razvoja 31–32/ 1971, 62–71, hier 65, tabela 2, 66.
[511] Vušković, Social Inequality in Yugoslavia, 27f.
[512] Rory Yeomans, From Comrades to Consumers. Holidays, Leisure Time, and Ideology in Communist Yugoslavia, in: Hannes Grandits, Karin Taylor (Hgg.), Yugoslavia´s Sunny Side. A History of Tourism in Socialism. 1950s–1980s, Budapest 2010, 69–196, hier 80; – Igor Duda, Adriatic for All: Summer Holidays in Croatia, in: Breda Luthar, Maruša Pušnik (Hgg.), Remembering Utopia. The Culture of Everyday Life in Socialist Yugoslavia, Washington 2010, 289–312, hier 291.
[513] Duda, Workers into Tourists, 36

10.15772/ANDRASSY.2023.006

andererseits wurden speziell dafür vorgesehenen Einrichtungen, wie etwa das Ferienzentrum für Arbeiter*innen, errichtet („radničko odmaralište“).[514] Insgesamt mündeten diese Entwicklungen, zusammen mit dem Wirtschaftswachstum, in einer Verdoppelung der Übernächtigungen zwischen 1956–1961.[515] Der internationale Tourismus angeht wurde erst ab 1960 in Angriff genommen[516], wobei die Anzahl der ausländischen Gäste in den 1950er Jahren dennoch nicht zu verkennen war.[517]

Ausgebildet wurde aber nicht nur in den Ferien. Einer der größten Fortschritte der 1950er Jahre gelang im Bereich der Bildung. Neben der Einführung einer allgemeinen Schulpflicht für Kinder zwischen sieben und 15 Jahren wurden zahlreiche Schulen, Universitäten und Ausbildungsstätten errichtet. Darüber hinaus wurde eine Vielzahl an Stipendienmöglichkeiten geschaffen. Alleine zwischen 1958 und 1959 wurden 57.263 Stipendien in einem Wert von 294 Millionen Dinar pro Monat vergeben. Auch wurden sogenannte Arbeiteruniversitäten gebaut, deren Zweck das Erlernen spezifischer Arbeitsleistung war, obwohl auch Allgemeinwissen unterrichtet wurde. Im Jahr 1958 waren über 120.000 Personen in diesen eher informalen Ausbildungsstätten inskribiert.[518] Wenngleich die schulische Ausbildung für alle Jugoslaw*innen zugänglich war, zeichnete sich auch in dieser Hinsicht eine Ungleichheit ab. Determiniert wurde der schulische Werdegang der Kinder unter anderem vom sozio-ökonomischen Status der Eltern, deren beruflichen Ausübung und Ausbildung sowie vom Wohnort. Zwischen 65 und 70 Prozent der Schüler*innen in Berufsschulen stammten aus landwirtschaftlichen Haushalten. Wiederum machten Kinder aus diesen Haushalten 15 Prozent der Schüler*innenschaft in Gymnasien aus. Dies zeichnete sich auf der nächsten Ausbildungsstufe ebenso ab. Während 92 Prozent der Gymnasiumsabsolvent*innen die Universität besuchten, lag der Anteil bei den Berufsschüler*innen bei 38 Prozent.[519]

Im Gesundheitswesen gab es ebenso einschneidende Entwicklungen, die zu einem höheren Lebensstandard in Jugoslawien beitrugen. So nahm beispielsweise die Mortalitätsrate des Landes zwischen 1947 und 1958 von 12,7 Prozent pro 1.000 Einwohner auf 9,2 Prozent ab. Noch größer war der Fortschritt bei der Kindersterblichkeit, die von 166 pro 1.000 Fällen im Jahr 1953 auf 86 Fälle sank. Dank Verbesserungen bei der Hygiene, aber auch bei der ärztlichen

[514] Ebda. – Der internationale Tourismus gewann erst mit 1960 an Bedeutung. Für die Periode davor siehe: Igor Thoukarine, The Yugoslav Road to International Tourism. Opening, Decentralization, and Propaganda in the early 1950s. in: Grandits, Taylor (Hgg.), Yugoslavia´s Sunny Side, 107–140.
[515] Duda, Adriatic for All, 294.
[516] Duda, Workers into Tourists, 38.
[517] Für die konkreten Zahlen siehe: Thoukarine, The Yugoslav Road to International Tourism, 120.
[518] Einen genauen Einblick in die Einschreibungen geben: Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, Table 18-5, 375.
[519] Vušković, Social Inequality in Yugoslavia, 38f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Versorgung gelang es, die durchschnittliche Lebenserwartung im Laufe der 1950er um zwölf Jahre zu erhöhen, somit auf insgesamt 58 Jahre. Die Anzahl an Ärzt*innen hatte sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf über 12.300 verdreifacht, was anders formuliert bedeutete, dass etwa ein Arzt bzw. eine Ärztin auf 1.475 Menschen kam.[520] Nicht zuletzt waren diese Entwicklung auch auf die Verbesserungen in der Gesundheitsfürsorge und -versicherung zurückzuführen, die verglichen mit der Zwischenkriegszeit große Sprünge machte. Ende der 1930er Jahre war etwa nur 7,5 Prozent der gesamten jugoslawischen Bevölkerung sozial- und gesundheitsversichert. Bis zum Jahre 1960 waren es 97 Prozent der Bevölkerung.[521]

2.2.3.7. Innen- und außenpolitische Entwicklungen in den 1950er Jahren

Aus Milovan Djilas Buch, „Die neue Klasse“, das der frühere Vertraute Titos in einer Gefängniszelle schrieb, stammt folgendes Zitat:

> „Da das kommunistische System auf der Verwaltung aufgebaut ist, muss es bürokratisch sein und eine strikt hierarchische Organisation haben. Im kommunistischen System haben sich rund um die politischen Führer und Instanzen exklusive Gruppen gebildet. Alles Politikmachen reduziert sich zum Zank in diesen exklusiven Gruppen, in denen Familienwirtschaft und Cliquenwesen blühen.“[522]

Nachdem Djilas bereits 1954 aus dem jugoslawischen Zentralkomitee wegen „Revisionismus“ ausgeschlossen wurde und kurz danach aus der Partei austrat, wurde er 1956 zu drei Jahren

[520] Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 380f.; – Duda, Everyday Life in Both Yugoslavias, 398f. – Bis 1958 war das medizinische Wesen privat und wurde erst danach verstaatlicht sowie die private Ausübung medizinischer Tätigkeit stark kontrolliert und reguliert, Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 381.

[521] Ebda., 377. – Für die Entwicklungen in der Kunst und Kultur nach dem Tito-Stalin Bruch siehe: Nenad Mekuljević, Yugoslav Art and Culture. From the Art of a Nation to the Art of a Territory, in: Helsinki Committee for Human Rights in Serbia (Hg.), Yugoslavia from a Historical Perspective, 442–460, hier 452. – Zur neuen Ausrichtung der Musik, siehe: Martin Pogačar, Yugoslav Past in Film and Music. Yugoslav Interfilmic Referentiality, in: Luthar, Pušnik (Hgg.), Remembering Utopia, 199–226, hier 199. – Ebenfalls gab es in der Mode “revolutionäre” Entwicklungen. Siehe dazu: Tanja Todorović, A Packo-Čuden, Fashion in the golden Age of Yugoslavian 20th Century Textile and Clothing Industry, in: IOP Conference Series, Materials Science and Engineering, 254/17, Busan 2017, 4; – Siehe dazu auch: Djurdja Bartlett, Žuži Jelinek: The Incredible Adventures of a Socialist Chanel, in: Luthar, Pušnik (Hgg.), Remebering Utopia, 407–428.

[522] Milovan Djilas, Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems, München 1957, 119.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Gefängnis verurteilt[523], was ihn zum „ersten Dissidenten“[524] Jugoslawiens machte.[525] Die Kritik Djilas galt den kommunistischen Systemen, die in ihrer „modernen“ Form totalitären Herrschaftssystemen entsprachen. Durch Macht, Besitz und Ideologie übe die kommunistische Partei Kontrolle über die Bevölkerung aus. Dieses Monopol sei bis dato, so Djilas, einzigartig in der Geschichte: „Keinem totalitären System der Geschichte, nicht einmal einem totalitären System der Gegenwart außer dem Kommunismus ist es gelungen, gleichzeitig alle diese Faktoren zur Herrschaft über das Volk bis zu diesem Grad in sich zu vereinigen.“[526]

Hintergrund dieser Vorwürfe von Djilas waren dessen Zweifel an der Umsetzung der Demokratie[527], der Elitenbildung und damit verbunden an der Diktatur des Proletariats bzw. der Theorie des Absterbens des Staates in Jugoslawien.[528] Zwar wurden die Forderung nach „De-Bürokratisierung“ und „Demokratisierung“ – wie oben erwähnt – 1952 beschlossen, allerdings geschah dies noch vor dem Tod Stalins 1953. Nach dessen Ableben stellte sich bei einigen Parteigenoss*innen die Ansicht ein, dass diese Forderungen, die aus der Ablehnung des Stalinismus entstanden, nicht mehr notwendig seien: „Spätestens jetzt wurde deutlich, dass die Kritik am Stalinismus bzw. die Entstalinisierung für viele jugoslawische Kommunisten nur ein Mittel der Herrschaftslegitimierung und der Selbstbehauptung gewesen war.“[529] Die Vorwürfe von „Etatismus“, „Bürokratismus“ und „Staatskapitalismus“, die zuvor an die Sowjetunion bzw. Stalin persönlich gerichtet waren, brachte Djilas nun in Jugoslawien vor. Es hätte sich eine Elite, eine neue Klasse, mit Privilegien herausgebildet, die, obwohl es keinen Klassenfeind mehr gäbe, nach wie vor so agiere: „Die Bürokraten setzen ihre sterile Jagd danach noch immer fort.“[530] Kurzum: Es gäbe keine Bourgeoisie mehr und sei demnach auch nicht mehr der „Feind“; zu einem solchen wurde laut Djilas nun die kommunistische Bürokratie.[531]

[523] Die Verurteilung zur dreijährigen Gefängnisstrafe geschah wegen Djilas Kritik an der sowjetischen Intervention in Ungarn 1956. Siehe dazu: Dejan Djokić, Britain Dissent in Tito´s Yugoslavia: The Djilas Affair, in: European History Quarterly, 36/3, London 2006, 371–395, hier 37.
[524] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 111.
[525] Ebda.; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 195; – Siehe dazu auch: Milovan Djilas, Idee und System. Politische Essays, Wien/München/Zürich/New York 1982, 274f.
[526] Djilas, Die neue Klasse, 226f.
[527] Djilas bezog sich bei seinem Wunsch nach mehr Demokratie in Jugoslawien explizit nicht auf die sogenannte sozialistische Demokratie. Siehe dazu: Ramet, Die drei Jugoslawien, 271f.
[528] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 111–113; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 194f.; – Nikola Mijatov, The Case of Milovan Djilas and the European Socialists. 1954–1958, in: Istorija 20. Veka 37/2, Beograd 2019, 217–238, hier 218.
[529] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 112.
[530] Milovan Djilas, Subjektive Kräfte, Anatomie einer Moral, Frankfurt am Main/Hamburg 1963, 86–90; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 195. – Auch der Vorwurf der Korruption stand im Raum. Siehe dazu etwa: Klaus Buchenau, Der dritte Weg ins Zwielicht? Korruption in Tito-Jugoslawien, in: Südosteuropäische Hefte, 2015/1, Berlin 2015, 23–45.
[531] Djokić, Britain and Dissent in Tito´s Yugoslavia, 372.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

De facto war die Einführung der politischen und wirtschaftlichen Dezentralisierung, und damit der schrittweise Abbau staatlicher Funktionen, von Beginn an kontrovers diskutiert worden, zumal damit theoretisch auch die Macht der Parteifunktionäre abgeschafft oder zumindest vermindert werden musste. Auf dem VI. Parteikongress 1952 in Zagreb stand die weitere Vorgehensweise bezüglich der Dezentralisierung und der Selbstverwaltung im Zentrum der Auseinandersetzungen. Während Djilas und Moša Pijade (1890–1957) für eine Demokratisierung, einer deutlich schnelleren Umsetzung der Selbstverwaltung sowie für eine Ausweitung ihrer Rechte plädierten, sprach sich der andere Parteiflügel rund um den Chef der staatlichen Sicherheitsverwaltung („Uprava državne bezb(j)ednosti"/„Uprava državne sigurnosti"/„Uprava državne varnosti", vormals „Odjeljene za zaštitu naroda") Aleksandar Ranković, Kardelj und Kidrić dagegen aus.[532] Ob der Tatsache, dass Djilas aus der Partei ausgeschlossen und seine Strafe im Gefängnis verbüßte, klang seine Kritik nicht ab. Ganz im Gegenteil: Im Frühjahr 1956 erachtete Tito es als unerlässlich, die Position der Partei bzw. des Bundes zu stärken, die seiner Meinung nach stagnierte. Es folgte ein Plenum des Zentralkomitees, das Pläne für eine Parteistraffung verlautbarte. Dazu gehörte etwa die Implementierung von sogenannten aktiven Zellen quer über alle Parteieinrichtungen hinweg, die laut Ranković einer ideologischen „Entfremdung", fehlendem Verständnis oder falscher Interpretation der Parteilinie und ihrer Einstellung entgegentreten sollte.[533] Tatsächlich wurden in den 1950er Jahre eine Vielzahl an Machtmissbrauchsfällen offenkundig, die nicht zuletzt durch die politische Dezentralisierung erst ermöglicht wurden: Als eigenmächtiges Eingreifen lokaler Politiker*innen in wirtschaftlichen und politischen Belangen sowie die Nutzung bestimmter Privilegien 1958 ein solches Ausmaß erreichte, welches sogar Djilas Vorwürfe untermauerte, ließ das Zentralkomitee einen Brief an alle Parteiorganisationen verschicken. Gerichtet war der Brief an „die Parteifunktionäre, [die] wegen Korruption, unberechtigter Privilegien und wegen starker lokalistischer Tendenzen" im Verdacht standen, „die Interessen der Gemeinschaft zu vernachlässigen".[534] Als Privilegien nannten das ZK etwa den Kauf von Privatautos aus den Mitteln der betrieblichen Fonds, Auslandsreisen, das Kaufen von Geschenken mit öffentlichen Geldern, Feiern und im Allgemeinen einen hohen Lebensstandard. Sollte diesem eigennützigen Vorgehen nicht unverzüglich entgegengetreten

[532] Ramet, Die drei Jugoslawien 269; – Singleton, Twentieth-Century Yugoslavia, 134f.
[533] Weitere Aspekte waren die Erweiterung der professionellen Kader für die Parteien aller Volksrepubliken bzw. Provinzen, die Einführung einer neuen Parteiorganisation, die sich dem Anwerben bzw. der Propaganda der jüngeren Bevölkerung annahm, eine Rekrutierungskampagne usw. Siehe dazu: Hoffman, Neil, The Yugoslav New Communism, 199f.
[534] Zitiert bei: Ramet, Die drei Jugoslawien, 287.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

werden, so der Brief, würde Jugoslawien das internationale Ansehen als sozialistisches Land verlieren.[535]

Ein weiterer im Brief angesprochener Punkt bezog sich auf die unrechtmäßig hohen Einkommen von Beamt*innen in wirtschaftlichen und politischen Ämtern, die in manchen Fällen Prämien bezogen, die über dem Lohn der Arbeiter*innen lagen.[536] Das ZK ging in dem Brief sogar soweit, die lokalpolitischen und -ökonomischen Interessen nicht nur als kleinbürgerlich, sondern auch als „nationalistische Intelligentsia“[537] zu bezeichnen und rekurrierte damit auf die verschiedenen Interessen der Republik- bzw. Gemeindeorgane, die nicht im Einklang mit der Bundespartei standen. Damit gemeint war beispielsweise die Vergabe von Investitionsmittel, die nicht nach ökonomischen, sondern nach lokalpolitischen Gesichtspunkten vergeben wurden – die sogenannten „politischen Fabriken“.[538]

Die Fragen danach, ob die Rechte im Rahmen der Selbstverwaltung weiter ausgebaut oder eingeschränkt werden sollten, ob statt weiterer Dezentralisierung nun zentralisiert werden und ob die ideologische Zielsetzung am Beginn des Jahrzehnts, nämlich das Absterben des Staates, vollständig umgesetzt werden sollte, wurden auf dem VII. Parteikongress des BKJ am 22. April 1958 vorerst beantwortet: Tito hielt in seiner Rede nochmals fest:

> „Je mehr die breite Masse unserer Bevölkerung [...] realisiert, dass die Interessen der Individuen [...] mit jenen der gesamten sozialistischen Gemeinschaft koinzidieren muss, desto schneller wird der Umfang und die Kraft unserer sozialistischen Gesellschaft wachsen [...] und jene lokalen Tendenzen eliminieren, welche die Samen des Chauvinismus tragen [...].”[539]

Laut dem entsprechenden Parteiprogramm von 1958 sah man nun in den Arbeiterräten das beste Instrument dafür, um „Bürokratismus und egoistischen Individualismus“ zu bekämpfen; es sei die Hoffnung der Arbeiter*innen auf einen höheren Lebensstandard und Wohlstand der Gemeinschaft, die sie motiviere, die Produktivität zu erhöhen und die Gesamtleistung der Unternehmen zu verbessern. Die Aufgabe der höheren Regierungsorgane, also die Republiken und der Bund, sei darauf zu beschränken, dass sie zur „Verlängerung“ der selbstverwalteten Kommunen werden und unter anderem sicherstellen, dass ein einheitliches System, mit

[535] Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 201; – Shoup, Communism and the Yugoslav National Question, 208f.
[536] Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 202.
[537] Zitiert bei: Ramet, Die drei Jugoslawien, 287.
[538] Ebda.; – Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 173; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 230.
[539] Exzerpt des Reports von Josip Broz Tito auf dem VII. Kongress des BKJ vom 22. April 1958, zitiert bei: Bošković, Dašić, Socialist Self Management in Yugoslavia, 119.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

gleichen Bedingungen und Rechte für alle Bürger*innen gewährleistet werde. Um dies auch zu verwirklichen, werden die Kommunisten nun besondere Aufmerksamkeit der „Straffung" repräsentativer Organe zukommen lassen, um deren Organisationen und Methoden einem freieren und direkteren Einfluss der sozialistischen Basis zu ermöglichen.[540]

Auch Djilas und dessen Vorwürfe wurden auf dem Kongress abermals verurteilt. Es seien revisionistische und anarchistische Spinnereien eines Verrückten, eines Korrupten, der seine Anweisungen aus dem Ausland beziehe[541]; er sei ein Verräter und ein Abtrünniger, der nun auf das Erreichte der Revolution spucke, auf den Sozialismus.[542] Paradoxerweise initialisierte dieses neue Parteiprogramm aber eben jene Forderung, für welche Djilas im Gefängnis saß. Denn, dass der oben erwähnte Kampf gegen den Bürokratismus und Etatismus im Programm verankert wurde, musste demnach implizieren, dass es Bürokratismus wie auch Etatismus auch tatsächlich gab.[543]

Die Rechte der Arbeiter*innen bzw. der Räte wurden ausgebaut, etwa in Bezug auf die Auszahlung der Einkommen. Wie weiter oben erörtert, wurden jene Mittel, über welche die Arbeiterräte bestimmen durften, schrittweise erhöht, ohne aber, dass diese Maßnahmen zum erhofften Erfolg führten. Der Beschluss, die Löhne und Gehälter zu erhöhen, hatte weder zur Steigerung der Produktivität noch zum Wohlstand der Gemeinschaft geführt.[544] Ganz im Gegenteil zogen diese Entscheidungen weitreichende Konsequenzen nach sich, die wiederum nur durch kurzfristige staatliche Eingriffe berichtigt werden konnten. Darüber hinaus hatten die vermehrten Rechte der Arbeiterselbstverwaltung auch nicht zu den proklamierten Zielen wie Einheit und „gleiche Bedingungen für alle"[545] geführt: Ungleiche Arbeitsbedingungen führten zu mehr oder weniger begünstigten Zweigen und diese wiederum zu unterschiedlich hohen Einkommen, „was zu immer größeren Disproportionen in der Entwicklung verschiedener Wirtschaftszweige, zu 'illoyaler Konkurrenz' [und] steigender Spekulationen führte."[546]

Trotz der verschiedenen Maßnahmen und Aufrufen zur Einheit innerhalb der Partei, musste dennoch immer wieder daran erinnert werden: Die Parteidisziplin müsse nicht nur gestrafft, so Tito im November 1959 auf einer Sitzung des ZK, sondern auch zentralisiert

[540] Exzerpt des Programmes des BKJ vom April 1958, zitiert bei: ebda., 121–136.
[541] Siehe dazu: Djokić, Britain and Dissent in Tito´s Yugoslavia, 373–378; – Mijatov, The Case of Milovan Djilas and the European Socialists, 22.
[542] Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 205.
[543] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 288.
[544] Tatsächlich stiegen die Privateinkommen mit 23 Prozent deutlich schneller als die Arbeitsproduktivität mit 3,4 Prozent. Siehe dazu: Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 114f.
[545] Exzerpt des Programmes des BKJ vom April 1958, zitiert bei: Bošković, Dašić, Socialist Self Management in Yugoslavia, 121–136.
[546] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 155.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

werden, und zwar bei allen Parteiaktivitäten.[547] Nach wie vor gab es auch keinen Konsens darüber, wie die Dezentralisierung mittels Selbstverwaltung weiter gestaltet werden sollte. Der sogenannte „Reformflügel", zu dem nun auch Kardelj und Bakarić gehörten, befürwortete eine Ausdehnung der Rechte. Auf der anderen Seite standen die „Dogmatiker" rund um Ranković, die sich für eine Zentralisierung aussprachen: Dass es zu den oben erwähnten Missständen in der Selbstverwaltung kam, war laut den Dogmatikern eine Folge der Dezentralisierung, die es zu stoppen galt.[548] Vorläufiger Höhepunkt dieser Auseinandersetzung innerhalb der Parteispitze waren die Reformen in den 1960er Jahren sowie die neue Verfassung von 1963, welche der Frage nach den weiteren Vorgangsweisen eine deutliche Richtung gaben. Der Ausbau der Dezentralisierung, der Ausbau der Autonomie von nicht nur den Arbeiter*innen, sondern auch den lokalen Regierungsorganen wurden sukzessive intensiviert.[549] Dass diese Reformdiskussionen einen nationalen Duktus bekamen, lag nicht zuletzt am Parteiprogramm von 1958 selbst. Das Ziel sei nicht die Errichtung einer jugoslawischen Nation gewesen, auch sollten die Teilrepubliken durch ein solches Konzept nicht ersetzt werden. Viel eher war der BdKJ darum bemüht, den sozialistischen Charakter Jugoslawiens zu betonen; nicht lokale oder nationale Aspekte, sondern der Inhalt der Ideologie sollte ein gemeinsamer Bezugspunkt werden.[550]

Außenpolitisch und im Kontext des sogenannten Kalten Krieges genoss Jugoslawien eine Sonderstellung. Weder dem einen noch dem anderen Block bzw. Interessensphäre zuordnungsbar, „befand es [Jugoslawien] sich in einer recht komfortablen Lage [...] weil Ost und West jetzt aus strategischen Gründen um dessen Gunst buhlten".[551] Wie weiter unten noch zu sehen sein wird, hatte die jugoslawische Außenpolitik und die damit verbunden Vergünstigungen (oder auch Nachteile) auch immer wieder Einfluss auf die Politik des regionalen Ausgleichs, wie etwa Beispiel des Tito-Stalin Bruches oder auch der Kredit für den Aufbau der montenegrinischen Aluminiumfabrik als Folge der Annäherung an die UdSSR zeigten. Eine große Änderung im außenpolitischen Kurs Jugoslawiens war die Wiederannäherung an die Sowjetunion nach dem Tod Stalins. Den bereits erwähnten Annäherungen in wirtschaftlicher Hinsicht 1954 folgte eine politische: Nikita Sergeevič

[547] Ramet, Die drei Jugoslawien, 288.
[548] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 115; – Shoup, Communism and the Yugoslav National Question, 210.
[549] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 116.
[550] Shoup, Communism and the Yugoslav National Question, 207. – Darüber hinaus merkt Sundhaussen an, dass die Tatsache, dass Kardelj Slowene und Ranković Serbe war, bereits ein nationales Sinnbild darstellte, zumal ein großer Teil der Reformbefürworter ebenfalls aus Slowenien und Kroatien stammten, während die Mehrheit der Dogmatiker Serben war, Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 115.
[551] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 200.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Chruščëv (1894–1971) reiste nach Belgrad und ließ dort bekanntgeben, dass das Geschehene aufrichtig bedauert werde und er es sich wünsche, das „gegenseitige Vertrauen auch zwischen unseren Parteien herzustellen".[552] Schließlich betonte er auch, dass der Aufbau des Sozialismus in jedem Land ausschließlich dessen eigenen Entscheidungen obliege; Unabhängigkeit, Souveränität und Gleichberechtigung der beiden Länder wurden einander nun zugesichert. Eben diese Zusicherung wurde ein Jahr später in der sogenannten Moskauer Erklärung vom 20. Juni 1956 nochmals bekräftigt. Als sich Tito mitsamt einer jugoslawischen Delegation zu einer mehrwöchigen Reise in die Sowjetunion aufmachte, wurde beidseitig festgestellt, „dass die Wege der sozialistischen Entwicklung [...] verschieden sind".[553] Darüber hinaus hieß es in der Deklaration weiter: „Beide Seiten [...] gehen von der Tatsache aus, dass sowohl der einen als auch der anderen Seite alle Tendenzen zum Aufzwingen ihrer Meinung bei der Bestimmung der Wege und Formen der sozialistischen Entwicklung fremd sind."[554] Faktisch bedeutete dieser *status quo*, dass sich Jugoslawien gegen die Sowjetunion „durchgesetzt" hatte.[555] Für die Sowjetunion stellte diese „Genugtuung"[556] aber insofern ein Problem dar, als die Akzeptanz der Unabhängigkeit und der Souveränität, vor allem aber die Anerkennung, dass alle Länder ein Recht auf ihre verschiedenen Entwicklungen auf dem Weg zum Sozialismus hatten, nun die anderen kommunistischen Länder anzuwenden drohten und „der vormaligen Wedge Strategy einen späten Erfolg bescheren konnte".[557] Als man sich in Polen und Ungarn auf das jugoslawische Vorbild berief[558], ließ die Sowjetunion im November 1956 wissen, dass das jugoslawische Modell nicht für andere Länder anwendbar sei.[559]

Auch auf der jugoslawischen Seite waren die Auswirkungen des sowjetischen Zugeständnisses nicht ausschließlich positiv. Denn die Annäherung der beiden Länder bedeutete auch, dass die jugoslawische Außenpolitik nun modifiziert werden musste, was im Hinblick auf den „Kalten Krieg" einer Gratwanderung entsprach. Der Aufstand in Ungarn im

[552] Zitiert bei: Calic, Tito, 289.
[553] Zitiert bei: Ebda., 292. – Diesem Besuch der jugoslawischen Delegation in Moskau gingen eine Reihe innenpolitischer Ereignisse in der Sowjetunion voraus, die sich unter dem Begriff der „Entstalinisierung" zusammenfassen lassen. Siehe dazu: Pavel Kolár, Der Poststalinismus: Ideologie und Utopie einer Epoche, Köln/Weimar/Wien 2016; – Jörg Baberowski, Nikita Chrustschow und die Entstalinisierung 1953–1964. Stalins Erben und die Entstalinisierung, in: Michael Wildt (Hg.), Geschichte denken. Perspektiven auf die Geschichtsschreibung heute, Göttingen 2014, 166–185, hier 172.
[554] Die Moskauer Deklaration vom 20. Juni 1956, zitiert bei: Damjanović, Grothusen, Höpken (Hgg.), Josip Broz Tito, 292.
[555] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 200.
[556] Dieses Zugeständnis seitens der UdSSR wurde auch als „Chruchtows Canossagang" bezeichnet, Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 130.
[557] Ebda., 131.
[558] Wolfgang Höpken, „Durchherrschte Freiheit": Wie „autoritär" (oder wie „liberal") war Titos Jugoslawien, in: Hannes Grandits, Holm Sundhaussen (Hgg.), Jugoslawien in den 1960er Jahren. Auf dem Weg zu einem (a)normalen Staat? Wiesbaden 2013, 39–68, hier 39.
[559] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 132.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Jahre 1956 stellte diesen neuen Kurs auf eine erste Probe, als es zu einer sowjetischen Intervention kam. Hatte Tito eine solche zuvor noch kritisiert, lenkte er nun ein und bezeichnete das Eingreifen der Roten Armee als notwendig; die konterrevolutionären Tätigkeiten in Ungarn müssten niedergeschlagen werden, um den Sozialismus zu retten, einen Dritten Weltkrieg zu verhindern und damit den Weltfrieden zu sichern.[560]

Die jugoslawisch-sowjetischen Annäherungen hatten auch auf andere bilaterale Beziehungen Auswirkungen.[561] So ließen die USA etwa die amerikanischen Militärhilfen kurz nach Chruschtows Besuch in Belgrad 1955 aussetzen.[562] Ebenfalls verschlechtert hatten sich die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland (BRD), denn ein Ergebnis der jugoslawisch-sowjetischen Annäherungen war, dass Tito die sogenannte Zwei-Staaten-Theorie anerkannte und sich auch für die Oder-Neiße-Grenze aussprach.[563] Als er im Oktober 1957 schließlich diplomatische Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik (DDR) aufnahm, brachen jene zur BRD, die nach dem formalen Ende des Kriegszustandes 1951 aufgenommen wurden, ab.[564] Ein Umstand, der laut dem Auswärtigen Amt dem jugoslawischen Opportunismus und illoyalem Verhalten geschuldet war.[565]

Ein wesentliches Merkmal der jugoslawischen Außenpolitik in den 1950er Jahren war die Annäherung an asiatische und afrikanische Länder, um eine internationale Politik außerhalb der beiden „Blöcke“ zu ermöglichen, die ihren Gipfel in der Gründung der sogenannten Bewegung der Blockfreien fand. Zu diesem Zweck bereiste Tito zahlreiche Länder und wurde als erstes europäische Staatsoberhaupt in Indien 1954 empfangen[566], wo er die Teilung der Welt als „Grundübel des internationalen Systems“ kritisierte.[567] Im Jänner des darauffolgenden Jahres hielt er an der Universität von Rangun eine Rede, welche ihm die Ehrendoktorwürde verlieh: „Diese Ehrung hat für mich umso größere Bedeutung, als sie von der

[560] Ebda., 131; – Jakovina, Socijalizam na američkoj pšenici, 98–111; – Vgl. dazu auch: László Bíró, Die Sowjetunion und die jugoslawisch-ungarischen Beziehungen 1956, in: Wolggang Müller, Michael Portmann (Hgg.), Osteuropa vom Weltkrieg zur Wende, Wien 2007, 241–256.
[561] Siehe dazu: Bogetić, Jugoslavija i svetsko trzište kapitala, 92.
[562] Vučetić, Die jugoslawische Außenpolitik, 21.
[563] Michael Lemke, Die Berlinkrise 1958 bis 1963, Berlin/Boston 1995.
[564] Die Aufhebung eines solchen formalen Kriegszustandes wurde auch für die bilateralen Beziehungen zu Österreich 1951 beschlossen. Dazu sowie zu den jugoslawischen Forderungen auf Gebiete Kärntens/Koroška bzw. auf „slowenisch Kärnten“ siehe: Petar Dragišić, Jugoslavija i Austrija 1945–1955 rezime odnosa, in: Istorija 20. Veka, 2013/1, Beograd 2013, 123–134, hier 124f. und 127–129.
[565] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 132. – Noch immer ungelöst waren auch die jugoslawischen und italienischen Gebietsansprüche in der nördlichen Adria und der Auseinandersetzung um Julisch Venetien. Siehe dazu: Miljan Milkić, Das Freie Territorium Triest unter jugoslawischer Militärregierung. 1947–1954, in: Dieter Krüger, Felix Schneider (Hgg.), Die Alpen im Kalten Krieg. Historischer Raum, Strategie und Sicherheitspolitik, München 2012, 325–336, hier 331.
[566] Calic, Tito, 285. – Zur Vorgeschichte der Bewegung zwischen Nehru und Tito siehe: Nataša Mišković, The Pre-history of the Non-Aligned Movement. India´s First Contacts with the Communist Yugoslavia. 1948–1950, in: India Quarterly 65/2, New Dehli 2009, 185–200.
[567] Zitiert bei: Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 139.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

wissenschaftlichen Institution eines Landes ausgeht, das erst vor Kurzem seine Unabhängigkeit erworben hat."[568] Dass Tito gleich zu Beginn seiner Rede die neu erlangte Unabhängigkeit Burmas erwähnte, war kein Zufall, denn tatsächlich sollte Unabhängigkeit zum Ausgangspunkt der Politik der „Blockfreien" werden, die sich als Gegenentwurf zum Imperialismus verstand.[569] „Mit der Erlangung der Unabhängigkeit sind in diesen neuen unabhängigen Staaten die Bedingungen für eine vollständige ökonomische und politische Entwicklung geschaffen. Damit hat sich gezeigt, dass die Unabhängigkeit in den internationalen Beziehungen eine wesentliche Bedingung für eine wirkliche und schnelle Entwicklung eines Landes darstellt."[570] Nicht zuletzt verwies Tito darauf, dass er dies aus eigener Erfahrung bestätigen könnte.[571] Aus diesem Verständnis heraus, definierten sich die Blockfreien nicht nur als Anti-Imperialisten, die damit folgerichtig eine Entkolonialisierung forderten, sondern auch als Befürworter der sogenannten „friedlichen Koexistenz".[572] Darüber hinaus war auch das sogenannte Wettrüsten zwischen den Blöcken von großer Bedeutung für die sich anbahnende Bewegung, die den Gebrauch der Kernenergie „ausschließlich für friedliche Zwecke, selbstverständlich unter effektiver internationaler Kontrolle" forderte.[573]

Auf der Adriainsel Brioni lud Tito den ägyptischen Staatschef Gamal Abdel Nasser (1918–1970) und den indischen Premierminister Jawaharal Nehru (1889–1964) im Juli 1956 ein, wo sie die sogenannte „Brioni-Deklaration" unterschrieben und sich auf folgende Grundsätze der Blockfreiheit einigten: Ein Ende der Teilung der Welt in Blöcke; das Abrüsten sowie die Aufsicht über die Kern- und Atomwaffen durch die Vereinten Nationen; eine intensivere und beschleunigte Entwicklung der unterentwickelten Gebiete in der Welt; die Abschaffung von Embargos; der Aufruf, eine Vertretung der chinesische Volksrepublik in die Vereinten Nationen aufzunehmen; die Lage im Mittleren Osten „unter Wahrung der Freiheit der betreffenden Völker" mit den Großmächten zu diskutieren sowie die Lage in Algerien eine „besondere Aufmerksamkeit" erfordere, wobei die drei Regierungschef ihre Sympathien

[568] Titos Rede an der Universität von Rangun vom 16. Jänner 1955, zitiert bei: Damjanović, Grothusen, Höpken (Hgg.), Josip Broz Tito, 261.
[569] Calic Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 202; – Alvin Z. Rubinstein, Yugoslavia and the Non-Aligned World, Princeton 1970, 40f.; – Robert Nieburh, The Search for a Cold War Legitimacy. Foreign Policy and Tito´s Yugoslavia, Leiden 2018, 89.
[570] Titos Rede an der Universität von Rangun vom 16. Jänner 1955, zitiert bei: Damjanović, Grothusen, Höpken (Hgg.), Josip Broz Tito, 262.
[571] Ebda.
[572] Die „in Wahrheit die einzig mögliche Lösung für jene grundlegenden Probleme, mit denen uns die gegenwärtige internationale Wirklichkeit konfrontiert." Titos Rede an der Universität von Rangun vom 16. Jänner 1955, zitiert bei: Damjanović, Grothusen, Höpken (Hgg.), Josip Broz Tito, 265. – Zum Anti-Kolonialismus siehe: Rubinstein, Yugoslavia and the Non-Aligned World, 84.
[573] Bericht über die Außenpolitik Jugoslawiens vom 7. März 1955, zitiert bei: Damjanović, Grothusen, Höpken (Hgg.), Josip Broz Tito, 270f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

ausdrücklich dem „Freiheitswunsch des algerische Volkes“ zusprachen.[574] Diese konkreten Forderungen der Blockfreien führten wiederkehrend zu Auswirkungen außenpolitischer und wirtschaftlicher – und damit regionalpolitischer – Natur.[575] Dennoch waren die Vorteile dieses neuen außenpolitischen Kurses für Jugoslawien enorm: „Die Politik des dritten Weges, die zu Jugoslawiens außenpolitischem Markenzeichen wurde, lieferte fortan beträchtliches symbolisches Kapital und begründete viele politisch nützlich und wirtschaftlich lukrative Kontakte.“[576]

2.2.3.8. Die Entwicklung des regionalen Gefälles und der Ungleichheit in den 1950er Jahren

In einem „Information Report“ vom 12. Jänner 1954 stellte die Central Intelligence Agency Folgendes fest: „Everything is going downhill. Slovene demands are frequently ignored in favor of the Bosnians, Serbians and Macedonians. The latter group get everything but the Slovenes have to wait because `they are more papal than the Pope himself`.”[577] Bereits dieses Zitat zeugt von der komplexen regionalen Politik in Jugoslawien, die aber erst an ihrem Beginn stand. Angesichts der folgenreichen Ereignisse und Prozesse im Jugoslawien der 1950er Jahre, stellt sich die Frage, wie sich parallel dazu das innerjugoslawische Gefälle entwickelte: Welche Rolle spielte die Industrialisierung und darin das System der Arbeiterselbstverwaltung? Wurden hierfür die bereits vorhandenen Kapazitäten in den weiter entwickelten Regionen genutzt? Welche Implikationen hatten die Entwicklungen in der Industrie, der Agrarwirtschaft, den Preisen und der Investitionsstruktur? Wie wirkte sich der Bruch mit der Sowjetunion aus? Konnten alle jugoslawischen Regionen gleichsam an der neuen „Konsumkultur“ teilnehmen?

Die ursprünglichen Pläne, sich besonders auf die Entwicklung der weniger entwickelten Gebiete zu fokussieren, verschoben sich wie erläutert nach dem Tito-Stalin Bruch und gaben den militärisch strategischen Überlegungen den Vorrang.[578] Tatsächlich wurde diese geopolitische Überlegung für die gesamte Dekade kennzeichnend, denn selbst als die Bedrohung einer militärischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion schwand, wurde das

[574] Die Brioni Deklaration vom 19. Juli 1956, zitiert bei: Damjanović, Grothusen, Höpken (Hgg.), Josip Broz Tito, 294–297.
[575] So hatten die USA Jugoslawien kurz nach der Gründung der Blockfreien von der Meistbegünstigungsklausel ausgenommen, Vučetić, Die jugoslawische Außenpolitik, 27.
[576] Calic, Tito, 303.
[577] Information Report der CIA vom 12. Jänner 1954, online unter: https://archive.org/details/CIA-RDP80-00810A003300080004-3/mode/2up, 2021 April 2.
[578] Eger, Das regionale Entwicklungsgefälle, 42.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Ziel der Nachkriegszeit, die Entwicklung der wirtschaftlich weniger entwickelten Gebiete Jugoslawiens als Priorität zu behandeln, weiter verschoben: „Dieser Punkt ist insofern interessant, als er zeigt, dass die Jugoslawen nach dem Bruch mit der Sowjetunion derartig traumatisiert waren, sodass sich ihre Wahrnehmung bezüglich der geopolitischen Situation nicht änderte, obwohl diese sich in den 1950er Jahren zu ihren Gunsten entwickelt hatte."[579] Die praktischen Auswirkungen dieser Priorisierung waren, dass Investitionsmittel dort anlegt wurden, wo deren größter Nutzen erhofft wurde. Dies begünstigte jene Gebiete, die bereits eine entsprechende industrielle Infrastruktur aufwiesen: die weiter entwickelten.[580] Bestätigt wird dies mit einem ersten Blick auf Tabelle 11, die zeigt, dass die weiter entwickelten Gebiete weitaus mehr industrielle Investitionsmittel pro Kopf erhielten, als die weniger entwickelten: Zwar verkleinerte sich kurzfristig der Anteil, der an die weiter entwickelten Regionen vergeben wurde, war aber mit 38,5 Prozent im Jahre 1954 und vier Jahre danach mit einem Anteil von 21,2 Prozent deutlich unter jenen, der an die weiter entwickelten Gebiete ging.[581]

Tabelle 11: Prozentuelle Verteilung der industriellen Investitionsmittel

	1947	**1949**	**1953**	**1958**
Insgesamt	100	100	100	100
Weniger entwickelte Regionen	19,3	21,0	38,5	21,2
Weiter entwickelte Regionen	80,7	79,0	61,5	78,8

Quelle: Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism Table 16-13, 328.

Eine von mehreren Ursachen für diese Investitionsstruktur lag in der jugoslawischen Industriepolitik, denn im Laufe der 1940er und 1950er Jahre konstituierten sich eine gewisse Arbeitsteilung bzw. verschiedene Industriezonen, die vor allem für die weitere Entwicklung bezüglich des Außenhandels resp. des Handelsbilanzdefizites eine Rolle spielte: In Slowenien und im westlichen Kroatien galten die Elektro-, Textil-, holzverarbeitende, chemische Nahrungsmittel- sowie metallurgische Produktion, neben Maschinenbau, als die vorherrschenden Industrien. In Slawonien, der Vojvodina sowie im nördlichen Serbien spezialisierte man sich neben landwirtschaftlichen und Viehprodukten vor allem auf den Maschinenbau für Landwirtschaft und die Produktion von Dünger, Textilen und Schuhen. Eine

[579] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 31. – Zu Jugoslawiens Gunsten hatte sich die geopolitische Situation insofern verbessert, als zum einen die amerikanischen Hilfen die wirtschaftliche Isolation Jugoslawiens beendeten. Zum anderen hatte Tito, wie erwähnt, seine außenpolitische Position sowohl durch die Bewegung der Blockfreien als auch durch die Wiederannäherung an die Sowjetunion beträchtlich verbessert, weshalb die Sorgen vor bewaffneten Konflikten aufgrund geopolitischer Aspekte unberechtigt war. Siehe dazu: Ebda., 31f.

[580] Moore, Growth with Self-Management, 233.

[581] Vgl. dazu auch: Novaković, Propadanje radničke klase, 19f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

dritte Industriezone lag in Zentralbosnien, wo es aufgrund der bereits erwähnten Industrieplanung in der Nachkriegszeit zu einer Konzentration auf die Schwer- und Rohstoffindustrie kam. Viertes Gebiet war das „zentrale Moravatal" in Serbien. Hier lag der Fokus auf der Nahrungsmittel-, Textil- und Nichtmetallerzeugung sowie auf der Maschinenbau- und Elektroindustrie.[582]

Weitere Gebiete werden von Eger folgendermaßen verortet: „Außer diesen vier Zonen hatten sich noch eine Reihe isolierter und spezialisierter Industriegebiete entwickelt, die lokale Ressourcen nutzen. Split (Zement, Chemie, Schiffsbau, Aluminium), Brod in der Posavina (Nahrung, Holz, Maschinenbau), Niederes Timok-Tal (Kupferschmelze, Chemie, Glas, Nahrung, Textil), Kosovo (Blei, Zink und Kohle) und Nordzentralmazedonien (Nichteisen- und Legierungsmetalle, Nichtmetalle, Nahrung, Tabak, Leder, Metallurgie). Insgesamt führten diese verschiedenen Spezialisierungen zu einer Arbeitsteilung, die sich entweder den weniger oder weiter entwickelten Gebieten zuordnen ließ: Während Erstere sich auf die Rohstoffgewinnung bzw. -verarbeitung („Basisindustrie") fokussierten, war es in den nördlichen weiter entwickelten Gebieten die verarbeitende Industrie, die „auf einer höheren Verarbeitungsstufe" produzierte.[583]

Dies wiederum hatte im Hinblick auf die Investitionen und den Außenhandel bedeutende Auswirkungen: Erstens fokussierten sich wie erwähnt die jugoslawischen Wirtschaftsplaner ab Mitte des Jahrzehnts weniger auf die Schwer- und Basisindustrie, sondern förderten vor allem eine gesamtindustrielle Entwicklung. Zu diesem Zweck waren nun größere Investitionen die Herstellung der Elektro-, Chemie-, Textil-, Nahrungsmittel- und Chemieindustrie notwendig, die entsprechend der hier diskutierten Arbeitsteilung den weiter entwickelten Gebieten zugutekam; dieser Kurswechsel lässt sich auch an den Industrieinvestitionen in Tabelle 11 nachlesen. Zweitens wurde ab 1957 auch der Außenhandel umstrukturiert. Die Exporte sollten nun vor allem Halbfertig- und Fertigprodukte umfassen (75 Prozent des Exports), während agrarwirtschaftliche Produktionen ein Viertel davon ausmachten. Abermals wurden Investitionen für die weiterverarbeitende Industrie notwendig, und erneut zugunsten der weiterentwickelten Gebiete.

Neben diesem Vorgehen sowie den Rückgriff auf bereits vorhandene industrielle Infrastruktur, sind die höheren Investitionen in den weiter entwickelten Gebieten auch auf den politisierten und weniger wirtschaftlichen Aspekt bei der Vergabe zurückzuführen. Davon zeugt Tabelle 12. Die Republiken mit den höchsten Mittel pro Kopf waren Slowenien,

[582] Eger, Das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien, 48f.
[583] Ebda., 48f.; – Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 66.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Montenegro und Serbien, die zusammen knapp 38 Prozent der gesamten jugoslawischen Bevölkerung ausmachten und an die insgesamt 46 Prozent aller Investitionsmittel vergeben wurden. Der Stand der Entwicklungen dieser drei Republiken war aber eher unterschiedlich und tatsächlich entsprach die Vergabe der Investitionsmittel nach ökonomisch rationalen Gesichtspunkten nur im slowenischen Fall.[584]

Tabelle 12: Investitionen der Republiken pro Kopf in Relation zum jug. Durchschnitt 1956–1960 (zu Preisen von 1976)

	SFRJ	**BiH**	**Montenegro**	**Mazedonien**	**Slowenien**	**Serbien**	**Vojvodina**	**Kosovo**	**LDRs**	**DRs**
1952-1960	100	90,2	161,9	101,0	162,9	106,0	66,4	43,5	87,7	105,8

Quelle: Dijana Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, Table 2.3, 34.
Anmerkung: Die Abkürzung LDR und DR bezieht sich auf die unterschiedlich entwickelten Gebiete Jugoslawiens: Lower developed regions und developed regions.

So wurde beispielsweise im montenegrinischen Niksić eine Stahlmühle 1953 eröffnet und in Stand gesetzt, während die benötigte Eisenbahnverbindung zur Adria erst 1961 und eine gepflasterte Straßenverbindung zur Stadt Niksić selbst erst 1963 fertig gestellt wurde. Darüber hinaus fehlte es bis in die 1970er Jahre an einem Eisenbahnnetz, das die Stadt mit dem Rest des Landes verbunden hätte. Dies war nur eines von vielen Beispielen, bei welchen die Mittel aus dem Investitionsfonds irrational vergeben und die knappen Ressourcen suboptimal genutzt wurden.[585] Ein weiteres Beispiel dafür waren auch das Kupferwerk und die Kabelherstellungsfabrik in Serbien, die wegen unzureichender Rohstoffe bzw. Belieferung nur 65 bis 70 Prozent ihrer Kapazitäten nutzten.[586] Der Grund für eine solche Handhabung lag laut Pleština in der „Korrelation" zwischen der Republikparteien bzw. ihren Vertretungen im Bundesexekutivrat zum einen und zum anderen in der Vergabe der Investment Allokationen:

[584] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 34. – Einen noch detaillierteren Blick zeigt Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, 35.
[585] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 34. – Weitere Beispiele für die irrationale Investitionsvergabe finden sich bei: Singleton, Twentieth-Century Yugoslavia, 249; – Dobrivojević Tomić, „Svi u Fabrike"!, 107f.
[586] Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, 33. – Zu den sogenannten „politischen Fabriken" oder auch „Prestige-Fabriken" siehe weiters: Shoup, Communism and the Yugoslav National Question, 230; – Kaiser, The Equalization Dilemma in Yugoslavia, 262.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 13: Zusammenstellung des Bundesexekutivrates 1959

Republik	Nationalität	Nummer	Prozent	Relation zur Gesamt-bevölkerung (in %)
Serbien	16	10	29	41,2
Kroatien	5	2	6	23,1
Slowenien	6	6	18	8,7
Bosnien-Herzegowina	-	4	12	16,8
Mazedonien	3	3	9	7,7
Montenegro	44	9	26	2,5

Quelle: Paul Shoup, Yugoslavia and the National Question, 270.

Verglichen mit beispielsweise Kroatien lässt sich aus der Tabelle erkennen, dass sowohl Serbien als auch Montenegro überrepräsentiert waren, während Kroatiens Anteil im Exekutivrat unterrepräsentativ war. Diese Proportionen, so Pleština, lassen sich auf die Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg zurückführen. Wegen der Rolle im Volksbefreiungskrieg waren die serbischen und montenegrinischen Republiken mit vergleichsweise mehr Delegierten in den Bundesorganen vertreten als etwa Kroatien, das wegen des faschistischen „Unabhängigen Staates Kroatiens" während des Zweiten Weltkrieges nun „abgestraft" wurde. Ähnlich erging es auch dem Kosovo, der wegen des versuchten Aufstandes gegen die Partisanen ebenfalls weniger Vertreter*innen im Exekutivrat verzeichnete.[587] Unter anderem ausschlaggebend für den Erhalt von Geldern für beispielsweise Investitionen waren demnach weniger ideologische Ziele oder ökonomische Überlegungen, sondern politische Einflussnahme.[588]

Auf offizieller Ebene wurden diesen Konstellationen mit den folgenden beiden Argumenten begegnet: Auch wenn der Anteil für die weniger entwickelten Gebiete kleiner war, so war er doch größer, als die Republiken bzw. Regionen selbst generieren hätten können. Auch wurde argumentiert, dass die weniger entwickelten Regionen zusätzliche Zuschüsse bekommen würden, die ausschließlich dem sofortigen Angleichen der Lebensstandards zugutekam[589], also beispielsweise der Errichtung von Schulen, Krankenhäusern, Kultur- und Unterhaltungsbetrieben. Aber auch hier widersprachen die offiziellen Zahlen diesem Argument:

[587] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 51.
[588] Ebda; – Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, 33.
[589] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 39.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 14: Vergabe der Zuschüsse: Jährliche durchschnittliche Ausgaben pro Kopf 1947–1965

Republik	Zuschüsse in Tsd. Dinar
Slowenien	7,94
Kroatien	6,18
Serbien	4,56
Bosnien-Herzegowina	4,59
Mazedonien	5,53
Montenegro	8,69

Quelle: Paul Shoup, Yugoslavia and the National Question, 271.

Aus dieser Tabelle geht die Tendenz hervor, dass es Slowenien und Kroatien, und nicht die weniger entwickelten Gebiete waren, welche höhere Zuschüsse bekamen, obwohl Zweck dieses „Topfes" die unmittelbare Angleichung des Lebensstandards war, der – wie schon mehrfach ausgeführt – sowohl in Slowenien als auch in Kroatien höher lagen als in anderen, südöstlichen Gebieten. Ausgenommen blieb, wie auch schon bei den Investitionen pro Kopf, Montenegro.[590]

Daneben wurden auch ökonomische Aspekte als Grund für die ungleiche Verteilung der Investitionsmittel auf offizieller Ebene angegeben. Wegen der verschiedenen „absorbierenden Kapazitäten"[591] der Ökonomie in den Teilrepubliken mussten die zu vergebenden Mittel mit eben diesen Kapazitäten korrespondieren, d.h., der Punkt, an dem Investitionsmittel nicht mehr effizient genutzt werden können, weil die Maximalauslastung bereits erreicht wurde, erreichten einige Republiken schneller als andere. Der daraus entstandene Überschuss wurde als „verschwendetes Geld"[592] betrachtet, da es nicht mehr effektiv und produktiv genutzt werden konnte. Aus diesem Grund wurden die Mittel in jene Gebiete investiert, die wegen ihrer größeren Infrastruktur auch mehr Kapazitäten hatten, um diese zu „absorbieren".[593] Aber auch hier lassen sich mehrere Argumente dagegenhalten: Erstens war die Frage nach der effizienten Nutzung der Investitionsmittel wesentlich komplexer, zumal das Phänomen der Unterauslastung eher ein gesamtjugoslawisches als ein spezifisch regionales war. Darüber hinaus, und zweitens, beeinflusste die Struktur der Industrieinvestitionen die Effizienz mehr, als dies öffentlich thematisiert wurde: Da diese Struktur ausschließlich auf der politischen Ebene der Partei in Belgrad beschlossen wurde, lag es nahe, dass die Effizienz, beispielsweise

[590] Ebda., 39; – Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, Figure 9 und 10, 98f. – Siehe dazu auch: Shoup, Communism and the Yugoslav National Question, 230.
[591] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 40.
[592] Moore, Growth with Self-Management, 147; – Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 40f.
[593] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 40f. – Es wurde die Effizienz der Investitionen etwa mit einem Effizienz-Koeffizienten bemessen, der Anfang der 1960er Jahre wie folgt aussah: Slowenien 126; Kroatien 104; Bosnien-Herzegowina 99; Serbien (zentral) 98; Mazedonien 73; Kosovo 64 und Montenegro 56. Siehe dazu: Singleton, Twentieth-Century Yugoslavia, Table 41, 252.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

die Kosten pro zusätzlicher Einheit, eher von Entscheidung der Regierung als von mikroökonomischen Kennzahlen abhing.[594]

Schließlich bezieht sich der letzte Einwand gegen diese offiziellen Gründe auf das oben erwähnte „verschwendete" Geld. Wären die Kapazitätsgrenzen in den Gebieten tatsächlich erreicht worden, hätten die restlichen Mittel in andere Sektoren „kanalisiert" werden können, wie etwa in den Aufbau der Transportmöglichkeiten. Zwar war dies die Aufgabe der Zuschüsse, wie Tabelle 14 aber zeigt, waren die Zuschüsse auch in dieser Hinsicht ungleich verteilt.[595]

Nach einer langen Diskussionsphase, in welcher versucht wurde, eine neue Methode der Unterstützung für die weniger entwickelten Gebiete zu finden[596], wurde mit der Einführung des zweiten Fünfjahresplanes in Bezug auf die Investitionen ein neues Verfahren etabliert, um die ungleiche regionale Entwicklung zu verlangsamen. In der Zeit davor wurden die Kredite für Investitionen „auktioniert" und an jene Unternehmer vergeben, welche die „höchsten" Zinsen und Tilgungsraten „boten"; d.h. die staatliche Kreditvergabe wurde an die Profitabilität der jeweiligen Betriebe gekoppelt und entsprechend verteilt. Dass die Unternehmen aus den weniger entwickelten Regionen dabei einen strukturellen Nachteil hatten und ihre Konkurrenten aus den weiter entwickelten Gebieten nicht ausboten konnten, wurde auf staatlicher Seite zwar nicht verkannt, aber nur unzureichend mitberücksichtigt. Auf der Basis ihrer eigenen Rücklagen wurden nun „kostenlose" Kredite an die weniger entwickelten Gebiete vergeben, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen. Warum diese Methode der Unterstützung aber unzureichend war, erklärt sich erneut mittels lokalpolitischer Überlegungen, denn auch bei dieser Vergabe waren es nicht die „ökonomisch rationalen" Punkte, die entschieden, sondern die politischen. Die Unternehmen wetteiferten nicht auf der Grundlage ihrer Profitabilität, sondern auch auf jener des politischen Druckes, der ausgeübt wurde, um Investitionen in „die eigenen Republiken, Regionen oder Städte" zu lenken.[597]

Ab 1957, der Einführung des neuen Fünfjahresplanes, wurde dieser Mechanismus ersetzt. Anstatt die Vergabe von wirtschaftlichen bzw. von politischen Aspekten abhängig zu machen, wurden nun „garantierte Investitionen"[598] für die weniger entwickelten Gebiete eingeführt. Diese wurden nicht mehr dezentral verteilt, sondern von zentralgesteuerten Behörden in Belgrad bestimmt und sollten eine umfassend jugoslawische Entwicklung gewährleisten. Auf diesem Wege wurden dem Kosovo 10 Milliarden Dinar und Mazedonien 20 Milliarden Dinar

[594] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 41.
[595] Ebda.
[596] Siehe dazu etwa: Shoup, Communism and the Yugoslav National Question, 234f.; – Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, 94.
[597] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 30f.
[598] Shoup, Communism and the Yugoslav National Question, 235.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

pro Jahr „garantiert“ und in beiden Fällen entsprach diese Summe einer deutlichen Erhöhung im Vergleich zur Vorperiode; für den Kosovo bedeutete dies eine zehnfache und für Mazedonien einen vierfache Erhöhung.[599] Zusätzlich zu diesen beiden Regionen galt nur mehr noch Montenegro als eines der weniger entwickelten Gebiete: Ab 1957 wurde Bosnien-Herzegowina nicht mehr als ein solches betrachtet, weshalb es von diesen garantierten Investitionen ausgeschlossen war. Der Grund dafür lag in den erheblichen militärischen Investitionen, veranlasst durch den drohenden Konflikt mit der Sowjetunion, die dazu führten, dass sich bereits um die Mitte der 1950er Jahre das Anlagevermögen in Bosnien-Herzegowina um zehn Prozent vergrößerte.[600]

Ein weiteres Novum des zweiten Fünfjahresplanes war, dass die „Hilfe zur Entwicklung der weniger entwickelten Regionen“ zum ersten Mal dezidiert als Zielsetzung definiert wurde. Als vierte von insgesamt fünf Prioritäten lag die Entwicklung dieser Regionen noch vor der „Verfestigung“ des Sozialismus und nach der „Verbesserung des Lebensstandards“.[601] Verglichen mit dem ersten Plan lag der Fokus jetzt auch nicht mehr auf die gezielten lokalen und sektoralen Entwicklung in einigen Regionen, sondern auf einer gesamtjugoslawischen. Umgekehrt wurde nun auch vereinbart, dass die Hilfe für die weniger entwickelten Gebieten nicht mehr implizierte, dass die restlichen an ihrem Wachstum gehindert werden, bis die weniger entwickelten aufholten.[602] Eine derartige gesamtjugoslawische Planung und Entwicklung konnte aber nicht umgesetzt werden. Beispielsweise hätten die Planer auf die traditionellen Sektoren dieser Regionen setzen können, um damit ein Vorteil gegenüber den weiter entwickelten Gebieten zu erzielen und somit letztlich auch das Fundament für weiteren Wachstum zu legen. Aber: „Da es an allem fehlte, erschien auch alles von Nutzen zu sein.“[603]

Dieser Planungsmangel, gemeinsam mit der erörterten politischen Einflussnahme in wirtschaftlichen Belangen, führte schließlich dazu, dass Jugoslawien nicht nur Ressourcen verschwendete, sondern auch Güter importierte, die es im Inland hätte produzieren können, dort tatsächlich aber Produkte herstellte, für die es keine resp. wenig Nachfrage gab. Im Verlauf der weiteren Jahre stellte sich diese Konstellation nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht als Problem heraus. Die weiter entwickelten Gebiete hinterfragten angesichts des langsamen Wachstums in den anderen Regionen den Sinn dieser

[599] Ebda.; – Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 48.
[600] Wenngleich von diesen Garantien ausgeschlossen, hatten sich auch in Bosnien-Herzegowina die Investitionsmittel erhöht. Siehe dazu: Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 48; – Singleton, Twentieth-Century Yugoslavia, Table 41, 25; – Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 187.
[601] Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, Table 3, 61.
[602] Ebda., 187.
[603] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 35. Diese Einstellung basiert auf der Untersuchung der Autorin, die in den 1980er Jahre Interviews mit Entscheidungsträger durchführte. Siehe dazu: Ebda.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Unterstützungen, zumal sie mittels der Abgaben in die Bundesfonds mit eigenen Ressourcen daran beteiligt waren. Ihr Argument knüpfte an die bereits erwähnte „Verschwendung" des Geldes an. Weil sich die Kriterien der Vergabe von Investitionsmittel an die weniger entwickelten Gebieten nicht (mehr) an ökonomischen Maßgaben orientierten, sondern diese „garantiert" wurden, gab es für die entsprechenden Empfänger auch keinen Druck mehr, effizient zu arbeiten.[604] Tatsächlich haben die gelenkten Investitionen nicht zum gewünschten Ziel geführt. Während das Wachstum der weniger entwickelten Regionen nur langsam voranschritt, konnten die anderen Gebiete ihren Vorsprung weiter ausbauen. Ein Beispiel für diese Lage ist die Differenz des pro-Kopf Sozialprodukts der Teilrepubliken:

Tabelle 15: Relatives pro-Kopf Sozialprodukt in 1960 Dinar

Jahr	**Jugoslawien**	**Serbien**	**Kroatien**	**Slowenien**	**Bosnien-Herzegowina**	**Mazedonien**	**Montenegro**
1953–54	95.764	-11,023	17.013	82.202	-17.096	-37.300	-37.353
1955-56	106.505	-15.764	23.814	101.702	-22.408	-38,953	-37.674

Quelle: Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, Table 30, 100.

Aus Tabelle 15 ist ersichtlich, dass sich gemessen am pro Kopf Sozialprodukt der Abstand zu den weiter entwickelten Gebieten vergrößerte. Lag diese Differenz zwischen Slowenien und Montenegro im Jahr 1953 noch bei 119.736 Dinar, wuchs diese in den kommenden Jahren auf 139.376 Dinar. Darüber hinaus lässt sich auch Sloweniens Vorsprung allgemein erkennen; mit einem relativen Pro-Kopf Sozialprodukt von 101.702 Dinar im Jahr 1956, war der Abstand nicht nur zu Montenegro oder Mazedonien, sondern auch zu Kroatien deutlich.

Die nächste Kennzahl (Tabelle 16) bestätigt das Argument, wonach es der Regionalpolitik Jugoslawiens der 1950er Jahre nicht gelang, das Gefälle zu glätten. In zwei Gruppen eingeteilt, verdeutlichen diese Zahlen einerseits, in welchen unterschiedlichen Dimensionen sich die acht Regionen bewegten. Der Unterschied zwischen dem slowenischen (1) und dem kosovarischen (6) pro Kopf Nationaleinkommen betrug im Jahre 1957 139 Indexpunkte. Wird zusätzlich noch ein Blick auf die 1960er Jahre gelenkt, lässt sich vorwegnehmend feststellen, dass die Anteile jeder einzelnen weniger entwickelten Region – bis auf Montenegro und Serbien – ihr Nationaleinkommen pro Kopf verringerten.[605]

[604] Milenkovitch, Plan and Market in Yugoslav Economic Thought, 180f.; – Shoup, Communism and the Yugoslav National Question, 236.
[605] Siehe dazu: Tabelle 13.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 16: Index des Nationaleinkommens pro Kopf (zu Preisen von 1960; Jugoslawien =100)

Region	**1947**	**1952**	**1957**	**1962**	**Rang**
Gruppe I: über dem jugoslawischen Durchschnitt, 1947					
Slowenien	175,3	186,7	181,5	198,5	(1)
Kroatien	107,2	116,4	120,3	121,3	(2)
Vojvodina	108,8	89,3	109,2	103,4	(3)
Gruppe II: unter dem jugoslawischen Durchschnitt, 1947					
Serbien (exkl.)	95,6	92,3	94,5	96,0	(4)
Montenegro	70,8	63,6	64,3	66,3	(5)
Bosnien Herz.	82,9	87,6	74,2	72,7	(6)
Mazedonien	62,0	59,3	60,8	57,1	(7)
Kosovo	52,6	49,3	42,5	34,0	(8)

Quelle: Fred Singleton, Twentieth-Century, Yugoslavia, Table 37, 245.

Noch weitere Kennzahlen sprechen dafür, dass die jugoslawische Regionalpolitik der 1950er Jahre dem vielfach proklamierten Ziel der sozio-ökonomischen Gleichheit nicht gerecht werden konnte. Jugoslawien war noch weit in die 1950er Jahre agrarwirtschaftlich geprägt. Der Umkehrpunkt, an dem die Beschäftigung in der Industrie höher wurde als jene in der Landwirtschaft, wurde erst in den 1960er Jahren erreicht.[606] Wie in fast allen Aspekten waren auch die Proportionen innerhalb der Beschäftigungsstruktur unterschiedlich, wobei Slowenien mit 77 Arbeiter*innen je 100 Einwohner in der Industrie führend war.

Tabelle 17: Industriearbeiter*innen pro100 Einwohner

SFRJ	**BiH**	**MNE**	**HRV**	**MZD**	**SLO**	**SRB**	**SRB (exkl.)**	**Voj.**	**Kos.**
33	31	0,2	40	16	77	26	27	29	16

Quelle: Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 35.

Schließlich, und daran anknüpfend, war eine weitere Auswirkung der Dezentralisierung bzw. der selbstverwalteten Unternehmen, dass die Arbeiterräte die Erhöhung von Einkommen beschlossen und dies in weiterer Folge zu Preiserhöhungen und einer Inflation führte.[607] Für die Entwicklung des regionalen Entwicklungsgefälles war dies insofern von Bedeutung, als bezüglich der Preisbildung nun staatlich eingegriffen wurde. Indem die Preise von Rohstoffen sowie von agrarwirtschaftlichen Gütern staatlich niedrig gehalten wurden, konnten die Preise der Halbfertig- und Fertigprodukte „künstlich“ hochgehalten werden. Offizielle Begründung

[606] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 205.
[607] Ward, The Firm in Illyria, 571; – Vanek, The Economics of Workers´ Management, 141.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

für dieses Vorgehen war, dass dadurch die Inflation kontrolliert und gleichzeitig der Rest der Wirtschaft stimuliert werden konnte.[608] Welchen Regionen diese Preispolitik zugutekam, ist angesichts ihrer wirtschaftlichen Ausrichtung deutlich festzustellen: Die Agrarwirtschaft sowie die Gewinnung von Rohstoffen waren in den weniger entwickelten Regionen prägend, wohingegen sich die weiter entwickelten auf die industrielle Verarbeitung konzentrierten.[609]

Tabelle 18 gibt dazu einen konkreten Einblick. Die agrarwirtschaftlich tätige Bevölkerung war in Slowenien (mit 41,10 Prozent) am niedrigsten und im Kosovo (mit 72,40 Prozent) am höchsten. Wie in Tabelle 18 ersichtlich, waren die diesbezüglichen Unterschiede und damit das Entwicklungsgefälle aus dieser Perspektive auffallend hoch. Bezogen auf die Einkommenshöhe nach Republiken ergaben sich verschieden hohe Einkommen in Jugoslawien, die unter anderem davon abhängig waren, in welcher Teilrepublik gearbeitet wurde. Waren am Anfang des Jahrzehnts diese Unterschiede noch eher gering, stiegen diese im Jahr 1959 und betrugen zwischen höchstem (Bosnien mit 212,30 Dinar) und niedrigstem (Mazedonien mit 108,20 Dinar) bereits 104,1 Dinar im Monat (siehe Tabelle 18).[610]

[608] Zitiert bei: Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 43.
[609] Weißenbacher, Jugoslawien, 88; – Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 43; – Bombelles, Economic Development of Communist Yugoslavia, 92.
[610] Štahan, Životni standard u Jugoslaviji, 16. – Siehe dazu auch: Berislav Šefer, Socijalna politika i životni standard, Zagreb 1984, 17.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 18: Indikatoren der regionalen Entwicklung, ausgewählte Jahre

Indikator/Jahr	SFRJ	BiH	Montenegro	Kroatien	Mazedonien	Slowenien	Serbien	Kosovo	Vojvodina
Agrarbevölkerung (%)									
1953	60,90	62,20	61,50	56,40	62,70	41,10	67,20	72,40	62
Ökonomisch aktiv									
1953	46,30	42,50	36,40	47,70	40,80	40,80	52,40	33,20	45,40
1961	45,00	38,90	34,10	47,80	38,80	49,10	51,10	35,00	43,60
Frauen ökonomisch aktiv									
1953	30,60	26,90	20,30	31,80	22,90	35,60	38,70	10,80	26,70
1961	34,90	26,50	22,90	39,90	24,50	46,50	42,10	18,80	29,20
In der Industrie beschäftigt									
1952	31,07	39,26	22,91	32,41	23,60	42,53	36,54	27,73	23,55
1959	33,40	36,50	22,82	33,67	27,19	40,27	36,97	29,46	26,37
Arbeitslosenrate									
1952	4,80	3,28	1,6	2,98	6,49	1,81	3,87	7,30	3,39
1959	7,21	4,74	9,14	5,98	13,00	2,55	6,43	20,7	4,10
Durchschnittliches Monatseinkommen (in Dinar)									
1952	70,17	75,30	61,10	76,01	61,00	77,05	77,60	72,40	60,90
1959	153,49	212,30	139,10	159,20	108,20	179,20	155,00	145,00	129

Quelle: Diane Flaherty, Plan, Market and Unequal Regional Development, Table, 106.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

2.2.4. Die 1960er Jahre in Jugoslawien: „Goldenes Zeitalter“ und „sozialistische Marktwirtschaft“

Die Diskussionen über die weitere Öffnung bzw. Dezentralisierung Jugoslawiens waren auch in den 1960er Jahren ständiger Begleiter in politischen und wirtschaftlichen Belangen.

> „Die größte Gefahr für Kommunisten ist die Selbstzufriedenheit mit dem, was bereits erreicht wurde. Wir können mit Recht auf unsere bisherigen Errungenschaften stolz sein [...]. Wir sind jedoch weit davon entfernt, mit allem, was wir erreicht haben und auch mit uns selbst zufrieden sein zu können [...] Dieser Kongress soll ein Kongress der kühnen, konsequenten revolutionären Säuberung unseres Weges von all dem sein, was uns noch immer zurückwirft [...].“[611]

Die allmählich sinkenden Wachstumszahlen, die Misswirtschaft und die erwähnten Problematiken bei der Vergabe der Investitionsmittel sowie schließlich auch die damit verbundene Frage nach der Regionalpolitik prägten die 1960er Jahre in Jugoslawien und resultierten in zwei umfassenden Reformen sowie einer neuen Verfassung, deren Bedeutung für die weitere Entwicklung Jugoslawiens beträchtlich war: „Es scheint nicht übertrieben, die gesamte Dekade im Zeichen der Wirtschaftsreformen der Jahre 1961 und 1965 zu sehen [...].“[612] Dass trotz dieser und noch weiterer Probleme die 1960er bzw. auch das Ende der 1950er als „Goldenen Jahre“ bezeichnet wurden bzw. noch immer werden[613], hängt mit einer Reihe von sozialen und ökomischen Wandlungen zusammen. Um eben diese zu besprechen, sollen aber zunächst ihre politischen und verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen erläutert werden, die für das Verständnis der weitreichenden Ereignisse und Prozesse dieses Jahrzehnts unumgänglich sind. Wie bei den vorangegangenen Kapiteln, soll auch am Ende dieses Kapitels die Frage nach den sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten im Fokus stehen, indem gezeigt wird, welchen Einfluss und welche Rolle die Umbrüche dieser Dekade auf die weitere Entwicklung der Regionen hatte.

[611] Rede Titos auf dem VIII. Parteikongress des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens vom 7. Dezember 1964, zitiert bei: Damjanović, Grothusen, Höpken (Hgg.), Josip Broz Tito, 412f.
[612] Aleksandar Jakir, Wirtschaft und Wirtschaftsreformen in den 1960er Jahren in Jugoslawien, in: Grandits, Sundhaussen (Hgg.), Jugoslawien in den 1960er Jahren, 83–108, hier 86.
[613] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 205; – Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 141.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

2.2.4.1. Die Entwicklungen am Beginn der 1960er Jahre: Neue Reformen und Verfassung

Zehn Jahre nachdem die sogenannte Lehre des absterbenden Staates mit dem Grundgesetz von 1950 eingeführt und der allmähliche Rückzug des Staates aus der Wirtschaft vorerst beschlossen wurde, war dieses Ziel weder erreicht worden, noch bestand innerhalb der Parteiführung ein Konsens darüber, ob und wie es erreicht werden sollte: „Die forcierte Modernisierung produzierte Friktionen und Frustrationen in und zwischen den Republiken, die Zentralismus und Planwirtschaft nicht mehr aufzufangen in der Lage waren. Dies stieß eine intensive und freimütige öffentliche Debatte über die Grundlagen des politischen Systems, den Charakter der Demokratie [...] an.“[614]

Die entsprechenden Diskussionen der 1950er Jahre und die zwei entgegengesetzten Positionen verfestigten sich angesichts der noch zu erläuternden wirtschaftlichen Umstände tiefer: Die weiter entwickelten Regionen, allem voran Kroatien und Slowenien, verlangten nach einer stärkeren Dezentralisierung und der Abschaffung des staatlichen Interventionismus innerhalb der Wirtschaft. Auf der anderen Seite standen Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo und Mazedonien, die eben diesen Interventionismus befürworteten. Immerhin bedeutete dieser „garantierte Investitionen“ und weitere Hilfen, zumal ihnen als weniger entwickelte Regionen eine besondere Aufmerksamkeit zukam.[615] Serbien stand dabei auf der Seite Letzterer und sprach sich ebenfalls für einen Zentralismus, d.h. mehr staatliche Lenkung, aus.[616]

Was waren aber nun die wirtschaftlichen Bedingungen, die eine Reform des 1950er-Systems notwendig machten? Jugoslawiens Wachstumsraten waren beträchtlich gewesen und nahmen weltweit sogar den Spitzenplatz ein. Wie erwähnt, erklärten sich diese hohen Raten nicht zuletzt aus der niedrigen Ausgangsposition heraus. Solange ein Land von „Null auf“ industrialisiert wird, fallen die entsprechenden Zahlen hoch aus. Wird ein bestimmter Grad der Industrialisierung erreicht, flachen diese ab.[617] In Jugoslawien setzte dieses Abflachen im Jahr 1960 ein: Das Wachstum fiel von 15,5 Prozent dieses Jahres auf 4,1 Prozent im Jahr darauf zurück.[618]

[614] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 227.
[615] Ramet, Die drei Jugoslawien, 292f. – Siehe dazu auch: Verfassung von 1963, Einleitender Teil, Titel III, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2021 April 26.
[616] Ramet, Die drei Jugoslawien, 292f.; – Shoup, Communism and the Yugoslav National Question, 228f.
[617] Das Wachstum der Industrie etwa fiel dort höher aus, wo die Industrie erst aufgebaut werden muss. Dies bedeutet umgekehrt aber auch, dass am Ende der forcierten Industrialisierung, diese Raten wieder abfallen mussten.
[618] Jakir, Wirtschaft und Wirtschaftsreformen, 90f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Noch hinzu kam das Handelsbilanzdefizit, das auch nach der Reduktion des Konsumgüterimports nicht ausbalanciert werden konnte sowie die ökonomisch irrationale Vergabe der Investitionsmittel, die zur Errichtung „politischer Fabriken“ führte. Schließlich war die Arbeitsweise der Arbeiterräte und die schon mehrmals erwähnte Einkommenserhöhung ein weiteres Problem, die zum einen in eine Inflation und zum anderen nicht in die erhoffte Produktivitätssteigerung mündete. So stiegen die Einkommen im Jahr 1961 um 23 Prozent, die Produktivität um lediglich 3,4 Prozent.[619]

Die Frage danach, wie diese Herausforderungen zu bewältigen waren, spaltete die Partei entlang der beiden beschriebenen Positionen im Hinblick auf die Frage: Wie viel Befugnisse sollte der Staat haben? Die Reformbefürworter rund um Kardelj argumentierten im Sinne der Mehrwerttheorie, wonach die Verwendung des Mehrwertes ausschließlich den Arbeiter*innen bzw. den Produzent*innen zustand.[620] Zudem wurde die Vergabe der Gelder kritisiert: „Im Norden klagte man über die exorbitante Verschwendung bei den Investitionen im Süden und wies auf den höheren marginalen Kapitalkoeffizienten (d.h., die größere Investitionsrate, die notwendig ist, um einen bestimmten Ertrag zu erzielen) und die geringere Effizienz des Arbeitseinsatzes in den weniger entwickelten Regionen hin.“[621] Schließlich, so ein weiterer Vorwurf seitens der weiter entwickelten Regionen, sei die jugoslawische Planung zugunsten einer einheitlichen jugoslawischen Entwicklung für Slowenien und Kroatien nicht mehr zeitgemäß, zumal die weniger entwickelten Regionen nicht (mehr) aufholen könnten.[622]

Die sogenannte Gruppe der „Dogmatiker“ auf der Seite Rankovićs sah genau darin die Problematik. Um die Mittel entsprechend marktwirtschaftlicher Kriterien wie Profit, Effektivität und Rationalität zu gewährleisten, müsse der Staat eingreifen, wofür letztlich nicht dezentralisiert, sondern zentralisiert werden sollte. Auf die obige Kritik, wonach die Gelder in den südlichen Regionen „verschwendet“ würden, wurde entgegnet, dass es wegen der hohen Rohstoffvorkommen längerfristig die bessere Strategie sei, im Süden zu investieren und dort die Rohstoffe vor Ort zu verarbeiten (weshalb hohe Summen in den Aufbau der Infrastruktur notwendig waren), anstatt diese in andere Regionen mit bereits vorhandener Infrastruktur zu transportieren.[623]

Diese Reformdiskussionen lassen sich aber nicht ausschließlich mit dem wirtschaftlichen Druck erklären, denn die Dezentralisierung betraf zu einem wesentlichen Anteil auch die

[619] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 227.
[620] Jakir, Wirtschaft und Wirtschaftsreformen, 92.
[621] Ramet, Die drei Jugoslawien, 299. – Siehe dazu auch: Shoup, Communism and the Yugoslav National Question, 236; – Ljubo Sirc, The Yugoslav Economy under Self-Management, London 1979, 67.
[622] Ramet, Die drei Jugoslawien, 299–301.
[623] Ebda., 299. – Einige der Reformbefürworter beriefen sich innerhalb dieser Diskussionen auch auf Adam Smith: Jeder solle das herstellen, was er am besten und billigsten könne. Siehe dazu: Ebda., 293.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Politik, die Befugnisse und Entscheidungen auf politisch niedrigere Ebenen verlagerte: „Es war offenbar von entscheidender Bedeutung, dass nach der Abkehr vom System des administrativ-etatistischen Sozialismus die Parteiinstitutionen auf Republikebene die faktische Kontrolle über die Wirtschaftssubjekte innerhalb ihres Gebietes gewonnen hatten."[624] Die damit entstandene „Wiederentdeckung der nationalen Frage"[625] und Forderungen nach Föderalisierung waren eng verwoben mit den wirtschaftlichen Aspekten der Diskussion. Sollte der Partikularismus bzw. die Interessen der lokalen Politiker*innen gestoppt werden oder war es das regelmäßige Eingreifen des Staates in die Rechte der Arbeiter*innen, das eine solche politische „Atomisierung" erst ermöglichte?[626] Demnach war die Herausforderung eine zweifache. Es galt eine Balance zu finden, um auf der einen Seite zu verhindern, dass es durch Ausweitung der Autonomie auf den unteren Ebenen zu einer Zunahme lokaler Politikinteressen kam, welche die jugoslawische „Brüderlichkeit und Einheit" damit gefährdeten. Auf der anderen Seite sollten auch die hegemonialen Bestrebungen zurückgedrängt werden, denn für Kardelj war klar, dass die serbische Forderung nach mehr Zentralisierung, also einer Etatisierung, Ausdruck einer solchen Bestrebung war; „beides stellte gefährliche Formen des Nationalismus dar."[627] Die Tatsache, dass die Reformbefürworter mit den kroatischen und slowenischen, und die Dogmatiker mit den serbischen Interessen gleichgesetzt werden konnten, führte dazu, dass die ursprünglich wirtschaftlichen Probleme nun mittels nationaler Kategorien verhandelt wurden.[628] Damit tauchte auch im Rahmen der Reformdiskussionen der 1960er Jahre die „nationale Frage" zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg und seit dem „Volksbefreiungskrieg" wieder auf: „Jahrelang war der Glaube vorherrschend, dass die jugoslawische Revolution diese Frage gelöst hatte."[629]

Ein erster Schritt, um die beginnende Rezession abzufangen sowie einen Kompromiss zwischen den beiden Positionen zu erzielen, war die sogenannte „minireforma", die im Wesentlichen aus den folgenden Schritten bestand: Bezüglich der Handelsbilanz sollte Jugoslawiens Wirtschaft für den Welthandel geöffnet werden, zu dessen Zweck der Dinar abgewertet, der Außenhandel liberalisiert und dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen[630] beigetreten wurde. Der zweite Punkt der Reform zielte auf den jugoslawischen Finanzsektor ab, dessen Zustand nicht mehr den industrialisierten und

[624] Jakir, Wirtschaft und Wirtschaftsreformen, 91.
[625] Ebda., 89.
[626] Ebda.
[627] Ramet, Die drei Jugoslawien, 293; – Vgl. dazu auch: Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 228.
[628] Shoup, Communism and the Yugoslav National Question, 228f.; – Ramet, Die drei Jugoslawien, 293, 302.
[629] Petranović, Istorija Jugoslavije, 545f.
[630] Zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen siehe: Homepage der World Trade Organization, online unter: https://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif_e/agrm1_e.htm, 2020 Dezember 6.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

modernisierten Institutionen entsprach, weshalb er von Grund auf neu organisiert und verwaltet wurde. Schließlich wurde auch ein weiterer Aspekt beschlossen, der im Sinne der Reformbefürworter war und für die vorliegende Arbeit von Bedeutung ist: Die Kontrollmechanismen und Beaufsichtigung der Einkommen, deren Aufgabe es vor allem war, den hohen Einkommensunterschieden entgegenzusteuern, sollten mit der „minireforma“ zur Gänze abgeschafft werden.[631]

Insgesamt markierte die Einführung dieser drei Änderungen im Rahmen der Reform die neue Phase in der Entwicklung der jugoslawischen Wirtschaft, das „neue ökonomische System“.[632] Gleichzeitig war dieser Versuch einer ökonomischen sowie politischen Stabilisierung angesichts der darauffolgenden Ereignisse und Entwicklungen ein nur „halbherzig“[633] durchgeführter. Weder konnte damit ein längerfristiger Kompromiss erreicht werden, noch waren die Maßnahmen dazu gut geplant und ausgeführt worden: „Wie zu erwarten war, reagierte die Marktwirtschaft heftig [..,] alles ging schief.”[634] Auf politischer Ebene waren die Auswirkungen noch drastischer denn: „Einiges scheint dafür zu sprechen, dass die ökonomischen Debatten Anfang der 1960er Jahre als der ‘Anfang vom Ende‘ des sozialistischen Jugoslawiens gesehen werden können [...].“[635]

Davon, dass sich durch diese erste Reform 1961 die politischen Spannungen nicht eindämmen ließen und die Reformgegner und -befürworter sich nach wie vor um den weiteren Weg stritten, zeugt etwa Titos Rede in Split aus dem Jahr 1962, in welcher er die lokalen Interessen öffentlich verurteilte:

> „Einige Kommunisten haben die weiteren Interessen der Gesamtgemeinschaft vergessen. Einige Kommunisten sehen nur ihre unmittelbare Umgebung [...]. Wir haben ein Meer von Blut für die Brüderlichkeit und Einheit unserer Völker vergossen und werden niemandem erlauben, dies zu gefährden oder von innen diese Brüderlichkeit und Einheit zu zerstören. [...] Die Leute gehen zurück in die Geschichte des eigenen Volkes und fangen an, in ihr herumzustochern, und vergessen die zukünftige Entwicklung unserer sozialistischen Gemeinschaft als Ganzes. Keine einzige unserer Republiken würde überhaupt etwas [in der Welt] darstellen, wenn wir nicht alle zusammen wären! Ohne die nationalen Rechte der

631 Ramet, Die drei Jugoslawien, 297; – Horvat, The Yugoslav Economic System, 20f.
632 Horvat, The Yugoslav Economic System, 20.
633 Jakir, Wirtschaft und Wirtschaftsreformen, 92.
634 Horvat, The Yugoslav Economic System, 21. – Siehe dazu auch: Ramet, Die drei Jugoslawien, 297.
635 Jakir, Wirtschaft und Wirtschaftsreformen, 91. –Vgl. dazu auch: Dennison Rusinow, Reopening of the „National Question“ in the 1960s, in: Lenard J. Cohen, Jansa Dragović-Soso (Hgg.), State Collapse in South-Eastern Europe: New Perspectives on Yugoslavia´s Disintegration, West Lafayette 2008, 131–148, hier 132.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

einzelnen Republiken in Zweifel zu ziehen, die eigenen Traditionen zu pflegen, nicht zum Schaden, sondern im Interesse der ganzen Gemeinschaft, müssen wir unsere Geschichte, unsere jugoslawische sozialistische Geschichte schaffen, um uns gegenseitig zu ergänzen. Das ist unser Weg, das wollen wir, und nicht die Zerstörung unserer Einheit, die aus den verschiedensten Gründen heraus betrieben wird."[636]

Der weitere Weg des jugoslawischen Sozialismus sowie der Parteispitze am Anfang der 1960er war tatsächlich unklar, weil „Tito offenbar selbst nicht wusste, wie es weitergehen sollte".[637] Als auf dem VI. Plenum des ZKs im März 1962 darüber abgestimmt werden sollte, enthielt sich Tito zwar seiner offiziellen Empfehlung zur Abstimmung, sprach sich davor allerdings klar für eine der beiden Positionen aus. Die Rechte der Arbeiter*innen sollten weiter ausgebaut und die Dezentralisierung vorangetrieben werden.[638] Noch konnte der politische Streit zwischen den Reformisten und ihren Gegner nicht *ad acta* gelegt und ein Kompromiss gefunden werden. So wurden die erweiterten Rechte der Arbeiterräte in der 1963 verabschiedeten Verfassung zwar verankert, während gleichzeitig auch die staatlichen Eingriffsrechte ausgeweitet und festgelegt wurden.[639] Im Titel VIII. „die Zuständigkeit der Bundesorgane", Artikel 160, hieß es nun, dass die Aufgaben des Bundesorgane neben Staatssicherheit, Außenhandel und Grenzkontrolle, auch die Regelung und Kontrolle des Geldumlaufes umfassten. Zudem würden die grundlegenden Gesetze über die Wirtschaftsorganisationen, d.h. der Betriebe, der wirtschaftlichen Geschäftstätigkeit, der Arbeit und den Arbeitsschutz, die Verteilung des Gesellschaftsproduktes, Beiträge, Steuern und Gebühren sowie die Budgets und Fonds den gesetzlichen Bestimmungen des Bundes unterliegen.[640] Sämtliches Bank- und Kreditwesen und dessen Stellung, Rechte und Pflichten sowie Geschäftstätigkeit waren ebenfalls den Bundesorgangen unterstellt[641] und „trugen damit ausgeprägt etatistische Züge".[642] Schließlich behielt sich der Bund gemäß Artikel 124 auch vor, den Unternehmen „provisorisch" das Recht auf die Verfügung bestimmter gesellschaftlicher Mittel zu verbieten, sofern die Wirtschaft dies bedingte sowie der Bund den Arbeitsorganisationen per Gesetz vorschreiben konnte, dass bestimmte Anteile des Einkommens (der Unternehmen) für „die Entwicklung der materiellen

[636] Auszug aus der Rede Titos in Split 1962, zitiert bei: Jakir, Wirtschaft und Wirtschaftsreformen, 94f. (Übersetzung des Autors).
[637] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 116.
[638] Ebda. – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 228.
[639] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 116.
[640] Artikel 161 der Verfassung von 1963, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2020 Dezember 7.
[641] Artikel 29 der Verfassung von 1963, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2020 Dezember 8.
[642] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 116.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Grundlage ihrer Arbeit bzw. für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu nutzen [...]".[643] Das heißt, einen Teil des Einkommens etwa zu investieren, anstatt diesen als persönliches Einkommen an die Beschäftigten des Unternehmens auszubezahlen.[644]

Auf der Seite sahen Arbeiter*innen bzw. der Arbeiterräte wurden deren Rechte und Pflichten durch die folgenden Punkte in der neuen Verfassung verbrieft:

1) „Unmittelbar oder über das von ihnen selbst gewählte Verwaltungsorgan die Arbeitsorganisation zu verwalten;
2) Die Produktion oder sonstige Tätigkeit zu organisieren, für die Entwicklung der Arbeitsorganisationen zu sorgen und die Arbeits- und Entwicklungspläne und -programm festzusetzen;
3) Über den Austausch der Erzeugnisse und Dienstleistungen sowie über sonstige, die Tätigkeit der Arbeitsorganisation betreffende Fragen zu entscheiden;
4) Über die Verwendung und Verteilung der gesellschaftlichen Mittel zu entscheiden und dieselben wirtschaftliche zweckmäßig zur Erzielung des höchstmöglichen Effekts für die Arbeitsorganisation und Gesellschaftsgemeinschaft zu nützen;
5) Das Einkommen der Arbeitsorganisation zu verteilen und die Entwicklungen der materiellen Grundlage ihrer Arbeit zu gewährleisten; die Aufteilung des Einkommens an die Werktätigen vorzunehmen; die Verpflichtungen der Arbeitsorganisation gegenüber der Gesellschaft zu erfüllen;
6) Über den Eintritt der Werktätigen in die Arbeitsorganisation, das Aufhören ihrer Arbeit sowie über sonstige wechselseitige Arbeitsbeziehungen zu entscheiden; im Einklang mit den allgemeinen Arbeitsbedingungen die Arbeitszeit in der Arbeitsorganisation zu bestimmen; sonstige Fragen von gemeinsamem Interesse zu regeln; die interne Kontrolle und den öffentlichen Einblick in die Arbeit zu gewähren;
7) Ihre Arbeitsbedingungen zu regeln und zu verbessern; den Arbeitsschutz und die Erholung zu organisieren, die Voraussetzungen für ihre Ausbildung sowie für die Hebung ihres persönlichen und gesellschaftlichen Standards zu sichern;
8) Über das Ausscheiden eines Teils der Arbeitsorganisation in eine getrennte Organisation sowie über die Zusammenlegung und Vereinigung der Arbeitsorganisation mit anderen Arbeitsorganisation zu entscheiden."[645]

[643] Artikel 123, Verfassung von 1963, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2020 Dezember 9. – Darüber hinaus besagte Artikel 123, dass der Bund den Arbeitsorganisationen dazu verpflichten könne, Reservemittel zu bilden, ebda.
[644] Ebda.
[645] Artikel 9 der Verfassung von 1963, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2020 Dezember 7. – Siehe dazu auch: Radonjić, Zec, Ekonomski model socijalističke Jugoslavije, 704f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Von Relevanz war unter anderem Punkt fünf, wonach das Einkommen des gesamten Unternehmens sowie die persönlichen Einkommen der Arbeiter*innen nun selbst geregelt werden sollten. Allerdings musste diese Verteilung einem Prinzip folgen, das sich aus der marxistischen Theorie ableiten ließ: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung" – das sogenannte sozialistische Leistungsprinzip[646]: In der jugoslawischen Umsetzung las sich dieses Prinzip in Artikel 12 folgendermaßen: „Jedem Werktätigen in der Arbeitsorganisation gebührt – im Einklang mit dem Prinzip Verteilung entsprechend geleisteter Arbeit – ein persönliches Einkommen entsprechend den Resultaten seiner Arbeit."[647] Neben dem Gesellschaftseigentum, welches nun auch verfassungsrechtlich bestimmt wurde[648], stellte die Verteilung der Einkommen als Recht der Arbeiter*innen bzw. der (freien) Produzenten[649] nun eines der wichtigsten Merkmale der Selbstverwaltung dar.[650] In seiner Rede auf dem VIII. Parteitag wies Tito auf die Dringlichkeit hin, den Arbeitskollektiven das umfangreiche Recht über die Verteilung ihrer akkumulierten Mittel zu übertragen, die von allen am besten über die Rentabilität ihres Unternehmens Bescheid wüssten. Die bisherige Vorgangsweise des staatlichen Eingreifens, so Tito, habe Jugoslawiens Wirtschaft enorm geschadet:

> „Niemand kann heute die Tatsache in Abrede stellen, dass wir eine ganze Reihe von Jahren hindurch mit der bestehenden Industrie durch Eingriffe in die Amortisationen Raubbau betrieben haben […], während die derart akkumulierten Mittel manchmal auch für unrentable Investitionen verwendet wurden. Eine solche Politik des forcierten Investierens verursachte und verursacht noch immer große Störungen in unserer wirtschaftlichen Entwicklung [und] führt nicht nur zur Unzufriedenheit unserer Werktätigen, […] sondern auch zu Reibungen zwischen den verschiedenen Republiken."[651]

---

[646] „Svako prema sposobnostima – svakome prema njegovom radu." Siehe dazu: Popov, Lični dohoci i inflacija troškova, 119–124; – Štahan, Životni standard u Jugoslaviji, 22; – Lemân, Das jugoslawische Modell, 155. – Siehe dazu auch: In der Kritik am Gothaer Programm schrieb Marx dazu: „In einer höheren Phase der kommunistischen: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.), Karl Marx, Friedrich Engels Werke, Bd. 19, Berlin [4]1973, 21.

[647] Artikel 12 der Verfassung von 1963, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2020 Dezember 07.

[648] Erster Teil, Titel III der Verfassung von 1963, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2021 März 19.

[649] Da Löhne als Ausbezahlungsform mit dem Gesetz von 1958 abgeschafft und nun als dezidiert als Einkommen verstanden und ausbezahlt wurden, gab es diesem Verständnis nach auch keine Lohnarbeiter*innen mehr, sondern ausschließlich Produzent*innen, die dem Vernehmen nach „frei", also nicht mehr in einem Ausbeutungsverhältnis standen, Lemân, Das jugoslawische Modell, 156.

[650] Popov, Lični dohoci i inflacija troškova, 119.

[651] Međunarodna Politika (Hg.), Der achte Kongress des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens. Praxis und Theorie des Aufbaus des Sozialismus in Jugoslawien, Beograd 1965, 33.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Dieses Paradigma war damit zum Verteilungsinstrument geworden: „Die Verteilung gemäß der Arbeit ist jene Form, in welcher die verfügbaren Mittel und die verfügbaren Einkommen zwischen […] den Teilen der Bevölkerung aufgeteilt wird.“[652] Die Arbeit wurde als Wert betrachtet, auf dessen Basis folglich die materielle und gesellschaftliche Position der Arbeiternehmer*innen zustande kam.[653] Dabei war das Ziel einer Verteilung nach Arbeitsresultaten keine vollständige Nivellierung, also keine vollständige Gleichheit aller Einkommen, sondern sah unter anderem vor, dass gleiche Einkommen für die gleiche Arbeit bzw. Qualifikation bezahlt wurde.[654] Darüber hinaus gewährleistete das „einheitliche Verteilungssystem, dass die Arbeitsorganisationen die für die Reproduktion bestimmten Mittel im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Schaffung der Mittel, sowie entsprechend ihren Möglichkeiten […] wirksamst nützen.“[655] Kurzum: Da nicht jedes Unternehmen, bzw. jede Arbeitsorganisation die „gleichen Mittel“ und die „gleichen Möglichkeiten“ hatte, konnten bzw. sollten die Einkommen nicht vereinheitlicht werden. Da aber die weniger entwickelten Regionen nun schlechtere (Ausgangs-) Bedingungen hatten und dem obigen Prinzip nach durchwegs weniger Mitteln und damit geringere Einkommen hätten, wurde in der Verfassung entsprechend präventiert:

> „Zwecks Vereinheitlichung der materiellen Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens und der Arbeit der Werktätigen, zwecks Gewährleistung einer möglichst harmonischen Entwicklung der Wirtschaft als Gesamtheit, sowie zwecks Schaffung der materiellen Grundlage für die Gleichberechtigung der Völker Jugoslawiens, widmet die Gesellschaftsgemeinschaft der rascheren Entwicklung der Produktivkräfte in den wirtschaftlich unterentwickelten Republiken und Gebieten im allgemeinen Interesse besondere Beachtung und sichert zu diesem Zweck die erforderlichen Mittel nebst Ergreifung sonstiger Maßnahmen.“[656]

Konkret war damit die Errichtung eines Entwicklungsfonds auf Bundesebene gemeint, für dessen Einzahlung die genannte „Gesellschaftsgemeinschaft“ verpflichtet wurde und dessen Mittel als Kredite an die weniger entwickelten Gebiete ausgezahlt wurden[657]: „Den wirtschaftlich unterentwickelten Republiken und Gegenden sichert die

[652] Berislav Šefer, Lična i zajednička potrošnja, Beograd 1979, 16.
[653] Ebda.
[654] Popov, Lični dohoci i inflacija troškova, 119.
[655] Teil III der Verfassung von 1963, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2020 Dezember 7.
[656] Teil III der Verfassung von 1963: online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2020 Dezember 7.
[657] Artikel 123 der Verfassung von 1963: online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2020 Dezember 7.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Gesellschaftsgemeinschaft die materiellen und sonstigen Bedingungen für ihre raschere wirtschaftliche Entwicklung sowie für die Schaffung der materiellen Grundlage für die erforderlichen gesellschaftlichen Tätigkeiten."[658] Interessant an obigem Verfassungssatz erscheint vor allem der Umstand, dass die „Vereinheitlichung der materiellen Bedingungen" erneut in einen Kontext zur „Gleichberechtigung der Völker Jugoslawiens" gesetzt wurden.[659] Dass wirtschaftliche Gleichheit und nationale Selbstbestimmung bzw. Gleichberechtigung mit dieser Verfassung voneinander abhängig gemacht wurden, war eine der Motivationen für die Glättung der ungleichen Entwicklung.[660] Gleichzeitig unterstreicht die Verbindung dieser beiden Elemente die Annahme, dass die Reformdiskussionen der 1960er Jahre bereits der „Anfang vom Ende" waren.

Grundlage für die Umsetzung der autonomen Einkommensverteilung war das bereits erwähnte Gesellschaftseigentum, das seit 1963 auch erstmals verfassungsrechtlich bestimmt wurde.[661] Damit war zumindest theoretisch die Grundlage für das Absterben des Staates gegeben, dessen Prämisse es ist, dass zunächst der Staat sämtliches Eigentum an den Produktionsmittel ergreift, um sie letztlich an die Gesellschaft zu übergeben.[662] Gemäß der Verfassung diente dieses der Befriedigung der individuellen, aber auch gemeinschaftlicher Interessen und musste auch von den Werktätigen verwaltet werden, wobei es sich hierbei dezidiert um ein Benutzungs- und kein Eigentumsrecht handelte. Begründet wurde das Gesellschaftseigentum mittels der Annahme, dass diese Form des Eigentums an den Produktionsmitteln die Ausbeutung der Menschen über die Menschen beende und somit „niemand aus der Ausbeutung fremder Arbeit unmittelbar oder mittelbar materiellen und sonstigen Nutzen ziehen" könne.[663]

Aus politischer Perspektive brachte die neue Verfassung ebenfalls Änderungen hervor, und zwar im Aufbau des Bundesrates, der bislang aus zwei Kammern bestand. Der Produzentenrat wurde insofern umstrukturiert, als dessen Vertreter*innen nicht mehr nach dem

---

[658] Weiter noch: „Diese Mittel werden im Einklang mit den für die Nutzung der gesellschaftlichen Reproduktionsmittel aufgestellten einheitlichen Prinzipien sowie übereinstimmend mit den vorgeschriebenen Bedingungen und Maßstäben genützt, durch die die Ineinklangbringung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Herstellung sonstiger, in den Gesellschaftsplänen vorgesehener Verhältnisse gesichert werden […]",Artikel 27 der Verfassung von 1963, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2020 Dezember 7. Siehe dazu auch: Pleština, Regional Development, 65.

[659] Vgl. dazu auch Kidrić, Über den Aufbau der sozialistischen ökonomischen Struktur der FVJ, 45f.

[660] Siehe dazu das Kapitel „'Erblasten der Vergangenheit': Das Entwicklungsgefälle in der Phase des ‚administrativen Sozialismus'", 54f.

[661] Vgl. dazu auch: Dušan Jurić, Siniša Pudar, Staatseinrichtung und Gesellschaftsordnung Jugoslawiens, Beograd 1960.

[662] Siehe dazu: Edvard Kardelj, The System of Socialist Self-Management, in: Jovan Djordjević, Savin Jogan, Mitija Ribičič, Anton Vratuša (Hgg.), Self-Manangment. The Yugoslav Road to Socialism, Beograd 1982, 9–52, hier 21–30.

[663] Artikel 7 und 8 der Verfassung von 1963, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2020 Dezember 7.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Kriterium ihres Beitrages zum Sozialprodukt gewählt wurden: Bis zu diesem Zeitpunkt galt, dass die Anzahl der in den Rat gesandten Delegierten sich nach dem Wert ihres Outputs richtete – je höher die produzierte Menge, desto höher auch die Anzahl an Delegierten.[664] Um zu gewährleisten, dass auch kleinere Produzenten ein Mitspracherecht bekamen, wurde diese Abhängigkeit zwischen Anzahl der Delegierten und dem produzierten Wert mit der neuen Verfassung abgeschafft. Stattdessen wurden weitere Kammern installiert, sodass das Bundesparlament ab 1963 aus insgesamt fünf Kammern bestand; dem Bundesrat sowie insgesamt vier Räten, dem Produzentenrat, dem Rat für das Bildungswesen, dem Rat für den öffentlicher Dienst und schließlich auch dem Rat für Gesundheit und das Sozialwesen. Mit dieser Erweiterung des Bundesparlamentes sollte die Mehrheit der Beschäftigten ihre Vertreter*innen in die Bundesorgane entsenden können.[665] Darüber hinaus wurde die Stellung des Bundespräsidenten von jener des Präsidenten des Bundesexekutivrates getrennt; beide hatte bis dahin Tito inne.[666] Schließlich wurde auch der Name Jugoslawiens geändert und hieß von nun an: Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien“ („Socijalistička Federativna Republika Jugoslavija“/„Socialistična federativna republika Jugoslavija“/„Socijalistička Federativna Republika Jugoslavija“).[667]

Weder nach der ersten Reform der 1960er Jahre, noch nach der neuen Verfassung konnten sich die Verfechter beider Positionen auf eine Einigung verständigen und nach wie vor ging es um die Ausweitung staatlicher Eingriffe auf der einen Seite und um die Beseitigung der „etatistischen-bürokratischen“ Schranken innerhalb ökonomischer Prozesse auf der anderen Seite.[668] Tito verdeutlichte die erfolglosen Anstrengungen der „minireforma“ mit einem Verweis auf die Medizin: „Die Medizin wurde gekauft, doch man hat nicht genau gewusst, an welcher Krankheit man leide.“[669]

[664] Beziehungsweise galt: Der Wert ihrer Produktion auf der Basis eines Delegierten je 70.000 aller Produzenten. Siehe dazu: Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 216.
[665] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 117; – Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 217. – Die beiden letzten Autoren fügen an dieser Stelle an, dass, obwohl der Produzentenrat sowohl die Industriearbeiter*innen als auch die Landwirt*innen vertreten hätte sollen, letztere faktisch „diskriminiert“ wurden. Der Grund dafür lag in den künstlich niedrig gehaltenen Preisen für Agrargüter, weshalb bereits deswegen weniger Vertreter aus der Agrarwirtschaft in den Produzentenrat gewählt werden durften. Diese Einschränkung wurde mit der neuen Verfassung beseitigt. Der zweite Grund für die Unterrepräsentation der Bauern und Bäuerinnen lag darin, dass nur wenige von ihnen in den Kollektiven arbeiteten, diese Vertreter aber ausschließlich Mitglieder von diesen Kollektiven wählen durften. Siehe dazu: Ebda., 217f.; – Singleton, Twentieth-Century Yugoslavia, 146.
[666] Hoffman, Neil, Yugoslavia and the New Communism, 219; – Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 117.
[667] Präambel der Verfassung von 1963, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2020 Dezember 8.
[668] Lampe, Yugoslavia as History, 284; – Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 117.
[669] Zitiert bei: Jakir, Wirtschaft und Wirtschaftsreformen, 99.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Auf dem darauffolgenden VIII. Parteitag der BKJ im Dezember 1964 sollte die zukünftige Richtung endgültig beschlossen werden. Tito ließ verlautbaren: „Es ist [...] notwendig, die negativen Erscheinungen, die unsere Entwicklung und unsere Praxis noch immer begleiten, kühner als bisher zu beseitigen“.[670] Mit den Beschlüssen dieses Parteikongresses und mit der Verfassung von 1963 wurde jene Phase des sozialistischen Jugoslawiens eingeläutet, die oftmals als „sozialistische Marktwirtschaft“[671] beschrieben wurde: Liberalisierung der Wirtschaft und stärkere Föderalisierung der Partei sowie des Staatsapparates[672] – beides mündete im Versuch, Jugoslawiens Wirtschaft in eine Marktwirtschaft sozialistischer Variante zu transformieren.[673] Die Ziele der neuen Reform („Kraigher-Reform“[674]) blieben im Wesentlichen die gleichen: „Modernisierung der Wirtschaft“, „Erhöhung der Arbeitsproduktivität“, „Steigerung des Exports“ sowie die „dauerhafte Einbindung Jugoslawiens in den internationalen Güteraustausch“. Das Novum dieser Reform war, dass diese Ziele nun unter dem Diktat der „ökonomischen Gesetzmäßigkeiten“ [675] erreicht werden sollten.[676]

Begründet wurde die Einführung marktwirtschaftlicher Kriterien vor allem damit, dass die jugoslawische Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt verbessert werden müsste, weshalb die Preise angepasst, die Profitabilität aller ökonomischen Prozesse eingeführt und die „Interventionen und Ausgleichszahlungen über die Föderation […] radikal beschränkt werden“ sollten.[677] Letzteres bedeutete nun auch, dass die Republiken in ihren Autonomierechten gestärkt wurden, wohingegen sich der Bund auf die Außenpolitik Verteidigung und die Regionalpolitik beschränkte.[678] Insgesamt entstanden damit faktisch mehrere Wirtschaftsräume, die nun der politischen Kontrolle der jeweiligen Republiken und

[670] Rede Titos auf dem VIII. Parteitag des Bundes der Kommunisten am 7. Dezember 1964 in Belgrad, zitiert bei: Bošković, Dašić, Socialist in Self-Management Yugoslavia, 412.
[671] Jakir, Wirtschaft und Wirtschaftsreformen, 94; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 227; – Weißenbacher, Jugoslawien, 96; – Saul Estrin, Yugoslavia: The Case of Self-Managing Market Socialism, in: The Journal of Economic Perspectives 5/4, Pittsburgh 1991, 187–194. – Zur Kritik am Begriff „sozialistische Marktwirtschaft“ siehe: Susan L. Woodward, Socialist Unemployment. The Political Economy of Yugoslavia. 1945–1990, Princeton 1995, 169f.
[672] Zdravko Petak, Ekonomski federalizam u socijalističkoj Jugoslaviji, in: Politička Misao 4, Zagreb 2012, 212–227, hier 213.
[673] Bogomir Kovać, Politička ekonomija reformiranje samoupravnog socijalizma – od europeizacije Jugoslavije do balkanizacije današnjeg EU-a, in: Politička Misao 3, Zagreb 2012, 74–91, hier 76; – Petranović, Istorija Jugoslavije, 545.
[674] Kovač, Politička ekonomija reformiranja samoupravnog socijalizma, 74.
[675] Jakir, Wirtschaft und Wirtschaftsreformen, 94.
[676] Ebda.
[677] Diese Aussage findet sich auf einem geheimen Papier des Finanzministeriums vom 9. Jänner 1965, zitiert bei: Jakir, Wirtschaft und Wirtschaftsreformen, 94f.
[678] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 232.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

nicht mehr des Bundes und der Bundesparteiführung oblagen. Die Idee eines einheitlichen jugoslawischen Wirtschaftsraumes wurde damit *ad absurdum* geführt.[679]

Schließlich bedeutete die neue Kursrichtung auch, dass sich die Reformbefürworter gegen die sogenannte Ranković-Gruppe durchsetzen – der Namensgeber, Aleksandar Ranković, wurde bereits ein Jahr später auch politisch abgesetzt. Es ging hierbei nicht ausschließlich um die Position, die Ranković als Chef des Sicherheitsdienstes und als „der Zweite in der Partei"[680] in der Reformdiskussion einnahm. Die Vorwürfe Titos, welche dieser auf einem Plenum auf der Insel Brioni gegen Ranković richtete, reichten von Amtsmissbrauch bis hin zu Spionage und Planung eines Staatstreiches. Er wurde schließlich aus dem Zentralkomitee sowie später auch aus der Partei ausgeschlossen. Auch die Zuständigkeiten des Geheimdienstes wurden „dezentralisiert" und gingen – bis auf die Spionageabwehr – in die Verantwortung der Republiken über.[681]

In Bezug auf die neuen Wirtschaftsreformen wurden die wirtschaftliche Ausgangsposition und die dazu entsprechenden Reformen, die als Gegenmaßnahmen dazu beschlossen wurden, wie folgt zusammengefasst: Eine relativ hohe Wachstumsrate der Wirtschaft, die am Beginn der 1960er zu schrumpfen begann; ein Handelsbilanzdefizit; Disproportion in der Entwicklung der industriellen Sektoren; eine irrationale Investitionsstruktur; Autarkie der jugoslawischen Wirtschaft; administrative Preisfestsetzung sowie die Tatsache, dass ein wesentlicher Teil des Einkommens für Erhöhungen bzw. für Provisionen und Prämien ausgegeben wurde. Dem gegenüber standen nun die beschlossenen Reformen, die sich an eben dieser wirtschaftlichen Ausgangsposition orientierten: Abwertung des Dinars sowie Konvertibilität; zusätzliche Lockerung der restriktiven Zollpolitik; eine restriktive Geldpolitik; eine Senkung der Budgetausgaben, Transferleistungen der Unternehmen zu senken, Restriktionen bei Investitionsausgaben; zentralstaatliche Erhöhung der Preise sowie deren Anpassung an den Weltmarkt und eine Reduktion der Subventionen.[682]

---

[679] Jakir, Wirtschaft und Wirtschaftsreformen, 95. – Oder in den Worten John Lampes „The end of Yugoslavia", Lampe, Yugoslavia as History, 285.

[680] Srdjan Cvetković, Fall of Aleksandar Ranković and Condemnation of "Rankovićism", in: Tokovi istorije 3, Beograd 2016, 111–143, hier 112.

[681] Calic, Titio, 325f. – In Calics Tito-Biografie beschreibt die Autorin Titos Gewohnheit, bei Auseinandersetzungen seine dunkle Sonnenbrille zu tragen und zitiert dann Ranković, als Tito diesen zu sich auf das erwähnte Brioni-Plenum bestellte und bei dessen Ankunft die dunkle Brille trug: „Als ich die Sonnenbrille sah, dachte ich, jetzt bist du erledigt." Ebda., 323. – Zu dem Vorwurf des Ausspionierens bzw. Planung des Staatsstreiches siehe: Cvetković, Fall of Aleksandar Ranković, 117–120. – Zu den Folgen der Entmachtung Rankovićs siehe: Burg, Conflict and Cohesion in Socialist Yugoslavian, 31–41.

[682] Bogomil Bogo Ferfila, The Economics and Politics of the Socialist Debacle. The Yugoslav Case, London 1991, 110. – Vgl. dazu auch: Dušan Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije. Glavni procesi 1918–1985, Zagreb 1985, 312.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Ein Schwerpunkt lag demnach in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Jugoslawiens. Indem die Währung abgewertet (von 750 Dinar pro US-Dollar auf 1.250 Dinar pro US-Dollar)[683], konvertierbar und an die Weltmarktpreise angepasst wurde, sollten der Außenhandel mit den jugoslawischen Erzeugnissen angekurbelt und das Handelsbilanzdefizit ausgeglichen werden. Die Schranken der Zollpolitik wurden ebenfalls abgebaut, indem nun nicht mehr durchschnittlich 23 Prozent, sondern 12 Prozent erhoben wurden.[684] Die restriktive Geldpolitik richtete sich hingegen an die „irrationale Investitionsstruktur".[685] Indem etwa die Zinsen für Kredite angehoben wurden, wurde ein Rückgang der Investitionen erwartet. Parallel dazu wurden die Entscheidungen über die Investitionen nun den Unternehmen überlassen, die selbst sowohl die entsprechenden Projekte auswählen als auch die Höhe bestimmen durften, d.h., wieviel Prozent ihrer Mittel in die Projekte investiert wurden.[686]

Die Transferleistungen der Unternehmen zu verringern, betraf in erster Linie die Steuern, die durch die Reform einerseits gesenkt und andererseits vereinheitlicht wurden.[687] Die Umsatzsteuer auf Produkte wurde reduziert, die Steuer der Unternehmen auf die Netto-Wertschöpfung wurde gänzlich abgeschafft und schließlich wurde die Steuer auf das Anlagevermögen auf vier Prozent reduziert. Damit war das Netto-Einkommen der Betriebe von weniger als 50 Prozent vor der Reform auf 70 Prozent danach gestiegen.[688] Diese „wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals"[689] führte allerdings nicht zum erhofften Erfolg der Produktivitätssteigerung.[690]

Eine weitere und durch die Reform hervorgerufene Änderungen betraf die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Wie weiter oben bereits angemerkt, wurden diese künstlich niedrig gehalten, um die Preise von Industriegütern hoch halten zu können. Die Reform veranlasste nun, dass die Preise von ersteren um durchschnittlich 60 Prozent angehoben, jene der Industriegüterpreise im Durchschnitt um 30 Prozent erhöht wurden; die Diskrepanz blieb

[683] Zudem wurden 1.250 Dinar durch 100 geteilt, um, ähnlich dem französischen Franc, solider zu erscheinen; der „Neue Dinar" war damit 1,250 zu je einem US-Dollar wert, Lampe, Yugoslavia as History, 288; – Dyker, Yugoslavia, 129.
[684] Lampe, Yugoslavia as History, 288.
[685] Milica Uvalić, Investment and Property Rights in Yugoslavia. The Long Transition to a Market Economy, Cambridge 1992, 7.
[686] Ebda.; – Darüber hinaus wurde der Finanzsektor reformiert. Siehe dazu: Lampe, Yugoslavia as History, 287; – Dyker, Yugoslavia, 127f.
[687] Aleksandar Jakir, The Economy Trigger – The Status of `Nationality` in a `Self-Managed` Economy During the 1960s and 1970s in Socialist Yugoslavia, in: Marie-Janine Calic, Dietmar Neutatz, Julia Oberreis (Hgg.), The Crisis of Socialist Modernity. The Soviet Union and Yugoslavia in the 1970s, Göttingen 2011, 134–155, hier 139.
[688] Lampe, Yugoslavia as History, 287; – Uvalić, Investment and Property Rights in Yugoslavia, 7.
[689] Weißenbacher, Jugoslawien, 161f.
[690] Ebda. – Moore berechnete, dass die staatlichen Einnahmen durch die diversen Steuern und Abgaben der Betriebe zwischen 1961 und 1964 mehr als die Hälfte des Nationaleinkommens in Industrie und Bergbau, betrug. Siehe dazu: Moore, Growth with Self-Management, 9.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

gleichwohl aufrecht.[691] Jugoslawiens Landwirtschaft erzeugte aber auch dadurch noch zusätzlichen Druck, weil die Größe des bewirtschafteten Bodens noch immer beschränkt war[692], wodurch es zu einer sogenannten Landflucht der Agrarbevölkerung in die Industriestädte kam, ohne dass es eine entsprechende Nachfrage an Arbeitskräften gab. Die Folge war steigende Arbeitslosigkeit vor allem in den weniger entwickelten Gebieten.[693] Eine Änderung der bisherigen Agrarpolitik wurde damit unumgänglich.[694]

Schließlich sei noch eine weitere Komponente der Reform von 1965 angeführt, die im Hinblick auf das zentrale Thema der vorliegenden Arbeit besonders relevant ist. Der mit der Verfassung von 1963 etablierte und oben erwähnte Bundesentwicklungsfonds erhielt nun erhebliche Ressourcen durch die Einhebung einer neuen und ausschließlich dafür vorgesehenen Steuer, die in Abhängigkeit vom Bruttomaterialprodukt (BMP) erhoben wurde.[695] Damit sollte das Entwicklungsgefälle zwischen den weniger und den weiter entwickelten Regionen bis 1970 um zehn Prozent verringert werden[696], wobei Bosnien Herzegowina (erneut), Montenegro, der Kosovo, Mazedonien, das süd- und südwestliche Serbien, sowie Dalmatien, die Lika, Banja und Kordun als weniger entwickelte Gebiete definiert wurden.[697]

All diese Maßnahmen sollten nun unter der Prämisse von Profit sowie Profitmaximierung umgesetzt und durchgeführt werden, was in Anbetracht der Arbeiterselbstverwaltung und der ideologischen Ausrichtung Jugoslawiens zu einer hybriden Wirtschaftsweise führte. Marktwirtschaftliche Prinzipien und Signale waren ab 1965 nun ebenso verankert wie die Rechte der Arbeiter*innen, etwa den Mehrwert zu bestimmen, ihn zu erzeugen und ihn letztlich auch als Teil des persönlichen Einkommens auszubezahlen. Jugoslawien sollte damit „sozialistisch“ und „marktwirtschaftlich“ zugleich werden.

[691] Lampe, Yugoslavia as History, 288; – Horvat, The Yugoslav Economic System, 98f. sowie Tabelle 16.
[692] Siehe dazu das Kapitel “Die wirtschaftlichen Entwicklungen Jugoslawiens in den 1950er Jahren“, 89f.
[693] Woodward, Socialist Unemployment, 91f. – Eine weitere Neuerung nach 1965 war auch die Einführung eines offiziellen Arbeitsmarktes, Jakir, Wirtschaft und Wirtschaftsreformen, 100.
[694] Vgl. dazu: Rudolf Bičanić, Turning Points in Economic Development, Den Haag 1972, 237.
[695] Lampe, Yugoslavia as History, 287f.; – Jakir, The Economy Trigger, 139.
[696] Jakir, Wirtschaft und Wirtschaftsreformen, 107.
[697] Weißenbacher, Jugoslawien, 86.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

2.2.4.2. Die wirtschaftlichen Entwicklungen und die Selbstverwaltung in den 1960er Jahren

Änderungen in der Arbeiterselbstverwaltung: Einkommen der Unternehmen und der Arbeiter*innen

Die wesentlichsten Änderungen für die Arbeiter*innen bzw. für alle jugoslawischen Beschäftigten wurden bereits im vorangegangenen Kapitel besprochen. Das System der Einkommensverteilung bzw. die Höhe der auszuzahlenden persönlichen Einkommen oblagen seit frühestens der Verfassung von 1963, aber spätestens seit der Reform von 1965 zum größten Teil den Arbeiterräten. Bestimmend war hierbei das erwähnte Prinzip „Einkommen nach geleisteter Arbeit" bzw. „Einkommen gemäß den Arbeitsresultaten" und die, wie erwähnt, keineswegs „gleiches Einkommen für alle" bedeutete. Ganz im Gegenteil wurden verschieden hohe Einkommen in Jugoslawien eher als Anreiz gedeutet. So führte Tito auf dem VIII. Parteikongress aus, dass es „unberechtigte und große Unterschiede in der Spannung der persönlichen Bezüge [...] gibt, was häufig die Quelle vieler Schwierigkeiten und auch politischer Probleme bildet", wies aber auch gleichzeitig darauf hin, dass die unterschiedlich hohen Einkommen meistens eine andere Ursache und deswegen auch eine Relevanz haben, und zwar im folgenden Sinne:

> „Spannungen in den Bezügen muss es selbstverständlich bei uns geben. Sie sind vor allem Ausdruck der niedrigen Qualifikationsstruktur und der relativ niedrigen Arbeitsproduktivität, und daher ist der Kampf um die Erhöhung der Fachbildung, der Arbeitsqualifikation und der Arbeitsproduktivität auch weiterhin eine unserer wichtigsten Aufgaben. Eine Einebnung ist jedenfalls schädlich und wirkt destimulierend."[698]

Mit der „minireforma" wurde eine der zentralsten Forderungen der Reformbefürworter eingeführt: Die Arbeiterräte erhielten nun das Recht, über einen Großteil des Unternehmenseinkommens zu verfügen.[699] Die Ausgangsposition dafür war der erzielte Betriebserfolg bzw. der Gesamtertrag, der sich aus dem Umsatz und den „außerordentlichen Erträgen", also etwa Kapitalerträge ergab. Von diesem Gesamtertrag der Unternehmen wurden die Kosten für Material sowie Amortisationen einerseits sowie die Einkommen auf der anderen Seite, die dem jugoslawischen Verständnis nach allen anderen Kosten darstellten, abgezogen.

[698] Međunarodna Politika (Hg.), Praxis und Theorie des Aufbaus des Sozialismus in Jugoslawien, 35. – Siehe dazu auch: Berković, Socijalne nejednakosti u Jugoslaviji, 17.
[699] Siehe dazu: Wachtel, Workers´ Self Management, 86f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Abstrahiert wurden davon noch Mitgliedsbeiträge, Versicherungsprämien, Umsatzsteuer, Abgaben in die Geschäfts-, Reserve- sowie die sogenannten Verbrauchsfonds[700] und der gemeinschaftliche Reservefonds.[701] Was nach diesen Abzügen übrig war, stellte das persönliche Bruttoeinkommen dar, von denen noch die Beiträge zur Sozialversicherung sowie weitere Beiträge in den erwähnten Wohnungsfonds abzuziehen war – der Rest war das persönliche Netto-Einkommen.[702] Das Novum daran war, dass die Arbeiterräte über die gesamte Verteilung des Unternehmenseinkommens verfügen konnten, was demnach bedeutete, dass es auch keine quantitativen Bestimmungen mehr für die Abgaben an die verschiedenen Fonds gab: „Praktisch bedeutet dies, dass die Arbeiterkollektive [...] die gesamten Einnahmen „aufessen", oder aber auch investieren konnten, das ist die eigenständige Bestimmung über die Proportionen der Verteilung des Einkommens."[703] Wie auf den folgenden Seiten gezeigt werden soll, wurde eben diese Autonomie zur Herausforderung für die jugoslawische Wirtschaft nach 1965.

Die Entwicklung der Preise

In Dušan Bilandžićs „Geschichte der sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien" findet sich eine einfache Erklärung, die den Übergang Jugoslawiens in marktwirtschaftliche Prozesse und vor allem den Preismechanismus nach 1965 verdeutlicht: Mussten in der vorangegangenen Periode „ökonomische Kategorien nicht respektiert" werden, hatten eben diese Kategorien im neuen System der Arbeiterselbstverwaltung nun aber Einfluss auf die „sozio-ökonomische Position der Arbeiterkollektive": „Zukünftig erschaffen die Arbeiter ihr persönliches Einkommen durch das Einkommen ihres Betriebes, ganz offensichtlich hängt dieses Einkommen auch von den Preisen ihrer hergestellten Güter ab [...]."[704]

Die staatlichen Eingriffe in die Preisgestaltung, die zuletzt auch kurz vor der Reform ausgeübt wurden (wie etwa das Einfrieren der Preise 1965[705]), wurden mit der neuen Reform von 1965 untersagt. Die Preise sollten nun über Angebot und Nachfrage auf dem Markt bestimmt werden, indem Unternehmen ihre Kosten kalkulierten, effizient und produktiv die Güter herstellten und dann unter Berücksichtigung des Wettbewerbs, der Weltmarktpreise und

[700] Aus dem Verbraucherfonds („fond zajedničke potrošnje") wurden Ausgaben für die Weiterbildung, Kultur und Unterhaltung bezahlt, aber auch die Kosten für die Erhaltung des gemeinsamen Objekts der Arbeiterkollektive, der Regenration in Form von Sport, Unterhaltung und Urlaub getragen, Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 248f.
[701] Lemân, Das jugoslawische Modell, 165f.
[702] Ebda.
[703] Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 249.
[704] Ebda., 306.
[705] Siehe dazu: Moore, Growth with Self-Management, 10; – Dyker, Yugoslavia, 130; – Horvat, Yugoslav Economic System, 177.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

schließlich auch unter Berücksichtigung der Nachfrage den Verkaufspreis der Produkte bestimmten und auf dem Markt verkauften. Der Preismechanismus sollte damit objektiver Maßstab der Rentabilität, Effizienz und der Einkommen jugoslawischer Unternehmen werden.[706] Bis zum Jahre 1965 wurden Preise sämtlicher Warenproduktion größtenteils staatlich bestimmt; dies führte dazu, dass es zu einer Preisdisparität zwischen den niedrigen Preisen der verarbeitenden, Rohstoffindustrie und Agrargütern auf der einen Seite und den relativ höheren Preisen für Fertigprodukte kam.[707] Diese Preisverzerrung führte schließlich auch zu verschiedenen Entwicklungsgraden bzw. zu verschiedenen Rentabilitätsraten – ausgedrückt durch das relative Verhältnis zwischen Akkumulation und verwendeten Mitteln – innerhalb der Wirtschaftszweige:

Tabelle 19: Rentabilitätsraten in der Industrie, 1964

Industriezweig	**Rentabilitätsrate**
Elektroenergieerzeugung	4,6 Prozent
Produktion von Kohle und Koks	4,7 Prozent
Erdöl	10,5 Prozent
Schwarzmetallurgie	7,2 Prozent
Farbmetallurgie	13,2 Prozent
Metallverarbeitende Industrie	12,2 Prozent
Schiffsbau	16,2 Prozent
Elektroindustrie	15,1 Prozent
Chemieindustrie	15,4 Prozent
Herstellung von Baumaterial	15,3 Prozent
Holzindustrie	16,6 Prozent
Papierindustrie	8,0 Prozent
Textilindustrie	13,6 Prozent
Gummiindustrie	20,9 Prozent
Nahrungsmittelindustrie	11,3 Prozent
Grafikindustrie	16,4 Prozent
Tabakindustrie	13,7 Prozent
Filmindustrie	7,6 Prozent
restl. Industrie	20,4 Prozent

Quelle: Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 307.

Deutlich erkennbar an Tabelle 19 ist, zu welch unterschiedlichen Bedingungen einige Industriezweige produzierten und welche rentabler als die anderen waren. Eine direkte Folge davon war, dass die rentableren Betriebe damit nicht nur höhere Unternehmenseinkommen erzielten, sondern auch, dass die Arbeiterkollektive etwa in der Metallurgie Produktion davon profitierten, und zwar in Form von höheren persönlichen Einkommen. Als aber nach der

[706] Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 55.
[707] Moore, Growth with Self-Management, 10; – Bičanić, Turning Points in Economic Development, 241; – Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 306.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

„minireforma“ wesentliche Beschränkungen bezüglich der Festsetzung der Einkommen durch staatliche Regulierungen fielen, wiederholte sich das Szenario der 1950er Jahre: Die Einkommen wurden erhöht und die Preise folgten diesem Trend bis hin zu einer Inflation (1966 lag die Inflation bei 28 Prozent[708]), der wiederum nur durch eine neuerliche Preisfestsetzung durch das Preisbüro entgegengelenkt werden konnte.[709] Die Praxis der staatlichen Preisformation bedingte sich damit quasi selbst: Unter „deformierten Preise“[710] konnten Betriebe unwirtschaftlich arbeiten und damit zu hohe Einkommen beziehen, die erst recht wieder auf die Preise wirkten. Auf der anderen Seite konnten die unprofitablen Fabriken etwa nur noch dann ihre Produktion halten, bzw. im besten Falle sogar ausbauen („erweitere Reproduktion“[711]), wenn diese staatliche Unterstützung bekamen, die wiederum erneut die Profitabilität des Unternehmens und damit dessen Kosten verzerrte.[712]

Die Reform von 1965 sollte diesen Kreisläufen nun entgegenwirken. Auf Basis der Weltmarktpreise wurden die jugoslawischen angepasst, was konkret bedeutete, dass ein Tarifsystem eingeführt wurde, auf dessen Grundlage etwa zwei Drittel aller Industrieprodukte sowie die meisten Agrarprodukte geformt wurden. Die Preise jener Güter, die ausschließlich auf dem inländischen Markt verkauft wurden, waren an ein fixes Niveau gebunden, sie waren demnach noch immer kontrolliert.[713] Trotz dieser Anpassung war Jugoslawiens Wirtschaft von einer Preisstabilisierung weit entfernt. Zwar verringerten sich die Preisdisparitäten nach 1965[714], wurden durch erneute Eingriffe danach aber erneut „deformiert“.[715] Am geringsten waren die Preisunterschiede noch im Jahr 1968, allerdings wurden zu diesem Zeitpunkt die Preise von mehr als der Hälfte aller Industriegüter staatlich kontrolliert.[716]

Auch die OECD hielt im Jahr 1966 in ihrem jährlichen Bericht fest, dass die Transition zu einer sozialistischen Marktwirtschaft nach wie vor große Schwierigkeiten bereite. Insbesondere sei die Preisstruktur in einem solchen Maße verzerrt worden, sodass diese in keiner Weise jenem „Muster entspricht, welches das freie Spiel von Angebot und Nachfrage produzieren würde“.[717] Auch wurde in diesem Bericht danach gefragt, ob es denn überhaupt möglich sei, Preisstabilität zu erzeugen, wenn die Unternehmen autonom über Preise und

[708] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 229.
[709] Horvat, The Yugoslav Economic System, 176.
[710] Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 306.
[711] Zum Begriff der „erweiterten Reproduktion“ in der marxistischen Theorie siehe: Marx, Das Kapital, 501.
[712] Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 308. – Zu den weiteren Gründen der Abschaffung von Preisfestsetzungen siehe: Horvat, The Yugoslav Economic System, 176.
[713] Ebda., 177f.
[714] Siehe hierfür: Horvat, The Yugoslav Economic System, Table 26, 176.
[715] Singleton, Twentieth-Century Yugoslavia, 161.
[716] Horvat, The Yugoslav Economic System, 178, – Dyker spricht von 56 Prozent der erzeugten Güter, dessen Preise unkontrolliert gebildet wurden, Dyker, Yugoslavia, 130.
[717] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1966, 6f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Einkommen entscheiden konnten. Gleichzeitig räumten die Autor*innen des Berichtes ein, dass es für das einzigartige jugoslawische Wirtschaftssystem noch keine Experten gebe; es seien neue und unbekannte Probleme, die wohl weder theoretisch noch praktisch schnell gelöst werden könnten.[718]

Investitionen und die Reform von 1965

Eine der wesentlichsten Änderungen der 1965er Reform betraf die Investitionen. Wie erwähnt, wurden diese zentralstaatlich durch den Allgemeinen Bundesinvestitionsfonds bzw. den sozialen Investmentfonds[719] vergeben und durch die Abgaben der Unternehmen in die entsprechenden Fonds generiert. Im Jahr 1963 betrug dieser Anteil etwa 55 Prozent des Nettoeinkommens der Unternehmen.[720] Eine erste Änderung wurde bereits im Jahre 1964[721] durchgeführt, indem der Investitionsfonds aufgelöst und dessen Ressourcen mitsamt den Vergabekompetenzen an die entsprechenden Banken übergeben wurden. Damit wollte man sicherstellen, dass die so oft kritisierte unwirtschaftliche Vergabe der Investitionsmittel nun ökonomischen Kategorien unterzogen wurde.[722]

Die Reform von 1965 zielte aber noch weiter bzw. setzte den Prozess fort, in welchem die Investitionen nicht mehr durch politische, sondern wirtschaftliche Erwägungen vergeben wurden und fanden ihren Höhepunkt darin, dass nunmehr die Unternehmen selbst gewisse Entscheidungsbefugnisse hatten. Hier spielte die oben angegebene Steuerreform („wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals“) eine große Rolle: Die Betriebe mussten nun deutlich weniger Steuern und Abgaben leisten und hatten damit auch mehr Kapital zur Verfügung. Die Intention dahinter war, dass die Unternehmen diese nutzen würden, um die „Reproduktion zu erweitern“, also um zu investieren[723], weshalb die Reform der Investitionspolitik eben darauf abzielte, den Unternehmen mehr Spielraum diesbezüglich zu geben.[724]

[718] Ebda.
[719] Welche durch die lokalen Kommerzbanken verteilt wurden, die ihrerseits von den lokalen politischen Institutionen geregelt wurden, Singleton, Twentieth Century Yugoslavia, 152f.
[720] Organsation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1966, 17.
[721] Moore datiert diese Erneuerung auf das Jahr 1963, Moore, Growth with Self-Management, 109.
[722] Marijan Hanzeković, The Economic System since 1965, in: Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 211–238, hier 224.
[723] Im Jahr 1966 entsprach dieser Anteil, der den Unternehmen durch die Steuerreform blieb, etwa 400 Milliarden Dinar, Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1966, 12.
[724] Singleton, Twentieth Century Yugoslavia, 152f.; – Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1966, 12; – Milenkovich, Plan and Market in Yugoslav Economic Thought, 176.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 20: Quellen der Investmentfinanzierung 1961–1968, in Prozent

Quelle	**1961**	**1962**	**1963**	**1964**	**1965**	**1966**	**1967**	**1968**
Regierungsbehörden	61,7	59,6	54,4	36,5	26,7	15,7	17,7	15,7
Unternehmen	29,5	29,7	27,8	25,9	28,8	39,8	32,7	31,2
Banken	0,9	72,9	9,1	31,4	36,7	37,3	44,9	47,2
Andere	7,9	7,8	6,7	6,2	7,2	7,2	4,7	5,9

Quelle: Singleton, Twentieth -Century Yugoslavia, Table 18, 154.

Deutlich zu sehen ist der sukzessive Rückgang jenes Anteiles der Investitionsmittel, der durch die lokalen bzw. Bundesbehörden vergeben wurde. Parallel dazu lässt sich jener steigende aus den Eigenmitteln der Betriebe erkennen: Von 29,5 Prozent am Anfang des Jahrzehnts sprang dieser auf knapp 40 Prozent unmittelbar nach Einführung der Reform. Darüber hinaus wird auch die größere Rolle der Banken in der Vergabe der Investitionen sichtbar, die das ganze Jahrzehnt über stieg, und 1967 bereits knapp die Hälfte aller Gelder vergab. Ersichtlich wird auch, dass es bereits im darauffolgenden Jahr zu einem Rückgang der Investitionen aus Unternehmen von über sieben Prozent kam, was auf weitere Modifikationen im Jahr 1966 zurückzuführen ist. Wurden die Mittel des früheren Allgemeinen Investitionsfonds 1964 an die Banken übergeben, wurde diese Verfügung mit dem Zusatz zum Bankengesetz von 1966 wieder revidiert und die entsprechenden Gelder wieder in einen Bundesfonds transferiert, d.h. der Bund, bzw. der Bundessekretär für Finanzen behielt letztlich die Entscheidungsbefugnis.[725] Tatsächlich besaßen die Banken in Jugoslawien eher das Merkmal von „Dienern" der Wirtschaft, als gleichgestellte Akteure; so gehörten beispielsweise die Profite, welche die Bank machte, den Unternehmen.[726]

Ein weiteres Problem ergab sich aus dem nun festgeschriebenen Territorialprinzip der Banken, wonach diese nur in jenen Gebieten operierten, in denen sie ihren Standort hatten.[727] Dies führte zu einer gewissen Regionalisierung und einer unzureichenden Mobilität des Kapitals, denn wurden etwa Rücklagen, die in Slowenien gebildet wurden, nur für slowenische Projekte von slowenischen Unternehmen genutzt; die Zinsen der Investitionskredite berücksichtigten keine zweite Republik. Dies hatte vor allem für die Regionalpolitik Auswirkungen, eingedenk der Tatsache, dass es beispielsweise für Bosnien-Herzegowina und

[725] Moore, Growth with Self-Management, 111 sowie 109f.
[726] Singleton, Twentieth Century Yugoslavia, 155. – Uvalić schreibt dazu wiederum, dass die Banken eine größere Rolle spielten und damit die Position der Politik bzw. der Regierung bei der Investitionsvergabe schwächten, gleichzeitig merkt sie aber an, dass es den Banken überlassen war, auf welche ökonomischen Kriterien sie sich bei der Vergabe der Investitionsmittel stützten. Die Konsequenz davon war, dass die Praktiken von Bank zu Bank dabei sehr unterschiedlich waren und vor allem, dass das Kriterium der Profitabilität nur selten angewandt wurde, Uvalić, Investment and Property Rights in Yugoslavia, 112.
[727] Dyker, Yugoslavia, 127.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Montenegro nur jeweils eine Bank gab, während einzelne Banken über 90 Prozent des Bankbetriebes in Slowenien und Kroatien dominierten.[728]

Weitere Trends zeigten sich in der Entwicklung der Investitionen nach der Reform: Erstens wurde eher in die kapitalintensive Industrie investiert, da die daraus entstandenen Einnahmen höher erwartet wurden als in den kapitalärmeren Sektoren.[729] Zweitens zeigte die Reform noch eine weitere Auswirkung, die der Vergleich zu nicht-selbstverwalteten Betrieben ergab, nämlich, dass nicht-selbstverwaltete Unternehmen eher Bereitschaft zeigten, Investitionen aus den eigenen Mitteln zu finanzieren als selbstverwaltete. Im Konkreten bedeutete dieser Umstand, dass mit dem höheren Anteil, der nach der Reform den Unternehmen zur weiteren Verwendung blieb, tendenziell die Einkommen erhöht und kaum Investitionen getätigt wurden. Die persönlichen Einkommen stiegen um 24 Prozent im Zeitraum zwischen 1965 und 1967. Zum Vergleich: Das Nationaleinkommen stieg in der gleichen Zeit um elf Prozent. Da der Umfang der Investitionen aber auf einem fast konstanten Niveau blieb, bedeutete dies im Umkehrschluss, dass die Betriebe ihre neuen Projekte mit Bankkrediten finanzierten. Gegen Ende des Jahrzehnts musste so ein Großteil der Unternehmenseinkommen für die Tilgung aufgenommener Kredite aufgewendet werden, was wiederum zu einem Liquiditätsengpass der Betriebe führte. Dass dabei jene Unternehmen, die unrentabler produzierten, auch mehr Schulden aufwiesen, hatte, wiederum Auswirkungen auf die weniger entwickelten Gebiete.[730]

Um den Geldumlauf zu verringern, wurde ab Ende 1966 bzw. Anfang 1967 eine neue Geldpolitik umgesetzt. Die Nationalbank verringerte ihren Kreditrahmen um zwölf Prozent. Zudem wurden auch die Kommerzbanken strenger reguliert, etwa bei der Vergabe von kurzfristigen Krediten. Insgesamt resultierte die neue Geld- und Kreditpolitik darin, dass sich das Geldangebot in dieser Zeit um zwei Prozent verringerte, die Vergabe der kurzfristigen Kredite um lediglich sechs Prozent anstieg und die Liquidität der Unternehmen stark reduziert wurde.[731] Erst im Jahr 1968 wurden erste Restriktionen gelockert, indem die Banken etwa geringere Eigenreserven aufweisen mussten, Zinssätze von sieben auf sechs Prozent reduziert wurden usw., womit sich das Geldangebot am Ende des Jahres 1968 um 24 Prozent erhöhte.[732]

[728] Singleton, Twentieth Century Yugoslavia, 155f.
[729] Siehe dazu: Vanek, The Economics of Workers´ Management, 273f. – Der OECD Bericht aus dem Jahr 1970 spricht von den „produktiven Aktivitäten“ die etwa 1967 um sechs Prozent im Vergleich zum Vorjahr sanken, Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1970, 13. Für die konkreten Investitionszahlen siehe: Ebda., Economic Surveys Yugoslavia 1972, Table C, 58.
[730] Dyker, Yugoslavia, 132f.
[731] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1970, 28f.
[732] Ebda.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Industrie und Agrarwirtschaft

Im Jahr 1961 wurde der dritte Fünfjahresplan veröffentlicht, der eine Wachstumsrate von 11,4 Prozent vorsah. Folgendes sollte der Priorität nach umgesetzt werden:

1) Erweiterung der Ressourcen und Kapazitäten in der Produktion sollten rasch und stabil erweitert werden, insbesondere in den sogenannten Schlüsselindustrien;
2) Erhöhung der persönlichen Konsumation;
3) Ökonomische Beziehungen mit anderen Ländern ausbauen;
4) Beschleunigung der Entwicklung von weniger entwickelten Regionen und
5) Stärkung des Sozialismus.[733]

Tatsächlich wurden in dieser Planungsphase lediglich 6,6 Prozent der angestrebten 11,4 Prozent erreicht, womit die bereits kurz erwähnte Verlangsamung des jugoslawischen Wirtschaftswachstums deutlich wird. Eben dies führte dazu, dass dieser Plan bereits nach einem Jahr aufgegeben wurde.[734] Der zeitliche Verlauf des Wachstums weist dabei folgende Struktur auf: Die erste Verlangsamung des Wachstums fiel unmittelbar auf die Phase nach der Implementierung des Fünfjahresplans 1961 sowie der „minireforma“. Im Jahr 1962 stieg die industrielle Produktion wieder an, stagnierte allerdings in den Jahren 1965 und 1966, also ebenfalls unmittelbar nach Einsetzen der Reform von 1965, wobei sich die Stagnationsphase insgesamt auf den Zeitraum 1964 bis 1967 bezog und danach wieder zu steigen begann.[735]

Tabelle 21: Wachstumsraten der jugoslawischen Industrie, ausgewählte Perioden

Zeitraum	Jährliche Wachstumsrate in Prozent[a]
1952–1975	8,9
1952–1957	12,6
1957–1961	11,0
1961–1966	9,7
1966–1971	5,1

[a] Calculated between the terminal years by the compound interest formula from 1961 direct weights index

Quelle: Moore, Growth with Self-Management, Table 25, 83.

Erkennbar aus der Tabelle 21 ist der deutliche Rückgang der industriellen Produktion in den erwähnten Phasen der beiden Reformen. Besonders im Jahr 1967 war diese ins Stocken geraten.

[733] Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, Table 3, 61.
[734] Moore, Growth with Self-Management, 15. – Für die Raten des Rückgangs in jedem Industriezweig siehe: Ebda., Table 12, 51.
[735] Ebda., 49f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Dem OECD-Bericht aus dem Jahr 1970 zufolge wurden im Jahr 1967 tatsächlich nur zwei Drittel der Kapazitäten verwendet, wohingegen das Optimum bei einer 85-prozentigen Auslastung lag. Zwei Jahre danach lief die industrielle Produktion wieder an, und zwar mit einem Wachstum um 9,6 Prozent verglichen zum Vorjahr.[736] Den Perioden nach (Tabelle 21) war es jene zwischen 1966 und 1971, mit 5,1 Prozent pro Jahr, die am niedrigsten war und die zeitlich auch mit der Einführung des vierten Fünfjahresplans zusammenfiel, in welchem nicht nur mehr Ziele formuliert, sondern auch andere Priorisierungen vorgenommen wurden:

1) Erhöhung des Lebensstandards und der persönlichen Konsumation;
2) Stärkung des Sozialismus und der Entwicklung der Selbstverwaltung der direkten Produzenten;
3) Schnelleres Wachstum der unzureichend entwickelten Republiken und Gebiete;
4) Stabilisierung der Währung und Preise;
5) Intensivierung der Effizienz und der gesamten sozialen und ökonomischen Aktivitäten. Modernisierung und Umbau der Produktionskapazitäten durch verbesserte wissenschaftliche und technische Methoden;
6) Konvertibilität des Dinars und weitere Integration in die internationale Arbeitsteilung;
7) Rapide Entwicklung der Bildung, Technologie und Wissenschaft.[737]

Im Vergleich zu den bisherigen drei Plänen, stellte der neue eine Ausnahme dar: Die Erhöhung des Lebensstandards stand im ersten Plan an letzter und im zweiten an vorletzter Stelle. Ab 1966 galt für dieses Ziel oberste Priorität.[738] Auch wurden die Bildung, Technologie und Wissenschaft zum ersten Mal als separater Punkt angeführt, wohingegen in den vorangegangenen Plänen diese unter anderen subsumiert wurden (wie etwa unter dem Ziel der Erhöhung des Lebensstandards). Schließlich erlang auch das Ziel des schnelleren Wachstums der weniger entwickelten Regionen höhere Priorität als im letzten Plan.[739] Statt der anvisierten 7,5 bis 8,5 Prozent Wachstum wurden 5,6 Prozent in dieser Planungsperiode erreicht, gleichwohl nach dem zweiten Jahr, 1968, erneute Änderungen des Planes vorgenommen wurden. Die Preise wurden eingefroren und der Anteil des Unternehmenseinkommen, der den Arbeiterräten zur weiteren Verwendung blieb, wurden ebenfalls gesenkt.[740]

Einer unter mehreren Gründen, der für diesen temporären Abschwung in der industriellen Produktion in den 1960er in der Forschungsliteratur genannt wird, lautet, dass zwar

[736] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1970, 23f.
[737] Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, Table 3, 61.
[738] Siehe hierzu: Dobrivojević Tomić, Prilog proučavanju životnog standarda, 255.
[739] Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, Table 3, 61.
[740] Moore, Growth with Self-Management, 84.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

marktwirtschaftliche Reformen eingeführt wurden, ohne aber einen entsprechenden Mechanismus zu etablieren, der die Wirtschaftsabläufe reguliert und kontrolliert hätte.[741] Darüber hinaus kamen Betriebe nun in Schwierigkeiten, die zuvor durch die staatliche Intervention Unterstützung bzw. finanzielle Mittel bekamen.[742] Fehlende Mittel beschrieb auch der Reformbefürworter Bakarić in seiner Rede auf dem VI. Kongress des SKH im Jahr 1968: „Da der Blutkreislauf der Wirtschaft, insbesondere die erweiterte Reproduktion noch immer hauptsächlich an alten Adern und Motoren gebunden war, erwiesen sich diese bald als stärker, und der Prozess der Überweisung von Geldern an die Wirtschaft […] kehrte zurück.“[743] Zusammen mit dem neuen Investitionssystem, dessen sich der Staat nicht mehr im gleichen Umfange wie zuvor annahm, wurden die Liquiditätsprobleme einiger jugoslawischer Betriebe damit zusätzlich verschärft.[744] Bakarić verwies in seiner Rede zugleich auch auf einen anderen Grund: Die Umstellung auf effiziente Ressourcenallokation stellte für viele Unternehmen eine große Herausforderung dar, die über zwei Jahrzehnte lang unter anderen Umständen operierten; es fehlten die Kenntnisse und außerdem erwies sich das Modell der Arbeiterselbstverwaltung als noch zu wenig entwickelt, um diesen Transformationsprozess mitzutragen.[745] Ein weiterer Grund der in der Forschungsliteratur für die langsamen Wachstumsraten genannt wird, waren die Preise: Weil sich die Preise nicht wie erwartet entwickelten[746], hatte dies Auswirkungen auf die Kapitalakkumulation und damit auf die finanziellen Mittel der Betriebe, wodurch das Wachstum der industriellen Produktion erneut verlangsamt wurde.[747]

Ähnliche Umstände bzw. weniger konstante Wachstumsraten fanden sich auch in der Produktion landwirtschaftlicher Güter, die zwar im Jahre 1966 einen Höchstwert erzielte[748], danach aber negative Werte verzeichnete. Verglichen mit dem Durchschnitt aus der Zwischenkriegszeit 1930–1939, verdoppelte sich die Produktion bzw. stieg das Wachstum um 16,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.[749] Im Jahr 1967 schrumpfte die Produktion um ein Prozent und im Jahr 1968 um vier Prozent, bevor die Produktion 1969 wieder deutlich zu steigen begann.[750] Gründe für die vorerst höheren Produktionszahlen in der Agrarwirtschaft lagen unter anderem in der erwähnten Änderung der Preise, die mit der Reform um

[741] Uvalić, Investment and Property Rights in Yugoslavia, 10.
[742] Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 323.
[743] Zitiert bei: Ebda., 316.
[744] Siehe dazu auch: Hanzeković, The Economic System since 1965, 215.
[745] Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 316.
[746] Siehe hierfür: Hanzeković, The Economic System since 1965, Table 18, 216.
[747] Ebda., 216f.
[748] Direkt für diesen Anstieg der agrarwirtschaftlichen Produktion verantwortlich war die Erhöhung in der Mais-, Mehl-, Zuckerrüben-, und Kartoffelproduktion. Für detaillierte Informationen zu den Produktionen in der Landwirtschaft siehe: Hamilton, Yugoslavia, Table 12, 159.
[749] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1970, Table 5, 23.
[750] Ebda., 23.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

durchschnittlich etwa 60 Prozent angehoben wurden.[751] Ein weiterer Grund bestand in der Kreditpolitik, die nun in größerem Maße auch für Landwirt*innen verfügbar waren: Zwischen 1965 und 1970 erhöhte sich Anzahl der privat angeschafften Traktoren von 5.000 auf 39.000; die Verwendung von Kunstdüngemittel stieg ebenfalls um das 1,5-fache an[752]; darüber hinaus wurde 1964 die Beschränkung über den Kauf von Maschinen für den privaten Sektor aufgehoben. Eine weitere wichtige Entwicklung innerhalb der Agrarwirtschaft betraf auch hier die Dezentralisierung bzw. den Rückzug des Staates, der bis Mitte der 1960er Jahre eine starke Vermittlerrolle zwischen dem privaten und dem sozialen Sektor eingenommen hatte.[753] Ein Novum, das durch die Reformen der 1960er Jahre im Bereich der Landwirtschaft entstand, waren die sogenannten agrarwirtschaftlichen Kombinate („poljoprivredni kombinat"), die eine Vereinigung bzw. Vereinheitlichung der landwirtschaftlichen Herstellung und Verarbeitung vorsahen und zwar in „vertikaler" Richtung: Kultivierung, Verarbeitung und Vertrieb agrarwirtschaftlicher Produkte.[754]

Schwierigkeiten für die Agrarwirtschaft ergaben sich ab etwa Mitte der 1960er Jahren noch aufgrund zweier Aspekte: Zum einen hatte die Regionalisierung der Produktion dazu geführt, dass sich Monopole innerhalb einer Republik bzw. Provinz bilden konnten, welche die entsprechende Nachfrage deckten – Gavrilović in Serbien oder Agrokomerc in Bosnien-Herzegowina. Zum anderen und zweitens hatte die Industrialisierung Jugoslawiens, ähnlich wie in anderen industrialisierten Ländern, auch zu einem Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung geführt: Zwischen 1961 und 1971 fiel diese Zahl um etwas mehr als 1,3 Millionen Personen resp. fiel von 49,6 Prozent der agrarwirtschaftlich tätigen Bevölkerung auf 38,2 Prozent.[755] Zusätzlich verschärft wurde dieser Rückgang auch durch die Arbeitsmigration ins Ausland, bei welcher die landwirtschaftliche Bevölkerung überrepräsentiert war.[756] Dies war unter anderem darauf zurückzuführen, dass nach 1965 weniger neue Arbeitsplätze in der Landwirtschaft entstanden: Während in ganz Jugoslawien etwa 130 Prozent an neuen Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen wurden, waren es im landwirtschaftlichen Sektor lediglich 83 Prozent. Zum Vergleich: Der Finanzsektor wuchs mit 143 Prozent, der Handel mit 156 Prozent und schließlich verzeichnete der Tourismus das höchste Wachstum an neuen Arbeitsplätzen mit 159 Prozent.[757]

[751] Siehe Tabelle 21.
[752] Lampe, Yugoslavia as History, 288.
[753] Woodward, Socialist Unemployment, 248.
[754] Allcock, Explaining Yugoslavia, 134.
[755] Ebda., 136.
[756] Darüber hinaus war es vor allem die ländliche Bevölkerung aus den weniger entwickelten Regionen in Jugoslawien, die – wie gezeigt – ins Ausland migrierte, Allcock, Explaining Yugoslavia, 136.
[757] Ebda., 137.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Selbst wenn die industrielle und agrarwirtschaftliche Produktion nun langsamer wuchsen, vor allem im Vergleich zum Ende der 1950er und Beginn der 1960er Jahre, schaffte Jugoslawien in diesem Zeitraum dennoch den „Übergang in die Industriegesellschaft".[758] Die industriellen Aktivitäten wurden deutlich ausgebaut, was sich einerseits am Anteil des Nationaleinkommens und andererseits an der Beschäftigungsstruktur zeigte. Während sowohl in den 1950er als auch in den 1960er Jahren der Anteil der Agrarwirtschaft kontinuierlich sank, von über einem Drittel im Jahr 1952 bis zu einem Fünftel im Jahr 1971, nahm parallel dazu der Anteil der Industrie am Nationaleinkommen zu und zwar in fast genau im gegenteiligen Trend: von etwas mehr als 20 Prozent am Beginn dieser Phase hin zu 36,1 Prozent 1971.[759] Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch bei der Beschäftigungsstruktur erkennen (siehe Tabelle 22), in welcher jener Teil der Bevölkerung, der in der Landwirtschaft arbeitete, kontinuierlich abnahm, während der in der Industrie tätige weiter zunahm.

Tabelle 22: Ökonomisch aktive Bevölkerung nach Sektoren (Zensus-Jahre) in Prozent

Sektor	**1953**	**1961**	**1971**
Industrie und Bergbau	8,0	13,6	17,7
Agrar- und Forstwirtschaft, Fischerei	66,8	56,9	44,6
Bauwesen	2,6	3,8	4,5
Transport und Kommunikation	2,1	3,0	3,6
Handel und Catering	3,1[a]	3,7	5,9
Handwerk[b]	4,7	4,5	4,9
Restliche[c]	12,8	14,4	18,8

[a] Inklusive Bank- und Versicherungswesen
[b] Inkludierte auch Gewerbeorganisation im sozialen Sektor sowie private Geschäfte
[c] Inklusive Regierung, Schule, Wissenschaft, Kultur, Gesundheit und noch weitere, nicht angegebene Bereiche
Quelle: Moore, Growth with Self-Management, Table 3, 25.

Was sich anhand dieser Tabelle zudem noch erkennen lässt, ist, dass der agrarwirtschaftlich-tätige Teil der Bevölkerung, trotz der Arbeitsmigration ins Ausland und trotz tendenziellen Rückgangs, nach wie vor hoch war und im Jahr 1971 fast 45 Prozent der arbeitenden Bevölkerung ausmachte. Selbst wenn die Industrialisierung in Jugoslawien bereits fortgeschritten bzw. vollzogen war, „konnten nicht alle Relikte der traditionellen Agrarwirtschaft"[760] überwunden werden. Neben der nach wie vor bestehenden Kleinteiligkeit der landwirtschaftlichen Flächen und der mangelnden Produktivität, waren Erträge und damit

[758] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 206.
[759] Siehe hierfür: Moore, Growth with Self-Management, Table 2, 23.
[760] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 206; – Hamilton, Yugoslavia, 174.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

auch die Einkommen aus der Agrarwirtschaft um ein Wesentliches niedriger.[761] Im Jahr 1963 waren 35 Prozent aller Landwirtschaften des privaten Sektors nicht größer als zwei Hektar; 36,2 Prozent bewirtschafteten eine Fläche zwischen zwei und fünf Hektar und nur 7,1 Prozent hatten eine Fläche von über zehn Hektar.[762] Neben dieser Fragmentierung waren auch die relativ niedrigen Kapitalinvestitionen in die Landwirtschaft ausschlaggebend, die ab 1962 nur etwa zehn Prozent der Gesamtinvestitionen ausmachten und die sich auch in niedrigeren Einkommen widerspiegelte.[763] Zum Vergleich: Im selben Jahr gingen 68,3 Prozent der Investitionsmittel an die Industrie und an den Bergbau, was sich wiederum an der weiteren Entwicklung des Gefälles zeigte.[764] Durch die niedrigen Erträge resp. Einkommen veranlasst, entschlossen sich viele landwirtschaftliche Arbeiter*innen dazu, neben ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit auch einer industriellen nachzugehen – das bereits erwähnte Phänomen der Arbeiter-Bauern existierte nach wie vor und fand auch in den 1960er Jahren Zulauf: „Viele Fabriken schickten Autobusse, um die sogenannten *polutani*[765], die Hybride, von Sammelpunkten aufzulesen“[766]; wobei dieser Zulauf am höchsten aus Bauernhöfen mit einer Größe von unter vier Hektar waren.[767]

Jugoslawischer Außenhandel in den 1960er Jahren

Welchen Einfluss hatten die Reformen nun auf den Außenhandel Jugoslawiens? Wie gezeigt, war die vorangegangene Periode von einem Handelsbilanzdefizit sowie von einem staatlichen Monopol, der die Abwicklung des Außenhandels, d.h. auch des Devisenhandels, übernahm, geprägt. Die Konsequenz dieser Politik war, dass es zu einer beträchtlichen Diskrepanz zwischen den jugoslawischen und den internationalen Preisen kam. Dass der Handel mit ausländischen Firmen dennoch betrieben wurde, lag an der staatlichen Unterstützung, die diese Diskrepanz mittels Prämien an die entsprechenden Unternehmen beglich.[768] Im Jahr 1964 betrugen diese Unterstützungszahlungen 400 Milliarden Dinar, etwa acht Prozent der staatlichen Ausgaben.[769] Der Handel mit anderen Ländern wurde zunehmend auch durch die

[761] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 207.
[762] Hamilton, Yugoslavia, Table 16, 171.
[763] Ebda., 191. – Siehe dazu auch: Tabelle 36.
[764] Moore, Growth with Self-Management, Table 30, 100.
[765] Mit dem Begriff „polutani“ wurden die schon erwähnten Arbeiter-Bauern bezeichnet, die bereits eine Mehrheit der Arbeitskräfte in der Textil- und Holzherstellung, der Ziegelherstellung und auf den Baustellen des Landes bildeten. Siehe dazu: Woodward, Socialist Unemployment, 192.
[766] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 206. Auszeichnungsschrift im Original.
[767] Hamilton, Yugoslavia, 174.
[768] Dieses System wurde 1962 eingeführt, Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 161.
[769] Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 161f.; – Diane Flaherty, Economic Reform and Foreign Trade in Yugoslavia, in: Cambridge Journal of Economics 6, Cambridge 1982, 105–143, hier 117; – Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 309.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

zahlreichen Wechselkurse erschwert: 1956 gab es beim Import noch 24 und beim Export elf verschiedene Raten bzw. Koeffizienten.[770]

Auf Basis dieser Ausgangsbedingungen zielten die Reformen von 1961 und 1965 nun auf marktwirtschaftliche Kriterien, auf Konkurrenz und Effizienz ab, wozu die Preise an jene des Welthandels angepasst, der Dinar konvertibel und Jugoslawien in den Welthandel integriert wurde. Damit sollten auch die staatlichen Unterstützungen wegfallen bzw. stark eingeschränkt werden. Zudem passte Jugoslawien seine Tarife an jene des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens an, was implizierte, dass anstelle der verschiedenen Koeffizienten ein Tarifsystem mit 4.500 verschiedenen Tarifen trat.[771] Das Ziel war, Jugoslawiens Wirtschaftswachstum durch Exporte anzukurbeln[772], während die Importe restriktiv kontrolliert wurden.[773] Allerdings gab es auch bei diesem Aspekt einen Vorteil für die weiter entwickelten Regionen. Während die weiter und höher verarbeiteten Produkte durch hohe Zölle auf Importe geschützt waren, galt selbiges nicht für die niedriger verarbeiteten Artikel, weshalb sie nach den Reformen der 1960er Jahren der weltweiten Konkurrenz vermehrt ausgesetzt waren.[774]

Wie sich Außenhandelsbilanz entwickelte, lässt sich an Tabelle 23 entnehmen: Zwar blieb über den hier angeführten Zeitraum das Defizit bestehen, nahm es nach der „minireforma“, im Jahr 1962 beinahe um die Hälfte ab und lag auch im Jahr darauf noch immer unter dem Niveau von 1961, wenngleich sich der Vorsprung verringerte. Bei der Reform von 1965 zeigte sich allerdings ein anderes Bild: Das Defizit vergrößerte sich unmittelbar danach von -2.455 Millionen Dinar auf -4.443 Millionen Dinar und sank im Jahr darauf nochmals auf minus 5.684 Millionen Dinar.

[770] Siehe hierfür Kapitel “Die wirtschaftlichen Entwicklungen Jugoslawiens in den 1950er Jahren“, 92f.
[771] Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 164 und 168; – Flaherty, Economic Reform and Foreign Trade in Yugoslavia, 117.
[772] Flaherty, Economic Reform and Foreign Trade in Yugoslavia, 120.
[773] Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 162.
[774] Eger, Das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien, 54f.; – Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 66.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 23: Exporte, Importe und die Außenhandelsbilanz in Jugoslawien (in Millionen Dinar):

Jahr	Exporte	Importe	Bilanz
1959	5.958	8.590	-2.632
1960	7.077	10.330	-3.253
1961	7.111	11.379	-4.268
1962	8.631	11.097	-2.466
1963	9.879	13.208	-3.329
1964	11.164	16.540	-5.376
1965	13.644	16.099	-2.455
1966	15.251	19.693	-4.443
1967	15.661	21.345	-5.684

Quelle: Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, Table 9, 166.

Einer der Ursachen für das Handelsbilanzdefizit nach der Reform war, dass zwar rein formal die staatlichen Unterstützungen bzw. die Exportprämien für die Unternehmen wegfielen, es aber nach wie vor die Möglichkeit gab, in Ausnahmefällen diese zu beantragen. Auch hier erwies sich die Umstellung auf marktwirtschaftliche Gesetze als schwierig. Wie oben ausgeführt, operierten zahlreiche Unternehmen vor 1965 unter unwirtschaftlichen Bedingungen, sodass bereits früh viele Betriebe erneut um die Prämien ansuchten. Das Außenhandelssystem reagierte somit nicht auf die erhöhten Preise am Weltmarkt, sondern vertiefte die Kluft zu den Preisen am Inlandsmarkt noch weiter.[775] Zunehmend stellte sich die Frage nach dem Schutz der heimischen Industrien, die mit dem Weltmarkt nicht mithalten konnten, sodass der Staat – trotz Liberalisierung des Außenhandels – immer wieder eingreifen musste.[776]

Auch die Importseite war mit großen Herausforderungen konfrontiert: Jugoslawien machte es sich zum Ziel, eine exportorientierte Wirtschaft aufzubauen, zu dessen Zweck die Importe stark reguliert (und reduziert) wurden. Gleichzeitig war Jugoslawien aber auf Importe angewiesen, um die eigene Industrie weiter auszubauen zu können.[777] Die zu importierenden Güter wurden nach der Dringlichkeit der Nachfrage bzw. ihrem Zweck nach auf dem inländischen Markt klassifiziert. *De facto* waren die Einfuhren aufgrund des Mangels an Fremdwährungsreserven aber so gering, dass diese die jugoslawische Nachfrage nicht decken

[775] Flaherty, Economic Reform and Foreign Trade in Yugoslavia, 117.
[776] Fred Singleton, Jugoslawiens Außenhandel. 1965–1977, in: Osteuropa 12, Berlin 1978, 1094–1102, hier 1095; – Flaherty, Economic Reform and Foreign Trade in Yugoslavia, 122.
[777] So wurden Kapitalgüter, moderne Maschinen, Roh- und Brennstoffe importiert. Nicht zuletzt stellten die Konsumgüter einen wesentlichenTeil der Importe da, Singleton, Jugoslawiens Außenhandel, 1100. – Eine Analyse zu den importierten Gütern sowie den Importländer im sozialistischen Jugoslawien findet sich unter: Martina Mirković, Der jugoslawische Kommunismus. Eine Zeitreihenanalyse seiner letzten beiden Jahrzehnte, phil. Masterarbeit Wien 2016.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

konnten. Auch hielt die einheimische Produktion mit der Nachfrage nicht mit, da die Kosten dieser Herstellung zu hoch waren und parallel dazu die jugoslawische Nachfrage eine geringe Elastizität aufwies, was bedeutete, dass die hohen Kosten des Imports nicht auf andere Güter übertragen werden konnten.[778] Diese Abhängigkeit vom Import wurde mit den Importrestriktionen noch verschärft und heimische Produzenten, die diese Importe nun durch eigene Herstellung ersetzen sollten und dafür Lizenzen im Ausland erwarben[779], konnten durch die „relativ ineffizienten Produktionsmethoden"[780] am Weltmarkt auch nicht mithalten.[781]

Die OECD verwies zudem in ihrem Bericht aus dem Jahre 1970 darauf, dass ein weiterer Grund für das hohe Handelsbilanzdefizit in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre mit dem erwähnten verlangsamten Industriewachstum zusammenhing. Obwohl dieses etwa im Jahr 1967 stagnierte, stiegen die Importe weiter an (siehe Tabelle 23). Wird zudem der Export zwischen dem Jahr 1966 und 1967 betrachtet, ist zu erkennen, dass dieser trotz diverser Anstrengungen kaum erhöht werden konnte (von 15.251 Millionen Dinar im Jahr 1966 auf 15.661 Millionen Dinar im Jahr darauf).[782] Bis zum Ende des Jahrzehnts, bzw. bis zum Jahr 1972 versuchte die jugoslawische Regierung in mehreren Phasen dem Ungleichgewicht im Außenhandel entgegenzustemmen. Ab 1967 wurden die Importrestriktionen für bestimmte Sektoren und Produkte, wie etwa Traktoren, Stahl usw., aufgehoben und liberalisiert[783]; darüber hinaus nahm der jugoslawische Bankenrat einen Kredit über 48 Millionen Dollar auf, um die Exporte jugoslawischer Firmen anzukurbeln. Von beiden Maßnahmen wurden kurzfristige Besserungen erwartet. Der zweite Strang an Reaktionen umfasste ausländische Investitionen in Jugoslawien, die mit Juli 1967 erstmals erlaubt wurden: Solange jugoslawische Firmen eine Mehrheit bei den gemeinsamen Firmen („joint ventures") aufwiesen, durften sie innerhalb Jugoslawiens operieren, wenngleich die entsprechenden Unternehmen im Einklang mit den neuen Reformen stehen mussten.[784] Im Jahr 1968 wurden spezielle Abgaben auf Importe eingehoben (drei Prozent auf den Import sowie eine ein-prozentige Gebühr für die

[778] Von dieser faktischen Monopolstellung hatten die jugoslawischen Unternehmen aber keine Vorteile, und zwar aufgrund der vielen Steuern, die sie an den Bund abgeben mussten, sowie auch wegen der am Anfang der 1960er Jahre noch bestehenden Beschränkung bezüglich ihrer Investitionen, Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 162f.
[779] Zwischen 1954 und 1965 kaufte Jugoslawien 158 solche Lizenzen und hatte im Jahr 1968 auch insgesamt 56 eigene Lizenzen ins Ausland verkauft, ebda., 169.
[780] Ebda., 168f.
[781] Ebda.; – Flaherty, Economic Reform and Foreign Trade in Yugoslavia, 117.
[782] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1970, 23.
[783] Die Importe wurden nun in vier Basisgruppen unterteilt: Die ersten wurden liberalisiert, die zweite Gruppe wurde nur bedingt bzw. temporär liberalisiert, die dritte waren „frei" bezüglich der Quantität, hatten aber Beschränkungen durch die Außenhandelspolitik im entsprechenden Vertragsland. Schließlich gab es noch die letzte und vierte Gruppe, die gänzlich Beschränkungen innerhalb Jugoslawiens unterlag, Flaherty, Economic Reform and Foreign Trade in Yugoslavia, 122.
[784] Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, 176–180; – Flaherty, Economic Reform and Foreign Trade in Yugoslavia, 122.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Zollabwicklung), um die nach wie vor bestehenden Differenzen zwischen dem einheimischen und ausländischen Markt zu kompensieren, damit sollte letztlich auch das Defizit unter Kontrolle gebracht werden.[785]

Auf den ersten Blick wirkten die beiden Reformen von 1966 und 1968 und zwar insofern, als sich sowohl die Exporte als auch die Importe günstig entwickelten.[786] Allerdings bestand noch immer ein Problem, das auch auf den anderen Gebieten der jugoslawischen Ökonomie Schwierigkeiten schuf. Die steigenden Einkommen und damit verbunden die Inflation. Die Tatsache, dass die Arbeiterräte die persönlichen Einkommen konstant erhöhten, bedeutete für den Außenhandel, dass die Nachfrage nach Importen, insbesondere nach Konsumgüterimporten stetig stieg. Außerdem waren die steigenden Einkommen von sinkenden Unternehmensersparnissen begleitet, weshalb sich die jugoslawische Regierung 1969 gezwungen sah, einzugreifen, indem sie die Mittel aus dem Kreditfonds zurückzog und nun wieder selbst an spezifische Investmentprojekte prioritär vergab. Tatsächlich erwies sich der Versuch, die Kreditvergabe zu kontrollieren, als unmöglich.[787] Wie oben schon festgehalten, hatten Unternehmen vielerorts Zahlungsschwierigkeiten, waren verschuldet und mussten einen Großteil der neuen Kredite für die Zahlungsverpflichtungen aufwenden. Um nun die neuen Kreditrestriktionen zu umgehen, suchten die Unternehmen nach anderen Formen von Krediten, die nicht der staatlichen Kontrolle unterstanden, wie etwa die zwischenbetrieblichen, die nun zahlreich auftraten.[788] Dass die diversen Eingriffe und Versuche seitens der staatlichen Agenturen nicht, oder nur bedingt und temporär halfen, lässt sich an dem Handelsbilanzdefizit gegen Ende des Jahrzehnts erkennen, das 1970 bei -1.195 Millionen US-Dollar lag.[789]

In Bezug auf die Handelsbilanz wird noch ein weiterer wichtiger Aspekt erwähnt: die sogenannten „unsichtbaren“ Auslandseinkünfte.[790] Diese Auslandseinkünfte hatten im Wesentlichen zwei Quellen, nämlich aus dem Transport- und Tourismuswesen sowie Transferzahlungen der jugoslawischen Arbeiter*innen im Ausland. Wie an der Handelsbilanz erkennbar wird, wurden die Einnahmen aus Tourismus und die Transferzahlungen aus dem Ausland im Laufe des Jahrzehnts immer relevanter und halfen dabei, das Defizit zu verkleinern.

[785] Flaherty, Economic Reform and Foreign Trade in Yugoslavia, 123. – Zudem klagten die exportorientierten Unternehmen, dass die liberalen Kreditbestimmungen für Importe zu einem Wettbewerbsnachteil führen würden und forderten deshalb restriktivere Bestimmungen. Die Regierung stimmte zu und beschloss, dass diese Kredite nur noch in einem bestimmten Verhältnis zu den Fremdwährungsreserven der entsprechenden Unternehmen ausgegeben werden durften, ebda.
[786] Ebda.
[787] Ebda., 122.
[788] Ebda., 124.
[789] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1970, Table M, 68.
[790] Singleton, Jugoslawiens Außenhandel, 101; – Bičanić, Economic Policy of Socialist Yugoslavia, 169.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Im Jahr 1970 betrugen die Transferzahlungen der jugoslawischen Arbeiter*innen im Ausland etwa 500 Millionen US-Dollar; die Einnahmen aus dem Tourismus 145 Millionen US-Dollar und aus dem Transport wurden 201 Millionen US-Dollar generiert, zusammen machten diese Zahlungen demnach 846 Millionen US-Dollar aus.[791] Dass die Transferzahlungen der Arbeiter*innen im Ausland eine solche Höhe aufwiesen, verdeutlichte im Umkehrschluss ein Problem, dass Jugoslawiens Wirtschaft in den 1960er Jahren kennzeichnete: die Arbeitslosigkeit.

2.2.4.3. Arbeitslosigkeit in den 1960er Jahren in Jugoslawien

„Die Arbeitslosigkeit in Jugoslawien ist eines der Hauptprobleme, mit dem sich sowohl die Wirtschaft des Landes als auch die Anhänger der Wirtschaftsreform auseinandersetzen müssen. Denn gerade die Wirtschaftsreform brachte eine stetige und sehr hohe Arbeitslosigkeit mit sich.“[792] Als Paradox formulierte etwa Susan Woodward die Arbeitslosigkeit in sozialistischen Gesellschaften. Die jugoslawischen Ideologen und Politiker installierten die Arbeiterselbstverwaltung in dem Glauben, dass sich die Arbeitslosigkeit als Phänomen damit erübrigen würde, zumal diese eher als Merkmal kapitalistischer Gesellschaften begriffen wurde. Zudem hatte Jugoslawien die gesamte Gesellschaft auf die Arbeit, auf das „werktätige Volk“ sowohl ideologisch als auch verfassungsrechtlich gestützt. Als sich die Arbeitslosigkeit im Laufe der Zeit auch als Attribut der jugoslawischen Wirtschaftsweise herausstellte, musste die Bedeutung der Arbeit in Jugoslawien folgendes bedeuten: „Arbeitslosigkeit meinte nicht nur einen Verlust von Einkommen und Wohlstand. Arbeitslos zu sein war bedeutete auch, dass man von der vollen Mitgliedschaft einer Gesellschaft exkludiert wurde – ein Verlust der umfassenden Staatsbürgerschaftsrechte, ein Status zweiter Klasse, eine Aberkennung bürgerlicher Rechte.“[793]

Tatsächlich umfassten die verschiedenen Reformen und Umbrüche der 1960er Jahre auch die Beschäftigungszahl, die in Jugoslawien in den 1950er Jahren noch relativ gering bzw. verglichen zum Jahrzehnt danach deutlich geringer war. Bis zum Jahr 1964 wuchs die Nachfrage nach Arbeitskräften in Jugoslawien und betrug in den beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg 10,9 Prozent jährlich, sank danach aber kontinuierlich.[794] Diese

[791] Siehe hierfür: Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1972, Table M, 68.
[792] Ivo Vinski, Jugoslawien. Wirtschaftliche Schwierigkeiten, Arbeitslosigkeit und Auswanderung, in: Osteuropa 11 OEA, Berlin 1969, 347–354, hier 347.
[793] Woodward, Socialist Unemployment, 3f.
[794] Vinski, Jugoslawien, 347; – Woodward, Socialist Unemployment, 201.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

stagnierende resp. sinkende Nachfrage an Beschäftigen bedeutete auch einen Zuwachs an jenen Personen, die nun Arbeit suchten: Zwischen 1964 und 1968 wuchs die Zahl der Arbeitslosen in Jugoslawien um 47 Prozent und damit auf über 300.000 Personen.[795]

Berechnungen deuten darauf hin, dass die Beschäftigung im sozialen Sektor zwischen 1961 und 1984 jährlich um drei Prozent stieg, was verglichen mit anderen OECD-Ländern ein beträchtliches Wachstum war.[796] Wird aber das Wachstum aller Beschäftigten berechnet, also zuzüglich der Personen aus dem privaten Sektor[797], dann ergab sich ein Wachstum von lediglich 0,25 Prozent, was demnach bedeutete, dass diese geringe Wachstumsrate zum größten Teil auf die sinkenden Beschäftigungsnachfrage im Privatsektor zurückzuführen war, die im gleichen Zeitraum um 3,9 Prozent jährlich sank.[798] Warum war es aber dazu gekommen? Neben dem erwähnten niedrigeren Wachstum der Industrie, werden auch Einkommensunterschiede angeführt, die im sozialen Sektor höher als im privaten waren. Ende der 1960er Jahre lag das durchschnittliche Einkommen im Privatsektor bei 3.200 Dinar im Monat – im sozialen Sektor lag dieses zum selben Zeitpunkt bei 10.740 Dinar im Monat.[799] Darüber hinaus wird auch die Landflucht als eine Ursache dafür genannt, die zum Abfluss von ländlichen Arbeitskräften in die Stadt führte. Schließlich war es auch das Entwicklungsgefälle in Jugoslawien, welches zusätzlich Druck auf die Nachfrage nach Beschäftigung ausübte. Hier lag nun eine unter mehreren Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit. Dieser Zufluss an Beschäftigen aus dem privaten Sektor – bedingt durch die Nettovorteile[800] – hätte obige Einkommensunterschiede schließlich reduzieren müssen. Tatsächlich aber geschah das Gegenteil: Mit den neuen Rechten der Arbeiterräte hinsichtlich der Verfügung über das Einkommen gingen diese tendenziell dazu über, die persönlichen Einkommen zu erhöhen, was wiederum zu einem vermehrten Zuzug an Arbeitskräften aus dem agrarwirtschaftlichen Bereich nach sich zog und den Druck auf den Arbeitsmarkt damit verstärkte.[801]

Gleichzeitig wurde die Mobilität der Arbeitssuchenden innerhalb Jugoslawiens nicht in dem Maße ausgeschöpft, das angesichts des Entwicklungsgefälles möglich gewesen wäre, womit ein nächster Grund angesprochen wird: Die Möglichkeit im Ausland zu arbeiten. Zwar brachte eine Bewegung vom Süden in den Norden ebenfalls Netto-Vorteile mit sich, allerdings

[795] Calic, Geschichte Jugoslawien im 20. Jahrhundert, 229.
[796] Emil Primorac, Mate Babić, Systematic Change and Unemployment Growth in Yugoslavia. 1965–1984, in: Slavic Review 48/2, Cambridge 1989, 195–213, hier 199
[797] Vinski, Jugoslawien, 348.
[798] Primorac, Babić, Systematic Change and Unemployment Growth in Yugoslavia, 199; – Woodward, Socialist Unemployment, 191.
[799] Ebda., Table 1, 198.
[800] Siehe hierfür: Peter Abell, An Equitarian Market Socialism, in: Julian Le Grand, Saul Estrin (Hgg.), Market Socialism, New York 1989, 78–99, hier 97.
[801] Primorac, Babić, Systematic Change and Unemployment Growth in Yugoslavia, 197–199 und 202.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

waren diese im Ausland höher als im jugoslawischen Norden.[802] Kurzum: Die hohen Arbeitslosenzahlen ab etwa Mitte der 1960er Jahre ließen sich unter anderem auf die Ineffizienz des jugoslawischen Arbeitsmarktes zurückführen.[803]

In einer Reihe von Modellen, in denen das Verhalten selbstverwalteter Betriebe untersucht bzw. beschrieben wurde, ist auch der Zusammenhang zwischen Beschäftigung und Arbeiterselbstverwaltung auf theoretischer Basis herausgearbeitet worden. Benjamin Ward erarbeitete ein solches Modell für Jugoslawien und formulierte dabei folgende Annahmen. Unter der Voraussetzung, dass die selbstverwalteten Firmen die maximale Erhöhung der Einkommen und die privaten die Erhöhung des Profits anstreben[804] und sich die Nachfrage nach Produkten ändert, würden die beiden Unternehmen unterschiedlich darauf reagieren. Wie gezeigt, waren die Beschäftigten eines Unternehmens in Jugoslawien keine Arbeiter*innen in einem Lohnverhältnis, sondern durch das Einkommensprinzip am Unternehmen beteiligt. Für die obige Annahme würden die jugoslawischen Unternehmen weniger Risiko eingehen, indem sie etwa auf eine Ausweitung oder Änderung der Produktion verzichten, zumal sie die Risiken in Form des Betriebserfolges mit Änderungen ihrer persönlichen Einkommen selbst tragen würden. Private Unternehmen hingegen können flexibler auf eine sich ändernde Nachfrage reagieren, etwa mittels Lohnkürzungen, um eine Profitminimierung zu verhindern.[805] Insgesamt resultierte dieses Verhalten der selbstverwalteten Firmen darin, dass diese eher die Preise anstatt die Produktion erhöhten, was letztlich auch weniger Arbeitsplätze schuf. Die Arbeitslosigkeit schien, zumindest aus dieser Perspektive, der Preis für die relative hohe Autonomie der Arbeiter*innen gewesen zu sein. [806]

Wie sahen die Arbeitslosenzahlen[807] nun in den 1960er Jahren aus? Wie bereits angeführt, stieg die Zahl der Arbeitssuchenden in Jugoslawien ab Mitte der 1960er rasant an. Die

[802] Ebda., 202.
[803] Ebda. 197.
[804] Dies als Bedingung in der „Produktionsfunktion“, siehe dazu: Ward, The Firm in Illyria, 571; – Vanek, The Economics of Workers´ Management, 141.
[805] Ward, The Firm in Illyria, 576f.; – Ein weiteres und ähnliches Modell wurde von Jaroslav Vanek erarbeitet. Siehe dazu: Jaroslav Vanek, The General Theory of labor-managed Market Economies, New York 1970. – Vgl. dazu auch: Woodward, Socialist Unemployment, 212f.; – Vanek, The Economics of Workers´ Management, 140f.; – Uvalić, Investment and Property Rights in Yugoslavia, 17f. – Eine tabellarische Übersicht der Modelle und ihrer Gegenüberstellung zu kapitalistischen Systemen findet sich bei János Kornai, Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus, Baden-Baden 1995, 295–329.
[806] Woodward, Socialist Unemployment, 213.
[807] Ebda., 191–200; – Ljubo Sirc, The Yugoslav Economy, 198f.; – Đorđe Tomić, Stefan Pavleski, Das werktätige Volk ohne Arbeit. Arbeitslosigkeit und Selbstverwaltung im sozialistischen Jugoslawien als Forschungsgegenstand: Eine kritische Bestandsaufnahme, in: Südosteuropäische Hefte 2, Berlin 2015, 73–90, hier 76–78.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Arbeitslosenrate lag 1966 noch bei 4,32 Prozent und verdoppelte sich im Laufe der nächsten Jahre mit einer Rate von 10,82 Prozent im Jahr 1971 (siehe Tabelle 24).[808]

Tabelle 24: Beschäftigung und Arbeitslosenzahl, 1961, 1966 und 1971

	1961	**1966**	**1971**
Beschäftigung im sozialen Sektor (in Tsd.)	3.170	3.492	3.944
Wachstumsrate [a]	7,96	1,95	2,46
Beschäftigung im privaten Sektor (in Tsd.)	4.4.50	4.2661	4.061
Wachstumsrate	-2,11	-0,84	-0,98
Beschäftigung insgesamt (in Tsd.)	7.629,7	7.758,1	8.005,1
Wachstumsrate	1,39	0,36	0,63
Arbeitslosigkeit (in Tsd.)	191.3	237,0	291,3
Wachstumsrate	14,01	6,12	2,50
Beschäftigte im Ausland (in Tsd.)	28,0	190,0	680,0
Wachstumsrate	47,58	46,66	29,05
Bruttoarbeitslosenrate [b]	2,45	2,96	3,51
Standardarbeitslosenrate [c]	5,69	6,35	6,88
Arbeitslosenrate insgesamt [d]	2,80	4,32	10,82

Quelle: Primorac, Babić, Systematic Change and Unemployment Growth in Yugoslavia, Table 4, 201,
[a] Jährliche Rate für die vorangegangen fünf-Jahres-Periode
[b] Bruttoarbeitslosenrate: Arbeitslosigkeit/Beschäftigung insgesamt + Arbeitslosigkeit
[c] Standardarbeitslosenrate: Arbeitslosigkeit/ Beschäftigung im sozialen Sektor + Arbeitslosigkeit
[d] Arbeitslosenrate insgesamt: Arbeitslosigkeit + Auslandsbeschäftigte/Beschäftigung insgesamt + Arbeitslosigkeit + Auslandsbeschäftigte.

Dass diese Rate nicht noch höher ausfiel, hat den schon mehrmals erwähnten Grund der im Ausland erwerbstätigen Jugoslaw*innen, die sogenannten „Gastarbeiter".[809] Die Anreize für die jugoslawischen Arbeiter*innen im Ausland, vor allem in Österreich, der Bundesrepublik Deutschland oder auch Schweden, zu arbeiten, waren dabei vielfältig. Neben der zunehmenden Schwierigkeit im Inland eine Arbeit zu finden sowie der Nettovorteile im Ausland, werden etwa die Dinar-Konvertibilität bzw. den Wechselkurs seit der Reform von 1965 angeführt. Die Währungen einiger westeuropäischer Länder waren verglichen zum Dinar überbewertet und

[808] Strukturell mehr betroffen waren zum einen unqualifizierte Arbeiter*innen, die von insgesamt 258 Tausend Arbeitslosen 206 Tausend ausmachten. Durch das Bevölkerungswachstum wurde auch vermehrt die junge Bevölkerung Jugoslawiens von der Arbeitslosigkeit erfasst, Vinski, Jugoslawien, 349; – Primorac, Babić, Systematic Change and Unemployment Growth in Yugoslavia, Table 11, Table 12, 210; – Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1969, 11. – Neben der jungen Generation, den unqualifizierten Arbeitssuchenden, stellte die Mehrheit der Arbeitslosen Frauen dar. Bis 1968 ließ sich dies noch teilweise auf ihre relativ geringere Ausbildung zurückführen. Nach 1968 war Ausbildung keine Ursache für weibliche Arbeitslosigkeit mehr, weil sich diese nicht mehr von der Ausbildung und Qualifikation unterschied. Siehe dazu: Woodward, Socialist Unemployment, 203.
[809] Elisabeth Lichtenberger, Gastarbeiter. Leben in zwei Gesellschaften, Wien/Köln/Graz 1984; – Sirc, The Yugoslav Economy under Self-Management, 199.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

hatte damit einen positiven Effekt auf die Kaufkraft jener, die Fremdwährungen in Dinar wechselten.[810] Die Hoffnungen auf einen höheren Lebensstandard und bessere Lebensbedingungen, höhere Einkommen, der Erwerb „westlicher" Güter (also Güter, die in Jugoslawien nicht erworben werden konnten) waren weitere Motive für die Jugoslaw*innen, das Land zu verlassen.[811] Schließlich wurde der Konsum auch durch dessen Priorisierung in den Fünfjahresplänen in Jugoslawien noch stärker in den Fokus der jugoslawischen Bevölkerung gerückt. Auch spielte die geografische Nähe zum „Ausland" eine große Rolle bei der Entscheidung, Jugoslawien zu verlassen: „man musste nur [...] in einen Zug einsteigen und am Südbahnhof in Wien aussteigen."[812]

Brigitte Le Normand stellt in ihrem Aufsatz unter anderem die Frage, inwieweit sich die sogenannten Gastarbeiter*innen als eine eigene Klasse in Jugoslawien konstituieren konnten. Denn mit dem Erwerb „westlicher" Güter, mit dem vergleichsweise höheren Einkommen und den höheren Lebensstandard im Ausland, ging – an Pierre Bourdieu angelehnt[813] – auch der Erwerb des sogenannten kulturellen Kapitals, und damit ein Prestigegewinn einher: „Weil sie einen privilegierten Zugang zu westlichen Konsumgütern hatten, konnten sie diese auch in kulturelles Kapital konvertieren."[814] Dies führte erneut zu einem Anziehungseffekt auf jene, die in Jugoslawien geblieben waren: „Niemand wollte im Wettbewerb um ein höheres Sozialprestige hintanstehen, und so wanderten immer mehr Menschen ab."[815]

Dass sich mit dieser eigenen „Klasse", die nun im Ausland arbeitete, die jugoslawische Ideologie sowie der Staatsapparat dahinter *ad absurdum* führten, fasst Calic folgendermaßen zusammen: „Die Kommunisten nahmen also in Kauf, dass sich jugoslawische Staatsbürger hier dem kapitalistischen Lohndiktat unterwarfen […]. Aus der Not machte das Regime eine Tugend."[816] Wie gezeigt, fußte die Selbstverwaltung auf der Erkenntnis, dass die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und des Mehrwertes nur dann beendet werden könnte, wenn die Arbeiter*innen selbst über den Mehrwert bestimmten. Auch wurde bereits besprochen, dass das

[810] Vinski, Jugoslawien, 352.
[811] Brigitte Le Normand, The Gastarbajteri as a Working Class, in: Archer, Stubbs, Duda (Hgg.), Social Inequalities and Discontent in Yugoslav Socialism, 38–57, hier 43; – Nicole Münnich, Struktureller Mangel und Credit-Card Communism. Konsumkultur in Jugoslawien in den „langen 1960er Jahren", in: Grandits, Sundhaussen (Hgg.), Jugoslawien in den 1960er Jahren, 109–134, hier 117.
[812] Vladimir Ivanović, „Nostalgija za prugom". Das Freizeitverhalten jugoslawischer Gastarbeiter in der BRD und in Österreich, in: Grandits, Sundhaussen (Hgg.), Jugoslawien in den 1960er Jahren, 135–156, hier 135.
[813] Siehe dazu: Pierre Bourdieu, Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital, in: Kreckel, Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, 183–198.
[814] Le Normand, The Gastarbajteri as a Working Class, 43.
[815] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 213; – Siehe dazu auch: Francesca Rolandi, Yugoslavia Looking Westward: Transnational Consumer Contact with Italy During the 1960s, in: Dijana Jelača, Maša Kolanović, Danijela Lugarić, The Cultural Life of Capitalism in Yugoslavia. (Post)Socialism and its Other, Cham 2017, 191–208, hier 192.
[816] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 229.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Einkommenssystem der 1950er Jahre, in welchem die Beschäftigten nach wie vor einen Lohn erhielten, als weder zeitgemäß empfunden wurde noch ideologisch konform mit der marxistisch-leninistischen Überzeugung war, weshalb zugunsten eben dieser Forderung das neue Einkommenssystem eingeführt wurde. Diese Forderung scheint unter dem Eindruck der Tausenden, die im Ausland wieder zu „Lohnempfänger" wurden, tatsächlich ambivalent.[817]

Sowohl auf Bundes- als auch auf Republikebene wurde versucht, diese Ambivalenz zu kaschieren, indem zunächst die „Gastarbeiter" als „unsere Arbeiter, die temporär im Ausland arbeiten" definiert wurden. Da im Inland die Nachfrage gering war, jeder/jede aber das Recht auf Arbeit hatte, bot die Auslandsbeschäftigung eine Lösung für dieses Dilemma.[818] Damit sollte eben der obigen Kritik, die Jugoslaw*innen im Ausland würden eine eigene Klasse bilden, entgegengetreten werden.[819] Dass hinter diesem Argument des „Rechts auf Arbeit" aber auch ein Selbstzweck stand, nämlich den Nachfrageüberhang an Arbeitskräften in Jugoslawien zu senken, wurde nur vereinzelt erwähnt.[820] Zusätzlich versuchte die Regierung als „Mediator" zwischen den „Gastarbeitern" und der entsprechenden „Empfängerländer" aufzutreten, indem etwa deren Arbeitsbedingungen, soziale Vergünstigungen usw. ausverhandelt wurden.[821] Zudem gab es etwa in der Republik Kroatien verschiedene Radioprogramme sowie Zeitungen, die sich ausschließlich an die im Ausland lebenden Beschäftigten richteten.[822]

Dies waren aber nur die späteren Reaktionen der Regierung, denn die Jugoslaw*innen genossen Anfang der 1960er Jahre noch keine Reisefreiheit. Ausreisen mussten per Anfrage auf ein entsprechendes Visum einzeln gestellt werden[823], und bis die eigenen Beschäftigungszahlen in Jugoslawien sich nicht deutlich verschlechterten, stand die Regierung der Abwanderung von Arbeitskräften auch ablehnend gegenüber. Als die

[817] Vinski, Jugoslawien, 353.
[818] Eine Lösung war die Abwanderung jugoslawischer Arbeitskräfte ins Ausland auch für die empfangenden Länder wie beispielsweise die Bundesrepublik Deutschland, Schweden oder auch Österreich, wo, durch eine Hochkonjunktur ausgelöst, die Nachfrage an bestimmten Arbeitskräften mit dem eigenen Arbeitsmarkt nicht gedeckt werden konnte. Siehe dazu: Jochen Oltmer, Axel Kreienbrink, Carlos Sanz Díaz (Hgg.), Das „Gastarbeiter" System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 104, Berlin/Boston 2012.
[819] Le Normand, The Gastarbajteri as a Working Class, 42; – Singleton, Twentieth-Century Yugoslavia, 180.
[820] Tomić, Pavleski, Das werktätige Volk ohne Arbeit, 75; – Woodward, Socialist Unemployment, 6.
[821] Erst nach der Reform von 1965 gab es entsprechende Abkommen, die sich dem Schutz der jugoslawischen Arbeiter*innen im Ausland widmeten. Siehe dazu etwa: Artikel 12 Abs. 1 der Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien vom 21. April 1969, Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1969, Teil II, Vereinbarung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Regelung der Vermittlung jugoslawischer Arbeitskräfte nach und ihrer Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland, online unter: https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl269s1107.pdf%27%5D#__bgbl__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl269s1107.pdf%27%5D__1646914802489, 2022 März 10; – Ivanović, „Nostalgija za prugom", 138f.
[822] Le Normand, The Gastarbajteri as a Working Class, 42.
[823] Singleton, Twentieth-Century Yugoslavia, 179f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Ausreisebestimmungen Mitte der 1960er Jahre liberalisiert wurden, setzte eine Flut an Arbeitsabwanderungen ein. So etwa in dem kroatischen Dorf Sinj bei Split, in welchem nach der Liberalisierung 1965 die Mehrheit der männlichen Bevölkerung zwischen 20 und 40 Jahren auswanderte.[824] Über die Jahre hinweg betrachtet, waren am Beginn der „Gastarbeiterwanderung“[825] tatsächlich die slowenischen und kroatischen Arbeiter*innen überrepräsentiert und ergaben bis 1964 zusammen knapp zwei Drittel aller Erwerbstätigen im Ausland. Danach fand eine Verschiebung der Herkunftsrepubliken vom Westen nach Osten statt, und zwar vor allem bedingt durch die höhere Auswanderung aus Serbien und Bosnien.[826]

Wenngleich die oben genannten Transferzahlungen eine bedeutende Rolle in der jugoslawischen Zahlungsbilanz hatten[827], wuchsen am Ende der 1960er bzw. am Beginn der 1970er Jahre die Sorgen über die konstante Abwanderung ins Ausland. Gleichzeitig glaubten einige Politiker*innen, dass eine neue Phase des wirtschaftlichen Aufschwunges in Jugoslawien bevorstand und die Auswander*innen wieder zurückkehren würden.[828] Wie sich allerdings herausstellte und im nächsten Kapitel näher erläutert wird, trat diese ökonomische Expansion nicht ein. Ganz im Gegenteil: Weltwirtschaftlichen Umstände, aber auch Widerstände gegen ständige Aufnahme von ausländischen Personen in jenen Ländern, in welche die Jugoslaw*innen zuvor noch zahlreich emigrierten, bewirkten nun eine sinkende Nachfrage nach Arbeitskräften und sogar Restriktionen gegen weitere Aufnahmen.[829]

[824] Ebda., 180.
[825] Lichtenberger, Gastarbeiter, 83.
[826] Siehe hierfür: Ebda., Tabelle 2, 83.
[827] Zur Funktion der Einkommen von im Ausland beschäftigten Jugoslaw*innen als Fremdwährungsreserven und den entsprechenden staatlichen Reglementierungen siehe: Le Normand, The Gastarbajteri as a Working Class, 44f.; – Sirc, The Yugoslav Economy under Self-Management 201.
[828] Sirc, The Yugoslav Economy under Self-Management 201; – Siehe dazu auch: Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 229; – Le Normand, Gastarbajteri as a Working Class, 42; – Othmar Nikola Haberl, Die Rückwanderung der jugoslawischen Gastarbeiter während der Krise der 70er Jahre aus Europa, in: der Donauraum 2–6/12, Wien 1981, 113–149, hier 114–116.
[829] Sirc, The Yugoslav Economy under Self-Management 201; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 229; – Singleton, Twentieth-Century Yugoslavia, 181.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

2.2.4.4. Die jugoslawische Außen- und Innenpolitik in den 1960er Jahren

> „*Um Punkt 11 Uhr dröhnte das dumpfe Schiffshorn, brummend und gurgelnd setzte sich die Galeb gemächlich in Bewegung, um Kurs auf Afrika zu nehmen, wo Tito für seine Politik der Blockungebundenheit werben sollte [...]. Ansonsten hatte man alles an Bord, was für die Verpflegung der Passagiere sowie die bevorstehenden Empfänge und Diners benötigt wurde: Schinken und Mortadella, Schweine- und Lammfleisch, Beefsteaks, Rinderbrust, Würste, Brathähnchen, Puten, Ente und Gänse sowie diverse Käsesorten, Fischkonserven und eingelegtes Gemüse, nicht zuletzt Pralinen, Kekse und Schokoladen. Dazu kamen 700 Flaschen Schnaps, 300 Liter Weinbrand und Wermut, 4000 Falschen Wein sowie 29 000 Schachteln Zigaretten und kubanische Zigarren.“*[830]

Als Tisch mit drei Beinen wird die Beziehung zwischen den USA, der Bewegung der Blockfreien sowie der Sowjetunion auf der einen Seite und Jugoslawien auf der anderen Seite bezeichnet, um folgende Dreiecksbeziehung zu verdeutlichen. Als die außenpolitischen Beziehungen mit der Sowjetunion sich Ende der 1950er Jahre verschlechterten, stand Jugoslawien auf den anderen beiden Beinen. Als beispielsweise der Arabisch-Israelische Krieg 1967 ausbrach, verstärkte sich das sowjetische Standbein – das US-amerikanische hingegen wurde schwächer.[831] Dieses Lancieren von Jugoslawiens Außenpolitik während des Kalten Krieges beschrieben auch Radina Vučetić und Calic ähnlich: Als eine „Gratwanderung“[832] bzw. als „Teil des Kampfes der Supermächte um „Herz und Seele“.[833] Zum Merkmal dieser Politik wurde seit dem Tito-Stalin Bruch vor allem die US-amerikanische Entscheidung, Tito „über Wasser zu halten“[834], womit letztlich auch die wirtschaftlichen Hilfen aus dem Ausland zu einer essentiellen Voraussetzung des jugoslawischen Wirtschaftswachstums wurden.[835]

Dass nun dabei Jugoslawiens, und insbesondere Titos Stellung, innerhalb der Bewegung der Blockfreien eine große Rolle spielte, wurde bereits im vorangegangenen Kapitel kurz erörtert. Mit der blockfreien Bewegung, die sich formal 1961 in Belgrad konstituierte[836], wurden in Jugoslawien drei Ziele verfolgt: Erstens sollte mit einer neuen politischen und sicheren Gemeinschaft Jugoslawien aus der diplomatischen Isolation geholt werden. Zweitens

[830] Calic, Tito, 295 und 297.
[831] John R. Lampe, Yugoslavia´s Foreign Policy in Balkan Perspective: Tracking between the Superpowers and Non-Alignment, in: East Central Europe 40, Budapest 2013, 97–113, hier 97–100.
[832] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 200.
[833] Vučetić, Die jugoslawische Außenpolitik, 17. – Als eine andere Bezeichnung für diesen Kurs galt: „Rubel für das Herz, die Dollars für die Tasche“, ebda.
[834] Vučetić, Die jugoslawische Außenpolitik, 21.
[835] Calic, Tito, 309.
[836] Ebda., 111.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

würde Jugoslawien mit einer solchen Bewegung an die „progressiven“ Kräfte der Welt einen Anschluss finden. Schließlich und wie schon kurz angedeutet, spielten auch wirtschaftliche Überlegungen eine Rolle. Immerhin waren die Märkte der asiatischen und afrikanischen Kontinente noch unerschlossen für Jugoslawien.[837]

Den außenpolitischen Auftakt der 1960er Jahre machte eine erneute sowjetisch-jugoslawische Auseinandersetzung (ein „zweiter Bruch“[838]), die ihren Anfang am Ende der 1950er Jahre nahm. Als sich auf der Konferenz der kommunistischen und sozialistischen Arbeiterparteien im November 1957 in Moskau die jugoslawischen Delegierten weigerten, die Deklaration zu unterzeichnen, in welcher die sowjetische Führung über die kommunistischen Länder festgelegt wurde, erntete Jugoslawien erneut sowjetische Kritik. Vorwürfe wurden laut, wonach das jugoslawische System revisionistisch, vom Marxismus/Leninismus abgewichen sei und Jugoslawien sich von den USA wirtschaftlich und politisch abhängig gemacht habe, indem es dessen Hilfe annahm – damit könne es auch kein sozialistisches Land sein. Tito habe, so der Vorwurf, sogar den amerikanischen Imperialismus gelobt.[839] In einer öffentlichen Rede in Labin im Jahr 1958 nahm Tito zum dem Vorwurf Stellung, dass Jugoslawien wegen der amerikanischen Hilfe kein sozialistisches Land sei:

> „Genosse Chruschtschow erwähnt oft, dass sich Sozialismus nicht auf amerikanischem Getreide aufbauen ließe. Ich denke, dass das schon der machen kann, der weiß wie, aber der, der es nicht weiß, kann den Sozialismus auch nicht auf eigenem Getreide aufbauen. Amerikanisches Getreide ist übrigens um nichts schlimmer als sowjetisches – welches wir nicht bekommen, während das amerikanische schon – und das gilt auch für die restlichen Produkte.“[840]

Die Kritik am jugoslawischen System wurde auch Teil des Kongresses der KPdSU von 1959 und sowie des Parteiprogrammes des XXII. Parteitages vom Oktober 1961, in welcher der sogenannte Reformkommunismus jugoslawischer Prägung als eine der großen Gefahren genannt wurde. Bis Anfang der 1960er Jahre standen die außenpolitischen Beziehung Jugoslawiens zur Sowjetunion unter diesem Zeichen.[841]

---

[837] Alvin Z. Rubinstein, Yugoslavia and the Non-Aligned World, Princeton 1970, 39.
[838] Jakovina, Socijalizam na američkoj pšenici, 124.
[839] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 133; – Jakovina, Socijalizam na američkoj pšenici, 125. – Die Antwort Titos auf insbesondere den letzten Vorwurf lautete: „Sie wissen ganz genau, dass ich nie den Imperialismus lobte, aber wenn mich jemand das sagen hörte, dann soll er mir das sagen.“ Zitiert bei: Ebda.
[840] Online unter: https://www.youtube.com/watch?v=ytISs1SIeH0, 2020 Dezember 1.
[841] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 133. – Die amerikanische Interpretation der Annahme der Hilfen aus dem Westen glich eher der sowjetischen. In einem Dokument des US Foreign Office, das Berater des US-Präsidenten Nixon in Vorbereitung für seine Jugoslawienreise anfertigten, hieß es: “Tito has tried to preserve his Communist credentials, yet he has quite consciously relied on Western aid of all kinds.“ Online unter: https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1969-76v29/d220, 2020 Dezember 18.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Aber auch die von den Sowjets angeprangerte Beziehung zu den USA verschlechterte sich zu Beginn des Jahrzehnts. Die Ursache dafür lag in der Gründung der Blockfreien und ihrem ersten offiziellen Zusammenkommen in Belgrad am 3. September 1961.[842] Zum Streitpunkt wurde Titos Eröffnungsrede, in welcher er die sogenannte Berlin-Frage[843] aufwarf, um letztlich zu einem eindeutigen Schluss zu kommen:

> „In Ostdeutschland ist die gesamte gesellschaftliche Entwicklung in sozialistischer Richtung verlaufen [...], und alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens immer ausgeprägter den Charakter des neuen Gesellschaftssystems angenommen haben. Auf der anderen Seite wurde Westdeutschland wieder aufgebaut nach einem typisch kapitalistischen Gesellschaftssystem, belastet und durchsetzt mit Rückständen faschistischer und revanchistischer Auffassung und Tendenzen, die sehr besorgniserregend sind [...]. Doch werden mit dem immer stärkeren Aufrüsten Westdeutschlands immer mehr jene reaktionären und faschistischen Kräfte erstarken, die noch aus der Kriegsmaschinerie Hitlers übriggeblieben sind und die seine Anordnung nicht nur an der Front, sondern auch im Hinterland durchgeführt haben, wo sie ganze Völker vernichteten.“[844]

Aber es war nicht nur diese Assoziation Deutschlands mit dem Faschismus, die auf der amerikanischen Seite zu Skepsis führte. An einer früheren Stelle der Rede klagte Tito auch Frankreich an, das trotz der Resolution der Vereinten Nationen, Atomversuche einzustellen, weiter an der atomaren Aufrüstung arbeite. Unter diesen Bedingungen verstünde er auch, warum die Sowjetunion ankündigte, Versuche mit Nuklearwaffen ebenfalls weiter auszuüben: „Uns überrascht nicht so sehr die Mitteilung von der Wiederaufnahme der Versuche mit Atom- und Wasserstoffbomben, denn man könnte die Gründe, die die Regierung der UdSSR anführt, verstehen.“[845] In den USA wurde dieser Ausdruck des Verständnisses für die Sowjetunion als eine Annäherung zwischen letzterem und Jugoslawien interpretiert[846] und prompt ließ George F. Kennan, nun US-Botschafter in Jugoslawien, wissen, dass er darüber „tief enttäuscht“ sei.[847]

Dabei blieb es aber nicht, denn Kennan schlug sowohl dem US-Präsidenten John Fitzgerald Kennedy (1917–1963, Demokratische Partei) als auch dem US-State Department

[842] Siehe hierfür etwa Rubinstein, Yugoslavia and the Non-Aligned World, 106–112.
[843] Zur sogenannten Berlin-Frage siehe etwa: Hans Herzfeld, Berlin in der Weltpolitik 1945–1970, Berlin/New York 1973, 453–459.
[844] Titos Rede auf der Belgrader Konferenz der nichtpaktgebundenen Länder vom 3. September 1961, zitiert bei: Damjanović, Grothusen, Höpken, Josip Broz Tito, 383f.
[845] Ebda., 382.
[846] Vučetić, Die jugoslawische Außenpolitik, 23.
[847] Das gesamte Telegramm Kennans an das Department of State ist einsehbar online unter: https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v16/d96, 2020 Dezember 16.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

vor, sämtliche technische Unterstützung für Jugoslawien auszusetzen und nur noch die Nahrungsmittellieferungen aufrecht zu erhalten.[848] Spannungen zwischen Jugoslawien und den USA gab es aber bereits vor der Konferenz in Belgrad. Als bei der Parade des 1. Mai im Jahr 1961 sowjetische Panzer aufgeboten wurden, entstand auf amerikanischer Seite erneut die Befürchtung über eine Annäherung zwischen den beiden Ländern. Die Konsequenzen folgten kurz danach. Die Einladung Titos in die USA wurde zurückgenommen und die Quellen amerikanischer Investitionskredite (die wiederum für die Regionalpolitik relevant waren) für Jugoslawien deutlich reduziert. Als es im darauffolgenden Jahr zu einer noch offensichtlicheren Annäherung zwischen der UdSSR und Jugoslawien kam – im Herbst 1962 besuchte Leonid Il´ič Brežnev (1906–1982) Belgrad und schloss im Zuge dessen auch ein Handelsabkommen im Wert von 180 Millionen Dollar ab –, reagierten die USA erneut und schlossen Jugoslawien von der Meistbegünstigungsklausel wieder aus.[849] Vorläufiger Höhepunkt dieser Verschlechterung war die sogenannte Kuba Krise, nach welcher Tito zwar die USA für ihre Entscheidungen kritisierte, nicht aber die Sowjetunion.[850]

Eine nächste Phase der außenpolitischen Beziehungen werden auf die Zeit zwischen 1967 und 1971 datiert und damit jene Jahre, in denen sich die Bombardierung Nordvietnams durch die USA, der Sechstagekrieg, die Studentenproteste und der Einmarsch der Sowjetunion in die Tschechoslowakische Sozialistische Republik (Československá socialistická republika, ČSSR) ereigneten. Im Fall der Bombardierung Nordvietnams kam die Kritik nicht nur seitens der jugoslawischen Regierung, sondern auch eines Teiles der Bevölkerung, die darauffolgend die Kritik auf die Straßen trug: So fanden sich am 16. November 1966 etwa 20.000 Menschen vor dem amerikanischen Konsulat in Zagreb ein und forderten, die US-Flagge vom Gebäude abzunehmen und diese zu verbrennen. Am selben Tag fand eine ähnliche Demonstration auch in der Hauptstadt Belgrad statt, bei der man sich mit dem „vietnamesischen Volk“ solidarisch erklärte. Ähnliche Zusammenkünfte gab es auch in anderen jugoslawischen Städten wie etwa in Novi Sad in der Vojvodina oder auch in Sarajewo. Das Besondere an diesen Demonstrationen „war die Präsenz kommunistischer Parteiorganisationen, wodurch gleichsam suggeriert wurde, dass diese Welle des Antiamerikanismus vor allen Dingen eine parteiliche und ideologische Dimension habe.“[851] „Standardgemäß“ bzw. der Metapher zufolge, hatte diese jugoslawische

[848] Lampe, Yugoslavia´s Foreign Policy in Balkan Perspective, 101.
[849] Vučetić, Die jugoslawische Außenpolitik, 25f.
[850] Ebda., 30.
[851] Vučetić, Die jugoslawische Außenpolitik, 32.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Ablehnung Auswirkungen wirtschaftlicher Natur hervorgerufen: So wurden etwa im Jahr 1966 die amerikanischen Getreidelieferungen aus den USA ausgesetzt.[852]

Ähnlich, aber in gegensätzliche Richtung, verlief der Krieg zwischen Israel einerseits und Ägypten, Syrien und Jordanien andererseits: Jugoslawien unterstütze den ägyptischen Gründungspartner der Blockfreien während dieses Krieges, was nach dem Sieg Israels schließlich auch zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Letzterem führte.[853] Zwar waren weder die USA noch die Sowjetunion am Krieg beteiligt, eine klare Stellung bezogen aber beide. Die Sowjetunion schickte Militärberater nach Ägypten, Syrien und Jordanien und die USA zeigten deutlich, dass sie an der Seite der Israels standen. Dass sich Jugoslawien nicht auf dergleichen Seite befand[854], bedeutete neuerliche Spannungen, wobei Tito trotz der offenen Provokationen der arabischen Seite seine Unterstützung aufrechterhielt.[855] Auf die Frage, von welcher Seite die Aggressionen ausging, hatte Tito tatsächlich eine eigene Antwort. In der Rede des XI. Parteitages des BKJ vom 11. März 1969 sagte er: „Durch die Aggression Israels auf arabische Länder wuchs sich eine schon früher komplizierte Situation im Nahen Osten zu einer breiten Krise aus, voller Gefahren, das neue und weitgehende Konflikte entstehen ließ [...]. Viele konstruktive Anstrengungen, eine politische Lösung dieses Problems zu finden, sind wegen der Haltung Israels [...] ohne Ergebnis geblieben."[856] Die jugoslawisch-amerikanischen Beziehungen verschärften sich aber noch durch zwei weitere Aspekte. Der damalige kalifornische Gouverneur Ronald Wilson Reagan (1911–2004, Republikanische Partei) rief den 10. April zum „Kroatischen Unabhängigkeitstag" in Kalifornien aus – jener Tag, an dem der Unabhängige Staat Kroatiens 27 Jahren zuvor ausgerufen wurde. Darüber hinaus hatten die USA dem ins Exil verbannten König Petar II. ein Visum gewährt, was auf jugoslawischer Seite ebenfalls als Affront gewertet wurde.[857]

Schließlich gab es in diesem Jahrzehnt ein weiteres Ereignis, welches die „Dreiecksbeziehung" noch einmal neu aufstellte: Die Intervention der Sowjetunion in der

[852] Dem voraus gingen allerdings Drohungen und Ermahnungen amerikanischer Offizieller voraus, die sogar auf höchster Regierungsebene zu einer anderen Wortwahl führten, wie „Titos Erklärung anlässlich seines Besuchs in Moskau im Juli 1965 zeigte, in der er zur Einstellung der Bombardierung Nordvietnams aufrief, nicht aber zum Rückzug amerikanischer Truppen." Siehe dazu: Vučetić, Die jugoslawische Außenpolitik, 31.
[853] John R. Lampe, Yugoslavia´s Foreign Policy in Balkan Perspective: Tracking between the Superpowers and Non-Alignment, in: East Central Europe 40, Budapest 2013, 97–113, hier 102f.
[854] Diese Positionierung stand wiederum im Gegensatz zur Politik der Blockfreien: „Wenn die arabischen Länder fallen, gibt es keine Blockfreiheit mehr. In Afrika werden sie alle immer schwächer, und auch Indien steht unter starkem Druck." Es gelte zu vermeiden, dass „die unabhängigen Länder zu liquidieren". So etwa die Kritik des jugoslawischen Außenministers Koča Popović (1908–1992). Zitiert bei: Calic, Tito, 308.
[855] Dass diese Politik durchaus ambivalent war, zeigt Vučetić in ihrer Analyse: dies., Die jugoslawische Außenpolitik, 34; – Vgl. dazu auch: Calic, Tito, 308.
[856] Titos Rede auf dem IX. Parteitag des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, 11. März 1969, zitiert bei: Damjanović, Grothusen, Höpken (Hgg.), Josip Broz Tito, 442.
[857] Lampe, Yugoslavia´s Foreign Policy in Balkan Perspective, 103.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

ČSSR, die in Jugoslawien scharf verurteilt wurde: „Der ohne Aufforderung oder Genehmigung der gesetzlichen Regierung erfolgte Einmarsch fremder Militäreinheiten in die Tschechoslowakei gibt uns zu tiefer Besorgnis Anlass. Dadurch wurde die Souveränität eines sozialistischen Landes verletzt bzw. mit Füßen getreten und den sozialistischen und fortschrittlichen Kräften auf der Welt ein schwerer Schlag versetzt.“[858] Dieser für die USA erfreulicher Schritt Jugoslawiens hatte zur Folge, dass die wirtschaftlichen Beziehungen und Unterstützungen Aufwind erfuhren. Ende des Jahrzehntes hatte der Handel mit den USA um ein Drittel zugenommen, Darlehen wurden verlängert und Kreditbestimmungen neu verhandelt.[859]

Die Verbesserungen der Beziehung zu den USA am Ende des Jahrzehnts wurden noch von einer weiteren begleitet: Am 31. Jänner 1968 nahmen Jugoslawien und die BRD ihre diplomatischen Beziehungen wieder auf, nachdem es in den 1950er zu dem erwähnten Bruch kam.[860] Neben der nach wie vor bestehenden Uneinigkeit über die Entschädigungsforderung für die jugoslawischen Kriegsopfer, wurden vor allem die extremistischen Exilkroaten in der Bundesrepublik zum Hebel. So gab es mehrere Anschläge der „Kroatischen revolutionären Bruderschaft“ („Hrvatska revolucionarno bratstvo“, HRB), dessen Zerschlagung Jugoslawien als Bedingung forderte.[861] Auf der anderen Seite war Jugoslawien auf eine Verbesserung der Beziehungen auch angewiesen. Zum einen, weil es dringend Kredite benötigte und sich diese von der BRD erhoffte, und auf der anderen Seite brauchte es angesichts der vielen dort lebenden jugoslawischen Arbeiter*innen eine gemeinsame Abmachung und Regelung.[862]

Insgesamt bezeichnete Calic die Wirkung, welche die Blockfreien Bewegung im Allgemeinen für Jugoslawien hatte, als „eigenständige Identität“, die es darüber hinaus auch schaffte, die verschiedenen außenpolitischen Standpunkte innerhalb Jugoslawiens zu vereinen.[863] Auch wurde die „Weltbühne“ nun betreten, was sich insbesondere in den 1970er Jahren zeigte.[864]

---

[858] Presseerklärung Titos vom 5. September 1968 in: Internacionalna politika 442, Beograd 1968, 13, zitiert bei: Damjanović, Grothusen, Höpken (Hgg.), Josip Broz Tito, 435. – Bezüglich Jugoslawiens Ablehnung der sogenannten „Breshnew-Doktrin“, die nach der Intervention zu rechtfertigen versuchte, siehe: Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 138.

[859] Vučetić, Die jugoslawische Außenpolitik, 36. – Allerdings waren die wirtschaftlichen Kontakte zu den USA auch während der außenpolitischen Krisen nicht ganz verschwunden. Davon zeugte etwa auch die jugoslawische Anfrage an die USA um finanzielle Unterstützung bei der Durchführung der Reform. Siehe dazu etwa das Memorandum des Untersekretärs für wirtschaftlichen Angelegenheiten mit dem Betreff „Yugoslav Request for Assistance to Carry out Liberalization of Economy, online unter: https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1964-68v17/d178, 2020 Dezember 17.

[860] Siehe dazu das Kapitel „Innen- und außenpolitische Entwicklungen in den 1950er Jahren“, 107.

[861] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 136.

[862] Ebda.

[863] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 202.

[864] Calic, Tito, 304 und 307. – Anders bewertet etwa Jovan Čavoški die Rolle der Blockfreien Bewegung in den 1960er Jahren, die demnach in einer tiefen Krise steckte. Siehe dazu: Jovan Čavoški, U potrazi za novim smislom:

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Die 1960er Jahre waren nicht nur in außenpolitischen Belangen bedeutend, denn im Inneren Jugoslawiens brachte das Jahrzehnt auch in der zweiten Hälfte Änderungen, Reformen und Diskussionen mit sich. Wie oben schon kurz erwähnt, war Letzteres von der Frage geprägt, welche Funktionen der Staat, als Bunderegierung, einnehmen sollte; welche Befugnisse zentral, und welche von den jeweiligen Teilrepubliken dezentral gesteuert und entschieden werden sollten. Die Diskussionen fanden demnach zwischen den beiden Polen Zentralisierung oder Dezentralisierung bzw. stärkere Republiken und „lokaler Interessen" oder stärkere Bundesregierung im Sinne gesamtjugoslawischer Interessen statt. Besonders Letzteres umfasste die Frage nach der regionalen Politik und dem innerjugoslawischen Gefälle.

Wirtschaftlich wurden die Weichen für die Antwort auf diese Fragen mit der Reform von 1965 sowie mit der Verfassung von 1963 bereits gestellt: Der Staat musste sich aus der Ökonomie größtmöglich zurückzuziehen und die Republiken wurden mit weiteren Rechten ausgestattet.[865] Auch wurde erwähnt, dass diese Diskussionen zunehmend in nationalen Kategorien verhandelt wurden, gleichwohl die Reform von 1965 ebenfalls Auswirkungen nationalistischer Art hervorbrachte: „Der marktwirtschaftliche Wettbewerb reizte nationale Sensibilitäten, heizte das Konkurrenzdenken an und verschärfte ethno-politische Rivalitäten [..;] in allen Republiken meldeten sich jetzt Politiker [...] zu Wort, die in der gleichmacherischen Politik von Brüderlichkeit und Einheit eine Bedrohung der eigenen Interessen wahrnahmen."[866] Damit resultierte der „Partikularismus" aus den weniger geglückten Wirtschaftsreformen. Die Interessen der lokalen Politiker wurden demnach erst durch die dezentralisierenden Reformen verursacht und nicht umgekehrt.[867]

Der wirtschaftlichen Dezentralisierung sollte nun auch eine weitere politische folgen: Die Antwort auf diese „zentrifugalen Kräfte" war eine weitere Föderalisierung sowie Schritte gegen die zentralisierenden Bestrebungen in Jugoslawien. Letzteres umfasste die bereits erwähnte politische Entmachtung Rankovićs auf dem Brioni-Plenum. Im selbigen Plenum einigte sich der BdKJ darauf, dass es für eine Reform der Partei mehr brauchte als die Entlassung Rankovićs, womit schließlich die „Kommission für Reorganisation und weitere Entwicklung des BKJ" („Komisija za reorganizaciju i dalji razvoj SKJ) beauftragt wurde. Nach einer entsprechenden Untersuchung ließ die Kommission im Jahre 1967 verlautbaren, dass es 18 Jahre nach dem Kampf gegen den Stalinismus nach wie vor bürokratisch-dogmatische Kräfte

Jugoslavija i kriza globalne nesvrstanosti 1965–1970, in: Istorija 20. veka 2, 2021 Beograd, 353–374, hier 354, 356 und 370.

[865] Siehe dazu das Kapitel über die „Politischen Entwicklungen am Beginn der 1960er Jahre: Neue Reformen und Verfassung", 130f.

[866] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 237.

[867] Shoup, Communism and the Yugoslav National Question, 242. – Diesen Zusammenhang betont auch Bogomir Kovač: ders., Politička ekonomija reformiranja samoupravnog socijalizma, 78.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

in Jugoslawien gäbe[868], dies hätte die Abrechnung mit der „Ranković-Gruppe“ gezeigt. Um eine Demokratie auf Basis der sozialistischen Selbstverwaltung umsetzen zu können, brauche es radikale Reformen innerhalb des BdKJ.[869] Wie die nächsten Seiten zeigen werden, waren diese „radikalen Reformen“ wegweisend für die jugoslawische Regionalpolitik.

Eine erste Neuerung betraf den Bundesexekutivrat, der im Jahre 1966 durch zwei neue Organe ersetzt wurde. Zum einen durch ein Präsidium, in welchem nach dem Republik-Proporz die Republiken und Provinzen Delegierte entsandten und das insgesamt aus 35 Mitgliedern bestand. Diesem Präsidium wurde ein neuer Exekutivrat zur Seite gestellt, der sich insofern vom vorherigen unterschied, als dieser ab 1966 eher administrative Funktionen hatte, während das Präsidium der „policy-maker“ war. Kurz: Die administrativen Tätigkeiten wurden durch diese Neuaufstellung von der politischen getrennt mit dem Ziel, Monopolen und der Konzentration politischer Entscheidungsträger entgegenzuwirken.[870] Eine Besetzung nach dem Republiken-Proporz wurde auch für alle weiteren zentralen Parteiorgane und Einrichtungen beschlossen, um die Vertretungen der einzelnen Republiken und Provinzen gleichmäßiger zu verteilen.[871] Als eine weitere Verschiebung der Kompetenzen in Richtung Republiken und Provinzen verstand sich die Nominierung der Mitglieder der mittleren und höheren Parteikadern, die bis dahin dem ZK oblag. Nun wurde diese Befugnis ebenfalls an die Republiken übertragen.[872]

Um die innenpolitischen Reformen voranzutreiben, wurde die oben erwähnte Kommission für die Reorganisation und weitere Entwicklung des BKJ damit beauftragt, weitere Änderungen im Sinne der Föderalisierung vorzuschlagen. Nach insgesamt drei Jahren unterbreitete die Kommission einen entsprechenden Bericht, der 1968 akzeptiert und umgesetzt wurde.[873] Dieser empfahl unter anderem, das Präsidium nicht mehr nach dem Republiken-Proporz zu besetzen, sondern, um Gleichberechtigung zu garantieren, sollten alle Republiken die gleiche Anzahl an Delegierte ins Präsidium schicken dürfen. In der Verfassung verankert wurde das Präsidium mit dem XXXVI. Verfassungszusatz vom 19. April 1967. Darin hieß es: „Das Präsidium wird auf der Grundlage der gleichberechtigten Vertretung der Republiken und

[868] Im Bericht der Kommission hieß es dazu, dass sich diese Kräfte leicht aufspüren ließen, weil diese unter anderem forderten, dass es keine erweiterte Reproduktion geben könne, solange dieses Schicksal in den Händen der Produzenten liege. Zudem würden sie die Wiederherstellung des administrativen Zentralismus fordern. Zitiert bei: Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 324.
[869] Ebda., 323f.
[870] Serbien entsandte elf, Kroatien neun, Slowenien und Bosnien jeweils sieben und Mazedonien und Montenegro sechs Delegierte ins Präsidium. Aus der Vojvodina und dem Kosovo wurde jeweils eine Vertretung entsandt. Siehe dazu: Burger, Conflict and Cohesion in Socialist Yugoslavia, 33f.
[871] Ebda., 34.
[872] Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 323f.
[873] Ebda., 326f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

autonomen Provinzen errichtet, um deren unmittelbare Beteiligung an der Ausübung der durch die Verfassung begründeten Bundesrechte und Bundespflichten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zu ermöglichen."[874]

Das Zentralkomitee musste ebenfalls weichen und wurde durch eine gemeinsam geführte Parteiführung ersetzt, die paritätisch von den Republiken und Provinzen besetzt wurde und dessen Vorsitz regelmäßig „rotierte".[875] Im Jahre 1967 folgte eine wesentliche Neuerung. Der BdKJ beschloss, dass der neunte Bundeskongress erst nach den Treffen der Republikparteien stattfinden sollte, anstatt wie bislang umgekehrt, um eben letzteres mittels Entscheidungen der Bundesparteien zu beeinflussen: „Damit wurde den Parteiorganisationen der Republiken enormer Einfluss übertragen."[876] Die Resultate der Kongresse auf Republikebene sollten gemeinsam mit jenen der Bundeskongresse eine „Synthese" bilden, die wiederum zur Richtlinie der zentralen Parteiführung werden sollte, d.h. auch der BdKJ wurde „föderalisiert".[877] Wie Bilandžić resümierend schrieb, wurden mit diesen ersten Reformen ab Mitte der 1960er Jahre wichtige Entscheidungen nun nicht mehr auf Bundesebene beschlossen, sondern kamen, ähnlich wie bei bi- und multilateralen Verträgen, durch Absprachen und Verhandlungen zwischen den Vertreter*innen der Republiken und Provinzen zustande.[878]

Die Verfassungszusätze von 1967, 1968 und 1971 brachten in insgesamt 42 Zusatzartikeln weitere Maßnahmen zur Föderalisierung: „Die Völker übten ihre Souveränitätsrechte in und durch ihre jeweilige Heimatrepublik aus – praktisch eigene Staaten."[879] Auch die Rechte der autonomen Provinzen Kosovo und der Vojvodina wurden ausgeweitet und ähnelten nun jenen der Republiken[880]; die bosnischen Muslime wurden 1968 als sechste jugoslawische Nation nun offiziell anerkannt.[881] Der Nationalitätenrat erhielt wieder mehr Bedeutung als eigenständige Kammer und war von nun an bei allen Bundesparlamentsbeschlüssen miteinbezogen. Schließlich stand auch der neunte Kongress des BdKJ von 1969 im Zeichen der Föderalisierung und bestätigte die vorangegangenen

[874] XXXVI. Verfassungszusatz vom April 1967, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2020 Dezember 21.
[875] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 232; – Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 180.
[876] Burger, Conflict and Cohesion in Socialist Yugoslavia, 62.
[877] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 180; – Burger, Conflict and Cohesion in Socialist Yugoslavia, 62f.; – Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 330.
[878] Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 329; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 231; – Burger, Conflict and Cohesion in Socialist Yugoslavia, 64.
[879] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 232. – Siehe dazu auch: Denitch, The Legitimation of a Revolution, 159.
[880] Siehe dazu: XVIII Verfassungszusatz vom 26. Dezember 1968, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2020 Dezember 21.
[881] Bis dahin galten Bosnier*innen muslimischen Glaubens als „national nicht bestimmt" bzw. wurden sie den bereits anerkannten Nationen zugesprochen, Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 241.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Maßnahmen.[882] Das sozialistische Jugoslawien bestand nun faktisch aus insgesamt acht bzw. neun verschiedenen politischen Teilen mit eigenen Parteisektionen, die sich zunehmend durch ihre eigenen nationalen, ökonomischen und territorial-politischen Interessen definierten – „Überspitzt formuliert handelte es sich um ein illegales Mehrparteiensystem unter dem Dach einer (zerstrittenen) Einheitspartei."[883] Bundesweite Entscheidungen kamen damit nur noch durch Verhandlungen dieser acht bzw. neun „Blöcke" zustande.[884] Dass sich die Vertreter der jeweiligen Republiken bzw. Provinzen dabei nicht immer einig waren, bzw. nationale Interessen etwa im Widerspruch zu gesamtjugoslawischen standen, war unter anderem eine Folge dieser neuen Föderalstruktur.[885]

Als Beispiel für divergierende Interessen jener Zeit wird innerhalb der Forschungsliteratur oftmals die sogenannte „Straßenaffäre" („cestna afera") in Slowenien von 1969 angegeben: Zur Streitfrage wurde hierbei die Verwendung der Mittel aus dem Weltbank-Kredit, die für den Ausbau des Straßensystems in Jugoslawien konzipiert waren. Der Vorwurf seitens des slowenischen Regierungschefs, Stane Kavčić (1919–1987), lautete, dass die entsprechenden slowenischen Anträge bei der Verteilung dieser Gelder von der Bundesregierung nicht berücksichtigt wurden. Weiter noch, die Föderation würde alle Möglichkeiten Sloweniens blockieren, weil diese ökonomische anstelle von politischen Investitionen durchführe. In den slowenischen Medien wurde deswegen sogar eine Revision der Verpflichtungen gegenüber dem Bund, also auch die Regionalpolitik betreffend, offen gefordert.[886] Diese „Affäre" wurde schließlich von Tito geregelt, in dem dieser die Befugnisse des slowenischen Regierungschefs maßgeblich verringern ließ.[887]

Bereits dieses Beispiel, von noch weiteren, zeigt, welcher Brisanz der Regionalpolitik (bzw. den Zahlungen an den Bund für Entwicklungsprojekte) in diesem neuen politischen Aufbau Jugoslawiens zukam. Tatsächlich leitete die „cestna afera" aber erst den Beginn der

[882] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 186f.
[883] Ebda.,180.
[884] Calic, Geschichte Jugolsawiens im 20. Jahrhundert, 231f.
[885] Burger, Conflict and Cohesion in Socialist Yugoslavia, 81; – Denitch, The Legitimation of a Revolution, 159.
[886] Zitiert bei: Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 361.
[887] Ebda.; – Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 181; – Ramet, Die drei Jugoslawien, 310–312. – Der Nationalismus der 1960er Jahre beschränkte sich nicht nur auf die politische und wirtschaftliche Agenda. Ins Zentrum der Auseinandersetzungen rückte auch die Sprache bzw. die Frage danach, ob die serbisch-kroatische Sprache als Standardsprache gelten kann/darf. Während sich in den 1950er Jahren darauf geeinigt werden konnte, dass Serbo-Kroatisch (oder Kroatisch-Serbisch) eine Sprache mit zwei Varianten war, wurde dieser Konsens in den 1960er offen infrage gestellt und fand im Jahr 1967 einen vorläufigen Höhepunkt: Über 140 kroatische Kunstschaffende, Intellektuelle, Wissenschaftler*innen usw. und 19 Institutionen (darunter etwa die Matica hrvatska, die kroatische Akademie der Wissenschaften) unterzeichneten eine „Deklaration über den Namen und die Stellung der kroatischen Literatursprache", in der die Unterzeichner*innen „Kritik an vermeintlichen Serbisierungstendenzen [ausübten]." Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 249. – Siehe dazu auch: Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 185; – Miloš Okuka, Eine Sprache – viele Erben. Sprachpolitik als Nationalisierungsinstrument in Ex-Jugoslawien, Klagenfurt/Wien 1998.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Diskussionen ein, in welcher die Regionalpolitik als politischer Hebel zum zentralen Streitpunkt wurde.

2.2.4.5. Sozialgeschichte Jugoslawiens der 1960er Jahre: Eine Geschichte des „Goldenen Zeitalters" und der Kritik daran?

In den 1960er Jahren, die oftmals als das „goldene Zeitalter"[888], „Goldene Ära"[889], oder auch die „langen 1960er Jahren"[890] bezeichnet werden, vollzog sich nun auch in Jugoslawien der „Übergang in die Industriegesellschaft", der nicht nur anhand beispielsweise der industriellen Produktion oder den Beschäftigten im Industriesektor abzulesen war. Wie folgendes Zitat andeutet, spiegelte dieser sich auch im Konsum und im Lebensstandard der jugoslawischen Bevölkerung wider: „Jugoslawien in den 1960er Jahren war geprägt von Umbrüchen. Auf unterschiedlichen Ebenen kam es zu einem Erfahrungswandel, der die Gesellschaft nachhaltig prägte. Auf einem Gebiet zeigte sich die Dynamik der 1960er Jahre besonders deutlich: im Entstehen der Konsumkultur."[891]

Die weitreichenden Änderungen des jugoslawischen Wirtschaftssystems, insbesondere nach der Reform von 1965, wurden oben erläutert sowie darauf hingewiesen wurde, dass es unter anderem die Steuerreform und die nun weitreichende Autorität der Arbeiterräte bezüglich ihrer Investitionen und im Allgemeinen ihrer finanziellen Mittel war, die zu einem erheblichen Anstieg der persönlichen Einkommen in Jugoslawien führten. Zudem gab der vierte Fünfjahresplan zum ersten Mal die Erhöhung des Lebensstandards und der persönlichen Konsumation als oberstes Ziel an.[892] In Zahlen ausgedrückt bedeuteten diese Umstände, dass im Zeitraum von 1960 bis 1970 die persönlichen Netto-Einkommen im sozialen Sektor um 6,8 Prozent und die persönliche Konsumation (zu 1972 Preisen) um 6,3 Prozent stiegen.[893] Was solche Anstiege in der Praxis bedeuteten, wurde bereits an den Entwicklungen der 1950er Jahre beschrieben: In den Bereichen Wohnen, Bildung, Tourismus, Kunst und Kultur, Mode, Sozialversicherung usw. gab es in dem Maße Fortschritte und einen Ausbau, dass zumindest die zweite Hälfte der 1950er Jahre bereits in einem scharfen Kontrast zur Nachkriegszeit

[888] „Zlatna doba", Duda, U potrazi za blagostanjem, 3.
[889] Marie-Janine Calic, Die 1960er Jahre in sozialhistorischer Perspektive, in: Grandits, Sundhaussen, Jugoslawien in den 1960er Jahren, 69–82, hier 69; – Patterson, Bought and Sold, 38.
[890] Münnich, Struktureller Mangel und Credit-Card Communism, 109.
[891] Ebda.
[892] Siehe dazu das Kapitel „Die wirtschaftlichen Entwicklungen und die Selbstverwaltung in den 1960er Jahren", 143.
[893] Lydall, Yugoslavia in Crisis, Table 4.1., 41.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

standen.[894] Die „Goldenen 1960er Jahre“ markierten weitere Fortschritte in diesen Bereichen, die schließlich auch in eine „Amerikanisierung“ der jugoslawischen Gesellschaft mündete: „Dank der Amerikanisierung entwickelte sich die jugoslawische Gesellschaft, indem westliche kulturelle Codes und Werte akzeptiert wurden.“[895]

Worin bestand nun diese Amerikanisierung und wie zeigte sich die Erhöhung der persönlichen Konsumation von über sechs Prozent? Štahan berechnete die benötigte Arbeitszeit für den Kauf von Lebensmittel[896], woran sich letztlich auch die Änderung der Kaufkraft jugoslawischer Industriearbeiter*innen erkennen lässt: Mitte der 1950er Jahre erforderte der Erwerb von Fleischprodukten die meiste Arbeitszeit – zwischen vier und 7,4 Stunden. Mehr als zehn Jahre später, im Jahr 1970, sanken alle Produkte auf knapp über zwei und über eine Arbeitsstunde: Für das Produkt mit den meisten Stunden (ein Kilogramm Huhn) wurde im Jahre 1956 noch 7,41 Stunden gearbeitet; 1970 sank diese Anzahl auf lediglich 2,07 Stunden. Demnach musste im Jahr 1970 nun über vier Stunden weniger gearbeitet werden, um ein Kilogramm Huhn kaufen zu können. Dass pro Kilogramm Fleisch etwa nicht nur weniger gearbeitet werden musste, sondern absolut tatsächlich auch mehr konsumiert wurde, zeigen folgende Daten: Im Jahr 1952 wurden pro Einwohner*in beispielsweise 4,8 Kilogramm Rindfleisch, 6,7 Kilogramm Schweinefleisch konsumiert. Zehn Jahre später erhöhte sich die Rindfleischkonsumation auf 7,2 Kilogramm und jene des Schweinefleisches um fast das Doppelte, auf 12 Kilogramm.[897] Im Jahr 1968 lag der Rindfleischkonsum bei 8,8 Kilogramm; der Verzehr von Schweinefleisch erhöhte sich nochmals auf 13,4 Kilogramm pro Einwohner*in im Jahr.[898] Eine solche Erhöhung errechnete Štahan auch für die andere Lebensmittel, die sich alleine zwischen 1964 und 1977 beinahe verdoppelten, wobei anzumerken ist, dass sich die relativen Ausgaben für Nahrungsmittel konstant verringerten. Dies bedeutet wiederum, dass das Einkommen nicht mehr ausschließlich für die Deckung der Grundbedürfnisse verwendet werden musste.[899]

[894] Siehe dazu das Kapitel „Lebensstandard, Konsum und Freizeit in den 1950er Jahren“, 95–100.
[895] Radina Vučetić, Coca-Cola Socialism. Americanization of Yugoslav Culture in the Sixties, Budapest/New York 2018, ix; – Calic, Die 1960er Jahre in sozialhistorischer Perspektive, 74.
[896] Štahan, Životni standard, Tablica 17, 93. – Die Berechnungen Štahans beruhen auf den statistischen Angaben über die durchschnittlichen persönlichen Netto-Einkommen aus dem industriellen Sektor, ebda.
[897] Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1964, tabela 123-2, 304.
[898] Ebda., 1970, tabela 124-2, 271.
[899] Bis zum Beginn der 1970er Jahre machten Nahrungsmittel sowie die Ausgaben für Wohnen etwa die Hälfte der Ausgaben aus, Dobrijević Tomić, Od krize do krize, 154.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 25: Ausgaben einer vierköpfigen Familie, in Dinar

	1964	**1965**	**1966 (neuer Dinar)**	**1967**	**1968**	**1969**	**1970**
Insgesamt	**59.642**	**85.193**	**1.139.1**	**1.139,9**	**1.508,6**	**1.7411**	**2.151,2**
davon							
Nahrungsmittel	42.113	33.469	421,7	478,2	495,4	550,5	665,8
Wohnung	2.607	3.525	47,5	61,2	78,1	93,8	96,9
Beleuchtung und Heizung	2.212	3.362	47,7	52,7	54,6	64,7	75,5
Hygiene und Gesundheitspflege	1.070	1.733	22,9	30,7	34,6	41,1	55,1
Kleidung und Schuhe	7.981	9.975	131,9	150,2	157,6	170,6	205,1
Bildung, Kultur und Unterhaltung	3.316	4.463	59,5	82,0	89,1	87,5	123,5
Tabak und Alkohol	2.224	3.362	48,6	60,7	62,2	72,8	89,4

Quellen: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1960, Tabelle, 123.10, 299; 1969, Tabelle 124-5, 281; 1972, Tabelle 124.5, 287.

Werden nun die Zahlen von bestimmten weiteren Artikeln betrachtet, lässt sich ansatzweise erahnen, welche Änderungen Jugoslaw*innen in diesem Jahrzehnt erfuhren: Die Zahl von Radioempfangsgeräten lag pro 1.000 Einwohner*innen im Jahre 1952 bei 2,1 Geräten; 1962 bei 15,2 und im Jahre 1967 kamen bereits 22 Radiogeräte auf je 1.000 Einwohner*innen.[900] Verglichen mit dem Jahr 1957 wurden 1972 circa 20 mal mehr Kühlschränke; 680 mal mehr Fernseher und etwa 38 mal mehr Automobile verkauft.[901] Das Phänomen des „Massenkonsums" verbreitete sich nun auch in Jugoslawien[902], das sich aber nicht ausschließlich auf die Erhöhung der Einkommen zurückführen lässt, sondern in einem großen Maße auch auf Verbraucherkredite, die Anfang der 1960er eingeführt wurden. Von diesen Krediten, die auch von Kaufhäusern direkt an die Konsument*innen vergeben wurden, erwartete man sich eine Ankurbelung der Kaufkraft, die angesichts der Nachfragekontrollen und Importrestriktionen vergleichsweise noch niedrig war. Letztlich sollte der immer wieder ironisch bezeichnete „Credit-Card Communism" auch dem höher priorisierten Ziel der Erhöhung des Lebensstandards gerecht werden.[903]

[900] Šefer, Životni standard u Jugoslaviji, Tablica 32, 124.
[901] Ebda., Tablica 33, 125. – Siehe hierfür auch: Patterson, Bought and Sold, Table 1.1., Table 1.2. und 40f. – Die Produktion des Fiat 600 – „fićo" – und des „Jugo" (Zastava Koral), begann bereits 1955 als eine Zusammenarbeit zwischen der jugoslawischen Firma Zastava Koral und der italienischen. Produziert wurde im serbischen Kragujevac. Ein Fiat 600 entsprach etwa im Jahr 1971 etwa 20 Monatslöhnen; im Vergleich zu „westlichen Autos" bei etwa 40 Monatslöhnen. Siehe dazu: Duda, Everyday Life in Both Yugoslavias, 401; – Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 147; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 224.
[902] Ebda.
[903] Münnich, Struktureller Mangel und Credit-Card Communism, 114f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Es wurde bereits darauf hingedeutet, dass der erhöhte Lebensstandard in Jugoslawien mehr als die bloße Konsumation von Gütern und die Entstehung einer jugoslawischen „Mittelschicht“[904] umfasste und sich auch auf Bereiche wie etwa der Freizeit, Unterhaltung, Bildung usw. erstreckte. Ebenfalls kurz erwähnt wurde die Entwicklung der Urlaubsreisen, die das sozialistische System Jugoslawiens als ein Recht verankerte, der „soziale Urlaub“.[905] Diese Art der staatlichen Förderung änderte sich aber mit Beginn des neuen Jahrzehnts, als der Fokus der Regierung sich auf den Auslandstourismus verschob: Die Deviseneinahmen waren knapp und die Handelsbilanz negativ. Dementsprechend erschienen die Einnahmen der ausländischen Gäste als ein geeignetes Mittel, um beiden Problemen entgegenzuwirken. Dass dabei der „soziale Urlaub“ weiter zurückgedrängt wurde, zeigte sich etwa in der paradoxen Situation, dass neue Hotels und Herbergen für ausländische Touristen hochgezogen wurden, während die Unterkünfte der Arbeiter*innen teilweise verfielen.[906] Im Jahr 1966 übertraf die Anzahl an ausländischen Nächtigungen sogar jener der Einheimischen an der kroatischen Adria[907] und bis Ende der 1960er Jahre wurden auf diese Weise insgesamt 275 Millionen US-Dollar eingenommen, was etwa zehn Prozent aller jugoslawischen Deviseneinnahmen entsprach. Damit wurde der Auslandstourismus zu einer wichtigen Einkommensquelle und zu einem Wachstumsfaktor für die gesamte Wirtschaft.[908]

Die Konzentration auf den Auslandstourismus bedeutete aber nicht, dass der heimische Tourismus dadurch zum Erliegen kam, zumal die Verfassung von 1963 auch die 42-Stunden-Woche einführte[909] und damit die „Freizeitindustrie“ nochmals ankurbelte.[910] Zwar hatte die staatliche Förderung in den 1960ern nachgelassen, die privaten Urlaubsreisen erfuhren aber einen Aufschwung. In den frühen 1960er Jahren begannen einige Jugoslaw*innen damit, sich ein Ferienhaus bzw. eine Ferienwohnung und somit einen Zweitwohnsitz an der Adria zu kaufen. Der „vikdenica“ (etwa „Wochenendhaus oder -wohnung“) schreibt Taylor dabei eine doppelte Rolle bzw. Funktion zu: Aus einer kritischen bzw. einer „orthodoxen“[911] Perspektive spiegelten diese Zweitbehausungen an der Adria auch die sozialen und ökonomischen

[904] Breda Luthar, Shame, Desire and Longing for the West, in: Luthar, Pušnik, Remembering Utopia, 341–379, hier 347; – Calic, Die 1960er Jahre aus sozialhistorischer Perspektive, 75. – Zur Entstehung der Mittelschicht siehe: Patterson, Bought and Sold, 3.
[905] Duda, Workers into Tourists, 64.
[906] Ebda., 37–39.
[907] Duda, Adriatic for All, 294.
[908] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 215.
[909] Verfassung von 1963, Erster Teil, Titel III., Artikel 37. „Der Arbeiter besitzt das Recht auf begrenzte Arbeitszeit. Es wird eine maximale Arbeitszeit von 42 Stunden in der Woche verbürgt.“ online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2022 März 10.
[910] Duda, Everyday Life in Both Yugoslavias, 404.
[911] Karin Taylor, My Own Vikendica. Holiday cottages as Idyll and Investment, in: Grandits, Taylor (Hgg.), Yugoslavia´s Sunny Side, 171–210, hier 171–173.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Ungleichheiten wider, zumal sich eine solche nicht jeder leisten konnte und damit „räumliche Segregation“ aufzeigten. Auf der anderen Seite waren die „vikendice“ Zeuginnen ihrer Zeit, die sich der Erhöhung des Lebensstandards, der Konsumation und der freien Entscheidung bezüglich der persönlichen Freizeit verschrieben.[912]

Verbindungen mit dem Ausland ergaben sich in Jugoslawien aber nicht nur in eine Richtung. Ein Phänomen, das in den 1950er Jahren erstmals auftauchte, waren die sogenannten „shopping trips“ der Jugoslaw*innen ins Ausland: Ausflüge zum Einkaufen nach Klagenfurt, Wien und vor allem Triest aber auch nach Thessaloniki[913] wurden von Jahr zu Jahr zahlreicher und durch die Reisefreiheit noch verstärkt.[914] Ende der 1950er Jahren überquerten etwa 1,597.792 Autos aus Jugoslawien die Grenze – im Jahr 1965 waren es bereits über elf Millionen und in den 1970er Jahren wurden diese Einkaufsausflüge für die Mehrheit der jugoslawischen Bevölkerung bereits zu einer saisonalen und sogar einer monatlichen Regelmäßigkeit.[915] Dieses Phänomen lässt sich – wie im Kapitel über die „Gastarbeiter“ bereits kurz angesprochen – aus einer soziologischen Perspektive im Kontext von menschlichen Bedürfnissen und Wünschen verorten, die wiederrum Ausdruck einer Gesellschaft sind: „Die Nachfrage an Produkten, die als eine Artikulation von kulturell konstituierten Wünschen und Bedürfnissen verstanden wird, ist immer kulturell, wirtschaftlich und gesetzlich reguliert.“[916]

Darüber, welche Funktionen der Konsum, der Wunsch und das Verlangen nach Produkten haben und welche Folge diese für eine Gesellschaft, im Sinne einer Differenzierung, beinhalten kann, ist als Forschungsgegenstand zwar breit diskutiert und bearbeitet worden[917], kann aber im hier vorliegenden Rahmen nur sehr vereinfacht und einführend erläutert werden.

---

[912] Ebda.; – Duda, Adriatic for All, 303. – Auf ersteren Umstand weist auch Duda hin und bezieht sich dabei etwa auf statistische Erhebungen, nach welchen im Jahre 1957 der Anteil von „blue-collar-workers“ an den Urlaubsreisen an die Adria nur 17,4 Prozent betrug, während die sogenannten „white-collar-workers“ mit über 34 Prozent vertreten waren, Duda, Adriatic for All, 304f. – Neben dieser Form von privaten Urlaubsreisen – im Gegensatz zu den staatlich geförderten – entwickelte sich ein weitere: Die private Vermietung von Zimmern („sobe“) an in- und ausländische Gäste. Taylor merkt hier an, dass die private Zimmervermietung auch bedeutete, dass Kleinunternehmertum im sozialistischen Jugoslawien nun zugelassen wurde. Karin Taylor, “SOBE”. Privatizing Tourism on the Workers´ Riviera, in: Luthar, Pušnik, Remembering Utopia, 313–337; – Duda, Everyday Life in Both Yugoslavias, 404.

[913] Je nach geografischem Standort ergaben sich auch die Ziele der Einkaufsausflüge. In Kroatien – vor allem in und rund um Zagreb – sowie in Slowenien nahe Maribor, waren in wenigen Stunden in Graz; Slowen*innen in der Nähe von Ljubljana mussten lediglich auf die andere Seite der Alpen, um Klagenfurt zu erreichen. Für viele Serb*innen war der kürzeste Weg nach Griechenland; für Bosnier*innen und Mazedonier*innen war es etwa die Türkei. Siehe dazu: Patterson, Bought and Sold, 5; – Maja Mikula, Highways of Desire. Cross-border Shopping in Former Yugoslavia, 1960s–1980s, in: Grandits, Taylor (Hgg.), Yugoslavia´s Sunny Side, 211–240, hier 216.

[914] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 212.

[915] Luthar, Shame, Desire and Longing for the West, in: Luthar, Pušnik, Remembering Utopia, 341–379, hier 342.

[916] Ebda., 344.

[917] Siehe dazu etwa: Nita Mathur (Hg.), Consumer Culture, Modernity and Identity, New Dehli 2014; – Michael Jäckel, Einführung in die Konsumsoziologie. Fragestellungen – Kontroversen – Beispieltexte, 2011 Wiesbaden; – Bourdieu, Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital, in: Kreckel, Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, 183–198.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Grundlegender Konsens innerhalb der Literatur besteht darüber, dass der Konsum und das Verlangen nach Konsum an bestimmte Mechanismen und Wertzuschreibungen gekoppelt sind: Da jede Gesellschaft die Zirkulation und die Verfügbarkeit von Waren regelt und kontrolliert, verrät eben diese Verfügbarkeit auch gleichzeitig Charakteristiken einer Gesellschaft. Welche Güter sind leicht zugänglich und welche nicht? Was wird als Prestige, Luxus oder sozialer Status betrachtet? Mit welchen Assoziationen werden bestimmte Güter warum und wann versehen? Worin besteht der Wert von Gütern und dessen Konsum?

Gütern wird ein bestimmter Wert zugesprochen, der sich nicht ausschließlich auf den materiellen bezieht[918]: „Waren sind Gegenstände mit einem gewissen sozialen Potential und sind aus einer bestimmten Perspektive von 'Produkten', 'Gütern', 'Artefakten' abzugrenzen [...]."[919] Auch Georg Simmel hob in seiner Philosophie des Geldes hervor, dass es die subjektive Zuschreibung der Objekte ist, welche diesen erst einen Wert verleiht.[920] Berry betont in seiner Analyse über die „Idee von Luxus" indes, dass dessen Bedeutung und Definitionen in jeder Gesellschaft und in jeder Phase der Geschichte eng verflochten ist/war mit der entsprechenden (politischen) Frage danach, welche Vorstellung diese Gesellschaft vom sozialen Gefüge hat/hatte, was als „gute Gesellschaft" empfunden wird/wurde und was eben nicht. Demnach ist die Definition von Luxus auch ein Indikator dafür, "wie sich eine Gesellschaft selber betrachtet".[921] Begriffe wie Luxusgut und Primärgut sind darüber hinaus auch relationale Begriffe und in ihrer Definition voneinander abhängig bzw. beinhaltet der Gebrauch eines dieser beiden Termini sprachlich gesehen auch dessen Gegenteil. Dort wo es ein Luxusgut gibt, gibt es auch ein Gut des primären Bedarfs. In Jürgen Osterhammels Worten ausgedrückt und an einem Beispiel verdeutlicht: „Armut und Reichtum sind relative und kulturspezifische Kategorien. Im subsaharischen Afrika war der Besitz von Land ein weit weniger wichtiges Kriterium als die Kontrolle über Abhängige."[922]

Auffassungen über den Konsum, die Verfügbarkeit von Gütern und ihren Preisen reflektieren also eine „soziale Konstruktion" oder eine „soziale Wirklichkeit"[923], die ihrerseits immer einer gewissen gesellschaftlichen Ordnung entspricht.[924] Um diesen kurzen Rekurs nun

[918] Vgl. dazu etwa: Thorstein Veblen, Theorie der feinen Leute, Frankfurt am Main [3]2015, 76.
[919] Arjun Appadruai, Introduction: Commodities and the Politics of Value, in: Arjun Appadurai (Hg.), The Social Life of Things. Commodities in Cultural Perspective, Cambridge 1988, 1–63, hier 6.
[920] „Die Projizierung bloßer Verhältnisse auf Sondergebilde ist eine der großen Leistungen des Geistes [...] mit dem Gelde hat die Fähigkeit zu solchen Bildungen ihren höchsten Triumph gefeiert." David P. Frisby, Klaus Christian Köhnke (Hgg.), Georg Simmel, Die Philosophie des Geldes, Gesamtausgabe, Bd. 6, Frankfurt/Main 1989, 136f.
[921] Christopher J. Berry, The Idea of Luxury. A Conceptual and Historical Investigation, Cambridge 1994.
[922] Jürgen Osterhammel, Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2016, 331.
[923] Kreckel, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, 14.
[924] Berger, Schmidt, Welche Gleichheiten – Welche Ungleichheit, 34.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

abzuschließen, und um an das Beispiel der jugoslawischen Konsumphänomene wieder anzuknüpfen, lassen sich an dem hier diskutierten Phänomen der „shopping trips“ ebenfalls Annahmen bzw. Gründe für eben diese Ausflüge ableiten. In sozialistischen Ländern gab es im Gegensatz zu nicht-sozialistischen Ländern eine direkte oder indirekte Kontrolle über die Nachfrage nach Konsumgütern.[925] So wurde in der Nachkriegszeit die forcierte Industrialisierung der Konsumation vorangestellt oder Importe von Konsumgütern gestoppt oder zumindest verlangsamt, um das Handelsbilanzdefizit auszugleichen. Erst mit dem vierten Fünfjahresplan in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wurde dem Konsum und dem Lebensstandard höchste Priorität eingeräumt.[926] Eine, unter mehreren, Konsequenzen, die sich dadurch ergaben, war der Mangel an bestimmten Gütern: „Materialknappheit und Armut waren zwar keine politischen Ziele, aber charakteristisch für das System”.[927] Luthar verweist wiederum auf die oben genannte soziologische Komponente des Konsumierens. Dass zum Beispiel italienische Nylonstrümpfe, Schuhe, Jeans, Fahrräder, Waschmaschinen[928] usw. von einigen Jugoslaw*innen als Luxusgüter empfunden wurden, lag vor allem am „sozialen Charakter“ dieser Güter, die zur „Ausgrenzung und Unterscheidung gebraucht wurden“.[929] Dabei spielte vor allem die Assoziation dieser Artikel eine Rolle, die ihrerseits einen vermeintlichen „westlichen Lebensstil“ transportierten.[930] Trotz des Umstandes, dass es etwa Socken auch in Jugoslawien zu kaufen gab, waren die italienischen Socken aber mit anderen Werten, mit Ideen und Vorstellungen besetzt, für dessen Erwerb sich trotz einer stundenlangen Autofahrt, Wartens am Grenzübergang sowie willkürlichen Vorgehens der jugoslawischen Grenzpolizei zu lohnen schien.[931] Schließlich hatte das Einkaufen im Ausland aber nicht nur dem Erwerb materieller Güter gedient, sondern wurde darüber hinaus auch als ein Vergnügen, als eine Form der Freizeitgestaltung und der „sozialen Praxis“ empfunden, die bis weit nach

[925] Für die Entwicklung des Konsums in anderen sozialistischen/kommunistischen Ländern siehe etwa: Paulina Bren, Mary Neuburger (Hgg.), Communism Unwrapped. Consumption in Cold War Eastern Europe, Oxford 2012; – Djurdja Bartlett, Fashion East. The Spectre that haunted Socialism, Massachusetts 2010; – David Crowley, Susan E. Reid (Hgg.), Pleasures in Socialism. Leisure and Luxury in the Eastern Bloc, Evanston 2010.
[926] Über die Funktion des Konsums als politische Kontrolle in sozialistischen Gesellschaften siehe: Ferenc Fehér, Agnes Heller, György Márkus, Dictatorship over Needs, New York 1983; – Luthar, Shame, Desire and Longing for the West, 345f.
[927] Ina Müller, Luxury in Socialism. An Absurd Proposition? in: Crowley, Reid (Hgg.), Pleasures in Socialism, 53–70, hier 54; – Luthar, Shame, Desire and Longing for the West, 341. – Siehe dazu auch die Ausführung von Berislav Šefer, der dem Konsum in sozialistischen Systemen eine besondere gesellschaftliche Bedeutung zuschreibt., ders., Lična i zajednička potrošnja, 14f. – Vgl. dazu auch: Frank Trentmann, Herrschaft der Dinge. Die Geschichte des Konsums vom 15. Jahrhundert bis heute, München 2017, 369f.
[928] Weitere beliebte Produkte aus dem Ausland waren neben Kleidungstücken, Schuhe und Handtaschen auch Toilettenartikel, Parfüms, alkoholische Getränke und Zigaretten. Später kamen noch Spielzeuge, Schmuck, Werkzeug, Küchenutensilien, Musikschallplatten, Magazine, Bücher usw., Mikula, Highways of Desire, 218f.
[929] Lutar, Shame, Desire and Longing for the West, 346.
[930] Mikula, Highways of Desire, 215.
[931] Luthar, Shame, Desire and Longing for the West, 341f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

dem Ende des sozialistischen Jugoslawiens noch immer als „badget of identity“ diente[932]: „Es ging uns gut. Wir waren der Osten vom Westen und der Westen vom Osten. Wir genossen eine besondere Stellung. Wir waren Kommunisten mit kapitalistischem Touch. Wir saßen zwischen zwei Stühlen.“[933]

Die Verbindungen bzw. die Öffnung Jugoslawiens zu westlichen, nicht-kommunistischen Ländern wurde nicht nur durch den Konsum „westlicher“ Waren, den Auslandstourismus oder auch die sogenannten Gastarbeiter beeinflusst. Die jugoslawische Kulturszene, die Unterhaltungsbranche und die Medien änderten sich in den 1960er Jahren ebenfalls, wobei auch hier die erwähnten Assoziationen mit westlichen Lebensstilen eine Rolle spielten: Seit 1960 gab es in Jugoslawien keine Vorab-Zensur mehr, was unter anderem zu einer Diversifizierung der Medienlandschaft führte. Zusätzlich dazu konnten nicht nur ausländische Zeitungen und Magazine erworben werden, wie etwa die New York Times, sondern auch ausländische Fernsehkanäle empfangen werden: „So war die jugoslawische Presse bunt und vielseitig und vergleichsweise freimütig.“[934] Ähnlich freimütig entwickelte sich auch die jugoslawische Filmproduktion in den 1960er Jahren, die in diesem Jahrzehnt sowohl im Hinblick auf die Anzahl der Filmerscheinungen als auch auf dessen Exporte ins Ausland den Höhepunkt erzielte.[935] Der schon erwähnte Begriff der „Amerikanisierung“ fügt sich insbesondere im Kontext des jugoslawischen Kinos mit dem vorangegangen konsumsoziologischen Erläuterungen: “Will man den amerikanischen Einfluss auf die jugoslawische Gesellschaft untersuchen, ist der Film unverzichtbar, weil die Menschen im jugoslawischen sozialistischen System in diesen den Luxus aber auch den freieren und weniger konventionellen Lebensstil sahen [..;] dies prägte ihre Ansichten und Positionen [...].“[936]

Gleichwohl der Hollywoodfilm-Import, der von den USA auch subventioniert wurde, eine prominente Rolle in den jugoslawischen Kinos einnahm, konnte sich die heimische Filmproduktion ebenfalls entlang der zeitgenössischen Richtungen wie etwa der Nouvelle

[932] Mikula, Highways of Desire, 229f. – In diesem Kontext wird in der Forschungsliteratur auch der Begriff „jugonostalgija“ oder auch „titostalgija“ verwendet und meint die überwiegend positive „Reminiszenz“ an den Alltag in Jugoslawien. Siehe dazu: Ivana Spasić, Jugoslavija kao mesto normalnog života: sećanja običnih ljudi u Srbiji, in: Sociologija 4, Beograd 2012, 577–594, hier 578; – Monika Palmberger, Nostalgia matters: Nostalgia for Yugoslavia as potential vision for a better future, in: Sociologija 50/4, Beograd 2008, 355–369; – Kolsto Pal, Identifying with the Old or the New State: Nation-building vs. Yugonostalgia in the Yugoslav Successor States, in: Nations and Nationalism 20/4, Oxford 2014, 760–781; – Zsuzsa Gille, Maria Todorova, Post-Communist Nostalgia, New York/ Oxford 2010.

[933] Tajder, Titoland, 10.

[934] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 212. – Siehe dazu auch: Duda, Everyday Life in both Yugoslavias, 405.

[935] Miranda Jakiša, Großes Kino der Subversion und Affirmation: Vom Schlagabtausch im Film der jugoslawischen 1960er Jahre, in: Grandits, Sundhaussen (Hgg.), Jugoslawien in den 1960er Jahren, 185–211, hier 186.

[936] Vučetić, Coca-Cola Socialism, 26.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Vague oder auch dem britischen New Cinema weiterentwickeln. Der dabei entstandene „Neue Film“ („novi film“) bzw. die sogenannte „Schwarze Welle“ („crini talas“) war dabei „ganz konform mit Lukács´ Vorstellungen von marxistischer Kritik, ‘anti-traditionell, oppositionell und kritisch“ gewesen.[937] Anstelle des Narratives der Liebe mit „Happy End“ übernahmen die Filme der „Schwarzen Welle“ ein dunkleres (Depressionen, Pessimismus, Entfremdung oder Korruption), dessen Protagonisten ambivalente Figuren („Anti-Helden“) darstellten und insbesondere am Ende des Jahrzehnts als Kritik am jugoslawischen Sozialismus, an der Partei und als Ausdruck der „Unzufriedenheit am gesellschaftlichen Status“[938] zu verstehen waren.[939]

Ebenfalls kritisch war die Vorgehensweise der sogenannten „Praxis-Philosophie“, eine Gruppe bzw. Schule von Philosoph*innen, Intellektuellen, Wissenschafter*innen, Studierenden[940] usw., die sich den Fragen der Anwendbarkeit der marxistischen Theorie stellten und vor allem dessen Problematik im Hinblick auf die jugoslawische Praxis daraufhin untersuchten.[941] Die marxistische Theorie und vor allem der schon erwähnte Dialektische Materialismus sollten neu interpretiert werden: Es ging darum, „einen theoretischen Gegenentwurf zu einer solchen Determiniertheit von geschichtlichen Prozessen zu entwickeln, über die zugleich die sowjetischen Theoretiker ausschließliche Deutungshoheit für sich in Anspruch nahmen“.[942] Konkreter ging es oftmals um die Frage, unter welchen Voraussetzungen „freies Handeln“ möglich wird und ob ein solches Handeln in Jugoslawien überhaupt möglich war.[943] Das Ergebnis ihrer Untersuchungen war ernüchternd: Die Selbstverwaltung Jugoslawiens hatte geradewegs in eine elitäre und ungleiche „bürokratische Hierarchie“ gemündet, in der von Selbstbestimmung keine Rede mehr sein konnte. In der sogenannten Sommerschule auf der adriatischen Insel Korčula, die auch zahlreiche ausländische Intellektuelle besuchten, wurden Verbesserungen und Vorschläge ausgearbeitet, wie etwa die Einführung einer Mehrparteienlandschaft sowie eine Demokratisierung der Partei, die in Jugoslawien einer „Oligarchie von Parteifunktionären“ gleiche und unter deren Herrschaft sich

[937] Jakiša, Großes Kino der Subversion und Affirmation, 189.
[938] Sanja Lazarević Radak, Jugoslovenski „crni talas“ i kritički diskurs: preispitivanje prošlost, kritika sadašnjost i anticipiranje krize, in: Etnoantropološki problemi 11/2, Beograd 2016, 497–518, hier 499.
[939] Ebda.
[940] Mitglieder waren etwa: Gajo Petrović, Rudi Supek, Milan Kangara, Predrag Vranicki, Ljubomir Tadić, Nebojša Popov, Bozidar Jakšić usw. Siehe dazu: Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 232; – Nenad Stefanov, „Dialektische Phantasie“ unter Bedingungen autoritärer Herrschaft: Die philosophische Sommerschule auf der Adria-Insel Korčula 1964–1974, in: Grandits, Sundhasusen (Hgg.), Jugoslawien in den 1960er Jahren, 158–183, hier 170.
[941] Gleichwohl angemerkt sei, dass die Kritik aus dem akademischen Umfeld nicht ausschließlich von dieser Gruppe initiiert wurde. Das Thema der sozialen Ungleichheit wurde vor allem auch von den jugoslawischen Soziolog*innen aufgegriffen und (öffentlich) diskutiert. Siehe dazu: Archer, Social Inequalities, 137f.
[942] Stefanov, „Dialektische Phantasie“, 165.
[943] Ebda., 165f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

die Menschen eher entfremdet hätten[944], anstatt „frei handeln“ zu können.[945] Trotz der offenen und direkten Kritik[946] am sozialistischen System Jugoslawiens resp. am BdKJ wurde die Praxis-Gruppe in den 1960er Jahren toleriert, wenngleich einige ihrer Mitglieder immer wieder aus dem Bund ausgeschlossen und Subventionen gestrichen wurden.[947] Ähnliche Töne schlug auch der „in den Westen übergelaufene“[948] Nenad Popović in einem 1968 erschienen Buch an. Mit dem an Djilas angelehnten Titel „The New Class in Crisis“ kritisierte der Autor die „neue Klasse“ in Jugoslawien, die, bestehend aus korrupten Parteifunktionären, vor allem ein Ziel verfolge, nämlich die „Akkumulation von politischen und monetären Gefälligkeiten“.[949]

Kritik an der Umsetzung des jugoslawischen Sozialismus fand sich auch bei einigen jugoslawischen Literat*innen: Als Eugen, der beste Freund des Protagonisten Sergije in Aleksandar Tišmas „Treue und Verrat“, Bücher über die französische Administration des 18. Jahrhunderts las, geriet Sergije in Rage:

> „Sag mal, bist du verrückt?“
>
> Eugen lächelt unsicher: „Ich? Wieso?“
>
> „Weil du das 1962 in diesem spießigen Novi Sad liest, wo die Administration nichts anderes tut, als Besitz hin und her zu schieben, mal in die linke staatliche Ecke, mal zurück an die Eigentümer, aufgrund irgendwelcher zwischenstaatlichen Verträge, dich interessiert das natürlich überhaupt nicht. Du studierst Colbert!“[950]

Andere Schriftsteller wie etwa Miroslav Krleža oder der frühere königliche Gesandte des Königreich Jugoslawiens in Berlin, Ivo Andrić, wurden in den 1960er- und den 1970er- Jahren

[944] Stevanov, „Dialektische Phantasie“, 166.
[945] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 232f. – Diese Vorschläge wurden aber nicht nur innerhalb der Gruppe diskutiert, sondern fanden (internationale) Verbreitung. Zum einen durch die Sommerschule und zum anderen durch die Zeitschrift „Praxis“, die ab 1964 zunächst nur in Jugoslawien, ein Jahr danach bereits international erschien. Siehe dazu: Stevanov, „Dialektische Phantasie“, 166f. – An der Zeitschrift beteiligt – als Beirat – waren unter anderem Jürgen Habermas, Ernst Bloch, Georg Lukács, Henri Lefebvre, Herbert Marcuse usw., Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 232f.
[946] Innerhalb der Praxis-Philosophie findet sich auch eine Kritik am „Massenkonsum“, der sich in Jugoslawien in der „Goldenen Ära“ entfaltete. Siehe dazu: Ljubomir Tadić, Bürokratie als verdinglichte Organisation, in: Gajo Petrović (Hg.), Revolutionäre Praxis. Jugoslawischer Marxismus der Gegenwart, Freiburg 1969, 192–206, hier 192.
[947] Auch traten beispielsweise Kardelj und Bakarić der Gruppe öffentlich entgegen, indem sie ihre Inhalte etwa als „abstrakte Wahrheiten“ in diversen Zeitungen bezeichneten, Stevanov, „Dialektische Phantasie“, 172.
[948] „Until his defection to the West in 1961 […].“ Autorenbeschreibung in seinem Buch: Nenad D. Popović, Yugoslavia. The New Class in Crisis, Syracuse 1968.
[949] Ebda., 19.
[950] Aleksandar Tišma, Treue und Verrat, München/Wien 1999, 48. – Kritik am jugoslawischen Sozialismus kam insbesondere am Ende der 1960er Jahre auf und zwar von Schriftstellern wie etwa Dragoslav Mihailović (der auf der Insel Goli otok interniert wurde) oder auch Slobodan Selinić. Siehe dazu: Angela Richter, Jugoslawiens 1960er Jahre literarisch: Short Cut, in: Grandits, Sundhaussen (Hgg.), Jugoslawien in den 1960er Jahren, 231–255, hier 246–252.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

weltweit berühmt; so wurde Andrić 1961 etwa der Literaturnobelpreis verliehen.[951] Aber auch in der Literaturszene waren die Einflüsse aus dem Ausland, vor allem dem westlichen, unverkennbar: Anders als in den restlichen sozialistischen/kommunistischen Ländern, wurde George Orwells „1984" im Jugoslawien der 1960er Jahre ebenso veröffentlicht wie die Bücher der Autor*innen jenseits des sogenannten „Eisernen Vorhanges"; einzig Djilas Werke blieben Tabu.[952] Darüber hinaus brachten die 1960er Jahre einen „Paradigmenwechsel" innerhalb der jugoslawischen Literatur: Schriftsteller wie Antun Šoljan und Mirko Kovać vollzogen diesen, indem sie „einmal mehrbisherige Maßstäbe hinsichtlich des Bezugs von Literatur auf das politische System resp. die Ideologie des Sozialismus aushebelten und mit ästhetischen Innovationen auch andere Lektüreweisen einforderten."[953]

Ein weiterer Unterschied zu den sozialistischen Nachbarländern war die Entfaltung der jugoslawischen Musik. Abseits der patriotischen Volksmusik konnte sich in Anlehnung an der (ebenfalls westlichen) Rockmusik eine eigene jugoslawische Ausprägung herausbilden, der „Jugo-Rock", der „teilweise westliche Vorbilder imitierte, zunehmend aber auch einen eigenen Stil entwickelte [...]".[954] Davon zeugt nicht nur das erste „rock´n´roll Magazin Jugoslawiens „Džukboks", das als eines der deutlichsten Beispiele für die westliche Orientierung Jugoslawiens bezeichnet werden kann.[955] Die jugoslawische Rockkultur, die nicht nur als Musikrichtung, sondern auch als subkulturelles Phänomen verstanden wird, brach mit sämtlichen bis dahin geltenden Techniken, aber auch Verhalten, die ihrerseits „den Alltag der städtischen Jugend und ihre Sozialisation prägte".[956]

Was bedeuteten diese Entwicklungen aber für die ländliche Jugend und Bevölkerung? Erfassten Liberalisierung, Modernisierung und Industrialisierung Jugoslawiens auch die Agrarbevölkerung?[957] Zwischen 1960 und 1970 hatte sich die Anzahl jener ländlichen Haushalte, in welchen zumindest ein Mitglied in der Industrie beschäftigt war, nur mäßig erhöht und stieg von 45 Prozent auf 50 Prozent.[958] Denitch schlussfolgerte daraus, dass dieses Stadt-Land-Gefälle damit die signifikanteste Kluft in der jugoslawischen Gesellschaft darstellte[959]:

[951] Vanita Singh Mukerji, Ivo Andrić. A critical Biography, North Carolina 1990, 54.
[952] Sowie auch die Bücher von Mihajlo Mihajlov, Vučetić, Coca-Cola Socialism, 142.
[953] Richter, Jugoslawiens 1960er Jahre literarisch, 239.
[954] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 225. – Eine solche eigene Entwicklung gab es aber auch im Jazz. Siehe dazu: Radina Vučetić, Džukboks (Jukebox) – The First Rock´n Roll Magazine in Socialist Yugolsavia, in: Luthar, Pušnik (Hgg.), Remembering Utopia, 145–164, hier 145f.
[955] Ebda. 148.
[956] Sudhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 160.
[957] Siehe dazu etwa die 1968 durchgeführte Befragung landwirtschaftlicher Haushalte: Mladen Zvonarević, Neki društveno-politički stavovi seoske omladine, in: Sociologija i prostor: časopis za istraživanje prostornoga i sociokulturnog razvoja 22, Zagreb 1968, 13–28, hier 15.
[958] Denitch, The Legitimation of a Revolution, 64.
[959] Zum Segregationsprozess innerhalb der Städte siehe: Magdalenić, Urbanizacija i socijalna diferencijacija, Tabela 5 und 6,

10.15772/ANDRASSY.2023.006

„Man könnte fast von ‘zwei Nationen‘ in einer sprechen, die fast gleich groß aber eklatant ungleicher in Bezug auf Einkommen, Einfluss und Macht sind.“[960]

Weiteren Zufluss in die Städte und somit eine Vergrößerung dieses Stadt-Land Gefälles brachte die bereits erwähnte Landflucht: Bis zum Jahre 1970 hatten mehr als 4,5 Millionen Menschen die Dörfer verlassen und ließen sich in den Städten nieder.[961] Tatsächlich erfuhr die agrarwirtschaftliche Tätigkeit in den 1960er Jahren noch keine umfassenden Erneuerungen bzw. technischen Fortschritte, die mit jenen des städtischen Lebens vergleichbar gewesen wären. Ganz im Gegenteil: In den 1960er Jahren gab es lediglich 3.000 Traktoren im ganzen Land – sämtliche Arbeit wurde händisch bzw. mechanisch erledigt – dies änderte sich erst in den 1970er Jahren.[962] Was sich aber bereits davor änderte, war die Lebensweise bzw. die Familienstrukturen: Die weit verbreite Form der „zadruga“[963] war bereits seit 1945 rückläufig und mit ihr die Anzahl der im Haushalt lebenden Menschen.[964] Umgekehrt ließ sich dieser Rückgang auch auf eine demografische Änderung zurückführen: Als Aufklärungskampagnen über Verhütung und Familienplanung in den 1960er Jahren geführt, das Abtreibungsrecht 1969 verankert und ein liberales Scheidungsrecht eingeführt wurden, änderte sich die Familienstruktur: Höheres Heiratsalter, niedrigere Geburtenrate[965], mehr Scheidungen usw. führten zur allmählichen Aufweichung der patriarchalen Familienstruktur und des „strengen Puritanismus der Nachkriegszeit“[966] auch am Land.[967] Insgesamt begründeten unter anderem diese Entwicklungen letztlich die sogenannte sexuelle Revolution.[968]

Dieser gingen im sozialistischen Jugoslawien einige Schritte voraus, um die „Gleichstellung“ zwischen den jugoslawischen Frauen und Männern zu gewährleisten. Noch während des Krieges wurde Frauen das Wahlrecht und das Recht in die Volksbefreiungsräte

[960] Ebda.; – Vušković, Social Inequality in Yugoslavia, 27f.
[961] Denitch, The Legitimation of a Revolution, 64.
[962] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 207.
[963] Siehe dazu: Alojz Ivanišević, Die Rolle der Frau im südslawischen Raum im 19. und 20. Jahrhundert, in: Marija Wakounig (Hg.), Die Gläserne Decke. Frauen in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa im 20. Jahrhundert, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 145–180, hier 148.
[964] Calic, Die 1960er Jahre in sozialhistorischer Perspektive, 72f.
[965] Wobei die Geburtenrate etwa stark zwischen den Republiken schwankte. Während diese in Slowenien niedriger war, war das Wachstum der Bevölkerung im Kosovo „rekordverdächtig“, Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 148f., – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 208 und 218.
[966] Calic, Die 1960er Jahre in sozialhistorischer Perspektive, 72. – Siehe dazu auch: Ruža First, Struktura autoriteta u seoskim domaćinstvima, in: Sociologija i prostor: časopis za istraživanje prostornoga i sociokulturnog razvoja, Zagreb 1969, 53–61.
[967] Miro Mihovilović, Slobodna vrijeme, korištenje slobodnog vremena i oblici rekreacije u selu, in: Sociologija i prostor: časopis za istraživanje prostornoga i sociokulturnog razvoja 22, Zagreb 1969, 33–44, hier 33.
[968] Zur sogenannten sexuellen Revolution, die nicht nur inJugoslawien, sondern in vielen anderen Ländern in Erscheinung trat, siehe etwa: Sheila Jeffreys, Anticlimax: A Feminist Perspective on the Sexual Revolution, North Melbourne 2011.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

gewählt zu werden, verliehen[969] – beide Aspekte wurden in der ersten Verfassung von 1946 auch verankert.[970] Immerhin hatten während des Zweiten Weltkrieges mehr als 100.000 Frauen in der Volksbefreiungsarmee gekämpft und mehr als zwei Millionen Frauen waren insgesamt am Volkbefreiungskrieg beteiligt.[971] So besagte Artikel 24 der Verfassung von 1946: „Die Frau ist auf allen Gebieten des staatlichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Lebens dem Manne gleichgestellt. Für gleiche Arbeit hat die Frau das Recht auf gleichen Lohn wie der Mann und genießt im Arbeitsverhältnis besonderen Schutz.“[972] Der letzte Absatz des Artikels 24 garantierte Müttern ebenfalls einen besonderen Schutz, der neben bezahlten Mutterschaftsurlauben auch die Errichtung von „Entbindungsheimen, Kinder- und Tagesheimen“ vorsah.[973] In den 1950er Jahren erhielten Frauen das Recht auf Erbschaft, die harte Bestrafung illegaler Abtreibungen wurde 1952 abgeschafft (diese sah eine Gefängnisstrafe von bis zu vier Jahren für die Schwangere und bis zu zehn Jahren für jene Person, welche die Abtreibung durchführte) und im Jahr 1960 noch weiter liberalisiert.[974] Die Beschäftigung der jugoslawischen Frauen stieg bereits in den ersten Jahren nach 1945 und war vier Jahre danach um das Vierfache angestiegen[975] sowie auch der Anteil an Schul- und Universitätsabsolventinnen, wie schon kurz erwähnt wurde, stetig wuchs.

Auf der anderen Seite dieser liberalen Verankerung stand die praktische Ausführung der zumindest im Artikel 24 genannten Rechte: Geringere Einkommen bei gleicher Arbeit waren bis weit in die 1980er Jahre verbreitet[976]; weibliche Führungskräfte oder politische Spitzenkandidatinnen waren 1971 beispielsweise mit nur einem Prozent vertreten[977],

[969] Hinzu kam die Gründung der „Antifaschisten Front der Frauen“ („Antifašistički Front Žena“, AFZ) im Jahre 1942, die allerdings bereits 1953 wieder aufgelöst wurde. Siehe dazu: Jelena Batinić, Women and Yugoslav Partisans. A History of World War II Resistance, New York 2015, 218f.; – Marija Wakounig, Für Vaterland und Heimat. Frauen in Slowenien 1900–2000, in: Wakounig (Hg.), Die Gläserne Decke, 181–208, hier 188f. – Barbara Jancar-Webster, Women in the Yugoslav National Liberation Movement, in: Sabrina P. Ramet, (Hg.), Gender Politics in the Western Balkans, Pennsylvania 1999, 67–87, hier 67.

[970] Batinić, Women and Yugoslav Partisans, 215. – Die Kommunistische Partei Jugoslawiens hatte aber bereits in der Zwischenkriegszeit eine Gleichberechtigung ausgerufen und 1919 auch die sozialistische Frauenbewegung gegründet. Siehe dazu: Sabrina R. Ramet, In Tito´s Time, in: Ramet, Magaš (Hgg.), Gender Politics in the Western Balkans, 89–105, hier 93. – Zu den Anfängen der feministischen Bewegung siehe: Thomas A. Emmert, Ženski Pokret: The Feminist Movement in Serbia in the 1920s, in: Ramet, Magaš (Hgg.), Gender Politics in the Western Balkans, 33–50, hier 35. – Vlasta Jalušić, Women in Interwar Slovenia, in: Ebda., 52–66, hier 52f.; – Wakounig, Für Vaterland und Heimat, 184–186.

[971] Batinić, Women and Yugoslav Partisans, 1. – Siehe dazu weiters: Arnold Suppan, Frauen im Krieg. Die Rolle der Frau im Ersten und Zweiten Weltkrieg im östlichen und südöstlichen Europa, in: Wakounig (Hg.), Die gläserne Decke, 226–254, hier 245.

[972] Verfassung von 1963, Artikel 24, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf46-i.htm, 2021 Jänner 7.

[973] Ebda., 2021 Jänner 7. – Wakounig, Für Vaterland und Heimat, 204f.

[974] Batinić, Women and Yugoslav Partisans, 217.

[975] Ebda., 220; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 219.

[976] Calic schreibt hierzu, dass die weibliche Arbeitsproduktivität im Vergleich deutlich höher war, das entsprechende Einkommen lag aber um zehn bis 40 Prozent niedriger. Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 220. – Sundhaussen spricht sogar von einem 60-prozentigen Einkommensunterschied, Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 151.

[977] Ebda., 151.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

überproportional waren Frauen dahingegen von der Arbeitslosigkeit betroffen[978] und schließlich war es auch eine Frage der Gewohnheit: „Wie überall in Europa bekamen sie aber die gläsernen Fesseln einer immer noch stark männlich dominierten Gesellschaft zu spüren. Berufstätigen Frauen standen viele nach wie vor feindselig gegenüber.“[979] Damit waren die Bemühungen um eine Gleichberechtigung der jugoslawischen Frauen einer von mehreren Widersprüchen, die das sozialistische Jugoslawien charakterisierten.[980]

Ein letzter Aspekt soll im Rahmen der Sozialgeschichte Jugoslawiens der 1960er noch angeführt werden: Die sogenannten „1968er“, die in Verbindung mit der Außenpolitik Jugoslawiens bereits geschildert wurden, waren nicht nur Ausdruck der Unzufriedenheit über die weltpolitischen Ereignisse (Vietnamkrieg und der Einmarsch der Sowjetunion in die ČSSR), sondern auch der innerjugoslawischen. Denn verglichen mit Protesten in anderen Ländern waren die Ziele der Studierenden nämlich beinahe ident mit jenen des BdKJ und damit „wahrscheinlich die einzige regierende Partei weltweit [war], die die globale Studentenbewegung trotz mancher Vorbehalte als eine grundlegende Bestätigung ihrer eigenen ideologischen und politischen Fundamente betrachtete.“[981]

Ähnlich wie Tito und andere führende Mitglieder des Parteikaders am Beginn des Jahrzehnts, die „Kommission für Reorganisation und weitere Entwicklung des BdKJ“ in der Mitte der 1960er Jahre sowie schließlich auch der Parteikongress von 1969, forderte auch die Studentenbewegung in Belgrad den Abbau der Bürokratie (der „roten Bourgeoisie“, „crvena buržoazija“) in Jugoslawien; sie kritisierten die bestehenden Ungleichheiten sozioökonomischer Natur und sprachen sich gegen die Machstrukturen und -positionen der Partei aus.[982] Um dieser Tendenz entgegenzutreten, forderten die Studierenden ein „energisches Vorgehen gegen Bereicherung auf nicht-sozialistische Art und Weise“ und die „Aufhebung aller Privilegien, welche in unserer Gesellschaft bestehen.“[983] Was die Student*innen forderten, war demnach die Umsetzung des Programms der Partei: „Unser Programm ist das Programm der fortschrittlichsten Kräfte unserer Gesellschaft – das Programm des BdKJ und unsere Verfassung“.[984]

---

[978] Woodward, Socialist Unemployment, 193.
[979] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 219.
[980] Ramet, In Tito´s Time, 90.
[981] Boris Kanzleiter, Krunoslav Stojaković, Die 1968er in Jugoslawien. Studentenproteste zwischen Ost und West, in: Boris Kanzleiter, Krunoslav Stojaković (Hgg.), 1968 in Jugoslawien. Studentenprostest und kulturelle Avantgarde zwischen 1960 und 1975. Gespräche und Dokumente, Bonn 2008, 13–42, hier 15.
[982] Srđan Cvetković, Dragomir Bondžić, Oblici studentskog otpora komunističkom režimu u Srbiji, 1945–1990, in: Istorija 20. Veka 1, 217 Beograd, 125–147, hier 134f.
[983] Zitiert bei: Boris Kanzleiter, Die Rote Universität“. Studentenbewegung und Linksopposition in Belgrad 1964–1975, Hamburg 2011, 208. Übersetzung des Verfassers.
[984] Erklärung der protestierenden Student*innen und Professor*innen des Philosophischen Fakultät in Belgrad, zitiert bei: Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 163. – Skandiert wurde auch „Nieder mit der

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Das System der Selbstverwaltung, ihre mangelhafte Umsetzung und damit die Ungleichheit in Jugoslawien waren zum Anklagepunkt in vielen Bereichen des sozialen Lebens geworden.[985] Von der Literatur, der Musik, über den Film bis hin zum Wissenschaftsbetrieb wurde die Unzufriedenheit demonstriert und offen kommuniziert.[986] Tito erkannte die Tragweite und signalisierte zumindest in Bezug auf die Studierenden Proteste Verständnis und räumte ein[987], dass „die große Zahl, 90 Prozent der Studenten, ehrliche Jugendliche sind, um die wir [uns] nicht genug gekümmert haben [...]".[988] Weiter noch: „Manche denken, dass das, wozu es gekommen ist, eine Reaktion auf das ist, was in Frankreich, Deutschland, der Tschechoslowakei usw. Geschichte [passiert ist]. Das stimmt nicht. Das ist keine Reaktion darauf. Das ist eine Reaktion auf unsere Schwächen, die sich angehäuft haben und die wir heute beseitigen müssen."[989]

2.2.4.6. Die Entwicklung der sozialen und ökonomischen Ungleichheiten im Jugoslawien der 1960er Jahre

Bei der Darstellung des Entwicklungsgefälles und der regionalen Ungleichheiten in Jugoslawien wurden bislang der geschichtliche Aspekt, im Sinne des „historischen Dualismus", sowie der ideologische erwähnt und diskutiert. Darüber hinaus wurde auch gezeigt, wie sich sowohl Innen- als auch Außenpolitik auf das Gefälle auswirkten: Etwa hatte die Verteilung der Investitionsmittel eine politisch-nationale Rivalität zur Folge; der Bruch mit der Sowjetunion kehrte den ursprünglichen Entwicklungsplan beinahe vollständig um; ausländische Wirtschaftshilfen und -kredite, die unter anderem für die regionale Politik verwendet wurden, hingen von der außenpolitischen Positionierung ab sowie schließlich auch die innenpolitische Einflussnahme, deren Folge geringe Anreize für eine Produktivitätssteigerung, „verschwendete Gelder", „politische Fabriken" und fehlende „erweiterte Reproduktion" waren. Die Reformen

roten Bourgeoisie" und „Wir wollen keinen Kapitalismus", Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 235.

[985] Ramet, Die drei Jugoslawien, 314.

[986] Davon zeugen aber auch die zahlreichen Briefe, die von Arbeiter*innen an Tito geschrieben wurden und in denen sie verschiedene Auswirkungen sozialer Ungleichheiten beklagten bzw. darauf hinwiesen, beispielsweise die ungerechte Verteilung von Wohnraum, das ungenügende Mitspracherecht der Arbeiter*innen bei Arbeitsprozessen, das Defizit bei der Umsetzung des Leistungsprinzips oder auch die Macht der Fabrikdirektoren. Siehe dazu: Mihaljevi, Social Inequalities fromWorkers´ Perspective, 33–42.

[987] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 235.

[988] Rede Titos vom 9. Juni 1968 in Beograd, online unter: https://www.youtube.com/watch?v=Nne2feNUEu8, 2021 Jänner 7.

[989] Zitiert bei Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 165, Übersetzung des Verfassers. – Zur Rolle der Kultur und Medienlandschaft als politisierende Faktoren innerhalb der Student*innenbewegung siehe: Marko Zubak, Omladinski tisak i kulturna strana studentskoga pokreta u Socijalističkoj Federativnoj Republici Jugoslaviji. 1968–1972, in: Časopis za suvremenu povijest 1, Zagreb 2014, 37–53, hier 343.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

von 1965 adressierten unter anderem eben diese Vergaben und sollten die Forderungen nach mehr Effizienz und Rationalität umsetzen. Diese vielschichtigen Probleme der Investitionsmittelvergabe verloren demnach auch in den 1960er Jahren nicht an Relevanz. Ganz im Gegenteil: Wie schon angemerkt, wurde etwa diese Verteilung in einem solchen Maße kontrovers diskutiert, dass innerhalb der Forschungsliteratur hier auch der Beginn der Desintegration Jugoslawiens verortet wird.[990]

Im Rahmen der Reformen in den 1960er Jahren sollte das Problem der ungleichen Entwicklungen und Bedingungen in Jugoslawien behoben werden, und zwar ebenfalls unter jenen Gesichtspunkten, die mit der Reform von 1965 implementiert wurden. Marktwirtschaftliche und nicht staatliche/politische Kriterien sollten von nun an die Wirtschaft leiten. Eben in diesem Spektrum an Argumentationen lässt sich auch die Diskussion über die Frage einbetten, wie die regionalen Ungleichheiten zu beseitigen waren, was wiederum einer Gratwanderung zwischen ideologischem Ziel und marktwirtschaftlicher Effizienz glich und an dessen Ende der sogenannte Bundesentwicklungsfonds stand.[991]

Der Errichtung dieses Entwicklungsfonds gingen zähe Verhandlungen zwischen den weniger und weiter entwickelten Regionen voraus.[992] Die Letzteren stimmten nur unter der Bedingung zu, dass es eine Anpassung der Vergabekriterien gab, d. h., mehr Effizienz und mehr Produktivität wurde in den weniger entwickelten Gebieten gefordert.[993] Bislang sei es aufgrund der Investitionsvergabe zu einer „Verschwendung" der Mittel gekommen, denn, so argumentierten die Analysten der weiter entwickelten Gebiete, wäre das Geld in ihre Region geflossen, hätten auch die weniger entwickelten Regionen davon profitieren können. Aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und des „Knowhows" würde eine Konzentration und Erhöhung der Ressourcen in ihren Gebieten (zulasten der weniger entwickelten Regionen) längerfristig auch in den restlichen zu Wachstum verhelfen, und zwar aufgrund der erhöhten Nachfrage nach „ihren agrarischen Produkten und Rohmaterial".[994]

Weiter noch, die ökonomische Ungleichheit sei schließlich auch eine Reflexion der ungleichen Arbeit und würde, wenn ökonomische Kriterien implementiert werden, auch als Anreiz dienen, die Qualität, die Produktivität und die Entwicklung der Technik und Wissenschaft zu erhöhen. Ein weiteres Argument auf Seiten jener, die eine Reform der jugoslawischen regionalen Politik unterstützten, war, dass die Einführung rationaler

[990] Jakir, Wirtschaft und Wirtschaftsreformen, 95; – Shoup, Communism and the Yugoslav National Question, 242.
[991] Shoup, Communism and the Yugoslav National Question, 236f.
[992] Ebda., 236–242.
[993] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 65.
[994] Flaherty, Plan, Market and Unequal Regional Development in Yugoslavia, 103.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Vergabekriterien und damit die Zurückdrängung staatlichen Interventionismus insofern zur Gleichheit aller Arbeiter*innen beitragen würde, als damit auch die Entscheidungsbefugnisse der lokalen „Eliten und Bürokraten" eingeschränkt werden könnten. Gelinge dies, dann könnten alle Arbeiter*innen den gleichen „sozialen Status" und eine Form der Gleichheit genießen.[995] Dies einmal umgesetzt, könnte letztlich auch den bereits aufkeimenden Nationalismus eindämmen, da sich die Klasse der Arbeiter*innen eher als eine solche, anstatt mit nationalen, ethnischen und religiösen Kategorien identifizieren würde.[996]

Unter diesen Umständen barg eine Zustimmung zur Entwicklungshilfe aber auch Vorteile für die weiter entwickelten Regionen mit sich: Diese hätten von einer Umsetzung des Entwicklungsfonds profitiert, zumal damit die Möglichkeit zur Expansion gegeben war. Der zweite Grund für die Zusage der weiter entwickelten Gebiete war, dass mit diesem Fonds zum ersten Mal ein standardisierter Prozess der Vergabe von Investitionsmittel eingeführt wurde, der beispielsweise die Höhe der Einzahlungen oder auch den Zeitraum definierte; dies stand in einem Gegensatz zur Praxis in vorangegangener Periode.[997]

Auf der anderen Seite dieser Diskussionen wurde die Selbstverwaltung ebenfalls thematisiert. Ein konzentrierter Einsatz der Ressourcen habe in den weiter entwickelten Gebieten auch eine Konzentration der Kontrolle bewirkt. Demnach hätte die Regionalpolitik im Rahmen der Selbstverwaltung zu mehr Ungleichheit geführt. Auch wurde das Argument der Gegenseite abgelehnt, wonach ein Wachstum der weiter entwickelten Regionen auch das Wachstum in den restlichen ankurbeln würde: Das Vertrauen darauf, dass dieser Effekt auch tatsächlich eintreten würde und die südöstlichen Gebiete letztendlich ebenfalls davon profitieren könnten, war zu gering.[998] Der direkte und vor allem geplante Einsatz der verfügbaren Ressourcen (anstatt diese „spontan" durch den Markt verteilen zu lassen[999]) würde in den weniger entwickelten Gebieten eine höhere Nachfrage generieren und auch den weiter entwickelten zusätzliche Absatzmöglichkeiten bieten. Dass dies bislang nicht eintrat, führten die Vertreter der weniger entwickelten Gebiete darauf zurück, dass sie sich der forcierten Industrialisierung unterordnen mussten (d.h.: Einsatz von Mitteln dort, wo bereits eine

[995] Ebda.
[996] Ebda., 104.
[997] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 65.
[998] Die Verfechter dieses Argumentes gingen davon aus, dass dieser „zentrifugaler Verbreitungseffekt" erst dann eintreten könnte, wenn der Sättigungspunkt erreicht wird, Flaherty, Plan, Market and Unequal Regional Development in Yugoslavia, 104.
[999] Zur „Spontanität" des Marktes siehe: Friedrich August von Hayek, Die Theorie komplexer Phänomene, in: Wolfgang Kerber (Hg.), Die Anmaßung von Wissen, Tübingen 1996, 37–76.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Infrastruktur vorhanden war) und aus dieser Perspektive betrachtend, fürchtete man eine Wiederholung der Entwicklungen der 1940er und 1950er Jahre.[1000]

Aber noch bevor die Entscheidung über die Reform der Politik des regionalen Ausgleichs in Jugoslawien fiel, musste der nächste Fünfjahresplan (1961–1965) eingeführt werden. Dieser sah nun eine „spezielle Aufmerksamkeit“[1001] vor, die auf die weniger entwickelten Gebiete gerichtet wurde, um – in Übereinstimmung mit dem höheren Potential der Wirtschaft – eine Beschleunigung des Wachstums in weniger entwickelten Gebieten zu erzielen, das über dem Wachstum der restlichen Regionen liegen sollte.[1002] Um eine solche auch gewährleisten zu können, wurde mit dem Bundesentwicklungsfonds ein neues Instrumentarium eingeführt, der die gleichmäßige Entwicklung garantieren und bewerkstelligen sollte.[1003]

Weiterhin hatte die erwähnte Arbeitsteilung und Spezialisierung der weniger entwickelten Gebiete bedeutende Auswirkungen auf das Entwicklungsgefälle: Erstens war der Kapitaleinsatz in der Rohstoffindustrie höher und die Ausreifungsperiode der Investitionen in diesem Sektor länger, weshalb es zu einem relativ niedrigen Beschäftigungseffekt kam. Zweitens war die Rohstoffproduktion in einem höheren Maße von den bereits erwähnten Preiskontrollen in den 1960er Jahren betroffen, und zwar insofern, als deren Preise, trotz des Versuches marktwirtschaftliche Signale einzuführen, noch immer künstlich niedrig gehalten wurden, um die höheren Preise der verarbeitenden Industrie hoch halten zu können. Der nächste Punkt betraf die Zollpolitik, welche die höher verarbeiteten Produkte durch hohe Zölle auf schützten, aber nicht die niedriger verarbeiteten[1004]: „Wieder einmal mussten die weniger entwickelten Republiken und Regionen eine unverhältnismäßig größere Last der Entwicklung schultern.“[1005]

Die Konsequenzen, die sich aus diesen Strukturen ergaben, lassen sich in drei Punkten zusammengefassen:

1. Zusammen mit der hohen Inflationsrate verursachten die Preiskontrollen und die Importzölle eine Verschlechterung der sogenannten (realen) Austauschverhältnisse für die weniger entwickelten Gebiete (bis auf Mazedonien), weshalb es zu einem

[1000] Flaherty, Plan, Market and Unequal Regional Development in Yugoslavia, 105.
[1001] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 64.
[1002] „Wobei Beschleunigung hier als eine schnellere Entwicklung als in früheren Perioden verstanden wird.“ Dritter Fünfjahresplan 1961–1965, zitiert bei: Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 64.
[1003] Eger, Das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien, 47f., – Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 65.
[1004] Eger, Das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien, 54f.; – Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 66.
[1005] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 66.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

„unfreiwilligen Einkommenstransfer“ aus diesen Regionen in die weiter entwickelten kam;

2. Bedingt durch die schon erwähnte geringe Arbeitsintensität war die Nachfrage der Bevölkerung in den weniger entwickelten Gebieten relativ niedrig, weshalb der sogenannte Multiplikatoreffekt ausblieb;
3. Schließlich betraf der Fokus auf die Basisindustrie auch den Arbeitsmarkt: Die Textilindustrie hatte eine vergleichsweise niedrige Ausbildungsqualifikation, was dem „Beschäftigungsproblem“ in den weniger entwickelten Gebieten entgegengekommen wäre. Tatsächlich wurde beinahe die Hälfte der Textilgüter in Slowenien und Kroatien erzeugt, während auf Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und den Kosovo etwa 20 Prozent entfielen.[1006]

Nach zweijähriger Diskussion und Verhandlungen über den Vorschlag, den Kidrić 1961 vorlegte[1007], wurde mit Artikel 124 der Verfassung von 1963 der sogenannte Bundesentwicklungsfonds implementiert:

> „Zur Finanzierung und Kreditierung der wirtschaftlichen Entwicklung der unterentwickelten Republiken und Gegenden wird ein besonderer Fonds gebildet. Durch das Bundesgesetz werden die ständigen Finanzierungsquellen dieses Fonds, die besonderen Bedingungen für die Kreditgewährung und die Geschäftsweise festgesetzt. Die Republik, die nicht imstande ist, aus ihren eigenen Mitteln die gesellschaftlichen und sonstigen Dienste der Republik zu finanzieren, sichert der Bund unter den durch das Bundesgesetz bestimmten Bedingungen die dazu erforderlichen Mittel.“[1008]

Die Umsetzung dieses Fonds resp. die Autorisierung des Zugriffs auf die Mittel des Fonds wurde aber erst im Rahmen der 1965er Reformen ermöglicht[1009] und zwar als „Bundesfonds für Kredite zur ökonomischen Entwicklung der nicht genügend entwickelten Republiken“[1010] und sah konkret vier Empfänger vor: Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Mazedonien und den Kosovo.[1011] Zusammen mit den Reformen und dem vierten Fünfjahresplan wurde mit der Errichtung des Fonds ein erneuter Anlauf unternommen, um die Entwicklungsunterschiede zu

[1006] Eger, Das Entwicklungsgefälle in Jugoslawien, 55f.
[1007] Ebda., 47.
[1008] Artikel 123 der Verfassung von 1963, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2021 Jänner 8.
[1009] Da der Fonds-Mechanismus aber erst 1965 umgesetzt wurde, galten bis dahin die Regeln bzw. die Mechanismen aus den 1950er Jahren. Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 65; – Eger, Das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien, 47f.
[1010] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 65.
[1011] Weißenbacher, Jugoslawien, 86; – Lampe, Yugoslavia as History, 291.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

verringern. Zu einem großen Teil bestand dieser Versuch in der Errichtung des Bundesentwicklungsfonds, der sich aus Mitteln erschöpfte, die als Prozentsatz im Verhältnis zum erwirtschafteten Sozialprodukts in den Fond eingezahlt wurden: Insgesamt betrug dieser Prozentsatz 2,63 Prozent des BMP kam zu einem großen Anteil aus den Zahlungen Kroatiens und Sloweniens zustande.[1012] Konkreter wurden die Mitteln des Fonds durch eine Besteuerung sämtlicher Anlagevermögen der Unternehmen akkumuliert, die zwischen 1966 und 1970 etwa 1,85 Prozent des BMP der Unternehmen im sozialen Sektor bestand.[1013] Daraus wurden in der Folge niedrig verzinste Kredite (2,1 Prozent bei einer Laufzeit von 19,5 Jahren) an die weniger entwickelten Gebiete vergeben. Die Aufteilung dieser Mittel zwischen den vier genannten Empfänger-Republiken wurde wiederum gesetzlich von dem Direktorenvorstand des Bundesentwicklungsfonds geregelt[1014] und sah folgende Vergabe vor[1015]:

Tabelle 26: Verteilung der Mittel aus dem Bundesentwicklungsfonds

Empfänger	**1966–1970**	
	in Milliarden Dinar	in Prozent des Gesamtbetrags
Insgesamt	8,9	100
Bosnien-Herzegowina	2,7	30,7
Mazedonien	2,3	26,3
Montenegro	1,2	13,1
Kosovo	2,7	30,0

Quelle: Weißenbacher, Jugoslawien, Tabelle 2, 87.

Anders formuliert bedeuten die Zahlen aus Tabelle 26, dass insgesamt 18,5 Prozent aller Bruttoanlageinvestitionen in Bosnien-Herzegowina, 24 Prozent in Montenegro, 33 Prozent in Mazedonien und 95 Prozent im Kosovo aus diesem Bundesentwicklungsfonds bestritten wurden.[1016] In der Theorie hätte der Fonds noch eine weitere Funktion erfüllen können, indem dieser eine (technische) Zusammenarbeit zwischen den beiden Seiten des Entwicklungsgefälles erleichtern hätte sollen. Durch Verträge oder auch gemeinsame Unternehmensgründungen sollte die Entwicklung der südöstlichen Regionen angekurbelt und der Prozess der

[1012] Lampe, Yugoslavia as History, 291. – Calic spricht hier von einem Prozentsatz zwischen sechs und zehn, den Slowenien und Kroatien abgaben, Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 230.
[1013] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 72; – Kaiser, The Equalization Dilemma, 265.
[1014] Kriterien der Vergabe aus diesem Fonds stellten etwa die effiziente Nutzung der Mittel, Einkommen pro Einwohner sowie die Sparquote dar. Darüber hinaus mussten die jeweiligen Investitionsprojekte dem allgemeinen Pfad der Entwicklung Jugoslawiens entsprechen sowie vorgesehen war, dass mindestens 35 Prozent je Projekt lokal investiert werden mussten. Siehe dazu: Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 73.
[1015] Dieses Gremium bestand aus insgesamt 13 Mitgliedern – jeweils eines aus jeder Republik sowie aus sieben vom Parlament entsandte Mitglieder, ebda.
[1016] Weißenbacher, Jugoslawien, 87.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

„beschleunigten Entwicklung“ damit auch überwacht werden. Diesem Verständnis nach hätte eine solche Kooperation nicht nur Vorteile für die weniger entwickelten Regionen gehabt, sondern hätte für die restlichen Republiken und Provinzen eine Expansion bzw. die Erschließung neuer Märkte innerhalb Jugoslawiens bedeuten können.[1017]

Der Frage, warum dies nun nicht geschah, ging Pleština in ihrer Studie nach und befragte mehrere frühere Parteimitglieder, Entscheidungsträger, Wissenschaftler*innen und kam zum folgenden Ergebnis: Demnach zögerten auf der einen Seite die weniger entwickelten Gebiete eine solche technische Assistenz anzunehmen, da sie die „Experten des Nordens“ als „Besserwisser“ betrachteten, deren alleinige Absichten höhere Einkommen gewesen seien. Auch befürchteten die Politiker der weniger entwickelten Gebiete, dass die Experten lediglich ihre Ansichten durchsetzen wollen: Sie würden Fabriken errichten, um dort jene Produkte erzeugen zu lassen, die einen Zweck für ihre entsprechenden Republiken/Gebiete erfüllt hätten, nicht aber die Entwicklung der Region unterstützen würden. Auf der anderen Seite wurden diese Vorwürfe abgelehnt: Nicht die Experten, sondern die entsprechenden Ansprechpartner aus den weniger entwickelten Regionen glaubten „alles zu wissen“ und zwar gerade wegen ihrer „Rückständigkeit“.[1018]

Ein weiteres wichtiges Argument dafür, weshalb es zu keiner Zusammenarbeit kam, lag im Anspruch über die jeweilige Souveränität: Hätte etwa der Vorstand des Entwicklungsfonds eingegriffen und eine solche Zusammenarbeit bei spezifischen Projekten angeordnet, dann hätte dies dem neuen System der Dezentralisierung widersprochen.[1019] Gleichzeitig hätte eine Expertise, die sich auf ökonomische Prozesse und Kennzahlen stützte, auch eine „Störung“ der „Lokal-Patronage“, also der lokalen Politiker, Eliten und Interessen, bewirkt, die es eben deswegen aus deren Sicht zu vermeiden galt.[1020]

Neben dem Bundesfonds kam noch ein weiteres Instrument zum Einsatz, das sich vor allem an die Entwicklung des Sozialbereiches und Angleichung des Lebensstandards in den weniger entwickelten Gebieten richtete und dessen Empfänger ebenfalls die vier erwähnten Gebiete waren.[1021] Diese ergänzenden Mittel aus dem Bundesbudget betrugen zwischen 1966 und 1984 rund 150 Milliarden Dinar[1022], bestanden zu einem großen Teil aus ausländischen

[1017] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 73.
[1018] Ebda., 75f.
[1019] Ebda., 77.
[1020] Ebda., 76.
[1021] Kaiser, The Equalization Dilemma in Yugoslavia, 267.
[1022] Beziehungsweise machten diese Mittel zwischen 1965 und 1970 0,78 Prozent am BMP aus, Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 73.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Krediten und mussten, anders als beim Bundesentwicklungsfonds, auch nicht an den Bund zurückbezahlt werden.[1023]

Tabelle 27: Bundesmittel zur Finanzierung der Sozialleistungen

Empfänger	**1966–1970**	
	in Millionen Dinar	in Prozent des Gesamtbetrags
Insgesamt	5.048	100,0
Bosnien-Herzegowina	2.049	40,6
Mazedonien	1.036	20,5
Montenegro	575	11,4
Kosovo	1.388	27,5

Quelle: Weißenbacher, Jugoslawien, Tabelle 3, 87.

Tatsächlich gingen in den vier Jahren zwischen 1966 und 1970 über 20 Millionen Dinar an die weniger entwickelten Regionen, wobei der höchste Anteil mit 31,7 Prozent an Bosnien-Herzegowina vergeben wurde, gefolgt von Mazedonien mit 29 Prozent, dem Kosovo mit 25,3 Prozent und schließlich Montenegro, das 24,1 Prozent dieser Mittel erhielt.[1024] Etwa ein Drittel dieser Förderungen aus dem Bundesbudget wurden bis 1970 durch Kredite von der Weltbank aufgenommen, wobei der höchste Anteil davon mit 57,1 Prozent an Bosnien-Herzegowina und der niedrigste mit 4,8 an den Kosovo ging (siehe Tabelle 28).

Tabelle 28: Verwendung von Weltbankkrediten für die Entwicklung der weniger entwickelten Regionen

Empfänger	**1949–1970**	
	In Millionen US-Dollar	In Prozent vom Gesamtbetrag
Insgesamt	158,0	100,0
Bosnien-Herzegowina	90,2	57,1
Mazedonien	24,4	15,4
Montenegro	35,8	22,7
Kosovo	7,6	4,8

Quelle: Weißenbacher, Jugoslawien, Tabelle 4, 89.

Angesichts dieser Summen stellt Weißenbacher die Frage, warum es dennoch zu keinem nennenswerten Aufholen der weniger entwickelten Gebiete kam, während die Wirtschaften vor allem Sloweniens und Kroatiens in einem deutlich rasanteren Tempo wuchsen (trotz ihrer Einzahlungen in den Fonds) und verweist in seiner Antwort auf die sogenannte Dependenztheorie: Vertreter*innen dieser Theorie versuchten ab etwa der Mitte der 1960er Jahre zu zeigen, dass die niedrigere Entwicklung mancher Länder („Entwicklungsländer“) nicht etwa das Resultat endogener Ursachen war, sondern viel eher durch die Einbindung dieser

[1023] Weißenbacher, Jugoslawien 87; – Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 6.
[1024] Weißenbacher, Jugoslawien, Tabelle 5, 89.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Länder in den Weltmarkt, in welchem aber die „kapitalistischen Länder" bestimmten, entstand. Die Förderung der Wirtschaft, der Auf- oder Ausbau der Infrastruktur würde sich ausschließlich an den Bedürfnissen dieser Länder orientieren, die „Entwicklungsländer" geraten in Abhängigkeiten weshalb es – vereinfacht ausgedrückt – zu keiner langfristigen und nachhaltigen Entwicklung kommen konnte/kann.[1025] Dieses oft als „Zentrum und Peripherie" dargestellte Verhältnis zwischen weniger und weiter entwickelten Ländern sei demnach ein asymmetrisches: Die „Peripherie" stellt billige Ressourcen und Arbeitskräfte zur Verfügung, die dem Wachstum des „Zentrums" dienen, mindert dabei aber die Chance auf ein wirtschaftliches Wachstum in der „Peripherie".[1026] Eine solche Struktur lässt sich aber nicht nur auf globaler Ebene finden, sondern auch innerhalb einer Volkswirtschaft: „Im nationalen Rahmen manifestiert sich die Zentrum-Peripherie-Beziehung als regionales Entwicklungsgefälle. Besonders sichtbar werden diese Zusammenhänge vor allem wiederum in den Entwicklungsländern. *Nationale Zentren* sind meist die *großen Städte* [...]. Demgegenüber ist das *nationale Hinterland,* die überwiegend agrarische Peripherie [...] wenig produktiv [...]."[1027]

Für den jugoslawischen Fall wurde nun ähnliches attestiert, nämlich, dass sich im Sinne einer solchen „Unterentwicklung" analoge Strukturen ausbildeten: Sloweniens Wirtschaftsleistung basierte demnach auf der Ausbeutung von Rohstoffen im Kosovo sowie der vergleichsweisen günstigeren Arbeitskräfte aus Bosnien-Herzegowina und Mazedonien, die zu niedrigeren Löhnen arbeiteten. Eingedenk der oben besprochenen Arbeitsteilung in Jugoslawien sowie der Importzölle und der Preispolitik für die Produkte der weiterverarbeitenden Industrie und die daraus entstandenen negativen Konsequenzen für die weniger entwickelten Gebiete, wird diese Annahme nochmal deutlicher. Damit haben die weiter entwickelten Gebiete zwar mit Teilen ihrer Investitionen unterstützt, wurden aber durch etwa diese Preispolitik selbst von den weniger entwickelten Gebieten subventioniert.[1028]

Auf einen anderen Grund für das langsame Wachstum verweist Pleština und führt nochmals die Verteilung der zusätzlichen Fördermittel zur Angleichung der Lebensstandards in Jugoslawien an: Werden diese im Verhältnis zur Bevölkerung betrachtet, dann ergibt sich, dass den weniger entwickelten Regionen (bis auf Montenegro) im Verhältnis zum

[1025] Siehe hierfür etwa: Andre Gundar Frank Abhängige Akkumulation und Unterentwicklung, Frankfurt 1980. – Ein ähnlicher Vorwurf wurde in dieser Arbeit bereits bezüglich der Habsburger-Monarchie und ihrer Politik vor allem in Bosnien erwähnt. Siehe dazu das Kapitel „Die Gebiete des späteren Jugoslawiens vor 1945", 33–37.
[1026] Bachinger, Matis, Entwicklungsdimensionen des Kapitalismus, 124f.
[1027] Ebda. Auszeichnungsschrift im Original.
[1028] Ebda., 95.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

jugoslawischen Durchschnitt und pro Einwohner*in geringere Anteile aus den zusätzlichen Bundesmitteln zur Verfügung standen:

Tabelle 29: Verteilte Ressourcen an die weniger entwickelten Gebiete, 1966–1970

	Insgesamt	**Bosnien-Herzegowina**	**Montenegro**	**Mazedonien**	**Kosovo**
Ressourcen aus dem Bundesentwicklungsfonds	100	30,7	13,1	26,2	30,0
Zusätzlich Ressourcen aus dem Bundesbudget	100	41,0	11,0	21,0	27,0
Im Verhältnis zur Bevölkerung	100	52,3	7,4	23,0	17,3

Quelle: Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, Table 3.3., 74.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Abbildung 1: Indikatoren der regionalen Entwicklung, ausgewählte Jahre

	SFRJ	BiH	MNE	HR	MZD	SLO	SRB	Kos.	Voj.
Bevölkerung Agrarwirtschaft (%)									
1953	60,90	62,20	61,50	56,40	62,70	41,10	67,20	72,40	62,90
1961	45,60	48,40	49,10	45,50	52,20	28,80	61,800	64,40	52,70
1966	44,90	45,10	41,00	37,70	45,80	26,00	50,20	58,40	40,60
1971	38,20	40,00	35,00	32,20	39,90	20,40	44,10	51,50	29,00
Ökonomisch aktiv (%)									
1953	46,30	42,50	36,40	47,70	40,80	40,80	52,40	33,20	45,40
1961	45,00	38,90	34,10	47,80	38,80	49,10	51,10	35,00	43,60
1966	44,10	37,80	33,10	46,40	38,80	48,30	51,50	30,10	43,60
1971	43,30	36,70	32,70	45,50	38,30	48,40	51,50	26300	42,70
Beschäftigung: Industrie (%)									
1952	31,07	39,26	22,91	32,41	23,60	42,53	36,54	27,73	23,55
1959	33,40	36,50	22,82	33,67	27,19	40,27	36,97	29,46	26,37
1966	38,50	40,51	35,69	38,50	32,98	45,21	37,11	32,56	40,56
1972	38,85	39,55	30,53	36,75	34,88	45,35	38,46	34,00	36,97
Anteil Frauen (%)									
1961	26,57	18,74	19,72	29,55	19,40	36,81	26,49	13,86	25,85
1966	31,31	23,17	28,82	35,37	25,22	41,11	27,17	35,43	19,79
1972	32,42	26,03	26,32	35,35	25,58	41,86	29,94	31,99	17,65
Arbeitslosenrate (%)									
1952	4,80	3,28	1,66	2,98	6,49	1,81	3,87	7,30	3,39
1959	7,21	4,74	9,14	5,98	13,00	2,55	6,43	20,70	4,10
1966	7,62	5,57	8,17	6,50	19,63	2,71	7,58	26,50	5,70
1969	7,31	7,14	8,65	5,70	23,31	3,32	9,58	28,08	7,33
Einkommen landwirtschaftl. Haushalte (pro Person)									
1957	100	74,30	71,6	111,7	85,7	134,3	90,8	43,5	152,6
1966	100	76,3	71,3	112,8	86,2	133,2	91,3	43,8	164,7
1972	100	71,8	72,2	108,6	87,5	124,1	94,2	47,3	189,2

10.15772/ANDRASSY.2023.006

	SFRJ	BiH	MNE	HR	MZD	SLO	SRB	Kos.	Voj.
Mortalitätsrate Kinder (pro 100 Geburten)									
1952	105,10	143,90	89,00	102,3	129,8	67,30	87,00	113,20	145,9
1961	78,20	98,50	60,50	63,70	110,90	29,40	68,70	67,30	127,20
1966	64,20	71,20	42,20	42,20	98,80	25,10	47,00	40,90	100,80
1971	47,30	63,10	33,80	32,40	84,60	24,00	40,30	33,20	92,20
Investitionsanteil am BIP									
1952	100	159,00	199,00	90,00	87,00	81,00	76,00	97,00	123,00
1959	100	88,00	125,00	85,00	139,00	69,00	106,00	139,00	132,00
1966	100	106,00	138,00	86,00	183,00	85,00	101,00	136,00	38,00
1969	100	93,00	184,00	87,00	174,00	86,00	107,00	133,00	38,00
Anteil des Privatsektors am Nettoinlandsprodukt									
1952	25,80	22,20	37,20	26,50	22,60	15,80	33,90	38,30	33,80
1961	24,60	25,80	24,10	21,30	21,50	16,30	26,10	41,20	32,60
1966	24,10	26,70	23,90	21,30	20,60	14,20	26,10	34,40	29,00
1972	19,00	21,00	17,10	17,20	20,60	11,80	22,20	30,90	21,20
Anteil der privaten Landwirtschaft am Netto-Agrarprodukt (%)									
1952	94,10	97,80	98,20	94,30	93,80	93,10	98,40	98,10	83,70
1961	89,00	86,50	65,20	91,60	84,90	88,60	93,20	93,90	75,60
1966	80,40	92,80	93,10	80,20	74,70	79,60	90,00	84,00	61,50
1972	78,60	91,50	92,20	75,50	70,90	79,00	88,80	84,40	59,50

Quelle: Diane Flaherty, Market and Unequal Regional Development in Yugoslavia, Table 1, 106–109.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

In einer 1988 erschienenen Analyse beschäftigte sich Diane Flaherty mit der regionalen Ungleichheit in Jugoslawien und erstellte auf Basis ihrer Berechnung obige Tabelle (Abbildung 1). Darin ersichtlich ist eine Vielzahl an sozio-ökonomischen Indikatoren, von welchen einige im Rahmen der vorliegenden Arbeit andernorts bereits angeführt wurden. Hierzu gehört etwa die agrarische Bevölkerung, die in den weniger entwickelten Gebieten zwar ebenfalls zurückging, im Vergleich zu den weiter entwickelten aber noch höher bzw. vorherrschender war: Der niedrigste Anteil an landwirtschaftlicher Bevölkerung im Jahr 1971 lag mit 20,40 Prozent in Slowenien, gefolgt von der Vojvodina (29 Prozent), Kroatien (32,30 Prozent) und Montenegro (35 Prozent). Am höchsten war dieser Anteil im Kosovo mit 51,50 Prozent (was mehr als einer Verdoppelung im Vergleich zu Slowenien darstellte), Serbien wies den zweithöchsten Anteil im Jahr 1971 mit 44,10 Prozent aus, Bosnien-Herzegowina mit 40 Prozent und schließlich Mazedonien mit 39,90 Prozent. Diese Proportionalität lässt sich umgekehrt auch an dem Bevölkerungsanteil ablesen, der im industriellen Sektor tätig war. Vom Jahr 1972 ausgehend, ist hier die Reihenfolge naturgemäß umgekehrt: Sloweniens Anteil war mit über 45 Prozent der höchste – Kosovos mit 34 Prozent der niedrigste. Dieses Gefälle, weiter oben als Stadt-Land-Gefälle beschrieben, war eines der markantesten Merkmale der ungleichen Entwicklung in Jugoslawien, dessen Ursprung noch vor der Gründung des Sozialistischen Jugoslawiens lag.

Interessant an der Entwicklung Kosovos ist, dass es auch innerhalb der Provinz zu einer ungleichen Ausbildung kam. Denn während 80 Prozent der albanischen Bevölkerung im Kosovo im landwirtschaftlichen Sektor tätig waren, waren es bei der montenegrinischen und serbischen Bevölkerung im Kosovo 63 Prozent. Anders formuliert: Verglichen mit den Albaner*innen im Kosovo, waren doppelt so viele Serb*innen und Montenegriner*innen im öffentlichen Sektor im Kosovo angestellt, was unter anderem zur Bildung einer „politischen Elite“ führte, die sich nebst eines anderen und „moderneren“ Lebensstandards (Wohnung, Bildung, Urlaubsreisen usw.) auch durch „regional favouritism“ unterschied.[1029] Dazu kam, dass einige Maßnahmen der 1965er Reform im Kosovo zwar umgesetzt wurden, das Muster des „administrativen Sozialismus“ aber nach wie vor stark verhaftet war: „Obwohl die Provinz eher die symbolischen Bestandteile der Tito-Reform umsetzte, blieb die Kontrolle strikt in den Händen der Staats- und Parteifunktionäre, insbesondere bei denjenigen, die auch Verbindungen zu den Sicherheitsdiensten hatten.“[1030] Das Stadt-Land-Gefälle im Kosovo war unter anderem auch wegen dieser lokalen politischen Interessen beträchtlich: Der Lebensstandard in den

[1029] Ströhle, Of Social Inequalities in a Socialist Society, 117–119.
[1030] Cohen, The Socialist Pyramid, 353.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

besonders gebirgigen Regionen im Kosovo hatte sich auch durch das Wirtschaftswachstum Ende der 1950er und der 1960er nicht wesentlich geändert. Diese Dörfer waren isoliert, zumal eine entsprechende Infrastruktur fehlte und die ärztliche Versorgung wies ebenfalls scharfe Kontraste zwischen Stadt und Land auf. In Mitrovica lag das Verhältnis zwischen Bevölkerungsanzahl und verfügbaren Ärzten bei 1:770 – in beispielsweise Srbica lag diese Kennzahl bei 18.330.[1031] Ebenfalls erwähnt wurde die Arbeitslosigkeit, die, wie in Abbildung 1 deutlich wird, im Laufe der 1960er Jahre zu steigen begann: Kosovos Arbeitslosenrate war mit 28,08 Prozent im Jahr 1969 mit Abstand die höchste und die niedrigste wies Slowenien mit 3,32 Prozent aus, wobei insgesamt die Arbeitslosenzahlen in beinahe jeder Teilrepublik bzw. Provinz im Laufe der 1960er Jahre zu steigen begannen.[1032] Werden die Republiken, Provinzen und die Gebiete in die bereits bekannte Einteilung der weniger und weiter entwickelten Regionen zusammengefasst, ergibt sich folgende Arbeitslosenrate: Für Letztere betrug diese zwischen 1961–1965 88,4 Indexpunkte (verglichen mit dem jugoslawischen Durchschnitt) und sank in den darauffolgenden vier Jahren auf 80,4 Indexpunkte. In den weniger entwickelten Gebieten war es der umgekehrte Fall: In der ersten Hälfte der 1960er Jahre betrug der Wert 139,5 und kletterte zwischen 1966 und 1970 auf 159,8 Indexpunkte.[1033]

Ein weitere, und in obiger Tabelle nicht ausgewiesene Kennziffer ist das Sozialprodukt pro Einwohner*in, in welchem sich das regionale Gefälle innerhalb Jugoslawiens erneut widerspiegelt:

[1031] Ströhle, Of Social Inequalities in a Socialist Society, 121f. – Ähnliches galt auch für manche Regionen in den weiter entwickelten Gebieten. So war etwa die Gespanschaft Split ebenfalls von einer solchen Entwicklung geprägt, in welcher die Küstengebiete hoch-industrialisiert waren, das Hinterland aber nur zäh und mühsam, wenn überhaupt, modernisiert wurde. Dementsprechend hoch war hier die sogenannte Landflucht: Zwischen 1961 und 1971 verringerte sich die dortige Bevölkerung um elf Prozent, während in der gleichen Zeit die Bevölkerung der industrialisierten Gebiete um 52,5 Prozent wuchs. Siehe dazu: Vušković, Social Inequality in Yugoslavia, 28f. – Siehe dazu auch: Lydall, Yugoslavia in Crisis, 196–198.
[1032] Siehe dazu auch: Gligorov, Benefit and Costs, Table 4, 421.
[1033] Kaiser, The Equalization Dilemma in Yugoslavia, Table 6, 272.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 30: Sozialprodukt pro Einwohner (zu Preisen von 1972), 1956–1970

Republik/Provinz	**1956–1960**	**1961–1965**	**1966–1970**
Jugoslawien [a]	5.461	7.629	9.706
LDRs [b]	67,3	64,6	63,9
MDRs [c]	115,7	117,8	118,9
Bosnien-Herzegowina	75,1	71,5	69,3
Montenegro	67,0	73,8	75,5
Mazedonien	67,6	66,1	68,7
Kosovo	39,7	35,2	35,3
Kroatien	120,6	120,2	122,1
Slowenien	176,8	186,3	185,9
Serbien	95,1	96,8	96,8
Vojvodina	105,7	108,4	111,6
Variationskoeffizient [d]	42,2	45,0	44,6

Quelle: Robert Kaiser, The Equalization dilemma in Yugoslavia, Table 4, 269
[a] In Dinar pro Einwohner ausgedrückt, alle andere Werte sind indexiert als Prozent dieses Durchschnitts
[b] Weniger entwickelte Gebiete
[c] Weiter entwickelte Gebiete
[d] Der Variationskoeffizient ist in Prozenten angegeben: Ein höherer Koeffizient deutet auf eine Divergenz und ein niedrigerer Koeffizient auf eine Konvergenz hin

Das Sozialprodukt pro Einwohner*in deutet zunächst darauf hin, dass dieses in den weniger entwickelten Regionen im Laufe der Zeit abnahm. Von 67,3 Indexpunkten (verglichen mit dem jugoslawischen Durchschnitt) am Ende der 1950er Jahre auf 63,9 Indexpunkte am Ende der 1960er Jahre; während jenes der weiter entwickelten Regionen im gleichen Zeitraum wuchs (dies entspricht auch dem Verlauf des Variationskoeffizienten). Darüber hinaus stand die Höhe des Sozialprodukts in Slowenien jenem des Kosovos gegenüber. Im angeführten Untersuchungszeitraum wies Slowenien das höchste, und der Kosovo das niedrigste aus, wobei der Unterschied im Laufe der 1960er wuchs. Betrug dieser zwischen 1956 und 1960 137,1 Indexpunkte (die Slowenien im Vergleich zum Kosovo mehr aufwies) wuchs dieser zwischen 1966 und 1970 auf 150,6 Indexpunkte (Tabelle 30).

Im Hinblick auf die Untersuchung der Einkommensunterschiede weiter unten, bietet sich ein weiterer Blick auf die Entwicklung der Ungleichheit in Jugoslawien an. Der Konsum bzw. der Besitz von Konsumgütern, der unter anderem vom Einkommen abhängig ist und als Indikator von Wohlstand dienen kann.[1034] Weiter oben wurde darauf verwiesen, dass in

[1034] Siehe dazu etwa: Katharina Hörstermann, Konsumausgaben als Wohlstandsindikator – Was können sie uns über Armut und Ungleichheit berichten? Ein Vergleich einkommens- und konsumbasierter Armuts- und Ungleichheitsmaße mit Hilfe der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, in: Zeitschrift für Soziologie 35/3, Stuttgart 2016, 181–199. – Angemerkt sei an dieser Stelle, dass die Einkommenshöhe nicht unbedingt bzw.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Jugoslawien der 1960er Jahre insgesamt mehr Fernsehgeräte, Automobile, Radiogeräte usw. verkauft wurden, zumal auch jener Anteil, der für Nahrungsmittel aufgewendet werden musste, tendenziell kleiner wurde. Zusammen mit den oben erwähnten Einkommensunterschieden, etwa im Rahmen der Herausbildung von Eliten, führte der Zusammenhang zwischen Einkommen und Konsum aber nicht zu einer gleichmäßigen Entwicklung des Konsums.

> „Der Einkommensungleichheit entspricht einer Ungleichheit in den Konsumchancen einer Gesellschaft. Während die ärmeren Haushalte einen Großteil ihres Einkommens für die Befriedigung existenzieller Bedürfnisse aufwenden müssen (den Kauf von Nahrungsmitteln und Kleidung sowie für die Nutzung von Wohnraum), können sich reichere Haushalte über diese Grundbedürfnisse hinaus zwischen Befriedigung weiterer Bedürfnisse entscheiden, die nicht lebensnotwendig sind.“[1035]

Folgende Tabelle gibt einen Einblick auf eben diese Entwicklung in Jugoslawien:

Abbildung 2: Besitz von Konsumgütern nach Republiken und Provinzen, 1968

Gerät[b]	**Jug.**	**BiH**	**MNE**	**HR**	**MZD**	**SLO**	**SRB**	**Voj.**	**Kos.**
Ofen,	37,7	22,5	37,0	41,0	42,7	48,4	37,9	40,5	27,6
Warmwasseraufbereiter	15,8	6,5	5,3	18,5	19,3	36,6	13,7	6,5	11,5
Kühlschrank	25,2	7,6	18,5	30,8	27,3	41,3	26,4	22,0	13,0
Staubsauger	15,1	6,7	4,7	18,4	12,0	27,5	15,1	12,2	10,6
Radiogerät/Transistor	68,5	52,6	50,3	74,5	65,4	89,3	66,9	74,0	43,6
Abspielgerät	18,2	15,1	14,0	20,2	15,4	22,2	17,7	20,6	9,7
Fernsehgerät	28,2	14,2	12,3	31,5	34,2	40,0	27,4	30,7	22,2
Waschmaschine	10,9	3,4	1,4	14,4	8,2	35,7	5,9	5,9	20,[a]
Zimmermöbel, Set	80,2	43,1	44,6	104,1	57,5	117,8	67,1	110,5	34,2
Küchenmöbel, Set	57,6	51,2	46,2	68,6	36,8	77,0	48,3	71,1	27,9
Kamera	8,9	3,0	2,6	10,6	9,4	20,1	7,8	6,9	3,8
Motorrad, Moped	6,7	2,9	1,8	6,7	3,3	21,9	3,6	10,4	0,7
Automobil	7,9	2,6	4,5	9,5	8,2	18,5	7,1	5,0	3,9

Quelle: Patterson, Bought and Sold, Table 1.1, 40.

[a] Der Autor hat bei dieser Angabe keine Dezimalzahl angeführt, weshalb die Zahl möglicherweise unvollständig bzw. fehlerhaft ist.

[b] Geräte pro 100 Haushalte

Insgesamt ist auf Grundlage dieser Indikatoren festzustellen, dass das Ziel der „Gleichheit aller Werktätigen“ in Jugoslawien, einer Gesellschaft ohne soziale Ungleichheiten weder erreicht wurde, noch konnte das Entwicklungsgefälle verkleinert werden – ganz im Gegenteil. Die Einkommensunterschiede, die im empirischen Teil dieser Arbeit *en détail* behandelt und

ausschließlich den Lebensstandard definiert, sondern darüber hinaus noch weitere Faktoren determinieren: Effektivität der Ressourcenverwendung, die Art der Einkommensverwendung, Sozialleistungen sowie die in der Einleitung erwähnte „Chance auf soziale Teilhabe“. Siehe dazu: Ebda., 182.

[1035] Jan-Otmar Hesse, Wirtschaftsgeschichte. Entstehung und Wandel der modernen Wirtschaft, Frankfurt am Main 2013, 67.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

diskutiert werden, zeugen davon, dass es nicht nur in den Republiken und Provinzen zu beträchtlichen Unterschieden kam, es hatten sich zusätzlich dazu auch Eliten gebildet, an denen die sozio-ökonomischen Ungleichheiten sich am deutlichsten manifestierten.[1036] Diese neue Elite, die Djilas in den 1950er Jahren bereits als „neue Klasse" erkannte, bestand zu einem großen Teil aus öffentlichen Beamten, der „Intelligentsia"[1037], den „Bildungseliten" und technischen Beamt*innen, die sich damit als ein „sozialistisches Bürgertum" konstituierten, und sich „bewusst [ab]grenzte […] durch berufliche Stellung, Einkommen, Einstellungen und Lebensstilen […]".[1038] In einem 1964 erschienenem Dokument mit dem Titel „Über einige Probleme unserer Arbeiterklasse" („o nekim problemima naše radničke klase"), das als Grundlage für die Diskussionen des BdKJ über den Lebensstandard in Jugoslawien diente, erörterte der Autor seine Untersuchungen in Bezug auf den Lebensstandard der Arbeiter*innen und zitiert dabei einige Arbeiter*innen, mit denen er Interviews führte:

> „Wenn der Gürtel schon enger geschnallt werden muss, dann soll es auch so sein, aber warum müssen ihn nur die Arbeiter enger schnallen. Besser war das Leben bis zum Jahr 1950 als wir noch Bons erhielten, dann hatten wir wenigstens noch Fleisch, Kleidung und Schuhe wie die anderen Leute. Sie geben sich dem Luxus und der Mode Revue hin, aber wir haben nicht einmal das Notwendigste. Wenn der Arbeiter, der ehrlich arbeitet, sich einmal das Notwendigste besorgen kann, dann sollen sie auch die Mode Revue machen."[1039]

Weiters konstatierte der Autor dieses Dokument mahnend:

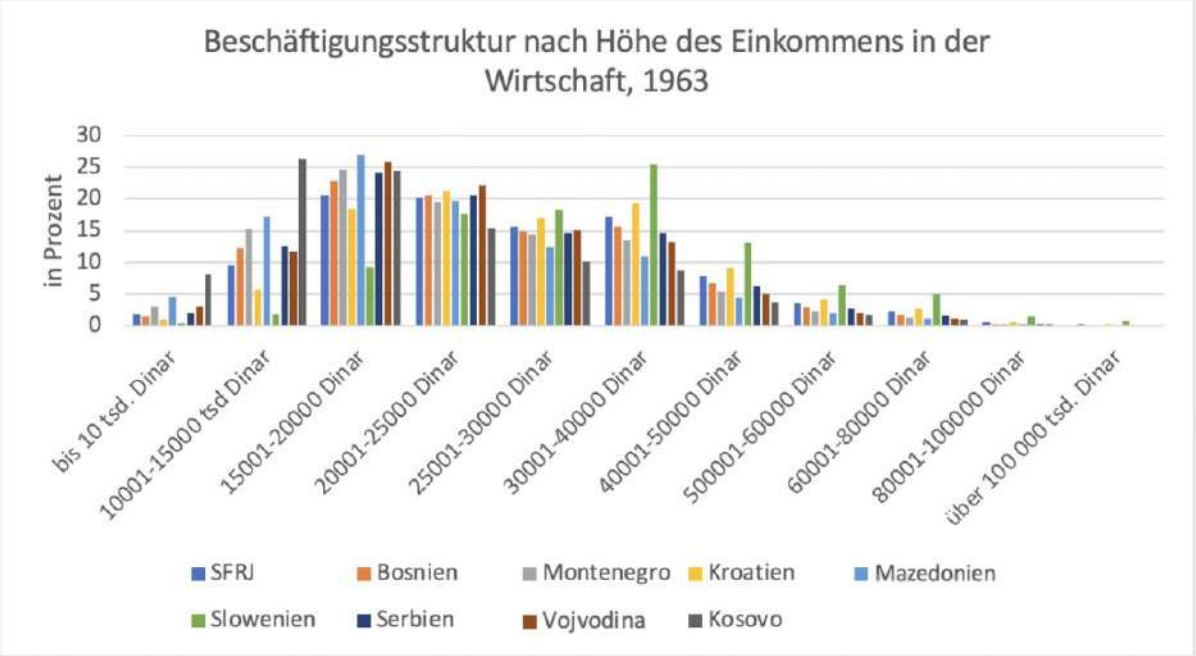
> „Wir wissen im Prinzip, dass wir von der Arbeiterklasse nicht so viel nehmen dürfen, sodass diese das Interesse daran verliert, das Gesellschaftsprodukt zu erhöhen, dass sie alleine zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität beiträgt. Jedoch wissen wir nicht konkret, wo dieses Maß ist und es sieht so aus, als hätten wir sie in der Praxis bereits überschritten. Nicht nur, dass wir über dieses Maß schreiten, bereits die Art wie es überschritten wird, ist eine schlechte."[1040]

[1036] Harold Lydall, Yugoslav Socialism. Theory and Practice, Oxford 1984, 269; – Allcock, Explaining Yugoslavia, 184; – Burg, Conflict and Cohesion in Socialist Yugoslavia, 42f.; – Cohen, The Socialist Pyramid, 395; – Shoup, Communism and the Yugoslav National Question, 242.
[1037] Siehe dazu: Cohen, The Socialist Pyramid, 335f.
[1038] Calic, Die 1960er Jahre in sozialhistorischer Perspektive, 75f.
[1039] Zitiert bei: Dobrivojević Tomić, Prilog proučavanju životnog standarda i društvenog položaja, 261. – Siehe dazu auch die an Tito verfassten Briefe von Arbeiter*innen bei Mihaljevi, Social Inequalities from Workers´ Perspektive, 25–51.
[1040] Zitiert bei: Dobrivojević Tomić, Prilog proučavanju životnog standarda i društvenog položaja, 263.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

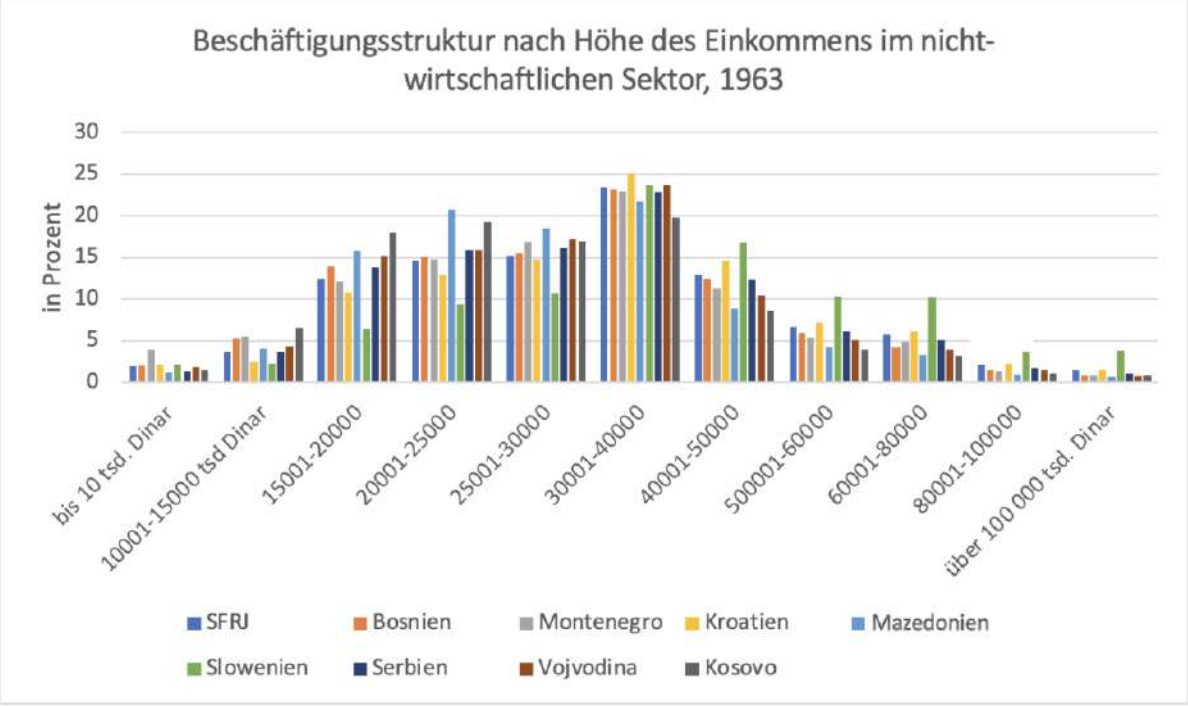
Wird nun auf die Anzahl der öffentlich Bediensteten geblickt, dann zeigt sich, dass sich diese in den 1960er Jahren auf über eine halbe Million belief, und, dem empirischen Teil vorweggenommen, wesentlich höhere Einkommen aufwies als etwa die Arbeiter*innen. Die folgenden beiden Diagramme zeigen folgende Umstände:

Diagramm 1: Beschäftigungsstruktur nach Höhe des Einkommens in der Wirtschaft, 1963



Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1964, Tabelle 123-2, 304.

Diagramm 2: Beschäftigungsstrukturen in nichtwirtschaftlichen Sektoren, 1963



Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1964, Tabelle 123-2, 304.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Ein Blick auf die beiden Diagramme jeweils für sich, deutet auf einen Aspekt hin, der im empirischen Teil der Dissertation eine gewichtige Rolle spielt. Unterschiedliche Einkommensstruktur aufgrund unterschiedlich hoher Einkommen in den jugoslawischen Republiken und Provinzen. Die beiden Diagramme zeigen Einkommensgruppen in Jugoslawien aus dem Jahr 1963, die nach der Höhe des Einkommens geordnet wurden, und zwar einmal für den wirtschaftlichen und einmal für den nichtwirtschaftlichen Bereich, wobei letzteres das Bildungs-, Kultur-, Versicherungs- und Finanzwesen umfasste. Wird die niedrigste Einkommensgruppe „bis 10 Tausend Dinar" im wirtschaftlichen Sektor betrachtet, war der Kosovo mit dem höchsten Anteil daran vertreten: 8,2 Prozent der arbeitenden Bevölkerung im Kosovo verdienten bis zu 10.000 Dinar im Monat. In Slowenien gab es, auf der anderen Seite, 0,4 Prozent der arbeitenden Bevölkerung, die sich dieser niedrigsten Einkommensgruppe zuordnen ließen. Diese Struktur lässt sich umgekehrt auch in der höchsten Einkommensgruppe („über 100.000 Dinar") finden. Hier hatten 0,8 Prozent aller Beschäftigten in Slowenien ein Einkommen über 100.000 Dinar innerhalb des wirtschaftlichen Sektors; im Kosovo war dieser mit 0,1 Prozent am geringsten – *ex aequo* mit der Vojvodina und Mazedonien (siehe Diagramm 1).

Der Vergleich mit dem zweiten Diagramm „Beschäftigungsstruktur nach Höhe des Einkommens im nichtwirtschaftlichen Sektor", verdeutlicht einen Unterschied, der die Herausbildung einer Elite in Jugoslawien unterstreicht. Zum einen lässt sich erkennen, dass sich ein relativ großer Anteil der Beschäftigten in höheren Einkommensgruppen verorten lässt. In fast allen Teilrepubliken sind es zwischen 20 und 25 Prozent der Bevölkerung, die zwischen 30.000 und 40.000 Dinar monatlich verdienten, wohingegen im wirtschaftlichen Bereich sich ein solch konzentrierter Anteil in den unteren Einkommensgruppen „15.000–20.000 Dinar" und „20.000–25.000 Dinar" fand. Vereinfacht formuliert zeigt das zweite Diagramm auf, dass ein größerer Anteil der Beschäftigten aus Kunst, Bildung, Finanzen, Versicherungen usw. auch verglichen zum wirtschaftlichen Sektor höhere Einkommen generierten. Zum anderen lässt sich an noch folgendem Umstand festmachen. In den höchsten vier Einkommensgruppen, von 50.000 bis über 100.000 Dinar, war Slowenien stärker repräsentiert, d.h., mehr Personen in Slowenien verdienten höhere Einkommen. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies beispielsweise, dass 3,8 Prozent der gesamten arbeitenden Bevölkerung im nichtwirtschaftlichen Bereich in Slowenien über 100.000 Dinar verdiente (zum Vergleich: Im wirtschaftlichen Bereich waren es gerade einmal 0.8 Prozent, die auf diese Gruppe entfielen), wohingegen es in Mazedonien nur 0,7 Prozent, in der Vojvodina 0,8 Prozent und im Kosovo 0,9 Prozent waren, die in der Einkommensgruppe mit den höchsten Einkommen arbeiteten.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

2.2.4.7. Die Entwicklung der persönlichen Einkommen in den 1960er Jahren

Die empirische Untersuchung der Ungleichheit resp. des Entwicklungsgefälles beschränkt sich in dieser Arbeit auf die Unterschiede der persönlichen Einkommen. Wie in der Einleitung bereits erwähnt, folgt diese Untersuchung drei Strängen: Wo und in welchem Sektor (bzw. Zweig/Sparte) wurden die höchsten pers. Einkommen in Jugoslawien erzielt? Wie groß waren die Einkommensunterschiede innerhalb eines Sektors, gemessen an den Republiken und den beiden autonomen Provinzen? Wie hoch waren die Einkommensunterschiede zwischen den Sektoren, innerhalb einer Republik bzw. einer autonomen Provinz?

Auch wurde hervorgehoben, dass Jugoslawien keine vollständige Nivellierung der Einkünfte anstrebte, sondern Einkommensunterschiede auch als Anreiz zur Effizienz- und Produktivitätssteigerung betrachtete. Der Grundsatz „Einkommen entsprechend geleisteter Arbeit" sah demgemäß verschieden hohe Einkommen grundsätzlich vor, wenngleich die Herausbildung einer elitären Schicht, vor allem bei den Intellektuellen und Beamt*innen, zunehmend kritisiert wurde. Dass es nun bei „gleicher Arbeit" bzw. bei gleicher Tätigkeit, d.h. innerhalb beispielsweise des industriellen Sektors zu unterschiedlich hohen Bezügen je nach Republik und Provinz kam, war – so zumindest die Erwartung der jugoslawischen Planer*innen – ebenfalls Ausdruck der unterschiedlichen Effizienz- und Produktivitätslevels in Jugoslawien, welche im Rahmen der jugoslawischen Regionalpolitik geebnet werden sollten. Dass Einkommenserhöhungen aber nicht mit Erhöhungen der Effizienz einhergingen, wurde weiter oben bereits erwähnt: „Es wurde erwartet, dass höheres Einkommen – von welchem auch die persönlichen Einkommen abhängen sollten – vor allem das Resultat höherer Effizienz und Rationalität bei der Herstellung sein wird."[1041] Berkovićs Berechnungen nach stieg die Rate der Arbeitsproduktivität zwischen 1954 und 1965 um 3,6 Prozent, die realen persönlichen Einkommen aber um 5,9 Prozent. Ähnlich verlief das Wachstum zwischen 1966 und 1970. Während Ersteres um 5 Prozent wuchs, stiegen die persönlichen Realeinkommen um 7,2 Prozent.[1042] Tatsächlich lassen sich noch weitere Ansätze zur Erklärung in der Forschungsliteratur festmachen: Saul Estrin, Robert E. Moore und Jan Svejnar verweisen auf die zwei „Schulen", die sich als Erklärung für die "interindustriellen" Einkommensunterschiede herausbildeten. Als „Kapital-Schule" wurde gemeinhin jener Erklärungsansatz bezeichnet, der die Ursache der Einkommensunterschiede in der ungeeigneten Kapitalallokation und -bepreisung verortete. Demnach basierte die Festsetzung der Einkommen auf „individuellen

[1041] Berković, Socijalna nejednakosti u Jugoslaviji, 35.
[1042] Ebda.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Parametern“ der Arbeiter*innen, weshalb die Knappheit des Kapitals, d.h. der Preis, nicht den realen Umständen entsprach.[1043] So ließ Sergej Kraigher auf der 21. Sitzung des slowenischen ZKs folgendes verlautbaren: „Es ist notwendig zu präzisieren, dass die Verteilung des Einkommens, welche durch die Preise auf dem Markt festgesetzt wird, sich nicht bzw. nur teilweise über die Arbeit vollzieht, sondern im Wesentlichen durch die eingesetzten Mittel, das ist das ‚Kapital‘. Dies bedeutet weiters, dass Unterschiede in der organischen Zusammensetzung des Kapitals auch die Masse der Einkommen erheblich beeinflussen.“[1044]

Die zweite Schule sieht den Ursprung der Einkommensunterschiede in der Unvollkommenheit des Marktes. Höhere Einkommen in beispielsweise einer anderen Region würden, bei vollkommener Transparenz, zu einer Mobilität führen; Arbeitnehmer*innen würden dort arbeiten, wo die Einkommen am höchsten sind. Dieses vermehrte Angebot würde folglich zu einem neuen Gleichgewicht und damit zu einer Verringerung der Einkommen führen, womit sich die Einkommen letztlich auch angleichen würden.[1045] Dieser Mechanismus kam in den jugoslawischen selbstverwalteten Unternehmen aber nicht zur Anwendung. Wie schon diskutiert, tendierten die Arbeiterräte in einer solchen Situation zu einem Aufnahmestopp neuer Mitarbeiter*innen, um die Einkommenshöhe zu gewährleisten.[1046]

Zu den Mitteln der Unternehmen und der Arbeitsproduktivität und -mobilität zählt Berković auch noch den Stand der Technik sowie schließlich auch den Markt, vor allem die Preisparität, als Grund für unterschiedlich hohe Einkommen (bei „gleicher“ Arbeit) hinzu. Vor allem letzteres hätte eine vollständige Konkurrenz erfordert, damit die eingesetzte Arbeitskraft auch den persönlichen Einkommen hätte entsprechen können.[1047] Auch der Ökonom Marijan Korošić hob die Bedeutung des technologischen Fortschritts innerhalb der regionalen Politik hervor, dessen dynamische Wirkungen auf die Wirtschaft einen „einenden“ Prozess auslösen würde, sofern es diesen Fortschritt gäbe. Zwei weitere „Quellen der Ungleichheit“ zählte Korošić noch auf: Erstens die „ungleich erfolgreiche“ Verwaltung der gesellschaftlichen Produktionsmittel und Arbeit sowie, zweitens, ein Zusammenspiel der beiden erstgenannten Quellen, nämlich die Warenproduktion selbst: „Ungleichheiten ergeben sich dann, wenn es

[1043] Wachtel, Workers´Self Management, 3f.; – Saul Estrin, Robert E. Moore, Jan Svejnar, Market Imperfections, Labor Management, and Earnings Differentials in a Developing Country: Theory and Evidence from Yugoslavia, in: The Quarterly Journal of Economics 103/3, Oxford 1988, 465–478, hier 466.
[1044] Zitiert bei: Berković, Socijalna nejednakosti u Jugoslaviji, 36.
[1045] Olivier Blanchard, Gerhard Illing, Makroökonomie, München [5]2009,191f. – Dass aber eben diese Mechanismen nicht in selbstverwalteten Unternehmen anwendbar sind, wurde an mehreren Stellen dieser Arbeit erwähnt („illyrian firm“). Siehe dazu auch: Estrin, Moore, Svejnar, Market Imperfections, 467.
[1046] Estrin, Moore, Svejnar, Market Imperfections, 467. – Die Berechnungen von Estrin, Moore, Svejnar deuten darauf hin, dass beide Erklärungen eine Rolle spielten, die „Marktunvollkommenheit“, der Ansatz der zweiten Schule aber ein gewichtigerer Faktor war, Estrin, Moore, Svejnar, Market Imperfections, Table 1, 47.
[1047] Ebda., 5.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

keine adäquate gesellschaftliche Organisation der Warenproduktion gibt. Darunter zu verstehen ist die gleiche Vergabe von Chancen und einen gleichen Zugang zu natürlichen und technischen Quellen der Produktion sowie die Führung einer solchen Wirtschaftspolitik, die Angebot und Nachfrage begradigt.“[1048]

Werden nun die bereits erwähnten Einflüsse auf das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien mitbedacht – im Konkreten etwa die verschiedenen Ausgangslagen nach dem Zweiten Weltkrieg, die Auswirkungen der Außenpolitik, die oftmals politische Vergabe der Investitionsmittel, der Zollpolitik usw. – werden die unterschiedlichen Arbeits- und Produktionsbedingungen sowie Kapitalausstattungen in Jugoslawien deutlich und damit die Ursachen der Einkommensunterschiede. Einen ersten Einblick in die Auswirkungen gibt Tabelle 31, die auf Basis des jugoslawischen Durchschnitts die Einkommensunterschiede in den verschiedenen Bereichen innerhalb sowie außerhalb der Wirtschaft darstellt:

[1048] Korošić, Ekonomska nejednakosti u jugoslavenskoj privredi, 10f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 31: Persönliche Einkommen, jug. Durchschnitt 1964–1970

pers. netto-Einkommen	**1964[a]**	**1965**	**1966[b]**	**1967**	**1968**	**1969**	**1970**
Wirtschaft							
Industrie und Bergbau	36,2	50,1	686	755	830	959	1.120
Landwirtschaft und Fischerei	27,7	**39,0**	587	684	**715**	822	**962**
Forstwirtschaft	28,1	40,6	**569**	**646**	725	**814**	1.089
Baugewerbe	32,8	44,1	632	745	822	926	1.127
Verkehr und Verkehrsnetze	40,2	55,6	761	836	934	1.068	1.277
Handel und Gastronomie	37,5	51,8	724	821	904	1.054	1.250
Handwerk	33,5	45	624	725	796	910	1.077
Wohnungs- und Kommunaldienstleistungen	–	44,8	636	774	864	973	1.142
Nichtwirtschaftlich							
Kultur- und Sozialbereich	–	58,9	769	896	976	1.109	1.324
Kultur- und Sozialbereich: Schule	43,3	58,6	751	885	951	1.094	1.297
Kultur- und Sozialbereich: Wissenschaft	52,6	67,3	922	1.082	1.226	1.417	1.681
Kultur- und Sozialbereich: Kultur und Bildung	39,1	53,1	700	848	968	1.116	1.333
Kultur- und Sozialbereich: Kunst und Unterhaltung	**25,6**	63,7	869	1.061	1.183	1.320	1.557
Kultur und Sozialbereich: Gesundheitliche Tätigkeiten	42,4	59,6	781	888	964	1.076	1.305
Kultur und Sozialbereich Soziale Fürsorge	35,2	47,6	631	753	867	985	1.170
Gesellschaftliche und staatliche Dienste und Organe (GuSO)		60,7	835	995	1.087	1.250	1.473
GuSO: Gesellschaftliche Organisation	–	–	949	1.143	1.246	1.393	1.633
GuSO: Industrielle Kammer	**60,1**	**76,3**	**1045**	**1283**	**1410**	**1.662**	**1.962**
GuSO: Finanz und Versicherung	48,6	66,8	945	1.142	1.156	1.421	1.668
GuSO: Sozialversicherung	46,2	65,2	861	992	1.085	1.228	1.508
GuSO: Rechtsorgane	43,8	57,0	764	923	1.034	1.157	1.357
MIN Einkommen in % vom MAX Einkommen	**42,60**	**51,11**	**54,45**	**50,35**	**50,71**	**48,98**	**49,03**

[a] Zwischen 1963 und 1965 in Tsd. Dinar

[b] Ab 1966 in neuen Dinar

Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1964–1971; eigene Berechnung.

Daraus wird ersichtlich, dass die tendenziell höheren Einkommen im nichtwirtschaftlichen Bereich erzielt wurden, d.h. außerhalb des primären und sekundären Sektors sowie des Handels und Gastronomie und des Baugewerbes (bis auf eine Ausnahme im Jahr 1964, in welcher die Einkommen in der Kunst und Unterhaltung am niedrigsten waren). Erkennbar ist auch, dass die höchsten Einkommen vor allem in den sogenannten „gesellschaftlichen und staatlichen Organen und Diensten“ aufkamen, die unter anderem die Tätigkeiten innerhalb der

10.15772/ANDRASSY.2023.006

industriellen/wirtschaftlichen Kammern, der Finanzen und Versicherungen, der Sozialversicherung sowie Rechtsorgane umfassten. Innerhalb dieses Bereiches waren es die wirtschaftlichen Kammern, in denen die höchsten Einkommen in diesen Jahren erzielt wurden. Im „Kultur- und Sozialbereich" wurden, verglichen mit den wirtschaftlichen Sektoren, ebenfalls höhere Einkommen verdient, wobei hier insbesondere der Wissenschaftsbereich an der Spitze stand.

Werden diese höchsten mit den niedrigsten Einkommen verglichen, ergibt sich folgender Verlauf: In der Mitte des Jahrzehnts, im Jahr 1964, betrug das Einkommen aus der Landwirtschaft etwa 42 Prozent der Einkommen aus der Tätigkeit in den Kammern. Im Laufe der nächsten beiden Jahre, wurde dieser Prozentsatz größer, was demnach bedeutete, dass der Unterschied zwischen den höchsten und niedrigsten Einkommen verringert wurde. Im Jahr 1966 entsprach das Einkommen aus der Landwirtschaft und Fischerei (Minimum) etwa 54 Prozent des Einkommens aus den Kammern (Maximum). Daraufhin wurden die Unterschiede allerdings wieder größer und reichten von 48,98 Prozent (1969) bis 50,71 Prozent (1967). Insgesamt kann auch beobachtet werden, dass die Ergebnisse dieser Perspektive mit der oben besprochenen Elitenbildung in Jugoslawien konsistent sind, in welcher vor allem die Einkommen der Beamt*innen deutlich höher ausfielen als jene der Arbeiter*innen, Kassierer*innen, Landwirt*innen usw.

In einem nächsten Schritt wurde im Rahmen der Analyse dieses Datenkorpus um zwei Kategorien erweitert und sich damit dem zweiten Untersuchungsstrang angenähert. Zum einen wurden die durchschnittlichen Einkommenswerte aus allen Republiken und Provinzen hinzugezogen. Diese, zum anderen, beziehen sich nicht mehr auf die übergeordnete Kategorie der Sektoren (wie etwa Industrie, Landwirtschaft, Handel usw.), sondern auf die spezifischeren Sparten und Zweige innerhalb aller Sektoren (zum Beispiel die Papiererzeugung innerhalb des industriellen Sektors), die je nach Angabe und Verfügbarkeit der Daten in der Quelle zwischen 58 und 87 Sparten bzw. Zweige umfassten.[1049] Auf der Grundlage dieser detaillierteren Daten

[1049] Innerhalb der Industrie die folgenden Bereiche untersucht: Elektroenergie, Kohle und Koks, Erdöl, Schwarzmetallurgie, Farb-Metallurgie, Nichtmetalle, Metalle, Schiffsbau, Elektroerzeugung, Chemieproduktion, Baumaterialerzeugung, Holz-, Papier-, Textil-, Leder-, Gummi-, Nahrungsmittelerzeugung, Grafik-, Tabak- und Filmindustrie sowie Minenarbeit. Der Agrarsektor umfasste die Fischerei und die Forstwirtschaft. Innerhalb des Baugewerbes wurden die Planung bzw. Entwurf (die Architektur), der Bau und die Montage untersucht. Verkehr und Verkehrsdienstleistungen umfasste die Eisenbahn, den maritimen Verkehr sowie den Verkehr auf den Flüssen, den städtischen und den Luft-, Fracht- und Straßenverkehr. Im Handel wurden Einzel- und Groß- und der Außenhandel berücksichtigt sowie Handelsdienstleistungen, Wirtschaftsverbände und die Gastwirtschaft und Tourismus. Handwerk und die Tätigkeiten innerhalb des Bereiches des kommunalen Wohnens wurden ebenfalls analysiert. Die restlichen Sektoren bzw. Zweige wurden wie folgt von der Quelle kategorisiert und übernommen: Schule, Wissenschaft, Kultur und Bildung, Kunst und Unterhaltung, Tätigkeiten im Gesundheits- und sozialen Sektor, Wirtschaftskammern, Finanz und Versicherung, Sozialversicherung sowie gesellschaftliche und staatliche Organe und Dienstleistungen.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

wird im Folgenden nun veranschaulicht, in welchen Zweigen bzw. Sparten die höchsten Einkommen und wo die niedrigsten im Jugoslawien der 1960er Jahre erzielt wurden und, in welchen Republiken bzw. Provinzen dies geschah (siehe Tabelle 92).

Es zeigte sich, dass die höchsten durchschnittlichen persönlichen Einkommen zwischen 1963 und 1970 ausschließlich im slowenischen Baugewerbe, konkreter in der Sparte „Entwurf bzw. Planung" (Architektur) innerhalb des Baugewerbes verzeichnet wurden. Werden zum Vergleich die niedrigsten Einkommen in dieser Sparte herangezogen, die vier Mal im Kosovo und vier Mal in Mazedonien erreicht wurden, zeigt sich folgendes Bild: Am höchsten war die Kluft zwischen den niedrigsten und höchsten Einkommen im Jahr 1964; hier erreichten die planerischen Tätigkeiten im kosovarischen Baugewerbe lediglich 43,95 Prozent dessen, was bei der gleichen bzw. ähnlichen beruflichen Ausübung in Slowenien erzielt wurde. Danach wurde dieses Gefälle kleiner mit dem Jahr 1968 als jenem Zeitpunkt, in welchem einerseits die Einkommensunterschiede in diesen beiden Gebieten am kleinsten waren, wenngleich mit 58,32 Prozent noch beträchtlich. Andererseits ist dieses Jahr der Zeitpunkt, ab welchen die Unterschiede wieder höher werden (siehe Tabelle 32).

Tabelle 32: Höchste und niedrigste pers. durchschnitt. Einkommen nach Sparten und Zweige, 1963–1970: Höchstes

Baugewerbe: Entwurf und Planung	**1963**[a]	**1964**	**1965**	**1966**[b]	**1967**	**1968**	**1969**	**1970**
MAX (Slowenien)	75,7	100,8	122,3	1497	1716	1970	2321	2878
MIN (Kosovo und Mazedonien)	39,2	44,3	56,2	786	970	1149	1265	1454
Differenz absolut	36,5	56,5	66,1	711	746	821	1056	1424
MIN in % vom MAX Einkommen	**51,78**	**43,95**	**45,95**	**52,51**	**56,53**	**58,32**	**54,50**	**50,52**

[a] Zwischen 1963 und 1965 in Tsd. Dinar
[b] Ab 1966 in neuen Dinar
Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, Jahre 1964–1971; eigene Berechnung.

Der Blick auf das niedrigste Einkommen auf Basis aller Zweige[1050] (Tabelle 33) lässt sich nicht auf eine bestimmte begrenzen: Im Allgemeinen lässt sich aber feststellen, dass diese tendenziell im industriellen Sektor zu verorten waren (Papier- und Holzerzeugung, Kohle- und Koksherstellung, Minenarbeit) sowie im maritimen Verkehr und in einer „Restkategorie

[1050] Für die gesamten Ergebnisse dieser Untersuchung siehe statistischen Anhang, Tabelle 92, online unter: https://docs.google.com/spreadsheets/d/e/2PACX-1vRdwQCUOUJyYLdANzg_sVBYIsTXqhB_LWCEDPhxxZzEkinoFAg6VFgzbRyiCtuvhQTZvI2v4x5LJBtm/pubhtml.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Industrie“, welche die in der Quelle nicht explizit genannten Zweige zusammenfasste. Die entsprechenden Gebiete sind der Kosovo, Mazedonien und Montenegro; ausschließlich weniger entwickelte Gebiete. Was Tabelle 33 ebenfalls zu entnehmen ist, ist der Vergleich zwischen den Republiken, innerhalb desselben Zweiges. Im Jahr 1965 hatte beispielsweise die mazedonische Kohle- und Kokserzeugung mit 21 Tausend Dinar pro Monat das niedrigste Einkommen in ganz Jugoslawien. In Slowenien wurde, nun am anderen Ende der Skala, in derselben Sparte ein monatliches Einkommen von 81,3 Tausend Dinar im Monat erzielt. Tätigkeiten in der mazedonischen Kohle- und Koksindustrie brachten etwa nur 25,83 Prozent dessen als Einkommen ein, was im slowenischen Pendant erzielt werden konnte. Allgemein lässt sich auch feststellen, dass die Einkommensunterschiede in den Sparten mit den niedrigsten Einkommen (Tabelle 33) in den 1960er Jahre größer waren, als die Unterschiede in den Sparten mit den höchsten. Begonnen mit einem Unterschied von 36,3 Prozent im Jahr 1963, über einen Höhepunkt von 56,38 Prozent im Jahr 1967 bis hin zu einer rückläufigen Tendenz am Ende des Jahrzehnts, in welcher das persönliche Einkommen in der mazedonischen „restl. Industrie“ lediglich 42,57 Prozent des kroatischen Pendants entsprach.[1051]

Tabelle 33: Höchste und pers. durchschnitt. Einkommen nach Sparten und Zweige, 1963–1970: Niedrigstes

Jahr	Sparte/Zweig niedrig. Einkommen	Rep./Provinz niedrig. Einkommen	Höhe Einkommen MIN	Höhe Einkommen MAX	Rep./Provinz höchstes Einkommen	MIN in % vom MAX Einkommen
1963 [a]	Papiererzeugungs-Firmen	Kosovo	13,6	37,4	Slowenien	**36,36**
1964	Kohle- und Kokserzeugung	Mazedonien	17,3	57,8	Slowenien	**29,93**
1965	Kohle- und Kokserzeugung	Mazedonien	21	81,3	Slowenien	**25,83**
1966 [b]	Minenarbeit	Kosovo	368	945	Vojvodina	**38,94**
1967	Holzindustrie	Kosovo	420	745	Slowenien	**56,38**
1968	Papiererzeugungs-Industrie	Kosovo	456	1.042	Slowenien	**43,76**
1969	„restl. nicht genannte Industrie“	Mazedonien	513	1.135	Kroatien	**45,20**
1970	„restl. nicht genannte Industrie“	Mazedonien	630	1.422	Kroatien	**42,57**

[a] Zwischen 1963 und 1965 in Tsd. Dinar
[b] Ab 1966 in neuen Dinar
Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1964–1971; eigene Berechnung.

[1051] Die größten Einkommensunterschiede in der Sparte mit den höchsten Einkommen (Baugewerbe) liegen bei 43,95 Prozent. Für die Sparte mit den niedrigsten Einkommen lag der Wert bei 25,83 Prozent.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Der zweite Zugang zu den Einkommensunterschieden in Jugoslawien erfolgte durch die Nahansicht innerhalb eines Sektors: Wie hoch waren die persönlichen Einkommen beispielsweise im Handel bzw. in welcher Republik/Provinz wurden innerhalb des Handels die höchsten und wo die niedrigsten ausbezahlt? Gleichzeitig lässt sich für die gegebenen Jahre auch veranschaulichen, wie sich die Einkommensunterschiede entwickelten; ob die Kluft zwischen höchsten und niedrigsten Einkünften sich verringerte oder vergrößerte. Da im Rahmen der Dissertation auch in diesem Fall nicht die gesamte Analyse besprochen werden kann, sollen die Einkommensunterschiede nach Republiken/Provinzen innerhalb eines Sektors anhand der folgenden Beispiele exemplarisch dargestellt werden.[1052]

Tabelle 34: Pers. durchschnitt. Einkommen im Handel und Gastronomie in den Republiken und Provinzen, 1963–1970

Handel und Gastronomie									
Jahr	**BiH**	**MNE**	**HRV**	**MZD**	**SLO**	**SRB**	**Vojv.**	**Kos.**	**MIN in % vom MAX**
1963[a]	25,9	25,3	30,2	25,1	**36,2**	28,1	26,0	**21,1**	**58,29**
1964	33,5	31,2	38,9	33,4	**48,7**	36,2	33,3	**27,2**	**55,85**
1965	46,4	43,1	54,2	43,1	**64,4**	50,8	47,8	**38,8**	**60,25**
1966[b]	649	579	750	630	**877**	721	688	**541**	**61,69**
1967	717	669	845	740	**985**	828	761	**628**	**63,76**
1968	786	716	926	791	**1058**	904	827	**682**	**64,46**
1969	919	853	1.085	916	**1.216**	1.062	960	**784**	**64,47**
1970	1.131	978	1.285	1.080	**1.474**	1.216	1.171	**915**	**62,08**

[a] Zwischen 1963 und 1965 in Tsd. Dinar
[b] Ab 1966 in neuen Dinar
Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1964–1971; eigene Berechnung.

Auf den ersten Blick lässt sich erkennen, dass die höchsten persönlichen Einkommen im Handel und der Gastronomie in den 1960er Jahren ausschließlich in Slowenien und die niedrigsten im Kosovo erzielt wurden; dieser Umstand lässt sich als Charakteristikum für jeden Sektor in den 1960er Jahren feststellen (siehe Tabellen 84 und 85). Sowohl in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, im Handel, im Handwerkswesen, im Verkehr, im Gesundheits- und sozialen Sektor sowie im Bereich der „gesellschaftlichen und staatlichen

[1052] Für die gesamte Analyse siehe statistischen Anhang, Tabelle 84, online unter: https://docs.google.com/spreadsheets/d/e/2PACX-1vRdwQCUOUJyYLdANzg_sVBYIsTXqhB_LWCEDPhxxZzEkinoFAg6VFgzbRyiCtuvhQTZvI2v4x5LJBtm/pubhtml.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Dienste und Organe“ wurden die höchsten Einkünfte in Slowenien ausbezahlt.[1053] Die Höhe der Einkommen innerhalb der Sektoren und in den einzelnen Republiken/Provinzen entsprach im Allgemeinen dem regionalen Gefälle. Werden diese der Höhe nach den ausbezahlten persönlichen Einkommen entsprechend geordnet, ergibt sich daraus eben jenes Entwicklungsgefälle. Bis auf eine Ausnahme, wurden die zweit-, dritt und vierthöchsten Einkommen in den weiter entwickelten Gebieten gefunden: In Kroatien (tendenziell nach Slowenien kommend), Serbien und der Vojvodina. Die oben erwähnte Ausnahme bezieht sich auf den industriellen Sektor: Hier wurden die dritthöchsten Einkommen zwischen 1963–1970 ausschließlich in Bosnien-Herzegowina ausbezahlt.

Werden die niedrigsten Einkommen in ein Verhältnis zu den höchsten Einkommen gesetzt (siehe letzte Spalte Tabelle 34), zeigt sich die Dimension der Unterschiede: Für Tätigkeiten im kosovarischen Handel und der Gastronomie im Jahr 1964 etwa, wurde durchschnittlich nur 55,85 Prozent dessen erhalten, was im slowenischen Handel und der Gastronomie (im selben Jahr) an Einkommen durchschnittlich ausbezahlt wurde. Im Laufe der 1960er Jahre nahm diese Kluft ab, wie bei allen anderen Sektoren auch, und war mit 64,47 Prozent im Jahr 1969 am niedrigsten, begann danach allerdings wieder zu steigen.

Tabelle 35: Pers. durchschnitt. durchschnittl. Einkommen im Gesundheitssektor in den Republiken/Provinzen, 1964–1970

Gesundheitssektor									
Jahr	**BiH**	**MNE**	**HRV**	**MZD**	**SLO**	**SRB**	**Voj.**	**Kos.**	**MIN in % vom MAX**
1964[a]	**38,4**	39,4	42,3	39,4	**56,3**	39,1	41	39,6	**68,21**
1965	54,4	**54,3**	59,3	56,1	**75,7**	56	60,2	54,5	**71,73**
1966[b]	708	742	748	720	**966**	761	826	769	**73,29**
1967	821	820	866	814	**1.018**	876	948	889	**79,96**
1968	**866**	906	944	895	**1.091**	965	976	928	**79,38**
1969	**982**	1.055	1.053	1.017	**1.206**	1.088	1.062	1.012	**81,43**
1970	1.212	**1.161**	1.314	1.198	**1.489**	1.301	1.259	1.177	**77,97**

[a] Zwischen 1963 und 1965 in Tsd. Dinar
[B] Ab 1966 in neuen Dinar
Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1964–1971; eigene Berechnung.

[1053] Anzumerken ist an dieser Stelle, dass dies für die Durchschnittsdaten auf Basis der gesamten Sektoren gilt. Werden alle Sparten einzeln betrachtet, werden die höchsten Einkünfte zwar tendenziell ebenfalls in Slowenien erzielt, aber nicht ausschließlich. Siehe dazu Tabelle 92 im statistischen Anhang, online unter: https://docs.google.com/spreadsheets/d/e/2PACX-1vRdwQCUOUJyYLdANzg_sVBYIsTXqhB_LWCEDPhxxZzEkinoFAg6VFgzbRyiCtuvhQTZvI2v4x5LJBtm/pubhtml.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Wesentlich geringer waren die Einkommensunterschiede im Gesundheitssektor. Zwar gab es auch hier Differenzen zwischen Slowenien mit den höchsten Einkommen auf der einen Seite und Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Mazedonien mit den niedrigsten Einkommen auf der anderen Seite, allerdings und verglichen mit den Einkommensunterschieden im Handel, waren diese im gesundheitlichen Sektor niedrigerer. Im Jahr 1964 erhielten slowenische Angestellte im Gesundheitswesen 56,3 Tausend Dinar im Monat – in Bosnien-Herzegowina erhielt man hierfür 38,4 Tausend Dinar, was 68,21 Prozent des Einkommens in Slowenien entsprach. In den Jahren darauf wurden diese Differenzen geringer, was bedeutete, dass sich die Einkommen etwas anglichen und den Höhepunkt im Jahr 1969 erreichten (erneut zwischen Slowenien und Bosnien-Herzegowina), in welchem die Einkommen aus Tätigkeiten im bosnischen Gesundheitssektor 81,43 Prozent jenem in Slowenien entsprachen.

Aus Tabelle 36, in welcher sämtliche prozentuellen Einkommensunterschiede (niedrigste Einkommen in Prozent der höchsten) ab 1963 und für insgesamt neun Bereiche angeführt sind, lassen sich zwei Aussagen ableiten: Erstens, sank der Unterschied zwischen den höchsten und den niedrigsten Einkommen im Laufe der 1960er Jahre in allen Kategorien, begann aber gegen Ende des Jahrzehnts wieder zu steigen (bis auf den Finanzsektor). Zweitens wird daraus auch ersichtlich, dass die Einkommensunterschiede in der Landwirtschaft (2), dem Baugewerbe (3), dem Handwerk (4) sowie im Handel und der Gastronomie (6) tendenziell höher waren als die Unterschiede in der Industrie (1), dem Verkehrswesen (5) und in den nichtwirtschaftlichen Bereichen: Finanz und Ähnliches (7), Kultur und Soziales (8) sowie im Bereich der sogenannten gesellschaftlichen und staatlichen Organe und Dienste (9). Die geringste Kluft zwischen den Einkommen auf Basis der Republiken/Provinzen entstand im Finanzsektor („und Ähnliches“): Hier wurde beispielsweise im Jahr 1968 im Kosovo ein Einkommen von 1.049 Dinar pro Monat erzielt, was etwa 85 Prozent des höchsten Einkommens in Slowenien entsprach.[1054]

[1054] Für die restlichen Jahre siehe statistischen Anhang, Tabelle 84, online unter: https://docs.google.com/spreadsheets/d/e/2PACX-1vRdwQCUOUJyYLdANzg_sVBYIsTXqhB_LWCEDPhxxZzEkinoFAg6VFgzbRyiCtuvhQTZvI2v4x5LJBtm/pubhtml.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 36: Einkommensunterschiede in % des MAX Einkommens, ausgewählte Sektoren, 1963–1970

Jahr	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1963	64,47	51,80	54,43	58,59	68,25	58,29	83,29	–	–
1964	65,94	49,76	51,25	57,67	71,01	55,85	79,13	–	67,01
1965	67,92	55,20	54,63	60,25	74,84	60,25	80,13	65,78	71,07
1966	72,92	61,61	58,34	63,51	75,06	61,69	78,54	70,68	74,13
1967	74,54	63,57	62,54	67,02	73,83	63,76	82,95	75,41	73,21
1968	75,36	69,30	65,47	65,59	78,72	64,46	85,08	75,02	76,50
1969	74,91	67,85	67,42	64,97	76,59	64,47	84,74	71,87	74,38
1970	73,60	61,96	62,29	62,87	73,01	62,08	86,05	67,49	75,82

(1) Industrie und Bergbau
(2) Landwirtschaft
(3) Baugewerbe
(4) Handwerk
(5) Verkehr und Verkehrsnetze
(6) Handel und Gastronomie
(7) Finanz und Ähnliches (Versicherung, Kreditwesen usw.)
(8) Kultur und Soziales
(9) Gesellschaftliche und staatliche Organe und Dienste
Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1964–1971; eigene Berechnung.

Der dritte Strang der Untersuchung von Einkommensunterschieden in Jugoslawien folgt nachstehender Überlegung: Da sich die persönlichen Einkommen nicht nur dadurch differenzierten, in welchem Teil des Landes gearbeitet wurde, sondern auch, in welchem Sektor, wurden in der nachstehenden Analyse die einzelnen Republiken/Provinzen näher betrachtet. Daraus lässt sich erkennen, wie groß die Einkommensunterschiede innerhalb einer geografischen Entität war, die sich durch die Art der Tätigkeit konstituierte. Bei diesem Strang geht es weniger um das gesamtjugoslawische Entwicklungsgefälle, sondern um jenes innerhalb der einzelnen Republiken/Provinzen sowie darum, zu veranschaulichen, in welcher Spannweite sich die durchschnittlichen Einkommen in einer Republik/Provinz bewegten, in welchen Bereichen die Arbeiter*innen am wenigsten und in welchen am meisten verdienten sowie sich schließlich daran auch die Auswirkungen der oben erwähnten Arbeitsteilung und Spezialisierung jugoslawischer Gebiete zeigt. Nicht zuletzt zeigt diese Perspektive auch, wie sich die Einkommensunterschiede in den 1960er Jahren entwickelten, und wie hoch diese beispielsweise in Bosnien-Herzegowina im Vergleich zu Kroatien waren.

Allen Republiken und Provinzen gemeinsam sind jene Tätigkeitsbereiche, in welchen sich in den 1960er Jahren die höchsten und die niedrigsten persönlichen Einkommen fanden. Letztere tendenziell in der Landwirtschaft und Fischerei sowie der Forstwirtschaft, vereinzelt auch im Baugewerbe und Handwerk. Die höchsten Einkommen wiederum wurden (wie bereits der erste Strang weiter oben auch andeutete) im nicht-wirtschaftlichen Bereich gefunden, bei

10.15772/ANDRASSY.2023.006

den sogenannten gesellschaftlichen und staatlichen Organen und Diensten und hier vor allem in den Wirtschaftskammern und dem Finanzwesen. Der agrarwirtschaftliche Sektor Jugoslawiens wurde von mehreren Problemen begleitet. Diese reichten von den Kollektivierungsversuchen, der Parzellierung bzw. Kleinteiligkeit über die Trennung in einen gesellschaftlichen und einen privaten Sektor innerhalb der Landwirtschaft bis hin zu mangelnder technischer Ausstattung sowie ineffektiver und fehlender Vernetzung zwischen Landwirten einerseits und den Abnehmern andererseits. Schließlich spielte auch die staatliche Preispolitik innerhalb der Agrarwirtschaft eine Rolle, indem deren Produkte künstlich niedrig gehalten wurden, um die höherwertig verarbeitenden Industrieprodukte stützen zu können. Was sich den Untersuchungsergebnissen demnach zeigt, ist, dass es sowohl gesamtjugoslawisch als auch innerhalb jeder Republik und Provinz ein Gefälle gab, in welchen vor allem die Landwirt*innen am unteren Ende der Skala standen. Einen weiteren Einblick gibt der Vergleich zwischen den Einkommen aus dem Agrar- mit dem Industriesektor. Die größten Unterschiede in den Einkommen zwischen Industrie und Landwirtschaft ließen sich in Mazedonien und im Kosovo finden. So konnte etwa in der mazedonischen Landwirtschaft im Durchschnitt zwischen 67 Prozent und knapp 80 Prozent dessen als Einkommen verdient werden, was zur selben Zeit in der Industrie eingenommen wurde. Auf der anderen Seite standen vor allem die Republiken und die Provinz der weiter entwickelten Gebiete, insbesondere die Vojvodina. Ausschließlich hier konnten Landwirt*innen in insgesamt drei Jahren sogar höhere Einkommen als Industriearbeiter*innen erzielen.

Tabelle 37: Pers. durchschnitt. Einkommen aus der Landwirtschaft in % der Einkommen aus der Industrie, 1964–1970

Einkommen aus Landwirtschaft in % der Industrie	**1964**	**1965**	**1966**	**1967**	**1968**	**1969**	**1970**
Bosnien-Herzegowina	69,92	71,26	78,77	81,52	82,49	79,48	83,32
Montenegro	79,75	80,61	80,42	83,06	80,69	77,48	81,37
Kroatien	75,47	74,20	82,64	88,01	84,16	85,31	82,16
Mazedonien	66,99	71,57	77,00	87,44	81,79	79,69	79,59
Slowenien	89,37	88,05	89,32	92,12	87,01	86,50	93,15
Serbien	80,72	85,71	85,16	92,19	85,88	84,79	96,42
Vojvodina	84,88	91,03	99,06	105,32	101,20	100,23	97,49
Kosovo	70,72	68,48	70,65	75,55	77,03	77,33	78,41

Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1964–1971; eigene Berechnung.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Als letzten Punkt dieses Untersuchungsstranges soll noch folgende Tabelle bzw. Umstand besprochen werden. Werden die niedrigsten Einkommen innerhalb der jeweiligen Republiken/Provinzen (demnach Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei) in ein Verhältnis zu den höchsten Einkommen gesetzt (aus dem Bereich der „Nichtwirtschaftlichen Tätigkeiten“), lassen sich diese Einkommensunterschiede sowohl zeitlich als auch zwischen den Republiken und Provinzen miteinander vergleichen. Diesen prozentuellen Angaben nach wurden im Laufe der 1960er Jahre die Einkommensunterschiede überall kleiner. Beispielsweise konnte in der serbischen Forstwirtschaft im Jahr 1964 lediglich 34,9 Prozent dessen verdient werden, was zur selben Zeit bei den Tätigkeiten innerhalb der serbischen Wirtschaftskammer, an Einkommen ausbezahlt wurde. Dieses Verhältnis verringerte sich in den nächsten Jahren und erreichte die niedrigsten Unterschiede im Jahr 1970, in welchem dieser Prozentsatz bei 48,4 Prozent lag. Darüber hinaus lässt sich auch erkennen, dass, bis auf die Jahre 1964 und 1968 die geringsten Einkommensunterschiede in Slowenien zu verzeichnen waren.

Tabelle 38: Min.- Einkommen in % des Max.- Einkommens in den Republiken/Provinzen, 1964–1970

MIN %vom MAX	**1964**	**1965**	**1966**	**1967**	**1968**	**1969**	**1970**
Bosnien-Herzegowina	42,7	46,1	49,4	46,2	48,8	45,2	46,8
Montenegro	46,1	56,1	57,7	50,5	51,4	44,6	48,5
Kroatien	45,1	48,2	53,7	50,5	49,2	49,7	45,8
Mazedonien	39,7	46,5	49,7	40,8	43,2	42,2	47,2
Slowenien	39,9	59,7	58,8	57,2	46,5	52,7	56,3
Serbien	34,9	37,5	39,8	46,4	48,8	45,7	48,4
Vojvodina	39,4	44,7	54,5	45,3	43,0	40,5	45,9
Kosovo	45,1	48,1	4,8	49,9	46,9	47,2	46,4

Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1964–1971; eigene Berechnung.

Wie in der Einleitung angekündigt, wurden die Einkommensunterschiede nach Ausbildungsgrad bzw. Qualifikation für die Jahre 1966 bis 1974 ebenfalls berücksichtigt. Die entsprechenden Daten lassen auf folgendes schließen. Erstens war die Höhe der Einkommen abhängig von der Ausbildung bzw. der Qualifikation und stieg mit je höherer Qualifikation an. In allen Republiken machten die Einkommen aus „nicht-qualifizierten Arbeiten“ (niedrigster Ausbildungsgrad) zwischen 32 Prozent und 41 Prozent der persönlichen Einkommen aus „hochqualifizierten beruflichen Ausbildung“ (höchster angegebener Grad) aus. Zweitens folgt die Höhe der Einkommensstruktur im Wesentlichen dem Entwicklungsgefälle, d.h.: in den Jahren 1966 bis 1970 waren die Einkommen in Slowenien die höchsten, im Kosovo,

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Montenegro und in Mazedonien am niedrigsten, und zwar gemessen an den acht verschiedenen Ausbildungs- bzw. Qualifikationsgraden. Insgesamt bedeuten diese Daten, dass es innerhalb einer Republik/Provinz zu unterschiedlich hohen Einkommen kam, je nach Ausbildung und Qualifikation. So konnten man in Republiken/Provinzen mit den niedrigsten Einkommen zwischen 61 Prozent und 77 Prozent des Einkommens in Slowenien verdienen, innerhalb desselben Ausbildungsgrades. Gesamtjugoslawisch betrachtet, war nicht nur die Ausbildung für die Höhe der Einkommen ausschlaggebend, sondern zusätzlich dazu auch der geografische Standort, wobei dieser wiederum vom jugoslawischen Entwicklungsgefälle geprägt war.[1055]

Zusammengefasst bedeuten diese Ergebnisse Folgendes. Erstens gab es innerhalb Jugoslawiens Unterschiede in den persönlichen Einkommen, die vor allem davon abhingen, welche Tätigkeiten ausgeübt resp. in welchen Sektoren gearbeitet wurde. Tendenziell wurden dabei die niedrigsten Einkommen in der Landwirtschaft/Fischerei, Forstwirtschaft gefolgt vom Handwerk und der Industrie verdient. Die höchsten Einkommen waren in den sogenannten gesellschaftlichen und staatlichen Organen und Diensten, und darin insbesondere in den Wirtschaftskammern zu verorten. Die Daten wurden in einem nächsten Schritt um jene aus den spezifischen Zweigen und Sparten erweitert. Hier zeigte sich, dass die höchsten Einkommen in Jugoslawien im Bereich des Baugewerbes, und zwar in der Planung und im Entwurf ausbezahlt wurden; die niedrigsten Einkommen in diesem Zeitraum waren vor allem in der Industrie zu finden. Das zweite Merkmal dieser Untersuchung der Einkommensunterschiede konnte am geografischen Standort festgemacht werden. Je nach dem, in welcher Republik/Provinz gearbeitet wurde, waren die Einkommen innerhalb eines Sektors verschieden hoch. Dabei zeigte sich, dass die höchsten persönlichen Einkommen in jedem Sektor in Slowenien ausbezahlt wurden; die niedrigsten vor allem im Kosovo sowie in den restlichen weniger entwickelten Gebieten: Mazedonien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina. Auch konnte festgestellt werden, dass die Einkommensunterschiede zwischen den Republiken und Provinzen in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, dem Handwerk sowie im Handel und der Gastronomie tendenziell höher waren, wohingegen im Finanzsektor diese am geringsten ausfielen. Schließlich und drittens zeigte der dritte Strang, dass sich auch innerhalb der Republiken Unterschiede in der Höhe des Einkommens ergaben. Es wurde gezeigt, dass sich der größte zwischen der Landwirtschaft und den „gesellschaftlichen und politischen Organen und Dienstleistungen“ ergab. Gleichzeitig aber war diese Kluft in den Republiken und Provinzen

[1055] Siehe dazu die Ergebnisse im statistischen Anhang, Tabelle 91, online unter: https://docs.google.com/spreadsheets/d/e/2PACX-1vRdwQCUOUJyYLdANzg_sVBYIsTXqhB_LWCEDPhxxZzEkinoFAg6VFgzbRyiCtuvhQTZvI2v4x5LJBtm/pubhtml.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

unterschiedlich. In Slowenien beispielsweise, wo die Unterschiede zwischen den höchsten und den niedrigsten Einkommen etwas geringer waren als in Bosnien-Herzegowina, Serbien oder auch der Vojvodina. Ein Kennzeichen aller drei Stränge ist der zeitliche Aspekt: Die Einkommensunterschiede wurden im Laufe der 1960er Jahre geringer, gemessen sowohl innerhalb der Republiken/Provinzen als auch innerhalb der unterschiedlichen Sektoren, begannen gegen Ende der 1960er Jahre aber wieder zu steigen. Diese Entwicklung traf zeitlich auf die Einführung des Bundesentwicklungsfonds und damit der konkreten Förderung der weniger entwickelten Gebiete zusammen.[1056] Schließich konnte für die Jahre 1966 bis 1970 auch ermittelt werden, dass die Höhe der Einkommen auch vom Grad der Ausbildung und der Qualifikation determiniert wurde, wobei es innerhalb eines Ausbildungsgrades zu Unterschieden kam, die davon abhingen, in welcher Republik und Provinz die Einkommen bezogen wurden.

Darauf, wie sehr sich unterschiedlich hohe Einkommen auch in unterschiedlichen Lebensbedingungen auswirkten (vor allem durch die Annahme, dass die Konsumausgaben vom Einkommen abhängen bzw. korrelieren[1057]), kann im Rahmen der hier vorliegenden Dissertation nicht ausführlich eingegangen werden. Ein kurzer Blick auf die regelmäßigen Haushaltsumfragen des Bundesstatistikamt in Jugoslawien verrät jedoch, dass sie Konsumausgaben ebenfalls unterschiedlich hoch waren: Die durchschnittlichen Warenkorbausgaben eines 4-köpfigen Arbeiter*innen-Haushalts waren in Slowenien mit 38.018 Dinar pro Monat am höchsten. Etwa 63 Prozent von diesen Ausgaben wurden in Mazedonien ausgegeben, wo die Ausgaben am niedrigsten waren. Dieser Unterschied findet sich folgerichtig in den einzelnen Kategorien wieder: Für die Rubrik „Hygiene und Gesundheitsfürsorge“ gab der slowenische 4-Personen Haushalt ebenfalls am meisten aus, und zwar mit durchschnittlich 1.181 Dinar pro Monat. Dem gegenüber steht der mazedonische Haushalt, der weniger als die Hälfte davon ausgab, konkreter: 528 Dinar im Monat. Noch größer war der Unterschied bei den Ausgaben für „Kunst und Unterhaltung“: Dafür wurde in der Vojvodina 1.920 Dinar Monat aufgewandt; in Mazedonien waren es 736 Dinar, was circa 38 Prozent der Ausgaben in der Vojvodina entsprach.

[1056] Diese Ergebnisse entsprechen auch den Berechnungen in den bislang erschienen Arbeiten: Siehe dazu: Wachtel, Workers´Self Management, Table V.3., V.4., V 6., V.7., 130–152; – Flaherty, Plan, Market and Unequal Regional Development in Yugoslavia, Tble 1, 106f.; – Saul Estrin, Jan Svejnar, Wage Determination in Labor-Managed Firms under Market-Oriented Reforms: Estimaates of Static and Dynamic Models, in: Journal of Comparative Economics 17, s.l. 1993, 687–700, hier 687.

[1057] Inwieweit der Konsum bzw. die Konsumausgaben als Wohlstandsindikator in diesem konkreten Fall dienen kann, muss im Rahmen weiterer Untersuchungen noch analysiert werden und kann in der vorliegenden Arbeit nicht nachgegangen werden kann. Zudem soll an dieser Stelle nochmals betont werden, dass neben der Einkommenshöhe noch weitere Kriterien die Konsumausgaben determinieren. Siehe dazu: Hörstermann, Konsumausgaben als Wohlstandsindikator, 181–199.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 39: Monatliche Warenkorbausgaben einer 4-köpfigen Arbeiter*innen-Familie in Dinar, 1960

1960	SRB	Voj.	Kos.	HRV	SLO	BiH	**MZD**	MNE
Warenkorb insgesamt	**33.543**	**35.464**	**31.425**	**33.891**	**38.018**	**30.555**	**23.916**	**29.959**
Ausgaben	**29.116**	**30.881**	**27.517**	**30.945**	**34.543**	**25.257**	**21.341**	**26.720**
davon: Lebenserhaltungskosten	27.583	28.860	24.957	30.692	34.026	24.540	20.823	26.529
Nahrungsmittel	1.2697	12.699	1.0973	15.715	15.015	12.193	11.440	1.4789
Kleidung	4.650	5.355	4.001	4.429	6.072	4.247	3.291	3.264
Wohnung	1.265	1.143	1.313	1.362	1.973	930	559	1.396
Brennmaterial und Beleuchtung	1.356	1.225	1.754	1.803	1.739	1.909	1.944	1.660
Haushaltsmittel	2.185	2.805	2.428	1.425	2.203	1.520	498	1.429
Hygiene und Gesundheitsfürsorge	625	617	551	1.089	1.181	592	528	700
Getränke und Tabak	1.189	1.285	1.538	1.982	1.640	1.345	1.193	1.862
Unterhaltung und Kultur	1.849	1.920	931	1.569	1.686	920	736	815
restliches	1.770	1.811	1.468	1.318	2.517	884	634	614
Ausgabe für Eigentum	1.294	1.737	1.839	167	467	521	420	123
Verluste und Geschenke	239	284	721	86	50	196	98	68
Kreditrückzahlungen und Sparrücklagen	4.427	4.583	3.908	2.946	3.475	5.298	25.75	3.239
Verbraucherkredite	2.606	2.474	2.303	2.160	1.252	2.318	2.291	2.543

Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1961, 444.

Davon, dass der Partei und ihrer Spitze diese Umstände nicht verborgen blieb, zeugen die öffentlichen und parteiinternen Auseinandersetzungen über den „Bürokratismus“ und die „lokalen Politiker und Interessen“, die weiter oben ausführlich behandelt wurden. Die Hoffnungen, dass die Einführung marktwirtschaftlicher Prozesse diese Machtstruktur zurückdrängen, „rationale“ ökonomische Kriterien die Stellung und Entscheidungsbefugnisse der Arbeiter*innen stärken und schließlich auch nationalistische Bestrebungen obsolet machen würde, erwiesen sich als zu optimistisch.

Wie gezeigt, wurden insbesondere die Zahlungen zur Unterstützung der weniger entwickelten Regionen durch die weiter entwickelten zur einem „Zankapfel“ („cestna afera“), der nun zunehmend auch in einem nationalistischen Duktus geführt wurde. In den 1960er Jahren wurden eine Reihe an Studien zur „öffentlichen Meinung“ durchgeführt; in einer davon

10.15772/ANDRASSY.2023.006

war folgende Frage zu lesen: „Wie sollen die Beziehungen zwischen den wirtschaftlich entwickelten Republiken (Provinzen) und den weniger entwickelten organisiert sein?“[1058] Die Antwortmöglichkeit „die entwickelten sollen den weniger entwickelten helfen“ erfuhr in Slowenien die niedrigste Zustimmung: Insgesamt 29,7 Prozent aller Befragten befanden, dass die weiter entwickelten Gebiete nicht helfen sollten; 21,2 Prozent sprachen sich dafür aus. Am höchsten war die Zustimmung im Kosovo mit 55,3 Prozent, gefolgt von der Vojvodina mit 55,1 Prozent. Bei der Frage danach, ob die weniger entwickelten Regionen sich selbstständig zum Ziel der rascheren Entwicklung verhelfen sollten, war die Zustimmung in Slowenien mit 21,3 Prozent am höchsten und in der Vojvodina mit 0,6 Prozent sowie dem Kosovo mit 2,0 Prozent am niedrigsten.[1059]

Wie sehr sich eben diese öffentliche Meinung zur jugoslawischen ungleichen Entwicklung im Laufe der nächsten Jahrzehnte noch änderte und dabei Einfluss auf weitere Bereiche Jugoslawiens hatte, deutet das folgende Zitat Titos aus dem Jahr 1974 an:

> „Es ist sehr schwer, in diesem Referat alle Phänomene und Ereignisse einer derart stürmischen und dynamischen Entwicklung zu erfassen, wie sie zwischen dem Neunten und Zehnten Kongress des BdKJ in unserem Lande stattgefunden hat. Besonders wichtig ist, dass wir all jene negativen Erscheinungen eingehend berücksichtigen, die sich im BdKJ und in unserer Gesellschaft gezeigt haben und die der rascheren und harmonischeren Entwicklung der gesamtgesellschaftlichen Beziehungen einen nicht geringen Schaden zugefügt sowie der Erreichung noch größerer Ziele entgegengewirkt haben.“[1060]

Wie diese „stürmischen und dynamischen Entwicklungen“ im Konkreten aussahen, soll in den beiden folgenden Kapiteln der Dissertation herausgearbeitet werden. Wie das Zitat bereits implizit verrät, hingen mit der Frage nach der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit in Jugoslawien mehrere Aspekte und Faktoren der Geschichte zusammen, weshalb, ähnlich wie in den Kapiteln davor, auch in diesem die politischen, wirtschaftlichen, sozialen, ideologischen und verfassungsrechtlichen Bedingungen berücksichtigt und im Kontext zur Entwicklung der Ungleichheit beleuchtet werden.

[1058] Zitiert bei: Burg, Conflict and Cohesion in Socialist Yugoslavia, 47.
[1059] Ebda., Table 2.2., 49.
[1060] Rede Titos auf dem X. Parteitag des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens vom 27. Mai 1974, zitiert bei: Damjanović, Grothusen, Höpken (Hgg.), Josip Broz Tito, 487.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

2.2.5. In den 1970er Jahren: Jugoslawien nach dem „Goldenem Zeitalter“

Als „Tito´s Yugoslavia descending“[1061], „der Abschluss des Experiments Jugoslawien“[1062], „Yugoslavia in Crisis“[1063], „die Krise der sozialistischen Moderne“[1064], oder auch „Nach dem Boom“[1065] werden in der Forschungsliteratur im Allgemeinen jene Kapitel betitelt, welche die Phase nach den „Goldenen Jahren“ bezeichnen und die je nach Autor*in, frühestens Ende der 1960er Jahre aber spätestens 1971 begann.[1066] Einige der „Ereignisse“ und Phänomene“, welche diese Phase markierten und auf welche sich auch auf Josip Tito Broz im obigen Zitat bezog, wurden bereits in den Ausführungen über die innenpolitischen Belangen Ende der 1960er Jahre angesprochen. In welchem Ausmaß sich vieles davon noch weiter potenzierte, zeigt auch folgendes Zitat: „Im historischen Rückblick erwiesen sich die 1970er Jahre als tiefgreifende Epochenzäsur, in der wesentliche Weichen für den Systemkollaps 1989/90 gestellt wurden. Denn mit dem Übergang zur postindustriellen Gesellschaft funktionierten die zentralen Paradigmen des Sozialismus, industrieller Fortschritt und soziale Gerechtigkeit, nicht mehr.“[1067]

2.2.5.1. Partei, Verfassung und Innenpolitik in den 1970ern

Der sogenannten „liberalen Allianz“[1068] und den darauffolgenden Rücktritten und „Säuberungen“[1069] gegen die Liberalen in Kroatien, aber auch in anderen Republiken, gingen Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre nationalistische Spannungen in Jugoslawien voraus. Eine davon war die sogenannte Kosovo Frage, die auch im kommenden Jahrzehnt noch eine große Rolle spielte. Zwar sprachen die neue Verfassung von 1963 sowie der

[1061] Lampe, Yugoslavia as History, 299–331.
[1062] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 198–214.
[1063] Ante Batović, The Croatian Spring: Nationalism, Repression and Foreign Policy Under Tito, London 2017, 154.
[1064] Marie-Janine Calic, Dietmar Neutatz, Julia Obertreis (Hgg.), The Crisis of Socialist Modernity. The Soviet Union and Yugoslavia in the 1970s, Göttingen 2011.
[1065] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 255–263.
[1066] Siehe dazu auch: Jakir, The Economy Trigger, 135.
[1067] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 263.
[1068] Zur „liberalen Koalition“(„liberale Allianz“) kam es zwischen Kroatien, Slowenien und Mazedonien, die sich für die weitere Dezentralisierung einsetzten und auch eine „Demokratisierung“ des BdKJ forderten, Ramet, Die drei Jugoslawien, 301f.; – Milivoj Bešlin, „Liberalna koalicija“ između saradnje i nerazumevanja: Odnos političkih elita Srbije i Hrvatske 1969–1971, in: Tvrtko Jakovina (Hg.), Hrvatsko proljeće 40 godina poslije, Zagreb 2012, 149–178, hier 157f.; – Milivoj Bešlin, Petar Žarković, Srpski liberali i Hrvatsko proljeće: hrvatsko-srpski odnosi i novi koncepti Jugoslavije krajem 1960-ich i početkom 1970-ih, in: Časopis za suvremenu povijest 53/3, Zagreb 2021, 791–821, hier 791f.
[1069] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 197.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Verfassungszusatz von 1968 dem vormals „autonomen Gebiet“ Kosovo neue und weitreichende Rechte zu, dazu zählte der Status als „autonomen Provinz“, ein eigenes Parlament sowie einen eigenen obersten Gerichtshof. An dem maßgeblichen Einfluss der serbischen Republik im Kosovo änderten diese neue Bestimmungen aber wenig: „So stand das autonome Gebiet Kosmet von Anfang an unter serbischer Herrschaft.“[1070] Auf die Ungleichmäßigkeit im Kosovo, etwa bei den öffentlichen Bediensteten, die mehrheitlich von Serb*innen und/oder Montenegriner*innen bekleidet wurden, wurde bereits hingewiesen.[1071] Ähnlich verhielten sich diese Proportionen bei der Ausübung der politischen Tätigkeiten, wo es ebenfalls zu einer überproportionalen Vertretung durch Serb*innen kam.[1072] Als im Zuge der Entmachtung von Ranković diese Missstände öffentlich wurden, „brach sich das Verlangen nach Reform seine Bahn“[1073]. Auch erkannte der BdKJ, dass die Kontrolle und der Einfluss Serbiens im Kosovo zurückgedrängt werden mussten, um nicht zuletzt auch die Autonomiebestrebungen der Albaner*innen zu unterbinden, weshalb die oben erwähnten Schritte in Richtung Ausweitung der Rechte des Kosovos getätigt wurden.[1074] Für einige albanische Politiker stellten diese Schritte lediglich einen Kompromiss dar, die ja ihrerseits den Status einer Republik forderten.[1075] In Serbien wurden die Autonomieerweiterungen skeptisch zur Kenntnis genommen, schließlich betrachteten einige Politiker*innen den Kosovo „als das Herz ihres mittelalterlichen Reiches“.[1076]

Vor der „Serbisierung“ warnten auch kroatische Politiker*innen und Intellektuelle und fanden vermeintliche Beweise einer solchen Tendenz, neben der Sprache, auch auf anderen Gebieten: In den Schulbüchern, im Bevölkerungswachstum[1077] oder auch in der Wirtschaft kam es demnach zu Entwicklungen, „die zu einer wirtschaftlichen Verarmung und allgemeinen Bedrohung des kroatischen Volkes“ führten und die das Ergebnis eines „jahrzehntelangen

[1070] Reuter, Die Albaner in Jugoslawien, 44.
[1071] Siehe dazu: Tabelle 13.
[1072] Ramet, Die drei Jugoslawien, 401.
[1073] Ebda.
[1074] Neben der bereits erwähnten, zählte zu diesen Schritten etwa auch die Rehabilitierung von albanischen Gefangenen, die unter Ranković eingesperrt wurden, die Erlaubnis, den 500. Todestag von Gjergj Kastrioti (1405–1468, kurz Skanderberg genannt,) zu feiern sowie 1969 die erste Universität in Priština gegründet wurde. Siehe dazu: Ramet, Die drei Jugoslawien, 401–404.
[1075] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 247.
[1076] Ramet, Die drei Jugoslawien, 404. – Die serbischen Vertreter*innen hatten dieser Verfassung zwar zugstimmt, gleichzeitig aber auch beklagt, dass „Serbien der einzige Staat Jugoslawien sei, dem die volle Staatlichkeit infolge der Autonomieregelung verwehrt worden sei.“ Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 188.
[1077] Kroatien hatte zwischen 1971 und 1981 das niedrigste Bevölkerungswachstum mit 3,3 Prozent. Zusammen mit der Tatsache, dass das *Gros* der sogenannten Gastarbeiter im Ausland Kroat*innen darstellten, wurde der zunehmende Zuzug von Serb*innen nach Kroatien als kritisch betrachtet: „Diese serbischen Immigranten, glaubte man, übernähmen die Arbeitsplätze, die von den kroatischen Gastarbeitern aufgegeben wurden.“ Ramet, Die drei Jugoslawien, 321.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Zentralismus“ seien.[1078] Worin lag nun der Vorwurf der „wirtschaftlichen Verarmung“ Kroatiens? Vereinfacht ausgedrückt, sah man in Kroatien eine Tendenz, durch welche sich vor allem Serbien bereicherte, während Kroatien „ausgebeutet“ wurde: Letzteres wurde etwa bei der Vergabe von Krediten attestiert, die sich laut Angabe kroatischer Ökonomen vor allem in Belgrad konzentrierten. Auch würden serbische Export- und Tourismusfirmen von Kroatiens Wirtschaft bevorzugt, während die kroatischen Verluste erlitten. Möglich seien diese Umstände bzw. die serbische Präsenz in der kroatischen Tourismus- und Industriebranche durch Manipulationen und Bestechungen bei der Vergabe von Investitionsmittel geworden, weshalb die Forderung nach „sauberen Rechnungen“ („čiste račune“[1079]) laut wurde.[1080]

Die sogenannten kroatischen Liberalen rund um Parteichefin Savka Dabčević-Kučar (1923–2009) und den Sekretär des Zentralkomitees Miko Tripalo (1926–1995) stimmten nun Forderungen an, die vor allem der wirtschaftlichen Stärkung Kroatiens dienten. Dazu gehörte etwa die Forderung nach einer Verfassungsreform, die Kroatien mehr Autonomie bezüglich der Finanzen, Steuern sowie insbesondere der Devisen und des Außenhandels zusichern sollte sowie darüber hinaus niedrigere Zahlungen in den staatlichen Fonds (für die Regionalpolitik) gefordert wurden.[1081] Im Allgemeinen wurde die Diskussionen rund um die Verfassungsänderungen in der Öffentlichkeit „bewusst [...] ausgetragen, durch die Massenbewegung MASPOK“ (Abkürzung für „masovni pokret“, „Massenbewegung“).[1082] Als solche bezeichnete dieser Begriff dabei eben jene Bewegung, die sich am Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre für mehr Unabhängigkeit und mehr Souveränität einsetzte, an der neben Studierenden, Intellektuellen und Künstler*innen auch Politiker*innen[1083] teilnahmen und die im Sinne der Forderungen als „Kroatischer Frühling“ bezeichnet wurde.[1084] Zum ersten Mal seit 1945 „wurde die Solidarität mit der jugoslawischen Gemeinschaft von einer nationalen

[1078] So etwa das Argument der Parteichefin Kroatiens, Savka Dabčević-Kučar (1923–2009), paraphrasiert bei: Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 192; – Batović, The Croatian Spring, 159f.
[1079] Zur Vorgeschichte der „Politik sauberer Rechnungen“ siehe etwa: Bešlin, „Liberalna koalicija“, 153f.
[1080] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 193; – Ramet, Die drei Jugoslawiens, 316.
[1081] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 251f. – Darüber hinaus wurden Vorschläge seitens einiger Kroaten präsentiert, wonach Kroatien auch eine eigene Währung sowie eine eigene Nationalbank erhalten sollte, um die Verhandlungen mit den internationalen Finanzinstituten selbstständig zu führen. Siehe dazu: Ramet, Die drei Jugoslawiens, 350.
Zum Streit zwischen den „Liberalen“ und den „Unitaristen“ rund um den Vizepräsidenten des jugoslawischen Bundesparlament Miloš Zanko (1915–2000) siehe: Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 192; – Zu den Diskussionen über eine Verfassung: Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 368–373; – Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 362.
[1082] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 252.
[1083] Neben Parteichefin Dabčević und ZK-Sekretär Tripalo waren weitere bekannte Vertreter dieser Bewegung etwa der spätere erste Präsident des unabhängigen Kroatiens Franjo Tuđman, der als Partisane im Volksbefreiungskrieg kämpfte, sowie der bereits erwähnte Schriftsteller Miroslav Krleža, der die bereits erwähnte Deklaration der Matica Hrvatska bezüglich der kroatischen Sprachentwicklung unterschrieb. Siehe dazu: Marcus Tanner, Croatia: A Nation Forged in War, New Haven/London 1998, 190–192.
[1084] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 253; – Tanner, Croatia, 190f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Bewegung offen aufgekündigt. Damit schien eingetreten zu sein, wovor Tito und seine engsten Mitstreiter [...] wiederholt gewarnt hatten."[1085] Als im November 1971 Zehntausende Student*innen in Kroatien streikten[1086] und selbst die Aufforderung Dabčević-Kučars, den Streik zu beenden, nicht fruchtete, griff schließlich Tito ein: Die Parteichefin musste zurücktreten, 741 weitere Mitglieder des kroatischen BdK wurden ausgeschlossen und 411 Personen wurden verhaftet. Elf davon, die sogenannte „Zagreber Elf" und darunter Franjo Tuđman (1922–1999, später erster Präsident des unabhängigen Kroatiens, Hrvatska Demokratska Zajednica), wurden vor Gericht geladen.[1087]

Nachdem damit die „liberale Koalition" geschwächt bzw. entmachtet wurde[1088], verabschiedete der BdKJ im Juni 1971 den bereits erwähnten Verfassungszusatz, der die Kompetenzen und Befugnisse der Republiken und Provinzen erweiterte.[1089] Der Verfassungszusatz von 1971 implizierte eine maßgebliche Einschränkung der Bundesbefugnisse sowie – parallel dazu – die Ausweitung der Rechte der Republiken und Provinzen, die nun erstmals auch Kompetenzen im Bereich der Devisen, der Investitionen und Kredite sowie im Bereich des Außenhandels erhielten.[1090] Die Erhebung der Steuern, vor allem der Umsatzsteuer, wurde ebenfalls auf die Ebene der Republiken übertragen (dies betraf im Konkreten die Bundessteuer auf Einkommen und die die Umsatzsteuer).[1091] Der Bundesregierung oblagen jetzt vor allem noch drei Aufgaben: Außenpolitik, Verteidigung und die Regionalpolitik.[1092]

Ein weiteres Novum dieses Zusatzes war die Errichtung eines Präsidiums, welches das Amt des Staatspräsidenten ersetzte. Tito hatte bereits 1970 darauf verwiesen, dass es ein kollektives Organ brauche, welches seine weitreichende politische Rolle und Verantwortung

[1085] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 194.
[1086] Ursprünglich war der Streik als Druckmittel gedacht, um die Forderungen nach einer Reform des Devisensystems zu bekräftigen, Tanner, Croatia, 199. – Zur Rolle der Studierenden-Bewegung innerhalb des „Kroatischen Frühlings" sowie zu ihrer Gruppierung zwischen den sogenannten „čičkovce" und „antičikovce (so wurden die Anhänger des Studenten-Prorektors und maßgeblichen Initiator der Studentenproteste von 1970/1971 Ivan Zvonimir Čička genannt) siehe etwa: Tihomir Ponoš, Studentski pokret u hrvatskom proljeću. Zametci političkog pluralizma, in: Jakovina (Hg.), Hrvatsko proljeće 40 godina posljie, 333–342, hier 335.
[1087] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 253. – Diese „Säuberungen" innerhalb der Bewegung richteten sich auch insbesondere gegen die Herausgeber der kroatischen Tageszeitung „*Vjesnik*" sowie der Matica Hrvatska, Tanner, Croatia, 200.
[1088] Siehe dazu etwa: Ramet, Die drei Jugoslawien, 358f.; – Lampe, Yugoslavia as History, 302–310; – Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 438.
[1089] Siehe dazu: Verfassungszusatz XXIII von 1971, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2021 Jänner 25.
[1090] Siehe dazu: Verfassungszusatz XXXIV. vom 30. Juni 1971; – für die weiteren Rechte der Republiken siehe etwa Verfassungszusatz XXXIII., online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2021 Jänner 19.
[1091] Flaherty, Economic Reform and Foreign Trade, 124.
[1092] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 188; – Singleton, Twentieth-Century Yugoslavia, 271.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

übernehmen würde, wenn er, Tito, „ginge".[1093] Diesen Fall regelte nun der XXXVI. Verfassungszusatz von 1971 und sah unter anderem folgende Befugnisse für das neue Präsidium vor: Überwachung der Durchführung von Politik und Gesetzen; das Recht, der Bundesversammlung die Grundzüge der Politik und Gesetze vorzuschlagen; Vorschlag der Kandidaten für den Vorsitzenden des Bundesvollzugsrates; Verkündung der Bundesgesetze durch Erlass; Vorschlag zur Wahl des Präsidenten und der Richter des Verfassungsgerichts; Ernennung sowie Abberufung von Botschaftern, Gesandten, Generälen und Admirälen und Entscheidungsbefugnisse bezüglich Begnadigungen. Darüber hinaus legte der neue Zusatz fest, dass das Präsidium das höchste Befehlsorgan der Streitkräfte ist.[1094] Zusammengesetzt wurde das Präsidium auf der „Grundlage der gleichberechtigten Vertretung der Republiken und autonomen Provinzen", was bedeutete, dass jede Republik und jede Provinz einen Delegierten in das Präsidium entsenden durfte, um die „unmittelbare Beteiligung an der Ausübung der […] Bundesrechte" ausüben zu können.[1095] Der Vorsitz des Präsidiums wurde ebenfalls verfassungsrechtlich geregelt und sah vor, dass dieser für die Dauer eines Jahres gewählt wird. Tatsächlich musste aber bereits sieben Jahre im Voraus bestimmt werden, aus welcher Republik bzw. Provinz der Vorsitz stammen soll.[1096] Dass Tito diesen Vorsitz *de facto* auf Lebenszeit innehatte, war als Ausnahmeregelung definiert worden.[1097]

Auch wurden die Rechte der Arbeiterselbstverwaltung mit den Zusätzen von 1971 nochmal erweitert und die Befugnisse des Bundes reduziert, indem das Eingriffsrecht auf die finanziellen Mittel der Unternehmen eingeschränkt wurde. Ein Merkmal der zeitlichen Entwicklung der 1950er und 1960er Jahre war, dass sich die entsprechenden Bundesorgane das Recht vorbehielten, durch Steuern, Abgaben in diverse Fonds usw., einen bestimmten Anteil des Unternehmensgewinnes und damit letztlich auch die Höhe der persönlichen Einkommen zu regulieren. Mit den Zusätzen von 1971 sollte der Handlungsspielraum der Arbeiterräte ausgebaut werden. In der Theorie erhielten die Arbeiterräte nun einen größeren Einfluss darauf,

[1093] In der XI. Ausgabe der Parteizeitung „*Komunist*" im Jahre 1970, ließ Tito folgendes verlautbaren: „Viel ist im Ausland geschrieben worden [...], dass sich dieses Jugoslawien auflösen würde, wenn ich gehe [...]. Ja auch bei uns gab es viele Kombinationen für die Frage, wer auf meinen Platz kommt. Dabei dachte ich, dass dies eine sehr schwere Krise auslösen könnte. Weil sich hier die Frage stellte, wer kommt anstelle von mir und übernimmt die Kompetenzen, die ich verfassungsrechtlich habe [...]. Genau deswegen, damit unsere jugoslawische sozialistische Gemeinschaft in keine Krise kommt – nach der sich viele sehnen – müssen wir diese Reorganisation durchführen." Zitiert bei: Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 373.
[1094] Verfassungszusatz XXXVI. vom 30. Juni 1971, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2021 Jänner 19.
[1095] Ebda.; – Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 187.
[1096] Verfassungszusatz XXXVI. vom 30. Juni 1971, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2021 Jänner 19.
[1097] Singleton, Twentieth-Century Yugoslavia, 269; – Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 187f. – Slobodan Stanković, Staatspräsidentschaft und Parlament in der neuen Verfassung Jugoslawiens, in: Osteuropa 24/8, 1974 Berlin, 599–603, hier 599.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

wie der Mehrwert ihrer Unternehmen zwischen den persönlichen Einkommen, Investitionen und den verschiedenen Fonds aufgeteilt werden sollte.[1098] Tatsächlich aber, und ähnlich wie im Jahrzehnt zuvor, wurde die Höhe der persönlichen Einkommen gleichzeitig auch durch eine Reihe von Bestimmungen erneut staatlich reguliert.

Die Zusätze hoben das Recht der Arbeiter*innen hervor, mit ihren eigenen Produktionsmitteln zu arbeiten, womit nicht nur die Republiken und Provinzen, sondern auch die arbeitende Bevölkerung ihre „souveränen Rechte" ausüben sollte.[1099] Diese Zusätze waren, so Kardelj, aber erst der Beginn und nur ein Teil des neuen Modells der Selbstverwaltung.[1100] Tatsächlich ebneten diese Verfassungsänderungen den Weg in eine neue Phase der Arbeiterselbstverwaltung, die schließlich mit dem „Gesetz über die vereinte Arbeit" („zakon o udruženom radu") von 1976 realisiert wurde: Das System der „Freien Assoziation der Produzenten".[1101] Die erwähnte Kompetenzverlagerung bezüglich des Außenhandels betraf in gleicher Weise auch die selbstverwalteten Unternehmen, die nun unter Einbehaltung der folgenden Aspekte auf dem internationalen Markt ein- und verkaufen konnten. Beibehaltung der gemeinsamen Währung sowie eines einheitlichen Marktes, der den freien Fluss von Kapital, Arbeit und Produkten gewährleisten sollte. „Verfassungswidrig ist jeder Akt und jede Handlung, durch die die Einheit des jugoslawischen Marktes verletzt wird."[1102] Faktisch aber, wie weiter unten noch zu sehen sein wird, wurde im Laufe der Umsetzungen dieses neuen Modells ein jugoslawischer Markt verhindert.

Insgesamt lag den Verfassungszusätzen von 1971 die Intention zu Grunde, durch Ausweitung der Rechte für Republiken, Provinzen sowie auch der Arbeiter*innen den aufkeimenden Nationalismus zurückzudrängen[1103] und die Entscheidungen über Gesetze auf Bundesebene, die nun durch Übereinkunft aller Republiken und Provinzen zustande kamen, zu erleichtern.[1104] Wie sich herausstellte, wurden diese Ziele aber verfehlt. Weder wurden die Beschlüsse nun leichter gefasst, noch konnten die Zusätze die Spannungen zwischen den Republiken mildern, ganz im Gegenteil.[1105]

Anders als die bereits erwähnte Föderalisierung des Aufbaus Jugoslawiens, wurde jene der Parteien nach dem „Kroatischen Frühling" allerdings wieder zurückgenommen. Mit einem

[1098] Singleton, Twentieth-Century Yugoslavia, 271.
[1099] Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 378; – Verfassungszusatz XXIII. vom 30. Juni 1971, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2021 Jänner 19.
[1100] Burg, Conflict and Cohesion in Socialist Yugoslavia, 208.
[1101] Flakierski, The Economic System and Income Distribution in Yugoslavia, 10.
[1102] Verfassungszusatz XXV. vom 30. Juni 1971, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2021 Jänner 19.
[1103] Singleton, Twentieth-Century Yugoslavia, 272; – Burg, Conflict and Cohesion in Socialist Yugoslavia, 208f.
[1104] Burg, Conflict and Cohesion in Socialist Yugoslavia, 214.
[1105] Ebda.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

ideologisch „härteren Kurs versuchte die Parteiführung, den zentrifugalen Tendenzen im Staat und im geistig-kulturellen Leben entgegenzuwirken".[1106] In einem Brief vom September 1972, der an alle Parteiorgane erging, benannte Tito insgesamt vier „politische Abweichungen", denen es durch eine stärkere Partei entgegenzuwirken galt: Erstens die bürokratische, etatistische und unitaristische Abweichung, die eine stärkere Zentralisierung forderte; zweitens die „Technokraten", die versuchen würden, das System der Selbstverwaltung zu untergraben, indem sie die Macht in Industrie und im Bankwesen als „Manager-Eliten" konzentrieren; drittens die Nationalisten und damit jene lokalen Politiker, die das Prinzip der Einheit und Brüderlichkeit offen in Frage stellten, indem sie etwa lokale Machtzentren in ihren Republiken zu etablieren versuchten. Schließlich und viertens wandte sich Tito in diesem Brief offen gegen die „Neuen Linken" und „Pseudo-Liberalen", die mit „fadenscheinigen" Verweisen auf die Demokratie die Rolle des BdKJ bezweifeln resp. dessen Reform forderten.[1107]

Hatte der BdKJ in den 1950er Jahren noch beschlossen, alle Lebensbereiche zu demokratisieren („drei D") und als Partei nur noch „anzuleiten" bzw. als „Avantgarde der Arbeiter" zu dienen[1108], berief man sich zwar erneut, aber in einem anderen Sinne auf die „sozialistische Demokratie": Diese „[verlangte] von jedem Parteimitglied, einmal befasste Beschlüsse zu respektieren."[1109] Die in den 1960er Jahren noch geduldeten Kritiken durch beispielsweise Schriftsteller*innen oder Intellektuelle wurden nun offensiver geahndet, sodass etwa die Praxis-Gruppe bzw. ihre Zeitschrift verboten wurde; Personen, die den oben erwähnten vier Gruppen vermeintlich angehörten, wurden entlassen sowie im Allgemeinen der BdKJ die „kulturelle Entwicklung nicht mehr der „Spontanität" überlassen wollte.[1110]

Ungeachtet dieser Verschärfung bzw. des neuen strengeren Kurses des BdKJ ging die Föderalisierung und Dezentralisierung Jugoslawiens weiter und erreichte mit der neuen Verfassung von 1974 ihren Höhepunkt. Die bis dahin längste Verfassung[1111] bezeichnete die jeweiligen Republiken nun erstmals als einen „Staat und eine sozialistische, sich selbst verwaltende, demokratische Gemeinschaft der Werktätigen und Bürger gleichberechtigter

[1106] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 197.
[1107] Singleton, Twentieth-Century Yugoslavia, 273.
[1108] Kardelj, Die Wege der Demokratie in der sozialistischen Gesellschaft, 107.
[1109] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 197.
[1110] So wurden acht Professoren der Philosophischen Fakultät in Belgrad entlassen und die Zeitschrift „filosofija" verboten, Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten. – Ein anderes Beispiel ist die von Dragoslav Mihailović verfasste und 1968 erschienene Prosa „Als die Kürbisse blühten" („kad su cvetale tikve"): Darin erzählt der aus Jugoslawien nach Schweden emigrierte Ljuba Sretenović über seine Vergangenheit in Jugoslawien, in welcher sowohl Bruder als auch Vater nach 1948 verhaftet und der Bruder (Vladimir) auf die Insel Goli Otok gebracht wurde. Ebenfalls beschrieben werden die schlechten Lebensbedingungen, die der Erzähler auf Jugoslawiens Politik zurückführt. Siehe dazu: Dragoslav Mihailović, Kad su cvetale tikve, Sabrana dela Dragoslava Mihailovića, Beograd 2015.
[1111] Lampe, Yugoslavia as History, 313.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Völker und Völkerschaften."[1112] Weiter noch: „Das Gebiet einer Republik kann nicht ohne Zustimmung der Republik [...] geändert werden. Eine Grenze zwischen den Republiken kann nur aufgrund eines Einvernehmens zwischen ihnen verändert werden [...]."[1113] In insgesamt 18 Punkten wurden nun die Rechte und Pflichten des Bundes definiert, wobei diese im Wesentlichen die Außenpolitik, der Kontrolle über den Waren- und Dienstleistungsverkehr, der Verteidigung sowie die Regelung des Währungssystems umfassten. Gleichzeitig behielt sich der Bund das Recht vor, „die Bildung von Geld- und Devisenreserven sowie die Verfügung darüber [zu regeln], wenn dies für das ganze Land von Interesse ist".[1114]

Weiter föderalisiert wurde Jugoslawien mittels dieser Verfassung insofern, als nun ein neues Zwei-Kammer System eingeführt wurde[1115]: Der Bundesrat („Savezno v(ij)eće") sowie der Rat der Republiken und der Provinzen („V(ij)eće republika i pokrajina"). Während der Bundesrat über Verfassungsänderungen entschied, die Basis der Innen- und Außenpolitik formulierte, den Bundeshaushalt und bestimmte Bundesgesetze verabschiedete oder auch „über Krieg und Frieden" bestimmte[1116], kamen dem Rat der Republiken Aufgaben zu wie beispielsweise das Erlassen des gesellschaftlichen Planes; Festlegung der Politik und Verabschiedung von Bundesgesetzen zur Regelung von Devisensystem, Geldemission, Zoll, Preise, Kreditvergabe zur beschleunigten Entwicklung der weniger entwickelten Gebiete; Bestimmung über das Ausgabenvolumen des Bundeshaushaltes oder auch die Unterzeichnung von internationalen Verträgen.[1117]

Die größere Kammer, der Bundesrat, bestand aus je 30 Delegierten, die aus den Republiken (konkreter aus den „Selbstverwaltungsorganisationen und -gemeinschaften sowie aus den gesellschaftlich-politischen Organisationen) entsandt wurden sowie aus 20 Delegierten aus den autonomen Provinzen – unabhängig von der Bevölkerungszahl.[1118] Die kleinere Kammer, der Rat der Republiken und Provinzen, der aus je 12 Delegierten aus den Republiken

[1112] Artikel 3 der Verfassung von 1974, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf74-i.htmm, 2021 Jänner 20.
[1113] Artikel 5 der Verfassung von 1974, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf74-i.htmm, 2021 Jänner 20.
[1114] Weitere Regelungen finden sich im: Artikel 281 der Verfassung von 1974, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf74-i.htm, 2021 Jänner 20.
[1115] Verglichen mit der vorangegangenen Periode wurden die Kammern von insgesamt fünf auf die oben erwähnten zwei Kammern reduziert, Lampe, Yugoslavia as History, 213.
[1116] Weitere Rechte und Pflichten finden sich in Artikel 285 der Verfassung von 1963, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf74-i.htm, 2021 Jänner 21; – Burg, Conflict and Cohesion in Socialist Yugoslavia, 247f.
[1117] Siehe dazu: Artikel 286 der Verfassung von 1963, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf74-i.htm, 2021 Jänner 21.
[1118] Artikel 291 der Verfassung von 1974, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf74-i.htm, 2021 Jänner 21.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

und je acht Delegierten aus den Provinzen bestand[1119], war die bedeutendere von beiden. Die Gesetzgebung bezüglich der Republiken und Provinzen bzw. deren Interessen wurde hier verhandelt, wobei Gesetze nur einstimmig beschlossen werden konnten.[1120] Eingedenk der Tatsache, dass beide Kammern eine Vertretung der Republiken und Provinzen darstellten, wurde die gemeinsame Entscheidungsfindung in der neuen Föderation noch komplexer und schwieriger[1121], denn: „Damit hatte der Verfassungsgeber die Verlagerung der parlamentarischen Beschlusskompetenzen vom Bund auf die Gliedstaaten sowie den Zwang zum Konsens, das föderale Konkordanzprinzip, bis an die Grenze des Möglichen (oder Unmöglichen) vorangetrieben."[1122]

Durch den („ethnischen") Proporz der beiden Räte wurden damit sämtliche politischen Diskussionen und Fragen auf Basis von Nationalitäten diskutiert, die letztlich zu mehr Wettbewerb, Konflikten[1123] und zu einer „nationalen Polarisierung" führten. Die Dezentralisierung war damit insofern erfolgreich, als es nicht (mehr) ein Machtzentrum gab, sondern Jugoslawien fortan „polyzentrisch" war.[1124] Mit der neuen Verfassung wurde auch ein neues Wahlsystem eingeführt, das Delegiertensystem. Dieses sah vor, dass die wahlberechtigten Jugoslaw*innen die Abgeordneten nicht mehr direkt wählten, sondern stattdessen Delegierte, die ihrerseits eine kleinere Gruppe an Delegierten bestimmten (gemeinsam mit der jeweiligen Partei, der Gewerkschaft, und der sozialistischen Allianz), welche schließlich erst in dieser dritten Wahl die Abgeordneten in die Ämter wählten. Bei der Wahl im Jahr 1974 führte dieses umfassende Wahlsystem dazu, dass mehr als 820.000 Delegierte insgesamt 12.000 lokale Gemeinden bei diesen Wahlen vertraten.[1125] Ein kompliziertes und umfangreiches Wahlsystem, das Jugoslawien in den Worten Titos zu einem

[1119] Artikel 292 der Verfassung von 1974, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf74-i.htm, 2021 Jänner 21.
[1120] Lampe, Yugoslavia as History, 313. – Dass es für die Entscheidungen des Bundesrates keine Einstimmigkeit, sondern eine einfache Mehrheit brauchte, zeugte von der relativen „Unwichtigkeit" ihrer Beschlüsse, ebda. – Insgesamt sah die neue Verfassung vier Säulen „der Macht" vor: Erstens die Bundesversammlung, zweitens das Staatspräsidium, drittens der Präsident und schließlich des Bundesexekutivrat. Siehe dazu: Stanković, Staatspräsidentschaft und Parlament in der neuen Verfassung Jugoslawiens, 601.
[1121] Zur Praxis des Rates der Republiken und Provinzen und zum Ablauf von Gesetzesverabschiedungen *en détail* siehe: Burg, Conflict and Cohesion in Socialist Yugoslavia, 259–277.
[1122] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 200.
[1123] Zur Rolle des Bundesexekutivrat bei der Lösung von Konflikten bezüglich neuer Gesetzgebungen siehe: Burg, Conflict and Cohesion in Socialist Yugoslavia, 291.
[1124] Predrag Simić, Civil War in Yugoslavia. The Roots of Disintegration, in: Martin van den Heuvel, Jan G. Sicama (Hgg.), The Disintegration of Yugoslavia, Yearbook of European Studies 5, Amsterdam/Atlanta 1992, 83–100, hier 82; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 260f.
[1125] Lampe, Yugoslavia as History, 313f. – Lediglich ein Siebentel der Delegierten waren Frauen, Siehe dazu: Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 201.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

„Staat der Volksausschüsse, zum Staat des Typs der Pariser Kommune und der Leninschen Sowjets“ machte.[1126]

2.2.5.2. Das Gesetz über die vereinte Arbeit – Planung und die „Verhandlungsökonomie“

„Die sozialistischen, selbstverwalteten sozioökonomischen Beziehungen in der vereinten Arbeit versichern den Arbeitern, dass auf Basis der Rechte der Arbeit an den gesellschaftlichen Mitteln und der gleichen Rechte anderer Mittel der gesellschaftlichen Reproduktion des gesellschaftlichen Besitzes, verwalten in ihrem eigenen und gemeinsamen sowie allgemeinem Interesse durch ihre Arbeit, Bedingungen und Resultaten ihrer Arbeit.“[1127] Dieses Gesetz von 1976 über die Neuorganisation der Betriebe und der Ökonomie im Allgemeinen brachte neben den Zusätzen von 1971 und der neuen Verfassung von 1974 den Abschluss des „Experiments“[1128] der Arbeiterselbstverwaltung und sollte als „Gegengewicht“ zu der Föderalisierung Jugoslawiens fungieren.[1129] Indem die Rechte der Arbeiter*innen ausgebaut werden, wurde eine Stärkung der Arbeiterklasse und damit eine Zurückdrängung der nationalen Interessen erhofft, aber auch ein Zurückdrängung der Eliten, der Bürokraten und Technokraten, die sich vor allem in den 1960er Jahren herausbildeten.[1130]

Dieses neue Gesetz bzw. System diente diesem Ziel insofern, als – wie Kardelj ausführte – es den verschiedenen Interessen, beispielsweise den Arbeiter*innen, den Bauern und Bäuerinnen, aber auch den Politiker*innen eine Plattform gab, die es in Gesellschaften mit „politischem Pluralismus“ nicht gab.[1131] Die sogenannte „vereinte Arbeit“ stelle dabei einen Bereich dieses Selbstverwaltungspluralismus dar, durch dessen System die Interessen vor allem der „Werktätigen“ ihren Ausdruck finden könnten.[1132] Welches System meinte Kardelj damit und wie wurden die Interessen der Beschäftigten in Jugoslawien damit vertreten? Der Grundgedanke der „Assoziation“ im Sozialismus geht von der Annahme aus, dass es anstelle der bürgerlichen Gesellschaften resp. der Klassengesellschaften eine „Vereinigung“, eine „Verbindung“ aller Produzenten braucht, die bei Marx und Engels etwa die „Bedingung für

[1126] Ebda., 200.
[1127] Siehe dazu: Erster Artikel der ersten Verordnung des Gesetzes über die vereinte Arbeit vom 25. November 1976, online unter: https://app.box.com/s/mqnigyvyswie199bcc9enx9h9wubz8nq, 2021 Jänner 21.
[1128] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 201.
[1129] Ebda.
[1130] Siehe dazu: Lydall, Yugoslav Socialism, 269. – Allcock, Explaining Yugoslavia, 184; – Burg, Conflict and Cohesion in Socialist Yugoslavia, 42f.; – Cohen, The Socialist Pyramid, 395; – Shoup, Communism and the Yugoslav National Question, 242.
[1131] Kardelj, Die Wege der Demokratie, 107.
[1132] Ebda.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

freie Entwicklung aller ist".[1133] An einer anderen Stelle bei Marx „Thesen über Feuerbach" heißt es weiters:

> „Die scheinbare Gemeinschaft, zu der sich bisher die Individuen vereinigten, verselbstständigte sich stets ihnen gegenüber und war zugleich, da sie eine Vereinigung einer Klasse gegenüber einer andern war, für die beherrschte Klasse nicht nur eine ganz illusorische Gemeinschaft, sondern auch eine neue Fessel. In der wirklichen Gemeinschaft erlangen die Individuen in und durch ihre Assoziation zugleich ihre Freiheit."[1134]

Die Individuen waren demnach in den bürgerlichen, Sklaven- oder Feudalgesellschaften innerhalb einer Klasse zwar vereinigt, jedoch nur insofern, als sie dort unter der „Kontrolle" und unter bestimmten „Existenzbedingungen" als Mitglied einer Klasse und nicht als Individuen vereinigt waren. Wenn die „Proletarier" diese „Kontrolle" allerdings an sich nehmen, beenden sie damit auch jene Bedingungen, die „bisher dem Zufall überlassen waren und sich gegen die einzelnen Individuen eben durch ihre Trennung als Individuen, durch ihre notwendige Vereinigung, die mit der Teilung der Arbeit gegeben, und durch ihre Trennung zu einem ihnen fremden Bande geworden war, verselbstständigt hatten."[1135]

Zwar war eine solche Vereinigung der Produzenten im Rahmen der Arbeiterselbstverwaltung faktisch gegeben[1136], die Einführung des Gesetzes über die vereinte Arbeit von 1976 hatte aber noch eine zweite Funktion, nämlich die 1965 teilweise eingeführten marktwirtschaftlichen Mechanismen wieder zurückzunehmen. Laut der Ansicht einiger jugoslawischer Ökonom*innen hatte die Reform nicht nur die Ziele verfehlt, sondern darüber hinaus auch zu weiteren „negativen Phänomenen in der Wirtschaft" geführt.[1137] Die Ungleichheit in Jugoslawien, die sich etwa im Lebensstandard oder in den ungleichen persönlichen Einkommen zeigte[1138], wurde am Ende der 1960er und zu Beginn der 1970er Jahre zunehmend von stagnierenden Wachstumszahlen, einem Handelsbilanzdefizit, hoher Arbeitslosigkeit (die entsprechend dem Entwicklungsgefälle ebenfalls unterschiedlich hoch

[1133] Marx, Engels, Das kommunistische Manifest, 66.
[1134] Karl Marx, Thesen über Feuerbach, XXXXX, 32, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me03/me03_017.htm, 2021 Jänner 22.
[1135] Ebda.
[1136] Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 442.
[1137] Flakierski, The Economic System and Income Distribution in Yugoslavia, 10.
[1138] Kardelj und Bakarič versuchten in einer Theorie die Tendenz der gesellschaftlichen Entwicklung zu analysieren. Dabei suchten sie nach dem Ursprung der nationalistischen und „liberalistischen" Tendenzen im Land und kamen dabei zum Schluss, dass dieser in den Produktionsverhältnissen lag: Indem die „Mehrarbeit" aus der Produktion den Arbeitern aus „den Händen" genommen wurde, und zwar unter der „Herrschaft der Technostruktur und Institutionen außerhalb der materiellen Produktion". Siehe dazu: Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 439.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

war), hoher Inflation und von divergierenden (nationalen) Interessen begleitet.[1139] Anstatt die Ergebnisse der ökonomischen Prozesse in Jugoslawien der „Spontanität" der Marktwirtschaft zu überlassen, in welcher die Unternehmen zueinander in Konkurrenz stehen, sollten mit dem neuen Gesetz nun „Verträge" und „Vereinbarungen zwischen den Marktakteur*innen getroffen werden.[1140] Die jugoslawische Leseart der oben zitierten marxistischen Idee, zusammen mit den wirtschaftlichen Problemen der Zeit, las sich wie folgt:

> „Die Position der Selbstverwaltung des Arbeitnehmers stellt sicher, dass der Arbeitnehmer, der das Recht auf gesellschaftliche Arbeit ausübt, gleichberechtigt mit anderen Arbeitnehmern in assoziierten Arbeitsverhältnissen in Bezug auf Vernetzung, Abhängigkeit, Verantwortung und Solidarität ist und die Arbeit, die Ressourcen und das Geschäft der assoziierten Arbeitsorganisation verwaltet. Er übernimmt freiwillig Verpflichtungen durch selbstverwaltete Verträge und Vereinbarungen über Grundlagen von Plänen und anderen selbstverwalteten Verträgen und gesellschaftlichen Vereinbarungen; verwirklicht sein persönliches, gemeinsames und gesellschaftliches materielles und moralisches Interesse und das Recht, die Ergebnisse seiner gegenwärtigen und vergangenen Arbeit und die Errungenschaften des allgemeinen materiellen und gemeinschaftlichen Fortschritts zu nutzen; schützt und fördert sozialistische Selbstverwaltungsbeziehungen; verbessert seine Arbeit und andere Fähigkeiten und entwickelt sich zu einer vollständigen schöpferischen Person."[1141]

Die Dezentralisierung der Wirtschaft unter dem Aspekt der Assoziation, eingeleitet durch den Zusatz von 1971, die Verfassung von 1974 sowie das Gesetz von 1974, sah nun vor, dass die einzelnen „Arbeitsorganisationen" durch die neu eingeführten Organe der Arbeiterselbstverwaltung, der „Grundorganisation der selbstverwalteten Arbeit" („osnovne organizacije udruženog rada", OOUR) vertreten werden, d.h. bestimmte Teile eines Unternehmens schlossen sich zu einer solchen Grundorganisation als Einheit zusammen und hatten damit auch eine entsprechende Vertretung und einen Arbeiterrat.[1142] Somit wurden

[1139] Horvat, The Yugoslav Economic System, 37.
[1140] Vgl. dazu auch: Marx, Engels, Das kommunistische Manifest, 53.
[1141] Artikel 2 des Ersten Teiles des Gesetzes über die vereinte Arbeit, online unter: https://app.box.com/s/mqnigyvyswie199bcc9enx9h9wubz8nq, 2021 Jänner 21.
[1142] „Arbeiter eines Teils der Arbeits-Organisation, die eine Arbeits-Einheit bilden, in welche das Resultat ihrer gemeinsamen Arbeit sich eigenständig äußert als ein Wert in der Arbeits-Organisation oder auf dem Markt […] haben das Recht und die Verpflichtung, dass sie einen solchen Teil der Arbeitsorganisation als eine Grundorganisation der selbstverwalteten Arbeit organisieren [...]."Artikel 14 des Gesetzes über die vereinte Arbeit von 1976, online unter: https://app.box.com/s/mqnigyvyswie199bcc9enx9h9wubz8nq, 2021 Jänner 22.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Entscheidungen in diesem Bereich dezentralisierter und von jenen Personen/Arbeiter*innen getroffen, die auch unmittelbar mit diesem Bereich des Unternehmens verbunden waren.[1143]

Auf der Makroebene wurden ebenfalls Neuerungen eingeführt. Um die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen in der jugoslawischen Wirtschaft unter dem Gesichtspunkt der größeren Einbeziehung der Arbeiter*innen zu ermöglichen, wurden die sogenannten „komplexen Organisationen vereinter Arbeit" („složena organizacija udruženog rada", SOUR) eingeführt. Diese bestanden aus mehreren Arbeits-Organisationen sowie ihren zugehörigen OOURs, und bildeten damit eine Assoziation, etwa zwischen den verschiedenen industriellen Sektoren oder Branchen: Carter und Singleton führen zur Verdeutlichung dieser Strukturen das Beispiel der bosnischen Möbel- und Holzgruppe ŠIPAD an, welche insgesamt 20 Arbeits-Organisationen angehörten. Innerhalb dieser Arbeitsorganisationen gab es entsprechend der Arbeitsteilung bzw. Aufgaben wiederum mehrere OOURs, welche die damit verbunden Arbeiter*innen vertraten. Schließlich wurden aus diesen Reihen Delegierte in die darüber liegende Einheit, nämlich der SOUR, gesandt, womit gewährleistet werden sollte, dass die Interessen aller an dieser gemeinsamen Produktion teilhabenden Einheit vertreten und die Arbeiter damit als freie Produzenten auch direkt am Entscheidungsprozess beteiligt werden.[1144]

Mittels „selbstverwalteten Übereinkünften" („samoupravni sporazum") auf der Mikroebene (zwischen Verkäufern und Käufern) und „gesellschaftliche Vereinbarungen" („društveni dogovori") auf der Makroebene (unter Einbeziehung staatlicher oder lokaler Organe sowie den OOURs) sollten Produktion, Preise, Verkauf, Einkauf, Distribution, Import und Export, Einkommen, Beschäftigung usw. aber auch gemeinsame Investitionen im Rahmen der Fünfjahrespläne „verhandelt" werden, an dessen spezifischen Bestimmungen die Unternehmen auch rechtlich gebunden wurden. Man erhoffte sich, dass durch den Zusammenschluss (der Assoziation) der verschiedenen Hersteller die Intervention durch staatliche Planungsbehörden überflüssig würde.[1145] Ähnliches galt für Investitionen. Hier würden gemeinsame Projekte die Mobilität des Kapitals verbessern, indem etwa Überschüsse des einen Unternehmens zu anderen defizitären Unternehmen gelenkt werden und dies ohne Einbindung der Banken.[1146]

[1143] Singleton, Carter, The Economy of Yugoslavia, 153; – Sirc, The Yugoslav Economy under Self-Management, 210.
[1144] Singleton, Carter, The Economy of Yugoslavia, 153f.
[1145] Dazu gehörten gemeinsame Vereinbarungen über Investitionen sowie über Arbeitskräfte („pool"), deren Mobilität damit verbessert werden sollte, ohne dass die Behörden eingreifen, Jože Mencinger, The Yugoslav Economy: Systematic Changes. 1945–1986, in: The Carl Beck Papers in Russian and East European Studies, 707/01/01, Pittsburgh 1989, 1–34, hier 7.
[1146] Flakierski, The Economic System and Income Distribution in Yugoslavia, 12.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tatsächlich hatten die Reformen der 1960er Jahre zu einem Erstarken der Banken geführt, was sowohl „politisch als auch ideologisch“ mit Skepsis verfolgt wurde.[1147] Wirtschaftlich hatte es folgende Auswirkungen angenommen. Die Banken wurden in den 1960er Jahren mit der Vergabe der Investitionsmittel beauftragt, unter anderem auch in der Hoffnung, ein landesweites Netzwerk herzustellen, was angesichts der lokalen Interessen in den einzelnen Republiken nicht erreicht werden konnte.[1148] Das weitere Ziel dieser Änderungen war, dass die neuen dezentralisierten Organisationen und Strukturen die Arbeiter*innen näher an die Entscheidungen gebracht werden, um der schon erwähnten „Entfremdung“ entgegenzuwirken, womit letztlich auch die Elitenbildung zurückgedrängt werden würde. Schließlich würde die marktwirtschaftliche Konkurrenz infolge der assoziierten Vereinbarungen und Übereinkünfte abgeschwächt, Ressourcen „gerechter“ verteilt und Entwicklungen auf dem Markt damit „verhandelt“ werden.[1149]

Für die Rechte der Arbeiter*innen und die Ausbezahlung ihrer Einkommen bedeuteten diese neuen Bestimmungen Folgendes: Verträge zwischen und innerhalb der Unternehmen wurden nun auch in Bezug auf die Verteilung der Einkommen beschlossen, wobei mit dem Gesetz von 1976 das bereits erläuterte Grundprinzip „Entlohnung nach Leistung“ nochmals implementiert wurde, allerdings mit der Betonung auf eine „gleiche gesellschaftlich-ökonomische Stellung als Arbeiter“.[1150] Wie gezeigt, hatte die stetige Erhöhung der persönlichen Einkommen der Arbeiter*innen aber nicht nur zu einer steigenden Ungleichheit, sondern auch zu einem Druck bzw. zur Inflation geführt. Zwischen 1970 und 1979 lag die durchschnittliche Inflationsrate bei etwa 18 Prozent; die Rate der OECD-Mitglieder lag im selben Zeitraum bei 10,4 Prozent.[1151]

Noch vor Inkrafttreten des Gesetzes von 1976 wurde mittels verschiedener Regularien versucht, die Erhöhung der persönlichen Einkommen einzudämmen resp. die

[1147] Mencinger, The Yugoslav Economy, 7; – Sirc, The Yugoslav Economy under Self-Management, 218.
[1148] Lampe, Yugoslavia as History, 315f.; – Horvat, The Yugoslav Economic System, 40.
[1149] Weshalb dieses neue Wirtschaftssystem oftmals als „Verhandlungsökonomie” bezeichnet wird. Siehe dazu: Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 258. – Mencinger, The Yugoslav Economy, 5f.; – Flakierski, The Economic System and Income Distribution in Yugoslavia, 12; – Singleton, Carter, The Economy of Yugoslavia, 154f.
[1150] Artikel 3 und 18 des Gesetzes von 1976, online unter: https://app.box.com/s/mqnigyvyswie199bcc9enx9h9wubz8nq, 2021 Jänner 22.
[1151] Lampe, Yugoslavia as History, 317. – Für die Mitglieder der OECD lag der Durchschnitt zwischen 1973 und 1981 bei 10,4, Michael Bruno, Jeffrey D. Sachs, Economics of Worldwide Stagflation, Cambridge 1985, Tabelle 1.1., 2. – Darüber hinaus kam es im Laufe der zweiten Hälfte der 1960er Jahren zu einem „massiven Missbrauch“ der Steuern sowie anderen Abgaben bzw. Reglementierungen, die auf die Rolle der Regierung zurückzuführen waren: Wie gezeigt wurde, wurde mit 1965 dessen Funktionen immer weiter eingeschränkt bei gleichzeitiger Einführung von Kriterien wie Effizienz, Sparquote usw. *de facto* mussten aber die staatlichen Planungsbehörden, wie beispielsweise das Preisbüro, immer wieder in die Preisformation eingreifen, um das Gleichgewicht auf dem Markt wiederherzustellen, was wiederum die Grenzen und die Befugnisse des Staates verwischte und intransparent machte, Lampe, Yugoslavia as History, 316

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Einkommensunterschiede zu beschränken und dies, obwohl die oben angeführten Verfassungszusätze mehr Autonomie versprachen. Damit sollten „soziale Unruhen [...] verhindert werden, die durch solch hohe Einkommensunterschiede verursacht worden wären [...]“.[1152] Zunächst wurde ab 1971 vorgesehen, dass die Einkommensverteilung im Rahmen der „gesellschaftlichen Vereinbarungen“ zwischen den politischen Organen (auf Ebene der Republik, Provinz oder Kommunen), der Gewerkschaft sowie den „Assoziationen der Wirtschaftsorganisationen“[1153] beschlossen werden. Der Grundsatz der „sozial gerechten Einkommensverteilung“ sollten dabei mittels folgenden sechs Bestimmungen entsprochen werden:

1) „Kriterien, Grundlagen und Maßstäbe für die Verteilung des Einkommens auf persönliche Einkommen und Akkumulation;
2) Persönliche Mindesteinkommen der Arbeiter bei voller Arbeitszeit und normaler Arbeitsleistung;
3) Bedingungen und Art der Bewertung der persönlichen Einkommen im Hinblick auf den Anstieg der Lebenserhaltungskosten;
4) Bedingungen und Modus der Angleichung der persönlichen Einkommen aus Mitteln zum gemeinschaftlichsten Verbrauch und zu Lasten der Materialkosten (Reisekosten, Tagesgelder usw.);
5) Spannen zwischen den persönlichen Einkommen;
6) Das Verfahren der Schließung, Anwendung und Veränderung der Gesellschaftsverträge.“[1154]

Darauf aufbauend wurden zwischen den Unternehmen sogenannte Selbstverwaltungsabkommen abgeschlossen, die laut dem Verfassungszusatz von 1971 folgendes vorsahen: „Durch die Selbstverwaltungsabkommen stimmen die Arbeiter in Grund- und anderen Organisationen der assoziierten Arbeit und in den Interessensgemeinschaften ihre gegenseitigen Interessen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und in der gesellschaftlichen Reproduktion aufeinander ab und bestimmen die wechselseitigen Rechte, Pflichten und Verantwortung sowie die Maßnahmen für deren Verwirklichung.“[1155] Konkret wurden diese Bestimmungen wie folgt umgesetzt: Neben der Einführung eines Mindesteinkommens wurde

[1152] Milan Vodopivec, Determination of Earnings in Yugoslav Firms: Can it be squared with Labor management?, in: Economic Development and Cultural Change 41/3, Chicago 1993, 623–632, hier 623f.
[1153] Lemân, Das jugoslawische Modell, 168f.
[1154] Ebda., 169.
[1155] Verfassungszusatz XXIII von 1971, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2021 Jänner 25.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

die Höhe der persönlichen Einkommen an Abschlagszahlungen an den Unternehmensfonds gekoppelt. Waren die Einkommen innerhalb einer Republik/Provinz oder eines Sektors höher als der jugoslawische Durchschnitt, waren höhere Abgaben in den internen Fonds vorgesehen (Reservefonds, Konsumationsfonds etc.), was wiederum die Höhe der Einkommen reduzierte. Umgekehrt sollten unterdurchschnittlichen Einkommen durch niedrigere Abgaben in diverse Fonds vergrößert werden.[1156] Im Allgemeinen wurde auch vereinbart, dass die niedrigsten persönlichen Einkommen nicht weniger als 55 Prozent des Durchschnitts in der vorangegangenen Periode betragen durften. Auf der anderen Seite der Skala durften die höchsten Einkommen maximal fünf Mal höher sein als die Durchschnittseinkommen in der Republik.[1157] Auch bezüglich der Einkommensunterschiede nach Qualifikation- und Bildungsgrad wurden Schritte unternommen, um eine einheitlichere Struktur zu gewährleisten. Entsprechend einem Leitfaden mussten die höchsten Einkommen in den verschiedenen Graden der Ausbildung eines Unternehmens in einem Verhältnis zum durchschnittlichen Einkommen der unqualifizierten Arbeiter*innen stehen. Konkreter formuliert: Das maximale persönliche Einkommen der Beschäftigten mit der höchsten Ausbildung bzw. Qualifikation durften nur drei Mal höher sein als das Einkommen jener Personen, die am niedrigsten ausgebildet bzw. unqualifiziert waren. Damit behielten sich die staatlichen Autoritäten eine Kontrolle zwischen den verschiedenen Einkommensgruppen vor.[1158]

De facto reichten diese Bestimmungen aber nicht aus und mussten Anfang der 1970er Jahre temporären staatlichen Eingriffen weichen, denn der Druck, den die stetigen Erhöhungen der persönlichen Einkommen auf die Preisentwicklung resp. auf die Inflation auslöste, musste reguliert werden. Dies geschah in den Jahren 1972 und 1973, indem die Einkommen administrativ begrenzt bzw. eingefroren wurden; dies betraf die Einkommen von etwa 30 Prozent aller im sozialistischen Sektor Beschäftigten.[1159] Mit Ausrufung der neuen Verfassung wurden die Bestimmungen von 1971 aber ohnehin obsolet. Da die einzelnen Republiken nun als Staaten definiert wurden, führte jede Republik/Provinz ihre eigenen Bestimmungen und Maßnahmen ein, die im Wesentlichen aus einem Mindesteinkommen bestanden und als ein Teil des behördlich festgeschriebenen Durchschnittseinkommens festgesetzt, der innerhalb der einzelnen Republiken/Provinzen berechnet wurde. Die Obergrenze für die Einkommen wurde in den meisten Fällen wieder abgeschafft. Nach 1975 blieben damit nur noch wenige

[1156] Flakiersky, The Economic System and Income Distribution in Yugoslavia, 14.
[1157] Lemân, Das jugoslawische Modell, 171.
[1158] Flakiersky, The Economic System and Income Distribution in Yugoslavia, 13f.
[1159] Zusätzlich dazu wurden 1973 die Einkommen aller illiquiden Unternehmen auf 90 Prozent des Durchschnittseinkommens von 1972 begrenzt, was etwa fünf bis zehn Prozent aller Beschäftigten betraf, Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1974, 19–21.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

bundesstaatliche Beschränkungen im Hinblick auf die Einkommensunterschiede übrig; im Sinne der Föderalisierung wurden diese nun innerhalb der einzelnen Republiken verhandelt.[1160]

2.2.5.3. Jugoslawiens Wirtschaft und Lebensstandard in den 1970er Jahren: Zwischen globaler Rezession und neuer Verfassung

Wachstum und Entwicklung der jugoslawischen Ökonomie

Die Wirtschaft Jugoslawiens der 1970er Jahre entwickelte sich zeitgleich zur globalen Rezession, die in der Forschungsliteratur gemeinhin als „stagflation"[1161] bezeichnet wird: Das Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit stagnierte und wurde von hohen Inflations- und Arbeitslosenraten begleitet.[1162] Ein weiterer Aspekt, der im Zusammenhang der globalen Rezession betont wird, ist „die Krise des nationalstaatlichen keynesianischen Interventionismus".[1163] Der sogenannte Keynesianismus, der auf die Theorien von John Maynard Keynes (1883–1946) zurückgeht, hatte das Verständnis über die Aufgabe und Funktion des Staates innerhalb der Wirtschaft maßgeblich verändert: Der Markt könne, anders als bei der Auffassung Hayeks, sich eben nicht ausschließlich als „spontane Ordnung" selbst regulieren und könne ohne Intervention auch kein Wirtschaftswachstum generieren.[1164] Befinde sich ein Land nun in einer Wirtschaftskrise, in welcher Konsum und Investitionen sinken bzw. nicht steigen, sollte nun der Staat eben obige Funktion übernehmen und seine Investitionsausgaben steigern.[1165] Dann „müssen staatliche Ausgaben, in der Regel finanziert

[1160] Flakiersky, The Economic System and Income Distribution in Yugoslavia, 15; – Vodopivec, Determination of Earnings, 624.
[1161] Sachs, Bruno, Economics of worldwide Stagflation, 2; – Alex Cukierman, Inflation, Stagflation, Relative Prices, and Imperfect Information, Cambridge 1984, 6.
[1162] Zur sogenannten Ölpreis-Krise zutrug siehe: Vessela Chakarov, Oil Supply Crises. Cooperation and Discord in the West, Lanham 2013, 53; – Bernard Mommer, The Shocking History of Oil, in: Elisabetta Bini, Giuliano Garavini, Frederico Romero (Hgg.), Oil Shock. The 1973 Crisis and its Economic Legacy, London 2016, 13–35, hier 24. – Neben dieser Krise verursachte der Zusammenbruch des internationalen Weltwährungssystems Bretton Woods zudem einen zusätzlichen Druck auf die Weltwirtschaft (das „goldene Fenster wird geschlossen", Joanne Gowa, Closing the Gold Window. Domestic Politics and the End of Bretton Woods, New York 1983.) – Zu den konkreten Wachstumszahlen sowie der Inflationsrate siehe etwa: Niall Ferguson, Introduction: Crisis, What Crisis? The 1970s and the Shock of the Global, in: Niall Ferguson, Charles S. Maier, Erez Manela, Daniel J. Sargent (Hgg.), The Shock of the Global. The 1970s in Perspective, Cambridge 2010, 1–24; – Charles S. Maier, "Mailaise". The Crisis of Capitalism in the 1970s, in: Ebda., 25–48, hier table 1.1., 29; – Sachs, Bruno, Economics of worldwide Stagflation, Table 1.1, 2.
[1163] Christoph Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak, Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden ^{3}2017, 68 und 76.
[1164] Zum Ursprung der „keynesianische Revolution" in der sogenannten Klassischen Nationalökonomie siehe: Oliver Landmann, Keynes in der heutigen Wirtschaftstheorie, in: Gottfried Bombach, Hans-Jürgen Ramser, Manfred Timmermann, Walter Wittmann (Hgg.), Der Keynesianismus I. Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik. Entwicklung und Stand der Diskussionen, Berlin/Heidelberg/New York 1976, 133–210, hier137.
[1165] Dies begründete Keynes in seiner Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes vor allem– vereinfacht ausgedrückt – mit der „gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage", welcher Keynes eine Hebelwirkung (Multiplikatoreffekt) zuschrieb. Siehe dazu: John Maynard Keynes, The General Theory of

10.15772/ANDRASSY.2023.006

über die Notenbank oder den Kapitalmarkt [...] diese Nachfragelücke schließen“.[1166] Diese Aufforderung stand in scharfem Kontrast zur Forderung der sogenannten Neoliberalen, die den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft forderten. In der Tat hatte der „Keynesianismus“ nach dem Zweiten Weltkrieg zu Wirtschaftswachstum und Wohlstand geführt[1167], doch als die „Krisentheorie“ Keynes´ in den 1970er Jahre eben nicht mehr zu funktionieren schien, wurden Rufe nach einer anderen Wirtschaftspolitik laut: „Diese Krise nutzen die Neoliberalen als Anker zur Verbreitung ihres Programms, indem sie den keynesianischen Klassenkompromiss – Umverteilung über den Wohlfahrtstaat, makroökonomische Vollbeschäftigungspolitik, Regulierung und Demokratisierung der Arbeitsbeziehungen – als Ursache der strukturellen Krise des Kapitalismus deuteten.“[1168] Angesichts der Rezession der 1970er Jahre, in der sowohl Wachstum als auch Beschäftigung sanken, habe den Kritikern nach der Keynesianismus versagt, dessen Prinzipien und Annahmen nun neu gedeutet werden mussten. Der Monetarismus, mit Milton Friedman (1912–2006) als einer seiner bekanntesten Vertreter, setzte sich in dieser Krise zunehmend als neue Theorie durch. Aus einer ideologischen Perspektive verband Friedman, ähnlich wie auch Hayek, die Rolle des Staates mit der Freiheit, die sich als Antithese zum „Kollektivismus“ begriff[1169]: „Die Bewahrung der Freiheit ist der entscheidende Grund, um die Staatsgewalt zu beschränken und zu dezentralisieren.“[1170] Die Vielzahl an Marktteilnehmer könne nicht durch die vergleichsweise kleine Anzahl an Politiker*innen repräsentiert werden, weshalb Friedman vorschlug, dass sich der Staat auf die Funktion des „Spielleiters und Schiedsrichters“ zurückzieht und vor allem „Ruhe und Ordnung“ gewährleistet, die wiederum Voraussetzung für das Funktionieren des Marktes waren.[1171] Auf der konkreten wirtschaftspolitischen Ebene bestand die Lösung für die Probleme der 1970er Jahre (niedriges Wachstum, hohes Defizit, hohe Arbeitslosenrate usw.) vereinfacht ausgedrückt in der Umkehrung des Keynesianismus. Staatliche Ausgaben sollen nicht erhöht, sondern durch etwa Kürzungen gesenkt werden, um das Budget zu entlasten. Gleiches galt für Öffentliches Eigentum. Anstatt Unternehmen zu verstaatlichen[1172], sollen diese verkauft, d.h. privatisiert

Employment, Interest and Money, Boston 1964, 2–30; – Landmann, Keynes in der heutigen Wirtschaftstheorie, 142–144.

[1166] Heinz-Peter Spahn, Keynes in der heutigen Wirtschaftspolitik, in: Bombach, Ramser, Timmermann, Wittmann (Hgg.), Der Keynesianismus I, 211–292, hier 214.

[1167] Siehe die Berechnungen von Angus Maddison online unter: http://www.ggdc.net/maddison/oriindex.htm, 2021 März 21.

[1168] Butterwegge, Lösch, Ptak, Kritik des Neoliberalismus, 76.

[1169] Ebda., 23. – In den Worten Friedmans: „Als Liberale sehen wir in der Freiheit des Individuums und vielleicht noch in der Freiheit der Familie das höchste Ziel aller sozialer Einrichtungen.“ Milton Friedman, Kapitalismus und Freiheit, München [8]2011, 35.

[1170] Ebda., 26.

[1171] Ebda., 49–51.

[1172] Wie es nicht nur im sogenannten New Deal vorgesehen war, sondern auch in Belgien, Frankreich, Großbritannien, Deutschland usw. Siehe dazu: Werner Rügemer, Privatisierung als Kernelement der neoliberalen

10.15772/ANDRASSY.2023.006

werden, womit die Staatskassen erneut entlastet werden.[1173] Von diesem Kurswechsel war Jugoslawien in den 1970er Jahre noch nicht betroffen, aber wie noch zu sehen sein wird, traf die Kritik der Monetaristen, wonach der Grund für wirtschaftliche Krisen in der starken Präsenz des Staates liege, auch in Jugoslawien auf fruchtbaren Boden, wenngleich, und dies sei vorweggenommen, sie damit auch auf eine politische „Zerreißprobe [traf], die es nicht überleben sollte".[1174]

Von den weltwirtschaftlichen Entwicklungen der 1970er Jahre zeigte sich das Wachstum der jugoslawischen Wirtschaft aber zunächst wenig beeinflusst, was zu einem großen Teil auf die zahlreichen Investitionen dieses Jahrzehnts zurückzuführen war: Zwischen 1960 und 1973 wuchsen die Anlageninvestitionen (als Prozent des Sozialprodukts) mit 30 Prozent und stiegen zwischen 1974 und 1978 sogar auf 33 Prozent.[1175] Dass die Investitionen in Jugoslawien mit zahlreichen Schwierigkeiten verbunden waren, etwa die schon mehrmals erwähnten „politischen Fabriken" oder auch das „verschwendete Geld", war, wie Uvalić anmerkt, unter anderem auch auf die mangelnde Effizienz der getätigten Investitionen zurückzuführen. Im Vergleich zu anderen Ländern mit einer ähnlich hohen Investitionsrate war die Effizienz in Jugoslawien die geringste.[1176] Dies lässt den Schluss zu, dass Jugoslawien nicht zu wenig investierte, sondern zu viel.[1177]

Die vermehrten Investitionen hatten zu einem großen Teil mit dem Außenhandel zu tun. Statt des exportorientierten Wachstums der 1960er Jahre sollten Importe nun in der heimischen Industrie substituiert werden, die für diesen Zweck allerdings erst auf- und ausgebaut werden musste. Unter anderem auf diesen Umstand lässt sich die Erhöhung der Investitionen in den 1970er Jahren zurückführen.[1178] Der Fünfjahresplan von 1976–1980 sah nun einen solchen entsprechenden Fokus auf die Industrie vor, der zum ersten Mal seit dem ersten Fünfjahresplan der Nachkriegszeit wieder die Primärindustrie betonte. Im Hinblick auf die sogenannte Ölkrise, wurde insbesondere die Energieindustrie gefördert. Die Produktion von Kohle, Erdöl, Erdgas sollte intensiviert werden, um Jugoslawiens Wirtschaft von exogenen Faktoren unabhängiger zu machen. Dies betraf in einem ähnlichen Maße auch die Eisen-, Stahl-, nicht-metallische

Gegenreform, in: Christoph Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak (Hgg.), Neoliberalismus. Analysen und Alternativen, Wiesbaden 2008, 259–276, hier 259f.

[1173] Butterwegge, Lösch, Ptak, Kritik des Neoliberalismus, 89.

[1174] Weißenbacher, Jugoslawien, 116.

[1175] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1979, 5.

[1176] Die Effizienz von Investitionen wurde hier als Verhältnis zwischen Nettomaterialprodukt bzw. dessen Wachstum auf der einen Seite und der Bruttoinvestitionen pro Nettomaterialprodukt auf der anderen Seite ausgedrückt, Uvalić, Investment and Property Rights in Yugoslavia, 72.

[1177] Ebda., 73.

[1178] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1981, 22.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Erzeugung sowie die Chemieproduktion, zu dessen Zwecke Investitionen in vorrangig diesen Sektoren bzw. im Allgemeinen in der Industrie getätigt wurden.[1179]

Die Auswirkungen dieser Fokusverschiebung lassen sich auch anhand anderer Kennzahlen verfolgen. In der Zeit zwischen 1962 und 1981 wuchs das Bruttoinlandsprodukt etwa mit 5,1 Prozent jährlich[1180] bzw. das Sozialprodukt mit 5,6 Prozent in den Jahren zwischen 1976 und 1980[1181] und damit sogar schneller als in den meisten OECD-Ländern.[1182] Auch wuchs die Industrieproduktion auf einem relativ hohen Niveau: Zwar lässt sich an Tabelle 40 erkennen, dass das Wachstum des industriellen Outputs von der Erhöhung des Ölpreises und der darauffolgenden Rezession betroffen war, und in den Jahren 1975 und 1976 damit geringer ausfiel, allerdings stieg es daraufhin wieder auf das relativ hohe Niveau vom Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre. Erst ab dem Jahr 1980 brach sowohl das Nationaleinkommen als auch das Wachstum der industriellen Produktion drastisch ein.

Tabelle 40: Jährliche Wachstumsraten 1962–1980 (basierend auf konstanten Preisen zu 1972, Auswahl

Jahr	Nationaleinkommen	Industrieller Output
1962	3,2	8,6
1963	12,0	16,2
1964	11,4	17,1
1965	1,7	7,2
1966	7,9	3,7
1967	2,2	-0,3
1968	3,5	5,1
1969	9,7	9,8
1970	5,4	8,1
1971	8,0	9,7
1972	4,2	7,1
1973	4,9	5,4
1974	8,4	11,0
1975	3,6	6,6
1976	3,9	3,6
1977	7,6	9,5
1978	6,8	8,7
1979	7,1	8,7
1980	2,2	4,2

Quelle: Dyker, Yugoslavia, Table 5.1, 175 (Auszug).

[1179] Singleton, Carter, The Economy of Yugoslavia, 160f.; – Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1977, 25f.; – Dyker, Yugoslavia, 193f. – Für die genauen Investitionsbeträge siehe: Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1981, Table D, 51.
[1180] Dyker, Yugoslavia, 175f.
[1181] Weißenbacher, Jugoslawien, 138.
[1182] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1978, 5l.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Höhere Investitionen wurden im Laufe der 1970er Jahre auch in der Agrarwirtschaft getätigt. Stiegen diese zwischen 1975 und 1976 um etwa zwei Millionen Dinar, waren es zwischen 1976 und 1977 bereits 6,1 Millionen Dinar und im darauffolgenden Jahr um weitere sechs. Diese Erhöhungen lassen sich auf den sogenannten „Grünen Plan" („zeleni plan") für die Landwirtschaft zurückführen, der 1973 eingeführt wurde und für die Dauer von insgesamt 15 Jahren konzipiert war. Mittels Investitionen und Krediten (etwa von der Weltbank wurde für diesen Plan ein Kredit im Wert von 200 Millionen US-Dollar aufgenommen[1183]) sollten die langsamen Wachstumsraten sowohl der privaten als auch der sozialistischen Landwirtschaft erhöht werden, und dies mit einer jährlichen Rate von 2,8 Prozent. Tatsächlich wuchs die agrarwirtschaftliche Produktion im Laufe der ersten Hälfte der 1970er Jahre um jährlich drei Prozent, sank in der zweiten Hälfte allerdings auf zwei Prozent.[1184] Ein Grund für die schwache Entwicklung der Agrarwirtschaft, deren Wachstum in den Jahrzehnten davor ebenfalls stagnierte, war nach Singleton und Carter die Isolation des privaten Sektors innerhalb der Landwirtschaft, der nach wie vor einen Großteil des Bedarfs nach beispielsweise Weizen (über 60 Prozent) oder auch nach Mais (über 83 Prozent) und hielt etwa 88,5 Prozent des gesamten Viehbestandes in Jugoslawien deckte.[1185] Das Problem lag nun in der Verbindung zwischen den landwirtschaftlichen Waren und ihrer schwach ausgeprägten Belieferungskette an die Verbraucher*innen. Wären die Agrarproduzent*innen etwa besser mit der Nahrungsmittelindustrie und den entsprechenden Unternehmen vernetzt gewesen, hätte die Produktion erhöht werden können. In diesem Fall verblieb sie aber aufgrund der unzureichenden Distributionskette auf einem niedrigen Niveau.[1186] Zusätzlich dazu hat diese relative „Isolation"[1187] der Landwirtschaft auch dazu geführt, dass technologische Fortschritte nicht in einem breiten Maße genutzt werden konnten.[1188] Ein letzter Punkt wurde bereits im Kapitel der Entwicklung in den 1960er Jahren angegeben: Die staatlichen Preiskontrollen, welche die Preise nach wie vor auf einem niedrigen Niveau hielten, um damit unter anderem die Industriegüterpreise zu stützen. Letztlich ging damit auch ein vergleichsweise niedriges Niveau der Einkommen der landwirtschaftlich Beschäftigten einher und wirkte damit auf die Entwicklung des jugoslawischen Gefälles ein.[1189]

[1183] Allcock, Explaining Yugoslavia, 138.
[1184] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1981, Table F, 53.
[1185] Singleton, Carter, The Economy of Yugoslavia, 163.
[1186] Ebda., 164f.
[1187] Ebda., 164.
[1188] Ebda.; – Siehe dazu auch: Allcock, Explaining Yugoslavia, 138f.
[1189] Singleton, Carter, The Economy of Yugoslavia, 165.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Preis- und Inflationsentwicklung

Eine erste Reaktion auf die hohe Inflationsrate am Beginn der 1970er Jahre war ein erneuter staatlicher Eingriff: Die Preise von Grundnahrungsmitteln und Mieten wurden eingefroren sowie die Preiskontrolle für mehrere Industrieprodukte erweitert. Zusätzlich dazu wurde die Währung erneut abgewertet; im Jänner 1971 war ein US-Dollar nicht mehr 12,5 Dinar, sondern 15 Dinar wert.[1190] Auch führten die stetige Erhöhung der persönlichen Einkommen, als Reaktion der Arbeiterräte, sowie die vermehrten Konsumkredite („Credit-Card Communism") zu einer höheren Nachfrage nach Konsumgütern und diese wirkte sich wiederum auf den Preis der angebotenen Güter aus; dies betraf in einem ähnlichen Ausmaß aber auch die Kredite der Unternehmen.[1191] Darüber hinaus hat Popov in ihrer Analyse etwa gezeigt, in welchem Verhältnis die Entwicklung der persönlichen Einkommen zur Inflation standen und kam dabei zum folgenden Schluss. Stiegen die persönlichen Einkommen schneller als die Produktivität der Arbeit (als Verhältnis zwischen der gesellschaftlichen Produktion im sozialistischen Sektor und der Beschäftigungszahl) und die Preise, stieg damit auch die Inflation.[1192]

Indirekt damit verbunden war auch die Nachfrage nach Investitionen, die mit der Reform von 1965 verändert, zu mehr Effizienz gezwungen hätte werden sollen und ebenfalls einen Druck auf die Inflation ausübte: Investitionsmittel wurden vielerorts „verschwendet" und die „Reproduktion" gleichzeitig nicht erweitert. Die erwähnte neue Strategie der 1970er, Importsubstitution statt exportorientierten Wachstumes, hatte zu dieser Investitionsnachfrage und damit auch zur Preiserhöhung einen nicht unbedeutenden Beitrag geleistet: „Tatsächlich wuchs die Inlandsnachfrage durch die Investitions-geleitete Expansion enorm [..,] dies zeigte sich direkt im abgeschwächten Export und an der steigenden Inflation".[1193]

Die Inflation wurde zudem auch durch die staatlichen bzw. öffentlichen Ausgaben angetrieben, in diesem Fall durch die Ausgaben für Verteidigung, die 1981 etwa fünf Prozent des Bruttosozialprodukts, oder 60 Prozent des gesamten Bundesbudget ausmachten (von den 169,1 Milliarden Dinar wurden 101,9 Milliarden für die Verteidigung ausgegeben). Da nun das Budget maßgeblich mittels indirekter Steuern finanziert wurde, bedeutete jede

[1190] Flaherty, Economic Reform and Foreign Trade, 124.
[1191] Ebda., 123. – Zwar wurde versucht, die Kreditvergabe zu kontrollieren, indem diese etwa mit einer bestimmten Quote an Eigenkapital geknüpft wurden, jedoch fehlte es vielen Unternehmen an liquiden Mitteln, weshalb Kredite unausweichlich wurden. Damit verbunden war wieder das „alte" Problem Selbstverwaltung: Anstatt diese Kredite für bestimmte Projekte zu investieren und damit die „Reproduktion zu erweitern", wurden die Kredite vielerorts als „Arbeitskapital" verwendet. Siehe dazu: Ebda.
[1192] Popov, Lični dohoci i inflacija troškova, 21f. – Für die genauen Berechnungen siehe: Ebda., Tabela 1.3., 22.
[1193] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1981, 22.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Ausgabenerhöhung des Bundes auch eine Erhöhung der Steuern, die sich letztlich auch als eine Erhöhung auf die Preise auswirkte.[1194]

Auf der Angebotsseite ergaben sich ebenfalls Faktoren, die für die hohe Inflationsrate in Jugoslawien verantwortlich waren. Um beispielsweise die Kosten der Einkommenserhöhung zu decken, gingen manche Unternehmen dazu über, diese Kosten an die Konsument*innen in Form von höheren Preisen weiterzugeben.[1195] Auch konnte die jugoslawische Wirtschaft oftmals nicht prompt genug auf eine veränderte (beispielsweise eine vermehrte) Nachfrage reagieren, was zur Folge hatte, dass die Preise der verfügbaren Güter ebenfalls in die Höhe gingen.[1196] Dass die jugoslawischen Produzenten nicht schnell genug auf die Nachfrage reagieren konnten, lag wie schon erwähnt zu einem großen Teil auch an den fehlenden und nicht ausgelasteten Produktionskapazitäten, weshalb sich auch eine Abhängigkeit von Importen ergab. Auf der einen Seite gab es zwar viele Hersteller, die Halbfertig- oder Fertigwaren produzierten, auf der anderen gab es aber einen Mangel an Rohstoffen und rohstoffverarbeitenden Fabriken; ein Ungleichgewicht zulasten der weniger entwickelten Gebiete.[1197] Auch in den Bereichen der sogenannten „dritten industriellen Revolution“[1198] mussten Güter importiert werden. Unter anderem ausgelöst durch die „Ölpreis-Krise“ begann in einigen westlichen Ländern der langsame Umstieg auf andere, nicht-fossile Brennstoffe sowie auch auf die Entwicklung der Kommunikations- und Computertechnologie, der Chemie- und Pharmaindustrie. Dieser globale Prozess „setzte die osteuropäischen Planökonomien dauerhaft unter Druck“.[1199] Als sich die Inflation in den 1970er Jahren auch global vergrößerte, hatte die Importabhängigkeit Jugoslawiens die Inflation erneut angetrieben. Von allen Gütern, die im Jahre 1972 konsumiert, exportiert oder als Vorrat angelegt wurden, waren 21 Prozent davon aus dem Ausland importiert.[1200]

[1194] Singleton, The Economy of Yugoslavia, 171f.
[1195] Der Eingriff in die Preisformation wurde entgegen den Bemühungen der 1965er Reform weiter staatlich vorgenommen (in Prozent der Werte ausgedrückt, betraf dieser Eingriff 1974 mehr als 80 Prozent der industriellen Güter), hatte aber laut der OECD Untersuchung keinen signifikanten Effekt auf die Inflation. Siehe dazu: Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1975, 23.
[1196] Singleton, The Economy of Yugoslavia, 175f.
[1197] Ebda., 173f.
[1198] Neben der Produktion eben dieser neuen Technologien, bezeichnet dieser Ausdruck auch die „industrielle Revolution“ in den Ländern/Stadtstaaten der Pazifikküste, etwa Südkorea, Singapur, Taiwan, Hongkong oder auch Japan. Peter N. Stearns, The Industrial Revolution in World History, Boulder 2013, 203–205 sowie 211–218
[1199] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 255; – Vgl. dazu auch: Singleton, The Economy of Yugoslavia, 174.
[1200] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1975, 23.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Außenhandel und Handelsbilanzdefizit

Die gestiegenen Preise für die Importe hatten nicht nur zur Inflation in Jugoslawien beigetragen, sondern auch zur defizitären Handelsbilanz. Bereits während der 1960er Jahre wies Jugoslawien ein Defizit auf, das 1967 beispielsweise 5,7 Millionen Dinar betrug.[1201] Diese Tendenz setzte sich auch in den 1970er Jahren fort: Nach wie vor wurde mehr importiert als exportiert werden konnte. Die entsprechende Wachstumsrate betrug für die Importe 12,2 Prozent jährlich im Zeitraum zwischen 1967 und 1972, jene der Exporte lediglich 4,9 Prozent.[1202] Entgegen des 1965 intendierten Rückzugs des Staates am jugoslawischen Markt griffen die staatlichen Behörden erneut ein, um den Druck auf die Handelsbilanz zu verringern. Erwähnt wurden bereits die Preisstopps sowie die Währungsabwertung. Als diese Maßnahmen aber nicht die gewünschten Wirkungen zeigten, wurde im Jahr 1973 mit Liberalisierungen begonnen, die den Außenhandel insofern betrafen, als nun 1.500 Güter (mehrheitlich Rohmaterial und Investitionsgüter) vollständig freigegeben wurden.[1203] Gleichzeitig wurde der Dinar in diesem Jahr erneut um zehn Prozent abgewertet und danach schließlich dem Markt überlassen, d.h. die Wechselkurse schwankten und wurden durch Angebot und Nachfrage gebildet.[1204] Die Folge waren, wie so oft in Jugoslawien, wenn Wirtschaftsabläufe liberalisiert wurden, Preissteigerungen und eine Erhöhung der persönlichen Einkommen. Das Muster wiederholte sich 1974 nun erneut. Importe wurden wieder restriktiver, Kredite für Importe verringert sowie Steuern und Aufpreise auf importierte Güter erhoben wurden. Auch wurden Preise nun wieder vermehrt staatlich reguliert: Im Jahr 1975 wurde ein Drittel direkt der Kontrolle des Preisbüros unterstellt, ein weiteres Drittel wurden an die Preise am Weltmarkt angepasst und lediglich das letzte Drittel wurde auf dem Markt gebildet. Insgesamt zeugten diese vielen Richtungsänderungen in Bezug auf den Außenhandel von der Unfähigkeit der jugoslawischen Regierung, mittels einer konsistenten Zielsetzung und entsprechenden Maßnahmen die 1965er Reform umzusetzen.[1205]

War die Wachstumsstrategie in den 1960er Jahren und bis Mitte der 1970er Jahre am Export orientiert, änderte sich diese angesichts der oben angeführten Umstände ab Mitte des Jahrzehnts. Ähnlich wie in den 1950er Jahren, sollten Importe nun durch einheimische Produktion substituiert, Einfuhren kontrolliert, womit sowohl das industrielle Wachstum gefördert als auch die Handelsbilanz ausgeglichen werden sollte.[1206] Die Strategie war demnach

[1201] Siehe dazu: Tabelle 23.
[1202] Flaherty, Economic Reform and Foreign Trade, 125.
[1203] Ende der 1960er Jahre hatte Jugoslawien ein System eingeführt, welches die Importgüter nach Dringlichkeit kategorisierte, um die Einfuhr nach Jugoslawien zu beschränken, Dyker, Yugoslavia, 183.
[1204] Ebda., 215; – Flaherty, Economic Reform and Foreign Trade, 125.
[1205] Flaherty, Economic Reform and Foreign Trade, 129.
[1206] Ebda.,105.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

eine doppelte: Mehr Rechte und Befugnisse, d.h. mehr Dezentralisierung auf Basis der Republik- und Provinzebene bei gleichzeitiger staatlicher Kontrolle. Ersteres wurde mit einem neuen Gesetz über den Außenhandel im Jahre 1977 ausgeführt und sollte die Außenhandelsbeziehungen an die Verfassung von 1974 anpassen. Importe und Exporte waren nun Sache der Republiken bzw. der Unternehmen im Rahmen der „Verhandlungsökonomie". Die eingenommenen Devisen wurden nun folgerichtig ebenfalls von den Republiken verwaltet, was auch bedeutete, dass die Abgabe von einem Fünftel aller eingenommenen Devisen an den Bund abgeschafft wurde. In der Theorie hatte, „der Bundesstaat [...] in diesem System nur mehr koordinierende Funktion [...]."[1207]

Praktisch gesehen, und die staatlichen Eingriffe den Außenhandel betreffend, wurden aber die schon erwähnten Importrestriktion eingeführt.[1208] Wird nun ein Blick auf die Außenhandelsstruktur gelenkt, zeigt sich, dass die Importrestriktionen vor allem – und erneut[1209] – die Konsumgüter betrafen: Zwischen 1967 und 1971 bestanden 17,5 Prozent des gesamten Imports nach Jugoslawien aus Konsumgütern; zwischen 1977 und 1979 betrug dieser Anteil noch lediglich 10,9 Prozent. Im Vergleich dazu vergrößerten sich die Kapitalgüterimporte in den gleichen Zeitabschnitten von 22,3 Prozent auf 25,6 Prozent.[1210] Das Defizit stabilisierte sich 1978 durch die neuen Maßnahmen zwar tatsächlich, wuchs im darauffolgenden Jahr jedoch erneut von -4.317 Millionen US-Dollar auf -6.371 Millionen US-Dollar. Die Strategie der Importsubstitution entwickelte sich ähnlich. Während die Ausfuhren sich zwischen 1976 und 1978 um 793 Millionen US-Dollar vergrößerten, waren es beim Import im selben Zeitraum über 2.600 Millionen US-Dollar, was sich in der Vergrößerung des Defizits widerspiegelte.[1211]

Tabelle 41: Zahlungsbilanz in Millionen US-Dollar, ausgewählte Jahre

	1972	**1974**	**1976**	**1977**	**1978**	**1979**	**1980**
Handelsbilanz	-992	-3.715	-2.489	-4.380	-4.317	-6.371	-5.665
Importe	3.233	7.250	7.367	9.634	9.988	12.862	13.082
Exporte	2.241	3.805	4.878	5.254	5.671	6.491	7.417

Quelle: Flaherty, Economic Reform and Foreign Trade, Table 11 127 (Jahre 1972 und 1974); – Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1980, Table 5, 20 (Jahre 1976–1980).

[1207] Weißenbacher, Jugoslawien, 106. – Dieses Gesetz betraf auch die Dezentralisierung der Banken, die damit ebenfalls mehr Rechte und Befugnisse im Außenhandel erhielten. Siehe dazu: Flaherty, Economic Reform and Foreign Trade, 138.
[1208] Ebda., 139.
[1209] Ähnliches geschah auch in den 1950er Jahren, als Konsumgüter nur unter bestimmten Bedingungen importiert wurden, um die eigene Produktion zu erhöhen und das Handelsbilanzdefizit zu verringern. Siehe dazu Kapitel „Die wirtschaftlichen Entwicklungen Jugoslawiens in den 1950er Jahren", 88.
[1210] Im Jahr 1975 wurde sogar 21,9 Prozent weniger importiert (am Wert der importierten Güter gemessen verglichen zum Vorjahr), siehe dazu: Organsation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia1978, Table 4, 16. – Flaherty, Economic Reform and Foreign Trade, Table 6, 112.
[1211] Flaherty, Economic Reform and Foreign Trade, 139.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Zweifelsohne kam auch der globale Konjunkturabschwung erschwerend hinzu, der zu protektiven Maßnahmen in zahlreichen Ländern führte und weshalb die jugoslawischen Exporte nur erschwert Absatzmärkte fanden. „Der Einfluss der Inflation auf den jugoslawischen Außenhandel war beträchtlich. Da Jugoslawien vom Außenhandel abhängig war, spürte man die veränderten Dinar-Preise von Importen sehr."[1212] Deutlich lässt sich der Einfluss der Weltwirtschaft auf den jugoslawischen Außenhandel im Jahr 1977 ablesen. Hier verringerte sich das in die OECD-Mitgliedsstaaten exportierte Volumen von 2.036 im Jahr 1976 auf 1.952 Millionen US-Dollar.[1213] Weißenbacher etwa führt an dieser Stelle erneut die Dependenztheorie an und betont, dass sich die Länder des „Zentrums" durch Protektionismus zu schützen versuchten[1214], was in diesem Kontext auch bedeutete, dass ihre Exporte in die „Peripherien" aufrechterhalten wurden. Die Industrien dieser Länder wurden vor Importen geschützt, indem diese mit hohen Zöllen und Tarifen belegt wurden. Länder wie Jugoslawien, die davor eine hohe Importabhängigkeit aufwiesen, mussten bestimmte Produkte aber nach wie vor und nun teurer einführen, konnte ihre Produkte aber nicht mehr auf den Märkten des „Zentrums" verkaufen.[1215]

Eine Konsequenz dieser Restriktionen war, dass Jugoslawien den Handel mit den sozialistischen bzw. kommunistischen Ländern in den 1970er Jahren intensivierte. Zwar war das Volumen des mit diesen Ländern betriebenen Handels verglichen mit jenen der OECD-Mitglieder relativ gering, ein Anstieg ist im Vergleich zu den 1960er Jahren aber dennoch deutlich. Dieses stieg von 184,7 Millionen US-Dollar zwischen 1961 und 1963 auf 2.030,4 Millionen US-Dollar im Zeitraum 1975/77 und wurde in den 1980er Jahren nochmal deutlich höher.[1216] Ein weiterer Aspekt war mit dem Handelsbilanzdefizit Jugoslawiens und damit mit der Zahlungsbilanz der 1970er Jahre verbunden: Die Transferzahlungen der jugoslawischen Beschäftigten im Ausland sanken bzw. wuchsen nicht mehr im Tempo der 1960er Jahre, was wiederum auf die weltwirtschaftliche Situation zurückzuführen war, zumal die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften beispielsweise in der BRD oder auch in Österreich zurückging.[1217] So stiegen die Einnahmen durch diese Transferzahlungen im Jahr 1972 um 35

[1212] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1974, 19.
[1213] Ebda., 1980, Table 5, 20.
[1214] Ein Beispiel für diesen Protektionismus war etwa das Importverbot von Fleisch in die Europäische Gemeinschaft von 1974, das Jugoslawiens Defizit wiederum deutlich vergrößerte. Siehe dazu: Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 102.
[1215] Weißenbacher, Jugoslawien, 139.
[1216] Ebda., 139f.; – Singleton, Carter, The Economy of Yugoslavia, 234f. – Für die genauen Angaben dazu siehe: Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1979, Table 16, 40.
[1217] Zwischen 1973 und 1987 sank die Anzahl der sogenannten Gastarbeiter von 1,1 Millionen auf eine halbe Million. Siehe dazu: Dyker, Yugoslavia, 178; – Susan L. Woodward, Balkan Tragedy. Chaos and Dissolution after the Cold War, Washington D.C.1995, 49.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Prozent und im Jahr darauf um 45 Prozent; im Jahre 1974 betrug dieses Wachstum weniger als 20 Prozent.[1218] Gegen Ende des Jahrzehnts, ab 1978, stiegen die Transferzahlungen wieder schneller und lagen 1980 bei 3.790 Millionen US-Dollar[1219] (im Vergleich zum Jahr 1974, als die Einnahmen etwa 1.621 Millionen US-Dollar ausmachten[1220]). Eingedenk der Tatsache, dass diese „unsichtbaren Zahlungen" in den 1960er Jahren beinahe die Hälfte des jugoslawischen Handelsbilanzdefizits finanzierten, war dieser Einbruch der Zahlungen, der sich in den 1980er noch fortsetzte, bedeutend für Jugoslawiens Bilanz.[1221]

Lebensstandard in den 1970er Jahren:

Die verschiedenen Aspekte im Bereich der Kultur, der Bildung, dem Gesundheitsbereich sowie im Allgemeinen des Lebensstandards, die sich seit frühestens den 1950er Jahren aber besonders ab den 1960er Jahren entwickelten, wurden in den bisherigen Kapiteln bereits beschrieben: Diese reichten von der sogenannten „Amerikanisierung", den „Massenkonsum", dem Ausbau der Bildung, des Gesundheitswesens und Tourismus, über die sogenannten „shopping trips", dem Wandel in der Mode, bis hin zu den mannigfaltigen Strömungen in der Musik, des Films und der Literatur. Diese Trends setzten sich in den 1970er Jahren noch weiter fort.[1222]

Um dies anhand zwei schon bekannter Beispiele kurz zu verdeutlichen: So gab es im Jahr 1980 23,5 Millionen Nächtigungen inländischer und 30,1 Millionen Nächtigungen ausländischer Gäste in Kroatien; im Vergleich zum Jahr 1960 war diese Zahl damit fünf Mal höher.[1223] Einen solchen Anstieg gab es auch bei den Grenzüberquerungen. Ab den 1970er Jahren wurden die „shopping trips" in benachbarte Großstädte für viele Jugoslaw*innen zu einem „monatlichen Kaufrausch"[1224], wobei vor allem für die jüngere Generation die Stadt Trieste/Trst als „fashion Mecca" galt.[1225] Begehrte Marken waren etwa Levi´s, Lee, Lacoste, Benetton, Wrangler, Fila und Adidas; modisch war letztlich alles, was im Ausland erworben wurde.[1226]

[1218] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1975, 15f.
[1219] Ebda., 1980, Table 5, 20.
[1220] Ebda., 1978, Table 6, 19.
[1221] Woodward, Balkan Tragedy, 49. – Zu den Einflüssen der Erhöhung des Erdöls in Jugoslawien siehe: Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1975, 18f.; – Siehe dazu auch: Dyker, Yugoslavia, 181.
[1222] Predrag Marković, Where Have all the Flowers Gone? Yugoslav Culture in the 1970s Between Liberalisation/Westernisation and Dogmatisation, in: Calic, Neutatz, Oberreis (Hgg.), The Crisis of Socialist Modernity, 118–133, hier 124.
[1223] Duda, Adriatic for All, 295. – Wenngleich die Rezession hatte zeitweilig auch zu einem markanten Einbruch führte. Siehe dazu etwa: Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1975, 19; – Siehe dazu auch: Ebda., 1979, 45.
[1224] Marković, Where Have all the Flowers Gone?, 126.
[1225] Mikula, Highways of Desire, 217f.
[1226] Marković, Where Have all the Flowers Gone?, 126.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Bereits diese kurzen Beispiele deuten bereits darauf hin, dass das Level des Konsums in den 1970er Jahren vorerst weiter wuchs: „Ernsthafte Krisenanzeichen wie die Zunahme von Handelsbilanzdefizit, Inflation, Lebenserhaltungskosten und die Arbeitslosigkeit wurden konsequent ignoriert."[1227] Zwischen 1968 und 1978 stieg der Prozentsatz jener Haushalte, die über einen Kühlschrank verfügten, von 25,1 Prozent auf 70,4 Prozent; die Anzahl an verkauften Waschmaschinen stieg im gleichen Zeitraum auf das Fünffache. Ebenso rasant stieg die Zahl jener Haushalte, die mit einem Automobil ausgestattet waren, und zwar von 7,9 Prozent auf knapp 30 Prozent.[1228] Der Verzehr von Fleisch wurde in den zehn Jahren zwischen 1965 und 1975 von 6,2 Kilogramm pro Kopf auf 14,7 Kilogramm pro Kopf erhöht.[1229] Mit Fernsehgeräten waren nun ebenfalls mehr Haushalte ausgestattet: Von 257.000 Geräten im Jahr 1967 erhöhte sich die Zahl auf 340.000 im Jahr 1972 (siehe Tabelle 42).[1230] Insgesamt stieg die persönliche Konsumation zwischen 1970–1979 um mehr als 50 Prozent.[1231]

Tabelle 42: Auswahl verkaufter Konsumgüter, 1967 und 1972

Gerät	**1967**	**1972**
Elektrische Haushaltsgeräte (in tausend Tonnen)	43,1	91,8
Elektrische Gefrierschränke (in tausend Stück)	262,0	400,0
Kühlschränke (in tausend Stück)	194,5	415,0
Nähmaschinen (in tausend Stück)	127,4	140,0
Radiogeräte (in tausend Stück)	436,0	450,0
Fernsehgeräte (in tausend Stück)	257,0	340,0
Automobile (in tausend Stück)	110,1	109,1

Quelle: Šefer, Životni standard u Jugoslaviji, Tablica 33, 125.

Obgleich sich vieles aus den 1960er Jahren in den 1970 fortsetzte, Änderungen gab es, und zwar insbesondere im Kultur- und Unterhaltungssektor: Die schon diskutierte Parteistraffung, die stärkere Zentralgewalt und der strengere Kurs mutmaßlichen „Dissidenten" gegenüber waren eine Trendumkehr gewesen, die auch Auswirkungen auf die vergleichsweise liberale Medienlandschaft, die künstlerische Freiheit und auch auf die Arbeit von Intellektuellen hatte – dazu gehörte etwa das erwähnte Verbot der „Praxis-Gruppe". Im Bereich der Kultur und

[1227] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 256.
[1228] Marković, Where Have all the Flowers Gone?, 121.
[1229] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 256.
[1230] Zur Bedeutung der Verbreitung des Fernsehers siehe etwa: Ildiko Erdei, Novi život na "malom ekranu" I oko njega: počeci televizije u socijalističkoj Jugoslaviji (1955–1970), Etnoantropološki problemi 10/2, Beograd 2015, 405–426, hier 419; – Pušnik, Flirting with Televison in Socialism, 229.
[1231] Marković, Where Have all the Flowers Gone?, 121. – Konkreter formuliert wuchs der persönliche Konsum im Jahr 1975 mit einer jährlichen Rate von 3,4 Prozent, im Jahr darauf um 4,4 Prozent und im Jahr 1977 um sieben Prozent, Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1979, Table 1, 9.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Unterhaltung wurde nun ebenfalls strenger vorgegangen. Die Kritik an der Partei bzw. an den Begleiterscheinungen der jugoslawischen Entwicklung – wie etwa der sozialen Ungleichheiten –, die in den Filmen der sogenannten „Schwarzen Welle“ eingebettet und transportiert wurden, gerieten zunehmend selbst in Kritik und wurden am Beginn der 1970er Jahre durch die sogenannte „Weiße Welle“ ersetzt, in welcher die Politik als Gegenstand der Filme vermieden wurde.[1232]

Ein neues Gesetz am Beginn der 1970er Jahre richtete sich an die Medienfreiheit, ermöglichte ihre Einschränkung und ähnlich wie bei den Universitäten, wurden kritische Journalisten, Redakteure usw. ausgetauscht. Mitte des Jahrzehnts sollte auch die Bestrafung und strafrechtliche Verfolgung von vermeintlichen „konterrevolutionären Gegner“ erleichtert werden: Etwa 4.000 politische Häftlinge verzeichneten die jugoslawischen Gefängnisse: „Nur in Albanien und der Sowjetunion gab es gemessen an der Bevölkerungszahl mehr.“[1233] Schließlich bezeugen auch der Umgang mit dem serbischen Schriftsteller Dobrica Ćosič[1234], das Verbot der Sommerschule von Korčula und die Suspendierungen von Universitätsprofessor*innen den neuen Kurs des BdKJ.[1235] Insgesamt aber, so Calic, entsprachen die Kritiker*innen und „Dissidenten“ noch einer relativen kleinen Gruppe.[1236]

In eine andere Richtung verlief etwa die schon erwähnte Rock-Musik. Hier zeugten die Texte von beispielsweise Đorđe Balašević mit Titeln wie „Rechnet mit uns“ („računajte na nas“) von der Loyalität zu Tito: „Im Namen uns aller aus den 50er habe ich für den Eid Titos einen Vers gesungen“ („U ime svih nas is pedeset i neke – Za zakletvu Titu ja spev´o sam stih“). Die Band Bijelo Dugme („weißer Knopf”), deren Album „Šta bi dao da si na mom mjestu“ („Was würde ich geben, wenn du an meiner Stelle wärst“) als erstes jugoslawisches Album mit dem „Diamond record“ ausgezeichnet und mehr als 200.000-mal verkauft wurde, sagte alle Auftritte kurzfristig ab, um für Tito im Rahmen der Neujahrsfestivitäten aufzutreten. Der Auftritt musste nach wenigen Minuten abgebrochen werden – die Lautstärke war Tito zu laut.[1237] Mehr als jede andere Band in dieser Zeit, so Aleksandar Raković, besang sie den Sozialismus und Jugoslawien.[1238]

[1232] Marković, Where Have all the Flowers Gone?, 128–131.
[1233] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20 Jahrhundert, 257.
[1234] Siehe dazu: Marković, Where Have all the Flowers Gone?, 122.
[1235] Daraufhin entstanden sogenannten „fliegende Universitäten“, die sich – um Kontrollen oder sogar Verhaftungen zu entgehen – in private Wohnräume verlagerten, Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 258.
[1236] Ebda.
[1237] Robert Bubalo, Bregović: Osjetio se eros kad su ušli Tito i Jovanka, *večernji list*, 1. November 2014, online unter: https://www.vecernji.hr/showbiz/bregovic-osjetio-se-eros-kad-su-usli-tito-i-jovanka-964254, 2021 Juli 5; – Aleksandar Raković, Bijelo Dugme Concert in Hajdučka česma in Belgrade (1977), in: Tokovi istorije 3/ Beograd 2015, 107–133, hier 110.
[1238] Ebda.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Das Wachstum der Schulden in Jugoslawien

Ein letzter Aspekt der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Jugoslawiens der 1970er Jahre soll an dieser Stelle nur kurz angeführt werden: Die Vermehrung der Schulden, die insbesondere in den 1980er Jahre zu einem bedeutenden wirtschaftlich wie politischen Faktor wurde.[1239] Dass es zu einer stetig höheren Verschuldung kam, lässt sich zu einem großen Teil aus den oben angeführten Aspekten ableiten. Die veränderten realen Austauschverhältnisse, die sich angesichts des konjunkturellen Abschwunges auch zu Lasten Jugoslawiens entwickelten, erforderten eine neue Strategie, um sowohl dem Handelsbilanzdefizit als auch der Abhängigkeit von ausländischem Öl entgegenzuwirken. Zu diesem Zweck sollte der Außenhandel neu organisiert werden, indem nun vermehrt auf die schon mehrmals erwähnte Importsubstitution gesetzt wurde. Dass es zu dessen Verwirklichung einen neuen Schub an Investitionen brauchte, wurde bereits erwähnt. Ähnlich wie in den 1960er Jahren, wurde auch in den 1970er Jahren ein Großteil der getätigten Unternehmensinvestitionen mit Krediten finanziert. Von den insgesamt 996.000 Millionen Dinar, die zwischen 1976 und 1979 für Investitionen ausgegeben wurden, waren nur 343.000 Millionen Dinar selbstfinanziert.[1240] Das Beispiel eines Samples von insgesamt 147 Unternehmen zeigt folgende Tendenz. Zwischen 1976 und 1978 wurden die Investitionen zu etwas mehr als einem Drittel aus eigenen Ressourcen, der größte Teil mit 43 bis 45 Prozent mittels lang- und/oder kurzfristigen Krediten finanziert.[1241]

Aber nicht nur die Unternehmensschulden, sondern die auch die Gesamtverschuldung Jugoslawiens stieg in den 1970er Jahren konstant und erreichte 1980 und 1981 ein einmaliges Niveau. Betrugen diese am Beginn des Jahrzehnts noch 2,05 Milliarden US-Dollar, wuchsen sie im Laufe der nächsten Jahre auf 18.486 Milliarden US-Dollar an und erreichten im Jahr darauf, 1981, über 20 Milliarden US-Dollar.[1242]

Warum sich Jugoslawien in einem solchen Maße verschuldete, erklärt Woodward mit Verweis auf das Wirtschaftswachstum der 1970er Jahre, welches weitgehend durch ausländische Kredite finanziert wurde.[1243] Dabei dienten die Kredite zum einen der schon erwähnten Importsubstitution, d.h. dem Ausbau der Industrie, um Jugoslawiens Wirtschaft unabhängiger von der Weltwirtschaft zu machen. Zum anderen, und hier verbarg sich eine gewisse Ambivalenz, dienten diese Kredite auch der Einfuhr fortgeschrittener Technologien,

[1239] Siehe dazu Kapitel „Die wirtschaftliche Krise in Jugoslawien: Von politischen Blockaden und Kreditgebern“, 287–302.
[1240] Singleton, The Economy of Yugoslavia, 168f. – Siehe dazu auch: Uvalić, Investment and Property Rights, 84f.
[1241] Uvalić, Investment and Property Rights, Table 5A.9., 95.
[1242] Weißenbacher, Jugoslawien, 141.
[1243] Woodward, Balkan Tragedy, 47; – Pavle Petrović, Zorica Vujosević, Monetary Accomodation in Transition Economies: Econometric Evidence from Yugoslavia´s high inflation in the 1980s, in: Journal of Development Economics 62, 2000 Amsterdam, 495–513, hier 499.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

um Jugoslawiens Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.[1244] Ambivalent war diese Konstellation nun insofern, als Jugoslawien zwar versuchte, die Importe zu reduzieren, aber gleichzeitig auch auf diese angewiesen war (wie erwähnt, trafen diese Importrestriktionen zum großen Teil Konsumgüterimporte). Um diese aber finanzieren zu können, mussten wiederum mehr Kredite aufgenommen werden. Diesen Umstand bezeichnete Weißenbacher mit erneutem Rekurs auf die sogenannte Dependenztheorie „eine indirekte Subvention für die Exportfirmen des Zentrums [...]".[1245]

Den Ausführungen über die 1980er Jahre vorwegnehmend sei an dieser Stelle betont, dass diese jugoslawische Entwicklung mit einer weiteren zusammentraf, die in ihren Grundzügen weiter oben als der Übergang vom sogenannten Keynesianismus zum Monetarismus erläutert wurde. Schließlich wurde dieser Übergang, der in den 1980er Jahren in Großbritannien im Begriff des „Thatcherism", in der BRD der Angebotspolitik und in den USA im Begriff der „Reagonomics" seinen Ausdruck fand, noch von einem weiteren Prozess begleitet, der für die jugoslawische Entwicklung in den 1980er Jahren von großer Relevanz wurde: „Das Comeback von IWF und Weltbank."[1246]

2.2.5.4. Außenpolitik und die Blockfreie Bewegung: Ein kurzer Abriss

Ein Aspekt, der sich durch die jugoslawische Geschichte der Außenpolitik zog, war die erwähnte „Gratwanderung": Vor allem die USA hatten sich seit 1948 dazu entschlossen, den Erhalt der Unabhängigkeit Jugoslawiens von der Sowjetunion zu unterstützen. Ähnlich ließ auch das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland verlautbaren: „Das unabhängige Jugoslawien spielt eine wichtige Rolle im Rahmen gesamteuropäischer Stabilität und Sicherheit [...]. Unsere Politik gegenüber Jugoslawien ist darauf gerichtet, die Fähigkeit Jugoslawiens zu Fortführung seiner unabhängigen Politik zu bewahren und nach Möglichkeit zu stärken."[1247] Um eine solche Unabhängigkeit Jugoslawiens zu gewährleisten, ging etwa die Europäische Gemeinschaft ebenfalls dazu über, im Laufe der 1970er Jahre wirtschaftliche Verträge mit Jugoslawien abzuschließen.[1248]

Diese „Gratwanderung" in der jugoslawischen Außenpolitik setzte sich auch in den 1970er Jahren fort. Der weltweite Konjunkturabschwung und der Protektionismus vieler

[1244] Ebda.; – Dyker, Yugoslavia, 193.
[1245] Weißenbacher, Jugoslawien, 139.
[1246] Ebda., 128.
[1247] Zitiert bei: Calic, Tito, 361.
[1248] Ebda.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

westlicher Länder veranlasste eine gewisse geografische Umorientierung des jugoslawischen Außenhandels. Wie erwähnt, nahm der Handel vor allem mit der Sowjetunion in den 1970er Jahren wieder an Volumen zu. Der Import von beispielsweise mineralischen Brennstoffen aus sozialistischen/kommunistischen Ländern zwischen 1975 lag bei 297,2 Millionen US-Dollar; im Zeitraum 1961–1963 lag dieser Wert bei 5,6 Millionen US-Dollar.[1249] Während also die Beziehungen mit der UdSSR, zum ersten Mal seit deren Einmarsch in die ČSSR, sich wieder besserten, verschlechterten sich jene mit den USA, mit dem anderen „Tischbein": „Bereits 1976 lagen die Beziehungen zwischen den U.S.A und Jugoslawien am Tiefpunkt [...]."[1250] Bis dahin genoss Jugoslawien, insbesondere Tito, Ansehen bei Nixon: „The Secretary then gave President Tito the letter he had carried from President Nixon. [T]he Secretary said that President Nixon has no higher regard for any leader than he has for President Tito."[1251]

Den Verbesserungen mit der UdSSR einerseits und den Verschlechterungen mit den USA andererseits, gingen jedoch noch andere Ereignisse und Entwicklungen voraus, welche die Beziehungen zunächst noch verhärteten. Die wichtige „geo-strategische Position"[1252] Jugoslawiens während des Kalten Krieges, im Konkreten durch die verschärfte Situation im Mittleren Osten und die daraus resultierenden „Ölpreis-Schocks", machte es anfällig dafür, in die Interessensphären der beiden Blöcke zu geraten. Wie Nieburh anmerkt, wäre jede dramatische Änderung in der jugoslawischen Außenpolitik einer Einladung für „sowjetische Aggressionen" gleichgekommen.[1253] Im Allgemeinen wurde in Jugoslawien nun befürchtet, dass die beiden Blöcke sich zwar näherkommen, allerdings zu Lasten der Blockfreien Bewegung und dies in einem „zweiten Jalta" münden könnte. So zitiert Calic etwa Tito im Gespräch mit der Premierministerin Sri Lankas, Sirimavo Banaranaike (1916–2000): „Wir wollten ja, dass sie miteinander sprechen, aber jetzt sprechen sie ein bisschen zu viel miteinander."[1254]

[1249] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1979, Table 16, 40.
[1250] Lampe, Yugoslavia´s foreign Policy in Balkan Perspective, 106.
[1251] Telegramm des U.S.-Department of State an die U.S.-Botschaft in Jugoslawien vom 25, Juli 1972, online unter: https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1969-76v29/d238, 2021 Februar 1. – Siehe dazu auch: Tatjana Milošević, Jugoslavija i sjedinjene Američke Države u vreme Detanta: Susreti Josipa Broza Tita i Henrija Kisindžera 1970. i 1974, in: Istorija 20. Veka 2, Beograd 2018, 187–202.
[1252] Nieburh, The Search for a Cold War Legitimacy, 196.
[1253] Ebda.
[1254] Zitiert bei: Calic, Tito, 357. – In einem weiteren CIA-Memorandum vom Oktober 1977, adressiert an Verteidigungsminister Harold Brown (1927–2019, Demokratische Partei), lässt sich diese Ambivalenz ebenfalls nachlesen: Unter dem Punkt „US-Soviet Relations" hieß es dazu: „The Yugoslavs will be anxious to get your views on the status of our relations with Moscow. They have mixed emotions on this matter. They realize that tensions between Washington and the Kremlin can have an adverse effect on stability in their region; on the other hand, they are deeply suspicious of great power collusion at their expense." CIA Memorandum vom 5. Oktober 1977 an Harold Brown, online unter: https://archive.org/details/CIA-RDP80M00165A001700060004-7/page/n3/mode/2up, 2021 April 12.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

In Zusammenhang dieser Annäherungen wurden im Laufe der 1970er Jahre verschiedene Memoranden veröffentlicht, Konferenzen abgehalten und Verhandlungen über die „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (die KSZE) geführt sowie Pläne ausgearbeitet, um eine „Entspannung“ des Kalten Krieges einzuleiten. Am 1. August 1975 wurden in Helsinki die entsprechenden Verhandlungen vorerst finalisiert und die Schlussakte unterzeichnet.[1255]

Dass Jugoslawien bei diesem Prozess eine große Rolle spielte, merkt etwa Calic an, wenn sie schreibt, dass die jugoslawischen Delegationen besonderes diplomatisches Geschick zeigten: „Wann immer die Gespräche stockten, eilten die Jugoslawen mit einem neuen inhaltlichen oder wenigsten einem Verfahrensvorschlag herbei“[1256]; diese Rolle Jugoslawiens zeigt sich auch im folgenden angeführten Zitat Nixons: „Trade [...] can make a contribution to peace. Yugoslavia has shown the US the way in which the US can have profitable trading relations with socialist states despite the difference in social systems.”[1257]

Davon, dass diese Entspannung nur von kurzfristiger Dauer war, zeugt die eben schon erwähnte Verschlechterung der U.S.-amerikanischen Beziehungen ab 1976. Neben der Zunahme der Handelsaktivitäten mit der UdSSR, hatte Titos Besuch bei der Zusammenkunft der europäischen kommunistischen Parteien in Ost-Berlin ebenfalls zu dieser Verschlechterung beigetragen. [1258] Ein letzter Wandel dieser „Dreiecksbeziehung“ in den 1970er Jahren war die sowjetische Invasion in Afghanistan 1979[1259]: Jugoslawiens strategische Lage wurde erneut zu einem Schwerpunkt der Interessensphären.[1260] Wie bedrohlich die Lage eingeschätzt wurde, zeigte sich beispielsweise an einem Briefing Memorandum aus dem „U.S. Department for European Affairs“ an Henry Alfred Kissinger: Aus der Sicht der Vereinigten Staaten, verfolgte die Sowjetunion zweifelfrei das Ziel, „Post-Tito-Jugoslawien“ unter Kontrolle zu bringen. Zwar glaubten die entsprechenden U.S.-Behörden nicht an eine militärische Intervention in Jugoslawien, wogen aber ab, ob die „westlichen Interessen an der Neutralität Jugoslawiens“ das damit einhergehende politische und militärische Risiko rechtfertigten.[1261]

[1255] Siehe dazu: Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Schlussakte, Helsinki 1975, online unter: https://www.osce.org/files/f/documents/6/e/39503.pdf, 2021 Februar 1.
[1256] Calic, Tito, 358.
[1257] Memorandum des Gespräches zwischen Tito und Nixon sowie weiteren Mitgliedern beider Regierungen in Belgrad am 1. Oktober 1970, online unter: https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1969-76v29/d221, 2021 Jänner 29.
[1258] Lampe, Yugoslavia as History, 323. – Zuvor hatte Leonid Il´ić Breznev (1906–1982) der langjährigen jugoslawischen Forderung nachgegeben, dessen Souveränität, Unabhängigkeit und eigenen Weg nochmals anzuerkennen, ebda.; – Nieburh, The Search for a Cold War Legitimacy, 197f.; – Lampe, Yugoslavia´s foreign Policy in Balkan Perspective, 106.
[1259] Diese hatte Tito als “Schweinerei” bezeichnet, Calic, Tito, 376.
[1260] Lampe, Yugoslavia´s foreign Policy in Balkan Perspective, 106.
[1261] Briefing Memorandum des Assistant Secretary of State for European Affairs to Secretary of State Kissinger, Washington, undated, online unter: https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1969-76ve15p1/d82, 2021 Februar 1. – Zur Diskussion innerhalb der Blockfreien Bewegung während der sowjetischen Invasion siehe: Lampe, Yugoslavia´s foreign Policy in Balkan Perspective, 106; – Lampe, Yugoslavia as History, 324.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Dieser kurze Abriss der jugoslawischen Außenpolitik der 1980er Jahre, die zwar in diesem Kapitel zweifelsohne vereinfacht und verkürzt dargestellt ist, liegt im Hinblick auf den Fokus der vorliegenden Arbeit, aber vor allem in der Bedeutung, welche die Außenpolitik für die wirtschaftliche Entwicklung hatte. Die strategische Lage Jugoslawiens, geografisch und politisch im Rahmen der Blockfreien Bewegung, führte zwar zu oftmaligen Konjunkturen in den außenpolitischen Beziehungen, die ihrerseits aber auch wirtschaftliche Vorteile für Jugoslawien hatte: Die Bemühungen um Jugoslawiens Unabhängigkeit, darum, dass es weder in das eine noch in das andere Lager abdriftete, hatte zu einer Reihe an wirtschaftlichen Verträgen und Krediten geführt, die unter anderem für die regionalpolitischen Ziele verwendet wurden; dieser Mechanismus setzte sich auch im nächsten Jahrzehnt fort. Vor diesem Hintergrund hatten diese bilateralen Beziehungen aber nicht nur zur wirtschaftlichen Entwicklung Jugoslawiens beigetragen: Calic betont in diesem Zusammenhang etwa, dass es neben der „Legitimität, Repression und Eliten-Kooption noch die Hilfen von außen" war, weshalb sich „das sozialistische Jugoslawien so lange hielt [...]".[1262]

2.2.5.5. Das regionale Entwicklungsgefälle und die Ungleichheit in den 1970er Jahren

„Most of the quarrels between the republican elites with the Communist Party were based on economic questions and had to do with the unequal distribution of wealth."[1263]

Wie gezeigt wurde, konnten in den 1960er Jahren zwar einige Verbesserungen in Bezug auf den Lebensstandard in den weniger entwickelten Regionen erzielt werden, das Entwicklungsgefälle wurde dadurch aber nicht verringert, zumal sich der Lebensstandard beinahe überall in Jugoslawien erhöhte (das markante Stadt-Land-Gefälle in einigen Regionen Jugoslawiens zeugte dabei von einer Ausnahme). Als Gründe dafür, warum am Beginn des neuen Jahrzehnts keine entsprechenden Erfolge verzeichnet werden konnten und die Differenzen noch größer wurden (siehe Tabelle 49), führte die Bundesregierung die folgenden beiden an. Zum einen sei es am aufkeimenden Nationalismus gelegen, zum anderen an der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Jugoslawiens, die zwar auf dem ersten Blick noch hohe

[1262] Calic, Tito, 360.
[1263] Jakir, The Status of ‚Nationality', 145.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Wachstumsraten verzeichnete, der Preis dafür aber eine hohe Verschuldung und ein hohes Handelsbilanzdefizit waren.[1264]

Dass aufgrund der verschiedenen Interessenslagen der Republiken und Provinzen die Verteilung auch zunehmend politisch und national instrumentalisiert wurde, war dabei das Ergebnis der genannten wirtschaftlichen, politischen und verfassungsrechtlichen Reformen, die ihren Höhepunkt in den 1970er Jahren, in der Föderalisierung Jugoslawiens fanden. Die verschiedenen Verfassungszusätze und vor allem die neue Verfassung von 1974 hatte die Bundesbefugnisse beinahe vollständig an die Organe der Republiken und Provinzen übertragen und von nun an hieß es, dass Bestimmungen auf Bundesebene den Konsens aller Republiken und Provinzen benötigten. Dass aber ein solcher Konsens zwischen den Republiken und Provinzen nur schwer oder gar nicht zustande kam, bedeutete im Umkehrschluss, dass auch die Politik der regionalen Entwicklung ins Stocken geriet.[1265]

Die Verfassung von 1974 hat in einer Reihe von Artikeln die ungleiche Entwicklung adressiert und den schon erwähnten Grundsatz „Verteilung der Einkommen gemäß geleisteter Arbeit" nochmals verankert, jedoch um den Faktor der „Solidarität" nochmals bekräftigt.[1266] Artikel 20 der Verfassung besagte etwa:

> „Jedem Arbeiter gebührt – in Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Verteilung nach der Arbeit und dem Wachstum seiner Produktivität seiner eigenen sowie der gesamten gesellschaftlichen Arbeit und in Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Solidarität der Arbeiter in der assoziierten Arbeit – ein persönliches Einkommen aus dem Einkommen der Grundorganisationen der assoziierten Arbeit zur Befriedigung seiner persönlichen, der gemeinsamen und der allgemeinen gesellschaftlichen Bedürfnisse, entsprechend den Ergebnissen seiner Arbeit und in seinem persönlichen Beitrag, den er zur Einkommenssteigerung der Grundorganisationen durch seine [...] Arbeit geleistet hat."[1267]

Darüber hinaus hieß es im Artikel 22:

> „Jedem Arbeiter in der assoziierten Arbeit mit gesellschaftlichen Mitteln wird ein persönliches Einkommen und andere Rechte aufgrund der Arbeit zumindest in der Höhe und in dem Umfang verbürgt, die seine materielle und soziale Sicherheit

[1264] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 87.
[1265] Ebda., 86.
[1266] Zusätzlich dazu wurde auch betont, dass es zu keiner Ausbeutung fremder Arbeit kommen dürfe. Siehe dazu: Artikel 11 der Verfassung von 1974, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf74-i.htm, 2021 März 1.
[1267] Artikel 20 der Verfassung von 1974, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf74-i.htm, 2021 März 1.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

> gewährleisten. Die Höhe des verbürgten persönlichen Einkommens und der Umfang anderer verbürgter Rechte sowie die Art und Weise ihrer Ausübung werden in Abhängigkeit von der allgemeinen Produktivitätsstufe der gesamten gesellschaftlichen Arbeit und von den allgemeinen Bedingungen des Umfeldes, in dem der Arbeiter arbeitet und lebt, durch Selbstverwaltungsabkommen, gesellschaftliche Vereinbarungen und Gesetze festgelegt."[1268]

Eben diese „allgemeinen Bedingungen des Umfeldes" sowie die „Produktivitätsstufe" waren von der jugoslawischen Regionalpolitik abhängig, die seit 1974 in dem neu geschaffenen Rat der Republiken und Provinzen verhandelt und als Teil der Planung der Gesellschaftspläne verwaltet wurde. Die dazu entsprechende Aufgabe des Rates war es, zu beschließen, welches Ziel die weniger entwickelten Gebiete in der Planungsperiode erreichen sollten und mittels welcher finanziellen Mittel. Nach wie vor gab es vor allem zwei Instrumentarien für die Verteilung dieser Mittel. Kredite aus dem Bundesentwicklungsfonds sowie die Bundesmittel zur Finanzierung der Sozialleistungen (Zuschüsse). Grundvoraussetzung für die Ausbezahlung dieser Mittel war nun ein Konsens des Rates darüber, welche Republik und welche Provinz als eine weniger entwickelte Region definiert wurde, die es im Rahmen des Bundesfonds zu fördern galt – dies erwies sich ab den 1970er Jahren als Herausforderung.[1269] Während der gesamten Dekade konnten sich die Republiken und Provinzen nicht auf gemeinsame Kriterien verständigen, was *de facto* dazu führte, dass die Mitteln aus dem Bundesfonds ohne konkreter Entscheidung ausbezahlt wurden.[1270]

Als ein grundlegendes Problem bei der Konsensfindung im Bereich der jugoslawischen Regionalpolitik der 1970er Jahre identifiziert Burg die „Natur der Planung" selbst, anhand welcher der Zusammenhang zwischen der regionalen Ungleichheit und der Innenpolitik genauso deutlich wird wie die Brisanz, die mit diesem Zusammenhang einherging. Der Rat selbst bestand aus Vertreter*innen der Republiken/Provinzen, welche die Entwicklung ihrer eigenen Region repräsentierten und konnten dabei als „Verteidiger"[1271] der eigenen Nation gegenüber der Ausbeutung anderer auftreten.[1272] Das heißt, auf Bundesebene wurden bei zahlreichen Beschlüssen die eigenen Interessen mitverhandelt, was letztlich dazu führte, dass sich etwa bei der Erstellung der Fünfjahrespläne die weiter und weniger entwickelten Regionen gegenüberstanden und je nach Entschluss, Spannungen auf der einen oder anderen Seite daraus

[1268] Artikel 22 der Verfassung von 1974, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf74-i.htmm, 2021 März 1.
[1269] Burg, Conflict and Cohesion in Socialist Yugoslavia, 277.
[1270] Ramet, Die drei Jugoslawien, 378.
[1271] Ebda., 86.
[1272] Ebda.; – Burg, Conflict and Cohesion in Socialist Yugoslavia, 276.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

resultierten: „Es ist daher klar, dass bei allgemeinen Konflikten auch stets die konkreten ökonomischen Interessen der Regionen involviert wurden.“[1273] Abgesehen von diesem neuen politischen Organ bzw. dieser neuen „Natur der Planung“, blieben die grundlegenden Argumente beider Seiten unverändert: Wie in den Jahrzehnten zuvor, beklagten die weiter entwickelten Regionen, dass sie aufgrund der jugoslawischen Regionalpolitik nicht mit ihren westlichen Nachbarländer mithalten können. Gleiches brachten auch die weniger entwickelten Gebiete hervor, allerdings waren deren Maßstab die weiter entwickelten Regionen Jugoslawiens.[1274] Hinzu kamen noch die exogenen Faktoren der Weltwirtschaft, die den Druck auf die jugoslawische Ökonomie erhöhten und damit letztlich auch auf die Frage, wie der „geringere Wohlstand“ nun aufzuteilen war.[1275] Der Fünfjahresplan von 1971 bis 1975 wurde noch vor der Krise konzipiert und sah vor, dass die Wachstumsrate der weniger entwickelten Gebiete zusammen gerechnet mehr als 25 Prozent höher als das gesamtjugoslawische Sozialprodukt wachsen sollte. Zusätzlich dazu wurden die Mittel zur Finanzierung des Bundesentwicklungsfonds erhöht. Anstatt der bis 1971 geltenden 1,85 Prozent des BMP wurden nun 1,97 Prozent erhoben, und zwar mittels Zwangsanleihen, die monatlich gezeichnet werden mussten.[1276] Dabei entsprachen die Abgaben folgenden Summen:

Tabelle 43: Einzahlungen in den regionalen Entwicklungsfonds nach Republiken und Provinzen (1971–1975, in Millionen Dinar)

Jahr / **Republik/Provinz**	**1971**	**1972**	**1973**	**1974**	**1945**	**1971/1975**
Insgesamt	2.788,4	4.254,8	4.895,8	5.0399,9	7.810,0	24.752,9
Bosnien-Herzegowina	309,5	529,5	538,2	632,3	944,8	2.954,3
Montenegro	57,4	61,8	86,6	90,8	143,1	439,7
Kroatien	673,0	1.267	1.3356,5	1.322,8	2.139	6.759,0
Mazedonien	146,1	217,1	256,1	300,9	430,7	1.351,5
Slowenien	598,6	718,7	889,0	880,4	1,370,5	4,457,2
Engeres Serbien	684,8	1.051,9	1.134,0	1.157,1	1.823,1	5.859,9
Vojvodina	300,7	361,4	539,8	559,4	800,8	2.562,1
Kosovo	18,3	47,4	59,0	96,2	157,3	378,2

Quelle: Thomas Eger, Das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien, Tabelle A6.1., 223.

[1273] Burg, Conflict and Cohesion in Socialist Yugoslavia, 277f.
[1274] Jakir, The Status of ‘Nationality’, 145.
[1275] Marie-Janine Calic, The Beginning of the End. The 1970s as a Historical Turning Point in Yugoslavia, in: Calic, Neutatz, Oberreis (Hgg.), The Crisis of Socialist Modernity, 66–86, hier 75; – Calic, Tito, 379.
[1276] Eger, Das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien, 137f. – Die jeweiligen Unternehmen konnten diese Anleihe als besonderen Teil ihres Geschäftsfonds ausweisen und die Rückzahlung der Anleihen erfolgte nach drei Jahren in zwölf Raten mit einer 4-prozentigen Verzinsung, für dessen Tilgung die Föderation haftete. Siehe dazu: Ebda., 138.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Die Mittel aus dem Bundesentwicklungsfonds wurden, wie im Jahrzehnt zuvor, als niedrigverzinste Kredite mit einer vergleichsweise langen Laufzeit an die weniger entwickelten Regionen vergeben, und zwar im folgenden Ausmaß:

Tabelle 44: Verteilung der Kredite aus dem Bundesentwicklungsfonds, 1966–1980

	1966–1970	**1971–1975**	**1975–1980**	**Anteil der Bevölkerung**
Verteilung insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Bosnien-Herzegowina	30,7	32,4	30,6	52,3
Montenegro	13,1	11,4	10,8	7,4
Mazedonien	26,2	22,9	21,6	23,0
Kosovo	30,0	33,3	37,7	17,3

Quelle: Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, Table 4.3., 98.

Ersichtlich in Tabelle 44 ist zunächst, dass die Anteile für Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo zwischen diesen beiden Zeiträumen stiegen und dabei jeweils etwa ein Drittel dieser Mittel erhielten. Montenegros Anteil an den Krediten sank von 13,1 Prozent zwischen 1966 und 1970, auf 11,4 Prozent in den darauffolgenden fünf Jahren. Noch niedriger fiel der mazedonische Anteil aus, der um 3,3 Prozent in der gleichen Periode abnahm. Als Vergleichswert wurden diese Mittel im Verhältnis zum jeweiligen Anteil an der Bevölkerung herangezogen, womit Folgendes deutlich wird. Mit Ausnahme des Kosovos, dessen Entwicklung eine besondere Berücksichtigung in den 1970er bekam, war der Pro-Kopf Anteil der Mittel aus dem Bundesentwicklungsfonds in Montenegro der höchste, der niedrigste in Bosnien. Oder anders formuliert: Die Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas machte über die Hälfte der gesamten Bevölkerung der weniger entwickelten Gebiete aus, erhielt mit 32,4 Prozent zwischen 1971–1975 jedoch weitaus weniger als die entsprechende Hälfte der Mittel. Eine ähnliche Tendenz ergab sich beim zweiten Instrumentarium zur Glättung des Entwicklungsgefälles, die erwähnten Bundesmittel zur Finanzierung der Sozialleistungen (siehe Tabelle 45). Auch diese nahmen, ähnlich wie die Kredite aus dem Fonds, zu Gunsten der Entwicklung des Kosovos zu. Der entsprechende Anteil wuchs von 27,5 Prozent aller Bundesmittel zwischen 1966 und 1970 auf 30,8 Prozent in der Zeit bis 1975 und zwar zu Lasten der Mittel in die restlichen Republiken. Der höchste Rückgang zwischen diesen beiden Zeiträumen betraf Mazedonien, danach Montenegro und schließlich auch Bosnien-Herzegowina, das nun um 0,3 Prozent weniger Mitteln im Vergleich zum vorangegangenen Zeitraum erhielt.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 45: Verteilung der Bundesmittel zur Finanzierung der Sozialleistungen, 1966–1980

	1966–1970	1971–1975	1975–1980	Anteil der Bevölkerung
Verteilung insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Bosnien-Herzegowina	40,6	40,3	35,8	52,3
Montenegro	11,4	10,5	12,4	7,4
Mazedonien	20,5	18,5	16,3	23,0
Kosovo	27,5	30,8	35,4	17,3

Quelle: Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, Table 45, 100.

Wie sich diese entwicklungspolitischen Maßnahmen und Mittel nun auf das jährliche Wachstum der drei Republiken sowie der Provinz auswirkten, zeigt Tabelle 46:

Tabelle 46: Wachstumseffekte der weniger entwickelten Gebiete durch die Verteilung der Mittel aus dem Bundesentwicklungsfonds, 1971–1975, in Prozent

	Bosnien-Herzegowina	**Mazedonien**	**Montenegro**	**Kosovo**
Wachstumsrate über dem jug. Durchschnitt	3,7	14,9	-11,2	14,2

Quelle: Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, Table 4.4, 99.

Die höchsten Wachstumsraten in der ersten Hälfte der 1970er Jahre verzeichneten Mazedonien mit 14,9 Prozent über dem jugoslawischen Durchschnitt sowie der Kosovo mit 14,2 Prozent. Die Verringerung der Kredite sowie Bundesmittel an Bosnien-Herzegowina zeigten sich naturgemäß im geringeren Wachstum, das lediglich 3,7 Prozent über dem jugoslawischen Durchschnitt lag. Als einzige Republik wies Montenegro mit -11,2 Prozent unterdurchschnittliche Wachstumsraten auf und erneut stellt sich die Frage, warum trotz dieser relativen Ineffizienz, bedeutende Investitionen an die Republik gingen. Sowohl bei der Vergabe der Kredite aus dem Bundesfonds als auch bei den Bundesmittel verzeichnete Montenegro die höchsten Pro-Kopf Auszahlungen (siehe Tabelle 44 und 45). Als Grund dafür wird erneut die politische Komponente resp. die Parteienmitgliedschaft angeführt, die in Montenegro mit über 12,4 Prozent der gesamten Bevölkerung am höchsten war.[1277]

Davon abgesehen, gelang es aber weder Montenegro noch den anderen Republiken bzw. der anderen Provinz das Wachstum der nördlichen Regionen aufzuholen noch das Ziel eines 25-prozentigen Wachstums zu erreichen, geschafft wurden lediglich neun Prozent.[1278] Woran lag das? Werden zunächst ausschließlich die Investitionen in Sachanlangen (Tabelle 47) betrachtet, zeigt sich auf den ersten Blick ein höheres Wachstum für die weniger, als für die

[1277] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, Table 4.7., 101. – Zu den vergleichsweise höheren Beträgen, die an Montenegro ausbezahlt wurden, siehe: Ebda., 100.
[1278] Ebda., 103.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

höher entwickelten Regionen. Einer jährlichen Wachstumsrate von 26,9 Prozent in den weniger entwickelten Gebieten stand eine Rate von 25 Prozent in den restlichen Regionen gegenüber. Wird der Kontext der Investitionen allerdings erweitert und am Gesamtvolumen in Jugoslawien gemessen, zeigt sich, wie schon in den vergangenen Jahrzehnten, dass der höchste Anteil der Gesamtinvestitionen in Slowenien, Kroatien, in der Vojvodina sowie in Serbien lag. In Zahlen ausgedrückt bedeutete dies, dass im Jahr 1975 63 Prozent aller Investitionen in Anlagevermögen in den weiter entwickelten Gebieten und 28,4 Prozent in den weniger entwickelten Gebiete getätigt wurden, demnach in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo, in Mazedonien und in Montenegro.[1279] In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre setzte sich dieser Trend nicht nur fort, sondern wurde auch intensiviert. Gemessen an den Pro-Kopf Investitionen im Verhältnis zum jugoslawischen Durchschnitt (=100) lagen die weiter entwickelten Regionen mit einem Wert von 113 über dem Durschnitt und die weniger entwickelten Regionen mit 76,9 Indexpunkten weiter darunter.[1280]

Tabelle 47: Wachstumsindikatoren in Jugoslawien 1966–1975, in Prozent

	1966–1970		**1970–1975**	
	A	B	A	B
Jugoslawien	18,1	14,1	5,5	15,1
Unterentwickelte Regionen	14,9	14,1	26,9	27,3
Entwickelte Regionen	19,4	14,7	25,0	25,5

A= Jahreswachstumsrate der Investitionen in Sachanlagen
B= Jahreswachstumsrate der Bruttogütererzeugung
Quelle: Ramet, Die drei Jugoslawien, Tabelle 9.1., 366.

Tabelle 48: Pro-Kopf Investitionen in den Republiken und Provinzen im Verhältnis zum jugoslawischen Durchschnitt, 1971–1975, in Preise von 1972

	Jug. Durchschnitt	**BiH**	**MNE**	**HRV**	**MZD**	**SLO**	**SRB**	**Voj.**	**Kos.**	**LDR**	**DR**
1971–1975	100	89,9	114,1	112,5	77,2	190,1	86,3	95,1	46,9	82	109,7

Quelle: Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, Table 4.2., 98.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Betrachtung anderer Kennzahlen. Das Pro-Kopf Nationaleinkommen ließ sich während der gesamten 1960er und 1970er Jahre in zwei Gruppen aufteilen. Jene, die über dem jugoslawischen Durchschnitt sowie in die zweite Gruppe, die darunter lag. Im Jahr 1978 war Slowenien mit einem Indexwert von 195,3 weit über dem Durchschnitt (=100), gefolgt von Kroatien mit 129,2 und der Vojvodina mit 123,6

[1279] Ramet, Die drei Jugoslawien, Tabelle 9.2., 332.
[1280] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, Table 4.8., 106.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Indexpunkten. Auf der anderen Seite lag Serbien mit einem Wert von 96,6 und danach Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Mazedonien, alle drei verzeichneten Indexpunkte zwischen 66,2 und 67,7. Das Schlusslicht bildete der Kosovo: Mit 26,8 Indexpunkten war dieser Wert nicht nur unterdurchschnittlich, sondern war auch sieben Mal kleiner als das slowenische Pro-Kopf Nationaleinkommen.[1281] Wird Slowenien als Ausgangswert herangezogen, zeigt das Verhältnis zwischen Slowenien und dem Kosovo noch einen weiteren Trend. Lag das BIP pro-Kopf im Jahre 1965 für den Kosovo bei 19,6 Indexpunkten, also etwa einem Fünftel des slowenischen Wertes, so verringerte sich dieser im Laufe der nächsten 15 Jahre und war zu Beginn der 1980er Jahre bei lediglich 14,1 Indexpunkten. Im Vergleich dazu stieg der entsprechende kroatische, serbische und montenegrinische Wert (der bosnische stieg nur geringfügig von 33,0 auf 33,3 Indexpunkte, siehe Tabelle 49). Diese Entwicklung legt nun nahe, dass die Unterschiede zwischen den Republiken, bzw. zwischen den weniger und weiter entwickelten Gebieten im Laufe der Jahre nicht verringert, sondern vergrößert wurden.

Tabelle 49: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (Slowenien=100)

Republik/Provinz	**1965**	**1974**	**1980**
Slowenien	100	100	100
Kroatien	65,8	62,5	64,1
Vojvodina	60,9	58,0	57,1
Engeres Serbien	52,2	48,0	49,5
Montenegro	41,3	34,0	39,9
Bosnien-Herzegowina	39,1	33,0	33,3
Mazedonien	36,4	34,9	33,8
Kosovo	19,6	16,0	14,1

Quelle: Gligorov, Benefits and Costs, Table 3, 419.

An den oben angeführten Tabellen lässt sich bereits erkennen, dass das Entwicklungsgefälle auch in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre nicht verringert werden konnte: Der sechste Fünfjahresplan für die Periode 1976–1980 implementierte die Absicht eines schnelleren Wachstums erneut, nun aber mit dem Ziel, damit sowohl die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen als auch die „inter-Nationalitäten Beziehungen“ zu fördern.[1282] Neben dem Bundesentwicklungsfonds und den Zuschüssen aus Bundesmitteln kam zu diesem Zweck noch ein weiteres Instrument zum Einsatz. Wenn sich im Rahmen eines neues Investitionsprojektes Arbeitskräfte und Ressourcen zwischen den weniger und weiter entwickelten Regionen zusammentaten (sich „vereinigten“), konnten bis zu 20 Prozent der

[1281] Siehe dazu: Singleton, Carter, The Economy of Yugoslavia, Table 17.5., 221.
[1282] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 103.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Rückzahlungen der Mittel, die aus dem Bundesentwicklungsfonds bezogen wurden, gestrichen werden. Damit sollte ein erneuter Anlauf unternommen werden, um die Zusammenarbeit zwischen den Regionen zu fördern[1283], der vor allem durch den selbstbestimmten Außenhandel ab 1977 fragmentierte. Im Jahr 1970 lag der Prozentsatz des inter-regionalen Binnenhandels bei 27,7 Prozent – im Jahr 1983 sank dieser auf 21,7 Prozent und fiel, wie noch zu sehen sein wird, in den 1980er Jahren noch weiter.[1284] Das Ergebnis dieser Bemühungen blieb, ähnlich wie in den 1960er Jahren, mit 2,3 Prozent von allen möglichen Kooperationen eher marginal[1285] (zur Erinnerung: in den 1960er Jahren wurde eine ähnliche Maßnahme erlassen, die „Experten" aus den weiter entwickelten Gebieten in die anderen entsenden konnte, um bestimmte Fähigkeiten und Techniken zu vermitteln – diese Möglichkeit wurde aber aufgrund gegenseitiger Skepsis nicht oder kaum in Anspruch genommen).

Worin lagen die Ursachen für diese erweiterte Kluft? Tatsächlich waren die Ursachen dafür nicht ausschließlich interner Natur. Der Konjunkturabschwung in den 1970er Jahren trug zum jugoslawischen Entwicklungsgefälle insofern dazu bei, als etwa agrarwirtschaftliche Exporte keinen, oder nur erschwerten Absatz auf den ausländischen Märkten fanden oder auch die Arbeitslosenzahlen und die Rückkehr vieler Beschäftigen aus dem Ausland. Beides hatte für die weniger entwickelten Regionen größere Konsequenzen als für die restlichen Republiken und Provinzen.[1286] Die Arbeitslosenrate in Slowenien war mit 1,4 Prozent zum einen die niedrigste und zum anderen auch die einzige, die sich im Laufe der 1970er Jahre nicht vergrößerte, sondern stabil blieb. Umgekehrt war die Arbeitslosigkeit im Kosovo mit 27,6 Prozent im Jahr 1980 die höchste, und verzeichnete auch die größte Zunahme (von 21 Prozent im Jahr 1974).[1287] Schließlich führte die Krise auch dazu, dass die ohnehin schon komplexe Konsensfindung zwischen den Republiken und Provinzen nochmals erschwert wurde und die einzelnen Interessen immer weiter auseinanderdrifteten. Während die weiter entwickelten Regionen Forderungen nach größerer Autonomie anstimmten, hatten die weniger entwickelten Regionen ein größeres Interesse an einer Zentralisierung, mit welcher einer „effektive Verteilungspolitik" einhergehen sollte.[1288]

[1283] Ebda.,104f.
[1284] Weißenbacher, Jugoslawien, 107.
[1285] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 107. – Es gab nun auch die Möglichkeit, zwei Drittel der Kredite, die von der Internationalen Bank für Rekonstruktion und Entwicklung von Jugoslawien an diese Gebiete zu vergeben. Diese dienten vor allem dazu, Fremdwährungen zu erhalten, um Industrieausrüstung importieren zu können. Siehe dazu: Ebda., 105.
[1286] Ebda., 102f.
[1287] Gligorov, Benefits and Costs, 420.
[1288] Calic, The Beginning of the End, 75.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 50: Arbeitslosenrate in Prozent, Auszug 1965–1980

	1965	**1974**	**1980**
Slowenien	1,7	1,4	1,4
Kroatien	5,6	4,8	5,2
Engeres Serbien	7,4	11,3	15,8
Vojvodina	4,5	8,9	12,4
Kosovo	15,2	21,0	27,6
Montenegro	5,1	12,7	14,7
Mazedonien	13,5	19,7	21,5
Bosnien-Herzegowina	4,8	9,7	14,1

Quelle: Gligorov, Benefits and Costs, Table 4, 421.

Neben diesen und noch weiteren Auswirkungen der Rezession in den 1970er Jahren blieben die innerjugoslawischen Probleme der 1960er Jahre nach wie vor bestehen. Die Investitionen waren vielerorts noch immer unrentabel und unwirtschaftlich. Jede Republik wollte die Industrie innerhalb der eigenen Grenzen ausbauen, unabhängig davon, ob die dafür notwendige Infrastruktur vorhanden war, ob es Nachfrage oder Beschäftigung dafür gab, und es auch keine Rolle spielte, ob ähnliche Fabriken bereits vorhanden waren („Duplizierung der industriellen Ressourcen“)[1289]: „Diese dysfunktionale Fetisch-Einstellung, die wir bei der Bewertung von Investitionen in den 1960er Jahre in den weniger entwickelten Regionen sahen, war in den 1970er Jahren tatsächlich noch ausgeprägter.“[1290]

Die Politisierung wirtschaftlicher Fragen, die Föderalisierung Jugoslawiens und die damit verbundene erweiterte Entscheidungsbefugnis der Republiken und Provinzen hatten das Ziel einer gleicheren Entwicklung in großem Maße erschwert. Die politischen Organe resp. die beiden Kammern bestanden aus Vertreter*innen der einzelnen Regionen, die ihre spezifischen Interessen den gesamtjugoslawischen voranstellten. Verschärft wurde die Situation schließlich durch die weltweite Rezession – das Banner der „Brüderlichkeit und Einheit“ geriet in den 1970er Jahren damit zusehends unter Druck. Die Einkommenserhöhungen der Arbeiterräte verhinderten die Anreize marktwirtschaftlicher Signale und lösten dabei mehrere Effekte auf

[1289] Singleton, Carter, The Economy of Yugoslavia, 222f.

[1290] Dyker, Yugoslavia, 200f. – Als eines von mehreren Beispielen gibt Dyker den Bau der Eisenbahnlinie von Belgrad nach Bar an der montenegrinischen Küste an, dessen Fertigstellung insgesamt 24 Jahre dauerte und das Hundertfache der Schätzungen der Baukosten kostete und selbst als die Planer dieser Eisenbahnlinie zugestanden, dass sich das Projekt wohl nicht amortisieren würde, wurde weiter daran gearbeitet. Eines der größten und teuersten Projekte Jugoslawiens war der Bau einer Pipeline zwischen Omišalj, auf der kroatischen Insel Krk, über Novi Sad bis nach Pančevo in Serbien, von wo aus sich diese Pipeline mit jener der Comecon Pipeline im ungarischen Gola verband. Die Kosten dieses Projektes übertrafen erneut ein mannigfaches die geplanten. Hinzu kamen Verspätungen aufgrund der Ölpreise, der Bürokratie sowie aufgrund von Unstimmigkeiten mit ausländischen Investoren. Im Jahr 1982, drei Jahre nach der geplanten Inbetriebnahme, ließ die jugoslawische Regierung wissen, dass unter den wirtschaftlichen Umständen unmöglich sei, diese Pipeline in Betrieb zu nehmen. Siehe dazu: Ebda., 203–206.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

den Außenhandel (und ihrer Bilanz), Investitionen, Preise, Schulden und letztlich wieder auf die Einkommen aus.

Neben „Wohlstand, Sicherheit und internationalem Ansehen“ sowie der „Repressionsmittel“ war es die Persönlichkeit und Rolle Titos selbst, die Calic als letzten von insgesamt vier Gründen aufzählt, welche Jugoslawiens Stabilität gewährleisteten. [1291] Als im Laufe der 1980er Jahren zwei davon wegbrachen, brachte der „eskalierender Streit zwischen den Teilrepubliken und Provinzen über Reformen [...] die Bundespolitik faktisch zum Stillstand.“ [1292]

[1291] Calic, Tito, 346.
[1292] Ebda., 379.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

2.2.5.6. Auswirkungen des regionalen Entwicklungsgefälles auf das persönliche Einkommen

An mehreren Stellen in dieser Arbeit wurde bereits der Zusammenhang zwischen der Höhe der persönlichen Einkommen und der „organischen Kapitalzusammensetzung“ in Unternehmen hingewiesen. Auch wurde schon erwähnt, dass dem technologischen Fortschritt, der wiederum von der Kapitalausstattung determiniert wird, eine tragende Rolle in der Entwicklung eines Unternehmens bzw. einer Region zukam. Werden nun die eben geschilderten Prozesse und Ereignisse der 1970er Jahre miteinbezogen (höhere Gesamtinvestitionen in den weiter entwickelten Gebieten, globaler konjunktureller Abschwung, erschwerter Export agrarwirtschaftlicher Erzeugnisse, gegenseitige politische Blockaden der Republiken/Provinzen usw. sowie im Allgemeinen eine sinkende Arbeitsproduktivität), dann überraschen die folgenden Ergebnisse bezüglich der Einkommensunterschiede umso mehr: Der erste Blick (Strang) zeigt nämlich, dass die Einkommensunterschiede zwischen den Sektoren und auf Basis des jugoslawischen Durchschnitts nach deutlich abgenommen haben, und zwar im Vergleich zu den 1960er Jahren (Tabelle 51).

Der Unterschied zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Einkommen im Jahr 1969 betrug knapp 49 Prozent. Am folgenden Beispiel konkreter formuliert: Ein/e landwirtschaftliche Arbeiter*in konnte in diesem Jahr durchschnittlich 49 Prozent dessen verdienen, was ein/e Beamter/Beamte in der „gesellschaftlichen und staatlichen Organisation und Diensten“ („Industrielle Kammern“) im Durchschnitt einnahm.[1293] Im Jahr 1973, also jenem Zeitpunkt, in welchen die Einkommensunterschiede am niedrigsten waren, sah die Situation wie folgt aus: In der Landwirtschaft und Fischerei bzw. in der Forstwirtschaft lag das durchschnittliche persönliche Einkommen bei 1.778 Dinar im Monat und war damit das niedrigste, gemessen an den restlichen Sektoren. Das höchste Einkommen dieses Jahres war wiederum im Bereich der „gesellschaftlichen und staatlichen Organisationen und Dienste“ zu finden und betrug im Durchschnitt 2.879 Dinar im Monat. Verglichen mit dem niedrigsten, lag das Verhältnis nun bei 61,76 Prozent – diesen (durchschnittlichen) Anteil machte das Einkommen einer/s Arbeiter*in in der Agrarwirtschaft im Vergleich zu den Tätigkeiten in „gesellschaftlichen und staatlichen Organisationen und Dienste“ aus. Zwar vergrößerten sich die Einkommensunterschiede ab diesem Zeitpunkt erneut, blieben aber auf einem konstant

[1293] Siehe dazu: Tabelle 31.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

höheren Niveau als in den 1960er Jahren. Im Jahr 1980 lag der Unterschied zwischen den höchsten und niedrigsten Einkommen noch immer bei 57,83 Prozent (siehe Tabelle 51).[1294]

Tabelle 51: Pers. durchschnitt. Einkommen in Dinar, jug. Durchschnitt 1970–1980

	1970	**1971**	**1972**	**1973**	**1974**	**1975**	**1976**	**1977**	**1978**	**1979**	**1980**
Wirtschaft											
Industrie und Bergbau	1.120	1.364	1.592	1.874	2.420	2.962	3.354	3.927	4.732	5.688	6.955
Landwirtschaft und Fischerei	962	1.247	1.510	1.803	2.347	2.838	3.334	3.921	4.494	5.316	6.616
Forstwirtschaft	1.089	1.339	1.486	1.778	2.438	2.794	3.156	3.863	4.599	5.665	7.089
Wasserwirtschaft								4.349	5.212	6.249	7.448
Baugewerbe	1.127	1.364	1.636	1.879	2.377	3.015	3.522	4.090	4.927	5.911	7.022
Verkehr und Verkehrswesen	1.277	1.556	1.817	2.093	2.618	3.266	3.845	4.478	5.410	6.551	7.904
Handel und Gastronomie (ab 1977 nur Handel)	1.250	1.525	1.738	1.950	2.443	2.970	3.400				
Handel (ab 1977 Einzelkategorie)								4.135	5.004	6.102	7.174
Gastronomie und Tourismus (ab 1977)								3.530	4.319	5.203	6.365
Handwerk	1.077	1.322	1.568	1.809	2.280	2.847	3.411	4.268	5.231	6.399	7.741
Wohnungs- und Kommunaldienstleistungen	1.142	1.376	1.608	1.876	2.301	2.889	34.27	4.115	5.005	6.065	7.275
Nichtwirtschaft											
Kultur- und Sozialbereich	1.324	1.614	1.889	2.108	2.683	3.379	3.946				
Kultur und Bildung (ab 1977)								4.819	4.913	7.212	8.560
Schule	1.297	1.591	1.876	2.084	2.648	3.341	3.869				
ab 1977 "Bildung"								4.622	5.703	6.957	8.299
Wissenschaft	1.681	1.935	2.209	2.535	3.227	4.011	4.788	5.838	7.111	8.850	1.0361
Kultur und Bildung	1.333	1.580	1.832	2.060	2.614	3.300	3.875				
Kunst und Unterhaltung	1.557	1.890	2.127	2.384	3.053	3.816	4.543				

[1294] Diese Erkenntnis entspricht auch jenen von Marijan Korošić, der beispielsweise die Zweige mit den fünf höchsten und fünf niedrigsten Einkommen miteinander verglich. Siehe dazu: Korošić, Ekonomske nejednakosti, 60f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

ab 1977 "Kunst, Unterhaltung und Informationen"								5.201	6.256	7.560	8.841
ab 1977: "Physische Kultur und Sport“								4.417	5.469	6.507	7.511
ab 1977: Gesundheitlicher und sozialer Schutz								4.560	5.565	6.730	7.915
Gesundheit	1.305	1601	1880	2.104	2.687	3.390	3.956	4.674	5.729	6.933	8.158
Sozialvorsorge	1.170	1423	1665	1.850	2.346	2.947	3.444	4.001	4.851	5.862	6.906
Gesellschaft. und staatliche Organisationen und Dienste	1.473	1756	2060	2.310	2.979	3.775	4.454				
Gesellschaftl. Organisationen	1.633	1.915	2.170	2.474	3.254	4.200	5.005				
Wirtschafts-kammer	1.962	22.42	2.562	2.879	3.777	4.750	5.813				
Finanz und Versicherung	1.668	1.940	2.205	2.495	3.160	3.870	4.548	5.642	6.815	8.194	9.564
Sozial-versicherung	1.508	1.818	2.113	2.347	2.974	3.773	4.355				
Verwaltung und Regierungs-organe	1.357	1.639	1.963	2.190	2.849	3.666	4.332				
ab 1977: gesellschaftlich-politische Gemeinschaften und Organisationen (DPZ)								5.301	6.381	7.354	8.884
DPZ-Organe								5.211	6.266	7.174	8.702
DPZ: Selbstverwaltende Interessengemeinschaften								5.129	6.294	7.418	8.757
DPZ: OOUR								6.735	8.065	9.559	1.144 1
DPZ: gesellschaftlich-politische Organisationen								5.930	7.007	8.228	9.749
MIN Einkommen in % des MAX Einkommens	**49,03**	**55,62**	**58,00**	**61,76**	**60,37**	**58,82**	**54,29**	**57,36**	**55,72**	**59,26**	**57,83**

Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1971–1982; eigene Berechnung.

Eine Parallele bzw. Kontinuität zu den 1960er Jahren gibt es gleichwohl. Die niedrigsten Einkommen in den 1960er Jahren waren in beinahe jedem Jahr innerhalb der Agrar- bzw. der Forstwirtschaft zu verorten. Allerdings ergibt sich aufgrund einer Umstellung im jugoslawischen Statistikjahrbuch Folgendes: Ab dem Jahr 1977 wurden mehrere neue Kategorien in die Statistik aufgenommen, zumal es mit dem Gesetz über die vereinte Arbeit von 1976 auch neue Institutionen gab (beispielsweise die „Grundorganisation der vereinten Arbeit – OOUR). Darüber hinaus wurden einzelne Kategorien auch umbenannt und andere neu

10.15772/ANDRASSY.2023.006

kategorisiert. Dazu gehörte die Kategorie der „Gesellschaftlichen und staatlichen Dienste und Organe“, die ab 1977 ersetzt wurde durch die neuen „Organe“, wie etwa die „selbstverwalteten Interessengemeinschaften“ oder auch die bereits angeführten OOUR. Letzteres löste die Kategorie der „Wirtschaftskammern“ als Zweig mit den höchsten persönlichen Einkommen auf Basis der gesamtjugoslawischen Durchschnittsdaten ab. Auf der anderen Seite der Einkommensskala gab es ebenfalls eine Umstrukturierung. „Handel und Gastronomie“, die bis 1977 zusammengeführt wurden, wurden danach in jeweils eigenen Kategorien angegeben: „Handel“ sowie „Gastronomie und Tourismus“. Dabei zeigte sich, dass die niedrigsten Einkommen ab 1977 nicht in der Landwirtschaft, sondern in der neu geschaffenen Kategorie „Tourismus und Gastronomie“ bezahlt wurden. Dies wirft nun wiederum die Frage auf, inwieweit die Einkommen aus eben diesen Zweigen nicht auch in den 1960er Jahren die niedrigsten waren, aber durch die gemeinsame Angabe mit dem Handel der Wert entsprechend vergrößert wurde. Da im Rahmen der vorliegenden Arbeit diese Frage nicht nachgegangen werden kann, soll dieser Umstand an dieser Stelle angemerkt und bei Tabelle 51 berücksichtigt werden.

Detailliertere Einblicke geben die Tabellen 52 und 53 und zeigen, wie die Analyse in den 1960er Jahren, die höchsten und die niedrigsten Einkommen nach allen in der Quelle angegebenen Zweigen.[1295] Werden die höchsten persönlichen Einkommen in den 1970er Jahren näher betrachtet, ergeben sich zwei Parallelen zum vorangegangenen Jahrzehnt. In sechs von zehn Jahren wurden diese ausschließlich im Baugewerbe ausbezahlt, und zwar im Bereich des „Projektierens“ (in den 1960er Jahren als „Planung und Entwurf“ in der Quelle angegeben) in der Republik Slowenien. Bis auf zwei Ausnahmen (im Jahr 1975 wurde das höchste Einkommen in der Vojvodina-Wirtschaftskammern und im Jahr 1977 im Finanzwesen im Bereich der Planung „Projektieren“ in Slowenien erzielt) kamen die Maximal-Einkommen in der zweiten Jahreshälfte im Verkehrswesen vor, konkreter in der Kategorie „Transport über Pipelines“ und dies ausschließlich in Kroatien. Die Kategorie „Verkehr über Pipelines“ wurde aber nicht für jede Republik im Statistikjahrbuch angegeben bzw. gab es nicht in jeder Republik/Provinz ein solches Transportwesen. Dies traf ausschließlich auf die weniger entwickelten Gebiete Montenegro, Mazedonien und den Kosovo zu, weshalb diese innerhalb der entsprechenden Kategorie auch nicht aufscheinen (als Republik/Provinz mit den niedrigsten Einkommen). Dass der Zweig im Baugewerbe „Projektieren“ als jene mit dem höchsten

[1295] Alle Ergebnisse finden sich im statistischen Anhang der Tabelle 92, online unter: https://docs.google.com/spreadsheets/d/e/2PACX-1vRdwQCUOUJyYLdANzg_sVBYIsTXqhB_LWCEDPhxxZzEkinoFAg6VFgzbRyiCtuvhQTZvI2v4x5LJBtm/pubhtml.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Einkommen vom Transportwesen abgelöst wurde, liegt nun abermals in der Umstellung in der Quelle. Ab 1977 wurde die Kategorie „Baugewerbe“ gänzlich verändert und enthielt von da an nur noch drei weitere Unterkategorien: „Hochbau“, „Tiefbau und Hydrobau“ sowie „Installationen und fertigstellende Tätigkeiten“ – „Projektieren“ wurde nicht mehr angeführt.

Tabelle 52: Höchste und niedrigste pers. durchschnitt. Einkommen in Dinar nach Sparten und Zweigen, 1970–1980: Höchstes

Höchste Einkommen	**Zweig/Sparte**	**Rep./Prov. MAX**	**Höhe Einkommen MAX**	**Höhe Einkommen MIN**	**Rep./Prov. MIN**	**Differenz absolut**	**MIN in % vom MAX**
1970	Baugewerbe: Projektieren	Slowenien	2.878	1.454	Mazedonien	1.424	**50,52**
1971	Baugewerbe: Projektieren	Slowenien	3.210	1.594	Serbien (engeres)	1.616	**49,66**
1972	Baugewerbe: Projektieren	Slowenien	3.512	1.465	Vojvodina	2.047	**41,71**
1973	Baugewerbe: Projektieren	Slowenien	3.737	2.164	Mazedonien	1.573	**57,91**
1974	Baugewerbe: Projektieren	Slowenien	4.825	2.453	Montenegro	2.372	**50,84**
1975	Wirtschaftskammern	Vojvodina	5.977	4.219	Mazedonien	1.758	**70,59**
1976	Baugewerbe: Projektieren	Slowenien	7.112	3.925	Mazedonien	3.187	**55,19**
1977	Finanzwesen: Projektieren und ähnliche DL	Slowenien	8.134	5.009	Kosovo	3.125	**61,58**
1978	Verkehrswesen: Transport über Pipelines	Kroatien	10.829	5.620	Serbien (engeres)	5.209	**51,90**
1979	Verkehrswesen: Transport über Pipelines	Kroatien	12.601	5.690	Serbien (engeres)	6.911	**45,16**
1980	Verkehrswesen: Transport über Pipelines	Kroatien	13.970	9.671	BiH	4.299	**69,23**

Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1971–1982; eigene Berechnung.

Ein weiterer Unterschied zu den 1960er Jahren ist der zeitliche Verlauf der Einkommensunterschiede. Während diese ab 1965 vorerst sanken, ist bei den Angaben in den 1970er Jahren keine zeitliche Tendenz festzustellen. Viel eher sank oder stieg diese sprunghaft wie beispielsweise Anfang des Jahrzehnts. 1972 wurde mit 3.512 Dinar pro Monat im slowenischen Baugewerbe der Kategorie „Projektieren“ die höchsten Einkommen generiert. Die niedrigsten innerhalb desselben Zweiges lagen in diesem Jahr in der Vojvodina mit 2.047 Dinar pro Monat, was etwa 42 Prozent des slowenischen Einkommens entsprach. Bereits im Jahr darauf stieg dieses Verhältnis auf 57,91 Prozent, was demnach bedeutet, dass sich die Einkommensunterschiede zwischen den höchsten (Slowenien) und niedrigsten (Mazedonien) verringerten. Ähnlich sprunghaft stiegen die Unterschiede aber auch: In der Mitte des Jahrzehnts verringerten sich die Unterschiede mit 70,59 auf den niedrigsten Wert im Jahr 1975

10.15772/ANDRASSY.2023.006

– bereits im Jahr darauf wurde dieser mit 55,19 Prozent stark vergrößert (verglichen mit den Werten aus dem vorangegangenen Jahrzehnt). Grund für die Verringerung bzw. den Anstieg könnten möglicherweise die oben erwähnten temporären staatlichen Eingriffe in den Jahren 1972 und 1973 sein, welche eben diese Verringerung der Einkommensunterschiede zum Ziel hatten.

Für die Kategorie „Transport über Pipelines“ lassen sich für die 1960er Jahre keine Vergleichswerte heranziehen, weshalb die längere zeitliche Dimension hier (noch) nicht möglich ist. Für das Baugewerbe, welches bereits in den 1960er Jahren ausschließlich die höchsten Einkommen aufwies, gibt es diese allerdings. Ab den Jahren 1968 wurden die Einkommensunterschiede in diesem Zweig kleiner – dieser Trend setzte sich am Beginn der 1970er Jahre ebenfalls fort und erreichte den niedrigsten Wert im Jahr 1972. Anders formuliert: In diesem Jahr wurde in der Vojvoidna durchschnittlich 41,71 dessen verdient, was in Slowenien im gleichen Zweig erreicht wurde. Im Jahr darauf verringerten sich die Unterschiede deutlich (von 41,71 Prozent auf 57,91 Prozent) und lagen im Jahr 1976 (der letzte Wert für diesen Zweig) bei 55,19 Prozent.

Tabelle 53: Höchste und niedrigste pers. durchschnitt. Einkommen in Dinar nach Sparten und Zweigen, 1970–1980: Niedrigstes

niedrigste Einkommen	Zweig/Sparte	Rep./Prov. niedrig. Einkommen	Höhe Einkommen MIN	Höhe Einkommen MAX	Rep./Prov. höchsten Einkommen	Differenz absolut	in % vom MAX Einkommen
1970	"restl. nicht erwähnte Industrie"	Mazedonien	630	1.480	Kroatien	850	**42,57**
1971	Holzindustrie	Kosovo	840	1.422	Slowenien	582	**59,07**
1972	industr. Leder- und Schuherzeugung	Kosovo	1.045	1.717	Slowenien	672	**60,86**
1973	industr. Leder- und Schuherzeugung	Kosovo	1.200	2.057	Slowenien	857	**58,34**
1974	Kohle /Koks (Herstellung und Verarbeitung)	Mazedonien	1.441	3.791	Slowenien	2.350	**38,01**
1975	industr. Leder- und Schuherzeugung	Kosovo	1.882	3.069	Slowenien	1.187	**61,32**
1976	industr. Papiererzeugung	Kosovo	2.123	4.009	Slowenien	1.886	**52,96**
1977	Handwerk: pers. DL	Kosovo	1.973	4.226	Slowenien	2.253	**46,69**
1978	Handwerk: pers. DL	Kosovo	2.118	5.244	Slowenien	3.126	**40,39**
1979	Handwerk: pers. DL	Kosovo	2.701	6.503	Slowenien	3.802	**41,53**
1980	Handwerk: pers. DL	Kosovo	3.203	7.551	Slowenien	4.348	**42,42**

Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1971–1982; eigene Berechnung.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Die niedrigsten Einkommen, basierend auf allen angeführten Sparten und Zweigen, waren, ähnlich wie in den 1960er Jahren, in den industriellen Zweigen (hier vor allem die Leder- und Schuherzeugung sowie die Papier - und Holzindustrie“) und in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts bei den handwerklichen „persönliche Dienstleistungen“ zu finden. Jene Republiken/Provinzen, in denen diese niedrigsten Einkommen erzielt wurden, waren erneut der Kosovo (neun von elf Jahren) sowie Mazedonien (zwei von elf Jahren). Die höchsten wurden bis auf eine Ausnahme (Kroatien im Jahr 1970) in Slowenien ausbezahlt. Ähnlich wie die Berechnung auf Basis des gesamtjugoslawischen Durchschnittes lässt sich zu Beginn des Jahrzehnts eine Verringerung der Einkommensunterschiede festmachen: Konnten im Jahr 1970 mazedonische Industriearbeiter*innen nur knapp 43 Prozent des Einkommens in der kroatischen „restlichen Industrie“ verdienen, stieg dieser Anteil 1972 und 1975 auf 60 Prozent. Ab dem Jahr 1975 sank dieser Anteil kontinuierlich und lag im Jahr 1980 auf einem ähnlichen Niveau wie am Beginn des Jahrzehnts. Handwerksarbeiter*innen im Kosovo verdienten bei der Ausübung seiner Dienstleistungen durchschnittlich nur etwa 42,42 Prozent dessen, was in Slowenien bezahlt wurde. Verglichen mit den höchsten Einkommen in Jugoslawien lässt sich noch eine weitere Ähnlichkeit zu den 1960er Jahren feststellen: Die Einkommensunterschiede sind in dem Bereich mit den niedrigsten Einkommen etwas höher (im Durchschnitt bei 49,5 Prozent) als bei jenen Tätigkeiten, welche die höchsten Einkommen generierten (hier lag das Verhältnis vom Minimal zum Maximal-Einkommen bei durchschnittlich 55 Prozent).

Der zweite Strang der Einkommensanalyse untersuchte die einzelnen Sektoren näher, um herauszufinden, wie hoch die Unterschiede in den persönlichen Einkommen innerhalb ähnlicher Tätigkeiten waren, basierend auf dem geografischen Standort dieser Ausübung; den Republiken und Provinzen.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 54: Pers. durchschnittl. Einkommen in Dinar in der Landwirtschaft in den Republiken/Provinzen, 1970–1980

Landwirtschaft									
Jahr	**BiH**	**MNE**	**HRV**	**MZD**	**SLO**	**SRB**	**Vojv.**	**Kos.**	**MIN in % vom MAX**
1970	929	834	1.004	768	1.196	996	1.009	741	**61,96**
1971	1.206	1.063	1.358	921	1.480	1.101	1.365	923	**62,23**
1972	1.449	1.316	1.619	1.130	1.775	1.371	1.651	1.181	**66,54**
1973	1.714	1.420	1.891	1.361	2.142	1.655	1.971	1.400	**63,54**
1974	2.163	1.850	2.438	1.773	2.627	2.122	1.970	2.661	**66,63**
1975	2.549	2.413	2.941	2.214	3.214	2.586	3.194	2.569	**68,89**
1976	2.926	2.699	3.527	2.590	3.868	2.950	3.726	2.911	**66,96**
1977	3.398	3.363	4.023	2.911	4.595	3.807	4.353	3.254	**63,35**
1978	4.009	3.827	4.773	3.245	5.711	4.423	4.838	3.781	**56,82**
1979	4.799	4.371	5.945	3.742	7.082	5.260	5.590	4.218	**52,84**
1980	5.773	5.343	7.377	4.744	8.588	6.361	7.185	5.388	**55,24**

Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1971–1982; eigene Berechnung.

Wie auch in den 1960er Jahren, waren die höchsten Einkommen innerhalb des gleichen Zweiges fast ausschließlich in der slowenischen Republik zu finden, wie obiges Beispiel der Landwirtschaft zeigt (eine Ausnahme bezieht sich auf das Jahr 1974, wo im Kosovo die höchsten Einkommen erzielt wurden).[1296] Die niedrigsten Einkommen wiederum in den weniger entwickelten Gebieten, zuvorderst im Kosovo und Mazedonien sowie Montenegro. In den Republiken/Provinzen mit den höheren Einkommen folgten nach Slowenien tendenziell Kroatien, Serbien und die Vojvodina. Der zeitliche Trend des Verhältnisses zwischen Minimal- und Maximal-Einkommen folgt den weiter oben bereits erwähnten: Am Beginn des Jahrzehnts wurden die Unterschiede geringer und waren im Jahr 1975 am kleinsten; hier konnte ein mazedonischer landwirtschaftlicher Arbeiter im Durchschnitt knapp 69 Prozent jenes Einkommens verdienen, welches in der slowenischen Landwirtschaft ausbezahlt wurde. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre vergrößerten sich diese Unterschiede bzw. wurde dieser Anteil kleiner, was anders formuliert bedeutet, dass in Mazedonien nur noch etwas mehr als die Hälfte des slowenischen Einkommens verdient werden konnte, und zwar bei ähnlicher Ausübung bzw. innerhalb des gleichen Sektors.

[1296] Siehe statistischen Anhang Tabelle 86, online unter: https://docs.google.com/spreadsheets/d/e/2PACX-1vRdwQCUOUJyYLdANzg_sVBYIsTXqhB_LWCEDPhxxZzEkinoFAg6VFgzbRyiCtuvhQTZvI2v4x5LJBtm/pubhtml.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 55: Pers. durchschnittl. Einkommen in Dinar im Finanzwesen in den Republiken/Provinzen in Dinar, 1970–1980

Finanz und Ähnliches (Versicherung etc.)									
Jahr	**BiH**	**MNE**	**HRV**	**MZD**	**SLO**	**SRB**	**Vojv.**	**Kos.**	**MIN in % vom MAX**
1970	1.597	1.517	1.703	1.626	1.763	1.700	1.526	1.597	**86,05**
1971	1.861	1.833	2.012	1.833	2.018	1.964	1.800	1.828	**89,20**
1972	2.092	2.041	2.349	2.089	2.301	2.180	2.096	2.015	**85,78**
1973	2.398	2.245	2.632	2.466	2.601	2.431	2.438	2.336	**85,30**
1974	2.923	3.026	3.299	2.988	3.261	3.131	3.238	3.167	**88,60**
1975	3.631	3.791	4.050	3.685	4.117	3.692	3.948	3.950	**88,20**
1976	4.317	4.204	4.638	4.217	4.839	4.468	4.626	4.431	**86,88**
1977	5.125	4.968	5.899	4.637	6.169	5.635	5.624	4.667	**75,17**
1978	6.272	5.900	7.347	5.674	7.448	6.579	6.730	5.358	**71,94**
1979	7.242	7.045	8.809	6.861	9.268	7.961	7.795	6.551	**70,68**
1980	8.745	8.383	10.342	8.037	10.670	8.985	9.015	7.956	**74,56**

Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1971–1982; eigene Berechnung.

Deutlich geringer waren die Unterschiede zwischen den höchsten und niedrigsten Einkommen innerhalb des jugoslawischen Finanzwesens („Finanz und Ähnliches“), welche im ganzen Jahrzehnt nicht unter 70 Prozent fielen – 70,68 Prozent im Jahr 1979 war auch der niedrigste Wert bzw. jenes Jahr, in welchem die Einkommensunterschiede zwischen dem slowenischen und dem kosovarischen Finanzwesen am höchsten waren.[1297]

[1297] Alle Ergebnisse sind dem statistischen Anhang zu entnehmen; zur Veranschaulichung werden wieder nur zwei Beispiele näher besprochen.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 56: Einkommensunterschiede in Prozent des MAX Einkommens, ausgewählte Sektoren, 1970–1980

Jahr	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)
1970	73,60	61,96	62,29	62,87	59,96	73,01	62,08			86,05	67,79	75,82	77,97
1971	76,07	62,23	62,23	63,82	66,57	73,46	71,25			89,20	69,50	76,07	79,39
1972	74,84	66,54	69,38	62,99	72,15	71,95	63,45			85,78	72,08	76,07	77,68
1973	74,80	63,54	65,81	67,43	75,15	71,32	64,87			85,30	76,56	79,83	76,59
1974	79,22	66,63	69,14	70,63	72,67	74,71	68,88			88,60	72,99	80,21	74,91
1975	79,42	68,89	64,26	70,29	76,32	75,06	66,72			88,20	72,03	76,12	72,08
1976	75,43	66,96	66,81	72,91	70,68	72,40	64,77			86,88	72,12	77,17	75,57
1977	73,05	63,35	61,05	71,26	68,66	71,26		68,83	63,40	75,17	70,76	72,43	73,08
1978	71,24	56,82	66,77	66,89	73,04	54,01		66,02	62,44	71,94	72,41	73,94	74,37
1979	68,13	52,84	57,97	66,07	57,83	65,90		62,53	57,39	70,68	63,90	65,75	67,01
1980	72,32	55,24	57,17	68,05	69,88	65,15		65,14	59,73	74,56	68,69	69,22	69,33

(1) Industrie und Bergbau
(2) Landwirtschaft
(3) Baugewerbe
(4) Handwerk
(5) Wissenschaft
(6) Verkehr
(7) Handel und Gastronomie (bis 1977)
(8) Handel (separat ab 1977)
(9) Gastwirtschaft und Tourismus (separat ab 1977)
(10) Finanzwesen
(11) Kunst und Kultur (und Information ab 1977)
(12) Gesellschaftliche und staatliche Organe und Dienste (ab 1977 „gesellschaftliche und staatliche Gemeinschaften und Organe)
(13) Gesundheitssektor (ab 1977 „Gesundheitsfürsorge“)
Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1971–1982; eigene Berechnung.

Zwei Tendenzen sind anhand Tabelle 56 zu erkennen: Erstens die größeren Einkommensunterschiede fanden sich, wie auch in den 1960er Jahren, innerhalb des industriellen (1), landwirtschaftlichen Sektors (2), des Bau- (3) und Verkehrswesens (6) sowie vor allem im Dienstleistungssektor: Handel (7/8), Gastronomie und Tourismus (7/9). Die kleinsten Unterschiede innerhalb des gleichen Sektors wurden im Finanzsektor (10; dies ließ sich für das vorangegangenen Jahrzehnt ebenfalls feststellen), im Kunst- und Kulturwesen (11) und schließlich auch in den sogenannten gesellschaftlichen und staatlichen Organen und Diensten (12) gefunden. Die zweite Tendenz ist eine zeitliche. In allen hier angeführten Sektoren wurden die Einkommensunterschiede im Laufe der ersten Hälfte des Jahrzehnts kleiner. Im Handwerkswesen sowie innerhalb der Wissenschaft verringerte sich das prozentuale Verhältnis zwischen dem niedrigsten und höchsten Einkommen um zehn Prozent. Anders ausgedrückt: Konnten kosovarische Handwerker im Jahr 1970 im Durchschnitt nur 62,87 Prozent dessen verdienen, was im slowenischen Handwerkswesen verdient wurde, wuchs dieser

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Anteil im Jahr 1976 auf knapp 73 Prozent. In der zweiten Hälfte vergrößerten sich die Unterschiede in allen Bereichen, bevor diese im Jahr 1980 überall verringert wurden.

Wie groß waren nun die Einkommensunterschiede innerhalb einer Republik bzw. einer Provinz? Als letzte Untersuchung sollen die Unterschiede im persönlichen Einkommen auf Basis der Sektoren sowie der dazu entsprechenden geografischen Region erläutert und besprochen werden. Eine Kontinuität zu den 1960er Jahren ergibt sich in nahezu allen Republiken. Während die niedrigsten Einkommen in der Land- und Forstwirtschaft, der Gastronomie und Tourismus sowie im Handwerk ausbezahlt wurden, fanden sich die höchsten im „nichtwirtschaftlichen" Bereich, vor allem im Finanzwesen sowie innerhalb der Wissenschaft. Bei den minimalen Einkommen ist allerdings erneut die Umstellung im Statistikjahrbuch zu beachten. Ab diesem Zeitpunkt, im Jahr 1977, wurden in beinahe allen Fällen (Slowenien ausgeschlossen) die niedrigsten Einkommen in der Gastronomie und im Tourismus verzeichnet. Da diese Einkommen vor 1977 mit jenen aus dem Handel angegeben wurden, lässt sich zumindest in der vorliegenden Arbeit nicht klären, ob die Einkommen aus Gastronomie und Handel auch vor 1977 niedrigere Einkommen als die Landwirtschaft hatten.

Ein Novum der 1970er Jahre war, dass der Schulsektor zum ersten Mal als Minimal- und als Maximal-Einkommen in Erscheinung trat. In Slowenien hatten Angestellte in diesem Bereich sogar in jedem Jahr das niedrigste Einkommen; in Kroatien in den Jahren 1974 bis einschließlich 1976. In Mazedonien wurden in den Jahren 1977 und 1978 die höchsten Einkommen in den Schulen erzielt. Dieser Vergleich im Schulsektor veranschaulicht folgendes Beispiel: Im Jahr 1977 verdienten Angestellte im slowenischen Schulwesen 74,60 Prozent des Einkommens im mazedonischen Schulwesen (siehe Tabelle 87).

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 57: Min.-Einkommen in % des Max.-Einkommens in den Republiken/Provinzen, 1964–1980

Jahr	BiH	MNE	HRV	MAK	SLO	SRB	Voj.	Kos.
1964	42,70	46,10	45,14	39,73	39,92	34,92	39,37	45,07
1965	46,10	56,07	48,23	46,48	59,71	37,53	44,74	48,07
1966	49,40	57,66	53,70	49,66	58,77	39,81	54,49	4,75
1967	46,20	50,51	50,50	40,84	57,25	46,39	45,28	49,85
1968	48,80	51,44	49,21	43,20	46,47	48,83	43,05	46,89
1969	45,20	44,62	49,74	42,19	52,70	45,67	40,46	47,17
1970	46,80	48,52	45,78	47,23	56,34	48,42	45,87	46,40
1971	64,40	57,99	66,15	50,25	61,82	56,06	68,17	50,49
1972	66,06	64,48	68,92	54,09	64,35	62,89	70,56	57,27
1973	70,42	63,25	69,49	55,19	63,75	66,15	69,77	59,93
1974	69,91	61,14	70,60	59,34	65,54	65,53	60,84	67,10
1975	68,56	62,81	70,45	60,08	64,26	64,39	69,81	60,10
1976	65,28	64,20	68,60	61,42	61,25	63,25	63,09	57,91
1977	55,49	63,83	61,94	58,27	59,76	58,89	59,42	50,22
1978	52,04	64,19	62,68	51,71	59,68	58,76	57,55	56,45
1979	50,16	62,04	63,40	53,83	53,31	57,55	56,94	55,37
1980	49,99	63,74	66,20	51,45	54,76	58,37	56,18	50,79

Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1971–1982; eigene Berechnung.

Der zeitliche Verlauf dieses Untersuchungsstranges reiht sich in das Muster der beiden anderen ein. Am Anfang der 1970er Jahren gingen die Unterschiede zwischen den höchsten und den niedrigsten Einkommen in allen Republiken/Provinzen zurück und begannen ab der Mitte (zwischen 1974 und 1977) wieder anzusteigen. Die Republik mit den durchschnittlich kleinsten Einkommensunterschieden war in diesem Jahrzehnt Kroatien. Hier konnten Personen, die in den Sektoren mit den niedrigsten Einkommen beschäftigt waren, im Durchschnitt 66 Prozent dessen verdienen, was Personen in den Sektoren mit den höchsten Einkommen verdienten. Damit wurde Slowenien abgelöst, das in den 1960er Jahren die niedrigsten Unterschiede verzeichnete. Auf der anderen Seite standen der Kosovo sowie Mazedonien; hier betrug dieser Unterschied im Durchschnitt 54 bis 55 Prozent.

Für die Jahre 1970 bis 1974 liegen Daten und Berechnungen vor, die eine Sicht auf die Einkommensunterschiede je nach Ausbildungs- und Qualifikationsgrad sowie nach Republik und Provinz ermöglichen. Wie auch im Jahrzehnt zuvor, stiegen die Einkommen mit je höherem Ausbildungsgrad, und zwar in jeder Republik und Provinz: Die höchsten Einkommen bekamen Arbeitnehmer*innen mit einer „hochqualifizierten beruflichen Ausbildung“; die niedrigsten

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Einkommen erhielten jene Arbeitnehmer*innen, die sogenannte „nicht-qualifizierte Arbeiten" verrichteten. Je nach Republik bzw. Provinz verdienten Personen der letztgenannten Gruppe zwischen 29 Prozent und 42 Prozent der Einkommen der höchsten Ausbildungskategorie. Wie auch im Zeitraum von 1966 bis 1970, war auch in den Jahren bis einschließlich 1974 der geografische Standort ausschlaggebend dafür, wie hoch die Einkommen innerhalb eines Ausbildungsgrades waren. In allen angeführten Jahren waren in jeder Qualifikationsstufe die Einkommen in Slowenien am höchsten, im Kosovo, Mazedonien, Montenegro sowie erstmalig in der Vojvodina waren die Einkommen am niedrigsten. Diese variierten zwischen 61,06 Prozent und 78 Prozent der höchsten Einkommen in Slowenien bzw. in Kroatien im Jahr 1971. Das heißt: Beispielsweise im Jahr 1972 waren die Einkommen aus Slowenien in jeder der acht Ausbildungskategorien die höchsten und die niedrigsten im Kosovo (fünf von acht Mal) in Mazedonien (zwei von acht Mal) und schließlich einmal in Montenegro.[1298]

Als eines der markantesten Ergebnisse der Untersuchung von Einkommensunterschieden im Jugoslawien der 1970er Jahre stellte sich die zeitliche Entwicklung dar. Die Unterschiede waren in der ersten Hälfte der 1970er Jahre die niedrigsten, waren demnach geringer als davor und, wie die Analyse ebenfalls zeigte, danach. Als Ursache dafür lassen sich etwa die gesetzlichen Bestimmungen zu Beginn des neuen Jahrzehnts anführen, die es davor faktisch nicht gab. Wie bereits erwähnt, gab es vor allem mit dem Verfassungszusatz von 1971 eine Reihe von neuen Bestimmungen, die den wachsenden Unterschieden seit Ende der 1960er Jahren entgegenwirken sollten. Dazu gehörte etwa die Festlegung von Spannen zwischen den Einkommen, das Verhältnis zwischen den höchsten und den niedrigsten Einkommen usw. Schließlich war diese Phase auch von mehreren staatlichen Eingriffen in die Ausbezahlung der Einkommen geprägt, wodurch sich die Unterschiede tatsächlich auch verringerten.[1299] Staatlich reguliert, und mit dem Einkommen zusammenhängend, waren auch die Preise, für die am Beginn des Jahrzehnts zahlreiche Preisstopps verhängt wurden. Wie gezeigt, betrafen diese in vermehrtem Ausmaß Industriegüter und sollten den Kreislauf der Preis- und Einkommenserhöhungen beenden. Dass mit der neuen Verfassung von 1974 und dem „Gesetz über die vereinte Arbeit" von 1976 diese Regelungen und Eingriffe wieder obsolet wurden, könnte damit auch die Zunahme der Unterschiede erklären, die just zu diesem Zeitpunkt zu steigen begannen.

[1298] Siehe statistischen Anhang Tabelle 91, online unter: https://docs.google.com/spreadsheets/d/e/2PACX-1vRdwQCUOUJyYLdANzg_sVBYIsTXqhB_LWCEDPhxxZzEkinoFAg6VFgzbRyiCtuvhQTZvI2v4x5LJBtm/pubhtml.

[1299] Siehe dazu das Kapitel „Das Gesetz über die vereinte Arbeit – Planung und die Verhandlungsökonomie", 233–236.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Ein weiterer Grund für diese Entwicklung ließe sich auf die diskutierte Politik der Importsubstitution der 1970er Jahre zurückführen: Selbst wenn die Investitionen in den weniger entwickelten Gebieten vergleichsweise niedriger waren als in den weiter entwickelten, so kam der erneute Fokus der Investitionen auf die Primärindustrie und Agrarwirtschaft den weniger entwickelten Regionen zugute. So etwa die Konzentration auf die Kohleförderung im Kosovo oder die Produktion von Nichtmetallen in Nordmazedonien, wohin nun wieder vermehrt Investitionen flossen. Negative Auswirkungen schien das Gesetz über den Außenhandel 1977 gehabt zu haben: Die entsprechenden Befugnisse wurden nun den Republiken und Provinzen überlassen sowie die rigiden Kreditbestimmungen für exportorientierte Firmen gelockert wurden. Dies betraf in hohem Maße etwa die Schiffsbauindustrie, die es in Bosnien, Mazedonien oder im Kosovo allerdings nicht gab (siehe dazu Tabelle 92). Schließlich kamen auch die höheren Arbeitslosenraten und die Rückkehr der „Gastarbeiter“ in den weniger entwickelten Gebieten hinzu, die einen zusätzlichen Druck ausübten. Dies galt im Hinblick auf das Modell der Arbeiterselbstverwaltung umso mehr, als darin tendenziell die Einkommen und nicht das Personal erhöht wurden.

Zuletzt soll erneut ein kurzer Blick auf die Warenkorbausgaben in Jugoslawien gelenkt werden. Selbst wenn diese Ausgaben im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht ausführlich untersucht und diskutiert werden können, so soll dieser kurze Exkurs zumindest einen Einblick darin geben, wie sich die Einkommensunterscheide (nach Republiken) auf den Konsum resp. den Lebensstandard auswirkten. Tabelle 58 verdeutlich eben diesbezügliche Unterschiede:

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 58: Durchschnittl. monatliche Warenkorbausgaben eines Vierpersonenhaushalts in Dinar, 1977

1977	SFRJ	BiH	MNE	HRV	MZD	SLO	SRB	Kos.	Voj.
Warenkorb insgesamt	8.254	7.572	6.746	8.887	6.724	10.480	7.435	6.276	8.031
Ausgaben	6.120	5.717	5.290	6.826	4.893	7.525	5.514	4.853	5.666
Nahrungsmittel	2.449	2390	2695	2.818	2.112	2.595	2.272	2.212	2.141
Getränke	217	160	262	262	172	304	165	168	190
Kleidung	518	474	388	569	432	647	478	397	438
Schuhe	172	168	138	187	135	201	162	152	151
Wohnung	300	294	310	290	164	451	266	217	357
Brennmaterial und Beleuchtung	361	345	270	380	287	431	339	303	371
Haushaltsmittel	287	249	130	330	290	366	233	188	286
Hygiene und Gesundheitsfürsorge	229	182	175	308	158	272	197	146	192
Tabak und Tabak-Zubehör	138	136	182	163	105	134	132	152	142
Unterhaltung und Kultur	419	338	243	438	297	559	413	319	427
Verkehr und Verkehrsdienstleistungen	613	508	189	627	511	993	505	356	541
sonstige Ausgaben (Steuern, Gebühren, Mitgliedsbeiträge usw.)	416	473	308	454	230	572	352	243	430
Kreditrückzahlungen und Darlehen	1.023	1.089	844	1.128	714	1.177	879	735	1.134
Ausgaben für Wohnung/ Haus	149	43	12	126	168	288	100	46	134
Sparrücklagen	962	723	600	807	949	1.490	942	642	1.097

[a] Insgesamt befragte Haushalte: 1.274.
Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1978, 259.

Wird der gesamte Warenkorb eines Vierpersonenhaushaltes betrachtet, spiegeln sich die Einkommensunterschiede erwartungsgemäß auch in den Konsumausgaben wider. Die höheren Ausgaben wurden in den weiter entwickelten Gebieten getätigt, wobei vor allem Slowenien in beinahe jeder Kategorie am meisten ausgab. Zum Vergleich: Gab ein kosovarischer Haushalt an, dass im Monat insgesamt 6.276 Dinar durchschnittlich ausgegeben wurden, lag dieser Wert beim slowenischen Haushalt bei 10.480 Dinar im Monat. Damit entsprachen die Ausgaben im Kosovo knapp 60 Prozent jener in Slowenien. Noch größer waren die Differenzen bei der Kategorie „Unterhaltung und Kultur“: Hier wurden in der slowenischen Republik die größten Ausgaben getätigt (559 Dinar/Monat); in Montenegro wurden durchschnittlich nur 243 Dinar im Monat ausgegeben. Aber nicht nur in der Höhe der Ausgaben, sondern auch in der Höhe der gebildeten Rücklagen stand der slowenische Haushalt an erster Stelle mit 1.490 Dinar im Monat. In Montenegro wurden im selben Jahr nur 600 Dinar gespart, was circa 40 Prozent des Ersparten des slowenischen Haushaltes ausmachte.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

2.2.6. Die 1980er Jahre in Jugoslawien: Jahre der Desintegration

„Each republic´s emphasis on its own losses, and its equally vehement stress on the exploitative strategies and policies of the others, were politically instrumentalized to the end and became the most efficient means for the amassing of political capital (...).“[1300]

Die 1980er Jahre stellten in der Geschichte des sozialistischen Jugoslawiens das letzte Jahrzehnt dar, an dessen Ende die Desintegration des Landes begann. „In den 1980er Jahren drifteten die Republiken in noch höherem Tempo auseinander. Politisch, kulturell und ökonomisch kapselten sie sich fast vollständig voneinander ab. Dadurch entfernten sich auch die Lebensrealitäten und Erfahrungswelten der Menschen voneinander. Themen wie Identität, Souveränität und nationale Interessen beherrschten zunehmen den öffentlichen Diskurs.“[1301] Vorwegzunehmen ist an dieser Stelle, dass der konkrete Ablauf dieses Auflösungsprozesses sowie des Krieges im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht dargestellt werden kann. Viel eher soll der Fokus auf den Entwicklungen und Schwierigkeiten liegen, die sich davor zutrugen und der Auflösung vorangingen, woraus sich letztlich auch einige Ursachen für den Zerfall Jugoslawiens ergeben.

Eine Ausgangsbedingung der 1980er Jahre, die in den Kapiteln über die letzten Jahrzehnte nicht erwähnt wurde, betraf Tito selbst: Am 4. Mai titelte die Sonderausgabe der kroatischen Tageszeitung *Večerini list*: „Umro je drug Tito“ („Genosse Tito ist gestorben“).[1302] Nach monatelangem Koma, dem eine schwere Diabetes und Beinamputation vorangegangenen waren, starb Tito in einer Klinik in Ljubljana, nur Tage vor seinem 88. Geburtstag. Im Beisein von insgesamt vier Königen, 31 Präsidenten, 47 Außenministern und Delegationen aus 127 Ländern sowie unter großer Anteilnahme der Bevölkerung[1303], wurde er am 8. Mai im „Haus der Blumen“ im Belgrader Dedinje beigesetzt.[1304] Mit seinem Ableben fiel nun ein von insgesamt mehreren oben angeführten Faktoren der Stabilität in Jugoslawien weg: Einerseits

[1300] Ljubomir Madžar, Who Exploited Whom?, in: Nebojša Popoc (Hg.), The Road to War in Serbia. Trauma and Catharsis, Budapest 2000, 160–188, hier 160.
[1301] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 276.
[1302] Sonderausgabe des Večernji list vom 4. Mai 1980, online unter: https://www.vecernji.hr/vecernji60/cetiri-rijeci-koje-su-zatresle-svijet-1320864/galerija-363329?page=1, 2021 Februar 10.
[1303] Calic beschreibt in ihrer Biografie über Tito beispielsweise die Verkündung von Titos Tod während eines Fußballspieles in Split zwischen „Crvena Zvezda Beograd“ und „Hajduk Split“, das daraufhin unterbrochen wurde: „Die Kicker weinten im Stadion. Spontan stimmten tausende Fans Titos altes Partisanenlied an <Wir geloben Dir, von Deinem Weg nicht abzuweichen>.“ Calic, Tito, 374. Auszeichnungsschrift im Original.
[1304] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 204; – Calic spricht von Delegationen aus 128 Ländern, Calic, Tito, 375.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

galt Tito (sowie auch Kardelj, der nur Monate davor verstarb[1305]) als Symbol der Einheit[1306] und als „unersetzbare Integrationsfigur“[1307]; auf der anderen Seite war er auch ein starker Regierungschef, der diese Einheit auch durchsetzen konnte.[1308] Als nach seinem Tod die kollektive Staatsführung nicht unmittelbar implodierte und Jugoslawien nicht sogleich zerfiel, blieben viele Zeitgenoss*innen zunächst verwundert[1309]: „Nach Titos Tod geschah im öffentlichen Leben Jugoslawiens etwas Merkwürdiges: Es geschah nichts.“[1310]

2.2.6.1. Die innenpolitischen Entwicklungen am Beginn der 1980er Jahre

Auf die Zeit nach Titos Tod hatten sich die entsprechenden Regierungsmitglieder sowie Tito selbst bereits in den 1970er Jahren vorbereitet. Die Errichtung eines sogenannten kollektiven Staatspräsidiums samt Präsidenten (nach dem Rotationsprinzip) sollte jenes Machtvakuum füllen, von dem erwartet wurde, dass es durch Titos Ableben entstehen würde. Der von Vielen erwartete Kollaps Jugoslawiens blieb, wie obiges Zitat andeutet, aus, was an der problematischen Ausgangslage aber nichts änderte. Dem jugoslawischen Historiker Bilandžić nach deuteten an der Wende zu den 1980er Jahren sogar folgende drei Ereignisse auf eine „Erschütterung“ Jugoslawiens hin: Erstens der Tod Titos sowie Kardeljs 1979; zweitens die Wirtschaftskrise sowie schließlich und drittens erneute Spannungen im Kosovo.[1311] Zentrales Problem blieb nach wie vor auch die Beschlussunfähigkeit zwischen den acht föderalen Einheiten, die das Präsidium daran hinderte, eben diesen Ereignissen entgegenzuwirken: „Im Laufe der 1980er Jahre wurde [...] klar, dass die Machtzersplitterung, die der institutionelle Rahmen des quasikonföderativen Einparteiensystems hervorbrachte, zu institutioneller Schwäche und politischem Chaos führte.“[1312]

Die Unruhen im Kosovo begannen knapp ein Jahr nachdem Tito, der „prominente Patron des Gleichgewichtes zwischen den jugoslawischen Völkern“[1313], starb, und weiteten sich

[1305] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 203.
[1306] Sabrina Ramet, Balkan Babel. The Disintegration of Yugoslavia from the Death of Tito to the Fall of Milošević, Cambridge 2002, 6.
[1307] Calic, Tito, 377.
[1308] Ramet, Balkan Babel, 6.
[1309] Ramet, Die drei Jugoslawien, 444; – Dies., Balkan Babel, 7f.
[1310] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 215.
[1311] Dušan Bilandžić, Jugoslavija poslije Tita, Zagreb 1986, 9. – Auch Oliver Jens Schmitt zählt die Krise im Kosovo als einen wichtigen „[...] Anlass für den Zusammenbruch des zweiten Jugoslawien. Die Entwicklung im Kosovo wurde zum Sinnbild des allmählichen Zerfalls von Titos sozialistischem Experiment.“ Oliver Jens Schmitt, Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft, Wien/Köln/Weimar 2208, 299.
[1312] Ramet, Die drei Jugoslawien, 444; – Ramet, Balkan Babel, 8.
[1313] Roverto Morozzo della Rocca, A Short History of the Kosovar Albanians´ Struggle for Independence, 1878–1998, in: Sabrina R. Ramet, Albert Simkus, Ola Listhaug (Hgg.), Civic and Uncivic Values in Kosovo. History, Policy, and Value Transformation, Budapest 2015, 29–42, hier 42.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

ausgehend von der Universität in Priština in alle größere Städte aus. Etwa 2.000 Studierende protestierten zunächst gegen mangelhafte Bedingungen etwa beim Essen in der Mensa oder auch der Studierendenheime. Als der Protest in der Folge größer wurde und es zu tödlichen Zusammenstößen mit der Polizei kam, bekamen auch die Bedingungen eine größere und politischere Dimension, zumal die Forderung aus den 1970er Jahren und damit die sogenannte „Kosovo-Frage" wieder aufgegriffen wurde[1314], nämlich die Erhebung der Provinz zur siebten jugoslawischen Republik, in der Albaner*innen aus ganz Jugoslawien vereint werden sollten.[1315] Gefordert wurden aber auch mehr soziale und ökonomische Gleichheit: Wie erwähnt, wurden (zumindest in den 1970er Jahren) im Kosovo priorisiert Investitionskredite und Zuschüsse von Bundesmittel vergeben, die in der Tat enorme Verbesserungen beim Lebensstandard erzielten, etwa im Bereich der Bildung und der Gesundheit. Im Hinblick auf das Entwicklungsgefälle veränderten diese Verbesserungen nur wenig bis gar nichts; der Kosovo bildete beinahe allen ökonomischen Kennzahlen nach das Schlusslicht in der wirtschaftlichen Entwicklung. Die ökonomische Krise der 1980er Jahre verschlimmerte dies noch zusätzlich. Oder anders formuliert: „Der Kosovo wurde zur Chiffre der gescheiterten jugoslawischen Kohäsionspolitik."[1316]

Die Reaktionen des BdKJ wurden angeleitet von der Furcht vor Separatismus und vor einer möglichen Vereinigung mit Albanien[1317], was schließlich zu einer „Säuberung"[1318] in der kosovarischen Partei und im Bildungssystem führte.[1319] Darüber hinaus wurden Medienkampagnen gestartet, in welchen Albanien als Ursache für diese Proteste angegeben und die albanische Bevölkerung im Allgemeinen als „Faschisten", „Konterrevolutionäre" oder auch „Kominformisten" pauschalisiert wurden.[1320] Dass damit die Proteste letztlich angeheizt wurden, bezeichnete Sundhaussen als eine sogenannte „self-fulfilling prophecy"; eine Spirale, in der sich Aktion und Reaktion zwischen der Bundespartei und -regierung auf der einen Seite und die Demonstrant*innen auf der anderen Seite verstärkten und damit schließlich zur Desintegration Jugoslawiens beitrugen.[1321] Tatsächlich bekam diese Auseinandersetzung

[1314] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 236f.; – Ethem Çeku, The Kosovo Demonstrations for 1981 and the Redefining of the Albanian Question, in: Diplomacy & Statecraft 28/2, London 2017, 277–295, hier 281f.
[1315] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 271; – Schmitt, Kosovo, 297–299.
[1316] Ebda., 272.
[1317] Slogans der Demonstrant*innen wie etwa „Lang lebe Hoxha" sowie ihr Verweis auf die „gleichmacherische" Politik von Enver Hoxha in Albanien hatten diese Ängste unter anderem geschürt. Siehe dazu: Della Rocca, A Short History, 42f.; – Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 237.
[1318] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 271.
[1319] Ebda.
[1320] Çeku, The Kosovo Demonstrations, 284; – Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 238.
[1321] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 238.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

während ihres Verlaufes noch eine dritte Seite, und zwar die serbische Bevölkerung im Kosovo.[1322]

Ähnlich wie zur Zeit des sogenannten Kroatischen Frühlings, in dem oftmals vor einer „Serbisierung" gewarnt wurde, argumentierten nun Vertreter der serbischen Bevölkerung im Kosovo gegen eine „Albanisierung", gegen einen „langsamen, gut geplanten Genozid".[1323] Zum einen wurde das Argument angeführt, dass die serbische Bevölkerung von der albanischen im Kosovo „verdrängt" werde.[1324] Zum anderen repräsentierte der Kosovo für viele Serb*innen das „nationale Jerusalem"[1325], in welchem sich nicht nur bedeutende Klöster und Kirchen befanden, sondern auch die Schlacht auf dem Amselfeld[1326] stattfand, weshalb der Kosovo zu einem „Nationalheiligtum" für Serbien avancierte.[1327] Wie sehr sich die Lage in der zweiten Hälfte und darüber hinaus noch zuspitzte, wird in der Forschungsliteratur oftmals mit folgendem Satz verdeutlicht: „Niemand darf euch schlagen!" – „Niko ne sme da vas bije!"[1328] Mit diesem Ausruf, den der serbische Parteifunktionär Slobodan Milošević (1941–2006) einer aufgebrachten Menge von Serb*innen im April 1987 im Kosovo entgegnete, schaffte es der frühere Bankdirektor sich als „Retter der Nation"[1329] zu inszenieren und im Rahmen der sogenannten „anti-bürokratischen Revolution" auch Massen für seine Idee zu mobilisieren. Die Rezentralisierung Jugoslawiens, unter der Voraussetzung, dass die beiden autonomen Provinzen, Kosovo und Vojvodina, an Serbien angegliedert werden und damit ihren Status als autonome Provinz verlieren.[1330]

Diese Idee hatte Milošević aber nicht als Erster ausgesprochen, denn, wie erwähnt, war die Frage nach der weiteren Vorgehensweise bei der Dezentralisierung auch nach 30 Jahren noch aktuell. Bereits kurz nach den Demonstrationen im Kosovo bemängelten die serbischen und bosnischen Vertreter*innen einer Zentralisierung die Föderalisierung der Partei und auch hier war der Vorschlag zu (re-)zentralisieren und die Autonomierechte der Parteien im Kosovo und in der Vojvodina zu beschneiden.[1331] Auf der anderen Seite dieser Forderungen schlugen

[1322] Della Rocca, A Short History, 43.
[1323] Dieser Satz entstammt dem "Apell zur Verteidigung der serbischen Bevölkerung und seiner Heiligtümer im Kosovo", der von der orthodoxen Kirche Serbiens verfasst und von 21 Geistlichen im Mai 1982 unterzeichnet wurde, Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 239.
[1324] Der Kosovo wuchs mit einer jährlichen Rate von 2,5 Prozent am höchsten, was, verglichen mit dem jugoslawischen Durchschnitt von 0,7 Prozent, mehr als einer Verdreifachung entsprach. Die serbische Bevölkerung im Kosovo sank parallel dazu: Von 27 Prozent im Jahr 1945 auf unter 15 Prozent im Jahr 1981. Siehe dazu: Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 272; – Della Rocca, A Short History, 43.
[1325] Della Rocca, A Short History, 44; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 273.
[1326] Zur Schlacht vom Amselfeld als Teil der serbischen Erinnerungskultur siehe: Paul A. Cohen, History and Popular Memory: The Power of Story in Moments of Crisis, New York 2014, 1–31.
[1327] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 273.
[1328] Siehe dazu etwa: Ebda., 274; – Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 257.
[1329] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 274.
[1330] Della Rocca, A Short History, 45f.; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 274.
[1331] Ramet, Die drei Jugoslawien, 445.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

die „Liberalen“, im Sinne einer weiteren Dezentralisierung vor, die Befugnisse des Präsidiums zu Gunsten der Republiken einzugrenzen.[1332] Dabei manifestierten sich die Positionen der einzelnen Republiken und Provinzen abermals zwischen diesen zwei Polen (Dezentralisierung und Zentralisierung) bzw. vier Polen, zumal Dezentralisierung und Rezentralisierung in den 1980er Jahren entweder liberal oder konservativ gefordert wurden.[1333] Die serbische Partei war für eine liberale Rezentralisierung, die bosnische und montenegrinische forderten eine solche ebenfalls, allerdings in der konservativen Variante; eine liberale Dezentralisierung forderten die slowenische und vojvodinische Partei und wiederum eine konservative Dezentralisierung herrschte in den restlichen Republiken und im Kosovo vor.[1334] Zu dieser „doppelten Polarisierung“ kam schließlich noch die Auseinandersetzungen zwischen den weiter und weniger entwickelten Regionen hinzu, was den Prozess der Entscheidungsfindung zusätzlich erschwerte. Verbünden konnten sich unter diesen Umständen kaum zwei Parteien, eine „stabile Koalition“ schien unmöglich und Änderungen und Reformen unumgänglich.[1335]

Im Hinblick auf die entsprechenden Diskussionen lässt sich zwischen zwei Phasen unterscheiden: In der ersten, die unmittelbar nach Titos Tod zwischen 1981 und 1983 folgte, war von einer Krise, zumindest im öffentlichen Duktus, noch keine Rede und die Debatten konzentrierten sich auf Vorschläge, wie das in den 1970er Jahren entstandene föderale System, ihre Institutionen und politischen Organe optimiert werden könnten, um die Konsensfindung zwischen den Parteien zu ermöglichen.[1336] Systematische Vorschläge zur Dezentralisierung oder zur Rezentralisierung wurden von den entsprechenden Gegnern aber immer wieder geblockt und eine Einigung wurde nicht erzielt, davon zeugte auch der erste Parteikongress nach Titos Tod im Sommer 1982. Bilandžić, der die entsprechenden Protokolle untersuchte, verwies darauf, dass der XII. Kongress im Wesentlichen Titos Ideen und Leistungen weiterhin anerkannte und damit auch den eingeschlagenen Kurs: „Kein einziger Delegat hat am XII. Kongress eine Neigung dazu gezeigt, auch nicht implizit, sich mit Titos politischem Erbe kritisch auseinanderzusetzen [...].“[1337] Dies musste auch bedeuten, dass das Problem der

[1332] Der konkrete Vorschlag lautete, dass die Mitglieder des Zentralkomitees nicht mehr dem Komitee gegenüber in der Verantwortung stehen, sondern den Republikorganen, welche die Mitglieder gewählt hatte: „Ein Schritt, der die Föderalisierung der Partei unmissverständlich de jure begründet hätte“. Ramet, Die drei Jugoslawien, 445.
[1333] Diesen Unterschied macht Ramet in Bezug auf das politische Klima: Während etwa in Slowenien das Medienrecht, Kunst- und Kultur sowie auch die Religion liberalisiert wurden, d. h., weniger von der Kontrolle von Regierungsorganen abhingen, waren die entsprechenden Regeln und der Umgang in Kroatien oder auch Bosnien strenger. Liberalisierung stand dabei in einem engen Verhältnis zur Rolle des Staates und dessen Rechte sowie Befugnisse, die bei einer liberalen Kultur begrenzter waren als bei einer konservativen. Siehe dazu: Ramet, Balkan Babel, 12.
[1334] Ebda. – Vgl. dazu auch: Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 213.
[1335] Ramet, Balkan Babel, 10f., – Ramet, Die drei Jugoslawien, 448.
[1336] Ramet, Die drei Jugoslawien, 452.
[1337] Dušan Bilandžić, Jugoslavija poslije Tita, Zagreb 1986, 96.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Übereinkunft zwischen den Republiken und Provinzen nicht gelöst und geändert wurde, wenngleich es im Plenum offen diskutiert wurde. Der Kongress konnte sich zwar darauf verständigen, dass es mehr Einigkeit brauchte, der Weg dorthin spießte sich jedoch erneut an der Frage der De- oder Rezentralisierung. So konstatierte der Delegierte Rade Končar etwa, dass sämtliche Probleme Jugoslawiens – die wirtschaftliche Situation wurde ausdrücklich nicht als Krise, sondern als Problem bezeichnet – auf die Unabhängigkeit der Republiken und Provinzen zurückzuführen seien. Dieser Status, so der Vorschlag, müsse eingegrenzt werden, um die Einigkeit wiederherzustellen, indem etwa die Parteikongresse der Republiken wieder nach jenen der Bundespartei stattfinden (diese Reihenfolge wurde erst mit den Verfassungszusätzen Mitte der 1960er Jahre geändert), womit letztere wieder größere Bedeutung erlangen könne. Sämtliche Vorschläge dieser Art wurden im Kongress aber niedergestimmt. Diskutiert wurde zudem auch die „politische Praxis", die sich von der Norm und den Zielen zu weit entfernt hatte. Zwischen den politischen Organen und der „Masse" bestehe keine „organische Verbindung" mehr, da sich der administrative Interventionismus ausweite und es zu übertriebenen „gesetzlichen Regulierungen" und Vorschriften gekommen sei.[1338] Anstatt die Bevölkerung gemäß der „sozialistischen Demokratie" näher an die Entscheidungen politischer Organe zu bringen, sei das Gegenteil passiert: „Aber jetzt [...] konstatierte er [der Bund], dass die arbeitende Bevölkerung und die Bürger kaum noch die Arbeit der Anführer beeinflussen und kontrollieren können, die sich, auf allen Eben, der demokratischen Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung und der Bürger erfolgreich entzogen haben."[1339] Im Wesentlichen bestätigte der Kongress damit die Verfassung von 1974 und die Beschlüsse der vorangegangenen Kongresse, zusammen mit einer Kritik an der „politischen Praxis". Die Vorschläge zur Eingrenzung der Souveränität der Republiken und Provinzen wurden abgelehnt und schließlich auch ein „längerfristiges Programm zur ökonomischen Stabilisierung" („dugoročni program ekonomske stabilizacije", DPES) beschlossen.[1340] Auf konkrete Schritte im Sinne der angestrebten „Vereinigung" konnten sich die Mitglieder des Kongresses aber nicht verständigen, womit die „Unfähigkeit"[1341] des Zentrums noch deutlicher wurde.[1342]

[1338] Ebda., 96f.
[1339] Zitiert bei: Bilandžić, Jugoslavija poslije Tita, 98.
[1340] Ebda., 100. – Siehe dazu Kapitel „Die wirtschaftliche Krise in Jugoslawien: Von politischen Blockaden und Kreditgebern", 291f.
[1341] Ramet, Balkan Babel, 13.
[1342] Ebda.; – Als weitere Ursache dafür, dass keine Reformen und damit größere Änderungen des Systems beschlossen wurden, führt Ramet noch an, dass die Ängste vor einem Kollaps bzw. einem „Transformationsdruck" nach wie vor groß waren, weshalb an den Beschlüssen zu Titos Lebzeiten nichts geändert wurde. Siehe dazu: Ramet, Die drei Jugoslawien, 451.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Ähnlich uneinig verlief auch das dritte Parteiplenum im September 1982, wie folgendes Ereignis zeigt: Beim Ergebnis der Abstimmung über die Einberufung des Serben Dragoslav Marković in das Präsidium konnte keine Zweidrittelmehrheit gefunden werden, weshalb die serbische Parteifraktion dieses Ergebnis nicht annehmen wollte. Marković sei dem „großen Spiel“ zum Opfer gefallen. Mit der Drohung, einheitlich aus dem Zentralkomitee auszusteigen, wurde eine erneute Abstimmung erzwungen, die Markovićs Einzug in das Präsidium nun doch bestätigte. Der Preis dafür war allerdings zweifelsfrei ein hoher: Das Ansehen des Zentralkomitees war schwer beschädigt[1343], was sich beispielsweise durch den Umstand bemerkbar machte, dass von den ohnehin nur 25 beschlossenen Gesetzen im Jahr 1983, nur wenige, bis keines davon in den Republiken und Provinzen umgesetzt wurde.[1344]

Zu den Debatten der Politiker*innen mischten sich auch Stimmen jenseits der Politik, welche die Institution der Arbeiterselbstverwaltung sowie die Ein-Parteienstruktur Jugoslawiens anprangerten: Intellektuelle, Wissenschafter*innen, Publizist*innen, Journalist*innen usw. beklagten die Zensur, forderten Demokratisierungen und einen Pluralismus der Partei sowie der Öffentlichkeit. Auch rückte die Arbeiterselbstverwaltung und mit ihr auch der BdKJ zunehmend ins Zentrum der Kritik. Beide hatten nicht wie propagiert zur „sozialistischen Demokratie“ geführt, nicht vor der „Entfremdung“ geschützt und angesichts der Elitenbildung seit den 1960er Jahren konnte von einer Interessensvertretung aller Arbeiternehmer*innen keine Rede mehr sein: „Die wahre Macht lag bei einer selbstherrlichen Politkaste aus Funktionären, Fabrikdirektoren, Managern und Experten, während die Arbeiterkollektive nur eine scheindemokratische Kulisse für technokratische Beschlüsse abgaben.“[1345] Im Jahr 1981 stellten Personen mit höherem Bildungsabschluss mit 40 Prozent den überwiegenden Anteil der Mitglieder der Partei dar, knapp 30 Prozent entfielen auf die Arbeiter*innen, wobei dieser seit den 1960er Jahren rückläufiger Tendenz war.[1346] Um sich dieser „Nomenklatura“, der Elite, anzuschließen und von höherem Einkommen, höherem Lebensstandard, höherer Bildung usw. profitieren zu können, war eine Mitgliedschaft in der Partei unumgänglich, weshalb Sundhaussen warnte, die Partei mit „den Kommunisten“ gleichzusetzen, zumal es „die Kommunisten [...] schon lange nicht mehr [gab].“[1347]

[1343] Ramet, Die drei Jugoslawien, 447.
[1344] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 270.
[1345] Ebda.
[1346] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 206. – Hinzu kamen 19 Prozent studentische Mitglieder, neun Prozent Pensionist*innen und nur noch 4,3 Prozent Bauern und Bäuerinnen, ebda.
[1347] Ebda., 207. – Diesen Umstand macht die Analyse Vuškovićs besonders deutlich: Im Jahr 1970 bestand die Delegation der föderalen Volksversammlung lediglich zu einem Prozent aus Arbeiter*innen. Dieser Anteil lag im Jahr noch bei acht Prozent, ders., Social Inequality in Yugoslavia, 39.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Die zweite Phase der Diskussionen begann mit dem Jahr 1984. Ab diesem Zeitpunkt, so Ramet, war klar, dass Jugoslawien nicht nur „Probleme“ hatte, sondern tatsächlich in einer „tieferen Krise“ steckte, zu dessen Lösung der bloße Konsens auf eine „Einigung“ nicht mehr ausreichte und eine Verfassungsreform bzw. eine neue Verfassung unausweichlich wurde.[1348] Aber auch der darauffolgende XIII. Parteitag im Juni 1986 brachte keine Fortschritte in der nun bereits jahrzehntelangen Frage nach der Dezentralisierung. Wie in den Jahren zuvor konnte keine Einigung erzielt werden und wurden Beschlüsse auf der Bundesebene dennoch verfasst, wurden diese von den Republiken und Provinzen auch in dieser zweiten Phase kaum ausgeführt.[1349]

Als das Staatspräsidium im selben Jahr eine Kommission beauftragte, die sich mit einer möglichen Reform der Verfassung auseinandersetzen und auf Basis ihrer Erkenntnis entsprechende Vorschläge machen sollte, kam es zu einem Eklat. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass die Bundesregierung ihre Kompetenzen ausweiten sollte, um dem Wunsch nach einer Vereinigung und Einheit gerecht zu werden. Zu diesem Zwecke sollten beispielsweise das Postwesen und die Eisenbahn staatlich reguliert sowie im Allgemeinen ein stärkerer Einfluss bundestaatlicher Organe im Bereich der Wirtschaft vorgeschlagen wurde, und zwar zu Lasten der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Republiken und Provinzen.[1350] Aber gerade diese hatten sich vor allem Kroatien und Slowenien während der 1960er und 1970er Jahre erkämpft und mit den Verfassungszusätzen sowie der Verfassung von 1974 auch zugesprochen bekommen[1351], weshalb die Empörung in den beiden Republiken besonders groß war (wohingegen die serbischen Vorschläge zur Rezentralisierung mit diesem Vorschlag der Kommission bekräftigt wurden). Eine Bedingung für die späteren Auseinandersetzungen zwischen Serbien und Slowenien, die durch diesen Umstand begründet wurde.[1352]

Tatsächlich ging es bei den Debatten in dieser Phase aber nicht ausschließlich bzw. in erster Linie nur um den Status der Unabhängigkeit der Republiken und Provinzen, denn die Abwendung der ökonomischen Krise musste ebenfalls mit einer verfassungsrechtlichen Reform einhergehen. Um etwa das Handelsbilanzdefizit strukturell zu verringern, hätte der Bund in den Außenhandel der Republiken eingreifen müssen, was in der Verfassung aber *per definitionem*

[1348] Ramet, Die drei Jugoslawien, 448f. – Bilandžić datierte dieses Eingestehen einer Krise bereits auf das Jahr 1981, Bilandžić, Jugoslavija poslije Tite, 53.
[1349] Bis auf Beschlüsse bezugnehmend auf die Verteidigung und das Militär, die allesamt umgesetzt wurden. Siehe dazu: Ramet, Die drei Jugoslawien, 452.
[1350] Ebda., 453.
[1351] Siehe dazu: Verfassungszusatz XXXIII. vom 30. Juni 171, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2021 Jänner 19.
[1352] Ramet, Die drei Jugoslawien, 453f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

ausgeschlossen wurde.[1353] Erneut erwiesen sich die jeweiligen Pole bzw. Positionen in den Republiken und Provinzen als ungeeignet, um sich auf ein gemeinsames Wirtschaftsprogramm zu verständigen – ungeachtet dessen schritt die sogenannte Schuldenkrise Jugoslawiens im wachsenden Tempo voran.

2.2.6.2. Die wirtschaftliche Krise in Jugoslawien: Von politischen Blockaden und Kreditgebern

Auf die konkrete Entwicklung der Krise und ihre Auswirkungen auf die jugoslawische Wirtschaft wird noch in einem eigenen Kapitel *en détail* eingegangen.[1354] Hier soll es vorrangig um die politische Dimension der Wirtschaftskrise gehen. Welche Reformen wurden in Jugoslawien diskutiert, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln? Wer war Initiator bestimmter Vorschläge? Welche Republik- bzw. Provinzparteien waren für welche Umsetzungen und welche blockierten diese?

Eine wesentliche Rolle in der jugoslawischen Wirtschaftskrise der 1980er Jahre spielten die internationalen Finanzinstitutionen, vor allem der Internationale Währungsfonds und die Weltbank. Tatsächlich hatten Länder, darunter auch Jugoslawien, bereits vor der wirtschaftlichen Krise Kredite von der Weltbank und vom IWF erhalten, allerdings handelte es sich hierbei um Gelder, die an bestimmte Projekte gebunden waren. So Kredite, die als Investitionen in die weniger entwickelten Gebiete Jugoslawiens, vor allem in den Kosovo, flossen.[1355] Im Laufe der sogenannten internationalen Schuldenkrise, deren Beginn oftmals mit der erklärten Zahlungsunfähigkeit Mexikos von 1982 in Zusammenhang gebracht wird[1356], wurden aber bedeutende Änderungen im Umgang des IWFs oder der Zentralbank mit den Schuldnerländern eingeführt.[1357] Ein Unterschied zur Zeit vor der Schuldenkrise lag etwa in den Vergabekriterien des IWF, die mit einer größeren „politischen Einflussnahme“[1358] auf die Kreditnehmer-Länder einherging. Wurden beispielsweise im Jahr 1969 noch 50 Prozent der IWF-Kredite ohne Bedingungen vergeben, waren es im Jahr 1984 lediglich 10 Prozent, was bedeutete, dass die restlichen 90 Prozent nur unter vorher festgelegten Konditionen und

[1353] Siehe dazu: Verfassungszusatz XXXIV. vom 30. Juni 1971, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2021 Jänner 19.
[1354] Siehe dazu das Kapitel „Die Entwicklung der Wirtschaft in den 1980er Jahren“, 302–3313.
[1355] Vgl. dazu: Tabelle 28.
[1356] Weißenbacher, Jugoslawien, 128.
[1357] James M. Boughton, Silent Revolution. The International Monetary Fund 19179–1989, Washington D.C. 2001, 281.
[1358] Weißenbacher, Jugoslawien, 128–130.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Bestimmungen vergeben wurden. Dabei verfolgten IWF und Weltbank aber die Interessen der Gläubiger und nahmen „wenig Rücksicht auf die Schuldnerländer und deren Bevölkerung [...]“.[1359]

Diese „politische Einflussnahme“ ist in der Forschungsliteratur indes umstritten: Die IWF-Kritiker*innen, wie etwa Susan Woodward oder auch Will Bartlett, vertreten die Position, dass die vom IWF geforderten Maßnahmen nicht den spezifischen Gegebenheiten Jugoslawiens, dem Modell der Selbstverwaltung, angepasst waren. Der Druck, bestimmte Resultate zu erzeugen, um weitere Kredithilfen zu bekommen, sei hoch gewesen. So stand etwa die IWF-Forderung danach, weitere Liberalisierung, d.h. Stärkung der Märkte, zu implementieren und im Gegenzug die staatlichen Interventionen zu reduzieren, im scharfen Kontrast zum jugoslawischen (ideologischen) Selbstverständnis. Dies habe wiederum zu intensiven politischen Auseinandersetzungen in Jugoslawien und damit zur politischen Instabilität des Landes geführt, die letztlich in der Desintegration mündete.[1360] Dieser Position stehen Autoren wie Lydall oder auch Sundhaussen gegenüber – letzterer bezeichnete die Annahmen der Kritiker*innen sogar als „Verschwörungstheorien“.[1361] Lydall merkt an, dass die jugoslawischen Politiker*innen wohl auch ohne das Zutun des IWF ähnliche, wenn nicht die gleichen Schritte gesetzt hätten, um die Krise abzuwenden.[1362] Der Politikwissenschaftler Dejan Jović lässt sich zwischen diesen beiden Positionen verorten, wenn er anmerkt, dass die Zusammenarbeit mit dem IWF nur einer von mehreren verantwortlichen Faktoren für die Auflösung des Landes war. Die Konflikte, welche die IWF-Maßnahmen in der jugoslawischen Politik auslösten, waren ohnehin nur ein Ausdruck des größeren Konfliktes, in welchem sich Jugoslawien in den 1980er Jahren befand: Dezentralisierung oder (Re-) Zentralisierung.[1363]

Die wirtschaftliche Krise bzw. die „wirtschaftlichen Probleme“ (wie dies von jugoslawischen Politikern auf dem XII. Parteikongress bezeichnet wurde) begannen, wie erwähnt, Ende der 1970er Jahre mit einem hohen Handelsbilanzdefizit, einem verlangsamten Wirtschaftswachstum, einer hohen Arbeitslosenrate, Inflation und einer hohen Verschuldung, die 1981 bereits 20 Milliarden US-Dollar betrug; Jugoslawien wurde damit Teil der internationalen Schuldenkrise. Hinzu kam der zweite sogenannte Ölpreis-Schock von 1979, der

[1359] Ebda. 129. – Vgl. dazu auch: Grigore Pop-Elches, From Economic Crisis to Reform. IMF Programs in Latin America and Eastern Europe, Princeton 2009, 67.
[1360] Woodrow, Balkan Tragedy, 58–72; – Will Bartlett, Foreign Trade and Stabilization Policy in a Self-Managed Economy: Yugoslavia in the 1980s, in: John B. Allcock, John J. Horton, Marko Milivojević (Hgg.), Yugoslavia in Transition. Choices and Constraints. Essays in Honor of Fred Singleton, Oxford 1992, 238–263, hier 246–256.
[1361] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 222f.
[1362] Lydall, Yugoslavia in Crisis, 51.
[1363] Dejan Jović, Jugoslavija. Država koja je odumrla. Uspon, kriza i pad Četvrte Jugoslavije (1974–1990), Zagreb 2003, 234–242.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

zu einem Anstieg der Zinsen für den U.S.-Dollar führte, auf welchem wiederum Jugoslawiens Schulden lauteten. Die Folgen waren erneute Kreditaufnahmen, um nicht zuletzt auch die Devisenreserven aufzustocken[1364]: „Es wurde klar, dass die ökonomische Krise in Jugoslawien, die ihren Ursprung im außenwirtschaftlichen Sektor hatte, nicht mehr durch kleinere Anpassungen abgewendet werden konnte."[1365] Mit eben dieser Abwendung wurde in Jugoslawien ab 1979 begonnen:

> "Dear Mr. de Larosiére, as a developing country Yugoslavia has faced a difficult period of economic adjustment over the last few years, following the large increase in oil prices and the relatively slower growth of the world economy. […] the Government believes that the economy must enter a period of stabilization […]. The authorities believe that measures described in this letter are adequate to achieve the objectives of the program but are prepared to take any further measures that may be required. During the period of the stand-by arrangement, the authorities will consult with the Fund on any measures that may be appropriate, either at the initiative of Yugoslavia of whenever such consultations are desirable in the opinion of the Managing Director."[1366]

Diese Auszüge stammen aus einem Brief an den IWF Direktor Jacques de Larosière vom 30. März 1979, den der jugoslawische Bundesfinanzsekretär Petar Kostić schrieb und darin um eine erste (von noch weiteren) Kredittranche(n) ersuchte. Warum benötigte es überhaupt eine solche Kreditaufnahme beim IWF, um die Krise abzuwenden? Hatte Jugoslawien nicht schon seit den 1960er Jahren und insbesondere in den 1970er Jahren hohe Kredite von (ausländischen) Kommerzialbanken und Kreditoren erhalten? Warum ging dies nun nicht mehr? Hier verbarg sich eine Schwierigkeit: Die sich immer weiter zuspitzende globale Rezession führte in den Jahren ab 1978/1979 dazu, dass vor allem westliche Banken und die internationalen Finanzmärkte den Ländern Osteuropas ihre Kreditvergaben zunehmend verweigerten und zwar just zu dem Zeitpunkt, als die Rückzahlungen vorangegangener Kredite in Jugoslawien fällig wurden.[1367] Zu diesen wirtschaftlichen Gründen des Kreditstopps werden noch zwei weitere gezählt: Die Solidarność-Bewegung in Polen Ende der 1970er Jahre sowie die schon erwähnte Invasion der Sowjetunion in Afghanistan; beide Ereignisse hatten die Kreditvergaben zu einem

[1364] Woodward, Balkan Tragedy, 48; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 265.
[1365] Woodward, Balkan Tragedy, 48.
[1366] Yugoslavia – Request for Stand-By Arrangement vom 30. März 1979, Executive Board Documents 1979, IMF Archiv, online unter: https://archivescatalog.imf.org/Details/ArchiveExecutive/125022359, 2021 Februar 18.
[1367] Lampe, Yugoslavia as History, 321; – Bilandžić, Jugoslavija poslije Tite, 53.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Politikum gemacht.[1368] Jugoslawien (sowie die Regionalpolitik) war nun zunehmend von offiziellen Krediten, wie etwa jene vom IWF, abhängig geworden.[1369]

Mit 23. Mai 1979 wurde dem Ansuchen bzw. diesem Beistandskredit („stand-by arrangement“) offiziell stattgegeben und zwar unter der Voraussetzung einer „engen Konsultation“ zwischen Jugoslawien und dem Fonds.[1370] Zum ersten Mal nahm Jugoslawien die sogenannte Kompensationsfinanzierung („compensatory financing facilities“) des IWF in Anspruch.[1371] Die von Kostić erwähnte „Periode der Stabilisierung“ sollte nun mit folgenden Sparmaßnahmen eingeleitet und durchgeführt werden: Zuoberst sollte die inländische Nachfrage um insgesamt 3,5 Prozent gedrosselt werden. Indem Importe von Konsumgütern (erneut) eingeschränkt und die Exporte gesteigert werden, sollten sowohl das Handelsbilanzdefizit als auch der Druck auf die Fremdwährungsreserven verkleinert werden. Darüber hinaus verlautbarte Kostić die folgenden Schritte. Die Ausgaben des öffentlichen Sektors müssten gesenkt werden durch eine restriktive Fiskalpolitik, restriktive Geldpolitik (durch Erhöhung der Geldreserven der Nationalbank) und durch eine Senkung der Auslands-Darlehen um 800 Millionen US-Dollar für das Jahr 1979. Kostić versicherte schließlich auch, dass eine Anpassung der Wechselkurse erfolgen werde.[1372]

Bereits nach einigen Monaten wurde aber klar, dass sich die anvisierten Ziele trotz des Sparprogrammes nicht erreichen ließen. In einem internen Bericht an die Mitglieder des IWF-Exekutivausschusses vom 21. Jänner 1980, in welchem bereits ein weiteres Ansuchen aus Jugoslawien erwartet wurde, wurden folgende Gründe für den schwachen Fortschritt angegeben: Nach wie vor sei die Inlandsnachfrage überhitzt (was unter anderem auf die wiederkehrende Einkommenserhöhung zurückzuführen war), weshalb die Zahlungsbilanz „enttäuschend“ ausfiel. Neben der überhöhten Inlandsnachfrage gab der Bericht auch die sinkenden Einnahmen aus dem Tourismus sowie die geringeren Transferzahlungen der im Ausland beschäftigten Jugoslaw*innen an, die ebenfalls negativ bzw. nicht mehr positiv genug auf die Zahlungsbilanz einwirkten. Schließlich kamen noch Preissteigerungen der Konsumpreise von 24 Prozent – 13 Prozent wurden im Beistandsabkommen vereinbart – hinzu,

[1368] Woodward, Balkan Tragedy, 48; – Weißenbacher, Jugoslawien, 150f. – Pop-Eleches, From Economic Crisis to Reform, 69f. – Für die Entwicklung der Wirtschaftskrise in anderen osteuropäischen Ländern siehe: Ebda., Table 5.1.B., 140.
[1369] Weißenbacher, Jugoslawien, 154.
[1370] Stand-By Arrangement Yugoslavia vom 23. Mai 1979, online unter: https://archivescatalog.imf.org/Details/ArchiveExecutive/125022359, 2021 Februar 18.
[1371] Weißenbacher, Jugoslawien, 153.
[1372] Request for Stand-By Arrangement vom 30. März 1979, online unter: https://archivescatalog.imf.org/Details/ArchiveExecutive/125022359, 2021 Februar 18.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

als dessen Ursache die Ölpreissteigerung angegeben wurden.[1373] Die Folge dieser wirtschaftlichen Entwicklungen waren erneute Kreditaufnahmen beim IWF bzw. ein dreijähriges Stabilisierungsprogramm, dem Jugoslawien 1980 zustimmte. Will Bartlett betont in diesem Zusammenhang, dass solche Programme unter der Aufsicht des IWF einem „Standard-Menü" entsprachen, das bei beinahe allen sogenannten Entwicklungsländern mit Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten angewandt wurde: Liberalisierungen, restriktive Finanz- und Geldpolitik, Senkung der Ausgaben sowie Anpassung des Wechselkurses – all diese Maßnahmen fanden auch in Jugoslawien Anwendung.[1374]

Trotz dieser ersten Schritte wurde bis zum Herbst 1981 die Krise innerhalb der Partei und den führenden Regierungsmitgliedern aber nicht eingestanden bzw. „zugegeben". Die zwei Jahre bis dahin waren eine „verlorene Zeit. In der ersten Phase herrschte Verunsicherung, man könnte sogar Verwirrung sagen [...]."[1375] Zwar gab es bereits Ende der 1970er Jahre vereinzelte Stimmen auf der Bundesebene, die Jugoslawien inmitten einer Krise sahen, wie etwa Veselin Duranović (1925–1997), der von 1977 bis 1982 die Regierung führte, oder frühere Regierungsmitglieder wie Kiro Gligorov (1917–2012) sowie Ökonomen wie Marijan Korošic. Ihre Kritiken und Änderungsvorschläge, die auf radikalere Maßnahmen drängten, wurden auf der Ebene der Republiken und Provinzen allerdings nicht gehört. Ganz im Gegenteil: Die führenden Regierungsmitglieder gingen dazu über, einen neuen Fünfjahresplan zu entwickeln und zu erlassen, so „als sei nichts gewesen".[1376]

Erst im Jahr 1981 wurde die erwähnte Kommission mit über 300 Personen (Politiker*innen und Expert*innen) und Sergej Kraigher (1914–2001) an deren Spitze eingesetzt, die Vorschläge zur Überwindung der Krise erbringen sowie ihre Ursachen analysieren sollte. Im Laufe der nächsten beiden Jahre publizierte die Kommission die Reihe des sogenannten „Langfristigen Programms der ökonomischen Stabilisierung", die ganz im Zeichen der oben beschriebenen ersten Phase nach Titos Tod stand. Der Ausweg aus der ökonomischen Krise wurde innerhalb des bestehenden Systems gesucht. Die Grundfeste der jugoslawischen Wirtschaft, zu diesem Zeitpunkt die Arbeiterselbstverwaltung und die sogenannte Verhandlungsökonomie, sollten nicht abgeschafft, sondern lediglich umgesetzt werden. Eines der größten Probleme wurde innerhalb der Preisentwicklung in Jugoslawien verortet, da die Warenproduktion und ihr Wert eben nicht durch entsprechende Preise

[1373] Yugoslavia – Use of Fund Resources – Compensatory Financing Facility vom 21. Jänner 1980, Executive Board Documents 1980, IMF-Archive, online unter: https://archivescatalog.imf.org/Details/ArchiveExecutive/125020422, 2021 Februar 18.
[1374] Will Bartlett, Foreign Trade and Stabilization Policy in a Self-Managed Economy, 242f.
[1375] Bilandžić, Jugoslavija poslije Tite, 101.
[1376] Dejan Jović, Jugoslavija, 242.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

ausgedrückt wurden. Darüber hinaus habe die Preispolitik auch nicht den Profit berücksichtigt, der mit der Einführung der Arbeiterselbstverwaltung in den 1950er Jahren verankert wurde.[1377] Aus diesem Grund sei auch die erhoffte „erweiterte Reproduktion" nicht eingetreten.[1378]

Die Kritik lautete, dass das System der späten 1970er Jahre und der frühen 1980er Jahre im Gegensatz zu den Bedingungen der freien Assoziation stand, weshalb die Autor*innen dessen Realisierung forderten: Die Arbeiter*innen sollten sowohl ihre Arbeit und die Produktionsmitteln verwalten als auch über die Resultate ihrer Arbeit entscheiden dürfen und zwar unter der Prämisse der Marktgesetze, denn schließlich sei das regelmäßige Eingreifen politischer Organe in die Wirtschaft ein Grund für die krisenhafte Entwicklung in Jugoslawien gewesen. Die wirtschaftlichen Abläufe, so das Urteil, müssten von den Arbeitnehmer*innen entschieden, durchgeführt und verwaltet werden anstatt von Politiker*innen und Banken.[1379] Laut der Kommission und dessen Vorsitzenden Kraigher war die Ursache der Krise nicht das Modell der Selbstverwaltung, sondern die Tatsache, dass dieses nicht entsprechend umgesetzt wurde. Demnach ging es nicht um die Frage, ob der Keynesianismus versagt hätte und der Monetarismus berichtigen konnte, denn der Kapitalismus sei generell in der Krise und die Selbstverwaltung die einzige Alternative dazu. In ihrer vollständigen Umsetzung würde sie schließlich auch gegen die „Technomanager" und die „liberalen Tendenzen" wirken.[1380]

Letztlich wurde von der Kommission auch der Umstand kritisiert, dass sich der nachkriegszeitliche Fokus auf die schwere, bzw. die größeren Industrien auch in den Jahrzehnten danach kaum änderte. Im Vergleich mit kapitalistischen Ländern gäbe es in Jugoslawien vornehmlich „grobe" Industrien und kaum kleinere und mittlere. Dies habe mitunter dazu geführt, dass die Landwirtschaft in Volkswirtschaften dieser Prägung zu einem Nahrungsmittellieferanten der eigenen Bevölkerung werde, aber nicht zur Vergrößerung des Nationaleinkommens beitrage (was wiederum auf die Einkommen aus der Landwirtschaft und damit auf das Entwicklungsgefälle einwirkte).[1381] Die auf Basis dieser Analyse vorgeschlagenen Maßnahmen wurden auf dem XII. Parteikongress verabschiedet und lauteten wie folgt: Verlangsamung des Wachstums des im Umlauf befindlichen Geldes; Verringerung der Investitionen in die Basismittel von 35 Prozent auf 25 Prozent; Verringerung der Steuerrate

[1377] Siehe dazu das Kapitel „Die Arbeiterselbstverwaltung: Funktion, Organisation und Rechte", 71–73.
[1378] „Über die erweiterte Produktion und den Mitteln ihrer Finanzierung entscheiden emanzipierte Zentren ökonomischer und politischer Macht […] und nicht selten auch in informellen Gruppen, in welchen Mitglieder aus Organen gesellschaftlich-politischen Gemeinschaften, gemeinsam mit einflussreichen Mitgliedern aus Organen der gesellschaftlich-politischen Organisationen und Geschäftsführungsorganen der vereinten Arbeit und Banken, ja wirklich die eigenen wichtigsten Entscheidungen treffen […]." Auszug aus dem Bericht der Kommission, zitiert bei: Bilandžić, Jugolavije posilje Tite, 54f.
[1379] Ebda., 55.
[1380] Jović, Jugoslavija, 242f.
[1381] Bilandžić, Jugoslavija poslije Tite, 59f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

und Abgaben für die Landwirtschaft von 35 Prozent auf circa 30 Prozent; eine neue Preispolitik, die gewährleisten sollte, dass die heimischen Preise jenen auf dem Weltmarkt entsprechen; eine Währungspolitik des realen Dinar-Kurses; eine Politik der Zinsraten, die sich jenen der Inflationsrate zunächst annähert und dann übersteigt; radikale Verringerung der Verlustsanierung in der Wirtschaft, und schließlich Maßnahmen, um die Effektivität der Produktion zu erhöhen.[1382]

Diese Schritte waren erst der Anfang, denn während die Kommission an ihren Berichten arbeitete, verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation in einem solchen Maße, dass das oben erwähnte Stabilisierungsprogramm mit dem IWF von 1980 wieder storniert und im Februar 1981 ein neues aufgesetzt wurde, und zwar im Wert von 1,8 Milliarden US-Dollar. Die bis dahin durchgeführten Maßnahmen, vor allem die Restriktionen des Konsumgüterimports, reichten nicht aus: Jugoslawien brauchte mehr Kredite, um vor allem die Raten vorheriger Kredite zu tilgen. Die internationalen Märkte bzw. Banken zögerten nach wie vor Kredite zu vergeben, wie das Beispiel der Manufacturers Hanover Trust of New York verdeutlicht. Ende 1981 hatte dieser größte amerikanische Kreditgeber versucht, einen Konsortialkredit von über 500 Millionen US-Dollar mit anderen Kreditgebern zu bilden, um die Zinszahlungen der jugoslawischen Nationalbank zu gewährleisten. Weil sich weitere Geldgeber aber nicht fanden, stellte der Trust diesen Versuch bereits im Februar 1982 wieder ein.[1383]

Im Mai des gleichen Jahres wurde Milka Planinc (1924–2010) als erste Frau zur jugoslawischen Ministerpräsidentin gewählt und fand sich sogleich in der prekären Lage, unter dem Druck zweier Seiten die Wirtschaft Jugoslawiens zu sanieren und einen Zahlungsausfall abzuwenden: Auf der einen Seite insistierte der IWF nun darauf, dass intensivere Maßnahmen und Reformen durchgeführt werden, bevor der nächste dreijährige Bereitschaftskredit vergeben wird. Mittels „radikaler Austerität“ sollte der Schuldendienst Jugoslawiens aufrechterhalten werden: anti-inflationäre Maßnahmen, Handels- und Preisliberalisierungen, institutionelle Reformen, Preisanpassungen sowie eine „monetäre Disziplin” und „monetäre Autorität“.[1384] Weiters gefordert wurden eine Abwertung des Dinars, strengere Währungs- und Kreditemissionen sowie ein Zinssatz, der mindestens ein Prozent über der Inflationsrate lag.[1385]

Der Druck auf der anderen Seite kam vom jugoslawischen Parlament, der skupština, das diesen Forderungen nicht zustimmen wollte, ohne der es aber keine weiteren Gelder des IWF gab – dies hätte unweigerlich zur Zahlungsunfähigkeit Jugoslawiens geführt.[1386] Das Problem

[1382] Ebda., 60.
[1383] Lampe, Yugoslavia as History, 321f.
[1384] Woodward, Balkan Tragedy, 49.
[1385] Lampe, Yugoslavia as History, 327.
[1386] Ebda., 326f.; – Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 223.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

war, wie Planinc in einem späteren Interview zusammenfasste, dass die Bundesorgane an die Grenzen ihres Einflusses kamen, wobei diese Grenzen von den Republiken und Provinzen diktiert wurden. Wie schon erwähnt, gab es durchaus auch innerjugoslawische Rufe nach mehr und vor allem stärkeren Maßnahmen, die auf der Ebene der Republiken und Provinzen allerdings nicht erwidert wurden. Neben der Uneinigkeit zwischen den Republiken und Provinzen zählte Planinc auch jene innerhalb der Partei als Ursache für die schleppenden Maßnahmen in Jugoslawien und zwar zwischen den Konservativen und den Pragmatisten („Kardeljismus" vs. „ökonomischen Realismus"[1387]), d.h. zwischen Personen, die noch immer an den ideologischen Grundfesten Jugoslawiens festhielten und davon überzeugt waren, dass die geforderten Maßnahmen (vor allem die Liberalisierung des Marktes) nicht im Einklang mit der Selbstverwaltung standen und jenen Personen, die aufgrund der ökonomischen Situation dazu bereit waren, Alternativen zum Selbstverwaltungsmodell in Betracht zu ziehen.[1388] Über diese Kluft und ihre Folgen sagte Planinc im Interview:

> „Die Partei hätte eine geeinte Kraft sein sollen, aber bereits dann (1982) entwickelte sie sich gegenteilig: die Hauptquelle des Konfliktes und des Konservatismus in der jugoslawischen Gesellschaft. Zu Titos Zeiten waren Änderungen noch immer möglich, unter der Bedingung, dass Tito von ihrer Notwendigkeit überzeugt war. Nach ihm wurde alles viel schwieriger. Es war nicht mehr genügend Geld vorhanden, um die Interessen aller zu befriedigen. Die Bundesregierung hatte keine Kontrolle mehr über die eigene Politik, sondern musste sich auf Republiken, auf die Bundespräsidentschaft und auf die Partei-Präsidentschaft verlassen. Als die Mitglieder der Parteipräsidentschaft zu Vertretern der Interessen ihrer eigenen Republiken wurden, wurde die jugoslawische Einheit schlicht unmöglich."[1389]

Die ehemalige jugoslawische Präsidentin verwies damit auf die in dieser Arbeit schon mehrmals erwähnte Beschlussunfähigkeit der jugoslawischen Bundesregierung, die auf die Föderalisierungen und auf das Erstarken der Republiken und Provinzen zurückzuführen war und die hinsichtlich der ökonomischen Krise bedeutende Auswirkungen hatte.[1390] Bedingt durch die verschiedenen (vier) Positionen oder Pole in Jugoslawien, wurde bereits die Rolle bzw. die Institution IWF gegensätzlich wahrgenommen: Während die Konservativen den Fonds als „Inbegriff des ausbeuterischen Kapitalismus" und als eine Gefährdung betrachteten, waren

[1387] Jović, Jugoslavija, 230f.
[1388] Ebda., 230–233.
[1389] Zitiert bei: Jović, Jugoslavija, 231.
[1390] Vgl. dazu auch die Einschätzung der CIA: Central Intelligence Agency, Yugoslavia: An Approaching Crisis?, Special National Intelligence Estimate, 31. Jänner 1983, online unter: https://archive.org/details/CIA-RDP86T00302R000801270010-6/page/n3/mode/2up, 2021 April 11.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

die Vertreter*innen auf der gegenüberliegenden Seite, darunter auch Planinc, von dessen Notwendigkeit überzeugt: „Sie sahen mich mit Argwohn an, viele von ihnen glaubten, ich sei ein IWF-Spion aus ihren Reihen. Öffentlich habe ich gesagt, dass die IFW-Initiative willkommen sei, weil viele Personen in der Heimat gegen die Reform waren. Im Sinne hatte ich die Bundesparteiführung, selbst wenn ich – natürlich – dies nicht explizit sagte. Aber sie wussten, wen ich kritisiere."[1391]

Warum verursachten die vom IWF vorgeschlagenen bzw. geforderten Maßnahmen einen solchen Konflikt in Jugoslawien? Hier vereinen sich *de facto* die drei oben erwähnten Positionen innerhalb der Forschungsliteratur, denn der IWF forderte nicht nur konkrete Maßnahmen, wie eine Dinar-Abwertung, restriktive Geld- und Fiskalpolitik oder auch eine Liberalisierung, sondern, um diese auch entsprechend umzusetzen, eine Stärkung der Zentralorgane. Dies hätte allerdings den Handlungsspielraum der Republiken maßgeblich beschränkt, was demnach im direkten Gegensatz zu den territorialen Dezentralisierungen der 1970er Jahre stand.[1392] Nach wie vor erwiesen sich die Spar- bzw. die Krisenmaßnahmen in Jugoslawien als zu wenig effektiv, um die Schulden zu verkleinern bzw. planmäßig zurückzuzahlen, das Handelsbilanzdefizit und die Inflation zu verringern sowie die Fremdwährungsreserven aufzustocken. Die IWF-Berater kamen zum Schluss, dass es mehr „monetäre Disziplin"[1393] in Form einer „zentralen Regulierung" sowie einen einheitlichen jugoslawischen Markt brauche, um die Wirtschaft zu sanieren, weshalb eben diese Punkte zum Bestandteil der Verhandlungen wurde: „It has been accepted, that centralized regulation will be introduced if these measures do not achieve the desired result promptly."[1394] Die entsprechenden Forderungen sahen wie folgt aus: Banken und Unternehmen sollten sich primär der Kreditrückzahlung widmen, anstatt sich mittels neuen Krediten weiter zu verschulden; die Republiken und Provinzen sollen vierteljährlich ihre Schätzungen über den Importbedarf an den Bund berichten oder diese durch den Bund abwickeln lassen; schließlich und wohl am

[1391] Zitiert bei: Jović, Jugoslavija, 240. – Interessant ist, dass Planinc ins Amt gesetzt wurde, da sie als „Loyale" der Konservativen galt und sogar von Bakarić vorgeschlagen wurde, um den Kurs ihres Vorgängers in Richtung Zentralisierung zu berichtigen. Siehe dazu: Ebda., 231; – Lampe, Yugoslavia as History, 326.

[1392] Woodward, Balkan Tragedy, 57; – Die beiden Forderungen, Stärkung der Zentralgewalt und Rückzug der Zentralgewalt aus der Wirtschaft, stellten dabei aber kein Paradox dar, denn, wie gezeigt, war das jugoslawische politische System seit den 1970er Jahren von einem „polyzentrischen Etatismus" gekennzeichnet: Mehrere beinahe unabhängige Blöcke und Zentren, die auf Basis ihrer unterschiedlichen Interessen einen Konsens finden mussten und sich dabei *de facto* kontinuierlich blockierten. Ähnliches war auch in Bezug auf die Wirtschaftskrise passiert, weshalb konkrete Reformen nicht umgesetzt werden konnten, während die Krise sich weiter verschlechterte. Hierin sah der IWF den Grund dafür, warum die Maßnahmen in Jugoslawien nicht wirkten – es gab keine „Autorität" des Bundes, die eine stringente und konzise Umsetzung fordern und überwachen konnte. Siehe dazu: Ebda.

[1393] Ebda., 59.

[1394] Statement by Mr. Polak on Yugoslavia, Executive Board Meeting 83/45, March 11th 1983, IMF-Archives, online unter: https://archivescatalog.imf.org/Details/ArchiveExecutive/125069186, 2021 Februar 20.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

bedeutendsten für die politische Auseinandersetzung war die Bedingung, dass die Abwicklung der Devisen wieder zentral gesteuert werden, und zwar durch die Nationalbank in Belgrad.[1395]

Mit dieser Forderung traf der IWF gewissermaßen einen Nerv in Jugoslawien, über dessen Weg, Dezentralisierung oder eine Zentralisierung, die Republiken bzw. ihre Parteien seit Jahrzehnten stritten. Wie sehr die politische Auseinandersetzung um die De- oder Zentralisierung mit der wirtschaftlichen zusammenhing, wird an dieser Situation damit besonders deutlich. Dass sich die Führungsspitzen letztlich dennoch einigten, lag zu einem großen Teil am „Kroatischen Schweigen" („hrvatska šutnja"), das einsetzte, als die Republik Kroatien 1982 vor einem Bankrott stand. Auf die Hilfe des Bundes angewiesen, der im Falle eines positiven Beschlusses über die IWF-Vereinbarungen als Garant für alle Schulden einspringen würde[1396], musste es von seiner reformblockierenden Position und Rhetorik abweichen und jenem Lager (schweigend) zustimmen, das eine Reform, d.h. den Zentralismus, befürwortete.[1397] Damit blieb als Reform- und Zentralisierungsgegner vor allem die slowenische Fraktion übrig, die sich gegen die Reformbefürworter (allen voran Serbien) durchzusetzen versuchte. Jović formuliert diesen Umstand wie folgt: Zum ersten Mal in der Geschichte hatte sich die jugoslawische Politik nicht entlang der „Zagreb-Belgrad" Konfrontationslinie, sondern der „Ljubljana-Belgrad" Linie entwickelt.[1398]

Nach einer heftigen Auseinandersetzung im Parlament im Juli 1983, bei der Planinc auch ihren Rücktritt anbot[1399] und Jugoslawien knapp vorm Staatsbankrott stand, wurde das Stabilisierungsprogramm des IWF schließlich angenommen: Insgesamt erhielt Jugoslawien Kredite von über 4,5 Milliarden US-Dollar: Davon entfielen 1,4 Milliarden auf die internationalen Finanzinstitutionen (IWF, Weltbank und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich), weitere 1,1 Milliarden wurden umgeschuldet und schließlich kamen noch zwei weitere Milliarden US-Dollar von privaten Kreditgebern hinzu – die sogenannten „Friends of Yugoslavia".[1400] Nach jahrelangem Scheitern, erklärte sich unter der Führung der bereits erwähnten Manufacturers Hanover Trust schließlich ein Konsortium zusammen, das Jugoslawien Gelder lieh.[1401] Den Grund dafür wird in Titos Außenpolitik verortet, die schon in den Jahrzehnten davor bestimmte Vorteile mit sich brachte: „Titos Außenpolitik hinterließ Jugoslawien noch ein Vermächtnis. Sein Balanceakt zwischen beiden Seiten im Kalten Krieg

[1395] Woodward, Balkan Tragedy, 57.
[1396] Dies war eine der IWF-Forderung, Jović, Jugoslavija, 237.
[1397] Ebda., 235f.
[1398] Ebda., 236.
[1399] Siehe dazu etwa: Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 223; – Lampe, Yugoslavia as History, 327.
[1400] Bilandžić, Jugoslavija poslije Tite, 106. – Lampe, Yugoslavia as History, 326.
[1401] Ebda., 326f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

ermöglichte noch eine letzte Infusion an westlicher Unterstützung, und das sogar nach seinem Tod."[1402] Auch an dieser Stelle werden die Verflechtungen bezüglich der Regionalpolitik abermals deutlich: Kredite aus dem Ausland, etwa von der Weltbank, wurden als Zuschüsse für die Behebung der regionalen Ungleichheiten verwendet. Als diese versiegten, war das Entwicklungsgefälle davon unmittelbar betroffen, was sich nicht zuletzt an den Einkommensunterschieden zeigte. Die Tatsache, dass sich inmitten dieser Bredouille dennoch ausländische Kreditgeber fanden, war der Außenpolitik geschuldet. Wie sehr diese wiederum von der innenpolitischen Konstellation geprägt war, zeigt etwa die Beschlussunfähigkeit in Bezug auf die IWF-Kredite.

Wie erwähnt, setzten ab dem Jahr 1984 (demnach in der zweiten Post-Tito Phase nach Ramet) Gespräche über eine Verfassungsreform ein, in welcher die wirtschaftliche Stärkung der Bundesorgane, d.h. die Zentralisierung, langfristig verankert werden sollte. Das komplizierte Verhandlungs-, Absprachen- und Vertragssystem, das mit 1976 implementiert wurde, sollte weichen und an dessen Stelle Marktgesetzte treten. Des weiteren sollte auch die Hoheit über die Geldpolitik vollständig an die Zentralbank übergehen, um eine umfassende Geldpolitik vorantreiben zu können. Gleichzeitig hatten Bund sowie alle Republiken und Provinzen mit großen Ausfällen der Einnahmen zu kämpfen, zumal das Stabilisierungsprogramm bereits seit 1979 einen drastischen Rückgang des privaten Konsums vorsah. Um nun die Budgetausgaben zu verringern und den Druck gegen die Bundesregierung und gegen die geplante Zentralisierung zu erhöhen (die einen Einschnitt in der Autonomie der Republiken und Provinzen bedeuteten), gingen Kroatien und Slowenien dazu über, einen Zahlungsstopp an den Bund (etwa für die regionale Politik oder auch für die Verteidigung) anzudrohen sowie andere Beschlüsse im Parlament zu blockieren, um einen Kompromiss bezüglich der wirtschaftlichen Reform zu erzwingen. Das Argument der Reformgegner gegen die Zentralisierung ähnelte jenem der vergangenen Jahrzehnte: Die zentrale Steuerung von Mitteln sei nicht effektiv und produktiv, weshalb damit Geld verschwendet werde. Würden lediglich die profitablen Unternehmen (und damit die Republiken, in denen sie niedergelassen sind) über die Gelder und vor allem über die Investitionen entscheiden, könnten Wirtschaft und Einnahmen wieder wachsen. Dies stand wiederum im scharfen Gegensatz zu den Interessen der weniger entwickelten Republiken und Regionen, die auf die staatlich vergebenen Investitionen angewiesen waren; d.h. eine weitere Patt- und Blockadesituation tat sich auf.[1403] Zusätzlich dazu argumentierten die beiden Republiken, dass auf Basis der bestehenden Verfassung

[1402] Ebda., 321.
[1403] Woodward, Balkan Tragedy, 69.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

sämtliche Produktionsmittel innerhalb ihrer Territorien, in ihrem Eigentum standen, weshalb auch ausschließlich ihnen das Recht obliege, über die Einkommen der Unternehmen und Arbeiter*innen zu entscheiden. Dass im Rahmen der Abschlagszahlungen an den Bund die Steuern der weiter entwickelten Regionen für andere Republiken verwendet wurden, betrachteten Slowenien und Kroatien als „nationale Ausbeutung".[1404]

Zusätzlich bestärkt wurden die beiden Republiken in ihrem Vorgehen auch durch die westlichen Banken, die nun ihre Kreditvergabe an die Länder Osteuropas wieder aufnahmen. Auslandsinvestitionen flossen vor allem nach Slowenien und Kroatien, wo sich neue touristische und kulturelle Organisationen, Alpe-Adria genannt, entlang der Grenze zu Österreich und Italien etablierten. Sowohl Österreich als auch Italien begannen ihre wirtschaftlichen Beziehungen zur Region aufzubauen und ihre „Interessen in Osteuropa zu expandieren".[1405] Diesem Druck und der fehlenden Übereinkunft zwischen den Republiken und Provinzen ausgesetzt, sah sich 1985 die Regierung Planics dazu gezwungen, sowohl die IWF-Maßnahmen, die Bereitschaftskredite als auch die geplante Verfassungs- und Wirtschaftsreform auszusetzten, lediglich einem „enhanced monitoring" durch den IWF wurde zugestimmt.[1406] Nur drei Jahre später, im April 1988, schrieben der (neue) jugoslawische Bundesfinanzsekretär, Svetozar Rikanović, und der Gouverneur der Nationalbank, Dušan Vlatković, einen Brief an den neuen IWF-Direktor Michel Camdessus. Darin hieß es, dass, obwohl sich das Jahr 1987 als sehr schwer erwiesen hätte, es vor allem deutlich gemacht habe, wie hoch die Kosten der inadäquaten Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise waren, vor allem in Bezug auf den jugoslawischen Lebensstandard. Dadurch sei jetzt aber auch allen Teilen der Bevölkerung klar geworden, dass es systematische Reformen und Maßnahmen brauche, für die der notwendige Konsens nun auch zustande gekommen sei; „wir sind nun fest dazu entschlossen, den Marktkräften die vorrangige Rolle in unserer Wirtschaft zu überlassen, um nicht zuletzt unsere wirtschaftlichen und sozialen Ziele zu erreichen. Unsere Strategie ist es jetzt, von administrativen Interventionen abzurücken […]."[1407]

Die anhaltende wirtschaftliche Belastung hatte die jugoslawische Regierung, nun unter der Führung von Branko Mikulić (1928–1994), dazu veranlasst, die Verhandlungen mit dem IWF wieder aufzunehmen und um einen neuen Bereitschaftskredit anzusuchen. Der vom IWF geforderten Zentralisierung, um die „Disziplin" bezüglich Geld- und Fiskalpolitik umzusetzen,

[1404] Ebda., 69f.
[1405] Ebda., 72.
[1406] Lampe, Yugoslavia as History, 328f. – Siehe dazu auch: Yugoslavia – Staff Report for the 1985 Article IV Consultation and Review Under Stand By Arrangement, March 11 1986, IMF-Archives, online unter: https://archivescatalog.imf.org/Details/ArchiveExecutive/125081533, 2021 Februar 22.
[1407] Yugoslavia – Stand-By Arrangement, June 1st 1988, IMF-Archives, online unter: https://archivescatalog.imf.org/Details/ArchiveExecutive/125088765, 2021 Februar 22.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

wurde schließlich nachgegeben. Nachgegeben bzw. geeinigt hatte man sich auch bezüglich weiterer Liberalisierung und einer Stärkung der Märkte, was auch bedeutete, dass staatliche Eingriffe und Regulierungen auf ein Minimum reduziert werden mussten. Dagegen hatten sich die sogenannten „Kardeljisten", die Konservativen jahrelang erfolgreich gewährt. Gleichzeitig standen diese Forderungen dabei im globalen Kontext der 1980er Jahren und verwiesen auf die schon erwähnte Neuausrichtung der ökonomischen Theorie (Monetarismus), nach welcher staatliche Interventionen auf ein Minimum zu reduzieren waren und zwar zu Gunsten der Marktgesetze, die nun alleine die Wirtschaftsabläufe regelten.[1408] Jugoslawien, das als sozialistisches Land dieser Auffassung nur konträr gegenüberstehen konnte, erklärte sich nun mit diesem Brief an Camdessus dazu bereit, einen gänzlich neuen Kurs einzuschlagen.

Aber wie gelang diese Reform, angesichts der Uneinigkeit in Jugoslawien? Es waren schlicht die Bedingungen des IWF, die eine verfassungsrechtliche Reform voraussetzten, ehe weitere Kredite vergeben wurden, die das Land angesichts der hohen Inflationsraten, Schulden und Defizite dringend benötigte. Jugoslawien könne sich keine weiteren „plastischen Operationen" und „Pflaster" mehr leisten, es brauche eine „radikale Operation", ließen IWF- und Weltbankvertreter die jugoslawische Regierung wissen, welche „die föderale Autorität" herstelle und damit die Schuldenrückzahlungen garantieren könne.[1409]

Auf dieser Annahme aufbauend stellte die Mikulić-Regierung am 11. Februar 1987 dem Parlament insgesamt 140 Verfassungszusätze vor, die zunächst fast ausschließlich auf die wirtschaftliche Umstrukturierung abzielten. Im Mai 1987 stimmte das Staatspräsidium den Verfassungsergänzungen zu und gab darüber hinaus eine Deklaration ab, in der als Ursache der ökonomischen Krise Jugoslawiens der „polyzentrische Etatismus" genannt wurde, der die Teilrepubliken als eigene Staaten handeln ließ. Im September 1987 gab auch die Parteipräsidentschaft ihre Zustimmung zu den Entwürfen bekannt und schlug eine parlamentarische Diskussion darüber vor.[1410] Der letzte Schritt auf dem Weg zur Verfassungsänderung war dessen Anerkennung durch die einzelnen Republik- und Provinzversammlung, zumal die Zusätze in ihren eigenen Verfassungen auch verankert werden mussten. Dies geschah schließlich am 29. November 1988. 135 Artikel der Verfassung von 1974 wurden mittels 39 Zusätzen abgeändert, was etwa einem Drittel der gesamten Verfassung

[1408] Siehe dazu das Kapitel „Jugoslawiens Wirtschaft und Lebensstandard in den 1970er Jahren: zwischen globaler Rezession und neuer Verfassung", 236–238.
[1409] Zitiert bei: Woodward, Balkan Tragedy, 82f.
[1410] Angesichts der voranschreitenden Krise und Zeit, verkürzte die Regierung diese Diskussion, als formellen Schritt, was zu Protesten der slowenischen Delegierten führte. Siehe dazu: Ebda., 83; – Lampe, Yugoslavia as History, 329.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

entsprach.[1411] Die Bedeutung dieser Verfassungsreform war enorm: Das sozialistische Eigentumsrecht sowie die Selbstverwaltung wurden abgeschafft und an deren Stelle nun die Privatisierung trat. Dementsprechend hieß es im Artikel 9: „Am Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes tritt das Gesetz über die obligatorische Zusammenarbeit und die gemeinsamen Organe der Organisationen der assoziierten Arbeit im Handel mit Waren und Dienstleistungen sowie der Produktionsorganisationen der assoziierten Arbeit außer Kraft.“[1412] Einen jugoslawischen Sozialismus gab es damit nicht mehr: „Mit 1988 endete das Lavieren zwischen Marktwirtschaft und Selbstverwaltung. Die neuen Gesetze führten faktisch den Kapitalismus wieder ein [und] beendete die verabredete Wirtschaft [...].“[1413]

Das föderale Verhältnis zwischen den Republiken und Provinzen auf der einen Seite und dem Bund auf der anderen wurde mit diesen Verfassungszusätzen allerdings noch nicht geklärt, ganz im Gegenteil: In Slowenien wurden sämtliche Versuche die Rechte und den Status der Republiken und Provinzen einzugrenzen, vehement blockiert. In Serbien wurde die „Kosovo-Frage“ bzw. die Frage nach der Angliederung der beiden Provinzen an Serbien immer brisanter. Die politischen Blockaden in Jugoslawien ließen eine Revision der Verfassung von 1974, und damit auch die Aberkennung des Provinzstatus der Vojvodina und des Kosovos, immer unrealistischer werden. Der seit 1987 neu amtierende serbische Parteichef Milošević ging daher den Weg über die serbische Republikverfassung: Würden die beiden Provinzen einer Angliederung an Serbien zustimmen, bräuchte es auch keine Änderung der 1974er Verfassung: „Dies wiederum setzte voraus, dass die Führungspositionen in Kosovo und der Wojwodina mit Milošević-Anhängern besetzt wurden. Der Weg dorthin führte über die ‘antibürokratische Revolution’, mit der ein radikaler Wandel im Politikstil Jugoslawiens vollzogen wurde.“[1414] Der Autonomiestatus der beiden Provinzen wurde mit März 1989 vom serbischen Parlament aufgehoben und was folgte, waren zahlreiche Demonstrationen und Protestveranstaltungen in Slowenien, deren Teilnehmer*innen durch das Tragen eines Davidsterns mit der Aufschrift „Kosovo, meine Heimat“ ihre Solidarität mit dem Kosovo bekundeten.[1415] Die schon erwähnte Konfrontationslinie „Ljubljana-Belgrad“ verhärtete sich zunehmend. Beide Seiten machten Vorschläge für die weitere Entwicklung resp. die Verfassungsreform: Während die serbischen

[1411] Woodward, Balkan Tragedy, 83. – Siehe dazu auch die Verfassungszusätze IX.–LXVIII. zur Verfassung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf74-i.htm, 2021 April 27

[1412] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 297. – Artikel 9 der Verfassungszusätze IX. bis XLVII. zur Verfassung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/index.htm, 2021 April 27.

[1413] Weißenbacher, Jugoslawien, 245.

[1414] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 263.

[1415] Ramet, Die drei Jugoslawien, 487; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 298.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Vertreter die Abschaffung der Konsensentscheidung zu Gunsten einer Mehrheitsentscheidung vorbrachten, schlugen die slowenischen eine „asymmetrische Föderation“ vor, in welcher jede Teilrepublik ihren Status und ihr Verhältnis zum Bund einzeln verhandeln sollte; die kroatischen Politiker*innen pflichteten diesem Vorschlag bei.[1416] Im September 1989 erfolgte die slowenische Verfassungsänderung, die, unter anderem, der jugoslawischen Volksarmee untersagte, slowenischen Boden zu betreten, sofern dies nicht durch das slowenische Parlament bewilligt wurde.[1417] Als danach eine Protestaktion von circa 30.000 – 40.000 Serb*innen in Ljubljana von Miroslav Šolević geplant und angekündigt wurde[1418], um die slowenische Öffentlichkeit über die „Wahrheit über den Kosovo“ zu unterrichten, entschied sich die slowenische Regierung dazu, die Demonstrant*innen und ihre Veranstaltungen nicht gewähren zu lassen. Mit der Bitte, die geplante Demonstration zu verbieten, wandte sich die slowenische Regierung an das Staatspräsidium.[1419] Dieses erteilte dem Ansuchen aber eine Abfuhr, die Aktion fand aber dennoch nicht statt: Sowohl die slowenischen als auch die kroatischen Eisenbahngewerkschaften – die kroatischen Politiker*innen unterstützen die slowenischen in dieser Sache – ließen die Züge mit den Demonstrant*innen schlicht umkehren und verhinderten damit die Proteste.[1420] Wieder befeuerten sich die Vertreter der beiden Republiken mit ihren Reaktionen gegenseitig. Nachdem die Protestaktion vereitelt wurde, beschlossen die serbischen Politiker*innen alle bilateralen Handelsbeziehungen mit Slowenien abzubrechen. In Slowenien reagierte man darauf mit einem Zahlungsstopp an den Entwicklungsfonds sowie mit einer 15-prozentigen Reduktion der Abgaben an das Bundesbudget.[1421]

Einen „letzten Kraftakt“[1422] beschloss die neue Regierung unter Ante Marković (1924–2011) im Dezember 1989: Eine „Schocktherapie“, mit welcher etwa der galoppierenden Inflationsrate von 2.500 Prozent entgegengewirkt werden sollte.[1423] Unter der Beratung von Jeffrey Sachs wurde, ähnlich wie in Polen, ein „Notfall Anti-Inflationsprogramm“ durchgeführt, das unter anderem unter anderem folgende Maßnahmen vorsah: Die persönlichen Einkommen wurden auf dem Niveau vom November 1989 eingefroren, Preise liberalisiert mit

[1416] Siehe dazu: Ramet, Die drei Jugoslawien, 490.
[1417] Ebda.
[1418] Miroslav Šolević war ein Kosovo-Serbe und Befürworter Miloševics, der ein Komitee leitete, das unter anderem die die Mobilisierung der Serben und Serbinnen im Rahmen der sogenannten „meetings“ plante und vorbereitete. Siehe dazu: Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 286.
[1419] „Aus slowenischer Sicht [...] wäre der angekündigte Protestzug eine Bürgerkriegshandlung, da hier das Volk eines souveränen Staates gegen die legalen und legitimen Vertreter eines anderen Staates marschieren würde […]. Falls sie das nicht verhindert sollten, würde sich mit einem Mal die Frage nach dem ‘Sinn und Zweck‘ Jugoslawiens stellen“. Zitiert bei: Ramet, Die drei Jugoslawien, 491.
[1420] Ebda., 491.
[1421] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 298; – Ramet, Die drei Jugoslawien, 491.
[1422] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 297.
[1423] Simić, Civil War in Yugoslavia, 85; – Jože Mencinger, From a Capitalist to a Capitalist Economy? in: James Simmie, Jože Dekleva (Hgg.), Yugoslavia in Turmoil: After Self-Management? London 1991, 71–86, hier 81.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Ausnahme jener für Kohle, Öl, Stahl, nicht-eisenhaltiges Metall sowie für den Eisenbahntransport, die allesamt eingefroren wurden, Subventionen wurden gestoppt, staatliche Ausgaben eingeschränkt und eine Währungsreform eingeleitet, die „vier Nullen strich" – der neue Dinar war nun 10.000 des alten Dinars wert.[1424] Die Regierung präsentierte diese Reform zwar als einen „neuen Sozialismus", faktisch aber war dieser neue Kurs „nichts anderes als eine Fortsetzung des schon unter Mikulić eingeschlagenen Weges einer Transformation des Selbstverwaltungssystems in ein kapitalistisches System".[1425]

2.2.6.3. Die Entwicklung der Wirtschaft in den 1980er Jahren: Auswirkungen der Wirtschaftskrise

Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der 1980er Jahre in Jugoslawien waren, wie erwähnt, ein hohes Handelsbilanzdefizit, eine Verschuldung sowie hohe Inflations- und Arbeitslosenraten. Maßnahmen zur Bewältigung dieser Krise waren vor allem eine Verringerung der Nachfrage im Inland durch vor allem Importrestriktionen, Erhöhung der Exporte, Verringerung der Budgetausgaben sowie eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik. Die nachstehenden Ausführungen sollen nun einen detaillierten Blick darauf geben, ob und in welchem Maße sich diese Schritte auswirkten und im Laufe der Wirtschaftskrise entwickelten. Schließlich soll auch hier gezeigt werden, wie das jugoslawische Modell der Arbeiterselbstverwaltung und das System der Einkommensverteilung den geplanten Reformen diametral gegenüberstanden und damit die erwarteten Wirkungen der Reformen verhinderten bzw. nicht förderten.

Der jugoslawische Außenhandel

Die Strategie, das Handelsbilanzdefizit auszugleichen, indem die Inlandsnachfrage gedrosselt wird, wurde in Jugoslawien ab 1980 mit einer „unerbittlichen Entschlossenheit" verfolgt.[1426] Zunächst griff die Regierung zu den schon erwähnten Importrestriktionen, die auch in den vergangenen Dezennien angewandt wurden. Importgüter wurden je nach Notwendigkeit in mehrere Gruppen eingeteilt und reichten von „liberalisiert", über „temporär liberalisiert" bis hin zu vollständig vom Importstopp betroffene Güter.[1427] Zu Beginn der 1980er Jahre betraf

[1424] Mitija Gaspari, Recent Developments in Yugoslavia. Proceedings – Economic Policy Symposium, Kansas City 1990, online unter: www.kansascityfed.org/publicat/sympos/1990/S90GASPA, 2021 Juli 2; – Calic, Jugoslawien im 20. Jahrhundert, 297.
[1425] Weißenbacher, Jugoslawien, 245.
[1426] Lydall, Yugoslavia in Crisis, 53.
[1427] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1987, 70.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

dies vor allem die Konsumgüterimporte, was einen Mangel an bestimmten Produkten auslöste: „Bei Milch, Butter und Fleisch gab es einen erheblichen Mangel; Kohle und Reifen waren überhaupt nicht verfügbar.“[1428] Auf der anderen Seite sollten die Exporte angekurbelt werden, um auf diese Weise die Handelsbilanz auszugleichen. Allerdings konnte der Wert der Ausfuhren nicht im gewünschten Ausmaß erreicht werden. Zwar gab es eine Erhöhung der Exporte im Laufe der ersten Hälfte der 1980er Jahre[1429], doch ließ sich das Defizit dadurch nicht ausgleichen. Nach wie vor wurde mehr importiert als exportiert, wenngleich eine Verringerung des Defizites in den Jahren 1983 bis 1985 erreicht werden konnte[1430], deren Ursache, so der OECD-Bericht von 1987, aber eher auf die Importrestriktionen als auf die Erhöhung des Exports zurückzuführen war.[1431] Ein Grund dafür, warum die Strategie der Importrestriktionen nicht funktionierte und die jugoslawische Außenhandelsbilanz noch immer defizitär war, lag im Umstand begründet, dass die Inlandsnachfrage nach diesen Produkten verschoben wurde: Die nachgefragten Güter wurden nicht mehr importiert, sondern nun als Ersatz im Inland hergestellt, was wiederum die Möglichkeit vermehrt zu exportieren, einschränkte. Jugoslawiens Wettbewerbsfähigkeit war erheblich reduziert.[1432] Damit hatte die Taktik der Beschränkungen des Imports mehrere negative Folgen. Der Umfang der Exporte wurde durch die verschobene Nachfrage verkleinert, die Möglichkeiten von billigen Importen zu profitieren, wurden verringert[1433] und schließlich wurde mit der Erzeugung von Ersatzprodukten minderer Qualität begonnen, die erst recht nicht konkurrenzfähig waren; dabei war die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit jugoslawischer Produkte eine Wachstumsstrategie der 1970er Jahre.[1434]

Neben den Importrestriktionen wurde noch eine weitere Strategie angewandt, um das Defizit zu verringern. Indem die Preise der Güter und Dienstleistungen beeinflusst, d.h. durch eine Währungsabwertung etwa erhöht wurden, erhoffte man sich eine zusätzliche Dämpfung des Imports und eine Steigerung des Exports. Eben eine solche Währungsabwertung wurde in Jugoslawien zwischen 1979 und 1985 zweimal vorgenommen (siehe Tabelle 59).

[1428] Dyker, Yugoslavia, 244.
[1429] Im Jahr 1980 wurde ein Handelsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft abgeschlossen, dessen Vereinbarungen folgendes vorsah: Die EG sollte Jugoslawien bei der Entwicklung und Diversifizierung ihrer industriellen Produktion behilflich sein. Des Weiteren sollte eine Hilfe in Bezug auf die Erschließung von Märkten in der sogenannten Dritten Welt gewährleistet werden, sowie als dritte Vereinbarung beschlossen wurde, dass Jugoslawien 70 Prozent der erzeugten Industriegüter zollfrei in die Länder der EG importieren konnte. Siehe dazu: Weißenbacher, Jugoslawien, 112; – Dyker, Yugoslavia, 166; – Paul Shoup, The Disintegration of Yugoslavia and Western Foreign Policy in the 1980s, in: Cohen, Dragović-Soso (Hgg.), State Collapse in South-Eastern Europe, 333–365, hier 227.
[1430] Im Jahr 1983 betrug das Defizit -2,1 Milliarden US-Dollar, sank im folgenden Jahr auf -1,8 Milliarden US-Dollar und im Jahr 1985 auf -1,6 Milliarden US-Dollar, Dyker, Yugoslavia, 240.
[1431] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1987, 27.
[1432] Lydall, Yugoslavia in Crisis, 54.
[1433] Siehe dazu auch: Dyker, Yugoslavia, 246.
[1434] Ebda.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 59: Wechselkurs des jugoslawischen Dinars pro US-Dollar

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
27,3	36,9	49,2	98,4	154,6	273,2	408,6	739,7	2 705,5

Quelle: Bartlett, Foreign Trade and Stabilization Policy in a Self-Managed Economy, 243.

Zusätzlich wurde beschlossen, die Wechselkurse nicht mehr staatlich festzusetzen und diese „frei" schwanken zu lassen. Das Ergebnis dieser Maßnahmen war, dass der Wert des Dinars in diesem Zeitraum um 90 Prozent verringert wurde[1435], die erhofften Auswirkungen blieben aber moderat. Die Schwierigkeit bestand darin, dass die Abwertung mit einer strengen Kontrolle des Geldangebots einhergehen musste, um eine Erhöhung der Inlandspreise resp. eine Inflation[1436] zu vermeiden.[1437] Was bedeutete dies konkret? Argumentiert wurde, dass es die Geldmenge war, die in Jugoslawien hätte kontrolliert werden müssen. Wäre diese niedrig gewesen, hätten die Produzent*innen und Arbeitnehmer*innen darauf reagiert, indem sie etwa die Produktion erweitert und/oder ihre Ausgaben eingeschränkt bzw. angepasst hätten, durch beispielsweise eine verringerte Einfuhr von Gütern. Auf der anderen Seite hätten jugoslawische Exporthändler von dieser Abwertung profitiert und die Handelsbilanz hätte sich damit auf längerer Sicht wieder verringert, ohne die Importe administrativ zu beschränken oder eine Währungsabwertung vorzunehmen. Eine derartige Geldpolitik stand aber im Gegensatz zum Selbstverständnis der jugoslawischen (sozialistischen) Wirtschaftspolitik, in welcher das Recht auf „billiges Gelddrucken" als ein „Vorrecht"[1438] verstanden wurde, um jene Ziele zu erreichen, denen man sich (ideologisch) verschrieben hatte.[1439] Eben eine solche Kontrolle über die Geldpolitik war, wie gezeigt wurde, eine stetige Forderung des IWF, der Jugoslawien eine geringe „monetäre Disziplin" attestierte.

Die Folge dieser Geldpolitik war nun tatsächlich ein Anstieg der Preise im Inland, wenngleich sich die Inflation nicht ausschließlich auf diesen Umstand zurückführen ließ. Auf den Export hatte die Abwertung aber nur mäßigen Einfluss, wie etwa Tabelle 60 verdeutlicht. Die Abwertung des Dinars in den Jahren 1980 und 1983 zeigte sich am realen Wechselkurs,

[1435] Woodward, Balkan Tragedy, 51. – Alleine zwischen September 1982 und November 1983 wurde der Dinar um 35 Prozent abgewertet, Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1985, 25.
[1436] Um diesen Trend der Inflation wieder entgegenzuwirken, griffen die jugoslawischen Behörden erneut in die Wechselkurse ein, Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1985, 25.
[1437] Lydall, Yugoslavia in Crisis, 54.
[1438] Ebda.
[1439] Ebda., 55. – Dass sowohl die Geldpolitik als auch die Zahlungsbilanz eine große Rolle spielten in Jugoslawien (als "Transitionsland") bestätigen auch: Petrović, Vujošević, Monetary Accomodation in Transition Economies, 496 und 512.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

der daraufhin sank, die Exporte im Gegenzug aber nicht stiegen.[1440] Weißenbacher nennt einen weiteren Grund, weshalb die Abwertung nicht zum gewünschten Exportanstieg geführt hatte: Bereits in den 1970er Jahren hatte der Anstieg der Importpreise zu einem Inflationsdruck in Jugoslawien geführt. Dieser, so Weißenbacher, hatte zwangsläufig eine Steigerung der Exportpreise zur Folge, weshalb diese trotz der Abwertung nicht zunahmen: „Die Preissteigerungen am Inlandsmarkt haben den Abwertungseffekt zunichte gemacht."[1441]

Tabelle 60: Änderung der Preise, 1979–1985 (Auszug)

Jahr	Importpreise[a]	Exportpreise[b]	Industriegüter-Preise[c]	Exportvolumen[d]	Reale Wechselkursrate[e]
1979	24,4	18,9	13,3	14,9	0,0
1980	71,1	71,1	27,5	7,5	-10,0
1981	19,7	8,0	44,6	12,0	9,1
1982	56,8	64,9	24,6	-18,5	0,0
1983	50,0	48,4	32,0	-4,4	-17,7
1984	105,4	88,0	57,5	6,5	–
1985	44,5	43,3	80,5	8,0	–

[a] und [b] impliziter Preisdeflator in Bezug auf den Import und Export von Gütern und Dienstleistungen, die im Sozialprodukt enthalten sind.
[e] Änderungen des Verhältnisses zwischen der effektiven Nominal-Wechselkursrate und den relativen Preisen der wesentlichen Handelspartner. Quelle: Lydall, Yugoslavia in Crisis, Table 4.6., 56.

Im Juni 1985 wurden weitere Maßnahmen getroffen, um Jugoslawiens Exporte anzukurbeln: Eine (erneute) Abwertung des Dinars und eine Bevorzugung der Export- und Tourismusunternehmen bei der Vergabe von Krediten. Auch sollten jene Firmen vorrangig Kredite bekommen, die importierte Güter benötigten, um dann Fertigprodukte exportieren zu können. Der „Spezialisierung" bzw. Arbeitsteilung in Jugoslawien entsprechend betraf dies vor allem Unternehmen in den weiter entwickelten Gebieten, wie weiter unten noch zu sehen sein wird. Schließlich wurde auch vereinbart, dass ein Teil der vorgenommenen Steuererhöhungen an das Bundessekretariat für Außenhandel transferiert wird, um Exporte und den Tourismus zu fördern.[1442] Tatsächlich wurden in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre Erfolge bezüglich des Handelsbilanzdefizits erzielt: Im Jahr 1988 sank dieses auf -588 Millionen US-Dollar. Im Jahr zuvor betrug das Defizit noch -1.068 Millionen US-Dollar. Allerdings wuchs das Defizit im Jahr 1989 erneut auf -1.452 US-Dollar (siehe Tabelle 61), was laut dem OECD Bericht auf einen Anstieg der Konsumgüterimporte zurückzuführen war.[1443]

[1440] Siehe dazu auch: Dyker, Yugoslavia, 248.
[1441] Weißenbacher, Jugoslawien, 195.
[1442] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1987, 21–23.
[1443] Ebda., Economic Surveys Yugoslavia 1990, 22.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 61: Handelsbilanz in konvertiblen Währungen (Auszug), in Millionen US-Dollar

	1985	**1986**	**1987**	**1988**	**1989**
Handelsbilanz	-1.771	-2.562	-1.068	-588	-1.452
Exporte	6.496	7.246	8.521	9.624	10.519
Importe	-8.267	-9.808	-9.589	-10.212	-11.971

Quelle: Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1990, Table 5, 24.

Eine Konsequenz der Importrestriktionen charakterisierte bereits die 1970er Jahre, denn, wie erwähnt, war Jugoslawiens Produktion und Fortschritt in der Technik von bestimmten importierten Gütern abhängig. Parallel dazu veränderte sich ab 1980 die Nachfrage auf den internationalen Märkten. Während im Jahrzehnt davor besonders Primärgüter (erdölbasierte Produktionen oder der Schiffsbau) nachgefragt wurden, verschob sich im Rahmen der sogenannten dritten industriellen Revolution der Fokus auf die Kommunikationstechnologie (Mikroelektronik), Pharma- und Chemieindustrie usw.[1444] Jugoslawien sollte nun ebenfalls auf die Produktion jener Güter umsteigen, die vor allem in den westlichen Ländern nachgefragt wurden. Das Ziel war, die Effizienz der einheimischen Produktion zu steigern, um damit höherwertige Güter ins Ausland zu exportieren.[1445]

Wie Tabelle 62 zeigt, konnte der Einbruch der Ausfuhren in westliche, nicht-sozialistische Länder nach 1979 tatsächlich korrigiert und vergrößert werden. Auch ersichtlich ist aber, dass diese Entwicklung mit einer Erhöhung der Importe aus eben diesen Ländern einherging:

Tabelle 62: Warenhandel nach Ländern

	Exporte			**Importe**		
	1979	1984	1987	1979	1984	1987
Entwickelte Länder	46,0	36,5	50,1	66,3	47,5	57,4
davon: BRD	11,4	8,7	11,6	22,5	14,0	18,3
Italien	11,0	8,2	13,0	8,9	8,5	10,3
USA	5,7	47,0	35,4	27,7	34,7	30,2
Sozialistische Länder	42,3	47,0	35,4	27,7	34,7	30,2
davon: UdSSR	21,6	27,3	19,4	13,9	17,4	15,3
„Entwicklungsländer“	16,3	16,4	14,5	15,0	24,0	12,4

Quelle: Lydall, Crisis in Yugoslavia, Table 9.3., 177.

Um die jugoslawischen Produkte in diesem veränderten globalen Markt längerfristig einzubetten können, bedurfte es schließlich einen einheitlichen jugoslawischen Markt. Wie

[1444] Stearns, The Industrial Revolution in World History, 203–205 sowie 211–218.
[1445] Woodward, Balkan Tragedy, 58.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

gezeigt wurde, war der jugoslawische Markt seit den 1970er Jahren aber stark fragmentiert, zumal der Außenhandel nun vollständig den einzelnen Republiken und Provinzen oblag.[1446] Dieser Trend setzte sich auch in den 1980er Jahren fort: Der interregionale Handel von Gütern und Dienstleistungen zwischen den Republiken und Provinzen lag 1970 bei 27,4 Prozent; zehn Jahre später hatte sich dieser weiter verringert, und zwar auf 22,2 Prozent. Ein Ausdruck davon war etwa, dass beispielsweise eine Republik ein bestimmtes Gut ins Ausland exportierte, während eine andere Republik eben jenes Gut aus dem Inland importieren musste.[1447] Auch hatte die Fragmentierung des jugoslawischen Marktes dazu geführt, dass sowohl Skaleneffekte als auch Spezialisierungen reduziert wurden; dies beeinflusste wiederum nachteilig die Effizienz und die Kosten.[1448] Das Problem der Importabhängigkeit und der Restriktionen der Importe hatte den Druck auf die jugoslawische Produktion und damit auf die Integration in die internationalen Märkte erhöht. Noch 1987 mahnte die Ökonomin Dragana Gnjatović, dass Jugoslawiens Wirtschaft noch länger stagnieren und der Technologietransfer gänzlich aufgehalten werden würde, sollten die Restriktionen nicht aufgehoben werden.[1449]

Als eine weitere Schwierigkeit bei der Verringerung des Defizits erwiesen sich (erneut) die Transferzahlungen der im Ausland beschäftigten Jugoslaw*innen, die unter anderem aufgrund der niedrigen Nachfrage in Ländern wie der Bundesrepublik und Österreich wieder nach Jugoslawien zurückkehrten.[1450] Wie schon angemerkt, finanzierten diese Einkünfte aus dem Ausland in den 1960er Jahren beispielsweise bis zur Hälfte des jugoslawischen Handelsdefizites; 1981 betrug dieser Anteil nur noch 25 Prozent.[1451] Tabelle 63 zeigt etwa, dass die Zahlungen am Ende des Jahrzehnts etwa dem Niveau von 1980 entsprachen, wobei diese im Laufe dieser Jahre schwankten.

Tabelle 63: Transferzahlungen der im Ausland beschäftigen Jugoslaw*innen, in Millionen US-Dollar

1979	**1980**	**1981**	**1982**	**1983**	**1984**	**1985**	**1986**	**1987**	**1988**	**1989**
1.710	1.539	2.042	1.268	1.167	1.789	1.651	1.636	998	1.438	1.487

Quelle: Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1990, Table M, 102.

[1446] Siehe dazu: Verfassungszusatz XXV. vom 30. Juni 1971, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm, 2021 Jänner 19.
[1447] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1985, 48.
[1448] Ebda., 49.
[1449] Dyker, Yugoslavia, 246.
[1450] Beziehungsweise als pensionierte Arbeiter*innen nach Jugoslawien zurückkamen, wenngleich sich auch viele dafür entschieden, im Gastland zu bleiben. Siehe dazu etwa: Dragana Antonijević, Ljubica Milosavljević, Starost gastarbajtera: strategije životnih izbora migrantske populacije u penziji, in: Etnoantropološki problemi 11/1, 2016 Beograd, 113–135, hier 115 und 126.
[1451] Woodward, Balkan Tragedy, 49.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Wachstumszahlen in Jugoslawien in den 1980er Jahren: Auswirkungen der Krise

Eine Auswirkung der Importrestriktionen und der jugoslawischen Importabhängigkeit ergab sich aus dem folgenden Umstand: Bestimmte Güter aus dem Ausland wurden gebraucht, um jene Produkte erzeugen zu können, die wiederum auf internationalen Märkten verkauft wurden. Im Allgemeinen, so etwa der OECD-Bericht aus dem Jahre 1987, gingen die Stabilisierungsmaßnahmen und Sparprogramme, insbesondere in Bezug auf das Handelsbilanzdefizit in der ersten Hälfte der 1980er Jahre, auf Kosten der jugoslawischen Realwirtschaft[1452]: In den ersten Jahren bis einschließlich 1983 stagnierte das Wachstum der industriellen Produktion bzw. wuchs nur moderat. Mitte des Jahrzehnts stieg die Industrie zwar erneut – in den Jahren 1984 und 1985 und 1986 –, stagnierte aber daraufhin wieder bzw. sank zwischen 1987 und 1988 um einen Indexpunkt. Anders ausgedrückt: Während im Jahr 1979 das Produktionswachstum noch sieben Prozent betrug, fiel es in den Jahren 1983 mit 1,25 Prozent und 1984 mit einer Rate von zwei Prozent ins Negative.[1453]

Neben der Importreduktionen waren noch weitere Aspekte für die sinkenden Wachstumszahlen der jugoslawischen Produktion ausschlaggebend. Die Verringerung der Investitionen war ein Teil des Sparprogrammes, die für die Produktion nun eine doppelte Auswirkung hatte. Zwar sank der Anteil der Investitionen am Bruttoinlandsprodukt nach 1979, war mit 24 Prozent aber nach wie vor höher als der Durchschnitt in den OECD-Ländern, deren Anteil bei circa 19 Prozent lag.[1454] Parallel dazu sank die Produktivität pro Kopf, die nun jährlich mit etwa 2,8 Prozent wuchs, was, zusammen mit der relativ hohen Investitionstätigkeit, bedeutete, dass ein großer Teil der ohnehin mangelnden Ressourcen in Jugoslawien „verschwendet“ wurde.[1455]

Dieser Umstand lag unter anderem darin begründet, dass die Investitionen und deren Vergabe zwar eingeschränkt wurden, andere systematische Elemente der jugoslawischen Wirtschaft, wie etwa das Modell der Arbeiterselbstverwaltung, blieben aber bestehen.[1456] Das Verhalten der Arbeitnehmer*innen in Jugoslawien änderte sich trotz der wirtschaftlichen Krise nicht: Nach wie vor wurden Produktionsmittel, -vorgänge usw. selbstverwaltet und die wesentlichsten Entscheidungsbefugnisse blieben bei den Arbeiterräten: „Aber in Jugoslawien waren die Arbeiter*innen auch Eigentümer*innen der Betriebe, der Verteilungskampf um den Anteil am Gewinn eines Unternehmens wurde nicht über Entlassungen und Lohnkämpfe

[1452] Siehe dazu auch: Weißenbacher, Jugoslawien, 157.
[1453] Ebda., 161; – Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1990, Table G, 96.
[1454] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1987, 27.
[1455] Ebda.
[1456] Uvalić, Investment and Property Rights in Yugoslavia, 176.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

geführt, sondern über Produktions- bzw. Strukturentscheidungen.“[1457] Das unmittelbare Interesse der Arbeiternehmer*innen eines Betriebes galt nicht der Produktionserweiterung und -steigerung, sondern der Erhöhung ihrer persönlichen Einkommen. Weil die einzelnen Republiken und Provinzen auch zunehmend ihre eigenen Interessen verfolgten und die Industrie innerhalb ihres Territoriums ungeachtet der gesamtjugoslawischen Entwicklung vorantrieben, kam es schließlich auch zu „doppelten Kapazitäten“ – mehrere Betriebe produzierten Ähnliches.[1458] Wenn sowohl die OECD als auch der IWF nun die mangelnde Effizienz („market inefficiencies“) der jugoslawischen Wirtschaft beklagten, dann rekurrierten sie eben auf diesen Umstand, in welchen nicht Marktgesetze und -signale gewisse Abläufe bestimmten, sondern eben die „Eigentümer der Produktionsmittel“, die zusammen mit dem stetigem Eingreifen durch staatliche Behörden zu einer niedrigen Produktion und Produktivität führten.[1459] So hieß es bereits 1983 in einem internen Memo an den IWF-Direktor de Larosière:

> “I think it would be an exaggeration to hold such a position [that no sustainable improvement was possible in Yugoslavia] unless the system of workers-self-management were to be abolished though certainly we would agree that the system of self-management, as it is presently constituted, does not facilitate economic policymaking.”[1460]

Umgekehrt muss an dieser Stelle auch angemerkt werden, dass sich die Kritiker*innen des IWF genau auf diese Situation bezogen, als sie schrieben, der IWF habe bei seinen Vergabekriterien die jugoslawischen Spezifika nicht miteinbezogen: Eine Verringerung der Geldmenge führte im jugoslawischen Beispiel nicht unmittelbar dazu, dass die Ressourcen effizient eingesetzt und verteilt wurden. Selbst die Befürworter einer Privatisierung in Jugoslawien und damit der Abschaffung der Selbstverwaltung machten den IWF auf den Umstand aufmerksam, dass die von ihnen geforderten Maßnahmen und Schritte nicht mit der jugoslawischen Wirtschaftsweise kompatibel seien. In einem Brief an den IWF-Direktor vom 10. Jänner 1983, formulierte der slowenische Ökonom Ljubo Sirc[1461] seinen Einwand wie folgt:

[1457] Weißenbacher, Jugoslawien, 161.
[1458] Ebda., 162. – Die durchschnittliche Kapazität im Jahr 1983 beispielsweise lag bei etwa 70 Prozent, Woodward, Balkan Tragedy, 52.
[1459] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1987, 27.
[1460] Office Memorandum June 24 1983 an Jacques de Larosiére, Yugoslavia Correspondence and Memos, IMF-Archieve, online unter: https://archivescatalog.imf.org/Details/ArchiveDescriptions/110028847, 2021 Februar 23.
[1461] Über die Rolle von Ljubo Sirc bzw. dessen Korrespondenz mit dem IWF siehe etwa: Martina Mirković, Über das Wirken des Internationalen Währungsfonds im sozialistischen Jugoslawien: Ein Brief gewährt Einblicke, in: Mitteleuropazentrum an der Andrássy Universität, Jahrbuch für Mitteleuropäische Studien 2018/1029, Wien 2019, 173–192.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

> "It should be immediately stressed that the Yugoslav economy is not a normal economy, in other words it does not respond in the usual way to economic incentives. The reason for this is that selfmanaged enterprises do not accept responsibility for their decisions. [B]ecause of this lack of responsiveness, the austerity measures suggested by the IMF will only depress the economy without preparing it for a new upsurge which is imperative if the public should not turn to rebellion."[1462]

Die Produktion in Jugoslawien hatte demnach stark mit den Auswirkungen der Stabilisierungsmaßnahmen zu kämpfen. Für die Herstellung benötigte Güter aus dem Ausland wurden durch die Importreduktion nicht mehr im ausreichenden Maße eingeführt und die verringerten Investitionen hatten statt höherer Effizienz und Produktion zum Gegenteil geführt.[1463] Letztlich sei die Produktion aber auch infolge der niedrigen Inlandsnachfrage geschrumpft, die, wie Analysen des IWF konstatierten, am Beginn der 1980er Jahre noch zu hoch, bzw. „überhitzt" waren.[1464] Als daraufhin staatliche Organe wieder eingreifen mussten, etwa zur Preisfestsetzung, begann der Kreislauf erneut und Marktsignale wurden ignoriert.[1465]

Werden im Folgenden Kennzahlen der 1980er Jahre mit jenen aus den vorangegangenen Jahrzehnten verglichen, wird das Ausmaß der Krise auf das Wachstum der Wirtschaft deutlich. Das jährliche Wachstum der Industrie lag mit drei Prozent in der ersten Hälfte der 1980er Jahre deutlich unter dem Niveau der „Goldenen Jahre" in Jugoslawien, in welchen die Industrie mit durchschnittlich 12,2 Prozent und später mit 8,6 Prozent wuchs. Darüber hinaus wuchs auch die Arbeitslosigkeit stetig bzw. wuchs die Rate der Beschäftigung nur langsam. Diese lag am Beginn der 1980er Jahre bei lediglich 2,4 Prozent. Im Vergleich dazu: Zwischen 1953 und 1962 wuchs die Beschäftigung durchschnittlich um 6,3 Prozent jedes Jahr. Die Arbeitslosenrate lag im Jahr 1966 bei 4,32 Prozent und stieg in den darauffolgenden zehn Jahren auf 14,51 Prozent. Mitte der 1980er Jahre lag sie dann bei 16,32 Prozent[1466] und 1990 betrug die Arbeitslosenrate in Jugoslawien schließlich 20,2 Prozent.[1467]

[1462] Brief von Ljubo Sirc an den IWF Direktor Jacques de Larosière vom 10. Jänner 193, IMF-Archive, Institutional Archives, Yugoslavia, Correspondence and Memos, online unter: https://archivescatalog.imf.org/Details/ArchiveDescriptions/110028847, 2021 Februar 23.

[1463] Siehe dazu auch: Ognjen Radonić, Miodrag Zec, Ekonomski model socijalističke Jugoslavije: saga o autodestrukciji, in: Sociološko naučno društvo Srbija 54/4, Beograd 2012, 695–700, hier 711–713.

[1464] Yugoslavia – Use of Fund Resources – Compensatory Financing Facility vom 21. Jänner 1980, Executive Board Documents 1980, IMF-Archive, online unter: https://archivescatalog.imf.org/Details/ArchiveExecutive/125020422, 2021 Februar 18.

[1465] Weißenbacher, Jugoslawien, 162.

[1466] Primorac, Babić, Systematic Change and Unemployment Growth in Yugoslavia, Table 4, 201.

[1467] Radonić, Zec, Ekonomski model socijalističke Jugoslavije, 715 (Grafik 7).

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Preise, Einkommen und die Inflation

Die bereits erwähnte Inflation erreichte zum Ende der 1980er Jahre ein hohes Ausmaß und wuchs ab 1985 mit einer jährlichen Rate von 100 Prozent; dies war die Phase der Hyperinflation in Jugoslawien, in welcher 1989 die Preissteigerungen die Marke von 1.000 Prozent überstiegen. Alle Güter sowie Dienstleistungen waren um 1.181 Prozent teurer als noch ein Jahr zuvor.[1468] Auch wurden im Vorfeld jene Stabilisierungsmaßnahmen besprochen, die sich gegen diese Inflation richteten („Anti-Inflationsprogramme"). All diesen Maßnahmen zum Trotz wuchsen die Preise weiter. Die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Abwertung wurde bereits angeführt. Eine ähnliche Erklärung findet sich in der Forschungsliteratur auch dafür, warum auch die zahlreichen Eingriffe in die Preisgestaltung (von einer Festsetzung bis hin zu einem Preisstopp) nicht funktionierten. Lydall nach, waren diese Maßnahmen gegen die Preissteigerung nicht nur wirkungslos, sondern hatten diese sogar noch verstärkt, da staatliche Eingriffe erst recht zu Preisverzerrungen führten.[1469] Dieser Umstand wurde, unter anderem, erneut mit dem Verhalten der Arbeiterräte erklärt. Da diese Eingriffe in die Preisgestaltung bereits erwarteten, handelten sie dementsprechend darauf, indem sie etwa schon vorab die Preise erhöhten oder gar die Preisstopps ignorierten.[1470] Zudem haben die Unternehmen auf die Preissteigerung nicht mit Effizienz- und Produktivitätssteigerung reagiert, sondern versucht, Preisvorteile zu erzielen.[1471]

Auch der Kreislauf zwischen Einkommens- und Preiserhöhung sollte im Rahmen der Anti-Inflationsmaßnahmen nun unterbunden werden, indem die Betriebe des industriellen Sektors zunächst nur ermahnt, während gleichzeitig die Einkommen der staatlich- bzw. semistaatlichen Angestellten verringert wurden. Dies führte letztlich dazu, dass die Einkommensentwicklung Letzterer im Vergleich zu den Beschäftigten aus dem produktiven Sektor bis 1987 zurückfielen. Im Jahr 1983 wurde ein erster Stopp der Einkommenserhöhungen staatlich verhängt[1472], die Preise stiegen davon unabhängig weiter. Beispielsweise wuchsen die Preise der Konsumgüter nach dem verhängten Einkommenserhöhungs-Stopp 1983 sogar noch schneller und erreichten einen Indexwert von 1.412 im Jahr 1984 – dieser Wert betrug 1983 noch 921 Indexpunkte. Der damit erzeugte Druck auf den Lebensstandard der Jugoslaw*innen veranlasste die Regierung im Jahr 1985 dazu, die Einkommen wieder anzugleichen – der Kreislauf begann erneut. Die darauffolgende Erhöhung der persönlichen Einkommen ließ die

[1468] Weißenbacher, Jugoslawien, 248; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 265; – Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1990, 28.
[1469] Lydall, Yugoslavia in Crisis, 58f.
[1470] Siehe dazu auch: Weißenbacher, Jugoslawien, 195.
[1471] Lydall, Yugoslavia in Crisis, 59. – Für die Entwicklung der Preise und Einkommen siehe: Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1990, Table I, 15.
[1472] Lydall, Yugolsavia in Crisis, 60.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Preise der Konsumgüter, allen voran von Brot, Mehl, Elektrizität sowie Kohle, erneut ansteigen. Der Indexpreis lag im Jahr 1985 bei 2.442 Punkten – im Jahr danach hat er sich beinahe verdoppelt, und zwar auf 4.554 Punkte.[1473]

Tabelle 64: Änderung des realen persönlichen Einkommens, in Prozent zum Vorjahr

	1981	1982	1983	1984	1985
Reales persönliches Einkommen	-5,0	-3,3	-10,3	-6,1	2,8

Quelle: Weißenbacher, Jugoslawien, Tabelle 25, 197.

Mit dem oben beschriebenen neuen IWF-Stabilisierungsprogramm von 1988 sowie den neuen Gesetzen desselben Jahres ging auch eine strenge Kontrolle der Einkommen einher. Diese wurden im Mai 1988 erneut eingefroren, mussten aber bereits im Oktober darauf freigegeben werden, da der öffentliche Druck zu groß wurde. Wieder versuchten die Beschäftigten diese Verluste mittels Einkommenserhöhungen von rund 20 Prozent zu kompensieren, was den Druck auf die Preise abermals erhöhte. Schließlich wurde mit dem letzten Reformprogramm, der sogenannten Schocktherapie von 1989, noch ein letzter Versuch unternommen, um der Inflation entgegenzuwirken. Dieses Mal ging die Regierung aber anders vor. Anstatt den Kreislauf von Preis- und Lohnregulierungen von neuem zu beginnen, wurde nun einen Großteil der Güter- und Dienstleistungspreise dem Markt überlassen. Das neue Reformprogramm, welches an einem erneuten IWF-Kredit gekoppelt war, ging demnach mit einer Liberalisierung der Preise einher. Circa 80 Prozent der Einzelhandelswaren und circa 75 Prozent der Industriegüter wurden nun Angebot und Nachfrage überlassen.[1474]

Daraufhin stiegen die Preise hypoinflationär an. Den Grund dafür erklärte die Marković Regierung mit Verweis auf die Preispolitik vergangener Jahrzehnte. Die Preise der „wirtschaftlichen Infrastruktur“ seien absichtlich niedrig gehalten worden, um die „forcierte Industrialisierung“ und die Erhöhung des Lebensstandards alsbald ermöglichen zu können. Dies aber hätte zu einer Verzerrung der Preise geführt, die sich letztlich in der geringen Produktivität, Effizienz und dem niedrigen technologischen Standard gezeigt hätte. Deshalb sei es nun unumgänglich geworden, die Preise anzupassen und damit anzuheben.[1475]

[1473] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1990, Table I, 15; – Weißenbacher, Jugoslawien, 196.
[1474] Pleština, Weißenbacher, Juoslawien, 253.
[1475] Weißenbacher, Jugoslawien, 254. – Weißenbacher stellt in diesem Kontext auch die Frage, ob diese absichtliche Preiserhöhung als eine Maßnahme des neuen Sparprogramms verstanden werden kann und kommt dabei zum Schluss, dass diese „Preisfreigabe“ wohl als Grundlage der „marktwirtschaftlichen Schocktherapie“ galt, ebda.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Als Grund dafür, warum die Eingriffe in die Preisbildung und persönlichen Einkommen als Anti-Inflationsmaßnahmen in den 1980er Jahren nicht funktionierten, wird erneut die jugoslawische expansive Geldpolitik angeführt (siehe Tabelle 65). Die Unternehmen bzw. die Arbeiterräte konnten immer wieder auf die Preiserhöhungen reagieren, indem sie beispielsweise die Einkommen erhöhten. Dies wiederum war aufgrund des elastischen Geldangebots möglich geworden, weshalb eine Veränderung der Geldpolitik während des gesamten Jahrzehnts von mehreren Seiten gefordert wurde. Worin lag aber nun die Schwierigkeit? Beschließt eine Regierung die Staatsschulden abzubauen und verwendet die Einnahmen dazu, das Niveau der Verschuldung zu verringern, dann führt das auch dazu, dass die Kaufkraft in anderen Bereichen der Wirtschaft reduziert wird. Die Verringerung der Schulden bzw. die Verlangsamung der Schuldenaufnahme des Staates bei der Zentralbank führt zu einer Verringerung der Reserven der Handelsbanken und damit letztlich auch zur Verringerung der Geldmenge. Schließlich sinkt durch eine solche Politik in marktwirtschaftlichen Ländern auch die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, die wiederum dazu führt, dass Unternehmen Mitarbeiter*innen kündigen, um die nun entstandenen größeren Kosten zu kompensieren. Eine solche Reaktion war im jugoslawischen Fall aber ausgeschlossen. Zum einen, weil die jugoslawischen Beschäftigten verfassungsrechtliche „Verwalter“ bzw. „Eigentümer“ an den Produktionsmitteln waren und sich bei Krisen anders verhielten als marktwirtschaftlich orientierte Unternehmen. Zum anderen war eine solche Politik in Jugoslawien auch deswegen schwierig, weil die „Disziplin“ bzw. „Autorität“, diese Schritte konsequent und vor allem im ganzen Land umzusetzen, fehlten. Deshalb wurde vom IWF eine Stärkung der Zentralregierung immer vehementer gefordert.[1476]

Tabelle 65: Geplante und tatsächliche Geldmenge (M1) in Jugoslawien, 1980–1986

	1980	**1982**	**1982**	**1983**	**1984**	**1985**	**1986**
Target	22,0	22,0	17,1	18,5	32,5	41,0	43,0
Revised Target	26,0	28,0	16,5	15,5	42,7	36,9	82,0
Outcome	23,1	26,6	26,6,	20,1	43,1	46,5	109,1

Quelle: Dyker, Yugoslavia, 266.

[1476] Lydall, Yugoslavia in Crisis, 65. – Vgl. dazu auch: Woodward, Balkan Tragedy, 57.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

2.2.6.4. Sozialgeschichte Jugoslawiens in den 1980er Jahren: Umrisse einer Krise

Als der Wohlstand und die Erhöhung des Lebensstandards ab Ende der 1950er Jahre, der als ein von mehreren Pfeilern der Stabilität in Jugoslawien bezeichnet wird[1477], in den 1980er Jahren wegzubrechen begann und mit ihm der „jugoslawische Traum“[1478] vom Fortschritt sowie Konsum in „Hülle und Fülle“[1479], fiel damit auch dessen stabilisierende Wirkung. Der „Konsumismus“[1480], an den sich die jugoslawische Gesellschaft gewöhnt hatte, trug als wichtiger Stützpfeiler dazu bei, dass „soziale Solidarität gelebt und das System legitimiert“ wurde.[1481] Dass dieser stützende Aspekt nun langsam schwand, erwies sich auch für die Desintegration Jugoslawiens als folgenreich. Wie sehr sich nun der Lebensstandard der Jugoslaw*innen abermals änderte, soll im Folgenden kurz umrissen werden.

Die von der Regierung beschlossenen Spar- und Stabilisierungsmaßnahmen, wie etwa die Importreduktion, Kürzung der Ausgaben sowie das Einfrieren der Einkommen, hatten erhebliche Auswirkungen auf den Lebensstandard in den 1980er Jahren. Zwar wurden die Einkommen immer wieder von den Unternehmen adjustiert, der „Wettlauf gegen die Inflation“ war aber bereits in der Mitte des Jahrzehnts verloren.[1482] Tabelle 66 zeigt dies auf: In der ersten Hälfte des Jahrzehnts betrugen die durchschnittlichen Einbußen der persönlichen Realeinkommen 4,5 Prozent jährlich; in den Jahren 1985 und 1986 stiegen diese infolge der Beseitigungen der Regulierungen wieder an. Zu erneuten Reduktionen kam es ab 1988, die wiederum mit den erwähnten Lohnstopps zusammenhingen und mit der erneuten Anhebung nach dessen Beendigung im Oktober 1988. Werden die Jahre 1979 bis 1985 als ein Zeitraum betrachtet, dann fielen die realen persönlichen Einkommen in diesem Zeitraum um 34 Prozent.[1483]

Tabelle 66: Änderung des realen persönlichen Einkommens, in Prozent zum Vorjahr

	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
Reales persönliches Einkommen	-5,0	-3,3	-10,3	-6,1	2,8	9,3	4,1	-5,8	-0,4

Quelle: Weißenbacher, Jugoslawien, Tabelle 25, 197 (Jahre 1981–1989); Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1990, Table 1, 15 (Jahre 1986–1989).

[1477] Calic, Tito, 346.
[1478] Maroje Višić, Jugoslavenska svakidašnjica. Život s onu stranu carstva nužnosti, in: Sociologija 61/1, Beograd 2019, 55–74, hier 59.
[1479] Patterson, Bought and Sold, 318.
[1480] Ebda., 295.
[1481] Ebda.
[1482] Weißenbacher, Jugoslawien, 245.
[1483] Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 490.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Während die persönlichen Einkommen sanken, stiegen aber die Preise für Konsumgüter:

Tabelle 67: Prozentuelle Änderung der Konsumgüterpreise im Vergleich zum Vorjahr

	1981	**1982**	**1983**	**1984**	**1985**	**1986**	**1987**	**1988**	**1989**
Konsumpreise	40,7	31,7	40,5	52,2	73,5	89,0	129,0	195,0	1.252
davon **Güter**	42,9	32,9	42,0	54,8	73,2	88,0	118,0	195,0	1.262
davon: Nahrungsmittel	42,9	38,8	44,9	47,7	0,1	90,0	111,0	202,0	1.255
Dienstleistungen	27,1	22,0	31,1	29,8	75,5	95,0	138,0	194,0	1.188

Quelle: Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1987, Table 3, 15 (Jahre 19881–1985); Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1990, Table 1, 15 (Jahre 1986–1989).

Was bedeuten diese beiden Entwicklungen zusammengenommen für den Lebensstandard in Jugoslawien? Wenn diese Zahlen für jedes Jahr einander gegenübergestellt werden, dann lässt sich auf der Seite der Preiserhöhungen ein deutlicher Überhang erkennen, da diese wesentlich schneller wuchsen als die persönlichen Einkommen mithalten konnten – trotz der konstanten Erhöhungen. Beispielsweise sanken die realen Einkommen im Jahr 1988 um 5,4 Prozent, während die Preise für Nahrungsmittel im selben Jahr um 202 Prozent anstiegen. Welche Auswirkungen dies auf die privaten Konsumausgaben hatte, zeigt Tabelle 68, vor allem im Vergleich zu den jährlichen Wachstumsraten der späten 1960er und frühen 1970er Jahren. Im Jahr 1967 wuchs diese im Vergleich zum Vorjahr um sechs Prozent[1484], im Jahr 1970 mit acht Prozent[1485] und noch im Jahr 1979 wuchs die Konsumation um 6 Prozent im Vergleich zum Jahr davor.[1486] Dass diese Ausgaben nicht noch niedriger waren, lag daran, dass viele Jugoslaw*innen auf ihre Ersparnisse zurückgriffen, um die sinkenden Einkommen zu kompensieren.[1487] Tatsächlich konnten die jugoslawischen Sparer*innen zu Beginn der 1980er Jahre von den Stabilisierungsmaßnahmen profitieren. Wie gezeigt, war eine dieser Maßnahmen die Anhebung der realen Zinssätze und realen Wechselkurse, die dabei Auswirkungen auf die Ersparnisse hatten, wie folgendes Beispiel zeigt: Im Jahr 1984 wurden an Zinsen insgesamt 180 Milliarden Dinar ausbezahlt, was laut Bilandžić mehr als der Summe aller ausbezahlten Einkommen in diesem Jahr entsprach, die insgesamt 144,2 Milliarden Dinar betrug.[1488] Einen anderen Grund dafür, dass die Konsumausgaben nicht drastischer zurückgingen, bringt Bilandžić hervor: Demnach hätte es eine deutliche Vergrößerung der Anzahl an

[1484] Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1969, Table 1, 7.
[1485] Ebda., Economic Surveys Yugoslavia 1972, Table 1, 11.
[1486] Ebda., – Economic Surveys Yugoslavia 1981, Table 12, 27.
[1487] Weißenbacher, Jugoslawien, 198.
[1488] Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 491.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Pensionist*innen zwischen 1978 und 1984, und zwar um 22,4 Prozent, gegeben, deren Kaufkraft von etwa zehn Prozent ausschlaggebend war.[1489]

Angesichts der galoppierenden Inflation und der schrumpfenden Wirtschaft änderten die Ersparnisse aber kaum etwas am sinkenden Lebensstandard: Nur 16 Prozent konnten ihren Lebensstandard beibehalten, wohingegen jener der restlichen 84 Prozent zu sinken begann.[1490] Schätzungen zufolge lebten in der Mitte der 1980er Jahre etwa 40 Prozent der jugoslawischen Bevölkerung an der Armutsgrenze[1491] – lebten 20 Prozent bereits darunter.[1492] Hinzu kam die Arbeitslosigkeit, die vor allem die jüngere Bevölkerung in Jugoslawien traf. Dem jugoslawischen Statistikjahrbuch zufolge waren im Jahr 1988 insgesamt 584.900 Personen der Alterskohorte zwischen 19 und 24 Jahren zuordenbar, die als arbeitssuchend gemeldet waren. Zum Vergleich: Bei den über 50-Jährigen waren es 30.400 und bei den 50-Jährigen 60.300.[1493]

Tabelle 68: Prozentuelle Änderung der Konsumausgaben im Vergleich zum Vorjahr

	1981	**1982**	**1983**	**1984**	**1985**	**1986**	**1987**	**1988**
Konsumausgaben	-1,0	-0,1	-1,7	-1,0	0,0	4,5	0,3	-1,3

Quelle: Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1987, Table 1, 9 (Jahre 19881–1985); Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia 1990, Table 2, 17 (Jahre 1986–1989).

Selbst unter der Voraussetzung, dass sich die Bevölkerung bestimmte Güter leisten konnte, war deren Verfügbarkeit nicht mehr garantiert. Zum ersten Mal seit über 20 Jahren, in denen die Geschäfte voll waren, fanden sich darin wieder leere Regale.[1494] Produkte wie Butter, Milch, Fleisch, Kaffee, Waschmittel oder auch Speiseöl wurden (erneut) zur Mangelware, für die sich die Bevölkerung nun wieder in Schlangen anstellen und gegen Coupons eintauschen musste.[1495] Dieser Umstand wurde nicht nur durch die sinkende Kaufkraft bzw. durch die Inflation, sondern vor allem auch die erwähnten Importrestriktionen, die in erster Linie die Konsumgüter betrafen, verursacht.[1496] Darüber hinaus erließ die Regierung auch die Subventionierung von

[1489] Ebda.
[1490] Woodward, Balkan Tragedy, 54–56.
[1491] Bartlett, Foreign Trade and Stabilization Policy in a Self-Managed Economy, 239.
[1492] Weißenbacher, Jugoslawien, 197.
[1493] Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije 1989, Tabelle 105-14, 159. – Sundhaussen führt an, dass im Jahr 1982 70 Prozent der Arbeitssuchenden Berufseinsteiger*innen waren, ders., Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 217.
[1494] Im Gegensatz zu den 1940er und Beginn der 1950er Jahre. Siehe dazu das Kapitel „Lebensstandard, Konsum und Freizeit in den 1950er Jahren“, 96.
[1495] Dyker, Yugoslavia, 244; – Woodward, Balkan Tragedy, 5f.; – Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 217. – Siehe dazu das Kapitel „Lebensstandard, Konsum und Freizeit in den 1950er Jahren“, 96.
[1496] Woodward, Balkan Tragedy, 51.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Lebensmitteln im Jahr 1982, was sich erneut auf die Preisentwicklung der Nahrungsmittel auswirkte.[1497]

Wie angemerkt, umfassten die Sparprogramme der 1980er Jahre auch Budgetkürzungen, die sowohl den Bildungs- als auch den Gesundheitssektor umfassten: Im Mai 1987 ließ der Bundessekretär der Vereinigung der Gesundheitsorganisationen in Jugoslawien die Öffentlichkeit wissen, dass die Kürzungen im Gesundheitsbereich der letzten Jahre deren Arbeit an die Grenze der Existenz brachten. Knappheit an Medikamenten und anderen Ressourcen, Kürzung der persönlichen Einkommen, Einsparungen beim Personal und weitere Maßnahmen führten zu Zuständen, die man nicht (mehr) kannte. Ärzt*innen, die Patient*innen nicht behandeln konnten oder auch die Nahrungsmittelversorgung, die in den Kliniken drastisch abnahm, wie beispielsweise in Sarajevo, wo berichtet wurde, dass nur mehr noch zwei Mal wöchentlich etwa 30 Gramm Fleisch an die Patient*innen vergeben werden konnte.[1498]

Die Tatsache, dass aufgrund der verschiedenen Maßnahmen bestimmte Produkte nicht mehr verfügbar waren, die Arbeitslosigkeit rasant stieg und ein Mangel in der Gesundheitsversorgung herrschte, hatte wiederum eine andere Entwicklung beschleunigt. Den Schwarzmarkt, Korruption sowie die Ausbildung und Nutzung bestimmter Netzwerke bzw. Nepotismus.[1499] Dies betraf im gleichen Maße auch Medikamente, die etwa wegen des Mangels an Devisen nicht mehr ausreichend verfügbar waren und dann über den Schwarzmarkt gehandelt wurden.[1500] Durch die gesunkenen persönlichen Einkommen bzw. die steigende Arbeitslosigkeit trat vielerorts auch das Phänomen der Schwarzarbeit auf – der sogenannte „fuš“ („Pfusch“) – sowie sich im Allgemeinen durch die Krise die Kriminalität sowie Korruption ausweitete.[1501] Groß angelegte Überfälle auf Unternehmen fanden statt, bei welchen Kupfer, Öl, Benzin, Honig, Silber, Gold und auch Banknoten gestohlen wurden, wobei die Anzahl der kleineren Überfälle und Raubhandlungen weitaus schneller wuchs.[1502]

[1497] Weißenbacher, Jugoslawien, 197.
[1498] Nach Berichten der Zeitung *Politika*, zitiert bei: Lydall, Yugoslavia in Crisis, 26f. – Darüber hinaus hebt Barbarea Verlić-Dekleva in diesem Kontext hervor, dass die soziale Absicherung der jugoslawischen Bevölkerung engmaschig mit einer Beschäftigung verbunden war, was wiederum mit dem Sozialismus selbst begründet war: „Social security of the population is based on ‘permanent‘ employment where labour employment is not economic but rather a social category and economic investment is a political decision. Siehe dazu: Barbara Verlić-Dekleva, Implications of Economic Change to Social Policy, in: James Simmie, Jose Deklevea (Hgg.), Yugoslavia in Turmoil. After Self-Management, London 1991, 107–118, hier 108. – Dieser Umstand liegt nicht zuletzt im verfassungsrechtlich verankerten Recht auf Arbeit in Jugoslawien: „Das Recht auf Arbeit sowie die Arbeitsfreiheit sind verbürgt.“ Siehe dazu: Artikel 36, Verfassung von 1974, online unter: http://www.verfassungen.net/yu/verf74-i.htmm, 2021 April 27.
[1499] Lydall, Yugoslavia in Crisis, 27.
[1500] Verlić-Dekleva, Implications of Economic Change to Social Policy, 114.
[1501] Bilandžić, Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, 491.
[1502] Lydall, Yugoslavia in Crisis, 32; – Woodward, Balkan Tragedy, 56.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Einer der bekanntesten Fälle der Korruption in den 1980er Jahren war die sogenannte „Agrokomerc Affäre“: Rund um diesen Nahrungsmittelkonzern, der 1969 unter dem Namen „Agromerkantilija“ in Velika Kladuša im Westen Bosniens gegründet und von Fikret Abdić geleitet wurde, wurde in den späten 1980er Jahren bekannt, dass dieser seit 1984 mit ungedeckten Schecks (in der Höhe von etwa einer Billion Dinar[1503]) operierte sowie Ressourcen aus dem Bundesentwicklungsfonds erhielt, obwohl Velika Klauduša bereits 1979 nicht mehr als Teil einer unterentwickelte Region galt.[1504] Diese Mittel investierte Abdić „kräftig in sein Firmenimperium und die lokale Infrastruktur [...] und dadurch eine stattliche politische Hausmacht erworben.“[1505] Neben der wirtschaftlichen Konsequenzen – den Banken wurden diese Schulden nicht zurückgezahlt – kam es auch zu politischen Auswirkungen, als eine Reihe bosnischer Politiker daraufhin zurücktreten musste.[1506]

Unter anderem dieser Fall führte in der Öffentlichkeit dazu, die Herausbildung und Existenz der „Eliten“ nicht mehr zu dulden. *De facto* aber stand die „Affäre Agrokomerc“ eher symbolisch für „Selbstherrlichkeit, Maßlosigkeit, Verantwortungslosigkeit und Korruptheit [...]“.[1507] Was sich hinter dem aufkommenden Unmut der Bevölkerung verbarg, waren der sinkende Lebensstandard, die verminderten Einkommen und der Verlust des „jugoslawischen Traumes“. “Solange die Jugoslawen mehr oder weniger genug hatten, machte es keinen wesentlichen Unterschied, ob andere tatsächlich mehr besaßen [...]. Sobald diese Basis aber verschwand, kochte der Unmut über die Ungleichheiten und die Ungerechtigkeit hoch, die wiederum regionale und ethnische Teilungen verschlimmerten, obwohl diese nur wenig mit den ökonomischen Problemen zu tun hatten.“[1508] Der Wohlstand der Jugoslaw*innen, das Phänomen des sogenannten Massenkonsums, die Möglichkeit, „westliche Produkte“ zu kaufen sowie die Freizeitgestaltung und Tourismus, die allesamt zu einem Merkmal der „Identität“ vieler Jugoslaw*innen wurde (“badget of identity“[1509]), brach mit sinkender Kaufkraft und Möglichkeiten zunehmend auseinander. Gleichzeitig lebten Mitglieder der Nomenklatura noch immer einen Lebensstil vor (wie etwa der Fall Agrokomerc zeigte), der für den großen Teil der jugoslawischen Bevölkerung nun unmöglich wurde. Die „zynische Toleranz“ diesen Eliten gegenüber schwand just in dem Moment, in welchem die eigenen „Privilegien“ versiegten.[1510]

[1503] Ramet, Die drei Jugoslawien, 453.
[1504] Admir Mulaosamanović, O političkom kontekstu „Afere Agrokomerc”. Utjecaji na razvoj tvornice u svjetlu obrambenog koncepta u SFRJ, in: Historijska traganja 1/1, 2008 Sarajevo, 181–211, hier 82 und 187.
[1505] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 277.
[1506] Cohen, The Socialist Pyramid, 441; – Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 277.
[1507] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 277.
[1508] Patterson, Bought and Sold, 318.
[1509] Siehe dazu das Kapitel „Sozialgeschichte Jugoslawiens der 1960er Jahre: Eine Geschichte des ‚Goldenen Zeitalters‘ und der Kritik daran“, 176f. sowie Patterson, Bought and Sold, 308f.
[1510] Cohen, The Socialist Pyramid, 441.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Eine in den Jahren 1986 und 1987 durchgeführte Befragung jugoslawischer Arbeitnehmer*innen zeigt das Stimmungsbild den Einkommensunterschieden bzw. der sozialen Ungleichheit gegenüber. Der Aussage „es sollte ein Limit für die Höhe der Einkommen geben, um zu verhindern, dass Personen viel mehr verdienen als andere“ stimmten 29 Prozent der Befragten zu und 37 Prozent „völlig zu“. Ähnliche Ergebnisse fanden sich zur folgenden Situation: „Die Grundbedürfnisse der Menschen sind ähnlich, daher ist es fair, wenn alle Menschen in etwa gleich viel verdienen“. Dieser Aussage stimmten 33 Prozent der Befragten zu und 29 Prozent „völlig zu“; elf Prozent stimmten dem nicht zu.[1511]

Was sich auf politischer Ebene in Blockaden und gegenseitigen Anschuldigungen zeigte, weil, wie obiges Zitat der ehemaligen Regierungschefin Planinc betont, „nicht mehr genügend Geld vorhanden [war], um die Interessen aller zu befriedigen“[1512], zeigte sich auf der Ebene der Beschäftigten beispielsweise mit zahlreichen Streiks. Festzuhalten ist, dass es im offiziellen jugoslawischen Duktus keine Streiks gab: „In Jugoslawien kennen wir keine Streiks, haben aber einige selbstverwaltete Unterbrechungen der Arbeit.“[1513] Zu Beginn der 1980er Jahre hatten sowohl Partei als auch die Gewerkschaften die Bestimmungen und Regeln bezüglich der Arbeitsniederlegungen verschärft. Teilnehmer*innen wurden teilweise aus der Partei ausgeschlossen oder auch des Arbeitsplatzes verwiesen.[1514] Davon unbeeindruckt wurden alleine im Jahr 1987 insgesamt etwa 1.500[1515] und im Jahr darauf 1.851[1516] Arbeitsniederlegungen verzeichnet, die sich vor allem gegen die staatlichen Eingriffe bei den Einkommen richteten bzw. eine Einkommenserhöhung forderten, um die Inflation auszugleichen.[1517] Tatsächlich änderten sich Struktur und Aufbau der Streiks, die es zwar davor auch gab, aber in einer anderen Form ausgetragen wurden.[1518] Zunehmend beteiligten sich

[1511] Albert Simkus, Nico Tos, Attitudes toward Egalitarianism in the Former Yugoslavia, in: International Journal of Sociology 25/4, London 1996, 103–114, hier table 7.1.,105.
[1512] Zitiert bei: Jović, Jugoslavija, 231.
[1513] Jurij Hadalin, „In Jugoslawien kennen wir keine Streiks, haben aber einige selbstverwaltete Unterbrechungen der Arbeit“. Streiks im sozialistischen Slowenien in Trbovlje bis zur Streikwelle in den späten achtziger-Jahren, in: Central European Papers 1/6, 2018 Prag, 139–156.
[1514] Lydall, Yugoslavia in Crisis, 34. – Das Recht auf Streiken wurde erst mit den Verfassungszusätzen von 1988 und 1989 verankert, Hadalin, „In Jugoslawien kennen wir keine Streiks, haben aber einige selbstverwaltete Unterbrechungen der Arbeit“, 154.
[1515] Cohen, The Socialist Pyramid, 441.
[1516] Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 228.
[1517] Lydall, Yugoslavia in Crisis, 33.
[1518] Beginnend mit dem ersten jugoslawischen „Streik“ im slowenischen Kohlebergwerk Trbovlje, über den sogenannten „Bauernaufstand von Cazin“ vom Mai 1950, in welchem sich die Landwirte zusammenschlossen und gegen den weiter oben erwähnten „otkup“ wehrten, bis hin zu dem Streik im slowenischen Koper sowie des Lignit Bergwerks Velenje vom April 1973, waren diese Formen des Protests eher noch vereinzelt. Erst mit der wirtschaftlichen Krise der 1980er Jahre „begann die Eskalation der Streiks“. Siehe dazu: Jurij Hadalin, „In Jugoslawien kennen wir keine Streiks, haben aber einige selbstverwaltete Unterbrechungen der Arbeit“, 144f., 151 sowie 153. – Zum sogenannten Aufstand von Cazin siehe auch: Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 198–200 und zum Streik in Koper siehe: Sabine Rutar, Containing Conflict and Enforcing Consent

10.15772/ANDRASSY.2023.006

daran mehrere auch Organisationen außerhalb des Unternehmens; Gewerkschaften sowie mancherorts auch ganze Industriezweige sich zusammenschlossen, um gemeinsame Forderungen durchzusetzen.[1519]

Auf eine andere Weise protestierten etwa Wissenschaftler*innen, Publizist*innen, Autor*innen sowie auch Geistliche. Auf das Schriftstück bzw. den „Apell" der serbischen Orthodoxen Kirche von 1982, die vor einem „langsamen Genozid" der serbischen Bevölkerung im Kosovo warnte, wurde bereits weiter oben eingegangen. Im Laufe des Jahrzehnts, als „die Schleusen jenes Damms, der mit der jahrzehntelangen Tabuisierung 'heikler' Themen errichtet worden war"[1520] sich langsam öffnete, war es etwa in Serbien vor allem der Begriff des Genozids, der gegen all das verwendet wurde, was dem „Wahrnehmungsmuster" widersprach: Begonnen etwa mit einem „administrativen Genozid", über einen politischen und religiösen Genozid[1521], bis hin zu einem physischen Genozid der Serb*innen im Unabhängigen Staat Kroatien während des Zweiten Weltkrieges, über den die Wissenschafter*innen bzw. Publizist*innen nun in der Öffentlichkeit diskutierten.[1522] Während es etwa auf serbischer Seite Anschuldigungen gab, wonach die „Vernichtungsabsicht [...] konstitutiver Bestandsteil der kroatischen Nationalidee [...]"[1523] sei, behauptete der spätere kroatische Präsident und Historiker Franjo Tuđman in seinem Buch, Irrwege der Geschichtswirklichkeit („Bespuća povijesne zbiljnosti"[1524]), basierend auf dubiosen Zeitzeug*innen-Berichten, dass die Mehrheit der ermordeten Personen im Konzentrationslager Jasenovac nicht Menschen jüdischen Glaubens, sondern Roma und Sinti waren, wobei diesen Berichten zufolge Erstere sogar die Verwaltung des Lagers innehielten. Demnach seien diese auch für die Ermordung der serbischen Bevölkerung auf dem Gebiet des USK verantwortlich gewesen. Zudem gab er an, dass die Zahl der ermordeten Personen im USK nicht mehr als 60.000 Menschen betrug; die serbische Seite konterte mit einer Zahl von 1,1 Millionen ermordeter Menschen durch den USK.[1525]

in Titoist Yugoslavia: The 1970 Dockworkers´Strike in Koper (Slovenia), in: European History Quarterly 45/2, London 2015, 275–294.

[1519] Hadalin, „In Jugoslawien kennen wir keine Streiks, haben aber einige selbstverwaltete Unterbrechungen der Arbeit", 154.

[1520] Ebda., 244f.

[1521] Ebda., 245.

[1522] Bei Sundhaussen auch als „serbisch-kroatischen Historikerstreit genannt. Siehe dazu: Holm Sundhaussen, Der serbische Nationalismus 1985-1995, in: Egbert Jahn (Hg.), Nationalismus im spät- und postkommunistischen Europa, Nationalismus in den Nationalstaaten, Bd. 2, Baden-Baden 2009, 456–513, hier 496.

[1523] Ebda.

[1524] Franjo Tuđman, Bespuća povijesne zbiljnosti: rasprava o povijesti i filozofiji zlosilja, Zagreb 1990.

[1525] Schätzungen zufolge lag die Zahl bei circa 203.000 ermordeten Personen auf dem Gebiet des USK, siehe dazu: Calic, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 288. – Zur Geschichte der Ermordung und Gewalt im USK siehe etwa: Alexander Korb, Im Schatten des Weltkrieges. Massengewalt der Ustaša gegen Serben, Juden und Roma in Kroatien. 1941–1945, Hamburg 2013.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Ein weiterer Ausdruck der (nationalistischen) Spannungen auf dem akademischen Feld war das sogenannte Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste, mit dem Titel „Aktuelle gesellschaftliche Fragen in unserem Land“, das in zwei Teilen von insgesamt 16 Mitgliedern der Akademie verfasst wurde. Im ersten wurde vor allem die ökonomische und gesellschaftliche Krise (bezugnehmend etwa auf die Arbeitslosigkeit, die ineffizienten Investitionen und das langsame Produktionswachstum, die Zersplitterung des jugoslawischen Marktes, der Dezentralisierung und Eigenstaatlichkeit der Provinzen und Republiken), beschrieben sowie die führenden Politiker*innen für eben diese Entwicklungen kritisiert. Im zweiten Teil wurde explizit auf die „Lage Serbiens und des serbischen Volkes“ eingegangen und das Entwicklungsgefälle politisiert. Die Akademiker*innen konstatierten, dass die serbische Wirtschaft jenen der anderen Republiken und Provinzen hinterherhinke und die damit einhergehende „Dominanz“ Sloweniens und Kroatiens kritisiert. Serben, so das Memorandum weiter, werden diskriminiert, weil Serbien von vergleichsweise weniger Delegierten in der „skupština“ als die anderen Republiken und Provinzen vertreten werden. Schließlich wurde auch auf die „Dreiteilung“ Serbiens verwiesen, die durch den autonomen Provinzstatuts der Vojvodina und Kosovos dazu geführt hatte, dass Serbien als einzige Teilrepublik keinen „eigenen Staat“ besitze.[1526] Welche Auswirkungen dieses Schriftstück auf die Öffentlichkeit in Serbien hatte, verdeutlicht Sundhaussen: „Seine Thesen [fanden] mittels der Boulevardpresse, der Radio- und Fernsehsender und der Ansprachen auf Massenkundgebungen schnell Eingang in alle Poren der zunehmend verunsicherten, nach Orientierung suchenden Gesellschaft.“[1527]

Auch außerhalb der Wissenschaft beteiligten sich Vertreter*innen der Kunst und Kultur zunehmend an politischen und wirtschaftlichen Debatten der 1980er Jahre. Beispielsweise die Schriftstellerverbände während der Auseinandersetzungen zwischen slowenischen und serbischen Politiker*innen. Als die serbische Verfassung verändert werden sollte, um die Autonomie der beiden Provinzen zu begrenzen, bekundete der slowenische Schriftstellerverband seine Solidarität mit der albanischen Bevölkerung, was wiederum zu einem Bruch mit dem serbischen führte.[1528] Die Schriftsteller*innen nahmen auch durch ihre (fiktionalen) Romane an den Debatten teil. So etwa Dobrica Čosićs Roman „Zeit des Todes“ („Vreme smrti“), oder der Roman „Nož“ („Messer“) von Vuk Drašković, der von der

[1526] Sundhaussen, Der serbische Nationalismus, 497f.; – Sundhaussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 252f.
[1527] Sundhaussen, Der serbische Nationalismus, 500.
[1528] Ausschlaggebend für den Streit zwischen den beiden Verbänden war der Streik von kosovo-albanischen Bergarbeitern in Trebča 1989, bei welchem die slowenischen Schriftsteller*innen ihre Kritik an dem Umgang mit dem Streik sowie ihre Solidarität mit den Streikenden zum Ausdruck brachten. Siehe dazu: Ramet, Die drei Jugoslawien, 488f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Entführung eines serbischen Kindes durch Muslime in einem Dorf in der Herzegowina handelt und beschreibt, wie nach den Ermordungen und der Gewalt an der muslimischen Bevölkerung desselben Dorfes durch die Četnici Jahre später nur ein muslimisches Kind diesen Übergriff überlebte, von welchem die Četniks glaubten, es sei ein serbisches.[1529]

Nicht zuletzt mehrten sich angesichts der innerjugoslawischen Spannungen, den Anfeindungen und Vorwürfen nationalistischer Art und die zunehmende Skepsis gegenüber „Brüderlichkeit und Einheit" auch Stimmen aus der Musikszene. Auf dem 1983 erschienen Album der bereits erwähnten Band „Bijelo Dugme" mit dem Namen „Einschlaflied für Radmila M." („Uspavanka za Radmilu M.") fand sich das erste Lied („Kosovska") dieser Musikgattung in albanischer Sprache, welche die Band (vor allem Goran Bregović) schrieb, um einen „inter-ethnischen Dialog" anzubieten, und zwar gerade als die Spannungen zwischen dem Kosovo und Serbien sich erneut aufschaukelten. Ähnliches wird auch den Liedern „Linden blühen" („lipe cvatu")[1530] und „Spucke und singe, mein Jugoslawien" („pljuni i zapjevaj, moja Jugoslavijo")[1531] aus dem Jahr 1987 innerhalb der Forschungsliteratur zugeschrieben.

Im Jahr 1989 erschien das Lied „Jugoslovenka" der in Tuzla geborenen Sängerin Lepa Brena (Fahreta Jahić-Živojinović), in dem sie sang „Meine Augen sind das Adriatische Meer, mein Haar ist die pannonische Ähre, meine Schwester ist meine slowenische Seele – ich bin eine jugoslawische Frau".[1532] Schließlich sei Sänger Đorđe Balašević erwähnt, der Ende der 1980er Jahre ein Lied herausbrachte, in dem er das „Austrocknen der Meere, das Auflösen der Gletscher, das Auftauen des ewigen Schnees und nie enden wollenden Regen" besang, um den Krieg zu verhindern: „alles, bloß kein Krieg".[1533]

[1529] Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, 289; – Vuk Drašković, Nož, Beograd 2019.

[1530] "Lipe cvatu was his [Bregovićs, Anm. der Verfasserin] first unequivocally Yugoslav song, meant to invoke a countrywide trans-ethnic closeness by striking Slavic cord within the audience throughout the country". Dalibor Mišina, „Spit and Sing, My Yugoslavia": New Partisans, Social Critique and Bosnian Poetics of the Patriotic, in: Nationalities Papers 38/2, New York 2010, 265–289, hier 270f.

[1531] Darin heißt es: „Dieses Brot, hier ich teile es, mein Jugoslawien, für dich und für bessere Tage [...]. Steh auf Jugoslawien, Singe – lass sie dich hören. Wer diesem Lied nicht zuhört – wird dem Sturm zuhören!" Originalzitat: „Ovaj hljeb, evo lomim, Moja Jugoslavijo, Za tebe i bolje dane [...] Jugoslavija na noge, Pjevaj nek´ te čuju, ko ne sluša pjesmu, slušače oluju" – Siehe dazu auch: Mišina, "Spit and Sing, My Yugoslavia", 271f.; – Ramet, Balkan Babel, 127.

[1532] Zitiert bei: Ana Hofman, Lepa Brena: Repolitization of Musical Memories on Yugoslavia, in: Glasnik Etnografskog Instituta 60/1, Beograd 2012, 21–32, hier 25 (Übersetzung der Verfasserin).

[1533] Der gesamte Refrain lautet: „Weißt du was? Sollen die Meere doch austrocknen. Sollen sich die Gletscher doch auflösen, der ewige Schnee auftauen. Na und? Soll doch der Regen nicht mehr aufhören, die Donnerschläge durchdrehen, alles, bloß kein Krieg". – Siehe dazu auch: Brana Milatović, (Com) Passionately Political: Music of Djordje Balašević, in: The Anthropology of East Europe Review 22/1, Bloomington 2004, 93–102.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

2.2.6.5. Jugoslawische Außenpolitik nach Tito: Von Fortsetzungen und „Nicht-Ereignissen“[1534]

Bislang wurde die jugoslawische Außenpolitik stets im Kontext des sogenannten Kalten Krieges, und zwar im Rahmen der Blockfreien Bewegung, dargestellt, innerhalb welcher Jugoslawien zwischen den Blöcken, zwischen mehreren „Tischbeinen“ operieren konnte. Auch zu Beginn der 1980er Jahre galt nach wie vor, zumindest aus der Sicht der USA und der EG[1535], Jugoslawiens Unabhängigkeit zu unterstützen, um dessen Abdriften in Richtung der Sowjetunion zu verhindern. Im Zusammenhang damit wurde weiter oben bereits angeführt, dass die „Friends of Yugoslavia“ einen Konsortialkredit an Jugoslawien vergaben. Diese Bemühungen waren eine der letzten „Infusionen“, die Jugoslawien von westlichen Ländern bekam und die auf Titos Außenpolitik zurückzuführen waren.[1536] Wie groß das US-amerikanische Interesse an Jugoslawien aber auch nach Titos Tod war, zeigt ein Telegramm an das US Department of State aus dem Jahr 1983, verfasst von der U.S.-Botschaft in Belgrad mit dem Betreff: „Yugoslavia at the crossroads: A Program to defend U.S. Interests“.[1537] Unter Punkt vier dieses Programmes wurden eben diese Interessen elaboriert:

> “Yugoslavia´s unity and stubborn independence of Blocs serves our strategic interest in the Balkans and Mediterranean as well as our political interest in encouraging the attenuation and eventual dissolution of the Soviet Empire. Independence serves U.S. Interests in several areas […]. Measures: Yugoslavia is at the crossroads. A protracted economic crisis could threaten Yugoslavia´s independent course. It could seriously weaken Yugoslavia´s ability to withstand soviet pressure for political and military concessions and attenuate the evolution toward pluralism in the communist world.”[1538]

Mittels mehrerer Maßnahmen beschreibt das Telegramm den Versuch, die amerikanischen Interessen, vor allem am Erhalt der Unabhängigkeit gegenüber der Sowjetunion, zu verteidigen. Dem (inoffiziellen) Ansuchen Jugoslawiens um weitere Kredite (konkret um einen Kredit bei der BIZ zusammen mit der BRD, Frankreich, Italien, der Schweiz und Großbritannien) müssten

[1534] Shoup, The Disintegration of Yugoslavia and Western Foreign Policy in the 1980s, 333.
[1535] Shoup sieht auch die Vertragsunterzeichnung mit der Europäischen Gemeinschaft von 1980 als ein Bemühen, die jugoslawische Unabhängigkeit mittels wirtschaftlicher Verträge zu gewährleisten, ebda., 337.
[1536] Lampe, Yugoslavia as History, 321.
[1537] Telegram des U.S. Department of State vom 22. Oktober 1982, CIA Archives, General CIA Records, Dokumenten-Nummer: CIA-RDP94B00049R001403490034–9, online unter: https://www.cia.gov/readingroom/docs/CIA-RDP84B00049R001403490034-9.pdf, 2021 Februar 27.
[1538] Ebda.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

die USA „positiv beantworten“, damit einem Bereitschaftskredit zugestimmt werde. Darüber hinaus rechnete die Botschaft in Belgrad damit, dass es bei den Zahlungen zu Verzögerungen kommen werde: „We should be prepared to respond sympathetically to requests for a payment stretch-out and press the Germans, French, British, and the Japanese to do the same on their official debts.”[1539] Weitere Maßnahmen sollten im Bereich der Waffenverkäufe an Jugoslawien sowie der bilateralen Gespräche erfolgen, etwa in Form von Besuchen von „Senior U.S. officials“.[1540] Wie groß der Einfluss der Außenpolitik auf die Wirtschaft Jugoslawiens, und damit letztlich auch auf die Möglichkeiten der Regionalpolitik war, zeigt sich mit diesem Telegramm besonders deutlich. Wie sehr sich der Einflussbereich der Außenpolitik auch auf andere Sphären erstreckte, nämlich der jugoslawischen Innenpolitik, zeigt das folgende Dokument.

Im April 1986 verfasste das „Assistant National Intelligence Officer for Europe“ ein „top secret“ Memorandum mit dem Betreff „Yugoslavia´s Anti-IMF Tactics[1541] und meinte damit den Vertragsausstieg Jugoslawiens mit dem IWF im Jahr 1985. Als Grund für diese „Anti-IWF-Taktiken“ seitens der jugoslawischen Regierung wird in diesem Memo die Forderung des Fonds angeführt, nach welcher die Realzinsen angepasst werden sollten. Da dies zum Anstieg der Inflation führte, so der Verfasser des Memos, verweigerten einige der jugoslawischen Politiker eine weitere Zusammenarbeit mit dem IWF. Die Sorge des Verfassers betraf nun nicht die ökonomische Situation Jugoslawiens, sondern die möglichen Konsequenzen, die daraus folgen könnten: Die Sowjetunion hätte die jugoslawische Zusammenarbeit mit dem IWF und deren „kapitalistischen Einfluss“ bereits länger kritisiert. Jugoslawien hätte diese Kritik zwar lange Zeit ignoriert[1542], „[b]ut now welcomed some aspects of the heightened Soviet concern because it was affecting Soviet policy in ways favourable to Yugoslavia.“[1543] Neben dem sowjetischen Angebot von MIG-29 Verkäufen an Jugoslawien, vermutete der Verfasser noch einen anderen Grund:

[1539] Ebda.
[1540] Ebda.
[1541] Memorandum des Assistant National Intelligence Officer for Europe vom 11. April 1986, CIA-Archives, General CIA Records, online unter: https://www.cia.gov/readingroom/document/cia-rdp87r00529r000100060037-8, 2021 Februar 27.
[1542] Die diplomatischen Beziehungen zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion waren zu Beginn der 1980er Jahren aufgrund der UdSSR-Intervention in Afghanistan angespannt. Siehe dazu: Tvrtko Jakovina, Yugoslavia on the International Scene. The active coexistence of non-aligned Yugoslavia, in: Helsinki Committee for Human Rights in Serbia (Hg.), Yugoslavia from a Historical Perspective, 461–514, hier 499f.; – Lampe, Yugoslavia´s foreign Policy in Balkan Perspective, 109f.
[1543] Lampe, Yugoslavia´s foreign Policy in Balkan Perspective, 109f.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

> "The Soviets may feel that their waiting game is paying dividends now that the IMF and the West are becoming the scapegoats for Yugoslavia´s economic problems. A few Yugoslav leaders […] have begun to urge a swing eastwards. Serbia´s new President-to-be Ivan Stambolić reportedly has expressed the view that Yugoslavia´s future lies more with the USSR because it would somehow advance the Serbs´ cause against Albanian nationalists in Kosovo."[1544]

Welche Art von Unterstützung sich Serbien resp. Ivan Stambolić (1936–2000) in der „serbischen Sache" im Kosovo erwartete und ob eine solche seitens der Sowjetunion erfolgte, kann im Rahmen dieser Forschungsarbeit nicht geklärt bzw. verifiziert werden. Fest steht allerdings, dass sich Jugoslawiens taktische Außenpolitik der vorangegangenen Jahrzehnte – „der Gratwanderung zwischen Ost und West – auch in den 1980er Jahren fortsetzte, zumindest obige Angelegenheit betreffend.[1545] Darauf, dass sich diese Konstellation im Laufe des Jahrzehnts schließlich veränderte, verweist Calic, wenn sie betont, dass mit Beendigung des Kalten Krieges und mit der Verkündigung von „Glasnost und Perestroika"[1546] auch Jugoslawiens Rolle als „Kohäsionsfaktor"[1547] an Relevanz und damit an Vorteilen verloren ging. Die ständige Bedrohung einer sowjetischen Intervention und der jugoslawischen Unabhängigkeit gab es nicht mehr – die Unterstützung Jugoslawiens „war in der neuen Sicherheitsarchitektur überflüssig geworden".[1548] Ähnlich argumentiert auch Shoup: Die internationale Gemeinschaft wurde von eben dieser neuen Architektur und den damit einhergehenden Ereignissen „abgelenkt", während sich die Situation in Jugoslawien zuspitzte. Das Engagement Europas und der USA mit Jugoslawien, so Shoup, ließ in den 1980er Jahren deutlich nach, „one might call it a decade of 'nonevents' on the foreign policy front".[1549]

[1544] Memorandum des Assistant National Intelligence Officer for Europe vom 11. April 1986, CIA-Archives, General CIA Records, online unter: https://www.cia.gov/readingroom/document/cia-rdp87r00529r000100060037-8, 2021 Februar 27.

[1545] Gleichzeitig verweist Paul Shoup auch auf eine „Pro-Milošević-Phase" in der US-amerikanischen Außenpolitik, die er mit der Ankunft des neuen US-Botschafters in Belgrad, John Scanlan, von 1985 bis 1989 datiert. Mit der Akkreditierung des neuen Botschafters, Warren Zimmerman, endete diese Phase. Siehe dazu: Shoup, The Disintegration of Yugoslavia and Western Foreign Policy in the 1980s, 338.

[1546] Siehe dazu etwa: Jörg Huffschmid, Glasnost - Perestrojka: Die Wirtschaftsreform in der Sowjetunion, Köln 1987.

[1547] Allcock, Explaining Yugoslavia, 242f.

[1548] Calic, Tito, 379; – Jakovina, Yugoslavia on the International Scene, 500f.

[1549] Shoup, The Disintegration of Yugoslavia and Western Foreign Policy in the 1980s, 333; – Benedetto Zaccaria, A Failed Transition: Ante Marković, the European Commission, and the End of the Cold War (1989–1990), in: Previšić (Hg.), Breaking Down Bipolarity, 249–268, hier 256.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

2.2.6.6. Entwicklung der Ungleichheit: Eine Krise für alle?

„Je weniger Ressourcen es zu verteilen gab, desto geringer war die Bereitschaft, den Wohlstand umzuverteilen [...]."[1550]

Im Wesentlichen fasst folgendes Zitat die bisherige Abhandlung der ungleichen regionalen Entwicklung im sozialistischen Jugoslawien zusammen: „Das regionale Problem im zweiten Jugoslawien war nie ausschließlich eine Frage von ökonomischen Disparitäten: Es war verbunden mit der nationalen Frage und der Staatsorganisation. Auch reflektierte es die verschiedenen historischen Einflüsse [...]."[1551] Demnach ging die sozio-ökonomische Regionalentwicklung mit politischen Entscheidungen einher, hatte aber gleichzeitig von Beginn an unterschiedliche Startbedingungen („historischer Dualismus"). Wie gezeigt wurde, gab es eine Reihe von Instrumenten und Maßnahmen, mittels welcher diese verschiedenen Ausgangsbedingungen geglättet werden sollten, was umgekehrt auch bedeuten musste, dass es Jahrzehnte nach der Gründung Jugoslawiens noch nicht gelungen war, das Ziel einer gleichmäßigen Entwicklung umzusetzen. Parallel dazu wurde das Land Schritt für Schritt umstrukturiert. Die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung, die Dezentralisierung und Föderalisierung, durch welche mit der Verfassung von 1974 die Teilrepubliken zu Staaten wurden, deren Grenzen untereinander fest verankert und nur schwer zu verändern waren sowie auch die Implementierung von marktwirtschaftlichen Signalen, die für einen Teil Jugoslawiens Vorteile und für andere gewisse Nachteile gebracht hatten.[1552] Welche Rolle dabei die Regionalpolitik und das Glätten des Entwicklungsgefälles spielte, wurde anhand zahlreicher Beispiele erörtert (Vorwürfe der „Verschwendung", „politische Fabriken", „Ausbeutung" usw.), die letztlich dazu führten, dass sich die jugoslawische Regionalpolitik immer wieder in einer Pattsituation befand, in der sich schließlich beide Seiten der Ausbeutung bezichtigten. Immerhin konnten sich die Entscheidungsträger trotz aller Verschiedenheiten noch auf gewisse Formen der Regionalpolitik einigen. Dies änderte sich nun mit der Rezession der 1980er Jahren: „Der Kampf um einen verschwindenden wirtschaftlichen Kuchen wurde immer evidenter."[1553]

[1550] Calic, Tito, 379.
[1551] Ocić, The Regional Problem and the Break-Up of the State, 74.
[1552] Aleksandar Jakir, Anita Lunić, What were the Outcomes of the Self-Managed Economy in Socialist Yugoslavia?, in: Jurij Murasov, Davor Beganović, Andrea Lesić (Hgg.), Cultures of Economy in South-Eastern Europe. Spotlights and Perspectives, Bielefeld 2020, 79–98, hier 86.
[1553] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 118.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Im Abschnitt über die regionale Entwicklung in den 1970er Jahren wurde bereits auf eine Schwierigkeit verwiesen, die sich auch im neuen Jahrzehnt fortsetzte. Die Überarbeitung jener Kriterien und Definitionen, die eine Republik, Provinz bzw. eine Region als eine weniger oder weiter entwickelte festsetzten. Ende der 1970er Jahre schlugen kroatische und slowenische Delegierte verschiedene Variationen der Entwicklungshilfe vor. Etwa eine Arbeitsorganisation, die anstelle des Bundesentwicklungsfonds treten und operieren sollte. Auch wurden neue Kriterien vorgeschlagen, wonach nur noch der Kosovo günstige Kredite erhalten sollte. Wie auch schon in den vorangegangenen Jahren, konnten sich die Republiken und Provinzen nicht auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen.[1554] Die weiter entwickelten Gebiete, die nun einen Einbruch ihrer Wachstumszahlen erlebten, forderten schärfere Bestimmungen, um die ohnehin mangelnden Ressourcen bestmöglich einzusetzen. Immerhin gaben diese Republiken und Provinzen bereits seit 15 Jahren etwa 10 Prozent ihres Investitionspotenzials an die weniger entwickelten Gebiete ab – vieles davon wurde „verschwendet", so der Vorwurf.[1555]

Die Frist für die neuen Definitionskriterien musste insgesamt dreimal verschoben werden, bis sich im Jahr 1982 schließlich darauf geeinigt werden konnte, die Anspruchsberechtigten des Fonds nicht zu ändern, zumindest nicht bis 1985.[1556] Darüber hinaus konnte in Bezug auf die Höhe der Einzahlungen in den Fonds ebenfalls ein Konsens erreicht werden. Der bisherige Anteil von 1,97 Prozent des BMP wurde nun verringert, und zwar auf 1,86 Prozent. Die Zinssätze für die vergebenen Kredite beliefen sich auf 5,5 Prozent und die Rückzahlung sollte innerhalb von 12 Jahren erfolgen. Der Kosovo bildete auch in diesem Jahrzehnt eine Ausnahme und bekam einen Zinssatz von 4,4 Prozent, wobei der Kredit in einem Zeitraum von 15 Jahren getilgt werden musste. Zusätzlich konnte sich noch auf ein Novum geeinigt werden. Von den gesamten Einzahlungen in den Fond wurden 50 Prozent als Kredite vergeben, die restliche Hälfte sollte als Investitionen in gemeinsame Unternehmen und Projekte geschöpft werden („joint ventures"). Wie gezeigt wurde, war es zunehmend schwieriger geworden, einen einheitlichen jugoslawischen Markt zu etablieren, was vor allem eine Folge der Reformen des Außenhandels von 1977 war.

Im Konkreten bedeutete die Verringerung der Abgaben von 0,11 Prozent eine jährliche Reduktion von 10,7 Prozent der Investitionen in den weniger entwickelten Regionen.[1557] Tabelle 69 zeigt die Verteilung dieser Mittel, wobei der Fokus auf den Kosovo auffallend ist,

[1554] Ramet, Die drei Jugoslawien, 378.
[1555] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 120.
[1556] Ramet, Die drei Jugoslawien, 378f. – Erst nach diesen getroffenen Vereinbarungen konnte auch der siebte Fünfjahresplan verabschiedet werden, was einer Verzögerung von zwei Jahren entsprach, Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 121f.
[1557] Ebda., 121.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

der zwischen 1986 und 1990 knapp die Hälfte aller Mittel bereitgestellt bekam. Die unzureichenden Investitionen vorangegangener Jahrzehnte im Kosovo konnten damit aber nicht mehr aufgeholt werden[1558], wie sich anhand der Vergabe der Mittel durch die International Bank for Renewal and Development etwa deutlich nachzeichnen lässt: Zwischen 1949 und 1970 gingen mehr als die Hälfte aller Mittel an Bosnien-Herzegowina und lediglich 4,8 Prozent an den Kosovo. In den Jahren 1981 bis 1985 wuchs dieser Anteil fast um das Zehnfache: 43,4 Prozent gingen an den Kosovo und 30,6 an Bosnien-Herzegowina (siehe Tabelle 70). Zum Vergleich: Trotz des deutlichen Schlusslichts, das der Kosovo schon in den letzten Jahrzehnten darstellte, gingen in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre 30 Prozent an den Kosovo, und 30,7 Prozent an Bosnien-Herzegowina.[1559]

Tabelle 69: Verteilung der Kredite aus den Mitteln des Bundesentwicklungsfonds

	1981–1985	**1986–1990**	**Bevölkerung (1989 Schätzung)**
BiH	28,3	26,3	48,8
Montenegro	9,4	7,7	7,0
Mazedonien	21,1	16,6	23,0
Kosovo	41,2	49,4	21,2

Quelle: Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, Table 5.1., 122.

Tabelle 70: Verteilung der Kredite aus den Mitteln der International Bank for Renewal and Development

	1949–1970	**1971–1975**	**1976–1980**	**1981–1985**
BiH	57,1	40,6	27,1	30,6
Montenegro	22,7	17,4	18,7	10,9
Mazedonien	15,4	20,5	22,4	19,1
Kosovo	4,8	21,5	21,8	43,4

Quelle: Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, Table 5.2., 123.

Nachdem die Bestimmungen über die Vergabekriterien der Mittel aus dem Bundesfonds für die erste Hälfte der 1980er geklärt wurden, setzten die Verhandlungen über die zweite Hälfte wieder ein, jedoch mit dem Unterschied, dass die Krise nun spürbarer als zu Beginn des Jahrzehnts war; die Gespräche verschärften sich damit zusätzlich. In Zeiten der stagnierenden bzw. rückläufigen Wachstumszahlen in ganz Jugoslawien war die Bereitschaft, Gelder in andere Republiken bzw. in die Provinz zu investieren, gering, zumal die früheren ausländischen Kreditgeber ihre Mittel einfroren. Der schon erwähnte „Partikularismus“ der früheren Jahre,

[1558] Ebda., 122.
[1559] Siehe dazu: Tabelle 26. – Leicht abweichende Zahlen finden sich bei Kaiser für die Jahre 1981 bis 1985: Demnach erhielt Bosnien-Herzegowina 27,9 Prozent; Montenegro 9,9 Prozent; Mazedonien 19,6 Prozent und der Kosovo erhielt 42,6 Prozent der Mittel aus dem Bundesentwicklungsfonds, Kaiser, Equalization Dilemma, Table 1, 255.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

das Interesse, die eigene Republik/Provinz vor weiteren Krisenerscheinungen zu schützen, wurde zunehmend intensiviert.[1560] Erst im April 1986 kam ein Kompromiss zustande, als Rufe nach einer kompletten Abschaffung des Fonds aus Slowenien und Kroatien immer lauter wurden. Der Kompromiss bestand in einer erneuten Verringerung der Abgaben in den Fonds, von 1,86 auf 1,56 Prozent des BMP; die Zinsen betrugen nun elf Prozent (für den Kosovo neun Prozent) und der Tilgungszeitraum wurde auf zwölf Jahre erstreckt (für den Kosovo auf 15 Jahre). Nach der enormen Inflation dieser Jahre blieben von den vereinbarten 1,56 Prozent beispielsweise im Jahr 1986 lediglich 0,53 Prozent des BMP übrig, im Jahr darauf 0,50 Prozent.[1561]

Für die Verringerung des Bundesentwicklungsfonds gab es aber nicht nur wirtschaftliche Gründe. Zunehmend wurde dieser auch als politisches Instrumentarium benutzt: Als sich etwa die Auseinandersetzungen zwischen Slowenien und Serbien zuspitzten, und in Serbien eine Blockade für slowenische Waren verhängt wurde, reagierten die slowenischen Politiker*innen mit einer Halbierung ihrer Beiträge an den Fonds. Wird nun mitbedacht, dass 45 Prozent des Fondsmittel aus Slowenien und Kroatien bestritten wurde, entsprach dieser Schritt einer erheblichen Reduktion. Dies wiederum veranlasste den Bundesexekutivrat dazu, ein Einfrieren aller slowenischer Konten anzuweisen, doch war angesichts der Zustände im Jahr 1990 die Weisung nicht mehr durchzusetzen. Im Juli ließ das kroatische Parlament unter der Führung der von Tuđman geführten Partei HDZ (Hrvatska Demokratska Zajednica) verlautbaren, dass es seine Zahlungen an den Fonds einstellen werde; zwei Wochen darauf musste der Rat die vollständige Auflösung des Fonds mitteilen. Mit den Worten „Der Fonds ist geplatzt“ („Fond je puko“) begann Hasan Zolić seinen regelmäßigen Bericht über den Status der regionalen Entwicklung an das Bundesbüro für Soziale Planung.[1562] Die Regionalpolitik wurde zur Sache einer Entwicklungsbank, deren Geldvergabe sich nicht mehr an einer „Gleichstellung der Werktätigen“ in Jugoslawien orientierte, sondern an die jüngst eingeführten marktwirtschaftlichen Prinzipien.[1563]

Wie wirkten sich nun Krise und Krisenmanagement auf das Entwicklungsgefälle in den 1980er Jahren aus? Im Hinblick auf die folgenden Kennzahlen lässt sich feststellen, dass das Gefälle in diesem Jahrzehnt größer wurde: Lag das Bruttomaterialprodukt der weniger

[1560] In diesem Kontext erwähnt Michael Palarait auch die wirtschaftlichen Interessen Serbiens unter Miloševićs Führung: Die ausländischen Gelder, mittels welchen das Wachstum in den vorangegangenen Jahrzehnten größtenteils finanziert wurde, musste nun aus Jugoslawien kommen, um die Wirtschaft der Teilrepublik zu schützen. Siehe dazu: Michael Palarait, The Inter-Struggle for Resources and the Fall of Yugoslavia, in: Cohen, Dragović-Saso (Hgg.), State Collapse in South-Eastern Europe, 221–248, hier 226.
[1561] Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, 127.
[1562] Zitiert bei: Ebda., 138.
[1563] Ramet, Die drei Jugoslawien, 380. – Vgl. dazu auch: Madžar, Who exploited Whom?, 160.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

entwickelten Regionen in den 1960er Jahren bei einem Indexwert von 64,4 (jugoslawischer Durchschnitt = 100), so lag dieses Ende der 1980er Jahre bei 57,7. Im Vergleich dazu befand sich Sloweniens Wert im Jahr 1965 bei 177,3 und konnte im Laufe der nächsten Jahre sogar um 22,9 Indexpunkte erhöht werden.[1564] Bemessen im Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1972, Tabelle 71) sah die Entwicklung wie folgt aus: Im Jahr 1952 lag das BIP im Kosovo bei 1,56 Tausend Dinar, erreichte im Jahr 1980 den höchsten Wert mit 5,01 Tausend Dinar und sank schließlich bis zum Jahr 1990 auf 3,35 Tausend Dinar. In Slowenien wurde das höchste BIP in den 1980er Jahren erreicht: Im Jahr 1980 lag dieses bei 35,23 Tausend Dinar und wuchs, zwar nur sehr gering, in den kommenden fünf Jahren auf 35,56 Tausend Dinar. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts sank das BIP auch hier, und zwar auf 30,82 Tausend Dinar im Jahr 1990 – der Unterschied in der Höhe des BIPs der beiden Regionen war dennoch beträchtlich.

Tabelle 71: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, in Tausend Dinar, Preise zu 1972

Jahr	JUG.	BiH	MNE	HRV	MZD	SLO	SRB	Kos.	Voj.
1952	3,36	3,21	2,94	4,07	2,40	6,10	3,42	1,56	3,00
1955	4,63	3,85	3,57	5,67	3,27	8,09	4,20	1,97	4,33
1960	6,43	4,89	4,22	7,68	4,11	11,61	6,20	2,40	6,93
1965	8,50	6,09	6,47	10,26	5,67	15,60	8,17	3,10	9,54
1970	10,92	7,38	8,34	13,72	7,64	21,15	10,45	3,76	11,56
1975	14,10	9,31	9,62	17,63	9,86	28,71	13,53	4,63	16,18
1980	17,76	11,72	14,03	22,51	11,96	35,23	17,45	5,01	20,03
1985	17,72	12,43	13,75	22,37	11,54	35,56	17,52	4,85	20,74
1990	15,31	10,32	10,99	19,42	9,76	30,82	16,06	3,35	18,67

Quelle: Jakir, Lunić, What were the Outcomes of the Self-Managed Economy in Socialist Yugoslavia?, Figure 3, 92.

Ähnlich groß waren die Unterschiede laut folgender Kennzahlen bzw. lässt sich in Verbindung mit den Daten zum BIP folgende Tendenz erkennen: Je niedriger das BIP, desto höher die Auslandsverschuldung (siehe Tabelle 72). Dies lässt sich vor allem durch die hohe Anzahl an Investitionsprojekten in diesen Regionen erklären, die zum größten Teil durch Kredite finanziert wurden. Auch zeigt sich, dass das Verhältnis der Exporte in Prozent zu den

[1564] Jakir, Lunić, What were the Outcomes of the Self-Managed Economy in Socialist Yugoslavia?, Figure 3, 92.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Auslandschulden in den Regionen unterschiedlich war: Der höchste Wert mit 180 Prozent galt für slowenische Exporte – der niedrigste mit 20 Prozent für den Kosovo.[1565]

Tabelle 72: Indikatoren regionaler Disparitäten, pro tausend Einwohner

Region	**Auslandsschulden in Prozent des Sozialprodukts**	**Export in Prozent der Auslands-schulden**	**Arbeitssuchende in Prozent der Beschäftigten im sozialen Sektor**	**Beschäftigte im Ausland in Prozent der Beschäftigten im sozialen Sektor**	**Wachstumsrate der Be-völkerung 1986**
Slowenien	15	180	1,7	5	3,4
Kroatien	22	75	7,7	10	2,0
Vojvodina	16	86	15,2	8	0,3
BiH	28	76	23,9	13	9,5
Serbien	23	90	17,7	9	2,7
Montenegro	72	25	24,5	6	9,8
Kosovo	60	20	55,9	13	24,5
Mazedonien	34	53	27,0	11	11,8

Quelle: Lydall, Yugoslavia in Crisis, Table 10.2., 190.

Ein weiteres Charakteristikum der ungleichen Entwicklung in den 1980er Jahren waren die Arbeitslosenraten (als Prozent der Beschäftigten im sozialen Sektor), bei welchen es deutliche Unterschiede je nach Republik/Provinz gab: Mit Abstand am höchsten war die Anzahl der arbeitssuchenden Menschen im Kosovo, mit insgesamt 55,9 Prozent, gefolgt von Mazedonien mit 27,0 Prozent und Montenegro mit 24,5 Prozent. Am geringsten war dieser Prozentsatz in Slowenien mit 1,7 Prozent und in Kroatien mit 7,7 Prozent.

[1565] Lydall, Yugoslavia in Crisis, 190. – Lydall merkt hier auch an, dass Exporte nicht die einzige Form der Deviseneinnahmen darstellten, sondern vor allem auch durch Tourismus und den Transferzahlungen Devisen ins Land kamen, ebda., 191.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 73: Überblick über das Verhältnis von Kriterien der Entwicklung (Jugoslawien = 100)

	1952		**1953**	**1965**			**1989**	**1988**	**1989**
	Beschäftigung	**Anlagevermögen**	**BMP pro Einwohner*in**	**Beschäftigung**	**Anlagevermögen**	**BMP pro Einwohner*in**	**Beschäftigung**	**Anlagevermögen**	**BMP pro Einwohner*in**
Kroatien	113,0	113,4	111,6	114,7	117,7	120,7	1177,6	130,6	128,4
Slowenien	166,7	223,7	182,8	165,2	191,7	177,3	149,0	206,2	222,9
Serbien	82,7	86,1	90,3	87,0	79,7	94,9	100,9	81,8	93,9
Vojvodina	90,5	82,0	95,1	113,4	97,5	122,4	105,9	109,8	126,7
DRs[a]	104,9	112,1	110,2	110,0	109,0	118,2	113,3	117,9	126,7
BiH	102,6	86,3	80,2	80,3	86,5	69,1	81,5	78,7	66,3
Montenegro	80,2	36,3	57,7	84,2	125,7	71,2	91,8	121,7	72,8
Mazedonien	75,9	58,2	68,1	90,3	71,8	69,8	88,6	66,8	72,8
Kosovo	55,6	43,1	52,1	52,5	47,8	38,6	51,3	41,0	26,1
LDRs[b]	87,7	69,9	71,3	78,9	80,4	64,4	78,3	72,0	57,7

Quelle: Pleština, Regional Development in Communist Yugoslavia, Table 5.3., 124.

a DRs=Developed regions

[b] LDRs = Lower developed regions

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Die Tatsache, dass der Trend dieser Divergenz im Laufe der 1980er zunahm, lässt sich allerdings nicht ausschließlich mit der wirtschaftlichen Krise bzw. der Verringerungen der Fondsmittel erklären, denn Entwicklungen innerhalb der Wirtschaft (Inflation, Handelsbilanz usw.) hatten auch in diesem Jahrzehnt Einfluss darauf, wie sich das Gefälle weiterentwickelte. So etwa die neue Strategie in Jugoslawien der 1980er Jahre, die bereits in Bezug auf den Außenhandel erwähnt wurde: Exportiert sollten vor allem jene Produkte werden, die auf den internationalen und vor allem westlichen Märkten eine höhere Wettbewerbsfähigkeit hatten, d.h. nicht mehr die Produkte der Schwerindustrie, sondern Fertigprodukte und hochwertig verarbeitete Waren („higher value-added manufacturing") wie beispielsweise mikroelektronische oder chemische Produkte.[1566] Wird nun die beschriebene Produktionsstruktur bzw. Spezialisierung der Regionen Jugoslawiens berücksichtigt, wonach die Fertig- und Halbfertigprodukte vermehrt in den weiter entwickelten Regionen produziert und Rohstoffe, Agrarprodukte sowie Produkte der Schwerindustrie tendenziell in den weniger entwickelten hergestellt wurden, ergab sich für die Gruppe der Ersteren ein deutlicher Vorteil in dieser neuen Ausfuhrstrategie.[1567]

Noch eine weitere Schwierigkeit aus den vergangenen Jahrzehnten spielte eine Rolle: die staatliche Preiskontrolle. Im Kapitel über die Entwicklung der Ungleichheit in den 1960er Jahren wurde bereits darauf verwiesen, dass die Eingriffe des Preisbüros eine Tendenz aufwiesen, die Preise für beispielsweise agrarwirtschaftliche Güter künstlich niedrig zu halten, während jene für industrielle Güter vergleichsweise hoch waren. Diesem Umstand war auch der Vorwurf geschuldet, dass die weniger entwickelten Gebiete durch eine solche Preispolitik die weiter entwickelten indirekt subventionieren würden.[1568] Da die weniger entwickelten Gebiete einen hohen Anteil der agrarwirtschaftlichen und Ressourcenproduktion übernahmen, waren diese Regionen auch stärker von der Preiskontrolle betroffen; sie tauschten ihre „[b]illigen und preiskontrollierten Waren gegen viel teurere Produkte, deren Wert wiederum der freie Markt bestimmte".[1569] Schließlich wirkte sich auch die priorisierte Kreditvergabe und Förderung der Exportfirmen sowie den Tourismus negativ für die weniger entwickelten Regionen aus. Letzeres hatte in Slowenien und in Kroatien durch die ausländischen Investitionen („Alpe-Adria") ohnehin einen Aufschwung erlebt.

In seiner 2017 erschienen Dissertation ging Leonard Kukić der Frage nach, welche Ursache die ungleichen Wachstumsraten der Wirtschaft in Jugoslawien hatte und kam zum

[1566] Woodward, Balkan Tragedy, 58.
[1567] Ebda.
[1568] Siehe dazu Kapitel „Die Entwicklung der sozialen und ökonomischen Ungleichheiten im Jugoslawien der 1960er Jahre", 192.
[1569] Madžar, Who Exploited Whom?, 168.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Ergebnis, dass diese Entwicklung auf die Tendenz zur Kapitalintensivierung zurückzuführen war.[1570] Unter Bezugnahme der schon erwähnten Modelle, unter welchen selbstverwaltete Unternehmen in Jugoslawien produzierten, d.h. die Maximierung der persönlichen Einkommen der Beschäftigten, stellte Kukić fest, dass es die Kapitalintensität war, aufgrund welcher die weniger entwickelten Regionen weder bei der Arbeitslosenrate noch bei dem Niveau der sogenannten Totalen Faktorproduktivität (TFP) aufholen konnten. Beim Zusammenhang zwischen Kapitalintensität und Arbeitslosenrate ergab sich folgender Umstand: Da die Arbeiterräte eine Erhöhung der persönlichen Einkommen verfolgten, wurde bei je zusätzlichem Faktor Kapital eher das Einkommen als das Personal erhöht (dies wurde weiter oben bereits festgestellt). Die Verbindung zwischen Kapitalintensität und TFP sei auf zwei Aspekten gegründet worden: Erstens würde eine hohe Kapitalintensität zu einer niedrigen Arbeitsproduktivität („low labour utilisation rate“) führen, was in der Natur einer selbstverwalteten Wirtschaft lag; Kündigungen als Maßnahme zu Kostenreduzierung wurden in dieser nur selten eingesetzt. Zweitens habe die Kapitalintensität die Entwicklung in den weniger entwickelten Regionen insofern gehemmt, als es dort einen Überfluss an Arbeitskräften gegeben habe. Die vorherrschende Kapitalintensität führte aber zu einer Verzerrung, weshalb eben nicht der reichlich vorhandene Produktionsfaktor Arbeit verwendet wurde. Dies zeigte sich schließlich an der Ineffizienz in den weniger entwickelten Republiken bzw. Provinz.[1571] All dies setzt nun voraus, dass die Kapitalintensität in den weniger entwickelten Gebieten höher war als in den restlichen; diesen Umstand führt der Autor vor allem auf die Kapitalzuschüsse im Rahmen der regionalen Politik an diese Gebiete zurück, welche die Kosten des Kapitals insgesamt senkten (etwa durch niedrige bzw. sogar negative Zinssätze für Kredite).[1572]

Schließlich ist in diesem Kontext auch das Bevölkerungswachstum zu erwähnen: Die Bevölkerung des Kosovos wuchs mit 24,5 Prozent im Jahr 1986 am schnellsten, die Vojvodina mit 0,3 Prozent am geringsten. Kaiser und Lydall argumentieren, dass die ungleiche Entwicklung Jugoslawiens bzw. die niedrigeren Wachstumsraten zu einem bestimmten Anteil auf diese Entwicklungen zurückzuführen waren, wonach sich die weiter entwickelten Regionen durch ein vergleichsweise niedrigeres Bevölkerungswachstum auszeichneten, während die Bevölkerung der weniger entwickelten ein höheres aufwiesen.[1573] Gleichzeitig merken sie aber

[1570] An einer anderen Stelle in dieser Arbeit ist dieser Aspekt bereits kurz beschrieben, etwa mit Weißenbachers Begriff der „organischen Zusammensetzung des Kapitals“. Siehe dazu Kapitel „Die politischen Entwicklungen am Beginn der 1960er Jahre: Neue Reformen und Verfassung“, 134.
[1571] Ebda., 126.
[1572] Ebda., 124f.
[1573] Lydall, Yugoslavia in Crisis, 189. – Dieser Umstand wird auf das verspätete Einsetzen der sogenannten demografischen Transition in den weniger entwickelten Gebieten zurückgeführt. Siehe dazu: Stevan

10.15772/ANDRASSY.2023.006

an, dass die Entwicklung der Regionen in Jugoslawien auch ohne diesen Unterschied ungleich gewesen wäre. Demnach war das Produktionswachstum der weniger entwickelten Gebiete nicht hoch genug, um jene Kluft zu verringern, die vom höheren Bevölkerungswachstum verursacht wurde.[1574]

2.2.6.7. Auswirkungen des regionalen Entwicklungsgefälles auf das persönliche Einkommen

Wie in den beiden Jahrzehnten zuvor, sollen die Auswirkungen der (außen-)politischen, (welt-) wirtschaftlichen Ereignisse und Prozesse der 1980er Jahre auf die Höhe der Einkommensunterschiede gezeigt und besprochen werden. Nahmen die politischen Blockaden innerhalb Jugoslawiens sowie der Streit um den Bundesentwicklungsfonds Einfluss auf die Unterschiede? Wenn ja, in welche Richtung? Wie wirkten sich die globale Konjunktur, das Versiegen der internationalen Kredite und die galoppierende Inflation in Jugoslawien aus? Welche Sektoren und Republiken/Provinzen waren besonders betroffen? Was lässt sich am Ende des Untersuchungszeitraumes über zeitliche Entwicklung des hier analysierten Gegenstandes aussagen?

Wiederum mit dem Überblick, basierend auf den gesamtjugoslawischen Durchschnittswerten, beginnend, lässt sich eine Tendenz feststellen, die – das sei vorab angemerkt – für alle Analysen der 1980er Jahre charakteristisch war: Die Unterschiede zwischen den höchsten und den niedrigsten Einkommen vergrößerten sich im Laufe der 1980er Jahre signifikant.

Hadživuković, Population Growth and Economic Development, in: Journal of Population Economics 2, Maastricht 1989, 225–234, hier 230.

[1574] Kaiser, Equalization Dilemma, 273.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 74: Persönliche Einkommen in Dinar, jug. Durchschnitt, 1980–1989

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
Wirtschaft										
Industrie und Bergbau	6.955	9.557	12.153	15.543	22.556	39.952	81.977	167.886	455.566	765
Landwirtschaft und Fischerei	6.616	9.354	12.454	16.053	22.787	37.542	76.609	157.602	423.106	708
Forstwirtschaft	7.089	10.246	12.962	15.674	23.395	43.460	83.376	166.572	465.135	751
Wasserwirtschaft	7.448	9.842	12.264	15.705	21.699	37.169	76.554	160.938	412.654	611
Baugewerbe	7.022	9.239	11.719	14.111	19.619	34.904	75.387	189.181	401.310	645
Verkehr und Verkehrsnetz	7.904	10.586	13.430	17.011	24.518	43.358	89.161	174.656	504.700	886
Handel	7.174	9.334	11.962	15.361	21.927	39.317	84.053	173.181	473.368	762
Gastwirtschaft/ Tourismus	6.365	8.458	10.908	14.169	20.119	36.584	74.491	154.902	509.452	650
Handwerk	7.741	10.386	13.148	16.633	24.014	43.899	90.179	188.995	428.243	835
Wohnungs- und Kommunaldienstleistungen	7.275	9.556	12.216	15.182	21.337	38.298	81.303	172.912	452.167	739
Nichtwirtschaftlich										
Bildung und Kultur	8.560	10950	13.856	17.463	25.128	45.205	96.650	199.107	548.040	930
Finanz und Ähnliches	9.564	12.367	15.547	19.487	28.285	52.016	108.500	220.904	608.099	1107
Bildung	8.299	10.568	13.345	16.865	24.410	44.052	93.541	189.964	526.180	912
Wissenschaft	10.361	13.669	17.557	22.358	31.428	57.310	125.565	263.856	700.888	1.097
Kultur, Kunst und Information	8.841	11.326	14.293	17.824	25.401	44.855	97.022	205.506	563.820	930
Physische Kultur und Sport	7.511	9.402	12.219	15.477	21.647	38.911	82.499	168.271	468.428	751
Gesundheit und Sozialabsicherung	7.915	10.199	12.966	15.960	22.892	41.324	88.525	183.855	499.519	943
Gesundheits-vorsorge	8.158	10.509	13.362	16.383	23.380	42.118	89.910	186.395	506.309	977
Sozialvorsorge	6.906	8.917	11.363	14.321	21.008	38.272	83.189	174.185	474.330	815
Gesellschaftl.-polit. Organisat.(DPZ)	8.884	11.157	14.269	17.712	25.532	46.062	96.816	195.855	545.827	989
DPZ Organe	8.702	10.558	13.966	17.337	34.987	45.104	93.788	191.389	530.035	967
DPZ: Selbstverwaltung Interessensorgane	8.757	11.132	14.149	17.520	25.302	45.818	99.916	190.641	554.901	1.005
DPZ: OUR	11.441	14.922	18.767	23.470	34.340	61.686	132.418	265.331	757.616	1.318
Genossenschaftl.-politische Organisationen	9.749	12.802	15.492	19.228	27.628	49.531	106.634	219.851	602.032	1.054
MIN in % des MAX Einkommens	**55,63**	**56,68**	**58,12**	**60,12**	**56,07**	**56,58**	**56,25**	**58,38**	**52,97**	**46,35**

Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1981–1990; eigene Berechnung.

Die niedrigsten Einkommen verteilten sich auf zwei bzw. drei Bereiche: Gastwirtschaft und Tourismus in den Jahren 1980–1982 sowie 1986 bis 1987; im Baugewerbe in den Jahren 1983–1985 und 1988. Innerhalb der Wasserwirtschaft wurde einmal das niedrigste Einkommen

10.15772/ANDRASSY.2023.006

verzeichnet, und zwar im Jahr 1989. Die persönlichen Einkommen aus der Landwirtschaft, die in den beiden vorangegangenen Jahrzehnten entweder zu den niedrigsten oder zweitniedrigsten gehörten, waren in den 1980er Jahren in lediglich zwei Jahren in diesen untersten beiden Einkommensgruppen zu finden: Im Jahr 1980 sowie im Jahre 1987 (siehe Tabelle 74). Die höchsten Einkommen wurden erneut und nach wie vor im sogenannten nichtwirtschaftlichen Sektor ausbezahlt, konkreter in den genossenschaftlich-politischen Organisationen der „Vereinten Arbeit" („Grundorganisationen"). Stieg das entsprechende Verhältnis zwischen den Minimal- und Maximal-Einkommen im Jahr 1983 auf 60 Prozent und blieb im Laufe der nächsten Jahre auf einem relativ hohen Niveau, sank es am Ende der 1980er Jahre auf knapp 53 Prozent und schließlich, am Ende des hier untersuchten Zeitraumes, auf 46,4 Prozent. Damit fiel das Niveau der Einkommensunterschiede auf jenes zu Beginn (und zum Ende) der 1960er Jahre.

Deutlicher wird die wachsende Kluft, wenn alle angegebenen Zweige und Sparten berücksichtigt werden: Im Unterschied zum Jahrzehnt davor waren jene Sparten und Zweige mit den höchsten ausbezahlten persönlichen Einkommen nicht aus dem Baugewerbe, das in den 1960er und 1970er Jahren häufig auftrat, sondern vor allem der Bildungssektor (hier die Sparte „Höhere Bildung"), im Bereich des „Finanzwesens und ähnliche Dienstleistungen", hier im Konkreten der Zweig „Geologische Untersuchungen". Schließlich wurden die höchsten Einkommen zwei Mal im Verkehrswesen („Transport über Pipelines") und einmal in der Industrie („Herstellung von Öl und Gas") verzeichnet. In all diesen Fällen war die slowenische Republik fünf Mal vertreten, die Vojvodina drei Mal sowie Kroatien und Serbien jeweils einmal. Werden in dieser Kategorie mit den höchsten Einkommen nun die niedrigsten gesucht, zeigt sich, dass die entsprechenden Republiken und Provinzen, welche diese aufwiesen, ausschließlich die weniger entwickelten Gebiete waren, vor allem Mazedonien trat in dieser Gruppe häufiger auf als noch in den letzten beiden Jahrzehnten.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 75: Höchste und niedrigste pers. durchschnitt. Einkommen in Dinar nach Sparten und Zweigen, 1980–1989: Höchstes

Höchste Einkommen	Zweig/Sparte	Rep./Pro. MAX	Höhe Einkommen MAX	Höhe Einkommen MIN	Rep./Prov. MIN	Differenz absolut	in % vom MAX
1980	Verkehrswesen: Transport über Pipelines	Kroatien	13.970	9.671	Bosnien	4.299	**69,22**
1981	Bildungswesen: Höhere Bildung	Slowenien	18.157	11.728	Mazedonien	6.429	**64,59**
1982	Geologische Untersuchung	Vojvodina	23.367	8.751	Mazedonien	14.616	**37,45**
1983	Geologische Untersuchung	Vojvodina	29.828	11.636	Mazedonien	18.192	**39,01**
1984	Geologische Untersuchung	Vojvodina	48.263	13.124	Mazedonien	35.139	**27,19**
1985	Bildungswesen: Höhere Bildung	Slowenien	90.477	36.361	Mazedonien	54.116	**40,18**
1986	Industrie: Herstellung von Öl und Gas	Serbien (engeres)	230.370	121.575	Kroatien	108.795	**52,77**
1987	Bildungswesen: Höhere Bildung	Slowenien	524.517	153.232	Mazedonien	371.285	**29,21**
1988	Verkehrswesen: Transport über Pipelines	Slowenien	1,343.459	517.603	BiH	825.856	**38,52**
1989	Bildungswesen: Höhere Bildung	Slowenien	2.079	561	Kosovo	1.518	**26,98**

Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1981–1990; eigene Berechnung.

Werden nun beispielsweise die Einkommen aus der Kategorie „Höhere Bildung“ im Jahr 1981 und 1989 miteinander verglichen, zeigt sich klar, in welchem Ausmaß die Einkommensunterschiede wuchsen: Konnten im Jahr 1981 mazedonische Angestellte in diesem Bereich im Durchschnitt noch knapp 65 Prozent dessen verdienen, was die slowenischen im selben Zweig ausbezahlt bekamen, sank dieses Verhältnis am Ende des Untersuchungszeitraumes auf 26,98 Prozent; die absolute Differenz betrug durchschnittlich 1.518 Dinar im Monat. Anders formuliert: Im kosovarischen Bildungswesen des Zweiges „Höhere Bildung“ wurden im Durchschnitt 561 Dinar verdient; das slowenische Pendant betrug im selben Jahr 2.079 Dinar pro Monat. Insgesamt folgte der zeitliche Verlauf bereits ab Anfang dieses Jahrzehnts einer fallenden Tendenz: Von knapp 70 Prozent am Anfang hin zu 27,20 Prozent in der Mitte der 1980er Jahre. Danach folgten zwei Jahre, in denen die Einkommensunterschiede in den Jahren 1985 und 1986 nochmals deutlich sanken, bevor diese wieder zu wachsen begannen und mit 26,98 Prozent schließlich den höchsten Wert an Unterschieden in den persönlichen Einkommen verzeichnet wurde.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 76: Höchste und niedrigste pers. durchschnitt. Einkommen in Dinar nach Sparten und Zweigen, 1980–1989: Niedrigstes

Niedrigste Einkommen	Zweig/Sparte	Rep./Prov. MIN	Höhe Einkommen MIN	Höhe Einkommen MAX	Rep./Prov. MAX	Differenz absolut	in % vom MAX
1980	Handwerk: pers. DL	Kosovo	3.203	7.551	Slowenien	4.348	**42,41**
1981	Handwerk: pers. DL	Mazedonien	5.232	9.444	Slowenien	4.212	**55,40**
1982	Verkehrswesen: Flussverkehr/-transport	Montenegro	6.350	12.078	Kroatien	5.728	**52,57**
1983	Verkehrswesen: Flussverkehr-transport	Montenegro	7.136	15.567	Kroatien	8.431	**45,84**
1984	Verkehrswesen: Flussverkehr-transport	Montenegro	8.029	23.177	Kroatien	15.148	**34,64**
1985	Handwerk: pers. DL	Mazedonien	18.146	42.031	Slowenien	23.885	**43,17**
1986	Handwerk: pers. DL	Kosovo	31.172	94.805	Slowenien	63.633	**32,88**
1987	Handwerk: pers. DL	Kosovo	62.034	218.056	Slowenien	156.022	**28,44**
1988	Handwerk: pers. DL	Mazedonien	183.120	570.147	Slowenien	387.027	**32,11**
1989	Handwerk: pers. DL	Kosovo	195	772	Slowenien	577	**25,25**

Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1981–1990; eigene Berechnung.

Die Analyse jener Zweige, innerhalb derer die niedrigsten Einkommen im sozialistischen Jugoslawien in den 1980er Jahren ausbezahlt wurden, lassen die folgenden Schlüsse zu: Der Industriesektor ist zum ersten Mal in dieser Gruppe nicht vertreten – ausschließlich und vor allem im Handwerksgewerbe (hier die „persönlichen Dienstleistungen“) und im Verkehrswesen („Fluss und Seeverkehr/-transport“) wurden die geringsten Einkommen dieser Untersuchung gefunden. Diese beiden Zweige wurden dabei in den Republiken/Provinz Kosovo, Montenegro und Mazedonien verzeichnet und entsprachen damit erneut dem Entwicklungsgefälle. Diesem wurde auch auf der anderen Seite der Einkommenshöhe entsprochen: Werden in den Zweigen „Handwerk: pers. Dienstleistungen“ und „Verkehrswesen: Fluss- und Seeverkehr/-transport“ die höchsten Einkommen herausgefiltert, dann wurden diese in Slowenien und in Kroatien ausbezahlt.

Darüber hinaus ist der Tabelle 76 das Wachstum der Einkommensunterschiede zu entnehmen. Am geringsten war der Unterschied zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Einkommen im Jahr 1981. Hier entsprachen die durchschnittlichen mazedonischen Einkünfte aus den persönlichen Dienstleistungen im Handwerk circa 55 Prozent den slowenischen. Der Höhepunkt zwischen den beiden Einkommensgruppen ergab sich im Jahr 1989: Lediglich 25,26 Prozent des Einkommens aus dem Bereich den slowenischen persönlichen Handwerksdienstleistungen wurden im Kosovo für ähnliche Tätigkeiten verdient.

Wie in den Kapiteln über die 1960er und die 1970er Jahre, soll im Rahmen des zweiten Untersuchungsstranges ebenfalls der Frage nachgegangen werden, wie hoch die

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Einkommensunterschiede innerhalb der einzelnen Sektoren waren, und zwar auf Basis der Daten aus den einzelnen Republiken/Provinzen in den 1980er Jahre, wiederum an zwei Beispielen illustriert.[1575]

Tabelle 77: Pers. durchschnittl. Einkommen in Dinar in der Landwirtschaft in den Republiken/Provinzen, 1980–1989

Landwirtschaft									
Jahr	**BiH**	**MNE**	**HRV**	**MZD**	**SLO**	**SRB**	**Voj.**	**Kos.**	**MIN in % des MAX**
1980	5.773	5.343	7.377	4.744	8.588	6.361	7.185	5.388	**55,24**
1981	7.770	7.148	10.580	6.160	11.460	8.829	10.670	7.752	**53,75**
1982	10.577	9.297	14.157	8.300	14.466	11.592	14.381	9.662	**57,38**
1983	13.813	11.329	17.975	10.889	18.477	14.776	18.684	11.698	**58,28**
1984	18.966	15.052	25.480	14.239	27.417	20.560	27.422	16.070	**51,93**
1985	31.328	26.795	40.770	23.782	51.953	33.969	44.003	28.039	**45,78**
1986	65.707	60.667	83.632	49.811	119.695	70.923	85.191	60.192	**41,61**
1987	131.101	114.297	175.541	99.611	270.420	146.350	173.195	115.809	**36,84**
1988	351.100	277.168	470.401	253.842	708.711	393.533	486.169	299.880	**35,82**
1989	550	497	750	430	1125	680	860	423	**37,60**

Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1981–1990; eigene Berechnung.

Dieser Blick auf die Einkommensunterschiede bekräftigt im Wesentlichen die weiter oben erwähnten Feststellungen: Erstens die Unterschiede zwischen den höchsten und den niedrigsten Einkommen wurden im Verlauf dieses Jahrzehnts größer und erreichten am Ende des Untersuchungszeitraumes das höchste Niveau innerhalb des gesamten hier untersuchten Zeitraumes. Zweitens reduzierten sich die niedrigeren Einkommen auf die weniger entwickelten Gebiete – Kosovo, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien –, wohingegen die höchsten Einkommen zunächst in Slowenien ausbezahlt wurden, danach in Kroatien, der Vojvodina und in Serbien. Am konkreten Beispiel der Landwirtschaft lässt sich Folgendes feststellen: Die höchsten Einkommen wurden in den meisten Fällen in Slowenien verzeichnet, bis auf die Jahre 1983 und 1984; hier wurde in der vojvodinischen Landwirtschaft das höchste Einkommen im Durchschnitt gefunden. Bis auf das Jahr 1989 gab es die niedrigsten Einkommen in Mazedonien, im genannten Jahr im Kosovo.

[1575] Sämtliche Ergebnisse sind Tabelle 88 im statistischen Anhang zu entnehmen, online unter: https://docs.google.com/spreadsheets/d/e/2PACX-1vRdwQCUOUJyYLdANzg_sVBYIsTXqhB_LWCEDPhxxZzEkinoFAg6VFgzbRyiCtuvhQTZvI2v4x5LJBtm/pubhtml.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Wie sah nun das Verhältnis zwischen Minimal- und Maximal-Einkommen aus? Am Beginn der 1980er Jahre konnten Arbeiter*innen aus der Landwirtschaft und Fischerei in Mazedonien etwas mehr als die Hälfte vom Einkommen aus der slowenischen Agrarwirtschaft erreichen. Nach 1983 nahm dieses Verhältnis konstant ab und nach 1986 konnten nur noch unter 40 Prozent erreicht werden.

Tabelle 78: Pers. durchschnittl. Einkommen in Dinar in der Gesundheitsfürsorge in den Republiken/Provinzen, 1980–1989

Gesundheitsfürsorge									
Jahr	**BiH**	**MNE**	**HRV**	**MZD**	**SLO**	**SRB**	**Voj.**	**Kos.**	**MIN in % des MAX**
1980	7.085	7.203	8.747	7.118	9.924	7.890	7.876	6.880	**69,33**
1981	9.181	9.473	11.644	9.228	12.262	10.075	10.330	8.977	**73,21**
1982	11.770	11.896	14.709	11.881	15.828	12.685	13.159	11.343	**71,66**
1983	14.938	13.842	17.861	15.061	19.226	15.515	16.227	13.645	**70,97**
1984	21.016	18.539	24.689	20.469	29.145	22.413	23.362	19.142	**63,61**
1985	36.582	33.130	43.011	34.006	59.993	40.008	41.314	31.936	**53,23**
1986	75.592	82.635	93.974	71.268	140.361	83.101	81.528	64.476	**45,94**
1987	151.333	126.219	195.422	144.232	322.170	165.373	169.985	126.835	**39,18**
1988	421.217	329.017	529.439	374.651	850152	456.418	488.377	335.820	**38,70**
1989	792	591	1024	683	1567	935	1022	499	**31,84**

Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1981–1990; eigene Berechnung.

Eine ähnliche Entwicklung durchlief auch der Gesundheitssektor („Gesundheitsfürsorge“ nach 1977): Am Anfang des Jahrzehnts gab es eine Tendenz, in welcher sich die Unterschiede zwischen den höchsten und niedrigsten Einkommen verringerten: Im Jahr 1981 stieg das Verhältnis des Minimal- zum Maximal-Einkommens auf 73,21 Prozent; ab diesem Jahr stiegen die Unterschiede aber kontinuierlich an. Auch in diesem Sektor wurden am Ende des Untersuchungszeitraumes, im Jahr 1989, die höchsten Unterschiede zwischen den Republiken/Provinzen innerhalb desselben Bereiches erreicht: Nun erhielten kosovarische Angestellte lediglich etwas mehr als ein Drittel jenes Einkommens, welches im slowenischen Gesundheitswesen im Durchschnitt verdient wurde.

Mit einem Blick auf die Tabelle 79 lässt sich feststellen, dass es in allen Sektoren der jugoslawischen Volkswirtschaft in diesem Jahrzehnt zu einer erheblichen Vergrößerung der Einkommensunterschiede kam:

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 79: Einkommensunterschiede in Prozent des MAX Einkommens, Sektoren, 1980–1989

Jahr	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)
1980	72,32	55,24	57,17	68,05	69,88	65,15	65,14	59,73	74,56	68,69	69,33	69,22
1981	75,10	53,75	59,87	76,73	69,09	67,86	68,85	65,05	76,98	67,47	73,21	69,51
1982	74,73	57,38	63,21	75,76	71,79	68,68	68,01	63,69	77,46	67,67	71,66	70,36
1983	74,65	58,28	57,64	77,99	62,33	66,48	67,37	62,96	73,06	66,87	70,97	69,72
1984	68,90	51,93	56,47	71,23	56,05	61,51	59,23	54,72	66,11	59,99	63,61	58,07
1985	57,97	45,78	49,48	61,05	47,96	51,01	49,27	46,64	56,97	50,61	53,23	52,10
1986	52,35	41,61	40,34	52,64	43,18	46,76	44,42	41,94	48,43	42,35	45,94	48,44
1987	47,75	36,84	37,22	45,64	38,66	43,56	38,58	39,65	43,12	35,71	39,18	42,93
1988	48,79	35,82	35,27	46,03	41,52	41,81	38,75	37,68	43,51	35,65	38,70	41,86
1989	46,38	37,60	28,92	44,66	40,54	34,78	32,24	33,99	39,11	33,24	31,84	34,27

(1) Industrie und Bergbau
(2) Landwirtschaft
(3) Baugewerbe
(4) Handwerk
(5) Wissenschaft
(6) Verkehr
(7) Handel
(8) Gastwirtschaft und Tourismus
(9) Finanzwesen und ähnliche Dienstleistungen
(10) Kunst, Kultur und Information
(11) Gesundheitsfürsorge
(12) gesellschaftliche und staatliche Gemeinschaften und Organe
Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1980–1990; eigene Berechnung.

Im Vergleich zu den zwei vorangegangenen Jahrzehnten ist erstmals nicht der Finanzsektor (und ähnliche Dienstleistungen, 9) jener Bereich, in welchem die Einkommensunterschiede im Durchschnitt kleiner waren, sondern die Industrie (1) und das Handwerk (4): Von 1980 bis 1981 betrug das Verhältnis zwischen höchstem und niedrigstem Einkommen durchschnittlich 61,89 Prozent im industriellen Sektor und 61,98 im Handwerksgewerbe. Verglichen mit den 1970er Jahren wuchsen die Unterschiede in allen Bereichen deutlich, wie es das Beispiel des Finanzsektors deutlich zeigt: Im Jahr 1970 konnten Angestellte im Finanzsektor jener Republik, in welcher im Durchschnitt die niedrigsten Einkommen ausbezahlt wurden (im Jahr 1970 war dies in Montenegro) noch 86 Prozent dessen verdienen, was im Finanzsektor in der Republik mit dem höchsten Einkommen (Slowenien) verdient werden konnte. Spätestens ab Mitte der 1970er Jahre begann dieses Verhältnis zu sinken, was auch bedeutet, dass die Einkommensunterschiede größer wurden; der Höhepunkt wurde im Jahr 1989 erreicht, in dem dieses Verhältnis bei knapp 40 Prozent lag. Konkreter formuliert: Im Jahr 1989 verdienten kosovarische Angestellte im Finanzsektor durchschnittlich nur noch 40 Prozent des Einkommens im slowenischen Finanzsektor, was in absoluten Zahlen einer Differenz von 914

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Dinar im Monat entsprach. Dies galt, wie bereits angemerkt, für alle hier untersuchten Sektoren (siehe dazu: Tabelle 79).

Tabelle 80: Pers. durchschnittl. Einkommen in Dinar im Finanzsektor in den Republiken/Provinzen, 1970–1989, in Dinar

Jahr	BiH	MNE	HRV	MZD	SLO	SRB	Voj.	Kos.	MIN in % vom MAX
1970	1.597	1.517	1.703	1.626	1.763	1.700	1.526	1.597	**86,05**
1971	1.861	1.833	2.012	1.833	2.018	1.964	1.800	1.828	**89,20**
1972	2.092	2.041	2.349	2.089	2.301	2.180	2.096	2.015	**85,78**
1973	2.398	2.245	2.632	2.466	2.601	2.431	2.438	2.336	**85,30**
1974	2.923	3.026	3.299	2.988	3.261	3.131	3.238	3.167	**88,60**
1975	3.631	3.791	4.050	3.685	4.117	3.692	3.948	3.950	**88,20**
1976	4.317	4.204	4.638	4.217	4.839	4.468	4.626	4.431	**86,88**
1977	5.125	4.968	5.899	4.637	6.169	5.635	5.624	4.667	**75,17**
1978	6.272	5.900	7.347	5.674	7.448	6.579	6.730	5.358	**71,94**
1979	7.242	7.045	8.809	6.861	9.268	7.961	7.795	6.551	**70,68**
1980	8.745	8.383	10.342	8.037	10.670	8.985	9.015	7.956	**74,56**
1981	11.201	10.635	13.725	10.440	13.541	11.407	12.144	10.424	**76,98**
1982	14.346	13.339	17.133	13.271	16.992	14.344	15.287	13.327	**77,46**
1983	18.085	15.990	21.107	16.258	21.885	18.034	19.177	16.927	**73,06**
1984	25.507	21.882	30.600	22.376	33.097	25.993	27.853	23.177	**66,11**
1985	45.320	37.979	55.243	37.770	66.293	47.497	47.725	40.698	**56,97**
1986	92.419	80.231	114.625	72.055	148.771	97.826	95.075	75.341	**48,43**
1987	181.713	146.294	230.535	137.788	319.522	197.905	191.688	151569	**43,12**
1988	493.173	390.671	648.469	379.184	871.553	533.661	561.889	390.264	**43,51**
1989	848	660	1.116	680	1.501	1.133	1.036	587	**39,11**

Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1971–1990; eigene Berechnung.

Der letzte Schritt der Untersuchung der Einkommensunterschiede analysiert eben diese innerhalb der einzelnen Republiken/Provinzen, deren Ergebnisse folgende Muster sind (Tabelle 80): Erstens haben sich die Einkommensunterschiede innerhalb der einzelnen Republiken zwar ebenfalls vergrößert, allerdings stiegen diese nicht in jenem Ausmaß, in welchem die Unterschiede zwischen den Republiken/Provinzen innerhalb eines Sektors anstiegen. Dies heißt, dass die Unterschiede zwischen den höchsten und niedrigsten Einkommen insbesondere innerhalb eines Sektors zunahmen, und zwar in Abhängigkeit davon, in welcher Republik/Provinz gearbeitet wurde, während die Unterschiede zwischen den Sektoren innerhalb einer Republik/Provinz langsamer stiegen. Tatsächlich wuchs die Diskrepanz zwischen Minimal- und Maximal-Einkommen am deutlichsten in Slowenien an: Hier konnten

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Personen, die im Sektor mit dem niedrigsten persönlichen Einkommen im Jahr 1979 noch 58,18 Prozent dessen verdienten, was Personen in den Sektoren mit den höchsten Einkommen einnahmen. Neun Jahre später fiel dieses Verhältnis auf knapp 34 Prozent. Am langsamsten wuchsen die Einkommensunterschiede in Montenegro: Hier konnten Personen aus den Sektoren mit den niedrigsten Einkommen im Durchschnitt 66,73 Prozent dessen einnehmen, was Angestellte bzw. Arbeiter*innen in den Sektoren mit den höchsten Einkommen verdienten.[1576]

Welche Sektoren bzw. Zweige waren nun jene, in welchen die Minimal- und die Maximal-Einkommen ausbezahlt wurden? Diese Entwicklungen, und damit zweitens, ähneln jenen aus den 1970er Jahren: Insbesondere im wissenschaftlichen Bereich sowie im Finanzwesen (und „ähnlichen Dienstleistungen“) wurden tendenziell die höchsten Einkommen verzeichnet – bis auf zwei Ausnahmen. Sowohl in Mazedonien als auch im Kosovo wurden die höchsten Einkommen vor allem im schulischen Bereich verzeichnet. Interessant dabei ist, dass dieser in Slowenien durchgehend jener Bereich war, in welchem die niedrigsten Einkommen zu finden waren (in Kroatien traf dies in den Jahren 1983 bis 1989 zu). Weitere Branchen mit den niedrigsten durchschnittlichen Einkommen waren die Gastronomie und der Tourismus sowie die Landwirtschaft und das Baugewerbe.

Tabelle 81: Min.-Einkommen in % des Max.-Einkommens in den Republiken/Provinzen, 1980–1989

Jahr	BiH	MNE	HRV	MZD	SLO	SRB	Voj.	Kos.
1980	49,99	63,74	66,20	51,45	54,76	58,37	56,18	50,79
1981	51,57	67,21	66,82	52,26	54,43	58,38	54,90	55,82
1982	52,03	66,16	69,72	55,28	54,49	59,09	55,06	57,06
1983	58,84	69,05	61,25	59,37	55,36	58,94	52,00	55,98
1984	52,67	67,63	61,99	54,27	51,26	58,51	50,66	54,76
1985	53,77	63,72	61,95	50,58	43,27	57,36	52,94	54,32
1986	50,30	73,42	58,02	45,79	36,83	55,91	52,26	51,98
1987	51,33	70,40	51,94	47,11	33,94	56,63	46,52	52,64
1988	56,10	65,77	51,60	45,58	35,52	56,37	48,61	43,74
1989	49,78	60,16	48,67	45,34	38,03	50,57	46,43	27,98

Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1980–1990; eigene Berechnung.

[1576] Siehe dazu Tabelle 89 im statistischen Anhang, online unter: https://docs.google.com/spreadsheets/d/e/2PACX-1vRdwQCUOUJyYLdANzg_sVBYIsTXqhB_LWCEDPhxxZzEkinoFAg6VFgzbRyiCtuvhQTZvI2v4x5LJBtm/pubhtml.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Wie weiter oben ausführlich diskutiert, hatten die diversen Ereignisse und Prozesse in den 1980er Jahren eine Verschlechterung des Lebensstandards in ganz Jugoslawien bewirkt. Werden nun die hier präsentierten Forschungsergebnisse für dieses Jahrzehnt berücksichtigt, wird auch klar, dass diese Krise nicht jede Republik/Provinz bzw. jeden Sektor und jeden Zweig gleichermaßen traf, zumal die Ausgangsbedingungen und die Auswirkungen der wirtschaftlichen Probleme unterschiedlich waren (wie etwa die Arbeitslosenrate, die in Slowenien vergleichsweise langsam stieg). Ein Blick auf die Warenkorbausgaben pro Jahr (nach Republiken und Provinzen) verdeutlicht, in welchem Ausmaß die Einkommensunterschiede, die sich aufgrund der beschriebenen Geschehnisse vergrößerten, Einfluss darauf hatten, wie hoch bzw. vergleichsweise niedrig die Ausgaben von jugoslawischen Haushalten ausfielen.

Tabelle 82: Durchschnittl. monatliche Warenkorbausgaben eines 4-Personen Haushalts 1981 in Dinar

1981	**BiH**	**MNE**	**HRV**	**MZD**	**SLO**	**SRB**	**Kos.**	**Voj.**	**MIN in % vom MAX**
Warenkorb insgesamt	14.517	14.569	18.794	14.334	23.549	16.824	12.052	18.903	51,17
Ausgaben	11.649	12.176	14.489	10.843	17.119	13.181	10.146	13.882	59,26
Nahrungsmittel	5.243	6.346	6.571	4.704	5.863	5.104	5.070	5.026	71,58
Getränke	375	503	494	347	639	390	310	425	48,51
Kleidung	853	718	1132	827	1406	970	691	1081	49,14
Schuhe	342	412	391	312	452	375	309	393	68,36
Wohnung	671	502	698	377	9869	654	315	766	3,19
Brennmaterial und Beleuchtung	763	594	883	795	1266	944	743	1.212	46,91
Haushaltsmittel	447	754	471	600	796	363	290	543	36,43
Hygiene und Gesundheitsfürsorge	399	416	544	305	583	422	308	467	52,31
Tabak und Tabak-Zubehör	322	336	312	222	262	334	416	301	53,36
Unterhaltung und Kultur	641	500	873	684	1.180	844	421	987	35,67
Verkehr und Verkehrsdienstleistungen	841	889	1.376	1.053	2.167	1.502	803	1.548	37,05
sonstige Ausgaben (Steuern, Gebühren, Mitgliedsbeiträge usw.)	752	706	744	617	1536	966	470	1.142	30,59
Kreditrückzahlungen und Darlehen	1.412	1.056	1.861	1.445	1.994	1.772	547	2.357	23,20
Ausgaben für Wohnung/ Haus	166	59	215	201	1.015	353	21	526	2,06
Sparrücklagen	1.290	1.278	2.229	1.845	3.421	1.689	1.038	2.138	30,34

[a] Insgesamt befragte Haushalte: 1.277.
Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1982; eigene Berechnung.

Auf Basis der Tabelle 82 wird, wie auch in den 1960er und 1970er Jahren, deutlich, dass die Warenkorbausgaben in den jeweiligen Republiken und Provinzen unterschiedlich hoch waren.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Insgesamt betrachtet betrug jener des slowenischen Vierpersonenhaushaltes durchschnittlich 23.549 Dinar im Monat; die niedrigsten Ausgaben hatte der kosovarische Haushalt mit 12.052 Dinar pro Monat; dies entsprach etwa der Hälfte (51,18 Prozent) des slowenischen Haushaltes. Diese Tendenz charakterisiert nahezu jede in der Tabelle enthaltene Kategorie, bis auf die Nahrungsmittel (hier gab der kroatische Vierpersonenhaushalt am meisten aus), die Tabakwaren und Tabak-Zubehör (hier waren die Aufwendungen im Kosovo am höchsten) sowie bei der Kategorie der Kreditrückzahlungen, die mit 2.357 Dinar pro Monat in der Vojvodina am höchsten waren.

Wie sehr die Unterschiede in den Warenkorbausgaben im Laufe der 1980er Jahre zunahmen, zeigt der Vergleich mit den Warenkorbausgaben aus dem Jahr 1988.[1577] Nach wie vor waren die durchschnittlichen Ausgaben eines nicht-landwirtschaftlichen Haushaltes in Slowenien die höchsten, mit insgesamt 18,060.950 Dinar im Monat. Dem gegenüber stand der mazedonische Haushalt, welcher in diesem Jahr im Durchschnitt am wenigsten ausgab: 6.492.357 Dinar im Monat. Werden beide Haushalte in Relation gesetzt, ergibt sich, dass der mazedonische Haushalt im Durchschnitt nur 36 Prozent des slowenischen Haushaltes ausgab, was darauf hindeutet, dass die Unterschiede in den monatlichen Ausgaben größer geworden sind; ähnlich wie die Einkommensunterschiede nach Republiken und Provinzen. Bei der Kategorie „Bildung und Unterhaltung" gab ein kosovarischer Haushalt in diesem Jahr lediglich 19,57 Prozent dessen aus, was im Durchschnitt ein slowenischer Haushalt ausgab; bei den Nahrungsmitteln waren es knapp 50 Prozent und bei der Kleidung (inkl. Schuhe) 29,58 Prozent, die in den Republiken/Provinzen mit den niedrigsten Warenkorbausgaben aufgewendet wurden im Vergleich zu jenen, die am meisten dafür ausgaben: Noch im Jahr 1981 lag dieser Wert in Bereich der Nahrungsmittel bei über 70 Prozent.

Tendenziell verlief die Höhe der Warenkorbausgaben zudem entlang des Entwicklungsgefälles. Einige Ausnahmen gab es aber in beiden Jahren: Vierpersonenhaushalte in Montenegro hatten im Jahr 1981 in fünf Kategorien die zweit-höchsten Ausgaben, und zwar bei den Nahrungsmitteln, Getränken, Tabak (und Tabakzubehör), Schuhen und bei den Haushaltsmitteln. Im Jahr 1988 war dies zwei Mal der Fall: Wiederum bei den Nahrungsmitteln und erneut in der Kategorie „Tabak und Tabak-Zubehör". Darüber hinaus wurden im Kapitel über die wirtschaftliche Entwicklung in den 1980er Jahren die Ersparnisse kurz erwähnt, auf welche die Jugoslaw*innen zurückgriffen, um Einkommensverluste zu kompensieren. Ein Blick auf die obige Tabelle verdeutlicht auch in dieser Hinsicht die entsprechenden

[1577] Anders als bei den Angaben aus Tabelle 39, wurden in dieser Ausgabe des Jahrbuches die Durchschnittswerte nicht auf Basis von Vier- oder Drei-Personen Haushalte angegeben, sondern eines „nicht-landwirtschaftlichen Haushaltes".

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Unterschiede bzw. Möglichkeiten und damit letztlich auch die soziale Ungleichheit in Jugoslawien.

Zusammenfassend lässt sich für dieses Jahrzehnt zum einen feststellen, dass die Unterschiede zwischen den höchsten und niedrigsten persönlichen Einkommen im Laufe der 1980er Jahren deutlich stiegen und vor allem in den Jahren 1988 und 1989 ein solch hohes Niveau erreichten, welches im gesamten Untersuchungszeitraum ohne Vergleich blieb. Im Konkreten konnte gezeigt werden, dass vor allem die Einkommensunterschiede zwischen den Republiken/Provinzen innerhalb eines Sektors bzw. Zweiges zunahmen, während hingegen die Unterschiede zwischen den Sektoren/Zweigen innerhalb einer Republik/Provinz nicht im gleichen Ausmaß und Tempo wuchsen. Dies könnte ein Indiz dafür sein, dass sich die Republiken und Provinzen im Laufe des Jahrzehnts weiter auseinander entwickelten und der Konsens auf Bundesebene nicht mehr möglich war.

Was sich in den Ergebnissen ebenfalls zeigte, war, dass die Umstände der 1980er Jahre zwar alle Sektoren in Jugoslawien negativ beeinflusste (im Sinne einer Erhöhung der Unterschiede zwischen Minimal- und Maximal-Einkommen), vor allem sogenannten nichtwirtschaftlichen Sektoren größere Auswirkungen: Beispielsweise waren die Einkommensunterschiede im Finanzsektor (und ähnliche Dienstleistungen) in den 1960er und 1970er Jahren am niedrigsten. Dies änderte sich in der darauffolgenden Dekade deutlich.

Zum anderen zeigte sich diese Tendenz auch bei den durchschnittlichen Warenkorbausgaben in den einzelnen Republiken und Provinzen. Auch hier wurden die Unterschiede zwischen den Haushalten mit den höchsten Ausgaben und jenen mit den niedrigsten im Laufe der 1980er Jahre größer: Wurde zu Beginn des Jahrzehnts im Kosovo noch die Hälfte der Ausgaben in Slowenien aufgewandt, verringerten sich diese im Jahr 1989 auf etwas mehr als ein Drittel der Ausgaben in Slowenien,

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 83: Durchschnittl. monatliche Warenkorbausgaben eines 4-Personen Haushalts 1981

1988	**BiH**	**MNE**	**HRV**	**MZD**	**SLO**	**SRB**	**Kos.**	**Voj.**	**Min in % des MAX**
Warenkorb insgesamt	7,128.265	7,559.797	10,140.085	6,492.357	18.060.950,00	8.663.153	6.514.995	8.120.859	**35,95**
Nahrungsmittel	3,405.096	4,059.531	3,939.404	2.806.833	5.443.576	3,401.906	3,533.387	2,711.851	**49,82**
Getränke	212.249	258.156	427.933	186.833	697.804	268.405	139.041	223.084	**19,93**
Kleidung und Schuhe	604.162	563.524	956.671	562.769	1.770.930	825.685	523.831	726.513	**29,58**
Wohnung	162.574	103.594	297.962	120.816	679.766	221.947	54.215	154.028	**7,98**
Brennmaterial und Beleuchtung	624.136	475.051	752.513	637.605	1.095.470	745.894	551.914	758.854	**43,37**
Haushaltsmittel	194.209	142.864	294.781	140.791	767.426	322.943	201.869	276.663	**18,35**
Hygiene und Gesundheitsbetreuung	275.048	244.844	410.519	225.249	746.552	297.869	250.410	228.299	**30,17**
Tabak und Tabak-Zubehör	176.154	198.488	161.101	128.865	187.347	182.005	212.256	120.902	**56,96**
Bildung und Unterhaltung	288.102	268.724	465.843	228.414	1,034.675	403.982	202.454	375.919	**19,57**
Verkehr und Auto	337.256	399.766	816.373	377.062	2,216.990	645.531	245.672	495.804	**11,08**
Restl. Waren und Dienstleistungen	89.624	83.175	224.086	123.113	578.512	201.170	54.202	158.446	**9,37**
Mitgliedsbeiträge u.Ä.	48.944	36.436	56.093	30.559	115.889	56.581	41.382	48.761	**26,37**
Steuern und Gebühren	146.678	39.970	131.791	76.17	132.595	127.705	63.524	148.164	**26,98**
Ausgaben für Wohnung/Haus	13.036	12.954	32.481	19.642	92.870	40.748	10.474	63.331	**11,28**
Verluste, Geschenke u.Ä.	65.819	105.588	447.063	95.010	647.621	198.302	117.680	280.190	**10,16**
Kreditrückzahlungen und Darlehen	159.604	52.752	206.674	72.830	430.712	179.719	59.209	387.767	**12,25**
Sparrücklagen	325.566	514.371	518.790	659.784	1,422.207	542.752	253.465	961.278	**17,82**

Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1982; eigene Berechnung.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

3.Fazit und Zusammenfassung

Das vorliegende Forschungsprojekt, das sich mit dem regionalen Entwicklungsgefälle als soziale und ökonomische Ungleichheit im sozialistischen Jugoslawien zwischen 1945 und 1989 beschäftigte, hatte vor allem zwei Ziele: Erstens sollte gezeigt werden, wie sich das jugoslawische regionale Gefälle seit 1945 entwickelte. Im Rahmen dieser Arbeit zu skizzieren, wie sich der Weg zu dieser Zielsetzung gestaltete, von welchen Faktoren dieser abhängig war und welche Probleme sich dadurch ergaben, stieß aber auf die im folgenden Zitat erwähnte Problematik.

> „Historische Kausalzusammenhänge lassen sich sicher nie zweifelsfrei nachweisen. Kann man sich wirklich sicher sein, dass diese oder jene Politik diese oder jene Wirkung gezeigt hat? Oder hatte die Wirkung noch andere Ursachen? Und dennoch sind die wie immer auch unvollkommene Lehren, die wir aus der Geschichte und namentlich der Geschichte des vergangenen Jahrhunderts ziehen können, von unschätzbarer Bedeutung und werden sich durch kein kontrolliertes Experiment jemals ersetzen lassen. [U]mgekehrt sollten Vertreter anderer sozialwissenschaftlicher Disziplinen [...] nicht gleich beim Anblick einer Zahl vor lauter Schreck die Flucht ergreifen, oder Betrug wittern oder sich mit der Feststellung begnügen, jede Zahl sei eine soziale Konstruktion [...].“[1578]

Wenngleich diesem nicht vorbehaltslos zugestimmt werden kann, („Wirklichkeit ist nie an sich erfahrbar, sondern *immer nur für uns*“[1579]), erhebt die vorliegende Arbeit auch nicht den Anspruch, vollständig und sämtliche Aspekte kausal und nahtlos an das jugoslawische Entwicklungsgefälle geknüpft zu haben. Es war aber der Versuch, vor allem zu zeigen, wie vielfältig, umfangreich und komplex die Gründe dafür waren. Innenpolitik, Wirtschaft und Ideologie spielten im Hinblick auf die Planung und vor allem Ausführung der Regionalpolitik ebenso eine Rolle wie die Außenpolitik und die verschiedenen Erfahrungen vor 1945. Welches konkrete Ereignis in welchem Ausmaß zu welchen Auswirkungen führte, ließ sich dabei aber nicht immer präzise bestimmen. Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: Der chronologisch erste Punkt dieser Arbeit zeigte auf, dass nicht nur die Prozesse und Ereignisse im genannten Zeitraum von Relevanz waren. Eines von vielen Kennzeichen des sozialistischen

[1578] Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, 790.
[1579] Landwehr, Historische Diskursanalyse, 91, Auszeichnungsschrift im Original.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Jugoslawiens war der ererbte „historische Dualismus“, der einen bedeutenden Einfluss darauf nahm, wie sich die Regionen Jugoslawiens nach 1945 entwickelten. Verschiedene Erfahrungen in unterschiedlichen Systemen trugen dazu bei, dass die Ausgangsbedingungen für den (Wieder-) Aufbau der Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg ungleiche waren, je nach Republik bzw. Provinz. Dieser unterschiedliche Stand der Entwicklung beeinflusste wiederum die „forcierte Industrialisierung“ insofern, als aus Kostengründen oftmals dort investiert wurde, wo bereits eine bestimmte Infrastruktur vorhanden war, nämlich in den weiter entwickelten Gebieten. In welchem Maße die „historische Hinterlassenschaft“ nun diese Ausgangsbedingungen beeinflusste und wie sehr sie eine Gleichheit erschwerte, ließ sich allerdings nicht (mehr) rekonstruieren.

Ähnliches gilt auch für die anderen Einflussfaktoren: Wie gezeigt wurde, war die jugoslawische Wirtschaft in allen Dekaden von Auslandshilfen bzw. -krediten abhängig und diese wiederum vom jugoslawischen „dreibeinigen Tisch“ der Außenpolitik. In weiterer Folge hingen davon auch die Investitionen ab, die entweder direkt als Entwicklungshilfe an die weniger entwickelten Regionen ausbezahlt wurden (etwa von der Weltbank oder der International Bank for Renewal and Development aber auch private Konsortialkredite wie das Beispiel des Hannover Trusts zeigte), als staatliche Zuschüsse für die regionale Infrastruktur bereitgestellt oder als niedrigverzinste Kredite durch den Bundesentwicklungsfonds ausgegeben wurden. Welche Schritte der Regionalpolitik durch einen gekündigten Auslandskredit adjustiert oder gar *ad acta* gelegt werden mussten, lässt sich dabei ebenfalls nicht (immer) lückenlos nachvollziehen.

Wie groß aber der Einfluss der Außenpolitik war, wurde insbesondere am jugoslawischen Bruch mit der Sowjetunion deutlich. Damit ging nicht nur der „jugoslawische Weg“ der Arbeiterselbstverwaltung einher, die ihrerseits einen maßgeblichen Einfluss auf die persönlichen Einkommen hatte, sondern auch die konkrete Umsetzung der Regionalpolitik: Geplante Projekte in den weniger entwickelten Gebieten wurden aufgrund geopolitischer (militärische Bedrohung) und wirtschaftlicher Überlegungen (bereits vorhandene Ressourcen zu nutzen, um die Industrialisierung schneller voranzutreiben) in die nördlicheren Gebiete verlagert. Ein weiteres Beispiel für das Gewicht der Außenpolitik zeigte sich am Beispiel der IWF-Kredite in den 1980er Jahren. Der Report des U.S.–amerikanischen Geheimdienstes offenbarte nicht nur die Taktik, Jugoslawien „über Wasser zu halten“, um ein Abdriften in Richtung der Sowjetunion zu verhindern, sondern auch, zu welchen Mitteln dabei gegriffen wurde: Dem jugoslawischen Ansuchen um weitere Kredite müsse zugestimmt, dem Antrag auf Zahlungsverlängerung positiv entgegnet und die anderen Länder unter Druck gesetzt werden,

10.15772/ANDRASSY.2023.006

um dies ebenfalls zu tun. Umgekehrt zeugten die Ablehnung der IWF Interventionen („anti-IMF tactics“) und die innenpolitische Brisanz, die sie dabei auslösten, in welchem Dilemma sich die jugoslawischen Politiker*innen befanden. Weitere Kredite waren notwendig aber auch gebunden an die Forderung der Zentralisierung, die vor allem Kroatien und Slowenien mit einem Stopp ihrer Fondseinzahlungen zu verhindern versuchten.

Diese innenpolitischen Aspekte schienen noch bedeutender als die Außenpolitik gewesen zu sein. Die ideologische und verfassungsrechtliche Verankerung der „Gleichheit aller Werktätigen“ in Jugoslawien sollte die unterschiedlichen Voraussetzungen ausgleichen und ließ sich folgendermaßen begründen. Ohne „ökonomischer Gleichberechtigung“, wie Kidrić feststellte, könne auch keine „nationale“ entstehen und *vice versa*, d.h. die Lösung der „nationalen Frage“ hing mit der Lösung des Entwicklungsgefälles zusammen.[1580] Welche Dynamik eben diese Verbindung auslöste, war einer der inhaltlichen Schwerpunkte dieser Arbeit. Wurden die Diskussionen über die regionale Politik zu Beginn noch wirtschaftlich argumentiert („verschwendetes Geld“, „mangelnde Effizienz“), bekamen diese mit der weiteren Dezentralisierung und Föderalisierung einen zunehmenden politischen sowie nationalen (und/oder nationalistischen) Charakter. So war etwa eine der Forderungen des „Kroatischen Frühlings“ die Senkung der kroatischen Beiträge in den Bundesentwicklungsfonds; wirtschaftliche „Ausbeutung“ wurde gleichgesetzt mit serbischen „Hegemonialbestrebungen“; Demonstrant*innen im Kosovo forderten sozio-ökonomische Gleichheit, die „cestna afera“ betonte die (vermeintliche) Ineffizienz der Regionalpolitik sowie das besprochene serbische Memorandum ebenfalls die wirtschaftliche Überlegenheit Sloweniens und Kroatiens bemängelte. Schließlich wurden die Einzahlungen der weiter entwickelten Regionen auch zu einem Hebel, mit deren Hilfe politischer Druck erzeugt wurde, um beispielsweise Verfassungsänderungen durchzusetzen. So etwa der Einzahlungsstopp Sloweniens im Zuge der Auseinandersetzung mit Serbien. Auch die Tatsache, dass eine der ersten Aktionen nach der Wahl in Kroatien 1990 die Aufkündigung der Einzahlungen in den Fonds war, unterstreicht die politische Dimension der regionalen Politik nochmals.

Diese Spannungen führten zwischen den jugoslawischen Republiken und Provinzen auch zu Blockaden, die wiederum auf das regionale Gefälle einwirkten: Der Aufbau Jugoslawiens nach den Verfassungszusätzen und vor allem der neuen Verfassung von 1974 erschwerte die politische Konsensfindung enorm („Natur der Planung“), was unter anderem zur Folge hatte, dass die weiteren entwicklungspolitischen Schritte entweder verzögert und/oder unsystematisch gesetzt wurden; dies zeigte sich an den Diskussionen darüber, welche Region

[1580] Kidrić, Über den Aufbau der sozialistischen ökonomischen Struktur der FVJ, 42.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

als weniger entwickelte zu bezeichnen war und welche diese zu subventionieren hatten. Die Wirtschaftskrise der 1980er Jahre zeigte im Hinblick auf die Regionalpolitik vor allem Folgendes: Je weniger Einnahmen die Republiken/Provinzen lukrierten, desto niedriger war ihre Bereitschaft, die weniger entwickelten Gebiete zu unterstützen. Die Einzahlungen in den Fonds wurden zum Vehikel für die eigenen politischen Agenden und die verfassungsrechtlich verbriefte Autonomie der Republiken und Provinzen zur Grundlage dafür. Wie unbedeutend die ideologische Komponente der „Gleichheit aller Werktätigen" und die Grundfeste der „Brüderlichkeit und Einheit" dabei wurden, zeigte sich nicht zuletzt an dem Ausmaß der darauffolgenden Eskalationen.

Neben diesen geschichtlichen, innen- und außenpolitischen sowie ideologischen Einflussfaktoren waren es vor allem die ökonomischen, welche die ungleiche Entwicklung Jugoslawiens prägten. Das Ziel der Arbeiterkollektive war es, die persönlichen Einkommen zu erhöhen und nicht etwa die Produktivität und Effizienz; d.h. je zusätzlichem Faktor Kapital wurde eher Einkommen als Personal erhöht. Eben diese Vorgangsweise („the illyrian firm"[1581]) bestimmte in einem großen Maße die Wirtschaftsabläufe; auf Preiserhöhungen folgten höhere Einkommen, deren Konsequenzen wiederum Preiserhöhungen waren. Um das Gleichgewicht wiederherzustellen, nachdem Marktsignale eingeführt wurden, griffen die staatlichen Behörden in die Preisbildung ein – darauf reagierten wieder die Arbeiterkollektive. Wurde andererseits in die Einkommensbildung eingegriffen, aktivierte dies die Diskussion um die politische Dezentralisierung und um die verfassungsrechtlich verbrieften Rechte der Arbeiter*innen, ihren erzeugten Mehrwert selbst zu bestimmen und vor allem selbst zu verteilen, und zwar innerhalb jener Republik, in welcher der Mehrwert erzeugt wurde. Wie unlenkbar diese Spirale wurde, zeigte sich unter anderem an der Inflation, die zwar erst in den 1980er Jahren ihren Höhepunkt erreichte, sich aber bereits ab den 1960er Jahren herausbildete und von da an die Wirtschaft kennzeichnete. Der Geschichte dieses Verwaltungsmodells, ihr Funktionieren und ihre Bedeutung für die regionale Ungleichheit kam aus diesen Gründen eine große Rolle in der Dissertation zu.

Abgesehen von diesen konkreten Bestimmungen der Einkommensverteilung, wurde das Entwicklungsgefälle noch durch weitere Faktoren beeinflusst. Bestimmt durch die ungleichen Startbedingungen nach 1945 und der forcierten Industrialisierung, entwickelte sich in den darauffolgenden Jahren eine gewisse Arbeitsteilung, die im Wesentlichen davon abhing, wo es bereits Produktionsstrukturen und -kapazitäten gab: Die weiter entwickelten Gebiete produzierten vor allem Fertig- und Halbfertigprodukte und die restlichen Regionen

[1581] Ward, The Illyrian Firm, 568.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

spezialisierten sich auf die agrarwirtschaftliche und Rohstoffproduktion. Diese Konstellation zog mehrere Konsequenzen nach sich. Erstens war die Verarbeitung der Fertig- und Halbfertigprodukte mit höheren Erträgen und damit auch mit höheren Einkommen verbunden. Zweitens waren diese Produkte auch auf den Weltmärkten wettbewerbsfähiger, weshalb vermehrt Investitionen in diese Industrien resp. Gebiete flossen. Diese Förderung wiederum führte dazu, dass sich die Rentabilität dieser Unternehmen erhöhte, womit die Einkommen erneut angehoben wurden. Zusätzlich gestärkt wurde die Wettbewerbsfähigkeit mit der Preispolitik. Die künstlich niedriggehaltenen Preise von Agrarprodukten sollten die höheren der Industrie stützen. Auf diese Weise, so die jugoslawischen Ökonomen, sollte auch die Handelsbilanz ausgeglichen werden. Dass dabei die ungleiche Entwicklung noch verstärkt wurde, zeigte sich etwa an der relativen Rückständigkeit der Agrarwirtschaft, die bereits seit den ersten Nachkriegsjahren mit Ineffizienz, fehlender Technologie, Parzellierung und niedrigen Einkommen konfrontiert war. Wie gezeigt, waren auch die weitere Industrialisierungs-, Außenhandels- und Investitionspolitik von enormer Bedeutung, durch welche die Entwicklung des Gefälles und damit der Ungleichheit beeinflusst wurde: So etwa der Fokus auf die Herstellung von Gütern im Rahmen der sogenannten „dritten industriellen Revolution“, das exportorientierte Wachstum und die damit verbundene Förderung von höher verarbeiteten Produkten oder auch die Bevorzugung von Export- und Tourismusfirmen bei der Kreditvergabe in den 1980er Jahren.

Unvorteilhaft für die weniger entwickelten Regionen waren auch die weltwirtschaftlichen Konjunkturen. Die in den 1970er und 1980er Jahren vielerorts praktizierten Importrestriktionen betrafen zwar nicht ausschließlich, aber vor allem Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse; exportiert wurden nun vor allem hochwertig verarbeitete Waren. Der gleiche globale Konjunkturabschwung hatte auch zu einer Rückkehr der sogenannten Gastarbeiter geführt, womit der Druck auf die Beschäftigung in Jugoslawien nochmals größer wurde, der in den weniger entwickelten Gebieten ohnehin höher war (nicht zuletzt auch wegen des größeren Bevölkerungswachstums).

Damit ist noch ein letzter Aspekt bezüglich des wirtschaftlichen Einflusses verbunden: das Verhältnis zwischen niedrigem BIP und der Auslandsverschuldung. Letzteres war tendenziell höher, wenn das BIP niedriger war (in den weniger entwickelten Gebieten), was sich durch die hohe Anzahl an fremdfinanzierten Investitionsprojekten erklären ließ. Diese hohen Kapitalzuschüsse in die weniger entwickelten Regionen verhärteten wiederum deren Position: Aufbauend auf der oben erwähnten Annahme über das Selbstverwaltungsmodell, führten eine hohe Kapitalintensität aber nicht zu einer „erweiterten Reproduktion“ oder zu mehr

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Personal und höherer Effizienz. Da es nun nicht zur Verwendung des reichlich vorhandenen Produktionsfaktors Arbeit kam, wurden damit indirekt die Ineffizienz der weniger entwickelten Gebiete und damit das Gefälle intensiviert.

Wie umfangreich und komplex sich die Untersuchung der sozialen Ungleichheit als „soziales Konstrukt“ und dessen Auswirkungen gestaltet, zeigt sich durch all diese Faktoren und vor allem ihren Verflechtungen zueinander, weshalb sich die jugoslawische Ungleichheit auch nicht ohne die jugoslawische Politik, Wirtschaft, Verfassung und Ideologie verstehen lässt. Gleichzeitig gibt es sehr wohl eine breite Palette an methodischen, vor allem wirtschaftswissenschaftlichen Zugriffen, die den Zugang zu diesem Thema erleichtern. Hier besteht wiederum die Gefahr, wie das obige Zitat von Piketty postuliert, dass die Dimension der Geschichte, der Politik usw. verkannt und der Fokus einzig auf Kennzahlen gelegt wird. Im Dissertationsprojekt wurde daher versucht, im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten eben beide Herangehensweisen zu berücksichtigen, womit das zweite Ziel der Arbeit angesprochen wird: Die empirische Untersuchung der Einkommensunterschiede, die als eine von vielen Auswirkungen des regionalen Entwicklungsgefälles verstanden werden kann. Die Ergebnisse dieser Analyse zeigten vor allem, wie sich die besprochenen Ereignisse und Prozesse der jugoslawischen Geschichte manifestieren konnten.

Grundlegend ließen sich die Unterschiede in den persönlichen Einkommen nach drei Merkmalen unterscheiden: Erstens durch den geografischen Standort der Ausübung bzw. in welcher Republik/Provinz gearbeitet wurde. Zweitens durch die Art der Ausübung bzw. des Sektors und der verschiedenen Sparten sowie schließlich drittens, die zeitliche Komponente, die Einkommensunterschiede determinierte. Bezüglich des Standorts verlief die Höhe der persönlichen durchschnittlichen Einkommen entlang des Entwicklungsgefälles. In nahezu jedem Jahr wurden die höchsten Einkommen in den einzelnen Sektoren in Slowenien erzielt, tendenziell gefolgt von Kroatien, der Vojvodina und Serbien. Auf der anderen Seite der Skala stand zuoberst der Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina. Einerlei, ob in der jugoslawischen Landwirtschaft, Gastronomie, dem Handel, der Schule oder im Gesundheitsbereich gearbeitet wurde, die Einkommen dafür waren nie gleich hoch. Allerdings konnte festgestellt werden, dass es einige Sektoren gab, in welchen die Unterschiede zwischen den höchsten und den niedrigsten Einkommen (gemessen an der Republik/Provinz) kleiner waren: Dies traf auf den nichtwirtschaftlichen Bereich zu und hier vor allem innerhalb des Finanzwesens sowie der Wissenschaft. Tendenziell größer waren die Unterschiede in der Land- und Forstwirtschaft, dem Baugewerbe sowie im Handwerkswesen. Diese Ergebnisse stellen die erste Erkenntnis der empirischen Arbeit dar und bedeuten, dass der Versuch der jugoslawischen

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Regierung, das „geerbte“ Entwicklungsgefälle, zumindest aus dieser Perspektive, nicht glätten konnten.

Ähnliches gilt auch für die Sektoren bzw. Zweige, wobei diese auf zweifache Weise Versäumnisse der Regionalpolitik aufzeigten. Was im Rahmen der Arbeit dargestellt werden konnte, war, dass es eine große Kluft im Einkommen zwischen Industrie-, Landwirtschaftsarbeiter*innen sowie auch Handels- und Tourismusangestellten auf der einen Seite und Beamt*innen in der Verwaltung auf der anderen Seite gab. Die höchsten Einkommen, unabhängig vom Standort, waren fast ausschließlich bei Beschäftigen in den Verwaltung- und Regierungsorganen des Bundes und der Republiken zu verorten: „Industrielle Kammern“, „Wirtschaftskammern“ sowie ihr späterer Ersatz, der „Grundorganisationen der selbstverwalteten Arbeit“ verdienten durchschnittlich zwischen 43 und maximal 60 Prozent mehr als jene, die in Sektoren mit den geringsten Einkommen arbeiteten. Dass die jugoslawische Regierungsführung diesen Umstand nicht als das Ergebnis verschiedener Ausbildung und Qualifikationen betrachtete, war auch Gegenstand der Dissertation: Die Bildung einer „Elite“ in Jugoslawien kritisierte nicht nur Tito in einigen Reden selbst, sondern auch die Öffentlichkeit, so etwa die Studierendenproteste der 1968er Jahre, die Praxis-Gruppe und einige genannte Schriftsteller*innen und Filmemacher*innen. Ein doppeltes Versäumnis trifft in diesem Fall insofern zu, als über diesen Umstand der Elitenbildung hinaus sich die Höhe der Beamteneinkommen wiederum daran orientierte, in welcher Republik/Provinz gearbeitet wurde. Im Jahr 1979 lag das Verhältnis zwischen höchstem und niedrigstem Einkommen im Bereich der „Gesellschaftlichen und staatlichen Organen und Diensten“ bei circa 67 Prozent. Zehn Jahre später, im Jahr 1989, änderte sich dieses Verhältnis drastisch: Ein/e kosovarische/r Beamte/r konnte in diesem Bereich nur noch 34 Prozent dessen verdienen, was in Slowenien verdient wurde.

Dieser Umstand verweist auf das dritte Merkmal: die zeitliche Tendenz. Verglichen mit den 1970er Jahren waren die Unterschiede zwischen den höchsten und den geringsten Einkommen am Anfang der 1960er Jahre relativ hoch, verringerten sich allerdings im Laufe der nächsten Jahre und erreichten die kleinsten Unterschiede in der ersten Hälfte der 1970 Jahre. Danach stiegen die Unterschiede wieder, wurden zu Beginn des neuen Jahrzehnts noch einmal verkleinert, bevor sich die Einkommensunterschiede in ausnahmslos allen Fällen enorm vergrößerten. Dass die Unterschiede in den ersten Jahren der 1970er Jahre derartig verringert wurden, lag an den strengeren staatlichen Eingriffen und Regulatoren, beispielsweise der Festlegung von Mindesteinkommen und Spannweiten. Des Weiteren zeugt der geänderte Kurs der Investitions- und Außenhandelspolitik in den 1970er Jahren ebenfalls davon, welche Mittel

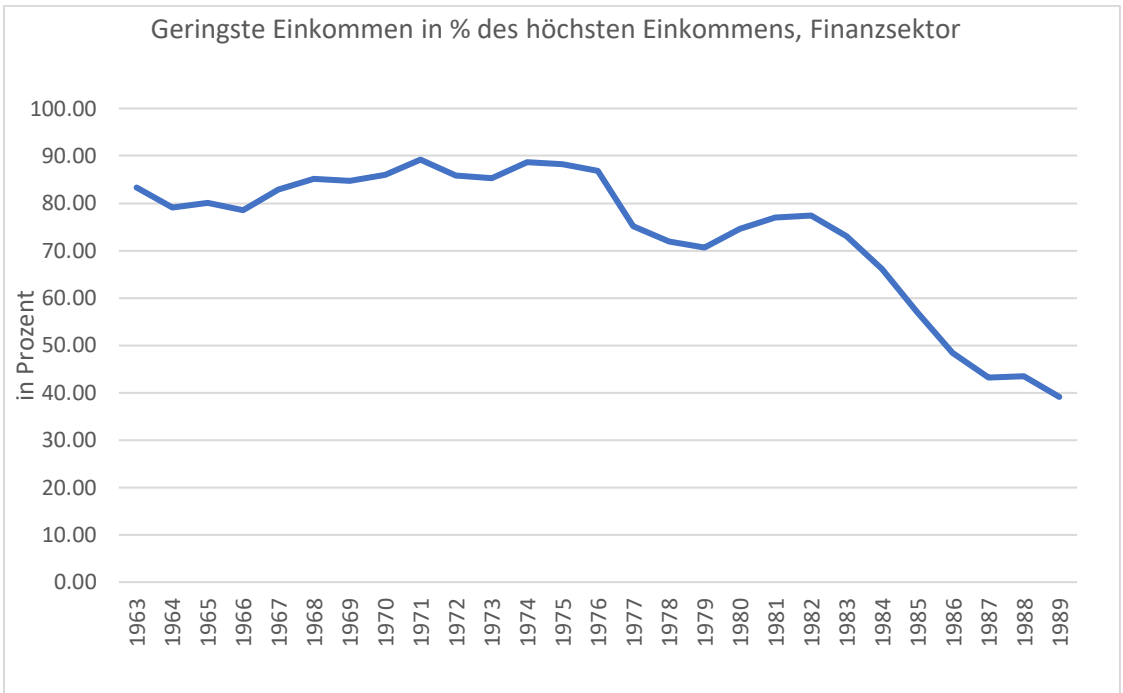
10.15772/ANDRASSY.2023.006

der Bundesregierung zur Verfügung gestanden wären, um vor allem die Einkommensdifferenzen zu reduzieren. Dazu gehörte der erneute Fokus auf die Primärindustrie, die Investitionen im Agrarsektor („zeleni plan“) oder die vermehrten Kontrollen der Industriepreise. Die Erhöhung der Einkommensunterschiede wiederum fiel zeitlich mit der neuen Verfassung bzw. der „Verhandlungsökonomie“ zusammen, mit welcher die vorangegangenen Regelungen obsolet wurden.

Der Höhepunkt des Verhältnisses zwischen Minimum und Maximum Einkommen ist schließlich mit der Wirtschaftskrise Ende der 1980er Jahre verbunden: Galoppierende Inflation, Einkommensstopps, wachsende Schulden und schließlich auch die Auflösung des Entwicklungsfonds.

Das folgende Diagramm veranschaulicht dieses Muster: Wie bereits erwähnt, konnten im Finanzwesen die niedrigsten Unterschiede gefunden werden. In den 1960er Jahren stand das Verhältnis bei etwas über 80 Prozent und stieg daraufhin zwar langsam, aber konstant auf 90 Prozent. In der zweiten Hälfte setzte der erste Abschwung ein, der am Beginn der 1980er Jahre kurzzeitig stabilisiert werden konnte, bevor dieser ab 1983 fiel und am Ende des Untersuchungszeitraumes bei 39 Prozent lag.

Diagramm 3: Geringste Einkommen in Prozent der höchsten Einkommen im Finanzsektor:



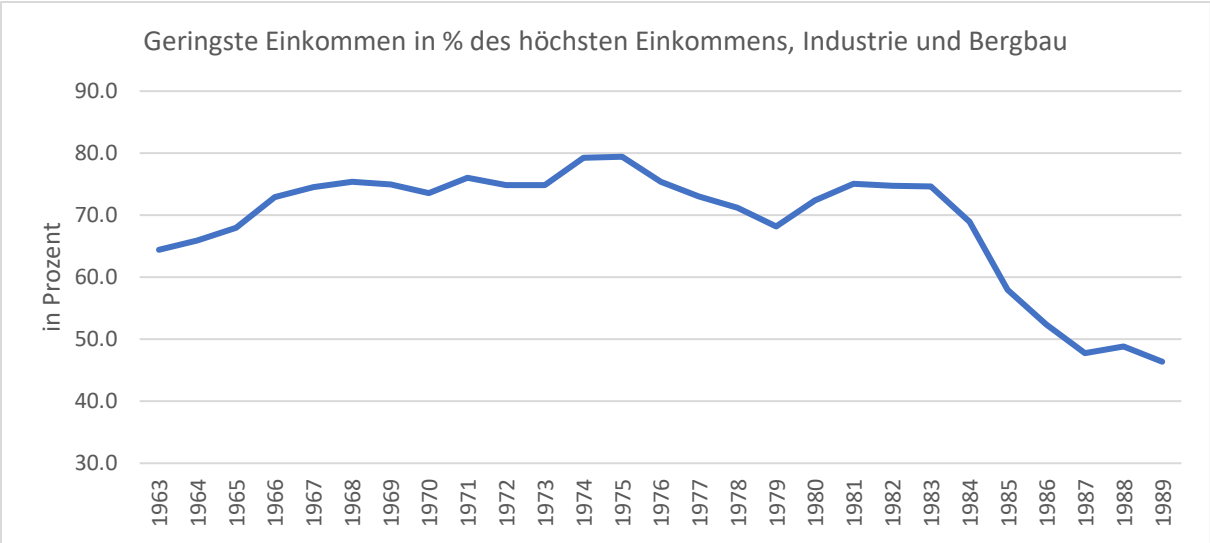
Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1964–1990; eigene Berechnung.

Noch deutlicher lassen sich diese zeitlichen Muster am Beispiel der Einkommensunterschiede in Industrie und Bergbau erkennen: Die Verringerung der Unterschiede zwischen höchsten und

10.15772/ANDRASSY.2023.006

niedrigsten Einkommen ab Mitte der 1960er Jahren bis zur Mitte der 1970er Jahren. Auch hier setzte danach die erste Phase der Vergrößerung der Unterschiede ein und wurde in den Jahren 1980 bis einschließlich 1983 aufgehalten. Danach begann das Verhältnis auch hier zu fallen und erreichte 1989 einen Wert von 46,4 Prozent. Der höchste ermittelte Unterschied wurde im Jahr 1989 im Baugewerbe gefunden: In diesem Fall konnte im kosovarischen Handwerkswesen nur noch 29 Prozent des slowenischen verdient werden.

Diagramm 4: Geringste Einkommen in Prozent der höchsten Einkommen in Industrie und Bergbau:



Quelle: Savezni zavod za statistiku, Statistički godišnjak Jugoslavije, 1964–1990, eigene Berechnung.

Dass sich angesichts dieser Umstände, sowohl in ökonomischer als auch in sozialer Hinsicht, das angestrebte Ziel der „Gleichheit aller Werktätigen“ nicht erfüllen ließ, scheint zumindest aus dieser Perspektive deutlich zu sein. Selbst wenn davon ausgegangen wird, dass diese Einkommensunterschiede ausschließlich von den verschieden hohen Graden der Effizienz in den Republiken/Provinzen bzw. den Sektoren verursacht wurden (was in der Forschungsliteratur ohnehin widerlegt ist, wie Berković konstatierte[1582]), würden diese hohen bzw. niedrigen Produktivitäts- und Effektivitätsstufen innerhalb Jugoslawiens ebenfalls von einem Entwicklungsgefälle zeugen, was bedeuteten müsste, dass die jugoslawische Regionalpolitik ihr Ziel weit verfehlte. Die Ungleichheit zwischen den einzelnen jugoslawischen Republiken und Provinzen lässt sich dann auf die Regionalpolitik zurückführen und nicht auf die Entscheidungen der Arbeiterkollektive, die ihrerseits die Höhe der Einkommen, zumindest teilweise, bestimmten. Dass die Regionalpolitik es zwar schaffte, den Lebensstandard in allen Republiken und Provinzen zu erhöhen, aber mittels der getätigten

[1582] Berković, Socijalna nejednakosti u Jugoslaviji, 35.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Investitionen, der Preispolitik und des Außenhandels usw. tendenziell die weiter entwickelten Gebiete förderte, hatte die Möglichkeiten des Prinzips „Entlohnung gemäß geleisteter Arbeit" maßgeblich beschränkt: „Die Einkommensverteilung auf die einzelnen Individuen konnte nicht gerecht sein, wenn die Verteilung davor nicht gerecht war."[1583] Eine „Verletzung" dieses Prinzips räumte auch Tito ein:

> „Ich möchte mich nicht länger damit befassen, doch werde ich einige Beispiele anführen. Es geschieht manchmal, dass es, wenn ein junger Arbeiter in die Produktion eintritt und ein anderer, mit der gleichen Schuldbildung eine Büroarbeit aufnimmt, zu Differenzierungen kommt, so dass der im Büro Beschäftigte bedeutend mehr als der in der Produktion direkt Eingesetzte verdient. Hier wird das Prinzip des Einkommens gemäß der geleisteten Arbeit verletzt."[1584]

Das Modell der Arbeiterselbstverwaltung, mitsamt dem Kreislauf zwischen Einkommens- und Preiserhöhungen, gemeinsam mit der politisierten Vergabe der Gelder für die regionale Politik sowie der Versuch, marktwirtschaftliche Kriterien einzuführen, um vor allem den ersten beiden Punkten entgegenzuwirken, schlug im Hinblick auf Einkommensunterschiede, insbesondere jene zwischen den Republiken/Provinzen, fehl.

Was sind nun die Erkenntnisse der Dissertation und wie lassen sich diese innerhalb der entsprechenden Forschung verorten? Wenn die in der Einleitung erwähnte(n) Theorie(n) über die soziale Ungleichheit konstatieren, dass diese mehreren Dimensionen, Schichten, Ursachen und Auswirkungen hat, dann ist diese Aussage mit den hier durchgeführten Analysen konsistent. Mehrmals wurde in dieser Arbeit das Zusammenspiel verschiedener Kräfte erwähnt und soll hier noch ein letztes Mal hervorgehoben werden: Dass es im sozialistischen Jugoslawien eine Ungleichheit gab, lässt sich mit der Geschichte der einzelnen Regionen vor dem 20. Jahrhundert erklären; dass sich die jugoslawischen Politiker*innen und Theoretiker*innen dem Ziel einer Gleichheit verschrieben, leiteten diese wiederum von der sozialistischen Ideologie ab. Wie diese zu planen war, musste der Verfassung entsprechen. Die Maßnahmen zur Ausführung bestimmten zu einem großen Teil die eigenen wirtschaftlichen Kapazitäten, die zwar nicht ausschließlich, aber zu großen Teilen von der Außenpolitik und -handel zum einen und der globalen Wirtschaft zum anderen beeinflusst war. Mit welcher Vehemenz die Aufgabe, das Entwicklungsgefälle zu glätten über die Jahrzehnte hinweg verfolgt wurde, bestimmte in vielen Bereichen die Innenpolitik, auf welche letztlich, wie in den

[1583] Korošić, Ekonomske nejednakosti, 185.
[1584] Titos Rede auf dem achten Kongress des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, zitiert bei: Međunarodna Politika (Hg.), Der achte Kongress des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, 50.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

1980er Jahren veranschaulicht, all die bislang genannten Faktoren einwirkten. Schließlich, und damit lässt sich der Kreis gewissermaßen schließen, war eine der Determinanten die jugoslawische Bevölkerung selbst: Angesichts des Modells der Dezentralisierung über die Demokratisierung der gesamten Gesellschaft („sozialistische Demokratie“) und des komplexen Delegiertensystems bis hin zur „Übergabe der Fabriken an die Arbeiter“, hingen viele Entscheidungen von jenen ab, die sie betrafen. Wenn in der Forschungsliteratur behauptet wird, dass die Duldung der Ungleichheit und der Eliten nur so lang toleriert wurde, bis der eigene Wohlstand zu sinken begann, dann liest sich dies wie eine Antwort auf das bereits besprochene Diskussionspapier aus dem Jahre 1964:

> „Wir wissen im Prinzip, dass wir von der Arbeiterklasse nicht so viel nehmen dürfen […]. Jedoch wissen wir nicht konkret, wo dieses Maß ist und es sieht so aus, als hätten wir sie in der Praxis bereits überschritten. Nicht nur, dass wir über dieses Maß schreiten, bereits die Art wie es überschritten wird, ist eine schlechte.“[1585]

Das erwähnte „Maß“ schien mit dem Verlust des Wohlstandes einhergegangen zu sein. Sofern diese Annahme zutrifft, müssten weitere Forschungsarbeiten der nächsten Frage nachgehen: Wie sehr trug die Ungleichheit in Jugoslawien zu dessen Zerfall bei?

[1585] Zitiert bei: Dobrivojević Tomić, Prilog proučavanju životnog standarda i društvenog položaja, 263.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

4. Abstract Deutsch

Im Zentrum der vorliegenden Dissertation stand die soziale Ungleichheit bzw. die regionale ungleiche Entwicklung im sozialistischen Jugoslawien. Der erste Teil der Untersuchung widmete sich der Frage, unter welchen Bedingungen sich die regionalen Disparitäten entwickelten und durch welche Faktoren diese begünstigt und/oder verringert wurden. Dabei ließen sich folgende Feststellungen ableiten: Erstens waren die regionalen Disparitäten „historische Hinterlassenschaften" der Zeit vor der Ausrufung der jugoslawischen Volksrepublik. Sie resultierten aus den verschiedenen Erfahrungen, welche die späteren jugoslawischen Gebiete im Laufe ihrer Geschichte und ihrer verschiedenen Zugehörigkeiten machten. Die Tatsache, und zweitens, dass sich die sozialistische Republik dem Ziel einer Gleichheit, einer „einheitlichen gesellschaftlichen-wirtschaftlichen Stellung aller Werktätigen" verschrieb, leitete sich in einem großen Umfang aus der zugrundeliegenden Ideologie ab: Eine sozial gerechte und egalitäre Gesellschaft war eines von mehreren Merkmalen des Sozialismus und begriff sich gewissermaßen als Antithese zur „bürgerlich-kapitalistischen Warenproduktion". Daher wurde der Glättung des regionalen Gefälles und damit der Schaffung gleicher Chancen eine hohe Priorität eingeräumt – das jugoslawische Banner der „Brüderlichkeit und Einheit" wurde auf diese Art um die Komponente der Gleichheit erweitert.

Eine dritte Determinante der Ungleichheit war innenpolitischer Natur, denn darüber, wie das Ziel der Gleichheit bzw. der gleichmäßigen Entwicklung aller Regionen Jugoslawiens zu erreichen war, entstanden Diskussionen zwischen den Republiken und Provinzen, die zunehmend auch nationalistische Züge trugen. Das regionale politische Interesse, Vorteile für die eigene Republik/Provinz durchzusetzen, war reizvoller als der Aufruf zur „Brüderlichkeit und Einheit".

Auch zeigte sich die Außenpolitik als ein Faktor, der Einfluss auf die weitere Entwicklung der regionalen Ungleichheit nahm. Dies manifestierte sich beispielsweise am Tito-Stalin Bruch von 1948. Die anhaltende militärische Bedrohung sowie die monetären Verluste, die Jugoslawien durch die darauffolgende Isolation erlitt, machten eine Modifikation der Entwicklungspläne unumgänglich. Projekte wurden nun nicht mehr nach regionalpolitischen Gesichtspunkten realisiert, sondern nach strategischen.

Schließlich hatten sowohl die jugoslawische als auch die globale Wirtschaft Implikationen für die jugoslawische Ungleichheit. Letztere zeigte ihren Einfluss vor allem durch die zahlreichen Auslandskredite, die Jugoslawien erhielt und Teile davon an die weniger entwickelten Gebiete vergab. Dass diese Kredite nicht nur von Jugoslawiens Außenpolitik, sondern auch von weltwirtschaftlichen Konjunkturen abhingen, zeigte die Dissertation an mehreren Stellen.

Welche Auswirkung die regionale Ungleichheit in Jugoslawien auf das persönliche Einkommen hatte, stand im Zentrum des empirischen Teiles der Dissertation. Für die Jahre 1963 bis einschließlich 1989 wurden die absoluten und relativen Unterschiede zwischen den höchsten und niedrigsten persönlichen durchschnittlichen Einkommen ermittelt, und zwar entlang der folgenden Stränge: Zwischen den

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Sektoren sowie zwischen den einzelnen Zweigen auf Basis der gesamtjugoslawischen durchschnittlichen und persönlichen Einkommen; Einkommensunterschiede innerhalb der einzelnen Sektoren auf Basis der durchschnittlichen Einkommensdaten in den entsprechenden Republiken und Provinzen sowie Einkommensunterschiede innerhalb der Republiken und Provinzen auf Basis der durchschnittlichen Einkommensdaten in den Sektoren. In allen Untersuchungssträngen zeigte sich das folgende Muster: Die höchsten Einkommen wurden, unabhängig von den Sektoren bzw. den Zweigen, in Slowenien erzielt, tendenziell gefolgt von Kroatien, der Vojvodina und Serbien. Auf der anderen Seite der Skala stand zuoberst der Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina. Diese Einteilung entsprach damit dem regionalen Entwicklungsgefälle bzw. der Teilung in weniger und weiter entwickelte Gebiete.

Ähnliches galt auch für die Sparten: Was im Rahmen der Arbeit dargestellt werden konnte, war, dass es eine große Kluft im Einkommen zwischen Industrie-, Landwirtschaftsarbeiter*innen sowie auch Handels- und Tourismusangestellten auf der einen Seite und Beamt*innen in der Verwaltung auf der anderen Seite gab. Die höchsten Einkommen, gemessen auf Basis des gesamtjugoslawischen sowie des Republiks- und Provinzdurchschnitts, waren fast ausschließlich bei Beschäftigten in den Verwaltung- und Regierungsorganen des Bundes und der Republiken zu verorten. Das dritte Merkmal der Ergebnisse ist die zeitliche Tendenz. Verglichen mit den 1970er Jahren waren die Unterschiede zwischen den höchsten und den geringsten Einkommen am Anfang der 1960er Jahre relativ hoch, verringerten sich allerdings im Laufe der nächsten Jahre und erreichten die kleinsten Unterschiede in der ersten Hälfte der 1970er Jahre. Danach stiegen die Unterschiede wieder, wurden zu Beginn des neuen Jahrzehnts noch einmal verkleinert, bevor sich die Einkommensunterschiede in ausnahmslos allen Fällen enorm vergrößerten und ein Ausmaß an Differenzen erreichten, das im gesamten Untersuchungszeitraum ohne Beispiel blieb.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

5. Abstract English

The focus of the dissertation is the social inequality and the regional disparities in socialist Yugoslavia. Its beginnings, development and the factors that determined social inequality are discussed in the first part. Based on this analysis´ findings, the following conclusions can be drawn: Firstly, the unequal regional development in Yugoslavia stemmed from the different experiences the later Yugoslav republics and provinces had made before 1945. Different forms of rules, economic systems, regulations et cetera, had an impact on how the regions developed and therefore shaped the conditions for the upcoming "forced industrialization" once the Yugoslav communists came into power.

Secondly, the reason for the Yugoslav ideologists to proclaim the goal of a socio-economic equality was ideological in nature. Equitable chances and an egalitarian society are particular features of the socialist ideology and were therefore considered as the equivalent of the "capitalist-bourgeois commodity production". Overcoming the socio-economic disparities therefore became an inevitable priority in Yugoslavia.

The regional development and the regional policy were also impacted by domestic policy to the following extent: Due to the decentralization and federalization process that started in den 1950s and reached its peak in the 1974 constitution, the republics and provinces gained greater authority over their local economies and policies. Subsequently, the interests to invest in their own regions and to improve its status outweighed the call for "brotherhood and unity". Moreover, since the more developed regions endowed funds to the less developed regions, the diverging interests also paved the way to a nationalistic discussion between republics and provinces.

Yugoslavia´s foreign affairs too played an important role, as the example of the so-called Tito-Stalin Split in 1948 shows. This break was followed by an economic and ideological isolation, which entailed significant changes for the regional policy: Projects were planned under the impression of an immediate military threat and economic losses. The Yugoslav government did not invest ideologically, *i.e.*, in accordance with the proclaimed goal of equality, but strategically and cost-effectively – none of which applied to the lower developed regions.

Finally, Yugoslavia´s regional disparity and policy were also shaped by both the Yugoslav and global economy; both dictated the terms on which Yugoslavia received foreign loans. Not only were those loans needed for fuelling economic growth, but for certain investments in the lower developed regions. Notwithstanding the global economic situation, the foreign loans were to a great extent dependent on Yugoslavia´s foreign policy. Supporting one bloc over the other implied economic benefits and/or disadvantages.

One feature of the internal economic system was the so-called workers self-management model that regulated large parts of Yugoslavia´s economy. To some degree Yugoslav workers could decide on their income levels and how they would respond to market mechanisms, which were introduced in the reform of 1965. Although the system of workers' self-management also had an impact on the regional policy,

10.15772/ANDRASSY.2023.006

as the dissertation shows in detail, but its development is particularly noteworthy for the second part of the thesis. In contrast to the first part, it examines not the causes or the determinants of regional inequality, but one of its repercussions: Income levels and income differentials respectively. Based on the official statistical yearbook of Yugoslavia, income data for the years 1963–1989 was collected, digitalized, and compared along the following questions:

- How large were the income differentials between the sectors in Yugoslavia?
- How large were the income differentials between the republics/provinces within one specific sector?
- How large were the income differentials between the different sectors, within one specific republic/province?

The trends found in the analysis apply to all the aforementioned questions: First, regardless of the sector, the highest incomes were achieved in Slovenia, typically followed by Croatia, Vojvodina and proper Serbia. The lowest incomes were found in Kosovo, Macedonia, Montenegro and in Bosnia-Herzegovina (in this order). Therefore, this trend complies with Yugoslavia´s division of lower and more developed regions.

The second finding showed that the highest incomes were paid in the so-called non-economic sector, which included state organizations, education, health and social care institutions, insurance et cetera. On the downside, significant lower incomes were observed in the industrial, agriculture, and crafts sectors. In addition, these findings are consistent with the first results, meaning, that the incomes were also determined by the republic/provinces.

The last attribute is time-related and implies a change over the period analysed: The income differentials between the highest and lowest income declined from the mid-1960s until the first half of the 1970s, reaching the lowest level of income differentials. Afterwards, the ratio started to increase and reached its peak at the end of the 1980s.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

6. Quellen- und Literaturverzeichnis

6.1. Quellen (edierte, unedierte sowie im Internet zugängliche)

Bošković, Blagoje – Dašić, David: Socialist-Self Management in Yugoslavia. 1950–1980. Documents, Beograd 1980.

Damjanović, Pero – Grothusen, Klaus-Detlev – Höpken (Hgg.), Wolfgang: Josip Broz Tito. Ausgewählte Reden und Schriften. 1928–1979, Bd. 3, Stuttgart 1984.

Federal Statistical Office: Yugoslavia 1945–1985. Statistical Review, Beograd 1986.

Međunarodna Politika (Hg.): Praxis und Theorie des Aufbaus des Sozialismus in Jugoslawien: Der achte Kongress des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Beograd 1965.

Omrčanin (Hg.), Ivo: Documents. Ivan Šubašić on his Negotiations with Tito and Stalin during October and November 1944, in: Journal of Croatian Studies, XXIV, Annual Review of the Croatian Academy of Amerika, New York 1984.

Organisation for Economic Co-Operation and Development, Economic Surveys Yugoslavia, Years 1966; 1969; 1974; 1975; 1978; 1979; 1980; 1985; 1987; 1990.

Savezni Zavod za Statistiku: Statistički godišnjak Federativne Narodne Republike Jugoslavije, Beograd, Ausgaben 1955–1990.

Tito, Josip Broz: Der jugoslawische Weg. Sozialismus und Blockfreiheit. Aufsätze und Reden, München 1976.

Webarchiv des U.S.-amerikanischen Department of State, Office of the Historian:

Briefing Memorandum des Assistant Secretary of State for European Affairs to Secretary of State Kissinger, Washington, undated, U.S. Department of State, Foreign Relations of the United States, 1969–1976, Volume E-15, Part 1, Documents on Eastern Europe, 1973–1976, Office of the Historian, online unter: https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1969-76ve15p1/d82.

96. Telegram From the Embassy in Yugoslavia to the Department of State, U.S. Department of State, Foreign Relations of the United States 1961–1963, Volume XVI, Eastern Europe, Cyprus, Greece, Turkey, Office of the Historian, online unter: https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v16/d96.

Yugoslav Request for Assistance to Carry out Liberalization of Economy, Memorandum from the Under Secretary of State for Economic Affairs (Mann) to the President's Special Assistant for National Security Affairs (Bundy), U.S. Department of State, Foreign Relations of the United States, 1964–1968, VOLUME XVII, Eastern Europe, Office of the Historian, online unter: https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1964-68v17/d178.

Webarchiv des Internationalen Währungsfonds, Exekutive Board Documents, Ref. 169321:

Request for Stand-By Arrangement vom 30. März 1979, online unter: https://archivescatalog.imf.org/Details/ArchiveExecutive/125022359.

Stand-By Arrangement Yugoslavia vom 23. Mai 1979, online unter: https://archivescatalog.imf.org/Details/ArchiveExecutive/125022359.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Use of Fund Resources – Compensatory Financing Facility vom 21. Jänner 1980, Executive Board Documents 1980, IMF-Archive, online unter: https://archivescatalog.imf.org/Details/ArchiveExecutive/125020422.

Statement by Mr. Polak on Yugoslavia, Executive Board Meeting 83/45, March 11th 1983, IMF-Archives, online unter: https://archivescatalog.imf.org/Details/ArchiveExecutive/125069186.

Staff Report for the 1985 Article IV Consultation and Review under Stand By Arrangement, March 11 1986, IMF-Archives, online unter: https://archivescatalog.imf.org/Details/ArchiveExecutive/125081533.

Stand-By Arrangement, June 1st 1988, IMF-Archives, online unter: https://archivescatalog.imf.org/Details/ArchiveExecutive/125088765.

Office Memorandum June 24 1983 an Jacques de Larosiére, Yugoslavia Correspondence and Memos, IMF-Archive, online unter: https://archivescatalog.imf.org/Details/ArchiveDescriptions/110028847.

Brief von Ljubo Sirc an den IWF Direktor Jacques de Larosière vom 10. Jänner 193, IMF-Archive, Institutional Archives, Yugoslavia, Correspondence and Memos, online unter: https://archivescatalog.imf.org/Details/ArchiveDescriptions/110028847.

Webarchiv der U.S.-amerikanischen Central Intelligence Agency, General CIA-Records:

Telegram vom U.S. Department of State vom 22. Oktober 1982, CIA Archives, General CIA Records, Dokumenten-Nummer: CIA-RDP94B00049R001403490034–9, online unter: https://www.cia.gov/readingroom/docs/CIA-RDP84B00049R001403490034-9.pdf,.

Memorandum des Assistant National Intelligence Officer for Europe vom 11. April 1986, CIA-Archives, Geneeral CIA Records, online unter: https://www.cia.gov/readingroom/document/cia-rdp87r00529r000100060037-8.

Internetarchive.org:

Central Intelligence Agency, Yugoslavia: An Approaching Crisis?, Special National Intelligence Estimate, 21. Jänner 1983, online unter: https://archive.org/details/CIA-RDP86T00302R000801270010-6/page/n3/mode/2up.

Central Intelligence Agency, NSC Background Paper vom 12. Oktober 1961, online unter: https://archive.org/details/YUGOSLAVIARDP80B01676R001100050005-2/mode/2up.

Digitale Gesetzsammlungen und Verträge:

Verfassung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, 31. Jänner 1946: http://www.verfassungen.net/yu/verf46-i.htm.

Verfassung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, 7. April 1963 sowie der Verfassungszusätze vom 19. April 1967, vom 26. Dezember 1968 und vom 30. Juni 1971: http://www.verfassungen.net/yu/verf63-i.htm.

Verfassung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, 21. Februar 1974 sowie der Verfassungszusätze vom 3. Julie 1981 und vom 25. November 1988: http://www.verfassungen.net/yu/verf74-i.htm.

Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1969, Teil II, Vereinbarung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Regelung der Vermittlung jugoslawischer Arbeitskräfte nach und ihrer Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland, online unter: https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl269s1107.pdf%27%5D#__bgbl__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl269s1107.pdf%27%5D__1646914802489.

Übereinkünfte des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens, online unter: https://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif_e/agrm1_e.htm.

Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Helsinki 1975, online unter: https://www.osce.org/files/f/documents/6/e/39503.pdf.

youtube.com:

Rede von Josip Broz Tito in Labin vom 11. Mai 1958, online unter: https://www.youtube.com/watch?v=ytISs1SIeH0.

Rede von Josip Broz Tito vom 9. Juni 1968 in Beograd, online unter: https://www.youtube.com/watch?v=Nne2feNUEu8.

Tageszeitungen:

Robert Bubalo, Bregović: Osjetio se eros kad su ušli Tito i Jovanka, *Večernji list*, 1. November 2014, online unter: https://www.vecernji.hr/showbiz/bregovic-osjetio-se-eros-kad-su-usli-tito-i-jovanka-964254.

Sonderausgabe des *Večernji list* vom 4. Mai 1980, online unter: https://www.vecernji.hr/vecernji60/cetiri-rijeci-koje-su-zatresle-svijet-1320864/galerija-363329?page=1.

Datenbanken:

Angus Maddison, Historical Statistics, Statistics on World Population, GDP and per Capita GDP, 1–2008, online unter: **http://www.ggdc.net/maddison/oriindex.htm**, 2020August 19.

6.2. Literaturquellen

- **Abell,** Peter: An Equitarian Market Socialism, in: Julian Le Grand, Saul Estrin (Hgg.), Market Socialism, New York 1989, 78–99.
- **Allcock,** John B.: Explaining Yugoslavia, London 2000.
- **Allcock,** John B.: Rhetorics of Nationalism in Yugoslav Politics, in: John B. Allcock, John J. Horton, Marko Milivojević (Hgg.), Yugoslavia in Transition. Choices and Constraints. Essays in Honour of Fred Singleton, New York/Oxford 1992, 276–198.
- **Andrić,** Ivo: Die Brücke über die Drina, München [7]2017.
- **Anter,** Andreas – Breuer (Hgg.), Stefan: Max Webers Staatssoziologie. Positionen und Perspektiven, Baden-Baden 2007.
- **Antonijević,** Dragana – Milosavljević, Ljubica: Starost gastarbajtera: strategije životnih izbora migrantske populacije u penziji, in: Etnoantropološki problemi 11/1, 2016 Beograd, 113–135.
- **Appadurai (Hg.),** Arjun: The Social Life of Things. Commodities in Cultural Perspective, Cambridge 1988.
- **Archer,** Rory – Musić, Goran: Approaching the Socialist Factory and its Workforce. Considerations from Fieldwork in (Former) Yugoslavia, in: Labor History 58/1, London 2017, 44–66.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

- **Archer,** Rory: Social Inequalities and the Study of Yugoslavia´s Dissolution, in: Florian Bieber, Armina Galijaš (Hgg.), Debating the End of Yugoslavia, London 2014, 135–151.
- **Archer,** Rory: The Moral Economy of Home construction in late Socialist Yugoslavia, in: History and Anthropology 29/2, London 2018, 141–162.
- **Baberowski,** Jörg: Nikita Chrustschow und die Entstalinisierung 1953–1964. Stalins Erben und die Entstalinisierung, in: Michael Wildt (Hg.), Geschichte denken. Perspektiven auf die Geschichtsschreibung heute, Göttingen 2014, 166–185.
- **Bachinger,** Karl – Matis, Herbert: Entwicklungsdimensionen des Kapitalismus. Klassische sozioökonomische Konzeptionen und Analyse, Wien/Köln/Weimar 2009.
- **Banac,** Ivo: With Stalin against Tito. Cominformist Splits in Yugoslav Communism, Ithaca/London 1988.
- **Barlösius,** Eva: Kämpfe um soziale Ungleichheit. Machttheoretische Perspektiven, Wiesbaden 2014.
- **Bartlett,** Djurdja: Fashion East. The Spectre that Haunted Socialism, Massachusetts 2010.
- **Bartlett,** Will: Foreign Trade and Stabilization Policy in a Self-Managed Economy: Yugoslavia in the 1980s, in: John B. Allcock, John J. Horton, Marko Milivojević (Hgg.), Yugoslavia in Transition. Choices and Constraints. Essays in Honor of Fred Singleton, Oxford 1992, 238–263.
- **Batinić,** Jelena: Women and Yugoslav Partisans. A History of World War II Resistance, New York 2015.
- **Batowski,** Hanryk: Die territorialen Bestimmungen von San Stefano und Berlin, in: Ralph Melville, Hans-Jürgen Schröder (Hgg.), Der Berliner Kongress von 1878: Die Politik der Grossmächte und die Probleme der Modernisierung in Südosteuropa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1982, 51–62.
- **Becić,** Ivan M.: Finansijska politika Kraljevine SHS. 1918–1923, Beograd 2003.
- **Becić,** Ivan M.: Finansijska politika Milana Stojadinovića, in: Istorija 20. Veka, 3, Beograd 2001, 125–142.
- **Berger,** Johannes: Wirtschaftliche Ungleichheit. Zwölf Vorlesungen, Wiesbaden 2019.
- **Berger,** Peter A., Schmitt (Hgg.), Volker H.: Welche Gleichheit, welche Ungleichheit? Grundlagen der Ungleichheitsforschung, Wiesbaden 2004.
- **Berković,** Eva: Socijalne nejednakosti u Jugoslaviji, Beograd 1988.
- **Berry,** Christopher J.: The Idea of Luxury. A Conceptual and Historical Investigation, Cambridge 1994.
- **Bešlin,** Milivoj – Žarković, Petar: Srpski liberali i Hrvatsko proljeće: hrvatsko-srpski odnosi i novi koncepti Jugoslavije krajem 1960-ih i početkom 1970-ih, in: Časopis za suvremenu povijest 53/3, Zagreb 2021, 791–821.
- **Bešlin,** Milivoj: „Liberalna koalicija" između saradnje i nerazumevanja: Odnos političkih elita Srbije i Hrvatske 1969–1971, in: Tvrtko Jakovina (Hg.), Hrvatsko proljeće 40 godina poslije, Zagreb 2012, 149–178.
- **Bičanić,** Rudolf: Economic Growth under Centralized and Dezentralized Planning in Yugoslavia, in: Economic Development and Cultural Change 6/1, Chicago 1957, 63–74.
- **Bičanić,** Rudolf: Economic Policy in Socialist Yugoslavia, Cambridge 1973.
- **Bičanić,** Rudolf: How the People Live. Life in the Passive Regions. Peasant Life in Southwestern Croatia, Bosnia and Hercegovina. Yugoslavia in 1935. Research Report Number 21, University of Massachusetts, 1981.
- **Bilandžić,** Dušan: Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije. Glavni procesi 1918–1985, Zagreb 1985.
- **Bilandžić,** Dušan: Jugoslavija poslije Tita, Zagreb 1986.
- **Bíró,** László: Die Sowjetunion und die jugoslawisch-ungarischen Beziehungen 1956, in: Wolfgang Müller, Michael Portmann (Hgg.), Osteuropa vom Weltkrieg zur Wende, Wien 2007, 241–256.
- **Bjelaković,** Nebojsa: Comrades and Adversaries. Yugoslav-Soviet Conflict in 1948 A Reappraisal, in: East European Quarterly 33/1, Boulder 1999, 97–114.
- **Blagojević,** Anita – Radonić, Branka: O Ustavu Kraljevine Jugoslavije iz 1931, in: Pravni Vjesnik 28/1, Osijek 2012, 123–144.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

- **Blanchard,** Olivier – Illing, Gerhard: Makroökonomie, München [5]2009.
- **Boatâ,** Manuela: Kapital aus Staatsbürgerschaft und die globale Strukturierung des Nationalen, in Heinz Bude, Philipp Staab (Hgg.), Kapitalismus und Ungleichheit. Die neuen Verwerfungen, Frankfurt/Main 2016, 137–156.
- **Bogetić,** Dragan: Jugoslavija i svetsko tržište kapitala. Američka finansijska podrška jugoslovenskim razvojnim programima krajem 50-tih godina, in: Tokovi istorije, 3, Beograd 2010, 88–101.
- **Bolte,** Karl Martin: Dieter Kappe, Friedhelm Neidhard, Soziale Ungleichheit, Opladen 1975.
- **Bombelles,** Joseph H.: Economic Development of Communist Yugoslavia. 1947–1964, Stanford 1968.
- **Boughton,** James M.: Silent Revolution. The International Monetary Fund 19179–1989, Washington D.C. 2001.
- **Bourdieu,** Pierre: Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hg.), Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983, 183–198.
- **Bozić,** Ivan: Habsburške zemlje i protivturska otpora, in: Ivan Bozić, Sima Ćirković, Milorad Ekmećić, Vladimir Dedijer (Hgg.), Istorija Jugoslavije, Beograd 1973, 148–155.
- **Bracewell,** Wendy: Eeating Up Yugoslavia. Cookbooks and Consumption in Socialist Yugoslavia, in: Paulina Bren, Mary Neuburger (Hgg.), Communism Unwrapped. Consumption in Cold War Eastern Europe, New York 2012, 169–196.
- **Bren,** Paulina – Neuburger (Hgg.), Mary: Communism Unwrapped. Consumption in Cold War Eastern Europe, Oxford 2012.
- **Bruckmüller,** Ernst – Roman Sandgruber: Concepts of Economic Integration in Austria during the Twentieth Century, in: Alice Teichova, Herbert Matis (Hgg.), Nation, State and the Economy in History, Cambridge 2009, 159–180.
- **Bruno,** Michael – Sachs, Jeffrey D.: Economics of Worldwide Stagflation, Cambridge 1985.
- **Buchenau,** Klaus: Der dritte Weg ins Zwielicht? Korruption in Tito-Jugoslawien, in: Südosteuropäische Hefte, 2015/1, Berlin 2015.
- **Büchler,** Therese: Studierende aus nicht-akademischen Elternhäusern im Studium, Arbeitspapier 249 der Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf 2012.
- **Budde,** Gunilla – Freist, Dagmar – Günther-Arndt (Hgg.), Hilke: Geschichte. Studium, Wissenschaft, Beruf, Berlin 2008.
- **Burg,** Steven: Conflict and Cohesion in Socialist Yugoslavia. Political Decision Making Since 1966, Princeton 1983.
- **Burzan,** Nicole: Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien, Wiesbaden 2004.
- **Busch,** Jörg W.: Die Herrschaften der Karolinger. 714–911, München 2011.
- **Butschek,** Felix: Industrialisierung: Ursachen, Verlauf, Konsequenzen, Köln 2006.
- **Butterwegge,** Christoph – Lösch, Bettina – Ptak, Ralf: Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden [3]2017.
- **Calic,** Marie-Janine: Die 1960er Jahre in sozialhistorischer Perspektive, in: Hannes Grandits, Holm Sundhaussen (Hgg.), Jugoslawien in den 1960er Jahren. Auf dem Weg zu einem (a)normalen Staat? Wiesbaden 2013, 69–82.
- **Calic,** Marie-Janine: Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, München 2010.
- **Calic,** Marie-Janine: Südosteuropa. Weltgeschichte einer Region, München 2016.
- **Calic,** Marie-Janine: The Beginning of the End. The 1970s as a Historical Turning Point in Yugoslavia, in: Marie-Janine Calic, Dietmar Neutatz, Julia Obertreis (Hgg.), The Crisis of Socialist Modernity. The Soviet Union and Yugoslavia in the 1970s, Göttingen 2011, 66–86.
- **Calic,** Marie-Janine: Tito: Der ewige Partisan, München 2020.
- **Čavoški,** Jovan: U potrazi za novim smislom: Jugoslavija i kriza globalne nesvrstanosti 1965–1970, in: Istorija 20. veka 2, 2021 Beograd, 353–374.
- **Çeku,** Ethem: The Kosovo Demonstrations for 1981 and the Redefining of the Albanian Question, in: Diplomacy & Statecraft 28/2, London 2017, 277–295.
- **Chakarov,** Vessela: Oil Supply Crises. Cooperation and Discord in the West, Lanham 2013.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

- **Ćirković,** Sima: Opadanje osmanlijskog Carstva i počeci istočnog pitanja, in: Ivan Bozić, Sima Ćirković, Milorad Ekmećić, Vladimir Dedijer (Hgg.), Istorija Jugoslavije, Beograd 1973, 156–168.
- **Cohen,** Lenard J.: The Socialist Pyramid. Elites and Power in Yugoslavia, Oakville 1989.
- **Crafts,** Nicholas F. R. – Fearon, Peter: Depression and Recovery in the 1930s. An Overview in: Nicholas F. R. Crafts, Peter Fearon (Hgg.), The Great Depression of the 1930s. Lessons for Today, Oxford 2013, 1–44.
- **Crowley,** David – Reid (Hgg.), Susan E.: Pleasures in Socialism. Leisure and Luxury in the Eastern Bloc, Evanston 2010.
- **Cukierman,** Alex: Inflation, Stagflation, Relative Prices, and Imperfect Information, Cambridge 1984.
- **Cvetković,** Srđan – Bondžić, Dragomir: Oblici studentskog otpora komunističkom režimu u Srbiji, 1945–1990, in: Istorija 20. Veka 1, 217 Beograd, 125–147.
- **Cvetković,** Srdjan: Fall of Aleksandar Ranković and Condemnation of "Rankovićism", in: Tokovi istorije 3, Beograd 2016, 111–143.
- **Dedijer,** Vladimir: Ekonomika Kraljevine Jugoslavije, in: Ivan Bozić, Sima Ćirković, Milorad Ekmećić, Vladimir Dedijer (Hgg.), Istorija Jugoslavije, Beograd 1973, 412–426.
- **Denitch,** Bogdan Denis: The Legitimation of a Revolution. The Yugoslav Case, New Haven/London 1976.
- **Djilas,** Milovan: Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems, München 1957.
- **Djilas,** Milovan: Idee und System. Politische Essays, Wien/München/Zürich/New York 1982.
- **Djilas,** Milovan: Jahre der Macht. Kräftespiel hinter dem Eisernen Vorhang. Memoiren 1945–1966, München 1983.
- **Djilas,** Milovan: Subjektive Kräfte, Anatomie einer Moral, Frankfurt am Main/Hamburg 1963.
- **Djokić,** Dejan: Britain Dissent in Tito´s Yugoslavia: The Djilas Affair, in: European History Quarterly, 36/3, London 2006, 371–395.
- **Dobrivojević Tomić,** Ivana: „Svi u Fabrike"! Instant Industrijalizacije U Jugoslaviji 1945–1955, in: Istorija 20. veka 2, Beograd 2009, 103–114.
- **Dobrivojević Tomić,** Ivana: Prilog proučavanju životnog standarda I društvenog položaja radnika uoči privredne reforme 1965, in: Istorija 20. Veka, 1, Beograd 2020, 249–272.
- **Dragišić,** Petar: Jugoslavija i Austrija 1945–1955 rezime odnosa, in: Istorija 20. Veka, 2013/1, Beograd 2013, 123–134.
- **Duda,** Igor: Adriatic for All: Summer Holidays in Croatia, in: Breda Luthar, Maruša Pušnik (Hgg.), Remembering Utopia. The Culture of Everyday Life in Socialist Yugoslavia, Washington 2010, 289–312.
- **Duda,** Igor: Everyday Life in Both Yugoslavias. Catching up with Europe, in: Florian Bieber, Armina Galijaš (Hgg.), Debating the End of Yugoslavia, London 2014, 391–408.
- **Duda,** Igor: U potrazi za blagostanjem. O povijesti dokolice i potrošačkog društva u Hrvatskoj 1950-ih i 1960-ih, Zagreb 2004.
- **Duda,** Igor: Workers into Tourists. Entitlements, Desires, and the Realities of Social Tourism under Yugoslav Socialism, in: Breda Luthar, Maruša Pušnik (Hgg.), Remembering Utopia. The Culture of Everyday Life in Socialist Yugoslavia, Washington 2010, 33– 68.
- **Dyker,** David A.: Yugoslavia. Socialism, Development and Debt, New York 2011.
- **Eger,** Thomas: Das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien, Paderborn/München/Wien 1980.
- **Eggers,** Martin: Die südöstlichen Nachbarn des Karolingerreiches im 9. Jahrhundert, in: Franz-Reiner Erkens (Hg.), Karl der Große und das Erbe der Kulturen, Berlin 2001, 159–168.
- **Eickhoff,** Ekkehard: Venedig, Wien und die Osmanen. Umbruch in Südosteuropa, Stuttgart 1988.
- **Eigner,** Peter: Der Weg in die Industriegesellschaft, in: Markus Cerman, Franz X. Eder, Peter Eigner, Andrea Komlosy, Erich Landsteiner (Hgg.), Wirtschaft und Gesellschaft. Europa 1000–2000, Wien 2011, 104–133.
- **Eller,** Rose: Die Schlacht am Kahlenberg 1683. Die Vorgänge um die zweite Türkenbelagerung Wiens, Wien 1983.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

- **Emmert,** Thomas A.: Ženski Pokret: The Feminist Movement in Serbia in the 1920s, in: Ramet, Sabrina P., Gender Politics in the Western Balkans: Women and Society in Yugoslavia and the Yugoslav Successor States, Pennsylvania 1999, 33–50.
- **Engels,** Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, MEW Bände 20, Stuttgart [3]1894.
- **Engels,** Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Der Antidühring, Frankfurt am Main [3]1971.
- **Erdei,** Ildiko: Novi život na "malom ekranu" i oko njega: počeci televizije u socijalističkoj Jugoslaviji (1955–1970), Etnoantropološki problemi 10/2, Beograd 2015, 405–426.
- **Estrin,** Saul – Moore, Robert E. – Svejnar, Jan: Market Imperfections, Labor Management, and Earnings Differentials in a Developing Country: Theory and Evidence from Yugoslavia, in: The quarterly Journal of Economics 103/3, Oxford 1988, 465–478.
- **Estrin,** Saul – Svejnar, Jan: Wage Determination in Labor-Managed Firms under Market-Oriented Reforms: Estimates of Static and Dynamic Models, in: Journal of Comparative Economics 17, s.l. 1993, 687–700.
- **Estrin,** Saul: Yugoslavia: The Case of Self-Managing Market Socialism, in: The Journal of Economic Perspectives 5/4, Pittsburgh 1991, 187–194.
- **Fahrhauer,** Oliver – Kröll, Alexandra: Die Shift-Share-Analyse als Instrument der Regional- und Clusterforschung. Passauer Diskussionspapiere, Passau 2009.
- **Fehér,** Ferenc – Heller, Agnes – Márkus, György: Dictatorship over Needs, New York 1983.
- **Ferfila,** Bogomil Bogo: The Economics and Politics of the Socialist Debacle. The Yugoslav Case, London 1991.
- **Ferguson,** Niall: Introduction: Crisis, What Crisis? The 1970s and the Shock of the Global, in: Niall Ferguson, Charles S. Maier, Erez Manela, Daniel J. Sargent (Hgg.), The Shock of the Global. The 1970s in Perspective, Cambridge 2010, 1–24.
- **First,** Ruža: Struktura autoriteta u seoskim domaćinstvima, in: Sociologija i prostor: časopis za istraživanje prostornoga i sociokulturnog razvoja 23–24, Zagreb 1969, 53–61.
- **Fitzmaurice,** Julie – Comegys, Charles: Materialism and Social Consumption, in: Journal of Marketing Theory and Practice 14/4, Abingdon 2006, 287–299.
- **Flaherty,** Diane: Plan, Market and Unequal Regional Development in Yugoslavia, in: Soviet Studies 40/1, Abingdon 1988, 110–124.
- **Flakierski,** Henryk: The Economic System and Income Distribution in Yugoslavia, New York 1989.
- **Foucault,** Michel: Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften, Frankfurt/Main 1969.
- **Foucault,** Michel: Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt/Main 1966.
- **Friedman,** Milton: Kapitalismus und Freiheit, München [8]2011.
- **Frisby,** David P.: Klaus Christian Köhnke (Hgg.), Georg Simmel, Die Philosophie des Geldes, Gesamtausgabe, Bd. 6, Frankfurt/Main 1989.
- **Gall,** Lothar: Die europäischen Mächte und der Balkan, in: Ralph Melville, Hans-Jürgen Schröder (Hgg.), Der Berliner Kongress von 1878: Die Politik der Grossmächte und die Probleme der Modernisierung in Südosteuropa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1982, 1–16.
- **Gille,** Zsuzsa – Todorova, Maria: Post-Communist Nostalgia, New York/ Oxford 2010.
- **Gligorov,** Vladimir: Benefits and Costs, in: Helsinki Committee for Human Rights in Serbia (Hg.)Yugoslavia from a Historical Perspective, Beograd 2017, 409–441.
- **Gökay,** Bülent: Der Untergang des Osmanischen Reiches und der Balkan, in: WeltTrends 6, Potsdam 1996, 36–44.
- **Good,** David F. – Ma, Tongshu: New Estimates of Income Levels in Central and Eastern Europe, 1870–1910, in: Franz Baltzarek, Felix Butschek, Gunter Tichy (Hgg.), Von der Theorie zur Wirtschaftspolitik. Ein österreichischer Weg. Festschrift zum 65. Geburtstag von Erich W. Streissler, Stuttgart 1998, 147–168.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

- **Good,** David F.: The State and Economic Development in Central and Eastern Europe, in: Alice Teichova, Herbert Matis (Hgg.), Nation, State and the Economy in History, Cambridge 2009, 133–158.
- **Gowa,** Joanne Closing the Gold Window. Domestic Politics and the End of Bretton Woods, New York 1983.
- **Haberl,** Othmar Nikola: Die Rückwanderung der jugoslawischen Gastarbeiter während der Krise der 70er Jahre aus Europa, in: der Donauraum 2–6/12, Wien 1981, 113–149.
- **Hadalin,** Jurij: „In Jugoslawien kennen wir keine Streiks, haben aber einige selbstverwaltete Unterbrechungen der Arbeit". Streiks im sozialistischen Slowenien in Trbovlje bis zur Streikwelle in den späten achtziger-Jahren, in: Central European Papers 1/6, 2018 Prag, 139–156.
- **Hadživuković,** Stevan: Population Growth and Economic Development, in: Journal of Population Economics 2, Maastricht 1989, 225–234.
- **Hamilton,** Ian: Yugoslavia. Patterns of Economic Activity, London 1968.
- **Hanzeković,** Marijan: The Economic System since 1965, in: Bičanić, Economic Policy in Socialist Yugoslavia, Cambridge 1973, 211–238.
- **Haselsteiner,** Horst: Zur Haltung der Donaumonarchie in der Orientalischen Frage, in: Ralph Melville, Hans-Jürgen Schröder (Hgg.), Der Berliner Kongress von 1878: Die Politik der Grossmächte und die Probleme der Modernisierung in Südosteuropa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1982, 228–244.
- **Hauswaldt,** Christian: Der Status von Palästina. Eine völkerrechtliche Untersuchung des territorialen Status, Baden-Baden 2009.
- **Hayek,** Friedrich August von: Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Bd.1, Regeln und Ordnung. Eine neue Darstellung der liberalen Prinzipien der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie, München 1980.
- **Hayek,** Friedrich August von: Der Weg zur Knechtschaft, München 1991.
- **Hayek,** Friedrich August von: Die Theorie komplexer Phänomene, in: Wolfgang Kerber (Hg.), Die Anmaßung von Wissen, Tübingen 1996, 37–76
- **Hegel,** Georg Wilhelm Friedrich: Phänomenologie des Geistes, Berlin ^{4}2015.
- **Hesse,** Jan-Otmar: Wirtschaftsgeschichte. Entstehung und Wandel der modernen Wirtschaft, Frankfurt am Main, 2013.
- **Hoffmann,** George W.– Warner Neil, Fred: Yugoslavia and the New Communism, New York 1962.
- **Hofman,** Ana: Lepa Brena: Repolitization of Musical Memories on Yugoslavia, in: Glasnik Etnografskog Instituta 60/1, Beograd 2012, 21–32.
- **Höpken,** Wolfgang: „Durchherrschte Freiheit": Wie „autoritär" (oder wie „liberal") war Titos Jugoslawien, in: Hannes Grandits, Holm Sundhaussen (Hgg.), Jugoslawien in den 1960er Jahren. Auf dem Weg zu einem (a)normalen Staat? Wiesbaden 2013, 39–68.
- **Höpken,** Wolfgang: Sozialismus und Pluralismus in Jugoslawien. Entwicklung und Demokratiepotential des Selbstverwaltungssystems, München 1984.
- **Hörstermann,** Katharina: Konsumausgaben als Wohlstandsindikator – Was können sie uns über Armut und Ungleichheit berichten? Ein Vergleich einkommens- und konsumbasierter Armuts- und Ungleichheitsmaße mit Hilfe der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, in: Zeitschrift für Soziologie 35/3, Stuttgart 2016, 181–199.
- **Horvat,** Branko – Marković, Mihailo – Supek (Hgg.), Rudi: Selfgoverning Socialism. A Reader Vol. 1, New York 1975.
- **Horvat,** Branko: Privredni sistem i ekonomska politika Jugoslavije, Beograd 1970.
- **Horvat,** Branko: The Yugoslav Economic System. The first Labor-Managed Economy in the Making, New York 1976.
- **Hradil,** Stefan: Die Ungleichheit der „Sozialen Lage", in: Reinhard Kreckel (Hg.), Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983, 101–120.
- **Huffschmid,** Jörg: Glasnost-Perestrojka: Die Wirtschaftsreform in der Sowjetunion, Köln 1987.
- **İnalcık,** Halil: An Economic and Social History of the Ottoman Empire, Cambridge 1999.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

- **Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.),** Karl Marx, Friedrich Engels Werke, Bd. 19, Berlin [4]1973.
- **Ivanišević,** Alojz: Die Rolle der Frau im südslawischen Raum im 19. und 20. Jahrhundert, in: Marija Wakounig (Hg.), Die Gläserne Decke. Frauen in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa im 20. Jahrhundert, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 145–180.
- **Ivanović,** Vladimir: „Nostalgija za prugom". Das Freizeitverhalten jugoslawischer Gastarbeiter in der BRD und in Österreich, in: Hannes Grandits, Holm Sundhaussen (Hgg.), Jugoslawien in den 1960er Jahren. Auf dem Weg zu einem (a)normalen Staat? Wiesbaden 2013,135–156.
- **Jäckel,** Michael: Einführung in die Konsumsoziologie. Fragestellungen – Kontroversen – Beispieltexte, 2011 Wiesbaden.
- **Jakir,** Aleksandar – Lunić, Anita: What were the Outcomes of the Self-Managed Economy in Socialist Yugoslavia?, in: Jurij Murasov, Davor Beganović, Andrea Lesić (Hgg.), Cultures of Economy in South-Eastern Europe. Spotlights and Perspectives, Bielefeld 2020, 79–98.
- **Jakir,** Aleksandar: The Economy Trigger – The Status of `Nationality` in a `Self-Managed` Economy During the 1960s and 1970s in Socialist Yugoslavia, in: Marie-Janine Calic, Dietmar Neutatz, Julia Oberreis (Hgg.), The Crisis of Socialist Modernity. The Soviet Union and Yugoslavia in the 1970s, Göttingen 2011, 134–155.
- **Jakir,** Aleksandar: Wirtschaft und Wirtschaftsreformen in den 1960er Jahren in Jugoslawien, Hannes Grandits, Holm Sundhaussen (Hgg.), Jugoslawien in den 1960er Jahren. Auf dem Weg zu einem (a)normalen Staat? Wiesbaden 2013, 83–108.
- **Jakiša,** Miranda: Großes Kino der Subversion und Affirmation: Vom Schlagabtausch im Film der jugoslawischen 1960er Jahre, in: Hannes Grandits, Holm Sundhaussen (Hgg.), Jugoslawien in den 1960er Jahren. Auf dem Weg zu einem (a)normalen Staat? Wiesbaden 2013, 185–211.
- **Jakovina,** Tvrtko: Socijalizam na američkoj pšenici. 1948–1963, Zagreb 2002.
- **Jakovina,** Tvrtko: Yugoslavia on the International Scene. The active coexistence of non-aligned Yugoslavia, in: Helsinki Committee for Human Rights in Serbia (Hg.), Yugoslavia from a Historical Perspective, Beograd 2017, 461–514.
- **Jancar-Webster,** Barbara: Women in the Yugoslav National Liberation Movement, in: Sabrina P. Ramet, Branka Magaš (Hgg.), Gender Politics in the Western Balkans, Pennsylvania 1999, 67–87.
- **Jeffreys,** Sheil: A Anticlimax: A Feminist Perspective on the Sexual Revolution, North Melbourne 2011.
- **Jordan,** Peter: Die Entwicklung des Eisenbahnnetzes auf dem Gebiet des heutigen Jugoslawiens bis 1918, in: Richard G. Plaschka, Anna M. Drabek, Brigitta Zaar (Hgg.), Eisenbahnbau und Kapitalinteressen in den Beziehungen der österreichischen mit den südslawischen Ländern, Wien 1993, 13–30.
- **Jović,** Dejan: Jugoslavija. Država koja je odumrla. Uspon, kriza i pad Četvrte Jugoslavije (1974–1990), Zagreb 2003.
- **Jurić,** Dušan – Pudar, Siniša: Staatseinrichtung und Gesellschaftsordnung Jugoslawiens, Beograd 1960.
- **Kaiser,** Robert J.: The Equalization Dilemma in Yugoslavia, in: Geofroum 42/2, Amsterdam 1990, 261–276.
- **Kanzleiter,** Boris – Stojaković, Krunoslav: Die 1968er in Jugoslawien. Studentenproteste zwischen Ost und West, in: Boris Kanzleiter, Krunoslav Stojaković (Hgg.), 1968 in Jugoslawien. Studentenprostest und kulturelle Avantgarde zwischen 1960 und 1975. Gespräche und Dokumente, Bonn 2008, 13–42.
- **Kanzleiter,** Boris: „Die Rote Universität". Studentenbewegung und Linksopposition in Belgrad 1964–1975, Hamburg 2011.
- **Kardelj,** Edvard: Die Wege der Demokratie in der sozialistischen Gesellschaft, Köln/Frankfurt am Main 1979.
- **Kardelj,** Edvard: O osnovama društvenog i političkog uređenja FNRJ, Beograd 1954.
- **Kardelj,** Edvard: The System of Socialist Self-Management, in: Jovan Djordjević, Savin Jogan, Mitija Ribičič, Anton Vratuša (Hgg.), Self-Manangment. The Yugoslav Road to Socialism, Beograd 1982, 9–52.
- **Keynes,** John Maynard: The General Theory of Employment, Interest and Money, Boston 1964.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

- **Kidrić,** Boris: Über den Aufbau der sozialistischen ökonomischen Struktur der FVJ. Referat auf dem 4. Kongress der KPJ, Beograd 1948.
- **Kirn,** Gal: Das Absterben des Staates in Jugoslawien: Von der Partisanenrevolution zum Marktsozialismus, in: Das Argument – Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften 317, Berlin 2016, 321–337.
- **Köksal,** Yonca: The Ottoman Empire in the Tanzimat Era. Provincial Perspectives from Ankara to Edirne, London 2019.
- **Kolár,** Pavel: Der Poststalinismus: Ideologie und Utopie einer Epoche, Köln/Weimar/Wien 2016.
- **Korb,** Alexander: Im Schatten des Weltkrieges. Massengewalt der Ustaša gegen Serben, Juden und Roma in Kroatien. 1941–1945, Hamburg 2013.
- **Kornai,** János: Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus, Baden-Baden 1995.
- **Korošić,** Marijan: Ekonomska nejednakosti u jugoslavenskoj privredi, Zagreb 1983.
- **Kovač,** Bogomir: Politička ekonomija reformiranja samoupravnog socijalizma – od europeizacije Jugoslavije do balkanizacije današnjeg EU-a, in: Politička misao 49/3, 2012 Zagreb, 74–91.
- **Kovać,** Bogomir: Politička ekonomija reformiranje samoupravnog socijalizma – od europeizacije Jugoslavije do balkanizacije današnjeg EU-a, in: Politička Misao 3, Zagreb 2012, 74–91.
- **Kreckel,** Reinhard: Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt/Main/New York 1997.
- **Kukić,** Leonard: Economic Growth, Regional Development, and Nation Formation under Socialism. Evidence from Yugoslavia, phil. Diss. London 2017.
- **Kullaa,** Rina: Non-alignment and its Origins in Cold War Europe. Yugoslavia, Finland and the Soviet Challenge, London 2012.
- **Lampe,** John R.: Marvin R. Jackson, Balkan Economic History. 1550–1950, Bloomington 1982.
- **Lampe,** John R.: Yugoslavia as History. Twice there was a Country, Cambridge 2000.
- **Lampe,** John R.: Yugoslavia´s Foreign Policy in Balkan Perspective: Tracking between the Superpowers and Non-Alignment, in: East Central Europe 40, Budapest 2013, 97–113.
- **Landmann,** Oliver: Keynes in der heutigen Wirtschaftstheorie, in: Gottfried Bombach, Hans-Jürgen Ramser, Manfred Timmermann, Walter Wittmann (Hgg.), Der Keynesianismus I. Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik. Entwicklung und Stand der Diskussionen, Berlin/Heidelberg/New York 1976.
- **Landwehr,** Achim: Historische Diskursanalyse, Frankfurt/New York 2008.
- **Larise,** Dunja: The Islamic Community in Bosnia and Herzegovina and Nation Building by muslims/Bosniaks in the Western Balkans, in: Nationalities Papers 43/2, New Haven 2015, 195–212.
- **Lazarević Radak,** Sanja: Jugoslovenski „crni talas" i kritički diskurs: preispitivanje prošlost, kritika sadašnjost i anticipiranje krize, in: Etnoantropološki problemi 11/2, Beograd 2016, 497–518.
- **Lemân,** Gudrun: Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, Köln 1973.
- **Lemke,** Michael: Die Berlinkrise 1958 bis 1963, Berlin/Boston 1995.
- **Lenin,** Wladimir Ilijanowitsch: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, München 2001.
- **Lichtenberger,** Elisabeth: Gastarbeiter. Leben in zwei Gesellschaften, Wien/Köln/Graz 1984.
- **Loidl,** Simon: „Europa ist zu enge geworden." Kolonialpropaganda in Österreich-Ungarn 1885–1918, Wien 2017.
- **Lukić,** Radomir: Social Stratification as a Cause of Social Conflicts in Yugoslavia, in: International Journal of Sociology2/4, White Plains 1972, 333–363.
- **Luthar,** Breda: Shame, Desire and Longing for the West, in: Luthar, Pušnik, Remembering Utopia, 341–379.
- **Lüthi,** Ambros P.: Messung wirtschaftlicher Ungleichheit, Berlin/Heidelberg/New York 1981.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

- **Lydall,** Harold: Yugoslav Socialism. Theory and Practice, Oxford 1984.
- **Maddison,** Angus: Monitoring the World Economy 1820–1992, Paris 1995.
- **Madžar,** Ljubomir: Who Exploited Whom?, in: Nebojša Popoc (Hg.), The Road to War in Serbia. Trauma and Catharsis, Budapest 2000, 160–188.
- **Magdalenić,** Ivan: Urbanizacija i socijalna diferencijacija s posebnim osvrtom na prostoru segregaciju unutar gradova, in: Sociologija i prostor: časopis za istraživanje prostornog i sociokulturnog razvoja 31–32/ 1971, 62–71.
- **Maier,** Charles S.: "Mailaise". The Crisis of Capitalism in the 1970s, in: Niall Ferguson, Charles S. Maier, Erez Manela, Daniel J. Sargent (Hgg.), The Shock of the Global. The 1970s in Perspective, Cambridge 2010, 25–48.
- **Maiwald,** Serge: Der Berliner Kongress 1878 und das Völkerrecht. Die Lösung des Balkanproblems im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1948.
- **Majer,** Hans Georg: Südosteuropa im Osmanischen Reich, in: Richard Lauer, Hans Georg Majer (Hgg.), Osmanen und Islam in Südosteuropa, Berlin/Boston 2014, 9–36.
- **Marković,** Predrag: Where Have all the Flowers Gone? Yugoslav Culture in the 1970s Between Liberalisation/Westernisation and Dogmatisation, in: Marie-Janine Calic, Dietmar Neutatz, Julia Obertreis (Hgg.), The Crisis of Socialist Modernity. The Soviet Union and Yugoslavia in the 1970s, Göttingen 2011, 118–133.
- **Marx,** Karl – Engels, Friedrich: Das kommunistische Manifest, Stuttgart 2014.
- **Marx,** Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Paderborn ^{2}1872.
- **Mathur (Hg.),** Nita: Consumer Culture, Modernity and Identity, New Dehli 2014.
- **Mayers,** David: Destruction Repaired and Destruction Anticipated: United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRAA), the Atomic Bomb, and US Policy 1944–6, in: The International History Reviews, 38/5, Abingdon 2016, 961–983.
- **McFarlane,** Bruce: Yugoslavia. Politics, Economics and Society, London 1989.
- **Meier,** Viktor: Das neue jugoslawische Wirtschaftssystem, Zürich 1956.
- **Mekuljević,** Nenad: Yugoslav Art and Culture. From the Art of a Nation to the Art of a Territory, in: Helsinki Committee for Human Rights in Serbia (Hg.), Yugoslavia from a Historical Perspective, Beograd 2017, 442–460.
- **Mencinger,** Jože: From a Capitalist to a Capitalist Economy? in: James Simmie, Jože Dekleva (Hgg.), Yugoslavia in Turmoil: After Self-Management? London 1991, 71–86.
- **Mencinger,** Jože: The Yugoslav Economy: Systematic Changes. 1945–1986, in: The Carl Beck Papers in Russian and East European Studies, 707/01/01, Pittsburgh 1989, 1–34.
- **Mihailović,** Dragoslav: Kad su cvetale tikve, Sabrana dela Dragoslava Mihailovića, Beograd 2015.
- **Mihailović,** Kosta: Regional Development. Experiences and Prospects in Eastern Europe, Den Haag 1975, 1–29.
- **Mihaljevi,** Josip: Social Inequalities form Workers´ Perspective in 1960s Socialist Yugoslavia, in: Revue d´études comparatives Est-Quest 5/1, 2019 Paris, 25–51.
- **Mihovilović,** Miro: Slobodna vrijeme, korištenje slobodnog vremena i oblici rekreacije u selu, in: Sociologija i prostor: časopis za istraživanje prostornoga i sociokulturnog razvoja 22, Zagreb 1969, 33–44.
- **Mijatov,** Nikola: The Case of Milovan Djilas and the European Socialists. 1954–1958, in: Istorija 20. Veka 37/2, Beograd 2019, 217–238.
- **Mikula,** Maja: Highways of Desire. Cross-border Shopping in Former Yugoslavia, 1960s–1980s, in: Hannes Grandits, Karin Taylor (Hgg.), Yugoslavia´s Sunny Side. A History of Tourism in Socialism. 1950s–1980s, Budapest 2010, 211–240.
- **Milanović,** Branko: Ekonomska nejednakosti u Jugoslaviji, Beograd 1990.
- **Milatović,** Brana: (Com)Passionately Political: Music of Djordje Balašević, in: The Antrhopology of East Europe Review 22/1, Bloomington 2004, 93–102.
- **Milenkovitch,** Deborah D.: Plan and Market in Yugoslav Economic Thought, New Haven/London 1971.
- **Milić,** Danica: Die ökonomische Penetration durch die Industriestaaten, Ralph Melville, Hans-Jürgen Schröder (Hgg.), Der Berliner Kongress von 1878: Die Politik der Grossmächte und die

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Probleme der Modernisierung in Südosteuropa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1982, 473–484.
- **Milkić,** Miljan: Das Freie Territorium Triest unter jugoslawischer Militärregierung. 1947–1954, in: Dieter Krüger, Felix Schneider (Hgg.), Die Alpen im Kalten Krieg. Historischer Raum, Strategie und Sicherheitspolitik, München 2012, 325–336.
- **Milošević,** Srđan: Yugoslav Society: 1918–1991. From Stagnation to the Revolution, in: Helsinki Committee for Human Rights in Serbia (Hg.), Yugoslavia from a Historical Perspective, Beograd 2017, 349–390.
- **Milošević,** Tatjana: Jugoslavija i sjedinjene Američke Države u vreme Detanta: Susreti Josipa Broza Tita i Henrija Kisindžera 1970. I 1974, in: Istorija 20. Veka 2, Beograd 2018, 187–202.
- **Mirković,** Martina: Der jugoslawische Kommunismus. Eine Zeitreihenanalyse seiner letzten beiden Jahrzehten, phil. Masterarbeit Wien 2016.
- **Mirković,** Martina: Über das Wirken des Internationalen Währungsfonds im sozialistischen Jugoslawien: Ein Brief gewährt Einblicke, in: Mitteleuropazentrum an der Andrássy Universität, Jahrbuch für Mitteleuropäische Studien 2018/1029, Wien 2019, 173–192.
- **Mišina,** Dalibor: „Spit and Sing, My Yugoslavia": New Partisans, Social Critique and Bosnian Poetics of the Patriotic, in: Nationalities Papers 38/2, New York 2010, 265–289.
- **Mišković,** Nataša: The Pre-history of the Non-Aligned Movement. India´s First Contacts with the Communist Yugoslavia. 1948–1950, in: India Quarterly 65/2, New Dehli 2009, 185–200.
- **Molander,** Per: Die Anatomie der Ungleichheit. Woher sie kommt und wie wir sie beherrschen können, Frankfurt/Main 2017.
- **Molnár,** Mónika F.: Der Friede von Karlowitz und das Osmanische Reich, in: Arno Strohmeyer, Norbert Spannenberger (Hgg.), Frieden und Konfliktmanagement in interkulturellen Räumen. Das Osmanische Reich und die Habsburgermonarchie in der Frühen Neuzeit, Stuttgart 2013, 197–220.
- **Mommer,** Bernard: The Shocking History of Oil, in: Elisabetta Bini, Giuliano Garavini, Frederico Romero (Hgg.), Oil Shock. The 1973 Crisis ant its Economic Legacy, London 2016, 13–35.
- **Moore,** John H.: Growth with Self-Management. Yugoslav Industrialization. 1952–1975, Stanford 1980.
- **Mukerji,** Vanita Singh: Ivo Andrić. A critical Biography, North Carolina 1990.
- **Mulaosamanović,** Admir: O političkom kontekstu „Afere Agrokomerc". Utjecaji na razvoj tvornice u svjetlu obrambenog koncepta u SFRJ, in: Historijska traganja 1/1, 2008 Sarajevo, 181–211.
- **Müller,** Ina: Luxury in Socialism. An Absurd Proposition? in: David Crowley, Susan E. Reid (Hgg.), Pleasures in Socialism. Leisure and Luxury in the Eastern Bloc, Evanston 2010, 53–70.
- **Münnich,** Nicole: Struktureller Mangel und Credit-Card Communism. Konsumkultur in Jugoslawien in den „langen 1960er Jahren", in: Hannes Grandits, Holm Sundhaussen (Hgg.), Jugoslawien in den 1960er Jahren. Auf dem Weg zu einem (a)normalen Staat? Wiesbaden 2013, 109–134.
- **Kump,** Nataša – Novokmet, Filip: Top Incomes in Croatia and Slovenia, from 1960s until today, World Inequality Database. The Global Data Source, Working Paper Series 2018/8.
- **Nešović,** Slobodan: Blejski sporazum. Tito – Dimitrov 1947, Ljubljana 1979.
- **Nieburh,** Robert: The Search for a Cold War Legitimacy. Foreign Policy and Tito´s Yugoslavia, Leiden 2018.
- **Normand,** Brigitte Le: The Gastarbajteri as a Working Class, in: Rory Archer, Igor Duda, Paul Stubbs, Social Inequalities and Discontent in Yugoslav Society, Abingdon 2016, 38–57.
- **Normand,** Brigitte Le: The House that Socialism built. Reform, Consumption, and Inequailty in Postwar Yugoslavia, in: Paulina Bren, Mary Neuburger (Hgg.), Communism Unwrapped. Consumption in Cold War Eastern Europe, New York 2012, 351–373.
- **Novaković,** Nada G.: propadanje radničke klase. Materijalni i društveni položaj radničke klase Jugoslavije od 1960. do 1990. godine, Beograd 2007.
- **Ocić,** Časlav: The Regional Problem and the Break-Up of the State: The Case of Yugoslavia, in: Acta Slavica Iapoinica 16, Sapporo 1998, 74–110.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

- **Okuka,** Miloš: Eine Sprache – viele Erben. Sprachpolitik als Nationalisierungsinstrument in Ex-Jugoslawien, Klagenfurt/Wien 1998.
- **Oltmer,** Jochen – Kreienbrink, Axel– Díaz (Hgg.), Carlos Sanz: Das „Gastarbeiter" System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 104, Berlin/Boston 2012.
- **Osterhammel,** Jürgen: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2016.
- **Pal,** Kolsto: Identifying with the Old or the New State: Nation-building vs. Yugonostalgia in the Yugoslav Successor States, in: Nations and Nationalism 20/4, Oxford 2014, 760–781.
- **Palairet,** Michael: The Balkan Economies. 1800–1914. Evolution without Development, Cambridge 1997.
- **Palarait,** Michael: The Inter-Struggle for Resources and the Fall of Yugoslavia, in: Lenard Cohen, Jasna Dragović-Saso (Hgg.), State Collapse in South-Eastern Europe. New Perspective on Yugoslavia´s Disintegration, West Lafayette 2007, 221–248.
- **Palmberger,** Monika: Nostalgia matters: Nostalgia for Yugoslavia as potential vision for a better future, in: Sociologija 50/4, Beograd 2008, 355–369.
- **Pamuk,** Şevket: A Monetary History of the Ottoman Empire, Cambridge 2000.
- **Patterson,** Patrick Hyder: Bought and Sold. Living the Losing the Good Life in Socialist Yugoslavia, New York 2011.
- **Patterson,** Patrick Hyder: Truth Half Told. Finding the Perfect Pitch for Advertising and Marketing in Socialist Yugoslavia. 1950–1991, in: Enterprise & Society, Vol. 4/2, Cambridge 2003, 179–225.
- **Perović,** Jeronim: The Tito-Stalin Split: A Reassessment in Light of New Evidence, Journal of Cold War Studies 9/2, Massachusetts 2007, 32–63.
- **Pertot,** Vladimir: Der Aussenhandel Jugoslawiens, Beograd 1961.
- **Petak,** Zdravko: Ekonomski federalizam u socijalističkoj Jugoslaviji, in: Politička Misao 4, Zagreb 2012, 212–227.
- **Petranović,** Branko: Istorija Jugoslavije. 1918–1978, Beograd 1981.
- **Petritsch,** Ernst D.: Grenz- und Raumkonzeptionen in den Friedensverträgen von Zsitvatorok und Karlowitz, in: Norbert Spannenberger, Szablocs Varga (Hgg.), Ein Raum im Wandel. Die osmanisch-habsburgische Grenzregion vom 16. Bis zum 18. Jahrhundert, Stuttgart 2014, 197–222.
- **Petrović,** Ljubomir: Socijalna politika u Kraljevini Jugoslavije: Bilans jednog neuspeha, in: Istorija 20. Veka, 2, Beograd 2011, 119–132.
- **Petrović,** Pavle – Vujošević, Zorica: Monetary Accommodation in Transition Economies: Econometric Evidence from Yugoslavia´s high inflation in the 1980s, in: Journal of Development Economics 62, 2000 Amsterdam, 495–513.
- **Piketty,** Thomas: Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014.
- **Pirjevec,** Joze: Tito. Die Biografie, München 2016.
- **Pleština,** Dijana: Regional Development in Communist Yugoslavia. Success, Failure and Consequences, New York 1992.
- **Pogačar,** Martin: Yugoslav Past in Film and Music. Yugoslav Interfilmic Referentiality, in: Breda Luthar, Maruša Pušnik (Hgg.), Remembering Utopia. The Culture of Everyday Life in Socialist Yugoslavia, Washington 2010, 199–226.
- **Ponoš,** Tihomir: Studentski pokret u hrvatskom proljeću. Zametci političkog pluralizma, in: Tvrtko Jakovina (Hg.), Hrvatsko proljeće 40 godina posljie, Zagreb 2012, 333–342.
- **Pop-Elches,** Grigore: From Economic Crisis to Reform. IMF Programs in Latin America and Eastern Europe, Princeton 2009.
- **Popov,** Sofija: Lični dohoci i inflacija troškova. Analiza kretanja cena i ličnih dohodaka u Jugoslaviji, Beograd 1983.
- **Previšić (Hg.),** Martin: Breaking Down Bipolarity: Yugoslavia´s Foreign Relations in the Cold War, München/Wien 2021.
- **Primorac,** Emil – Babić, Mate: Systematic Change and Unemployment Growth in Yugoslavia. 1965–1984, in: Slavic Review 48/2, Cambridge 1989, 195–213.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

- **Pušnik,** Maruša: Flirting with Television in Socialism. Proletarian Morality and the Lust for Abundance, in: Breda Luthar, Maruša Pušnik (Hgg.), Remembering Utopia. The Culture of Everyday Life in Socialist Yugoslavia, Washington 2010, 227–258.
- **Putnam,** George William: The Structure of Working-Class Economic Inequality under Market Socialism: A Labor Market Analysis of Blue-Collar Workers in Yugoslavia, phil. Diss. Illinois 1986.
- **Quataert,** Donald: The Ottoman Empire, 1700–1922, Cambridge 2005.
- **Radonić,** Ognjen: Miodrag Zec, Ekonomski model socijalističke Jugoslavije: saga o autodestrukciji, in: Sociološko naučno društvo Srbija 54/4, Beograd 2012, 695–700.
- **Radonjić,** Ognjen – Zec, Miodrag: Ekonomski model socijalističke Jugoslavije: saga o autodestrukciji, in: Sociologija 4/54, Beograd 2012, 695–720.
- **Rafailović,** Jelena: An Economic Survey of the Kingdom of Yugoslavia, in: Jurij Mursasov, Davor Beganović, Andrea Lesie (Hgg.), Cultures of Economy in South-Eastern Europe. Spotlights and Perspectives, Bielefeld 2019.
- **Raković,** Aleksandar: Bijelo Dugme Concert in Hajdučka česma in Belgrade (1977), in: Tokovi istorije 3/ Beograd 2015, 107–133.
- **Ramet,** Sabrina R.: Balkan Babel. The Disintegration of Yugoslavia from the Death of Tito to the Fall of Milošević, Cambridge 2002.
- **Ramet,** Sabrina R.: In Tito´s Time, in: Sabrina P. Ramet (Hg.), Gender Politics in the Western Balkans, Pennsylvania 1999, 89–105.
- **Ramet,** Sabrina R.: Die drei Jugoslawien. Eine Geschichte der Staatsbildungen und ihrer Probleme, München 2011.
- **Reichl-Ham,** Claudia: Die Türkenherrschaft 1389–1878, in: Arbeitsgemeinschaft Truppendienst, Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport Wien (Hg.), Militäroperationen und Partisanenkampf in Südosteuropa. Vom Berliner Kongress zum Ende Jugoslawiens, Wien 2009, 74–97.
- **Reuter,** Jens: Die Albaner in Jugoslawien, München 1982.
- **Rocca,** Roverto Morozzo della: A Short History of the Kosovar Albanians´ Struggle for Independence, 1878–1998, in: Sabrina R. Ramet, Albert Simkus, Ola Listhaug (Hgg.), Civic and Uncivic Values in Kosovo. History, Policy, and Value Transformation, Budapest 2015, 29–42.
- **Roemer,** John E.: Equality of Opportunity, Cambridge 1998.
- **Rolandi,** Francesca: Yugoslavia Looking Westward: Transnational Consumer Contact with Italy During the 1960s, in: Dijana Jelača, Maša Kolanović, Danijela Lugarić, The Cultural Life of Capitalism in Yugoslavia. (Post)Socialism and its Other, Cham 2017, 191–208.
- **Rubinstein,** Alvin Z.: Yugoslavia and the Non-Aligned World, Princeton 1970.
- **Rügemer,** Werner: Privatisierung als Kernelement der neoliberalen Gegenreform, in: Christoph Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak (Hgg.), Neoliberalismus. Analysen und Alternativen, Wiesbaden 2008, 259–276.
- **Rusinow,** Dennison: Reopening of the „National Question" in the 1960s, in: Lenard J. Cohen, Jansa Dragović-Soso (Hgg.), State Collapse in South-Easter Europe: New Perspectives on Yugoslavia´s Disintegration, West Lafayette 2008, 131–148.
- **Rutar,** Sabine: Containing Conflict and Enforcing Consent in Titoist Yugoslavia: The 1970 Dockworkers´ Strike in Koper (Slovenia), in: European History Quarterly 45/2, London 2015, 275–294.
- **Salverda,** Wiemer – Nolan, Brian – Smeeding (Hgg.), Timothy M.: Introduction, in: The Oxford Handbook of Economic Inequality, Oxford 2009, 3–23.
- **Schmitt,** Oliver Jens: Kosovo: Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft, Wien 2008.
- **Schouten,** John W. – Martin, Diane M. – Belk (Hgg.), Russell: Consumer Culture Theory, Research in Consumer Behavior Vol. 6, Bingley 2014.
- **Šefer,** Berislav: Lična i zajednička potrošnja, Beograd 1979.
- **Šefer,** Berislav: Socijalna politika i životni standard, Zagreb 1984.
- **Shachar,** Ayelet: The Birthright Lottery. Citizenship and Global Inequality, Harvard 2009.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

- **Shoup,** Paul: Communism and the Yugoslav National Question, New York/London 1968.
- **Shoup,** Paul: The Disintegration of Yugoslavia and Western Foreign Policy in the 1980s, in: Lenard J. Cohen, Jansa Dragović-Soso (Hgg.), State Collapse in South-Eastern Europe: New Perspectives on Yugoslavia´s Disintegration, West Lafayette 2008, 333–365.
- **Simić,** Predrag: Civil War in Yugoslavia. The Roots of Disintegration, in: Martin van den Heuvel, Jan G. Sicama (Hgg.), The Disintegration of Yugoslavia, Yearbook of European Studies 5, Amsterdam/Atlanta 1992, 83–100.
- **Simkus,** Albert – Tos, Nico: Attitudes toward Egalitarianism in the Former Yugoslavia, in: International Journal of Sociology 25/4, London 1996, 103–114.
- **Sing,** Parbudyal – Barkiw, Timothy J. – Suster, Zeljan: The Yugoslav Experience with Workers´ Councils, in: Labor Studies Journal 32/3, 2007 Los Angeles, 280–297.
- **Singleton,** Fred – Carter, Bernard: The Economy of Yugoslavia, New York 1982.
- **Singleton,** Fred: Jugoslawiens Außenhandel. 1965–1977, in: Osteuropa 12, Berlin 1978, 1094–1102.
- **Singleton,** Fred: Twentieth-Century Yugoslavia, London 1976.
- **Sirc,** Ljubo: The Yugoslav Economy under Self Management, London 1979.
- **Solga,** Heike – Powell, Justin – Berger (Hgg.), Peter A.; Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse, Frankfurt/Main 2009.
- **Spahn,** Heinz-Peter: Keynes in der heutigen Wirtschaftspolitik, in Gottfried Bombach, Hans-Jürgen Ramser, Manfred Timmermann, Walter Wittmann (Hgg.), Der Keynesianismus I. Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik. Entwicklung und Stand der Diskussionen, Berlin/Heidelberg/New York 1976, 211–292.
- **Spasić,** Ivana: Jugoslavija kao mesto normalnog života: sećanja običnih ljudi u Srbiji, in: Sociologija 4, Beograd 2012, 577–594.
- **Štahan,** Josip: Životni standard u Jugoslaviji, Zagreb 1973.
- **Stalin,** Josif Viassarionovič: Werke, Bd. 15, Dortmund 1979.
- **Stanković,** Slobodan: Staatspräsidentschaft und Parlament in der neuen Verfassung Jugoslawiens, in: Osteuropa 24/8, 1974 Berlin, 599–603.
- **Stearns**, Peter N.: The Industrial Revolution in World History, Boulder 2013.
- **Stefanov,** Nenad: „Dialektische Phantasie" unter Bedingungen autoritärer Herrschaft: Die philosophische Sommerschule auf der Adria-Insel Korčula 1964–1974, in: Hannes Grandits, Holm Sundhaussen (Hgg.), Jugoslawien in den 1960er Jahren. Auf dem Weg zu einem (a)normalen Staat? Wiesbaden 2013,158–183.
- **Ströhle,** Isabel: Of Social Inequalities in a Socialist Society: The Creation of a Rural Underclass in Yugoslav Kosovo, in Rory Archer, Igor Duda, Paul Stubbs, Social Inequalities and Discontent in Yugoslav Society, Abingdon 2016, 112–131.
- **Sundhaussen,** Holm: Geschichte Serbiens: 19.–21. Jahrhundert, Köln/Wien 2007.
- **Sundhaussen,** Holm: Der serbische Nationalismus 1985-1995, in: Egbert Jahn (Hg.), Nationalismus im spät- und postkommunistischen Europa, Nationalismus in den Nationalstaaten, Bd. 2, Baden-Baden 2009, 456–513.
- **Sundhaussen,** Holm: Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen, Wien/Köln/Weimar 2014.
- **Suppan,** Arnold: Frauen im Krieg. Die Rolle der Frau im Ersten und Zweiten Weltkrieg im östlichen und südöstlichen Europa, in: Marija Wakounig (Hg.), Die Gläserne Decke. Frauen in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa im 20. Jahrhundert, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 226–254.
- **Suppan,** Arnold: Jugoslawien und Österreich 1918–1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld, München 1996.
- **Suppan,** Arnold: Vom Jugoslawismus zu Jugoslawien, in: Arbeitsgemeinschaft Truppendienst, Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport Wien (Hg.), Militäroperationen und Partisanenkampf in Südosteuropa. Vom Berliner Kongress zum Ende Jugoslawiens, Wien 2009, 170–173.
- **Suppan,** Arnold: Hitler–Beneš–Tito. Konflikt, Krieg und Völkermord in Ostmittel- und Südosteuropa, Teil 2, Wien 2014.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

- **Suppan,** Arnold: Hitler–Beneš–Tito. National Conflicts, World Wars, Genocides, Expulsions, and Divided Remembrance in East-Central and Southeastern Europe. 1848–2018, Wien 2019.
- **Suvin,** Darko: Splendour, Misery and Possibilities. An X-Ray of Socialist Yugoslavia, Leiden 2016.
- **Szabolcs,** Varga: Die Stellung Kroatiens innerhalb des Königreiches Ungarn in der Frühen Neuzeit, in: Norbert Spannenberger, Varga Szabolcs (Hgg.), Ein Raum im Wandel. Die osmanisch-habsburgische Grenzregion vom 16. zum 18. Jahrhundert, Stuttgart 2014, 53–74.
- **Tadić,** Ljubomir: Bürokratie als verdinglichte Organisation, in: Gajo Petrović (Hg.), Revolutionäre Praxis. Jugoslawischer Marxismus der Gegenwart, Freiburg 1969, 192–206.
- **Tajder,** Ana: Titoland. Eine gleichere Kindheit, Wien 2012.
- **Tanner,** Marcus: Croatia: A Nation Forged in War, New Haven/London 1998.
- **Taylor,** Karin: "SOBE". Privatizing Tourism on the Workers´ Riviera, in: Breda Luthar, Maruša Pušnik (Hgg.), Remembering Utopia. The Culture of Everyday Life in Socialist Yugoslavia, Washington 2010, 313–337.
- **Taylor,** Karin: My Own Vikendica. Holiday cottages as Idyll and Investment, in Hannes Grandits, Karin Taylor, Yugoslavia´s Sunny Side. A History of Tourism in Socialism. 1950s–1980s), Budapest 2010, 171–210.
- **Thoukarine,** Igor: The Yugoslav Road to International Tourism. Opening, Decentralization, and Propaganda in the early 1950s. in: Hannes Grandits, Karin Taylor, Yugoslavia´s Sunny Side. A History of Tourism in Socialism. 1950s–1980s), Budapest 2010, 107–140.
- **Tišma,** Alexandar: Treue und Verrat, München/Wien 1999.
- **Todorović,** Tanja: A Packo-Čuden, Fashion in the golden Age of Yugoslavian 20th Century Textile and Clothing Industry, in: IOP Conference Series, Materials Science and Engineering, 254/17, Busan 2017.
- **Tomić,** Đorđe – Pavleski, Stefan: Das werktätige Volk ohne Arbeit. Arbeitslosigkeit und Selbstverwaltung im sozialistischen Jugoslawien als Forschungsgegenstand: Eine kritische Bestandsaufnahme, in: Südosteuropäische Hefte 2, Berlin 2015, 73–90.
- **Trentmann,** Frank: Herrschaft der Dinge. Die Geschichte des Konsums vom 15. Jahrhundert bis heute, München 2017.
- **Unkovski-Korica,** Vladimir: The Economic Struggle for Power in Tito´s Yugoslavia. From World War II to Non-Alignment, London/New York 2016.
- **Usković,** Djordjije: Sociologija i društvena nejednakosti, Beograd 1973.
- **Uvalić,** Milica: Investment and Property Rights in Yugoslavia. The Long Transition to a Market Economy, Cambridge 1992.
- **Vanek,** Jan: The Economics of Worker´s Management. A Yugoslav Case Study, London 1972.
- **Veblen,** Thorstein: Theorie der feinen Leute, Frankfurt am Main 32015.
- **Verlić-Dekleva,** Barbara: Implications of Economic Change to Social Policy, in: James Simmie, Jose Deklevea (Hgg.), Yugoslavia in Turmoil. After Self-Management, London 1991, 107–118.
- **Vinski,** Ivo: Jugoslawien. Wirtschaftliche Schwierigkeiten, Arbeitslosigkeit und Auswanderung, in: Osteuropa 11 OEA, Berlin 1969, 347–354.
- **Višić,** Maroje: Jugoslavenska svakidašnjica. Život s onu stranu carstva nužnosti, in: Sociologija 61/1, Beograd 2019, 55–74.
- **Vocelka,** Karl: Geschichte Österreichs. Kultur, Gesellschaft, Politik, Graz/Wien/Köln 2002.
- **Vodopivec,** Milan: Determination of Earnings in Yugoslav Firms: Can it be squared with Labor management?, in: Economic Development and Cultural Change 41/3, Chicago 1993, 623–632.
- **Vučetić,** Radina: Coca-Cola Socialism. Americanization of Yugoslav Culture in the Sixties, Budapest/New York 2018.
- **Vučetić,** Radina: Die jugoslawische Außenpolitik und die jugoslawisch-amerikanischen Beziehungen in den 1960ern, in: Hannes Grandits, Holm Sundhaussen (Hgg.), Jugoslawien in den 1960er Jahren. Auf dem Weg zu einem (a)normalen Staat?, Wiesbaden 2013, 17–39.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

- **Vučetić,** Radina: Džukboks (Jukebox) – The First Rock´n Roll Magazine in Socialist Yugolsavia, in: Breda Luthar, Maruša Pušnik (Hgg.), Remembering Utopia. The Culture of Everyday Life in Socialist Yugoslavia, Washington 2010, 145–164.
- **Vučković,** Mihailo: Uticaj svetske privredne krize 1929–1932. na ekonomiju stare Jugoslavije, in: Vasa Čubrilović (Hg.), Svetska ekonomska kriza. 1929–1934 i njegova refleksija u zemlji jugoistočne Europe, Beograd 1976.
- **Vušković,** Boris: Social Inequality in Yugoslavia, in: New Left Review 1, London 1976, 26–44.
- **Wachtel,** Howard Martin: Workers´ Self Management and Wage Differentials in Yugoslavia, phil. Dissertation Michigan 1969.
- **Wakounig,** Marija: Für Vaterland und Heimat. Frauen in Slowenien 1900–2000, in: Marija Wakounig (Hg.), Die Gläserne Decke. Frauen in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa im 20. Jahrhundert, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 181–208.
- **Ward,** Benjamin: The Firm in Illyria: Market Syndicalism, in: The American Economic Review 48/4, 1958, 566–589.
- **Warner Neal,** Fred: Yugoslav Communist Theory, in: The American Slavic and East European Review 19/1, Cambridge 1960, 42–62.
- **Weber,** Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriß der verstehenden Soziologie, Tübingen 1956.
- **Woodbridge,** George: UNRAA. The History of the United Nations Relief and Rehabilitation Administration, New York 1950.
- **Woodward,** Susan L.: Balkan Tragedy. Chaos and Dissolution after the Cold War, Washington D.C. 1995.
- **Woodward,** Susan L.: Socialist Unemployment. The Political Economy of Yugoslavia. 1945–1990, Princeton 1995.
- **Zaccaria,** Benedetto: A Failed Transition: Ante Marković, the European Commission, and the End of the Cold War (1989–1990), in: Previšić (Hg.), Breaking Down Bipolarity, 249–268.
- **Zubak,** Marko: Omladinski tisak i kulturna strana studentskoga pokreta u Socijalističkoj Federativnoj Republici Jugoslaviji. 1968–1972, in: Časopis za suvremenu povijest 1, Zagreb 2014, 37–53.
- **Zvonarević,** Mladen: Neki društveno-politički stavovi seoske omladine, in: Sociologija i prostor: časopis za istraživanje prostornoga i sociokulturnog razvoja 22, Zagreb 1968, 13–28.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

7. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Beschäftigungsstruktur nach Sektoren, 1921 ..... *41*
Tabelle 2: Änderung im Pro Kopf Nationaleinkommen *56*
Tabelle 3: Index der industriellen Produktion (1947=100) *58*
Tabelle 4: Anteile der Republiken an der Gesamtindustriellen Produktion: *58*
Tabelle 5: Rate der Akkumulation 1953– 1957 (Auszug) *79*
Tabelle 6: Punktesystem der Arbeiterselbstverwaltung *84*
Tabelle 7: Jährliche Wachstumsraten in den industriellen Branchen 1952–75 ..... *87*
Tabelle 8: Industrielle Leistung nach Produkttyp, 1938–1958 ..... *88*
Tabelle 9: Die Zusammensetzung und Vergabe der Investmentfonds, 1954 und 1957 ..... *91*
Tabelle 10: Index der Realeinkommen 1939 und ausgewählte Jahre 1951–1959 ..... *96*
Tabelle 11: Prozentuelle Verteilung der industriellen Investitionsmittel *110*
Tabelle 12: Investitionen der Republiken pro Kopf in Relation zum jug. Durchschnitt 1956–1960 (zu Preisen von 1976) *112*
Tabelle 13: Zusammenstellung des Bundesexekutivrates 1959 ..... *113*
Tabelle 14: Vergabe der Zuschüsse: Jährliche durchschnittliche Ausgaben pro Kopf 1947–1965 ..... *114*
Tabelle 15: Relatives pro-Kopf Sozialprodukt in 1960 Dinar *117*
Tabelle 16: Index des Nationaleinkommens pro Kopf (zu Preisen von 1960; Jugoslawien =100) *118*
*Tabelle 17: Industriearbeiter*innen pro100 Einwohner* *118*
Tabelle 18: Indikatoren der regionalen Entwicklung, ausgewählte Jahre *120*
Tabelle 19: Rentabilitätsraten in der Industrie, 1964 ..... *138*
Tabelle 20: Quellen der Investmentfinanzierung 1961–1968, in Prozent *141*
Tabelle 21: Wachstumsraten der jugoslawischen Industrie, ausgewählte Perioden *143*
Tabelle 22: Ökonomisch aktive Bevölkerung nach Sektoren (Zensus-Jahre) in Prozent *147*
Tabelle 23: Exporte, Importe und die Außenhandelsbilanz in Jugoslawien (in Millionen Dinar): *150*
Tabelle 24: Beschäftigung und Arbeitslosenzahl, 1961, 1966 und 1971 ..... *156*
Tabelle 25: Ausgaben einer vierköpfigen Familie, in Dinar *172*
Tabelle 26: Verteilung der Mittel aus dem Bundesentwicklungsfonds *189*
Tabelle 27: Bundesmittel zur Finanzierung der Sozialleistungen *191*
Tabelle 28: Verwendung von Weltbankkrediten für die Entwicklung der weniger entwickelten Regionen *191*
Tabelle 29: Verteilte Ressourcen an die weniger entwickelten Gebiete, 1966–1970 ..... *193*
Tabelle 30: Sozialprodukt pro Einwohner (zu Preisen von 1972), 1956–1970 ..... *198*
Tabelle 31: Persönliche Einkommen, jug. Durchschnitt 1964–1970 ..... *206*
Tabelle 32: Höchste und niedrigste pers. durchschnitt. Einkommen nach Sparten und Zweige, 1963–1970: Höchstes *208*
Tabelle 33: Höchste und pers. durchschnitt. Einkommen nach Sparten und Zweige, 1963–1970: Niedrigstes *209*
Tabelle 34: Pers. durchschnitt. Einkommen im Handel und Gastronomie in den Republiken und Provinzen, 1963–1970 ..... *210*
Tabelle 35: Pers. durchschnitt. durchschnittl. Einkommen im Gesundheitssektor in den Republiken/Provinzen, 1964–1970 ..... *211*
Tabelle 36: Einkommensunterschiede in % des MAX Einkommens, ausgewählte Sektoren, 1963–1970 ..... *213*
Tabelle 37: Pers. durchschnitt. Einkommen aus der Landwirtschaft in % der Einkommen aus der Industrie, 1964–1970 ..... *214*
Tabelle 38: Min.- Einkommen in % des Max.- Einkommens in den Republiken/Provinzen, 1964–1970 ..... *215*
*Tabelle 39: Monatliche Warenkorbausgaben einer 4-köpfigen Arbeiter*innen-Familie in Dinar, 1960* *218*
Tabelle 40: Jährliche Wachstumsraten 1962–1980 (basierend auf konstanten Preisen zu 1972, Auswahl *239*
Tabelle 41: Zahlungsbilanz in Millionen US-Dollar, ausgewählte Jahre *244*
Tabelle 42: Auswahl verkaufter Konsumgüter, 1967 und 1972 ..... *247*
Tabelle 43: Einzahlungen in den regionalen Entwicklungsfonds nach Republiken und Provinzen (1971–1975, in Millionen Dinar) *256*
Tabelle 44: Verteilung der Kredite aus dem Bundesentwicklungsfonds, 1966–1980 ..... *257*
Tabelle 45: Verteilung der Bundesmittel zur Finanzierung der Sozialleistungen, 1966–1980 ..... *258*
Tabelle 46: Wachstumseffekte der weniger entwickelten Gebiete durch die Verteilung der Mittel aus dem Bundesentwicklungsfonds, 1971–1975, in Prozent *258*
Tabelle 47: Wachstumsindikatoren in Jugoslawien 1966–1975, in Prozent *259*
Tabelle 48: Pro-Kopf Investitionen in den Republiken und Provinzen im Verhältnis zum jugoslawischen Durchschnitt, 1971–1975, in Preise von 1972 ..... *259*

10.15772/ANDRASSY.2023.006

Tabelle 49: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (Slowenien=100) *260*
Tabelle 50: Arbeitslosenrate in Prozent, Auszug 1965–1980 ..... *262*
Tabelle 51: Pers. durchschnitt. Einkommen in Dinar, jug. Durchschnitt 1970–1980 ..... *265*
Tabelle 52: Höchste und niedrigste pers. durchschnitt. Einkommen in Dinar nach Sparten und Zweigen, 1970–1980: Höchstes *268*
Tabelle 53: Höchste und niedrigste pers. durchschnitt. Einkommen in Dinar nach Sparten und Zweigen, 1970–1980: Niedrigstes *269*
Tabelle 54: Pers. durchschnittl. Einkommen in Dinar in der Landwirtschaft in den Republiken/Provinzen, 1970–1980 ..... *271*
Tabelle 55: Pers. durchschnittl. Einkommen in Dinar im Finanzwesen in den Republiken/Provinzen in Dinar, 1970–1980 ..... *272*
Tabelle 56: Einkommensunterschiede in Prozent des MAX Einkommens, ausgewählte Sektoren, 1970–1980 ..... *273*
Tabelle 57: Min.-Einkommen in % des Max.-Einkommens in den Republiken/Provinzen, 1964–1980 ..... *275*
Tabelle 58: Durchschnittl. monatliche Warenkorbausgaben eines Vierpersonenhaushalts in Dinar, 1977 ..... *278*
Tabelle 59: Wechselkurs des jugoslawischen Dinars pro US-Dollar *304*
Tabelle 60: Änderung der Preise, 1979–1985 (Auszug) *305*
Tabelle 61: Handelsbilanz in konvertiblen Währungen (Auszug), in Millionen US-Dollar *306*
Tabelle 62: Warenhandel nach Ländern *306*
*Tabelle 63: Transferzahlungen der im Ausland beschäftigen Jugoslaw*innen, in Millionen US-Dollar* *307*
Tabelle 64: Änderung des realen persönlichen Einkommens, in Prozent zum Vorjahr *312*
Tabelle 65: Geplante und tatsächliche Geldmenge (M1) in Jugoslawien, 1980–1986 ..... *313*
Tabelle 66: Änderung des realen persönlichen Einkommens, in Prozent zum Vorjahr *314*
Tabelle 67: Prozentuelle Änderung der Konsumgüterpreise im Vergleich zum Vorjahr *315*
Tabelle 68: Prozentuelle Änderung der Konsumausgaben im Vergleich zum Vorjahr *316*
Tabelle 69: Verteilung der Kredite aus den Mitteln des Bundesentwicklungsfonds *328*
Tabelle 70: Verteilung der Kredite aus den Mitteln der International Bank for Renewal and Development *328*
Tabelle 71: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, in Tausend Dinar, Preise zu 1972 ..... *330*
Tabelle 72: Indikatoren regionaler Disparitäten, pro tausend Einwohner *331*
Tabelle 73: Überblick über das Verhältnis von Kriterien der Entwicklung (Jugoslawien = 100) *332*
Tabelle 74: Persönliche Einkommen in Dinar, jug. Durchschnitt, 1980–1989 ..... *336*
Tabelle 75: Höchste und niedrigste pers. durchschnitt. Einkommen in Dinar nach Sparten und Zweigen, 1980–1989: Höchstes *338*
Tabelle 76: Höchste und niedrigste pers. durchschnitt. Einkommen in Dinar nach Sparten und Zweigen, 1980–1989: Niedrigstes *339*
Tabelle 77: Pers. durchschnittl. Einkommen in Dinar in der Landwirtschaft in den Republiken/Provinzen, 1980–1989 ..... *340*
Tabelle 78: Pers. durchschnittl. Einkommen in Dinar in der Gesundheitsfürsorge in den Republiken/Provinzen, 1980–1989 ..... *341*
Tabelle 79: Einkommensunterschiede in Prozent des MAX Einkommens, Sektoren, 1980–1989 ..... *342*
Tabelle 80: Pers. durchschnittl. Einkommen in Dinar im Finanzsektor in den Republiken/Provinzen, 1970–1989, in Dinar *343*
Tabelle 81: Min.-Einkommen in % des Max.-Einkommens in den Republiken/Provinzen, 1980–1989 ..... *344*
Tabelle 82: Durchschnittl. monatliche Warenkorbausgaben eines 4-Personen Haushalts 1981 in Dinar *345*
Tabelle 83: Durchschnittl. monatliche Warenkorbausgaben eines 4-Personen Haushalts 1981 ..... *348*

Im statistischen Anhang online aufrufbar:
https://docs.google.com/spreadsheets/d/e/2PACX-1vRdwQCUOUJyYLdANzg_sVBYIsTXqhB_LWCEDPhxxZzEkinoFAg6VFgzbRyiCtuvhQTZvI2v4x5LJBtm/pubhtml

Tabelle 84: Einkommen in den Sektoren nach Republiken und Provinzen in Dinar, 1963–1970
Tabelle 85: Einkommen in den Republiken/Provinzen nach Sektoren in Dinar, 1964-1970
Tabelle 86: Einkommen in den Sektoren nach Republiken/Provinzen in Dinar,1970–1980
Tabelle 87: Einkommen nach Republiken/Provinzen nach Sektoren in Dinar, 1970–1980
Tabelle 88: Einkommen in den Sektoren nach Republiken in Dinar, 1980–1989
Tabelle 89: Einkommen nach Republiken/Provinzen nach Sektoren in Dinar, 1980–1989
Tabelle 90: Min.-Einkommen in % des Max.-Einkommens in den Republiken/Provinzen
Tabelle 91: Pers. Einkommen nach Qualifikation und Republiken/Provinzen in Dinar, 1966–1974
Tabelle 92: Pers. Einkommen nach Sparten und Republiken/ Provinzen, 1964–1989

10.15772/ANDRASSY.2023.006

10.15772/ANDRASSY.2023.006

8. Abbildungsverzeichnis und Diagramme

Abbildungen:

Abbildung 1: Indikatoren der regionalen Entwicklung, ausgewählte Jahre *194*
Abbildung 2: Besitz von Konsumgütern nach Republiken und Provinzen, 1968 ..... *199*

Diagramme:

Diagramm 1: Beschäftigungsstruktur nach Höhe des Einkommens in der Wirtschaft, 1963 ..... *201*
Diagramm 2: Beschäftigungsstrukturen in nichtwirtschaftlichen Sektoren, 1963 ..... *201*
Diagramm 3: Geringste Einkommen in Prozent der höchsten Einkommen im Finanzsektor: *356*
Diagramm 4: Geringste Einkommen in Prozent der höchsten Einkommen in Industrie und Bergbau: *357*

9. Statistischer Anhang

Online unter:
https://docs.google.com/spreadsheets/d/e/2PACX-1vRdwQCUOUJyYLdANzg_sVBYIsTXqhB_LWCEDPhxxZzEkinoFAg6VFgzbRyiCtuvhQTZvI2v4x5LJBtm/pubhtml.

10.15772/ANDRASSY.2023.006

10.15772/ANDRASSY.2023.006